

HISTORISCH-POLITISCHE
MITTEILUNGEN

Archiv für
Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann

7. Jahrgang
2000



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

7. Jahrgang 2000

Im Auftrag der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Günter Buchstab und Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

Redaktion: Dr. Felix Becker

Anschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Tel 02241 / 246 210

Fax 02241 / 246 669

e-mail: x.400: c=de: a=dbp; p=kas; o=wd; s=zentrale-wd

internet: zentrale-wd@wd.kas.de

Verlag:

Böhlau Verlag GmbH & Cie, Ursulaplatz 1, D-50668 Köln

e-mail: vertrieb@boehlau.de

Die Zeitschrift »HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN/Archiv für Christlich-Demokratische Politik« erscheint einmal jährlich mit einem Heftumfang von ca. 260 Seiten. Der Preis beträgt DM 38,-. Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

© 2000 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Satzpunkt Bayreuth GmbH

Druck und Verarbeitung: MVR-Druck, Brühl

ISSN 0943-691X

Inhalt

AUFSÄTZE

Winfried Becker

Die Deutsche Zentrumspartei gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930–1933: Motivationsstrukturen und Situationszwänge 1

Herbert Hömig

Heinrich Brüning – Kanzler in der Krise der Weimarer Republik. Eine Bilanz nach siebzig Jahren 39

Bernd Schäfer

Priester in zwei deutschen Diktaturen. Die antifaschistische Legende des Karl Fischer (1900–1972) 53

Gerhard Wettig

Programmatische und pragmatische Elemente in Stalins Deutschland-Politik 1945–1953. Untersuchung aufgrund sowjetischer und ostdeutscher Akten 79

Stefan Donth

Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen 1945–1952. Eine bürgerliche Partei aus dem Blickwinkel der Besatzungsmacht 109

Brigitte Kaff

Die Arbeitsgemeinschaft der Ostsektor-Kreisverbände beim Landesverband Berlin (West) der CDU 135

Wolfgang Tischner

Die Kirchen im Umfeld des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 151

Alexander Troche

»Ich habe nur die Hoffnung, dass der Kelch an uns vorübergeht ...«.
Der Zypernkonflikt und die erste deutsche Out-of-area-Entscheidung .. 183

TAGUNG: EUROPA

Beiträge einer deutsch-französisch-italienischen Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung über Grundlagen der europäischen Integration in Cadenabbia, 19.–22. November 1999

Bruno Béthouart

La France, Robert Schuman et l'Europe 197

Alfredo Canavero

Alcide de Gasperi in der Literatur. Von der politischen Polemik zur Historiographie 219

Ulrich Lappenküper

Den Bau des »europäischen Hauses« vollenden. Die Europapolitik Ludwig Erhards (1963–1966) 239

DOKUMENTATION

Günter Buchstab

Vom Mitarbeiter zum Miteigentümer. Der Burgbacher-Plan von 1969 . . 269

LITERATUR UND FORSCHUNG

Neue Literatur zur sowjetischen Deutschlandpolitik während des Kalten Krieges. *Gelesen und besprochen von Gerhard Wettig* 289

Manfred Agethen

Die Protokolle der Leitungsgremien der CDU in der SBZ, 1945–1949. Ein Editionsprojekt des Archivs für Christlich-Demokratische Politik . . 311

ABSTRACTS – Résumés – Zusammenfassungen 325

Die Mitarbeiter dieses Bandes 341

Die Deutsche Zentrumspartei gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930–1933: Motivationsstrukturen und Situationszwänge*

Von Winfried Becker

Die Deutsche Zentrumspartei wurde am 13. Dezember 1870 von ca. 50 Mandatsträgern des preußischen Abgeordnetenhauses gegründet. Ihre Reichstagsfraktion konstituierte sich am 21. März 1871 beim Zusammentritt des ersten deutschen Reichstags. 1886 vereinigte sie sich mit ihrem bayerischen Flügel, der 1868 eigenständig als Verein der bayerischen Patrioten entstanden war. Am Ende des Ersten Weltkriegs, am 12. November 1918, verselbständigte sich das Bayerische Zentrum zur Bayerischen Volkspartei. Das Zentrum verfiel am 5. Juli 1933 der Selbstauflösung im Zuge der Beseitigung aller deutschen Parteien (außer der NSDAP), ebenso am 3. Juli die Bayerische Volkspartei. Ihr war auch durch die Gleichschaltung Bayerns und der Länder der Boden entzogen worden.¹

Die Deutsche Zentrumspartei der Weimarer Republik war weder mit der katholischen Kirche dieser Zeit noch mit dem Gesamtphänomen des Katholizismus identisch. 1924 wählten nach Johannes Schauff 56 Prozent aller Katholiken (Männer und Frauen) und 69 Prozent der bekennntnistreuen Katholiken in Deutschland, von Norden nach Süden abnehmend, das Zentrum bzw. die Bayerische Volkspartei. Beide Parteien waren ziemlich beständig in einem Wählerreservoir praktizierender Angehöriger der katholischen Konfession angesiedelt, das durch das 1919 eingeführte Frauenstimmrecht zugenommen hatte, aber durch die Abwanderung vor allem der männlichen Jugend von schlechender Auszehrung bedroht war. Politisch und parlamentarisch repräsentierte die Partei eine relativ geschlossene katholische »Volksminderheit«.² Ihre regionalen Schwerpunkte lagen in Bayern, Südbaden, Rheinland, Westfalen,

* Erweiterte und überarbeitete Fassung eines Vortrags auf dem Symposium »Die Christlichsozialen in den österreichischen Ländern 1918–1933/34« in Graz am 4. März 1997.

1 Überblicke bei Frank WENDE (Hg.), *Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa*, Stuttgart 1981, S. 133–136; Winfried BECKER, Art. »Zentrum«, in: Anselm FAUST (Hg.), *Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon*, Düsseldorf 1993, S. 489–493.

2 Rudolf MORSEY, *Die katholische Volksminderheit und der Aufstieg des Nationalsozialismus 1930–1933*, in: Klaus GOTTO/Konrad REPGEN (Hg.), *Die Katholiken und das Dritte Reich*, Mainz ³1990, S. 9–22; Konrad REPGEN, *Hitlers Machtergreifung und der deutsche Katholizismus. Versuch einer Bilanz*, in: DERS., *Historische Klopfsignale für die Gegenwart*, Münster 1974, S. 128–152, 140 f.; Johannes SCHAUFF, *Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871*, Köln ¹1928 (²Mainz 1975), S. 137 ff. (Reichstagswahl Dez. 1924).

Oberschlesien und in einem Teil Ostpreußens. Die Zentrumsparterie des Bismarckreiches erwuchs aus einem schon im Vormärz neu artikulierten Konfessionsbewusstsein, einem frühzeitig grundrechtlich ausgeprägten Freiheitsstreben vorwiegend gegenüber einem fremdkonfessionellen Staatskirchentum. Später kamen die Abwehr kleindeutsch-nationaler Herausforderungen der Reichsgründungszeit und die Auseinandersetzung mit den sozialen Umschichtungen des beginnenden Industriezeitalters hinzu. In seiner grundrechtlich-freiheitlichen und föderalistischen Ausrichtung verstand sich das Zentrum, zumal seit dem Kulturkampf, als Verfassungspartei. Da es schichtenübergreifend den kirchentreuen Kern des katholischen Volksteils umfasste, war es auch Volkspartei. Im Parlament des Kaiserreichs errang die Zentrumsparterie nach dem Kulturkampf zeitweise die parlamentarische Bedeutung eines Züngleins an der Waage, wurde aber in ihrem christlich gebundenen Politikverständnis über ihre eigene Anhängerschaft hinaus nur schwer akzeptiert. Nicht zuletzt aufgrund seiner vorherigen »Integration« in den Nationalstaat wirkte das Zentrum während der Revolution von 1918/19 zusammen mit den Sozialdemokraten und den liberalen Parteien maßgeblich am Neuaufbau des demokratischen Staatswesens mit. Allen Extremen abhold, vertrat die Partei eine sachbetonte Politik der Mitte. Da sie sich überaus koalitionsbereit zeigte, war sie häufiger als die anderen Parteien an Regierungen beteiligt und wurde trotz ihrer schmalen Wählerbasis zu einer Art Staatsparterie der »Instabilitätsrepublik« von Weimar. Georg Schreiber hat die sozial und politisch bewusst ausgleichende Mittlerstellung der Zentrumsparterie staatstheoretisch überhöht. Für ihn bestand das Wesensmerkmal der infolge ihrer unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung auf Ausgleich bedachten Partei in dem unverzichtbaren Streben nach Harmonisierung der Interessengegensätze im Staat. Die Politik des Zentrums sei darum auf die staatspolitisch notwendigen Sacherfordernisse und auf die Realisierung eines überparteilichen Gemeinwohls auszurichten.

Viele Zeitgenossen und Historiker registrierten mit Erstaunen den »ruhmlosen Ausklang« und »lautlosen Abschied« des kampferprobten Zentrums zwischen März und Juli 1933.³ Zu deutlich schienen die Zustimmung zu Hitlers Ermächtigungsgesetz und die letzten Liquidationsakte, die Bemühungen um die Aufnahme möglichst vieler Zentrumsabgeordneter in den Hospitantenstatus bei der NSDAP, dem selbstbewussten Traditions- und Geschichtsverständnis⁴ der Partei zu widersprechen. War das nicht »politischer Selbstmord«, wie der westfälische Zentrumsabgeordnete Franz von Galen einer Verwandten

3 Rudolf MORSEY, *Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparterie zwischen christlichem Selbstverständnis und »Nationaler Erhebung« 1932/33*, Stuttgart–Zürich 1977, S. 193, 198.

4 Zeugnis dafür etwa das monumentale Geschichtswerk von Karl BACHEM, *Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparterie*, Bd. 1–9, Köln 1927–1932.

schrieb,⁵ vergleichbar dem des Reichstags im ganzen (Wilhelm Hoegner)?⁶ Das Bedürfnis nach historischer Erklärung lag auf der Hand.

In der bisherigen Geschichtsschreibung lassen sich mehrere, teils kontroverse Deutungen unterscheiden. Für Rudolf Morsey steht die »Selbstpreisgabe« des Zentrums am Ende eines »erzwungenen Auflösungsprozesses«⁷: Die politischen Rahmenbedingungen der ausgehenden Weimarer Republik und die gravierenden Führungsprobleme der Partei bereiteten dem Zentrum, nachdem schwere Gefährdungen schon lange vorher sichtbar geworden waren, wie den anderen demokratischen Parteien definitiv seit den Märzahlen und dem Ermächtigungsgesetz den Untergang; allerdings hinterließ der politische Katholizismus das Vermächtnis der interkonfessionellen christlichen Parteibildung nach 1945. Auch Josef Becker macht die innere Situation Deutschlands, die labile Verfassung und die sozialen Antagonismen für das unheroische Verschwinden des Zentrums von der politischen Bühne verantwortlich. Er sieht darüber hinaus das Ende allerdings fast schon dadurch vorherbestimmt, dass die katholische Partei als »konfessionell-kirchliche Interessenvertretung« an der Inkommensurabilität »von Kirche und Partei, Religion und Politik« litt und deswegen einen »immer latenten, unlösbaren Konflikt in sich trug«⁸. Georg May fasst in seiner informativen dreibändigen Biographie über den zweitletzten Zentrumsvorsitzenden, den Trierer Prälaten Ludwig Kaas, systematisierend die vorwiegend politischen Gründe für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch das Zentrum zusammen; die »Einschüchterung der demokratischen Kräfte«, die Ratlosigkeit, die Hoffnungen auf eine Mäßigung oder ein Scheitern Hitlers und auf die noch gegebenen Einschränkungen seiner Macht durch die Reichswehr, den Reichspräsidenten und die bürgerlich-konservativen Kräfte, schließlich die Angst vor einem neuen Kulturkampf.⁹ Nach May hat Kaas mit »großem Einsatz« in »guter Absicht« gehandelt, wurde aber von Hitler, ohne

5 25. Mai 1933. R. MORSEY, *Untergang* (wie Anm. 3), S. 265 Anm. 18.

6 In seinen 1959 erschienenen Memoiren, *Der schwierige Außenseiter*. Zit. nach: *Das »Ermächtigungsgesetz« vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des »Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich«*, hg. von Rudolf MORSEY, Düsseldorf 1992, S. 170.

7 R. MORSEY, *Untergang* (wie Anm. 3), S. 221; DERS., *Die Deutsche Zentrumspartei*, in: Erich MATTHIAS/Rudolf MORSEY (Hg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 279–453.

8 Josef BECKER, *Das Ende der Zentrumspartei und die Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland*, in: Gotthard JASPER (Hg.), *Von Weimar zu Hitler 1930–1933*, Köln–Berlin 1968, S. 344–376, 360 f.

9 Georg MAY, *Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz*, Bd. 1–3, Amsterdam 1981–1982, hier Bd. 3, S. 353–358; vgl. die Rezension dieses Werks von Rudolf MORSEY, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung* 76 (1990), S. 390–394. Von älteren Arbeiten: Arthur WYNEN, *Ludwig Kaas. Aus seinem Leben und Wirken*, Trier 1953, Karin SCHAUFF, *Erinnerung an Ludwig Kaas zum 20. Todestag am 25. April 1972*, Pfullingen 1972; Rudolf MORSEY, *Ludwig Kaas (1881–1952)*, in: DERS., *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts*, Mainz 1973, S. 251–262, 310 f.

für dessen Verhalten verantwortlich gemacht werden zu können, schwer hintergangen und getäuscht.¹⁰ Dass keinerlei kirchliche Konkordatsofferten und auch nicht der »Konkordatsplan der Regierung«, Papens und Hitlers, das Ja des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz hervorgerufen hätten, meint Heinz Hürten¹¹ unter Bezugnahme auf die eingehenden Forschungen von Konrad Repgen¹².

Eine zweite Gruppe von Historikern setzt die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933, das zugleich als entscheidender Schritt zum Machtgewinn Hitlers gewertet wird, in kausalen Zusammenhang mit dem Abschluss des Reichskonkordats am 20. Juli 1933. Eine direkte kausale Verknüpfung ist nicht direkt nachweisbar, weil die Zentrumsfraktion vor ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz keine offene Diskussion über den möglicherweise bevorstehenden Abschluss eines Reichskonkordats geführt hat. Aber der angeblich schwer durchschaubare Prälat Kaas gerät ins Zwielicht, wenn ihm angelastet wird, er habe in der festen Hoffnung auf ein bevorstehendes Reichskonkordat seine nicht informierten Fraktionsgenossen zur Zustimmung bewegt. Diese Auffassung vertrat zuerst ein prominenter Zeitzeuge und Konkurrent von Kaas, der Ex-Kanzler Heinrich Brüning.¹³ Obwohl er auch andere Erklärungen heranzog, exkulpierte der letzte Zentrumsvorsitzende damit gewissermaßen seine Partei. In anderem Zusammenhang belastete er den damaligen Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli und die Kurie, denen »katholische parlamentarische Parteien in den einzelnen Ländern [...] unbequem« gewesen seien.¹⁴ Karl Dietrich Bracher¹⁵, Karl Otmar von Aretin¹⁶, Leonore Siegele-Wenschkewitz¹⁷

10 G. MAY (wie Anm. 9), Bd. 3, S. 367, 351.

11 *Deutsche Katholiken 1918–1945*, Paderborn 1992, S. 233 ff.; Stewart A. STEHLIN, *Weimar and the Vatican 1919–1933. German-Vatican Diplomatic Relations in the Interwar Years*, Princeton/New Jersey 1983, S. 451.

12 *Über die Entstehung der Reichskonkordats-Offerte im Frühjahr 1933 und die Bedeutung des Reichskonkordats*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 26 (1978), S. 499–534; DERS., *Nachwort zu einer Kontroverse*, in: ebd. 27 (1979), S. 159–161; DERS., *Zur vatikanischen Strategie beim Reichskonkordat*, in: ebd. 31 (1983), S. 506–535.

13 Zum Ermächtigungsgesetz: »Kaas' Widerstand wurde schwächer, als Hitler von einem Konkordat sprach und Papen versicherte, dass ein solches so gut wie garantiert sei« – was Kaas' »ganzer Anschauungswelt« entgegengekommen sei. Heinrich BRÜNING, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970, S. 656; kein Abdruck dieses Quellenzeugnisses in: *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6).

14 Äußerung gegenüber Harry Graf Kessler; zit. nach J. BECKER, *Ende* (wie Anm. 8), S. 359.

15 »Dolchstoß in den Rücken der Zentrumspartei«. Karl Dietrich BRACHER, *Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat. Ein Gutachten*, in: Friedrich GIESE/Friedrich August von der HEYDTE (Hg.), *Der Konkordatsprozess* (Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik, Bd. 7), München o.J., S. 999.

16 *Prälat Kaas, Franz von Papen und das Reichskonkordat von 1933*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 14 (1966), S. 252–279; siehe dazu J. BECKER, *Ende* (wie Anm. 8).

17 *Nationalsozialismus und Kirchen. Religionspolitik von Partei und Staat bis 1935*, Düsseldorf 1974, S. 90–123.

und ihr Lehrer Klaus Scholder¹⁸ sehen eine dolose Mitwirkung von Kaas an der Preisgabe des deutschen politischen Katholizismus durch die konkordatsbereite Kurie, wobei das Verhalten Kaas' beim Ermächtigungsgesetz zum Ausgangspunkt der seit dem 7. April einsetzenden Verhandlungen¹⁹ wird. Scholder und Siegele-Wenschkewitz erklären das Handeln von Kaas aus dessen Fixierung auf den »Konkordatstyp des faschistischen Italien«²⁰ und leiten verallgemeinernd die Anbahnung des Reichskonkordats aus der Autoritätsorientierung ab, die sowohl für den Staat Hitlers als auch für die katholische Kirche kennzeichnend gewesen sei. Theoretischer begründet Ernst-Wolfgang Böckenförde seine Affinitätsthese. Er wirft dem prinzipiell-abstrakten kirchlichen Naturrechtsdenken vor, sich mit Fehlentwicklungen des Politischen, so dem NS-Staat, leicht abgefunden zu haben, weil gemäß dem Naturrecht politische Entwicklungen und auch Staatsformen als akzidentell, zeitgebunden und bloß historisch aufgefasst würden; das politische Unrecht werde aus einer solchen überzeitlich weltanschaulichen Wesensschau nicht genügend erfasst und darum zugelassen.²¹

Detlef Junker konstatiert im Blick auf Kaas' römische Verhandlungen, auf den Rückzug des Zentrums und der deutschen Bischöfe aus der Frontlinie gegen den Nationalsozialismus seit März/April 1933 geradezu ein »Junktim im Konkordat«: Sicherung der Kirchenrechte gegen die Preisgabe der politischen Repräsentation des deutschen Katholizismus.²² Das »Janusgesicht« des Zentrums lag für ihn in dessen Bereitschaft, »jeder etablierten Ordnung« »als stabilisierender Faktor« zu dienen. Solange die Verfassung der Republik bestand, bedeutete dies, den – 1932/33 eigentlich notwendigen – Verfassungsbruch zugunsten einer Papen-Diktatur unter allen Umständen zu meiden; nachdem die »neue Ordnung« des Führerstaats einmal etabliert war, forderte die »katholische Staatslehre und Ethik« Gewaltverzicht und Anpassung aus Gründen der Legalität. Die »Selbstpreisgabe« des Zentrums resultierte nach Junkers Mei-

18 »Kapitulation des Katholizismus«. Klaus SCHOLDER, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1: *Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934*, Frankfurt/M. 1977, S. 300–321, 314; DERS., *Altes und Neues zur Vorgeschichte des Reichskonkordats. Erwiderung auf Konrad Reppen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 26 (1978), S. 535–570.

19 Treffen Kaas – Papen im D-Zug-Abteil von München nach Rom am 8. April 1933, anschließend in Rom Verhandlungen zwischen Pacelli, Papen und Kaas.

20 So der Titel eines auch für Kaas' politische Auffassungen charakteristischen Aufsatzes in der *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, Bd. 3 (1933), Teil 1, S. 488–522.

21 Ernst-Wolfgang BÖCKENFÖRDE, *Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933*, in: Gotthard JASPER (Hg.), *Von Weimar zu Hitler 1930–1933*, Köln–Berlin 1968, S. 317–343, 341, 338 f.; vgl. auch Böckenfördes Aufsatz über *Kirchliches Naturrecht und politisches Handeln*, in: Ernst Wolfgang BÖCKENFÖRDE (Hg.), *Kirchlicher Auftrag und politisches Handeln. Analysen und Orientierungen*, Freiburg i.B. 1989, S. 161–191, 171 f.

22 Detlef JUNKER, *Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland*, Stuttgart 1969, S. 190 ff.

nung aus der naturrechtlichen »prinzipiellen Indifferenz gegenüber den Staatsformen«, die es der Partei erlaubt habe, gemäß der faktischen Entwicklung einmal mit der Republik, einmal mit der Diktatur zu paktieren.²³ Für diese Auffassung lässt sich ein die Legitimität der Hitler-Regierung einräumendes Diktum des Zentrumsführers Wilhelm Marx anführen.²⁴ Der US-Historiker Noel D. Cary betont einerseits den Akzidentalismus der leoninischen Staatslehre und deren Einfluss auf das sich jeder rechtmäßigen Ordnung unterwerfende Zentrum, andererseits die schuldhafte Selbstaufgabe des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei; diese hätten, Hitler vertrauend, mit dem Ermächtigungsgesetz die institutionellen und moralischen Beschränkungen der diktatorischen Führergewalt weggeräumt. Im Gegensatz zu Ludwig Windthorst's Widerstand gegen das Arrangement zwischen Leo XIII. und Bismarck habe Kaas durch seine Förderung der Übereinkunft zwischen Hitler und Pius XI. seine Partei einer tödlichen »Reform« ausgeliefert.²⁵ Gegen den gelehrten Vergleich lässt sich einwenden, dass die Fronten im März 1933 längst nicht mehr so geschlossen waren wie zu Bismarck's Zeiten. Hitler, der 1929 die Lateranverträge begrüßt hatte,²⁶ ging nun auf die Konkordatspläne des prominenten Rechtskatholiken, Ex-Kanzlers und Kabinettsmitglieds Franz von Papen ein.²⁷ Angesichts der Tatsache, dass vorher die Parteienkonstellation im Reichstag den Abschluss eines Reichskonkordats als aussichtslos hatte erscheinen lassen, konnte von dieser überraschenden Wendung erheblicher Druck auf den politischen Katholizismus ausgehen.

Die Aktualität der Thematik wird bezeugt durch neue Veröffentlichungen, von denen neben der (bereits erwähnten) Arbeit von Noel D. Cary exemplarisch die Bücher von John Cornwell²⁸ und William L. Patch²⁹ genannt seien – ersteres eine quellenmäßig matt unterlegte »Anklage« gegen Pius XII., letzteres eine dem komplizierten Forschungsstand gerecht werdende, die unveröffentlichten Brüning-Papiere heranziehende und ausgewogen urteilende Teil-

23 »Der Untergang der Partei entbehrte nicht der inneren Logik«. Ebd. S. 235 f., 141 ff., 154.

24 Noel D. CARY, *The Path to Christian Democracy. German Catholics and the Party System from Windthorst to Adenauer*, Cambridge/Mass. 1996, S. 139.

25 Ebd. S. 142.

26 Dazu Konrad REPGEN, *Die Außenpolitik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege*, in: *Handbuch der Kirchengeschichte*, Bd. 7: *Die Weltkirche im 20. Jahrhundert*, hg. v. Hubert JEDIN, Konrad REPGEN, Freiburg i.B.- Basel-Wien 1985 (1979), S. 56 ff.

27 »Einigung Papen-Hitler über den Konkordatsplan sicher vor dem 23. März, möglicherweise aber schon vor dem 17. März«: Darin offenbar Übereinstimmung zwischen K. SCHOLDER, *Altes und Neues* (wie Anm. 18), S. 551, und K. REPGEN, *Über die Entstehung* (wie Anm. 12), S. 520–522: Im März »Konkordatsatmosphäre« nach dem Zeugnis des Staatssekretärs (1925–1933) im preußischen Kultusministerium Aloys Lammers.

28 *Pius XII., der Papst, der geschwiegen hat*. Aus dem Englischen übersetzt von Klaus Kochmann, München 1999.

29 *Heinrich Brüning and the Dissolution of the Weimar Republic*, Cambridge 1998.

Biographie über den letzten Zentrumskanzler. Auch haben neue Quellenpublikationen detailliertes behörden-, institutions- oder kulturgeschichtliches Material ausgebreitet; es beleuchtet wichtige Aspekte der Tragödie des politischen Katholizismus, ist gleichwohl noch nicht in wünschenswertem Maß ausgewertet, obschon das Erscheinen teils schon länger zurückliegt. Zu nennen sind etwa die Protokolle der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei,³⁰ Morseys Quellenband über das Ermächtigungsgesetz,³¹ Josef und Ruth Beckers Dokumentensammlung über Hitlers Machtergreifung,³² die Kabinettsprotokolle der Regierung Hitler,³³ die »Kirchlichen Akten« aus der Quellenreihe der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte.

Die Interpretationen eines naturrechtlich begründeten Relativismus in politics müssen sich den Vergleich mit dem politischen Verhalten des Zentrums in der Weimarer Republik gefallen lassen. Dessen Staatslehre war gemäß ihren neuscholastischen Ausgangspunkten an der zweckhaften Ordnung der staatlichen Gemeinschaft ausgerichtet, vermochte damit den Wert des geordneten Staatslebens in der Tat über die Staatsform zu setzen. Allerdings hatte in der Revolution von 1918 diese Auffassung gerade die Stellungnahme für die parlamentarische Republik begünstigt. Noch am 29. August 1932 setzte sich die Reichstagsfraktion in einer Erklärung energisch für den Erhalt der Verfassung ein. Diese »verfassungsmäßige Politik« sei »kein taktisches Spiel, [...] sondern das pflichtgemäße Handeln einer Partei, für die die Wahrung verfassungsmäßiger Zustände Volkswohl bedeutet und politischer Lebensinhalt ist«³⁴. Zumal vor den entscheidenden Wahlen der Jahre 1932 und 1933 hat sich die Partei gegen Diktatur, gegen einseitige Parteiherrschaft, gegen die »Hitlerdiktatur«, für den »freien deutschen Volksstaat«, für die Freiheit der Meinungsäußerung, für die Zusammenarbeit der Parteien und die Grundrechte der Reichsverfassung ausgesprochen.³⁵ Hinzu kam die geistige Auseinandersetzung mit der na-

30 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933*, bearb. v. Rudolf MORSEY, Mainz 1969; *1920–1925*, bearb. v. Rudolf MORSEY u. Karsten RUPPERT, Mainz 1981.

31 Siehe oben Anm. 6.

32 Josef u. Ruth BECKER (Hg.), *Vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933*, München ²1992 (¹1983) (mit einem sehr nützlichen Anhang: Zeittafel, Wahlergebnisse, Glossar und ausführliches Register).

33 *Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler*. Teil 1, 1933/34, Bd. 1: 30. Januar bis 31. August 1933; Bd. 2: 12. September 1933 bis 27. August 1934, bearb. v. Karl-Heinz MINUTH, hg. v. Konrad REPGEN u. Hans BOOMS, Boppard 1983.

34 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 583 f.

35 Nachweise bei D. JUNKER (wie Anm. 22), S. 84 ff., in den Stenographischen Berichten des Reichstags, in den Fraktionsprotokollen, im Politischen Jahrbuch der Zentrumspartei: für Kaas vgl. G. MAY (wie Anm. 9), Bd. 1, S. 360 f. Bedeutete das Eintreten für den Rechtsstaat keine Diskussion politischer Grundsatzfragen, die Jutta Bohn beim Zentrum vermisst? Jutta BOHN, *Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und faschistischem Staat in Italien und die Rezeption in deutschen Zentrumskreisen (1922–1933)*, Frankfurt/M. 1992, S. 193.

tionalsozialistischen Weltanschauung und deren Hauptvertreter Alfred Rosenberg, geführt vor allem von geistlichen Autoren, von Michael Buchberger in Regensburg, Anton Scharnagl, Emil Muhler, P. Erhard Schlund und Georg Moenius in München, von Friedrich Muckermann in Münster und Franz Xaver Eggersdorfer in Passau. Diese Autoren zogen den Trennungsstrich zur Ersatzreligion arischer und germanischer Rassengläubigkeit, deren Wurzeln im weltanschaulichen Materialismus und Darwinismus des 19. Jahrhunderts lagen.³⁶ Sie erkannten deutlich, dass die weltanschaulichen Grundlagen des Biologismus mit den christlichen Schöpfungslehren unvereinbar waren. Von ihren ausgeprägten philosophischen Grundlagen her haben der »bekenntnistreue« Katholizismus und der Episkopat auch den übertriebenen Nationalismus und die zunehmende Brutalität der Auseinandersetzung bei den extremen Kräften kritisiert.³⁷ Es spricht einiges dafür, dass, verglichen mit anderen politischen Gruppen, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Vertreter der Kirche auf einer besonders grundsätzlichen Ebene die Geistesart der Völkischen und der Nationalsozialisten bekämpften, auch wenn ihnen wie anderen wegen der Neuartigkeit des Auftretens totalitärer Ideologien die begriffliche Trennschärfe einer systematischen oder phänomenologischen Klassifizierung dieser Bewegungen noch nicht zu Gebote stand. Zurückblickend auf Handlungsmuster der Vergangenheit, glaubte man, in einem neuen Kulturkampf zu stehen.

Daraus lässt sich folgern, dass das Zentrum sich nicht wegen seiner geistigen Disposition über die Weltanschauungsfront hinwegsetzte, die es vom Nationalsozialismus trennte – was in sich widersprüchlich gewesen wäre –, sondern dass es zunächst wegen der allgemein- und koalitionspolitischen Zwänge, denen es sich ausgesetzt sah, gewichtige prinzipielle Bedenken zurückstellte und Verhandlungen mit der NSDAP begann. Seit dem Sturz Brünnings im Mai 1932 und den Wahlergebnissen dieses Jahres drohte eine negative Mehrheit von rechts- und linksextremen Kräften in Preußen und im Reich. Angesichts der

36 Raimund BAUMGÄRTNER, *Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg*, Mainz 1977, S. 138 ff.; Matthias MARTIN, *Für Gott und gegen den Führer? Das Verhältnis von NS-Bewegung und katholischer Kirche vor der Machtergreifung Hitlers im Deutschen Reich*, Innsbruck 1996, S. 49 ff., 98 ff.; Friedrich MUCKERMANN, *Im Kampf zwischen zwei Epochen. Lebenserinnerungen*, bearb. v. Nikolaus JUNK, Mainz 1973, S. 519 ff., 548; Ernst DEUERLEIN, *Zur Vergegenwärtigung der Lage des deutschen Katholizismus 1933*, Teil 1–3, in: *Stimmen der Zeit* 168 (1960/61), S. 1–23, 90–116, 196–223; *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1920–1925* (wie Anm. 30), S. 502 (19. Nov. 1923). Der Passauer Hochschulprofessor Eggersdorfer wurde wegen seines Auftretens gegen die Nationalsozialisten sogleich mit Entlassung bestraft: Anton LANDERSDORFER, *Ein geistiges Zentrum in Bedrängnis: Die Philosophisch-Theologische Hochschule*, in: Winfried BECKER (Hg.), *Passau in der Zeit des Nationalsozialismus, Ausgewählte Fallstudien*, Passau 1999, S. 439–466.

37 R. BAUMGÄRTNER (wie Anm. 36), S. 142 f., 146, 157–176; *Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945*, Bd. 1: 1933–1934, bearb. v. Bernhard STASIEWSKI, Mainz 1968, S. 2 (Hirtenbrief Conrad Gröbers v. 10. Febr. 1933); Wieland VOGEL, *Katholische Kirche und nationale Kampfverbände in der Weimarer Republik*, Mainz 1989, S. 327–339.

Diktaturgelüste Papens und Schleichers rückte der greise Reichspräsident für die Anhänger der Verfassung immer mehr in die Rolle eines konstitutionellen Garantiefaktors, während seine verfassungsmäßig vorgesehene Volkswahl das Anwachsen des antiparlamentarischen Nationalsozialismus begünstigte. Schienen die bisher erprobten Koalitionen kaum noch gangbar zu sein, so führten aber auch die Versuche eines Zusammengehens mit den Nationalsozialisten – oder mit Papen – bald in die Sackgasse.

Die Verhandlungen im Mai und Juni 1932 um die Aufnahme von NSDAP-Mitgliedern in das preußische Kabinett schienen ratsam nach Papens Drohung, in Preußen einen Staatskommissar einzusetzen. Das Zentrum fürchtete zunächst Papens Angriff auf das demokratische System in Preußen mehr als die vom Nationalsozialismus ausgehende Umsturzbewegung. Nach dem »Preußenschlag« vom 20. Juli 1932 sollten die Gespräche zwischen dem Zentrum und der NSDAP dazu dienen, mit parlamentarischen Mitteln das Reichskommissariat zu beenden und eine neue preußische Regierung zustande zu bringen. Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 ergaben eine Verdoppelung der nationalsozialistischen Mandate. Nun erschien auch hier das »Zusammengehen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten« als »die einzige denkbare Möglichkeit zu einer regierungsfähigen Mehrheitsbildung«³⁸. Durch Teilnahme an der Regelung sollten die Nationalsozialisten »gezähmt« werden. Dass man auch anderswo deren Gefährlichkeit nicht gebührend wahrnahm, zeigte die SPD mit ihrer Einschätzung, die Kommunisten seien bedrohlicher als die Nationalsozialisten (Ende 1930).³⁹ Die Führungskreise des Zentrums hätten einer Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten, sogar bis zur Länderebene hinab, schon seit 1930 zugestimmt,⁴⁰ um die Schreihälse sich »abkämpfen« zu lassen,⁴¹ »ihre Demagogie zu entlarven«⁴² und »ihre blutige Ignoranz« bloßzustellen.⁴³ Dennoch erschien das »Experiment«, ob schon »aus pädagogischen Gründen« empfehlenswert, als zu gewagt. In der Zentrumsfraktion fürchtete man, es könne den wirtschaftlichen Ruin, einen erheblichen außenpolitischen Ansehensverlust und die Verhärtung der Fron-

38 Herbert HÖMIG, *Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik*, Mainz 1979, S. 269, 260–267; vgl. Martin SCHUMACHER, *Zwischen »Einschaltung« und »Gleichschaltung«. Zum Untergang der Deutschen Zentrumspartei 1932/33*, in: *Historisches Jahrbuch 99* (1979), S. 268–303.

39 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 499 (12. Dez. 1930).

40 So Brüning im September 1945 gegenüber US-Offizieren. *Heinrich Brüning. Briefe und Gespräche 1934–1945*, hg. v. Claire NIX unter Mitarbeit von Reginald PHELPS und George PETTEE, Stuttgart 1974, S. 540.

41 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 574 f. (1. Juni 1932).

42 Ebd. S. 480 (13. Okt. 1932).

43 Rede von Kaas in Kassel am 4. Jan. 1931. Ebd. S. 507, Anm. 7 (zur Sitzung v. 3. Febr. 1931).

ten gegenüber der SPD zur Folge haben, so dass es nachher nichts mehr »zu retten gäbe«⁴⁴.

Wie sah die Alternative aus? Abgesehen davon, dass Papen als Zentrumsrenegat galt und er für den Sturz Brüning's verantwortlich gemacht wurde, befürchtete die Zentrumsfraktion von wiederholten Reichstagsauflösungen und Wahlen die Aushöhlung der Verfassung und ein Anwachsen der Unruhen: »[...] denn verfassungswidriges Verhalten löst Illegalität der Nationalsozialisten aus«⁴⁵. Man hätte sich mit dem eigenen Machtverlust abfinden müssen, hatte doch Papen das Zentrum im Reichstag in die Oppositionsrolle versetzt und in Preußen die Regierungskoalition des Zentrums mit den Sozialdemokraten und der Deutschen Demokratischen Partei beendet. Zudem umwarb Papen die NSDAP.⁴⁶ Schließlich argwöhnten maßgebliche Zentrumsabgeordnete, Papen wolle gar keinen arbeitsfähigen Reichstag, weil er mit seinem Kabinett von Industriellen und Schlotbaronen besser eigensüchtige wirtschaftliche und soziale Ziele durchsetzen könne.⁴⁷

Die von Papen angezettelte Dauerkrise des Parlaments, durch die Novemberwahlen des Jahres 1932 verstärkt, wertete Hitler immer mehr als ernstzunehmenden Gesprächspartner auf. Er entdeckte bei den Verhandlungen, die er mit Zentrumsvertretern über die Wahl eines neuen Reichstagspräsidiums und über eine »arbeitsbereite Mehrheit« führte, eine die Nationalsozialisten und das Zentrum verbindende Verwurzelung im Volk.⁴⁸ Den aufmerksamen Zuhörern entging nicht, dass Hitler die angestrebte Regierungsbasis und Zusammenarbeit auf das Vertrauen des (manipulierbaren) Reichspräsidenten statt auf ein »Koalitionskabinett alten Stils« und auf die Verfassung gegründet wissen wollte. Deutlicher wurde der neu ernannte Reichskanzler bei dem ersten Gespräch, das er mit Kaas und Ludwig Perlitius am 31. Januar 1933 führte. Er reduzierte hier seine Verantwortung auf die des Parteiführers der Nationalsozialisten und lehnte unter Berufung auf Hugenberg die »Parlamentsherr-

44 Ebd. u. Anm. 38, 39. Vgl. R. MORSEY, *Untergang* (wie Anm. 3), S. 56–69; *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 567 (9. Mai 1932), 581 f. (29. Aug. 1932).

45 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 588 (12. Sept. 1932).

46 Ebd. S. 586 (12. Sept. 1932). In dem für die Auflösung des Preußischen Landtags zuständigen Dreimännergremium ersetzte Papen Otto Braun (SPD) und rief dadurch den Protest des Zentrumsmitglieds Konrad Adenauer (6. Febr. 1933) hervor, der sich gegenüber Papen und dem NSDAP-Vertreter Kerrl in die Minderheit gebracht sah. HÖMIG (wie Anm. 38), S. 274.

47 Wie Anm. 39; Äußerung Peter Tremmels »gegen die reaktionären Verordnungen der Papen-Regierung« mit dem Abbau »ganzer Sozialeinrichtungen« und kaufkrafthemmenden Lohnkürzungen (9. Dez. 1932). *Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags*, VII. Wahlperiode, Bd. 455, S. 68.

48 Hitler am 10. Sept. 1932: »Zentrum ist gut fundiert, ist nicht zu vernichten, Nationalsozialisten wurzeln auch im Volk, also muss Zusammenarbeit möglich sein« (wie Anm. 45, S. 586, 12. Sept. 1932). Vgl. R. MORSEY, *Die Deutsche Zentrumspartei* (wie Anm. 7), S. 320–322.

schaft«⁴⁹, eine parlamentarische Verbreiterung seines Minderheits-Koalitionskabinetts, ab.

Die sehr großen Schwierigkeiten einer Koalitionsbildung zwischen der BVP, dem Zentrum und der NSDAP, die nur zwischen den Reichstagswahlen vom 31. Juli und 6. November 1932 eine Mehrheit ermöglicht hätte,⁵⁰ müssen Kaas schon vor dieser endgültigen Absage überdeutlich geworden sein. Vor allem Brüning äußerte sich mehrmals kritisch über den Annäherungskurs, wie aus den Protokollen der Zentrumsfraktion hervorgeht. Diese Ablehnung des Nationalsozialismus gehört zum politischen Profil des Ex-Kanzlers, dessen Regieren mit Notverordnungen und angeblich monarchistische Ziele mehrfach zur negativen Qualifikation seines politischen Handelns führten.⁵¹ Waren die Deutschnationalen, die früheren Koalitionspartner, noch eher rechtsstaatlich eingestellt,⁵² nannte Brüning die Unzuverlässigkeit der Nationalsozialisten, die sich über getroffene Abmachungen hinwegsetzen würden, beim Namen.⁵³ Die Basis des Zentrums zeigte sich verunsichert. Eine bedeutende Führungsfigur wie der Fraktionsvorsitzende der BVP, Johann Leicht, bekämpfte die Nationalsozialisten öffentlich als undemokratisch. In der 1932/33 gegebenen

49 Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933 (wie Anm. 30), S. 612 (31. Jan. 1933).

50 Alfred MILATZ, *Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933*, in: E. MATTHIAS/R. MORSEY, *Das Ende* (wie Anm. 7), S. 741–793, 787. Vgl. Josef BECKER, *Brüning, Prälai Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930–1932*, in: *Historische Zeitschrift* 196 (1963), S. 74–111.

51 Brüning übertrieb in seinen Memoiren offenbar seine Begeisterung für die Hohenzollern, um die Verdächtigung der nationalen Unzuverlässigkeit, die er hinter seiner Entlassung durch Hindenburg vermutete, zu entkräften. Rudolf MORSEY, *Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings »Memoiren 1918–1934«*, Opladen 1975, S. 50 ff.; Andreas RÖDDER, *Dichtung und Wahrheit. Der Quellenwert von Heinrich Brünings Memoiren und seine Kanzlerschaft*, in: *Historische Zeitschrift* 265 (1997), S. 77–116; in einem Atemzug von den nationalsozialistischen »Verfassungsfeinden« und den »verfassungsfeindlichen Zielen« Brünings zu sprechen, ist zumindest terminologisch unscharf: Karl Otmar Freiherr von ARETIN, *Brünings ganz andere Rolle. Seine Verfassungspläne. Bemerkungen zu den Memoiren*, in: DERS., *Nation, Staat und Demokratie in Deutschland. Ausgewählte Beiträge zur Zeitgeschichte*. Zum 70. Geburtstag des Verfassers hg. v. Andreas KUNZ u. Martin VOGT, Mainz 1993, S. 107–117, hier S. 113; vgl. Karl Dietrich BRACHER, *Brünings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 19 (1971), S. 113–125. Von neueren Arbeiten: Gerhard SCHULZ, *Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik*, Bd. 3: *Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933*, Berlin–New York 1992; Astrid Luise MANNES, *Die Agrarpolitik der Regierung Brüning. Eine Auswertung der edierten Quellen und Literatur*, Aachen 1997; DIES., *Heinrich Brüning. Leben – Wirken – Schicksal*. Mit einem Vorwort von Bundesminister a. D. Dr. Gerhard Stoltenberg, München 1999, S. 180–200; L. PATCH (wie Anm. 29), S. 1–13 (mit Auswertung der Brüning Papers – u. a. 7000 Briefe – im Harvard University Archive).

52 Vgl. die Äußerung Stegerwalds am 12. Sept. 1932. *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 587.

53 »Die NSDAP spekuliere auf weiterführende Dinge«. Ebd. S. 609 (26. Jan. 1933).

Situation schärfte Brüning der Fraktion erneut das Rechtsstaatsverständnis ein, forderte dazu auf, »den Rechtsgedanken und den Rechtsstaat mit allen Mitteln zu verteidigen und zu erhalten«⁵⁴. Offenbar blieb nur die Wahl, sich auf die Verteidigung des Verfassungsstaats zurückzuziehen. Die Zentrumsführung konzidierte den Nationalsozialisten nicht die Beeinträchtigung der Rechte des Reichspräsidenten, verweigerte den autoritären Reichskanzlern Schleicher und Papen aber auch die Vertagung oder erneute Auflösung des Reichstags, weil ein »echter Staatsnotstand« nicht vorliege.⁵⁵

In dieser Dauerkrise verfiel Kaas auf den Gedanken einer die Parteien und Institutionen übergreifenden Sammlung. Seine Sammlungsparole sprach er am 17. Oktober 1932 in Münster aus. Drei bis fünf politischen Führern sollte die Bildung einer »deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft« anvertraut werden.⁵⁶ Einen Monat später dachte Kaas an eine »Notgemeinschaft im Parlament«⁵⁷. Die »Kölnische Volkszeitung« forderte »die große Konzentration aller arbeitswilligen und positiven Kräfte«⁵⁸; die neue Sammlung sollte eine dem Wohl des ganzen Volkes sowie der selbstlosen Sacharbeit verpflichteten Treuegemeinschaft sein.

Im Dienst dieses Sammlungsgedankens zeigte sich Kaas sogleich nach dem Wahlausgang vom 6. November 1932 »auf der Lauer«⁵⁹ und handlungsbereit. Erreicht wurde nur die Ausschaltung des Zentrums und der BVP am 30. Januar 1933. Auch eine koalitionspolitische Alternative nach links, durch Heranziehung der SPD, war nicht sichtbar. Die Sozialdemokraten sahen sich nach den Novemberwahlen erneut geschwächt. Eine »schwarz-rot-braune Koalition« geisterte im Dezember 1932 nur noch als Propagandagespenst der Deutschnationalen durch den Reichstag. Angesichts der Unbeweglichkeit und der Kräfteverhältnisse der Parteien spielte Kaas' Reserve gegenüber einer Koalition mit der SPD, die er von seinem akademischen Lehrer Ulrich Stutz übernommen haben könnte,⁶⁰ keine Rolle mehr.

54 Ebd. S. 599 (29. Nov. 1932); so auch im Wahlkampf vom Februar 1933. L. PATCH (wie Anm. 29), S. 294.

55 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 606 f. (20. Jan. 1933), S. 609 (26. Jan. 1933), S. 509 (5. Febr. 1931), S. 588 (12. Sept. 1932); S. 587 (12. Sept. 1932): gegen die »Behinderung« des Reichspräsidenten durch die Geschäftsordnung, die die NSDAP vorschlug. Ein Gesetzentwurf Wilhelm Fricks (NSDAP) zur Änderung der Reichsverfassung, beraten am 9. Dez. 1932, sah vor, den Reichspräsidenten im Falle der Verhinderung oder »vorzeitiger Erledigung der Präsidentschaft« durch den Präsidenten des Reichsgerichts vertreten zu lassen.

56 R. MORSEY, *Untergang* (wie Anm. 3), S. 70–73.

57 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 599 (29. Nov. 1932).

58 Vom 20. Nov. 1932. Ebd. S. 597, Anm. 4.

59 Wie Anm. 57. Kaas habe »ohne Abstimmen mit Brüning« seine Sondierungen geführt: Gottfried Reinhold TREVIRANUS, *Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit*, Düsseldorf–Wien 1968, S. 374.

60 G. MAY (wie Anm. 9), Bd. 1, S. 377, Bd. 2, S. 664–686.

Bekanntlich haben das Zentrum (72 Abgeordnete) und die Bayerische Volkspartei (19) dem Ermächtigungsgesetz geschlossen zugestimmt; das Zentrum hat sich dabei über eine Minderheit von 12 bis 14 Stimmen, die vorher bei einer Probeabstimmung zutage getreten war, hinweggesetzt.⁶¹ Die Schicksalhaftigkeit der Entscheidung wurde tief empfunden. Der württembergische Staatspräsident Eugen Bolz befürchtete eine ganz schlimme »innere Entwicklung«⁶², der BVP-Abgeordnete Anton Wiedemann sah sich »sein Todesurteil selbst unterschreiben«⁶³, Heinrich Brüning erblickte im Ermächtigungsgesetz »das Ungeheuerlichste, was je von einem Parlamente gefordert worden wäre«⁶⁴, Ludwig Kaas fand »unsere Entscheidung schwerer als selbst die über den Versailler Vertrag«⁶⁵.

Welche Erklärungen können für das Ja zum Ermächtigungsgesetz gefunden werden? Nach dem hinhaltenden Widerstand gegen Papen und Schleicher war dieses Verhalten überraschend und inkonsequent. Es lag mitnichten auf der Linie des Zähmungskonzepts, wenn Hitler und Göring, etwa mit ihren Entlassungsdrohungen, selbst nun imstande waren, »die Peitsche des Dompteurs« zu schwingen (Gottfried Reinhold Treviranus). Auf dieser Linie lag eher noch Konrad Adenauers am 4. März 1933 geäußerte, aussichtslose Empfehlung,⁶⁶ den Fortbestand des parlamentarischen Lebens durch die Zusammenarbeit des Zentrums mit Hitler und Hugenberg zu gewährleisten. Das Ermächtigungsgesetz aber intendierte etwas ganz anderes, nämlich die Ausschaltung des Reichstags, und machte auch die Mitarbeit jener »Führer« und Parteien entbehrlich, die zur Realisierung der von Kaas propagierten Sammlungsparole notwendig gewesen wäre.

Die nun gefällte, historische Entscheidung lässt sich zunächst einmal nicht nur aus der Handlungslogik einer einzigen beteiligten Gruppe – Zentrum- und BVP-Fraktion zusammengenommen – erklären. Die äußeren Determinanten der nahezu ausweglosen Situation bildeten die schwerwiegenden Strukturdefizite des Weimarer Staats, die Wahlergebnisse und die daraus folgenden innenpolitischen Entwicklungen, die Personalkonstellation an der

61 Nein bei der Probeabstimmung u.a.: Dr. Heinrich Brüning, Dr. Eugen Bolz, Dr. Fritz Bockius, Dr. Joseph Wirth, Dr. Johannes Schauff, Prof. Friedrich Dessauer, Helene Weber, Hermann-Josef Schmitt, Josef Joos, Adam Stegerwald, Johannes Schauff.

62 Bolz an seine Frau, 20. März 1933. *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 39.

63 Wiedemann an seine Frau, 22. März 1933. Ebd. S. 44.

64 So in der Zentrumsfraktion am 23. März 1933. Ebd. S. 48.

65 Im Vorstand der Zentrumsfraktion am 20. März 1933. *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 622.

66 4. März 1933 gegenüber Frh. Schmittmann nach dem Tagebucheintrag des Historikers Jean de Pange. Hans Peter MENSING, »... *Den Kopf oben halten, sich nicht unterkriegen lassen...*« *Einige Ergänzungen der biographischen Dokumentation »Adenauer im Dritten Reich«*, in: *Geschichte im Westen* 9 (1994), S. 84–106, 89.

Staatsspitze und die Skrupellosigkeit und Machtbesessenheit des neuen Reichskanzlers.

Die Fehler, die das Zentrum und seine Repräsentanten selbst begingen, hingen mit der ins Kaiserreich zurückweisenden Strukturschwäche des gesamten Parteiensystems zusammen. Der Wähler hatte die koalitionsfreie Sachpolitik der Partei der Mitte nicht honoriert. Frustrierend wirkte angesichts dieses staatstragenden Programms die Schwäche des geringen, noch leicht zurückgehenden Stimmenanteils: Am 20. Mai 1928 erreichten Zentrum und BVP 12,1 und 3,1 Prozent, am 5. März 1933 11,2 und 2,7 Prozent. Mochte es Brüning angebracht scheinen, aus inhaltlichen, sachlichen Gründen der Verantwortung für das Ganze eine vom Parlament unabhängige, allenfalls tolerierte Regierungsweise zu praktizieren, so lag aus heutiger Sicht in dieser Nebenfolge das eigentliche Problem, weil sich ein Gewöhnungseffekt für zunehmend als normal erachtete Formen der Präsidialdiktatur ergab. Ungut wirkte auch sicherlich die Distanzierung von den höheren »bürgerlichen«, als reaktionär erachteten Kreisen, sichtbar in der zeitweisen Bevorzugung der NSDAP gegenüber Papen und bei der Frage der Ostsiedlung.⁶⁷ Sie schwächte die Resistenz gegenüber der nationalsozialistischen Propagandathese, die NSDAP teile die »Volksverbundenheit« mit dem Zentrum,⁶⁸ und stärkte die von Mai bis August sich steigernde Bereitschaft von Zentrumsanhängern, zur NSDAP überzulaufen. Noch hatten die Zentrumsabgeordneten allerdings nicht die Erfahrung gemacht, »dass es gegenüber einem totalitären Regime keine Mitgestaltung, sondern lediglich Unterwerfung oder Widerstand geben kann«⁶⁹. Indikatoren für wachsende Unsicherheit waren die Überlegungen, eine Richtungsentscheidung zwischen »rechts« und »links« vorzunehmen.⁷⁰ Angesichts der Krise wuchs die Neigung, unter Zurücknahme von Gesinnungsbedenken Verantwortungsbewusstsein für angeblich unumgängliche Maßnahmen des Gemeinwohls zu demonstrieren. Der Pakt mit den Sozialdemokraten 1918/19 musste nun als historisches Vorbild für Kompromissbereitschaft gegenüber den Nationalsozialisten herhalten.

67 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 600 (29. Nov. 1932) u.ö.; vgl. oben Anm. 41, M. SCHUMACHER (wie Anm. 38), S. 301.

68 *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 612 f. (31. Jan. 1933).

69 Klaus HILDEBRAND, *Das Dritte Reich*, München ⁴1991, S. 4.

70 Am 2. Febr. 1933 forderte Adenauer, die Mitte herauszustellen, Helene Weber, die verbreitete »Einstellung gegen Linksflügel« im Wahlkampf zu übernehmen. *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 617 f.; vgl. Karsten RUPPERT, *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930*, Düsseldorf 1992, S. 413.

Kaas sah am 5. April 1933 die »demoliberalen Einrichtungen in einen Umschmelzungsprozess von grundlegendem Ausmaß hineingezogen«⁷¹; »gewisse äußere Formen« des »demokratischen Systems« hatten zurückzutreten gegenüber den »Realitäten von heute«; das »Übermaß formaler Freiheiten« sollte durch eine notwendige »Disziplinierung« überwunden werden: Als Richtmaß dafür bemühte Kaas das »staatspolitische Ethos der deutschen Zentrumspartei«, ihr »staatsmännisches Kredo«, den »staatspolitischen Imperativ der Stunde«. Das Ja zum Ermächtigungsgesetz gewähre Teilhabe am »Evolutionsprozess« von Deutschlands Gesundung und Wiederaufstieg. Kaas motivierte es eben nicht mit dem »statischen« Naturrechtsbegriff, sondern unterschied zwischen dem Proprium des »Glaubens« und der politisch gebotenen »Anpassungsfähigkeit« an die Zeitverhältnisse, schwächte so den vom Zentrum stets unter Schwierigkeiten aufrechterhaltenen Vermittlungszusammenhang zwischen moralisch-rechtlicher Grundorientierung und politischem Handeln. Sein Plädoyer für ein »entpersönlichtes« Votum entfernte sich zumindest verbal von den personenbezogenen Pflicht- und Güterabwägungen einer christlichen Staatslehre. Er ergänzte die »Hierarchie der Werte« charakteristischerweise durch die »der Kräfte«, qualifizierte – als Vertreter einer sich »Verfassungspartei« nennenden Gruppierung – die verfassungsmäßigen Freiheiten als formal.

Das sonst bei Kaas anzutreffende Bekenntnis zu einer übergreifenden Rechtsordnung im Leben der Völker weicht hier der Reklamation einer Großmachtstellung für Deutschland und für Mussolinis Italien. Nach Angabe Brünings hatte sich Kaas sogar von den Landesvertretern des Zentrums bevollmächtigen lassen, die gegen das Ermächtigungsgesetz stimmenden Zentrumsmitglieder aus der Partei auszuschließen.⁷²

Die Zentrumsabgeordneten waren primär allerdings den Einschüchterungsaktionen der Regierung ausgesetzt. Die zahlreichen willkürlichen Verhaftungen kommunistischer und sozialdemokratischer Abgeordneter und Funktionäre ließen um das eigene Schicksal fürchten. Die Nationalsozialisten drohten sogleich mit der Entlassung aller dem Zentrum angehörenden Beamten. Diese Losung hatte Hermann Göring bereits am 7. März im Kabinett für den Fall, dass das Zentrum das Ermächtigungsgesetz ablehnte, ausgegeben; die Partei selbst sei höflich zu ignorieren. Zusätzlich schreckte das Beispiel der Beseitigung der Sozialdemokraten und des Partito popolare im faschistischen Ita-

71 Dieses und die folgenden Zitate aus dem von J. BECKER Ludwig Kaas zugeschriebenen Artikel »Der Weg des Zentrums« in der *Köln. Volkszeitung* v. 5. April 1933. Josef BECKER, *Zentrum und Ermächtigungsgesetz 1933*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 9 (1961), S. 195–210, hier S. 204–206.

72 Brüning an Treviranus, 9. Juli 1958. Harvard Univ. Archive FP 93.10. Nach A.L. MANNES, *Brüning* (wie Anm. 51), S. 183.

lien.⁷³ Schon die Reichstagsbrand-Notverordnung vom 28. Februar 1933 gab Hitler die Mittel an die Hand, auch ohne ein Ermächtigungsgesetz weitergehende Pläne durchzusetzen; ließ sich nicht, durch Mitwirken an einer noch irgendwie kontrollierten Ermächtigung, das Hitlerkabinett in den Grenzen einer gewissen Legalität halten und Blutvergießen vermeiden? Der Terrorismus der SS-Leute in und vor der Kroll-Oper war für die Sozialdemokraten wie für den Ex-Kanzler Brüning lebensgefährlich. Die stürmische Begeisterung der hauptstädtischen Massen anlässlich des Staatsakts von Potsdam ließ »die Herrschaft der NSDAP als unabwendbar« erscheinen.⁷⁴

Die Nationalsozialisten verliehen dem Verlangen nach autoritärer Ermächtigung Nachdruck dadurch, dass sie mit dem Bürgerkriegsgepenst drohten und gleichzeitig die Gewalt der innenpolitischen Auseinandersetzung selbst schürten. Seit dem 9. Dezember 1932 war der Reichstag nicht mehr zusammengetreten, insofern schon entmachtet. Am 23. März benötigte Hitler für die Zweidrittelmehrheit nach dem ungesetzlichen Ausschluss der 81 kommunistischen Abgeordneten noch 378 Stimmen von den 566 »gesetzlichen« Mitgliedern des Reichstags.⁷⁵ Wenn die Regierungskoalition (NSDAP, DNVP) und die kleineren Parteien (DVP, DSP, Deutsche Bauernpartei, Volksdienst) für das Ermächtigungsgesetz stimmten (wie es auch geschah), war er nur auf 25–30 Ja-Stimmen aus den Fraktionen des Zentrums und der BVP (92) angewiesen. Bewahrte das Zentrum keine Geschlossenheit, konnte es leicht in die Zerreißprobe geraten. Hätte ein zwischen SPD und Zentrum abgesprochenes Fernbleiben einer größeren Anzahl von Abgeordneten, wie Brüning anzunehmen scheint,⁷⁶ die Unversehrtheit der Abgeordneten sichern und zugleich das Ermächtigungsgesetz verhindern können? Das mutige »Nein« von 94 SPD-Abgeordneten führte nur deshalb nicht zu schlimmen Konsequenzen, weil der Reichstag insgesamt mit Mehrheit zustimmte. Dieser Meinung war jedenfalls der SPD-Vorsitzende Otto Wels, wenn er gegenüber dem Aachener Zentrumsabgeordneten Johann Ernst am Abend des 23. März äußerte, die Abgeordneten wären ohne das Ja des Zentrums nicht mehr aus der Kroll-Oper herausgekommen.⁷⁷

73 Karl Bachem am 25. März 1933. *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 83; zum folgenden ebd. S. 81, 43, 47, 88, 136–153, 188 f.; zur Verfolgung der kommunistischen Reichstagsabgeordneten: Konrad REGEN, *Ein KPD-Verbot im Jahre 1933?*, in: *Historische Zeitschrift* 240 (1985), S. 67–99.

74 Nach Meinung des Abgeordneten Carl Ulitzka vom 15. Dez. 1931. *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 557.

75 *Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags, VIII. Wahlperiode*, Bd. 457, S. 40 (Göring); absolute Mehrheit mit 288 NSDAP-Mandaten.

76 H. Brüning an Johannes Maier-Hultschin, Cambridge/Mass., 20. Aug. 1947. *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 145.

77 *Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll*, hg. v. Martin BROSZAT/Ulrich DÜBBER u.a., Berlin 1983, S. 235; zu den Mehrheitsverhältnissen

Auch ohne die Annahme, dass Kaas von Hitlers und Papens Plänen, ein Reichskonkordat abzuschließen, gewusst habe, wäre Kaas' kooperationsbereites Verhalten einigermmaßen nachvollziehbar, wenn auch nicht zu billigen. Hitler drohte Kaas am 22. März offen mit dem Staatsnotstand, falls kein formelles Ermächtigungsgesetz zustande komme, wohl wissend, dass die Zentrumsfraktion dessen Proklamierung bisher abgelehnt hatte. Kaas entwickelte demgegenüber keine Widerstandskraft, äußerte die Furcht vor »unangenehmen Folgen für die Fraktion und die Partei. Es bliebe nur übrig, uns gegen das Schlimmste zu sichern«⁷⁸. In Abwandlung seiner Sammlungsidee⁷⁹ dürfte er die Schwerpunktverlagerung auf die neue Staatsautorität akzeptiert und sich mit der Gewinnung von Restbeständen konstitutioneller Kautelen beruhigt haben. Wie viele andere Zeitgenossen täuschte er sich in Hitler, bei dem er »Menschlichkeit«, und in Mussolini, bei dem er Unterscheidungsgabe⁸⁰ entdeckte. Der kirchenrechtlich geschulte Konkordats- und Vertragsexperte bestand allerdings nicht auf der brieflichen Bestätigung der von ihm als rechtsverbindlich erachteten Zusicherungen des amtierenden Regierungschefs. Abgekürzt wiedergegeben, bestanden diese in Garantien der Beibehaltung des Föderalismus, der Gleichheit vor dem Gesetz, des christlich-konfessionellen Einflusses auf die Schule und Erziehung. Auch die Länderkonkordate, die Unabsetzbarkeit der Richter, das Berufsbeamtentum, die Existenz des Reichstags und die Rechte des Reichspräsidenten sollten erhalten bleiben.⁸¹ Es verhiieß nichts Gutes, dass Hitler die Kommunisten sogleich von der Gleichheit vor dem Gesetz ausnahm und das Vetorecht des Reichspräsidenten einschränkte, das über die verfassungsmäßig eingeräumte Gegenzeichnung der Reichsgesetze gegeben war. Noch ließ sich allerdings nicht voraussehen, bis zu welch'

im Reichstag H. BRÜNING (wie Anm. 76). *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 141; zur Haltung der SPD vgl. den letzten Band der Trilogie von Heinrich August WINKLER, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933*, Berlin–Bonn 1987.

78 Zentrumsfraktion am 23. März 1933, 11.15. *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 47, vgl. ebd. S. 46 (Zentrumsfraktion 22. März 1933, 18.40).

79 G. MAY (wie Anm. 9), Bd. 2, S. 583 ff., Bd. 1, S. 215 f. Vgl. den Kaas zugeschriebenen Zeitungsbeitrag: »*Der Weg des Zentrums*«, v. 5. April 1933 (wie Anm. 71). Vgl. D. JUNKER (wie Anm. 22), S. 177; R. MORSEY, Untergang (wie Anm. 3), S. 163 f.

80 Dessen »*donum discretionis*«; Zit. nach D. JUNKER (wie Anm. 22), S. 197. Allerdings zeichnete auch H. BRÜNING, *Memoiren* (wie Anm. 13), Mussolini günstig, ohne ihn indes zu einer »Lichtgestalt« von »makelloser Helle« zu stilisieren, wie Ludwig VOLK, »*Brüning contra Pacelli. Ein Dokument korrigiert die Memoiren*« (Erstdruck im *Rheinischen Merkur* v. 27. Nov. 1970), übertreibend ausführt. Ludwig VOLK, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Ausgewählte Aufsätze*, hg. v. Dieter ALBRECHT, Mainz 1987, S. 319. Kaas traute den Nationalsozialisten zeitweise eine »vernünftige« Politik zu. *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 596 (19. Nov. 1932).

81 Parallel-Druck der Forderungen von Kaas und der Zugeständnisse Hitlers: *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 49–52 und ff.; *Die Protokolle der Reichstagsfraktion 1926–1933* (wie Anm. 30), S. 627 f. (22. März 1933); vgl. D. JUNKER (wie Anm. 22), S. 160.

bitterem Ende Hitler schließlich die sofort sichtbaren diskretionären Aufweichungen der konstitutionellen Garantien treiben würde. Das letzte Ausnahmegesetz einer eindeutig illegale Mittel einsetzenden »Weimarer« Koalitionsregierung war nach der Reichstagsbrandverordnung der zweite Schritt auf einem Wege, der allmählich, die »Ermächtigung« mehr und mehr missbrauchend, zur Stabilisierung einer auf das reine Regierungs- und speziell auf das Führerrecht gegründeten Diktatur⁸² führte.

Die geschilderten Situationszwänge erklären nicht völlig das Verhalten der Zentrums- und der BVP-Fraktion und die Rolle, die Kaas dabei spielte. Der Zentrumsvorsitzende hielt im März und April enge Kontakte zum Vatikan. Für ihn hatten die »bona particularia«, die kirchen- und kulturpolitischen Anliegen, obwohl sie nur ein Fünftel des verfassungsrechtlichen Forderungskatalogs des Zentrums an Hitler ausmachten,⁸³ eine so hohe Bedeutung, dass er in den Konkordatsgesprächen mit Papen im April 1933 für ihre Einlösung seine Unterstützung der nationalsozialistischen Herrschaft in Aussicht stellte.⁸⁴

Nach Klaus Scholder hat der Vatikan, nach John Cornwell als treibende Kraft Kardinalstaatssekretär Pacelli den politischen Katholizismus der Konkordatspolitik geopfert.⁸⁵ Die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz, von Prälat Kaas »wesentlich mitbeeinflusst«, sei »eine Voraussetzung für die Aufnahme von Konkordatsverhandlungen« gewesen. Nach Konrad Repgen hat die Kurie mit dem Abschluss des Reichskonkordats auf die verzweifelte Lage in Deutschland verantwortungsbewusst reagiert. War nach Scholder das Reichskonkordat die maßgebliche Ursache für die »Kapitulation des Katholizismus« gegenüber Hitler, so betrachtet Repgen umgekehrt den Erlass des Ermächtigungsgesetzes und das damit unweigerlich bevorstehende Ende des Katholizismus in Deutschland als Grund oder zumindest Rechtfertigung für den Abschluss des Reichskonkordats. Durch diesen seien die Inter-

82 Hierfür aufschlussreich die staatsrechtlichen Kommentare zum Ermächtigungsgesetz und zu dessen Verlängerungen, im Auszug in: *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 91–128. Erst an den nachfolgenden juristischen Interpretationen des Gesetzes lässt sich die Stabilisierung der Hitler-Regierung (Hans-Ulrich THAMER, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945*, Berlin 1986, S. 279 f.) definitiv nachvollziehen – die Umwandlung des ursprünglichen Koalitions-Kabinetts in eine vom Führerrecht abhängige und vom Reichstag unabhängige Diktatur.

83 Diese Relation, aufschlussreich für seine Interpretation des akzidentellen Naturrechts, lässt W. BÖCKENFÖRDE (wie Anm. 21), S. 337, unbeachtet. Das Zentrum forderte überwiegend allgemeinpolitische Garantien, und es hatte seit seiner Entstehung seine kirchen- mit den allgemeinpolitischen rechtsstaatlichen Forderungen verknüpft.

84 Ludwig Kaas †. *Tagebuch 7.–20. April 1933. Aus dem Nachlass von Prälat Ludwig Kaas*, hg. v. Rudolf MORSEY, in: *Stimmen der Zeit* 166 (1960), S. 422–430, 424, 427.

85 K. SCHOLDER, *Altes und Neues* (wie Anm. 18), S. 560, die folgenden Zitate S. 567, 553; J. CORNWELL (wie Anm. 28), S. 178, 19.

essen der deutschen Katholiken nicht verraten, sondern ihre Kernbelange, ihr Recht zum kirchlichen Praktizieren, gerade geschützt worden.⁸⁶

Der Abschluss eines Reichskonkordats dürfte sowohl den schon länger gehegten Wünschen der Kurie als neuesten Plänen Hitlers und Papens entsprochen haben. Anders als Wilhelm Kube, Fraktionsführer der NSDAP im Preussischen Landtag, der 1929 noch eine Vertragspolitik gegenüber den Kirchen ablehnte, sah Hitler in den Lateranverträgen («Römischer Friede») ein Vorbild auch für die Regelung der Beziehungen zwischen dem Nationalsozialismus und der katholischen Kirche: Die faschistische und nationalistische oder nationalsozialistische Weltanschauung sei also nach Ansicht des Papstes mit dem katholischen Glauben vereinbar und mit dem Christentum näher verwandt »als die jüdisch-liberale oder gar atheistisch-marxistische Gedankenwelt«, »mit der sich die sog. katholische Partei des Zentrums heute zum Schaden jeglichen Christentums und unseres deutschen Volkes so sehr verbunden fühlt«⁸⁷. Am 7. März 1933 äußerte Hitler im Kabinett, die Eroberung der Wähler des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei durch die nationalen Parteien könne erst gelingen, »wenn die Kurie die beiden katholischen Parteien fallen lasse«⁸⁸.

Papen, Initiator der Konkordatsverhandlungen, entwickelte zeitweise den Ehrgeiz, eine nationale Neubestimmung der Koordinaten des Katholizismus vorzunehmen. Gegen das Zentrum betrieb er die Gründung des Bundes Kreuz und Adler (3. April 1933). Dieser »politisch-religiöse Herrenclub«, ein Ableger des Rechtskatholizismus, bekannte sich zur Reichsidee, zum Autoritätsgedanken und zur ständischen Gliederung der Gesellschaft. Er war ebenso kurzlebig wie die früher gegründete, sich dem Nationalsozialismus annähernde Katholische Vereinigung für nationale Politik des Amtsrats Georg von Lossau (1932–33).⁸⁹ Doch katholische Intellektuelle und Geistliche zeigten sich für

86 K. REPGEN, *Über die Entstehung* (wie Anm. 12), S. 532 f.; vgl. Victor CONZEMIUS, *Le concordat du 20. Juillet 1933 entre le Saint-Siège et l'Allemagne. Esquisse d'un bilan de la recherche historique*, in: *Archivum Historiae Pontificiae* 15 (1977), S. 333–362, 357; Ludwig VOLK, *Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Ansätzen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933*, Mainz 1972; *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933*, bearb. v. Ludwig VOLK, Mainz 1969; Robert LEIBER, *Pius XII. †*, in: *Stimmen der Zeit* 163 (1958/59), S. 81–100, 87.

87 Rede Hitlers, abgedruckt im »*Völkischen Beobachter*« v. 22. Febr. 1929: »Der Römische Friede und der Nationalsozialismus«. Zit. nach L. SIEGELE-WENSCHKEWITZ (wie Anm. 17), S. 91.

88 Die Regierung Hitler. Teil 1, Bd. 1, 30. Januar bis 31. August 1933 (wie Anm. 33), S. 159 f.

89 Auf Anordnung von Rudolf Heß wurde im Oktober 1933 die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher gegründet. L: SIEGELE-WENSCHKEWITZ (wie Anm. 17), S. 146–150; vgl. Horst GRÜNDER, *Rechtskatholizismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Rheinlande und Westfalens*, in: *Westfälische Zeitschrift* 134 (1984), S. 109–155. Ludwig VOLK, *Die Kirche in der Weimarer Republik und im NS-Staat*, in: Bernhard Kötting (Hg.), *Kleine deutsche Kirchengeschichte*, Freiburg 1980, S. 110–127, 119 f.; Guenter LEWY, *Die Katholische Kirche und das Dritte Reich*, München 1965.

die »Reichstheologie«⁹⁰ anfällig. Zu einer deutschnationalen Einstellung bekannten sich Eduard Stadtler und Martin Spahn,⁹¹ wenn auch bei Spahn ein Abstand zum Nationalsozialismus gewahrt blieb.⁹² Schon in früheren Jahren hatten die Vaterländischen Verbände, darunter der »Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten)«, eine heftige Propaganda gegen die »schwarze Internationale« des Zentrums entfacht und in katholischen Adelskreisen sowie bei jüngeren Geistlichen Resonanz gefunden.

Jedenfalls wurde nun die Gefahr einer Abwanderung nicht unbedeutender katholischer Kreise in das nationale Lager erneut virulent. Dies war geeignet, auf das Zentrum Druck auszuüben und bei der Kurie Befürchtungen zu wecken. Schon dem Nuntius, dann Kardinalstaatssekretär Pacelli war viel »an dem Zustandekommen eines Konkordates mit dem Deutschen Reich gelegen«⁹³. Wenn von vatikanischer Seite bezeugt wurde, dass die Konkordatsofferte nicht von der Kurie ausgegangen sei, so schließt das keineswegs aus, dass Hitler und Papen den Konkordatsrechtler Kaas von ihrem Konkordatsplan anlässlich der Durchpeitschung des Ermächtigungsgesetzes mit politischer Berechnung in Kenntnis gesetzt haben könnten. Nach seinem Brief an den Vatikanbotschafter Diego von Bergen vom 19. November 1935 will Kaas am 8. April 1933, beim zufälligen Zusammentreffen und anschließenden Gespräch mit Papen im gemeinsam benutzten D-Zug nach Rom, festgestellt haben, »dass die mehrfach auch in der Öffentlichkeit erörterte Absicht eines etwaigen Konkordatsabschlusses Tatsache war«⁹⁴. Dieser Satz kann so gedeutet werden, dass Kaas von den nach seiner Meinung jetzt tatsächlich bestehenden internen Absichten der Reichsregierung schon vorher erfahren hatte, freilich ohne ihnen Glauben zu schenken oder ganz zu trauen, und jetzt voll informiert wurde, oder – mit geringerer Wahrscheinlichkeit – so, dass er von entspre-

90 Klaus BREUNING, *Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934)*, München 1969; vgl. R. BAUMGÄRTNER (wie Anm. 36), S. 146 f.

91 Über ihn: Gabriele CLEMENS, *Martin Spahn und der deutsche Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik*, Mainz 1983; K. O. V. ARETIN, *Prälat Kaas* (wie Anm. 16), S. 274 f.; vgl. auch von Martin SPAHN selbst: *Student, Kultur und Katholizismus*, Mönchen-Gladbach 1925, S. 25; DERS., *Für den Reichsgedanken. Historisch-politische Aufsätze 1915–1934*, Berlin–Bonn 1936, S. VIII, 91, 100, 130, 153, 292, 307, 326; VOGEL (wie Anm. 37), S. 138.

92 So promovierte der Historiker M. Spahn im »Dritten Reich« jüdische Doktoranden und nahm dabei die Gefahr der Verfolgung durch die Gestapo in Kauf. Mitteilung des Sohnes von Martin Spahn, Carl Peter Spahn, Wachtberg 4. Juli 1985, an den Verfasser. Informativ für die Lage der Konservativen die Erinnerungen Edmund Forschbachs (1978), mitgeteilt von K. REPGEN, *Ungedruckte Nachkriegsquellen zum Reichskonkordat. Eine Dokumentation*, in: *Historisches Jahrbuch* 99 (1979), S. 375–413, hier S. 407–413.

93 G. MAY (wie Anm. 9), Bd. I, S. 180 f.

94 *Staatliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933*, bearb. v. Alfons KUPPER, Mainz 1969, S. 496. Auslegungstreit über diesen Passus zwischen K. REPGEN, *Über die Entstehung* (wie Anm. 12), S. 517 f. und K. SCHOLDER, *Altes und Neues* (wie Anm. 18), S. 555.

chenden Absichten der Regierung, im Zusammenhang mit der ihm nun offenbarten Verhandlungsvollmacht Papens, jetzt überhaupt erstmals hörte. Dass er niemals von der »auch [sic] mehrfach in der Öffentlichkeit« behandelten »Absicht« im Sinne eines Gerüchts etwas gehört haben sollte, ist schwer vorstellbar, auch wenn er noch nicht die Pariser Zeitung »Le Journal« vom 6. April gelesen hätte, die über Konkordatsverhandlungen als den Zweck der von Papen am 7. April angetretenen Romreise berichtet hatte.

Brünings Brief an Franz Dessauer vom 8. Mai 1959⁹⁵ bestätigt die Mitteilung in Brünings Memoiren,⁹⁶ dass Kaas »nach der Machtergreifung Hitlers« von Papens Konkordatsabsichten gewusst habe.⁹⁷ Kaas habe, so Brüning an Dessauer, inhaltlich auf ein solches Konkordat Einfluss nehmen wollen; lassen sich dieser Hinweis und die Passage über Kaas' Gespräche mit Hitler und Brüning über Konkordatsabsichten Hitlers und Papens einfach in Abrede stellen? Kaas soll auch Brünings Zusammenstoß mit Pacelli in der Frage eines Reichskonkordats anlässlich des Vatikanbesuchs des Reichskanzlers am 8. August 1931 bekannt gewesen sein.⁹⁸ Hier hatte Brüning, nach seiner Darstellung, dem Drängen des Kardinalstaatssekretärs auf ein Reichskonkordat entgegengehalten, dass bereits mehrere Länderkonkordate⁹⁹ bestünden und dass das Zentrum aus Gründen konfessioneller Ausgewogenheit zunächst den Wunsch der protestantischen Seite berücksichtigen müsse, nach dem die Katholiken begünstigenden Abschluss des preußischen Konkordats (1929) einen Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen abzuschließen.

Nach eigener Angabe zeigte sich Kaas von der Ankündigung in Hitlers Regierungserklärung vom 23. März¹⁰⁰, Deutschland lege »den größten Wert darauf«, »die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhle weiter zu pflegen und auszugestalten«, geradezu alarmiert. Diese Erklärung hatte nicht zu den offiziell von Zentrumsseite aufgestellten Bedingungen für die Annahme

95 Vollständiger Druck bei K. REPGEN, *Ungedruckte Nachkriegsquellen* (wie Anm. 92), S. 404–407 nach einer Kopie im Besitz Reggens. Teildruck ohne die hier interessierende Passage bei: Heinrich BRÜNING, *Briefe 1946–1960*, hg. v. Claire NIX, Stuttgart 1974, S. 467 f. Franz Dessauer war ein Bruder des Brüning gut bekannten früheren Zentrumsabgeordneten Friedrich Dessauer.

96 Der die Jahre 1929/30 – 1934 behandelnde Memoirenteil »war im wesentlichen bereits 1935 fertiggestellt«. R. MORSEY, *Entstehung* (wie Anm. 51), S. 22, vgl. S. 42; die einschlägige Passage ist im Anhang abgedruckt. Vgl. auch K. REPGEN, *Nachwort zu einer Kontroverse* (wie Anm. 12), S. 159 f.

97 Wie Anm. 92 u. 95, S. 407; anders K. REPGEN, ebd. S. 393.

98 H. BRÜNING, *Memoiren* (wie Anm. 13), S. 358–360.

99 Ebd. Die Länderkonkordate waren mehrfach Beratungsgegenstände des Zentrums in dessen Reichs- und Ländergremien gewesen.

100 23. März 1933, nachmittags ab 14.05. *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 60. Die Regierungserklärung im Auszug auch bei Ernst Rudolf HUBER/Wolfgang HUBER, *Staat und Kirche in 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts*, Bd. 4: *Staat und Kirche in der Zeit der Weimarer Republik*, Berlin 1988, S. 466 f.

des Ermächtigungsgesetzes gehört. Nun jedenfalls wollte Kaas sofort in Rom »die Möglichkeiten einer umfassenden Verständigung von Kirche und Staat prüfen«¹⁰¹. Auffällig plötzlich reiste er schon am nächsten Tag, dem 24. März, und nach kurzer Rückkehr wieder am 7. April nach Rom. Seit dem 30. Januar verstärkten sich anscheinend die Spannungen zwischen Kaas und Brüning,¹⁰² nachdem Kaas schon früher mit seinen »theologisch-naturrechtlichen Deduktionen über mögliche Rechtfertigungen eines Staatsstreichs« Brünings Unwillen erregt hatte.¹⁰³

Der Dissens wurde offenbar mit dem 23. März unüberbrückbar, als Brüning erfolglos auf eine Amendement des Ermächtigungsgesetzes mit Hilfe der Deutschnationalen und auf briefliche Verfassungsgarantien Hitlers drängte. Im Rückblick umkreiste er immer wieder die ausgebliebenen Alternativen: vor allem die im Ansatz steckengebliebene Möglichkeit parteiübergreifender Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen und Sozialdemokraten – was Zweifel daran weckt, ob Brünings Haltung mit »Affinität zur politischen Rechten«¹⁰⁴ hinreichend umschrieben ist. Es liegen genug Zeugnisse dafür vor, dass der den Rechtsstandpunkt verteidigende politische Bedenkenträger Brüning mit dem neue kirchenpolitische Chancen erahnenden Prälaten in einen konzeptionellen statt nur in einen persönlichen Konflikt geriet, den auch Georg May zugeben muss. Durch die Abreise nach Rom ließ Kaas seine Partei im Stich. Er erwartete bald darauf sogar die Auflösungsmeldung. Johannes Schauff sah in Kaas den »kirchlichen Diplomaten«, der die politische Existenz der Partei den überzeitlichen Erfordernissen der »Kirchenpolitik« untergeordnet habe.¹⁰⁵ Dass diese Option keineswegs

101 An Bergen, 19. Nov. 1935 (wie Anm. 94).

102 Vgl. Letterhaus' Bericht über eine schwere Meinungsverschiedenheit zwischen Brüning, der aus dem »Rechtsstandpunkt« die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz ablehnte, und dem auf sein Führungsamt pochenden, entschieden die Zustimmung befürwortenden Zentrumsvorsitzenden am 21. März. Aufzeichnung von Karl Bachem v. 22. April 1933. *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 89.

103 24. Sept. 1931. R. MORSEY, *Entstehung* (wie Anm. 51), S. 47 f.

104 Ebd. S. 53. Anders G.R. TREVIANUS (wie Anm. 59), S. 336; ähnliche erfolglose Bemühungen Schäffers: Winfried BECKER, *Fritz Schäffer und der Föderalismus*, in: *Föderalismus und Finanzpolitik. Gedenkschrift für Fritz Schäffer*, hg. von Wolfgang J. MÜCKL, Paderborn–München–Wien–Zürich 1990, S. 9–36, 34 f.; zu diesem Politiker insgesamt Otto ALTENDORFER, *Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888–1945*, Bd. 1–2, München 1993.

105 »Er kam mir immer vor wie der kirchliche Diplomat, der Berater des Nuntius, der in der Zentrumspartei das politische Instrument der Kirchenpolitik sah und nicht mit der Methode des Politikers, sondern des klugen und juristisch geschulten Verhandlungsführers voring. Für ihn war deshalb die Zentrumspartei weniger ein Bestandteil des deutschen Volkes und mit seinem Schicksal verhaftet, auf einer reichen Tradition fußend, sondern er sah sie als Prälat. Somit konnte ihre Aufgabe für ihn nur eine taktische Frage sein, die die Zeitlage erforderte und die der überzeitlichen Kirche in dem schnellen Frontwechsel nicht viel bedeutete« (1934). Zit. nach: *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 136.

zwangsläufig aus dem priesterlichen Amt folgte, zeigte das frühere Auftreten politischer Prälaten ebenso wie das Beispiel des Bamberger Prälaten Johann Leicht. Der Vorsitzende der BVP-Fraktion im Reichstag weigerte sich anders als sein Zentrumskollege demonstrativ, das zustimmende Votum seiner Partei in der Reichstagssitzung vom 23. März zu begründen. Er blieb im Lande und ertrug schwere Zurücksetzung, beginnend mit der erzwungenen Niederlegung seiner vorbildlich ausgeübten politischen Funktionen.¹⁰⁶ Offensichtlich war Kaas für das Linsengericht »kulturpolitischer Garantien« Papen gegenüber auch zu weitgehenden parteipolitischen Zugeständnissen bereit: »Für die Sicherung einer kulturpolitisch einwandfreien Linie« durch ein Konkordat würden der »große[n] nationalsozialistische[n] Bewegung« wie »vor allem auch dem Staate [...] Kräfte zuwachsen, die bisher leider nicht voll zur Auswirkung kommen konnten«¹⁰⁷. Dennoch sprachen daneben noch »viele andere Gründe [...] für eine Zustimmung der Fraktionsmehrheit zum Ermächtigungsgesetz«¹⁰⁸. Die Auflösung des Zentrums, parallel zu der der anderen Parteien, war in Deutschland infolge der Machtübernahme des Nationalsozialismus spezifisch konditioniert.

Abschließend sollen mögliche Motive Pacellis und Pius' XI. bei den Konkordatsverhandlungen thesenhaft erörtert werden, weil die vatikanischen Dokumente noch nicht allgemein zugänglich sind.¹⁰⁹ Ähnlich wie bei anderen historischen Kontroversen wurzeln manche der schließlich ausformulierten Thesen in Meinungen, Urteilen oder Erlebnisberichten beteiligter Zeitgenossen.

106 Christian MAGA, *Prälat Johann Leicht (1868–1940). Konservativer Demokrat in der Krise der Zwischenkriegszeit. Eine politische Biographie des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei in Berlin*, Phil. Diss. Würzburg 1990, S. 285; vgl. zur BVP: Klaus SCHÖNHOFEN, *Die Bayerische Volkspartei 1924–1932*, Düsseldorf 1972; Karl SCHWEND, *Die Bayerische Volkspartei*, in: E. MATTHIAS/R. MORSEY, *Das Ende* (wie Anm. 7), S. 457–519.

107 So am 8. April gegenüber Papen. *Ludwig Kaas †* (wie Anm. 84), S. 427; ebd. S. 424 konstatiert Morsey kommentierend: »Mangelnde Einsicht in das Wesen und in die Dynamik der nationalsozialistischen Herrschaft, die Kaas zu unterstützen bereit schien – auf Kosten einer Preisgabe des Zentrums –, wenn gewisse kulturpolitische Mindestforderungen garantiert würden.«

108 K. SCHOLDER, *Altes und Neues* (wie Anm. 18), S. 553.

109 Im Oktober 1999 einigten sich das »Internationale jüdische Komitee für interreligiöse Kontakte« in New York und die »Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum« beim Päpstlichen Einheitssekretariat auf die Bildung einer Arbeitsgruppe, welche die Vatikan-Dokumente aus der Zeit des 2. Weltkrieges untersuchen soll (Eva Fleischner, John Morley, Gerald P. Fogarty aus den USA; Bernard Suhecky, Robert Salomon Wistrich, Michael Robert Marrus seitens des IJCIC). Zusammenfassung aus den 12 zwischen 1965 und 1981 publizierten Bänden »*Actes et Documents du Saint-Siège relatifs à la Seconde Guerre mondiale*« in dem Buch von Pierre BLET S.J., *Pie XII et la Seconde Guerre mondiale d'après les archives du Vatican*, Paris 1997. Hartmut BENZ, »Holocaust. Forschungen im Vatikan. Die Wahrheit aus den Quellen«, in: *Rheinischer Merkur* v. 24. März 2000, S. 3.

1. Schon Pater Robert Leiber S.J.¹¹⁰, enger Mitarbeiter Pacellis, und der Kardinalstaatssekretär selbst¹¹¹ rechtfertigten das Konkordat mit der unausweichlichen Verpflichtung der Kurie, angesichts des »die ganze deutsche Nation« und die Juden bedrängenden Terrorherrschaft Hitlers die Seelsorge für 20 Millionen Katholiken in Deutschland zu sichern. Noch vor der Ratifizierung des Konkordats äußerte Pacelli gegenüber dem britischen Geschäftsträger Ivone Kirkpatrick: »Eine Pistole [...] sei gegen seinen Kopf gerichtet gewesen, und er habe keine Alternative gehabt«. Er habe unter schwerem Zeitdruck handeln müssen. Eineinhalb Monate vorher hatte Pacelli vom Berater des deutschen Episkopats bei den Konkordatsverhandlungen, Erzbischof Conrad Gröber von Freiburg, alarmierende Mitteilungen über den »Gleichschaltungsterror der NS-Bewegung« erhalten.¹¹² Als übergeordnetes Ziel gegenüber den offenbar Zurückhaltung nahelegenden »politischen Gründen [...] auf Seiten des Zentrums« stellte Gröber vor, es gelte Hunderte katholischer Laien mit ihren Familien vor der Schutzhaft zu bewahren, wenigstens die katholischen Organisationen zu retten, endlich diesen »deutschen Kulturkampf« abzublasen und das strategische Nebenziel anzuvisionieren, der deutschen Regierung mit dem Konkordat eine Waffe in die Hand zu geben, um die »radikalen Elemente« innerhalb der NS-Bewegung zu bekämpfen. Wurde die Lage so apokalyptisch eingeschätzt, dann musste die Erhaltung des Zentrums als cura posterior erscheinen, zumal dessen selbstverschuldeter Untergang nur noch eine Frage der Zeit zu sein schien. Als historische These hat dies äußerst prägnant Ludwig Volk formuliert: »Zentrum und BVP hatten noch keinen terroristischen Druck von außen verspürt, als sie schon von einer schleichenden Auszehrung befallen wurden. Im April und Mai markierte das Hochschnellen der Austrittsziffern den Verlauf der Fieberkurve, bis dann Ende Juni die Agonie einsetzte«¹¹³. Anfang Februar 1934 erfuhr der ehemalige Generalsekretär der Zentrumspartei, Hermann-Josef Schmitt, bei einem Besuch in Rom von Leiber, die Auflösung des Zentrums habe bei den Konkordatsverhandlungen »nie eine Rolle gespielt«, Pacelli sei über die »viel zu früh« erfolgte

110 Robert LEIBER, *Der Vatikan und das Dritte Reich*, in: *Politische Studien* 14 (1963), S. 293–298; P. Leiber nach Niederschrift des österreichischen Vatikangesandten, 16. Juli 1933. Druck bei K. REPGEN, *Zur vatikanischen Strategie* (wie Anm. 12), S. 531. Zu den Motiven der Kurie auch Walter BUSSMANN, *Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933*, in: *Festschrift für Hermann Heimpel zum 70. Geburtstag*, Bd. 1, hg. von den Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Göttingen 1971, S. 180–204; G.R.TREVIRANUS (wie Anm. 59), S. 380–383; R. LEIBER, *Pius* (wie Anm. 86), S. 96.

111 Ivone Kirkpatrick an Unterstaatssekretär Robert Vansittart, Rom 19. Aug. 1933; nach dem Anhang bei L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 251 f.

112 Gröber an Pacelli, 1. Juli 1933; zit. nach L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 140.

113 Ebd. S. 130. S.o. K. REPGEN u. schon George O. KENT, *Pope Pius XII and Germany. Some aspects of German-Vatican Relations 1933–1945*, in: *The American Historical Review* 70/1 (1964), S. 59–78, 60.

Auflösung »tief beeindruckt« gewesen.¹¹⁴ Allerdings waren für den Nuntius in Berlin, Cesare Orsenigo, »parteilpolitische Erwägungen« (anlässlich der Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung bei der Besetzung des Bistums Münster) schon am 2. April 1933 »anachronistisch« geworden.¹¹⁵ Auch nach dem Zeugnis anderer zeitgenössischer Beobachter folgte die Kurie dem übergeordneten Gesichtspunkt, die bedrohte Existenzgrundlage der Kirche in Deutschland vertraglich zu sichern, nachdem unter Hitlers Regierung schwere Angriffe auf die katholischen Zeitungen, Jugendverbände, Abgeordneten, Beamten und Bürgermeister vorgekommen waren.¹¹⁶ Im freilich anders gelagerten Fall Italiens hatte Pius XI. einen *modus vivendi* mit Mussolini gefunden. Weiter zurück reichten die positiven Erfahrungen mit Kirchenverträgen in der monarchischen Staatenwelt. Zumindest formell ließ sich das Konkordat den Bestrebungen einordnen, die päpstliche Souveränität in geistlichen Angelegenheiten seitens des modernen Staatsrechts zuzulassen.¹¹⁷ Auch die Zentrumsführung nahm das »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich« in der Erwartung an, die »nationale Regierung« werde ein Rechtsstaatsverständnis beibehalten oder nach der Durchführung der die »Notlage« behebenden Maßnahmen wiederfinden.¹¹⁸

2. Jüngst hat John Cornwell besonders pointiert, aber bei viel zu summarischer Betrachtung der innenpolitischen Situation nach Hitlers Machtantritt, die Behauptung aufgestellt, der päpstliche Unterhändler Pacelli habe den politischen Katholizismus zum Verschwinden bringen wollen, um die »Machtstellung« des Papsttums auszubauen; in ihrem autoritären Staats- und Kirchenverständnis seien sich Kaas und Pacelli schon lange vor 1933 einig gewesen.¹¹⁹ Die hier zum dramatischen Verdikt gesteigerte These ist nicht neu; sie wurde erstmals, allerdings nicht wie bei Cornwell verbunden mit dem Vorwurf des angeblichen Antisemitismus gegen Pacelli, von Heinrich Brüning vertreten.

114 Aufzeichnung Schmitts, Rom [nach 8. Febr. 1934]. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 304 f.; vgl. Kirkpatrick an Vansittart, 19. Aug. 1933. L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 252: »Die Kirche stehe [...] außerhalb der politischen Arena«; ebd. S. 184 mit Anm. 80 u. 81.

115 Orsenigo an Pacelli, 2. April 1933. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 7–10.

116 Von Charles Roux, franz. Botschafter am Vatikan, Sir Robert Clive, brit. Botschafter, Faulhaber, Prof. Yves de la Brière S.J. (Paris). Anthony RHODES, *Der Papst und die Diktatoren. Der Vatikan zwischen Revolution und Faschismus*, Wien–Köln–Graz 1980, S. 149–151.

117 Vgl. Robert A. Graham S.J., *Vatican Diplomacy. A Study of Church and State in the International Plane*, Princeton/N.J. 1959, S. 276.

118 K. HILDEBRAND (wie Anm. 69), S. 4; Versprechung in Hitlers Regierungserklärung v. 23. März 1933.

119 J. CORNWELL (wie Anm. 28), S. 176–179; monokausale Erklärung. Ein bayerischer Monarchist argwöhnte im Gegenteil, Pius XII. habe sich (nach 1945) durch Schaffung einer »alle europäischen Länder und Nationen« umfassenden »großen christlichen Partei« eine »ungeheure Macht« heranziehen wollen. Wilhelm SEUTTER von LÖTZEN, *Bayerns Königstreue im Widerstand. Erinnerungen 1933–1964*, Feldafing o.J., S. 69.

Der Ex-Kanzler wertete die rasch vorangetriebenen Konkordatsverhandlungen, die er übrigens in einzelnen Punkten, z.B. bezüglich der Schul-Regelungen, sachkundig kritisiert hatte,¹²⁰ als Anschlag auf die Existenz des Zentrums, das in der Abneigung Pacellis gegen diese Partei gewurzelt habe.

Sieht man von solchen, aus dem Zeiterleben gefühlsbetonten Erklärungsversuchen ab, so lassen sich Gründe für die letzten Endes doch wohl auffällige Behandlung und Hintansetzung der katholischen Parteien schon vermuten. 1923/24 hatte Papst Pius XI. (1922–1939) den Priester Don Luigi Sturzo zur Niederlegung des Parteivorsitzes des noch jungen und ungefestigten Partito popolare italiano genötigt.¹²¹ Er stand dabei unter Druck, weil die Faschisten die Übergriffe auf katholische Organisationen und Priester auch mit dem Kampf gegen die katholische Volkspartei rechtfertigten, die angeblich vom Vatikan gesteuert werde.¹²² Papst Benedikt XV. (1914–1922) hatte sich schon vorher gegen die parteipolitische Bindung der Seelsorger gewandt, weil diese allen ihren Gemeindemitgliedern uneingeschränkt zur Verfügung stehen müssten,¹²³ 1929 bedang sich Mussolini dann das generelle Verbot parteipolitischer Betätigung der Geistlichen aus, während er in Schul-, Ehe-, Stiftungsfragen und bezüglich der Autonomie der Kirche der Kurie entgegenkam. Zumal bei den deutschen Konkordatsverhandlungen des Zeitraumes zwischen Mai und Juli 1933 kann das Problem des Weiterbestehens der katholischen Parteien in Deutschland dem Vatikan kaum unbekannt geblieben sein. Im April 1933 teilte der Münchener Domdekan Anton Scharnagl, Landtagsabgeordneter der Bayerischen Volkspartei, Pacelli mit, dass nach Ansicht Faulhabers in Deutschland (anders als in Italien) wegen dessen gemischtkonfessioneller Bevölkerung die katholischen Parteien weiter gebraucht würden.¹²⁴ Faulhaber wollte auch an den geistlichen Parlamentariern, deren Anzahl wohl reduziert werden könne, festhalten, weil diese in ihrer Existenz gesicherter seien als manche katholischen Laien. Der durch Volk und andere herausgestellte Versuch von Kaas, das politische Betätigungsverbot für Geistliche während der Verhandlungen einzuschränken und in die kirchenrechtliche Kompetenz (auch

120 L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86); immerhin sicherte der Weimarer Schulkompromiss v. 31. Juli 1919 (SPD-Z-DDP-DNVP) die Konfessionalität der Volksschulen bis in die 60er Jahre. Wilhelm RIBHEGGE, *Kirche und Demokratie. Zur Rolle Joseph Mausbachs in der Weimarer Nationalversammlung 1919*, in: *Stimmen der Zeit* 217 (1999), S. 611–622, 619.

121 Rudolf LILL, *Geschichte Italiens in der Neuzeit*, Darmstadt 4. Aufl. 1988, S. 310.

122 Josef SCHMIDLIN, *Papstgeschichte der neuesten Zeit*, Bd. 4: *Papsttum und Päpste im XX. Jahrhundert. Pius XI. (1922–1939)*, München 1939, S. 103–105; Konrad REPGEN, *Pius XI. und das faschistische Italien: die Lateranverträge von 1929 und ihre Folgen*, in: Werner PÖLS (Hg.), *Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt*, Stuttgart 1979, S. 331–359.

123 L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 125.

124 Scharnagl an Pacelli, 10. April 1933. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 12 f.; zu Scharnagl MARTIN (wie Anm. 36), S. 101–103.

der Bischöfe, nicht nur der Kurie) zurückzuverlagern,¹²⁵ zeugt von hinreichendem Problembewusstsein. Allerdings ließ sich die Gegenseite darauf nicht ein. Papen und mehr noch Hitler wollten mit der Ausschaltung der Geistlichen aus der Parteipolitik einen Zentralnerv der katholischen Parteien und damit diese selbst treffen. Kardinal Bertram von Breslau und Pater Leiber hegten die Befürchtung, dass das Verbot für Geistliche, in politischen Parteien zu wirken, auch verwendet werden könnte, um das öffentliche Auftreten von Priestern überhaupt zu unterbinden – was nach Bertram dem katholischen Verständnis von Seelsorge diametral zuwiderlief.¹²⁶ Zugleich waren die staatsbürgerlichen Rechte tangiert, weil die katholischen Priester bestenfalls auf das passive Wahlrecht beschränkt wurden, und die Gleichbehandlung der Konfessionen stand in Frage, wenn katholische Geistliche bezüglich ihrer politischen Betätigungsfreiheit und ihrer staatsbürgerlichen Rechte schlechter gestellt werden sollten als evangelische. Zur ruhigen Erörterung dieser schwierigen Probleme, die im Grunde auch Verhandlungen mit den protestantischen Kirchen erfordert hätten, blieb offenbar zu wenig Zeit; die Situation verschlechterte sich nach Einschätzung der Vatikan diplomatie: Nach den alarmierenden Nachrichten über die Verfolgungen in Deutschland schien nun das schleunigst abzuschließende Konkordat einen Schutzschild zu bieten.¹²⁷ Im Juni glaubte die kirchliche Seite, den Artikel 31 schon deswegen zu benötigen, um den laufenden Angriffen auf Priester einen Riegel vorzuschieben. Nach dem Untergang der SPD, der Gewerkschaften und der DNVP sorgte sich Leiber, der Artikel 31, »wegen dessen die Regierung allein das Konkordat macht«, sei wegen der in Kürze ebenfalls zu erwartenden Auflösung der Zentrumspartei als »kirchliche Konzession« nicht mehr zu gebrauchen.¹²⁸ Er rechtfertigte im gleichen Atemzug dialektisch den Artikel 31 mit der »Auflösung der Zentrumspartei«: Nachdem diese Folgerung gezogen sei, biete das politische Betätigungsverbot in Artikel 31 einen »Schutz der Kirche gegen eine nationalsozialistische Invasion

125 L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 127 ff.; Art. 31 sah in der definitiven Fassung (= Art. 32) vor, im Hinblick auf die durch das Konkordat geschaffenen Sicherungen der Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche werde der Hl. Stuhl Bestimmungen erlassen, »die für die Geistlichen und Ordensleute die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit in solchen Parteien ausschließen«. Es wurden nie Ausführungsvorschriften erlassen. R. HUBER/W. HUBER, *Staat und Kirche* (wie Anm. 100), S. 513. Laut Interpretationsvorbehalt des Osservatore Romano, Nr. 176 v. 29. Juli 1933, sollten Geistliche außerhalb einer Fraktion weiterhin Mandatsträger sein können. L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 183, Anm. 77: Hätte dies Schutz vor der NS-Invasion im Klerus (Leiber) geboten oder nicht eher den Hospitantenstatus bei der NSDAP-Fraktion eröffnet? Siehe unten Anm. 128.

126 L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 131, 246. Schließlich wurde den Geistlichen in Artikel 5 staatlicher Schutz bei der Ausübung ihrer Seelsorgstätigkeit und ihrer Amtshandlungen zugesichert.

127 L. PATCH (wie Anm. 29), S. 302.

128 Bemerkungen Leibers, 29. JUNI 1933. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 89.

im Klerus«. Für diesen die bisherige politische Praxis geistlicher Parlamentarier und Zentrumsprälaten desavouierenden Verdacht gab er keine Belege an. Vielleicht wollte Leiber nunmehr die Betätigung von Geistlichen ganz auf die konkordatlich garantierte unpolitische Verbandsarbeit gelenkt wissen, für deren Erhaltung Pacelli nachdrücklich eintrat,¹²⁹ hatte doch im April Gröber aus Freiburg gemeldet, »dass auch bisher gefestigte, geistliche Jugendführer wandelnd« würden und für die Auflösung der katholischen Jugend in den »nationalsozialistischen Scharen« einträten.¹³⁰ Als der britische Botschafter Sir Robert Clive Pacelli und den Unterstaatssekretär Guisepe Pizzardo nach dem Schicksal der deutschen katholischen Parteien fragte, deren Untergang den Verlust gewohnter Einflussmöglichkeiten mit sich bringen musste, bemerkte er bei seinen Gesprächspartnern Gleichmut und Desinteresse.¹³¹ Ein von Leiber im August 1933 bei der Kurie angemahntes »Wort der Anerkennung oder Fürsprache« für inhaftierte oder geschädigte Zentrums- oder BVP-Politiker blieb offenbar damals aus,¹³² die bisherigen »Kämpfer um die katholische Sache« fühlten sich verlassen.¹³³

Zwischen dem Status der Kleriker, der Verbände und dem Schicksal der katholischen Parteien, so könnte man folgern, ergab sich auch für die kuriale Seite ein unübersehbarer Zusammenhang; zudem traf das Reichskonkordat inhaltliche Regelungen über bisher vom Zentrum bestellte Tätigkeitsfelder. Mit ihrer römischen Aktion gedachten Hitler und Papen den sog. schwarzen Internationalismus in Deutschland zu überspielen, der seit 1870/71 von der nationalen Rechten propagandistisch attackiert worden war. Anders als Bismarck konnte Hitler für seine weitergehenden, auch ungleich dynamischer und geschickter verfolgten Ziele in Papen auf einen willfährigen nationalen Katholiken zurückgreifen. Nach Patches differenzierter Darstellung stimmte Kaas schon vor seiner Romreise am 24. März mit Papen in der Absicht des Konkordatsabschlusses überein, setzte Pacelli allerdings dann dem parteipolitischen Betätigungsverbot für Kleriker und der Abschaffung des Zentrums bis 27. Juni, als mit der Auflösung der DNVP auch das Ende aller Parteien gekommen zu sein schien, Widerstand entgegen; und fand die Kurie Anfang Juli einen legitimen Ersatz für die leer gewordene

129 Vgl. L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86); J. CORNWELL (wie Anm. 28); Ernst Christian HELMREICH, *The German Churches under Hitler. Background, Struggle, and Epilogue*, Detroit: Wayne State Univ. Press 1980, S. 248.

130 Gröber an Leiber, Freiburg 15. April 1933. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 15.

131 Am 22. April, 13. Juli u. 3. Aug. 1933. A. RHODES (wie Anm. 116), S. 151 f.

132 Leiber an Pacelli, 17. Aug. 1933; zit. nach L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 250. Er nannte Eugen Bolz, Heinrich Held, Friedrich Dessauer und Heinrich Brüning sowie allgemein einige »badische Herren«. Vgl. Aufzeichnung Schmitts, Rom [nach 8. Febr. 1934] (wie Anm. 114), mit Fußnote 6.

133 Aufzeichnung Schmitts (wie Anm. 114), S. 304.

Hülse des Zentrums in Gestalt der nunmehr zugesicherten Autonomie für ausschließlich religiöse, rein kulturelle, karitative sowie allerdings auch soziale und berufsständische Verbandstätigkeit.¹³⁴

Ein abschließend vorgetragener eigenständiger Interpretationsakzent möchte vorab eine Voraussetzung meiden, die die bisherige, noch unabgeschlossene Diskussion beeinträchtigt. Das Verhalten aller Beteiligten wird anscheinend zu sehr von dem verbrecherischen Höhepunkt und Ende des NS-Regimes her gesehen, das Eingehen des Reichskonkordats als mit diesem unausweichlich verzahnte Weichenstellung: Dann erscheint es für die Nachlebenden etwa weise und vorausschauend, mit dem Reichskonkordat eine international anerkannte Basis für die Zurückweisung von Rechtsverletzungen geschaffen zu haben, oder das Ende des 63 Jahre bewährten politischen Katholizismus wird als tragisches Opfer hingestellt, definitiv und irreversibel, unentschuldig für den angeblichen Verursacher. Aber war die Situation 1933 nicht noch in vielerlei Hinsicht unabgeschlossen und fließend, für die vom Regierungshandeln Betroffenen schwer durchschaubar, von unmittelbar vorangegangenen Erfahrungen und unwägbareren Zukunftsängsten beeinflusst? Jedenfalls war man von der modernen Kommunikationsgesellschaft noch weit entfernt. Doch sicherlich herrschte keine offene Situation in dem Sinne mehr, wie ihn der Illusionismus in von Papens Memoiren vorgaukelt, deren Verfasser angeblich den Nationalsozialismus auf christliche Grundlagen stellen und einen Neubeginn der Demokratie auf korporativer Grundlage wagen wollte.¹³⁵

Ambivalenzen, Zweideutigkeiten, situationsabhängige Handlungszwänge und auch ein so undurchsichtiges Phänomen wie der Zeitgeist bestimmten vielfach das Bild. Kaum war der Wahlterror vorüber, würdigte Hitler am 23. März offiziell die »beiden christlichen Konfessionen« als »wichtigste Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums«, deren Rechte nicht anzutasten seien. Darauf hoben die Fuldaer und Freisinger Bischofskonferenz am 28. März ihre früheren strengen »Verbote und Warnungen« gegenüber der NSDAP auf. Obwohl sich einige Bischöfe überrumpelt fühlten, schien der Episkopat von der nationalen Aufbruchstimmung und dem anbrechenden Tauwetter zwischen dem Vatikan und der »nationalen Regierung« erfasst¹³⁶. Doch der Ton der Erklärung blieb selbstbewusst, die Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer wurde nicht aufgehoben. Die unübersichtliche Lage verleitete zu teils konträren Schlussfolgerungen. Gröber entwickelte die Strategie, die »katholischen Führer im Nationalsozialismus«

134 L. PATCH (wie Anm. 29), S. 295–303. Diese Verbände sollten laut Artikel 30 (31 definitiv) der »kirchlichen Behörde unterstellt« sein bzw. »ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei entfalten«.

135 FRANZ VON PAPEN, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1959, S. 292–318.

136 Zitate nach R. HUBER/W. HUBER, *Staat und Kirche* (wie Anm. 100), S. 466–469; S. 454 f. die Stellungnahme der Fuldaer Bischofskonferenz zur NSDAP v. 17. Aug. 1932; vgl. L. VOLK, *Reichskonkordat* (wie Anm. 86), S. 76 f. u. die Darstellung Gröbers von 1947. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 309.

gegen dessen »kulturkämpferische Elemente« zu stützen und Einfluss auf die gemäßigten Strömungen in der Bewegung zu gewinnen;¹³⁷ auch der HI. Stuhl erlag dem ebenso simplen wie raffinierten Täuschungsmanöver, untergeordnete Parteistellen seien für die Übergriffe verantwortlich.¹³⁸ Dagegen stellte Erzbischof Karl-Joseph Schulte von Köln lakonisch fest: »Die Regierung ist eine Revolutionsregierung. Gesetz und Recht existieren zur Zeit nicht. Mit einer solchen Regierung könne man kein Konkordat schließen.«¹³⁹

Der offene Religions- und Kulturkonflikt wurde von der »nationalen Regierung« zur Drohung und Lockung eingesetzt; bei den Angegriffenen könnte er die Neigung zur Verständigung oder zum *modus vivendi* verstärkt haben. Hitler wollte zwar die »System«-Parteien einschließlich des Zentrums und der BVP beseitigen, sie aber auch Komplizenhaft in den Kampf gegen Dritte einbeziehen und dadurch entmündigen; die Kommunisten-Verfolgung diene nebenbei der bequemen Gewinnung der Konservativen und Katholiken, um sich im Anfangsstadium des Terrors noch gleichsam mit Hilfe von Bundesgenossen zu etablieren. Aber so stark schien Hitler schon, dass die Kurie nicht von vornherein seine Konkordatsofferte glaubte ausschlagen zu dürfen. Der doktrinaire Konflikt ließ sich nach Meinung der Attackierten möglicherweise vorläufig durch die Entflechtung von Religion und Politik, durch Beschränkung auf die religiöse Praxis und durch deren Sicherung entschärfen. Bei Anerkennung der geistlichen Souveränität erschien der weltliche Arm der bisherigen Temporalgewalt, des parlamentarischen Parteiwesens, möglicherweise als entbehrlich.¹⁴⁰ Pacelli war schon vor der Ratifikation geteilter Meinung über das Konkordat. Er schloss den Vertrag, aber offensichtlich ohne Vertrauen in einen als anormal eingeschätzten Partner, der hoffentlich wenigstens nicht alle Artikel auf einmal verletzen würde.¹⁴¹ War es indes nicht klüger,

137 Gröber an Pacelli, 18. März 1933. R. HUBER/W. HUBER, *Staat und Kirche* (wie Anm. 100), S. 465.

138 Entwurf einer Erklärung des HI. Stuhles, 3. Juli 1933. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 109.

139 Aufzeichnungen Sebastians, [Fulda, 30.–31. Mai 1933]. Ebd. S. 58. Vgl. zu Schulte Ulrich VON HEHL, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933–1945*, Mainz 1977.

140 Christine ALIX, *Le Saint Siège et les nationalismes en Europe 1870–1960*, Paris 1962, S. 295–299; s. o. S. 25 mit Anm. 117.

141 So gegenüber Kirkpatrick (wie Anm. 111). Literarisch illustrierte Franz Werfel das zugrundeliegende Problem in seiner Erzählung »Die Schauspielerin«: Bei der Eingliederung eines Wiener Theaters in den NS-Kulturbetrieb antwortete der Leiter der »Betriebsorganisationszelle Harmonietheater« einer Schauspielerin auf ihre unter Bruch ihres Vertrages verfügte Entlassung: »Wir brechen noch ganz andere Verträge, Madame, und Recht ist, was dem Volke nützt.« Franz WERFEL, *Erzählungen aus zwei Welten*, Bd. 3, Frankfurt/M. 1954, S. 48. Zum vom gängigen Verfassungsbegriff nicht aufzufangenden Voluntarismus der NS-Rechtsvorstellungen: Klaus J. VOLKMANN, *Die Rechtsprechung staatlicher Gerichte in Kirchensachen 1933–1945*, Mainz 1978, S. 12 Anm. 34, S. 13, 197 ff.

die Aussicht auf ein geordnetes Nebeneinander zu eröffnen, als die angebotenen Verhandlungen auszuschlagen oder abzubrechen und damit sich und der Vielzahl der Gläubigen das Risiko unversöhnlicher Gegnerschaft aufzuladen?

Andererseits kann auch die von Ludwig Volk, Robert Leiber und anderen aufgestellte These, dass die selbstverschuldete Auszehrung des Zentrums (dazu das Umfallen der Bischöfe) die Kurie unter Handlungszwang gesetzt hätten, nicht überzeugen. Als einzige, vielleicht noch neben den Deutschnationalen, zum Untergang bestimmte politische Formation hätte sich das Zentrum von den anderen Parteien zu unvorteilhaft und signifikant unterschieden. Aber es hatte sich unter den Katholiken, deren Kreis über die Partei weit hinausreichte, Gegner gemacht, die eine bestimmte Freiheit der nationalen Orientierung gegenüber der »Verfassungspartei« und ihren politischen Vertretern reklamierten und diese Ansprüche auch der kirchlichen Spitze sehr eindringlich meldeten. In der Zeit seiner Berliner Nuntiatur (1920–1929) war Pacelli von dem national-konservativen Geschichtspräsidenten Max Buchner, der dem Katholikenausschuss der deutschnationalen Volkspartei in Bayern angehörte, vor der Vermengung »kirchlicher und parteipolitischer Interessen« gewarnt worden, wie sie die katholischen Parteien vornähmen, die dadurch eine große Zahl national und zugleich religiös eingestellter Jugendlicher abstoßen und der katholischen Kirche entfremden würden.¹⁴² Ohne dass die Wirkung dieser Ein-

142 Buchner setzte sich namens des Katholikenausschusses der DNVP beim Nuntius für den Pfarrer Dr. Philipp Häuser in Strassberg (Diöz. Augsburg) ein; dessen Maßregelung sei nur ein Ausschnitt »aus dem großen Kampfe, der gegen uns deutschnationale Katholiken von vielen unserer Glaubensbrüder in Wort und Schrift geführt wird«. Er nahm Bezug auf Klagen »von Familienvätern aus ganz verschiedenen gesellschaftlichen Schichten«, dass ihre national eingestellten »Söhne der Kirche entfremdet würden, weil man seitens weiter kirchlicher Kreise kirchliche und parteipolitische Interessen in durchaus ungehöriger Weise vermenge und die Kirche mit Parteien zu identifizieren suche, denen die angedeuteten jungen Leute aus Gründen nationaler oder verfassungsrechtlicher Art sehr ferne stehen. Durch eine solche Identifizierung aber werden jene unreifen Elemente dazu verführt, selber Kirche und sogenannte »katholische Parteien« zusammen zu werfen und somit alle Fehler, die sie den letzteren zum Vorwurf machen, ungerechter Weise auch der Kirche zuzuschreiben – ein Vorgehen, das die allmähliche (!) Entfremdung dieser Kreise gegenüber der Kirche zur Folge hat.« Der Nuntius möge dazu beitragen, dass dieser Entwicklung »ein Damm gesetzt« werde. [Max Buchner] an Eugenio Pacelli, München 10. Juli 1925, Kop.; vgl. Max Buchner an Pacelli, 21. April 1926, stenogr. Konz.; am 14. Febr. 1926 übersandte Buchner Pacelli die Veröffentlichung *Religion – Kirche – Papsttum der Gelben Hefte* (Dez. '25–Jan. '26) »in dankbarer Erinnerung« an dessen Wirken in München und an »das Vertrauen, das Ew. Excellenz dem Kreise unserer konservativ denkenden deutschen Katholiken stets entgegen zu bringen geruht haben«. Pacelli dankte Buchner für die »wichtige Veröffentlichung« (20. Febr. 1926, Or.). Bundesarchiv Koblenz, NL M. Buchner 118. M. Buchner (geb. 1881), 1911 Privatdozent für Neuere Geschichte in München als Schüler von Hermann Grauert, 1919 a.o. Prof. in München, 1926 o. Prof. in Würzburg, 1936 o. Prof. in München als Nachfolger von Heinrich Günther, Schriftleiter der Monatsschrift »Gelbe Hefte« 1924–41, »ein Sammelpunkt des geistigen Widerstands an der Universität München«, 1940 vorzeitig emeritiert, gest. 1941. Er trat mit Veröffentlichungen zur mittelalterlichen Geschichte, u.a. über die Entstehung des Kurkollegs, und zur Zeitgeschichte (Kaiser Wilhelm II., Marxismus im 1. Weltkrieg) hervor. Anton RITTHALER, *M. Buchner*, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 2, Berlin 1955, S. 707 f.

flussnahme überschätzt werden soll, die sicherlich nur als eine von vielen auf den Münchener und dann Berliner Nuntius wirkte, lässt sich fragen: Sah der spätere Kardinalstaatssekretär im Reichskonkordat etwa die Möglichkeit, der »Verschiedenheit der politischen Überzeugung« unter den deutschen Katholiken, einer Quelle der Zwietracht, die Grundlage zu entziehen, damit angesichts der 1933 verstärkten politischen Wirren die religiöse Einheit gewahrt bleibe?¹⁴³ Dann klang es nur allzu verführerisch, wenn Papen Kaas nahe legte, die Zentrumspartei auf das rein politische Gebiet zu beschränken und die Formen der Religionsausübung ein- für allemal der Vereinbarung zwischen der »nationalen Regierung« und der Kurie zu übertragen und vorzubehalten.

Pacelli braucht in dieser Frage nicht den aktiven Part übernommen zu haben. Warum sollte er das Selbstopfer des Zentrums nicht annehmen, wenn Kaas, Parteivorsitzender (bis 6. Mai 1933) und Geistlicher in einer Person, sich in Rom zur Verfügung stellte, nachdem er die mühseligen Pfade der Koalitions- und Parteipolitik hinter sich gelassen hatte und zur Entpolitisierung der Geistlichen sein Plazet gab? Vielleicht schien es auch gerade wegen der Präsenz des verantwortlichen Politikers gar nicht notwendig, das Schicksal der betroffenen Parteien offen zu diskutieren und ins Bewusstsein zu heben, zumal keiner der Konkordatsartikel direkt die Auflösung der Zentrumspartei zum Inhalt hatte und folglich in den offiziellen Verhandlungen mit dem Kardinalstaatssekretär auch nicht darüber gesprochen werden musste. Kaas indes zeigte sich von der nationalen Aufbruchstimmung erfasst, wollte in den gegenwärtigen »Zeiten gewaltigen Werdens« nicht passiv und abstinent beiseite stehen.¹⁴⁴ Eröffnete die Bereitschaft zur Mitwirkung am nationalen und »staatspolitischen« Aufbruch in eine glänzende deutsche Zukunft nicht auch im Umkehrschluss die Möglichkeit, die Verwurzelung im Religiösen wiederzugewinnen, die durch die Relativität und Pluralität der modernen Entwicklung bedroht zu sein schien? Vor seiner Fraktion hatte er am 20. März bekannt: »Eine gründliche Neuorientierung nach der religiösen Seite ist unerlässlich, der Mutterboden muss erhalten bleiben«¹⁴⁵. Dieser Verkirchlichungsansatz sollte zur wechselseitigen Emanzipation von Religion und (nationaler) Politik führen –

143 Eugen Pacelli, Kathol. Nuntiatur in Deutschland, an Max Buchner, Berlin 23. Mai 1926, Or.: »Sie wissen, wie sehr ich wünsche, dass die Verschiedenheit der politischen Überzeugung der deutschen Katholiken doch nie Anlass werden möge, die Wahrheit und Liebe auf irgend einer Seite zu verletzen.« BA Koblenz, NL M. Buchner, 118.

144 Kaas gegenüber Hackelsberger, 31. Okt. 1933; nach R. MORSEY, *Untergang* (wie Anm. 3), S. 213; vgl. J. BOHN (wie Anm. 35), S. 247. Für die »große Begeisterung«, die die NS-Bewegung anfänglich auslöste, zeugt sogar ein Brief Hans Carossas (an Katharina Kippenberg, Seestetten 22. März 1933): »Von der Notwendigkeit der großen Reinigung und Läuterung, welche die Bewegung auf ihre Fahne geschrieben hat, überzeugt sie mich leicht.« Josef u. Ruth BECKER (wie Anm. 32), S. 167.

145 Zit. nach *Das »Ermächtigungsgesetz«* (wie Anm. 6), S. 40.

in Wirklichkeit entband er einen Verdrängungseffekt, eine falsche Toleranz gegenüber der schon sichtbaren Politik der Rechtsbrüche.¹⁴⁶ Er vernachlässigte den vom Zentrum seit seiner Gründung erhobenen abstrakten rechtlich-moralischen Kontrollanspruch gegenüber der Selbstheiligung des nationalen Macht-, Militär- und Kulturstaates.

Doch was erreichte Kaas? Das Konkordat, gewiss, aber erkauft durch den Grundsatzkonflikt mit Brüning, die Spaltung des Zentrums. Dieser letzte Zentrumsvorsitzende plante im Juni 1933 noch eine Reorganisation der Partei »mit den alten Männern«¹⁴⁷. Unermüdlich vor den Unrechtstaten der Nationalsozialisten warnend, sann er auf die Einführung der gemäßigten Monarchie als eines letzten Rettungsmittels vor der nationalsozialistischen Herrschaft.¹⁴⁸ Die Widerstandsqualität von Brüning's Monarchismus zu diesem Zeitpunkt ist nicht zu übersehen.¹⁴⁹ Seine die Mitstreiter alarmierenden Warnrufe wurden grundlegend für Resistenzhaltungen in der katholischen Kirche und im »politischen Katholizismus«, wie die Gestapo die Milieu-Resistenz der Zentrums-Enterbten, auch vieler kleiner Leute aus dem Umfeld der ehemals katholischen Parteien (politisch nicht mehr korrekt) benannte. Brüning, äußerlich für den Rest seines Lebens als Verlierer gezeichnet, hat damit von der ersten Stunde der nationalsozialistischen Unrechts-Herrschaft an jene Bewusstseinsbildung entscheidend mit angestoßen, die zum Ausgangspunkt des christlichen Widerstands in der deutschen Bevölkerung werden konnte; erst auf dieser geistigen Basis ist beispielsweise der Neuanfang der Unionsparteien zwölf Jahre später glaubwürdig geworden. Neben anderen prominenten Mitstreitern setzte Brüning auch ein Signal gegen die im März 1933 einsetzende breite Abwanderung von Teilen der Zentrumspartei ins sog. nationale Lager. Sein Verhältnis zu Ludwig Kaas blieb gespannt, obwohl dieser Gegenspieler von 1933 sich ebenfalls bald im Lager des Widerstands fand, wie seine Kontakte im Exil und zur deutschen Opposition gegen Hitler bezeugen.

146 Das »Doppelideal von religiöser Erneuerung und nationaler Einigung« vertraten die sehr wenigen katholischen Sympathisanten der Deutschen Christen. Doris L. BERGEN, *Twisted Cross. The German Christian Movement in the Third Reich*, Chapel Hill–London 1996, S. 110.

147 Zum Beispiel Schreiber. Aufzeichnung Faulhabers über eine Unterredung mit Papen, 10. Juni 1933. *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen* (wie Anm. 86), S. 62.

148 Gegenüber dem britischen Botschafter Sir Horace Rumbold in Berlin, L. PATCH (wie Anm. 29), S. 302.

149 M. MARTIN (wie Anm. 36), S. 195.

Anhang

Aus: Rudolf MORSEY (Hrsg.), *Das »Ermächtigungsgesetz« vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des »Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich«*, Düsseldorf 1992.

Franz Wiedemeier (Zentrum)

Verhandlungen des Württemberg.-Bad. Landtags, 1947, Beil. Bd. 1, S. 96.

Leute, die sich zu uns [Zentrum] rechneten, Beamte, Angestellte, Lehrer usw., hatten Sorge um die Entwicklung der Dinge, und sie forderten: Gebt Hitler einmal Gelegenheit, zu beweisen, ob er es besser kann als die anderen. [...] Ich stand bei dieser Abstimmung im wesentlichen noch unter dem Eindruck, den ich hatte, als ich zwei Tage vorher die bekannten großen Fackelzüge in Berlin gesehen habe, wo ich nicht weniger als dreieinhalb Stunden am Potsdamer Platz stand. Ich hatte den Eindruck, daß, wenn diese Leute losgelassen worden wären, an dem Abend ein großes Blutvergießen in Berlin eingesetzt hätte, und es hätte sich nicht nur um die Fraktion, der ich angehört habe, gehandelt, sondern um die Angehörigen der SPD, soweit man ihrer habhaft werden konnte.

Aus: Heinrich BRÜNING, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970, S. 655, 656, 657.

[...] Außer Hugenbergs Verständigung mit mir liefen Verhandlungen zwischen Hitler und Kaas, der ab und zu einige jüngere Mitglieder der Fraktion und gelegentlich auch ein erfahrenes älteres Mitglied zu diesen Besprechungen mitnahm. Von Unterredung zu Unterredung sah ich Kaas' Widerstand erlahmen. Er hatte noch immer die Hoffnung, einen unserer Leute als Justizminister und mich als Außenminister durchdrücken zu können. Ich beschwor ihn, den letzten Gedanken nicht einmal zu erwähnen, weil er für mich untragbar sei und – was viel schlimmer wäre – im Hause des Reichspräsidenten von vornherein schärfsten Widerstand hervorrufe. Er ließ sich überzeugen und verstand auch, daß ich als Garant der Wahl des Reichspräsidenten nicht in ein Kabinett eintreten könne, das unter Mißachtung der Verfassung Mißhandlungen der Wähler des Reichspräsidenten zuließ.

Kaas' Widerstand wurde schwächer, als Hitler von einem Konkordat sprach und Papen versicherte, daß ein solches so gut wie garantiert sei. Das war die Frage, die Kaas naturgemäß und verständlicherweise am meisten interessierte, aus seiner ganzen Anschauungswelt heraus. Seit 1920 hatte er immer gehofft, ein Reichskonkordat mitzuschaffen. Für ihn als Prälaten war die Sicherung der Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich eine entscheidende Frage, der die übrigen höchstens koordiniert, wenn nicht unterge-

ordnet werden mußten. Hitler und Papen werden gemerkt haben, wie die wachsenden Aussichten auf ein Konkordat Kaas immer mehr fesselten. Er verlangte allerdings, daß Hitler in irgendeiner Form sich auf den Abschluß eines Konkordats festlegte.

Hitler ging so weit, die von Kaas vorgeschlagenen Formulierungen für seine Regierungserklärung im Reichstag zu akzeptieren, sogar Ausdrücke zu verwenden, die vermutlich kein katholischer Kanzler hätte ungestraft gebrauchen können. Kaas kam immer hoffnungsfreudiger von diesen Unterhaltungen zurück. Meine Warnung machte keinen Eindruck. Er erklärte mir, daß vor allem die Formel »die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhle« der größte Erfolg sei, den man seit zehn Jahren in irgendeinem Lande gehabt habe. Diese Formulierung werde einen ungeheueren Eindruck in Rom machen; er könne nicht anders als diesen Erfolg in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen zu stellen. Ich sagte ihm, daß er damit als Vorsitzender die Zentrumspartei selber zerstöre, ohne irgendeine wirkliche Sicherheit in der Hand zu haben. Meine Bemühungen, ihn zu überzeugen, wurden mehr und mehr ergebnislos. Er wollte schon gar nichts mehr von einem Abänderungsantrag zum Ermächtigungsgesetz wissen; nur meine Erwartung, daß Hugenberg einen solchen einbringen lassen würde, konnte ihn davon abhalten, von vornherein darauf zu verzichten. [...]

[...] [Die Feier in Potsdam] war für mich das Niederdrückendste seit dem Einmarsch nach Deutschland 1918. Das Volk war in einem Rausch, die Abgeordneten ebenfalls, der Reichspräsident wachsbleich. Das fiel besonders auf, wenn er mit seinen braunen Handschuhen ab und zu eine Träne aus den Augen wischte. Ich dachte: Wie kann ein Mann, dessen Wähler in Konzentrationslager und SA-Keller geschleppt werden, sich von den dafür Verantwortlichen feiern lassen? War es das Alter, war es ein grundsätzlicher Charakterzug oder militärische Sentimentalität und Romantik, die ihn über alles sich hinwegsetzen ließen. Ich kam mir in dem Zuge vor wie einer, der zum Richtplatz geführt wird. Ich dachte daran, wie ich im Frühjahr 1919 oft sonntagsmorgens nach Potsdam hinausgefahren war, an der Garnisonkirche vorbei nach Sanssouci, um dann um zehn Uhr wieder in meinem Büro zu sein. Ich brauchte das damals als Trost für die Bitterkeit des Kriegsendes. Wie würde sich der aufgeklärte König gegen die Huldigungen, die ihm jetzt dargebracht wurden, gewehrt haben! [...]

Aus: Konrad REPGEN, *Ungedruckte Nachkriegsquellen zum Reichskonkordat. Eine Dokumentation*, in: *Historisches Jahrbuch* 99 (1979) S. 406 f.

Heinrich Brüning an Franz Dessauer, Norwich 8.5.1959

[...] Was Kaas bewegt hat, die merkwürdige Rolle beim Ermächtigungsgesetz zu spielen, wird man nie sicher feststellen können. Man muss anerken-

nen, dass er in einer schwierigen Lage war, nachdem Hitler erklart hatte, er wuerde ein Reichskonkordat mit dem Vatikan abschliessen. Diese Erklahrung hat im Vatikan einen grossen Eindruck gemacht. Schon im Sommer 1931 hat der damalige Staatssekretär Pacelli bei meinem Staatsbesuch bei Mussolini mich zwingen wollen, sofort Verhandlungen ueber ein Reichskonkordat einzuleiten. Das habe ich scharf abgelehnt [...]

[...] Die Haltung des damaligen Staatssekretärs Pacelli gegenueber Kaas war fuer mich bedruckend [!]. Kaas hat ihm alle seine Rede [!] gemacht, die meisterhaft in der Formulierung waren und hat mit vielen Muehen die grossen Schwierigkeiten ueberwunden, die sich aus der Dummheit des Nuncio Orsenigo in Berlin ergab [!]. Die Gefahren, die sich aus den Methoden Orsenigo ergaben, waren bald nach seiner Ernennung von Praelat Ullitzka, Geheimrat Porsch und dem Fuehrer der preussischen Zentrumsparlei Dr. Hess erkannt. Sie draengten mich vor meiner Romreise, an den Vatikan das Verlangen zu stellen, Kaas zum Kurienkardinal zu machen, um die Taktlosigkeit und die mangelnde Weitsichtigkeit des Nuncios Orsenigo auszugleichen. Das lehnte Pacelli scharf ab. Kaas war auf Grund dieses Erlebnisses innerlich gebrochen und hatte nach der Machtergreifung Hitlers nur noch das Ziel, zu verhindern dass Papen im Auftrage von Hitler ein Konkordat abschliessen wollte, dessen Inhalt schon einige Jahre zuvor sowohl von der Zentrumsparlei des Reichstages wie des preussischen Landtages bzw. ihrer Fuehrer einmuetig [!] abgelehnt wurde. Kaas fuhr mit Papen nach Rom nach der Annahme des Ermaechtigungsgesetzes, um den Abschluss eines solchen Konkordates zu verhindern, was ihm nicht gelang. Er hatte wohl nie die Absicht, wieder nach Deutschland zurueckzukehren, vor allem nicht nachdem der Bankdirektor Bruening in Koeln, mit dem Kaas von Trier her befreundet war, und mit dem ich nie etwas zu tun haben wollte, wegen Vergehens gegen das Bankgesetz von den Nazis verhaftet wurde. Das was das Ende der Zentrumsparlei. [...]

Aus: *Ludwig Kaas †. Tagebuch 7.–10. April 1933. Aus dem Nachlass von Prälat Ludwig Kaas*, hrsg. v. Rudolf MORSEY, in: *Stimmen der Zeit* 166 (1960), S. 426 f.

Gespräch Kaas' mit Papen am 8.4.1933 (Auszug)

[...] Im weiteren kamen wir dann auf die innenpolitische Lage und insbesondere auch auf die durch die kulturpolitischen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers geschaffene neue Situation zu sprechen. Ich erkannte das Vorliegen einer solchen neuen Situation rueckhaltlos an. Ich könne mich sowohl im nationalen Interesse, als auch vom Standpunkt des deutschen Katholiken nur aufrechtig freuen, wenn auf dem durch diese Erklärungen beschrittenen Wege wei-

tergegangen werde. Nichts könne zu einer inneren Konsolidierung des autoritären Regimes mehr beitragen. Infolgedessen stelle ich mich auch aus innerer Überzeugung auf die Seite der positiven Mitarbeit. Es werde mir eine aufrichtige Befriedigung sein, wenn ich nicht zuletzt auch gerade auf kulturpolitischem Gebiete einige gute Dienste leisten könne für die Überwindung der Spannungen, die in dieser Hinsicht lange bestanden hätten und wohl erst dann als endgültig ausgeräumt betrachtet werden könnten, wenn auf einer einwandfreien Sachgrundlage eine Verständigung stattgefunden habe. In diesem Zusammenhang kam ich vor allem auf die Frage der konfessionellen Schule zu sprechen, bezüglich deren eindeutige Erklärungen noch nicht vorlägen. Dergleichen auf die Frage der katholischen Organisation[en]. Herr von Papen seinerseits betonte, die Regierung werde auf kulturpolitischem Gebiet zweifellos ehrliche positive Wege gehen. Man könne doch den Gedanken eines Reichskonkordates gerade im gegenwärtigen Augenblick aufgreifen und in diesem Rahmen alle vertretbaren Wünsche erfüllen. Als Gegengabe müsse dann allerdings auch gedacht werden in erster Linie an eine weitgehende Entpolitisierung des Klerus. Die kulturpolitische Verteidigungsaufgabe der Zentrumspartei habe in der Vergangenheit selbstverständlich ihre große Aufgabe gehabt. Aus ihr habe sich mit vollem Recht auch eine starke Geistesgemeinschaft und Gefolgschaft zwischen Zentrumspartei und katholischem Klerus entwickelt. Für den Fall aber, daß die kulturpolitischen Garantien heute durch eine breitere politische Front geschaffen werden könnten, trete dieser besondere Daseins- und Tätigkeitszweck der Zentrumspartei mehr in den Hintergrund und werde sie infolgedessen zu einer in ihrer Sonderart selbstverständlich berechtigten, rein politischen Partei, die sich mit anderen kulturpolitisch einwandfreien Gruppen in loyaler Sachlichkeit in die Sympathien der Katholiken der verschiedenen Lager teilen müsse. Ich habe diesem Gedankengang grundsätzlich nicht widersprochen, sondern vor allem darauf hingewiesen, daß zunächst einmal der Nachweis für die Schaffung hinreichender kulturpolitischer Garantien erbracht sein müsse. Wenn letzteres der Fall sei, werde ich wahrhaftig nicht kleinlich sein. Im Gegenteil, nichts würde mich innerlich aufrichtiger freuen, als wenn sich für die Sicherung einer kulturpolitisch einwandfreien Linie auch die große nationalsozialistische Bewegung gewinnen lasse. Sowohl ihr selbst, als vor allem auch dem Staate würden damit Kräfte zuwachsen, die bisher leider nicht voll zur Auswirkung kommen konnten. Herr von Papen ging eine Reihe von Einzelheiten durch, die in einem etwaigen Reichskonkordat Aufnahme finden könnten. Er hielt sich hierbei an eine schriftliche Aufzeichnung, die aus den Akten des Auswärtigen Amtes [kam]. [...]

Heinrich Brüning – Kanzler in der Krise der Weimarer Republik. Eine Bilanz nach sieben Jahren*

Von Herbert Hömig

»Berlin, 30. Mai 1932, Montag. Brüning ist heute zurückgetreten, oder richtiger, von Hindenburg entlassen worden. Hintertreppeneinflüsse haben ihren Willen durchgesetzt wie zu Zeiten Eulenburgs und Holsteins. Damit ist eine wesentliche Verschärfung der Weltkrise eingetreten. Merkwürdigerweise hat die Berliner Börse auf die Demission Brünings, wahrscheinlich in Erwartung der Segnungen des Dritten Reiches, mit einer teilweise scharfen Hausse reagiert: Die Aktien sind gestiegen, die festverzinslichen Werte gefallen. Inflationperspektive. Der heutige Tag bedeutet das vorläufige Ende der parlamentarischen Republik«.

Diese Sätze stehen im Tagebuch des Diplomaten, Politikers und Schriftstellers Harry Graf Kessler, der als aufmerksamer Beobachter ein in vielen Details überaus realistisches Bild der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland gezeichnet hat. Sein Urteil über den Sturz des letzten Kanzlers der Weimarer Republik, dessen Kabinett zwar keine parlamentarische Mehrheit besaß, aber bis zuletzt vom Reichstag toleriert wurde, ist im wesentlichen durch die Geschichte bestätigt worden. Die Umstände von Brünings Entlassung – angeblich nicht zuletzt auf Grund der politischen Intrigen in der Umgebung des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg – sind kaum über die damals bekannten Fakten hinaus aufgehellert worden. Dabei spielte neben dem Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, General von Schleicher, auch der – wie man damals scherzhaft sagte – »in der Verfassung nicht vorgesehene Sohn des Reichspräsidenten«, Oskar von Hindenburg, eine wichtige Rolle im Hintergrund. Brünings Sturz ist nach einer verbreiteten Ansicht in erster Linie das Werk Schleichers gewesen, der zwei Jahre zuvor seiner Kanzlerschaft den Weg gebahnt hatte.

Politiker ohne Fortune?

Dieses Etikett bezieht sich auf den Anlass, nicht auf die tieferen Ursachen dieses Ereignisses. Die Geister scheiden sich an der Frage, ob die Politik des

* Vortrag im Haus der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin am 3. Mai 2000. Einzelnachweise demnächst in: H. Hömig, Brüning – Kanzler in der Krise der Republik. Eine Weimarer Biographie, Paderborn 2000.

Reichskanzlers, der über zwei Jahre während der Weltwirtschaftskrise das Reich regiert hatte, zu diesem Zeitpunkt längst gescheitert war oder vielmehr noch beachtliche innen- und außenpolitische Erfolge verhieß, die der Stabilität der Republik zugute gekommen wären. Brüning hatte sein Hauptziel, das Ende der Reparationszahlungen an die früheren Kriegsgegner, die Ententemächte, fast erreicht, die Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten verhindert und nicht ganz zu Unrecht gehofft, eine neue Hochkonjunktur werde in Deutschland früher als in den Nachbarländern einsetzen. Noch Jahrzehnte später beklagte er sich bitter, dass er »hundert Meter vor dem Ziel« gestürzt worden sei.

So weit in groben Strichen die Problemlage. Heinrich Brüning, am 26. November 1885 im westfälischen Münster geboren, war vor seiner Berufung zum Reichskanzler Fraktionsvorsitzender der Zentrumspartei im Reichstag gewesen. Karl Dietrich Bracher, einer seiner entschiedensten Kritiker, versuchte Brünings politische Fehler und Misserfolge teilweise aus seinen sonst durchaus positiven Charaktereigenschaften herzuleiten: »Heinrich Brüning entstammte westfälischem Mittelstand; er war erst 45 Jahre alt, als er nach einer steilen Karriere zur Schlüsselfigur des neuen Kurses wurde. In seinem Wesen vereinigen sich romantische und sachlich-wissenschaftliche Züge, tiefe katholische Überzeugung und nüchterne politische Einsicht zu einem fast asketischen Arbeitsethos, das sich freilich mehr an der Sache als an ihrer notwendigen psychologisch-taktischen Vorbereitung, Popularisierung und Durchsetzung im Feld des öffentlichen Meinungsstreits bewährte.«

Die umfassende Kritik, die Bracher an Brüning übt, weil dieser durch seine Notverordnungs politik zum unfreiwilligen Wegbereiter Hitlers geworden sei, klingt schon in dieser Skizze an. Der Sohn eines Essigfabrikanten und Weinhändlers in Münster verlor mit anderthalb Jahren seinen Vater, so dass die Mutter ihn und seine beiden älteren Geschwister allein aufziehen musste. Bemerkenswert an Brünings frühen Jugendjahren sind seine ausgedehnten Auslandsreisen. Als Schüler verbrachte er wiederholt die Ferien in der Normandie; als Student der Volkswirtschaft lebte er später einige Zeit in London. Er hat insgesamt zehn Jahre in München, Straßburg und Bonn studiert, das philologische Staatsexamen abgelegt und schließlich als Nationalökonom über »Die finanzielle, wirtschaftliche und gesetzliche Lage der englischen Eisenbahnen unter Berücksichtigung der Frage ihrer Verstaatlichung« (1915) promoviert. Eine akademische Laufbahn schien sich ihm zu eröffnen, ehe er sich als Kriegsfreiwilliger an die Front meldete. Brüning stand damals im 30. Lebensjahr und hätte, nachdem er früher schon wegen seiner schwachen Gesundheit für wehruntauglich erklärt worden war, dem Kriegsdienst ohne Schwierigkeiten entgehen können. An der Front im Westen brachte er es zum Leutnant der Reserve und wurde zweimal mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet.

Nach dem Kriege ging der ehemalige Führer einer »Maschinengewehrscharfschützenkompanie« in die Politik. Die in seiner Jugend angestrebte wis-

senschaftliche Laufbahn sollte er indessen erst auf dem Umweg über das Exil erreichen. Der Zentrumsabgeordnete Brüning wurde nach dem Bruch der von den Sozialdemokraten, dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten getragenen Großen Koalition unter Hermann Müller Ende März 1930 von Hindenburg zum Regierungschef berufen. Er hatte sich nicht in das Amt gedrängt und bis zuletzt den sozialdemokratischen Kanzler gestützt. Brüning hatte verhindern wollen, dass die Regierung an einem vergleichsweise geringfügigen Anlass scheiterte. Die Koalition war aber u. a. wegen des Streits um die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung um ein halbes Prozent auseinandergebrochen – trotz eines Vermittlungsvorschlages, mit dem Brüning die Regierung Müller in letzter Stunde noch hatte retten wollen.

Das »Präsidentkabinett«

Am 30. März 1930 bildete Brüning auf Wunsch Hindenburgs ein Kabinett, dem nur Mitglieder der bürgerlichen Parteien und parteilose Minister angehörten, ohne sich auf eine Koalition zu stützen. Es war ein sogenanntes Hindenburg-Kabinett, auf das insbesondere Schleicher in Verbindung mit Reichswehrminister Alfred Groener seit Monaten hingearbeitet hatte. Der neue Kanzler hoffte, dass eine Reichstagsmehrheit insbesondere seine Deckungsvorlagen zur Sanierung des seit Jahren chronisch defizitären Haushalts ohne Widerspruch hinnähme. Dies erfüllte sich nicht. Als das Parlament u. a. auf Antrag der Sozialdemokraten die beiden Notverordnungen vom 16. Juli aufhob, löste Hindenburg auf Vorschlag Brünings den Reichstag auf. Statt einer Mehrheit für die Politik des Kanzlers brachten die Wahlen vom 14. September 1930 sensationelle Stimmengewinne der Nationalsozialisten und – in geringerem Umfang – der Kommunisten. Die NSDAP vermehrte ihre Sitze von 12 auf 107; die KPD von 54 auf 77. Brüning hatte vergeblich darauf gerechnet, mit Hilfe der von den Deutschnationalen abgespaltenen »Volkskonservativen« unter Führung von Treviranus und Westarp eine neue Reichstagsmehrheit zu gewinnen. Die DNVP unter Hugenberg war dagegen immer mehr in den Sog der nationalsozialistischen Agitation geraten und verlor einen großen Teil ihrer Wähler an die NSDAP. Zuvor hatten die meisten Mitglieder der DNVP-Fraktion des alten Reichstages sich von Hugenberg getrennt. Brünings eigene Partei, das Zentrum, errang nur einen bescheidenen Zuwachs. Die Sozialdemokraten – bisher in Opposition zu Brüning – waren nun (im Herbst 1930) bereit, seine Regierung zu tolerieren. Die sich so ergebene Tolerierungsmehrheit von Sozialdemokraten und gemäßigten bürgerlichen Parteien stand bis zu seiner Entlassung durch Hindenburg hinter dem Kanzler.

Das Wahlergebnis vom 14. September 1930 bestärkte Brüning in der Überzeugung, dass der Reichstag und die Weimarer Parteien nicht imstande seien, die Staats- und Wirtschaftskrise zu meistern. Nur die Exekutive – so meinte

er – war dazu noch in der Lage. Dies hatte er schon in seiner Regierungserklärung vom 1. April 1930 angedeutet: Sein Kabinett sei an keine Koalition gebunden, auch wenn die politischen Kräfte des Reichstages »nicht unbeachtet bleiben« könnten. Es werde der letzte Versuch sein, die für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben mit dem bisherigen Reichstag zu lösen. Die fatale Reichstagsauflösung war die Antwort auf die Ablehnung der Notverordnung vom 16. Juli 1930 zur Haushaltsdeckung durch die Reichstagsmehrheit, vor allem die Sozialdemokratie, gewesen.

In den zwei Jahren seiner Amtszeit, vor allem seit dem Frühjahr 1931 betrieb Brüning eine entschiedene Sparpolitik. Sie zielte vor allem in ihrer letzten Phase, also seit Frühjahr 1931, u. a. darauf, die alliierten Mächte dazu zu bewegen, die deutschen Reparationsschulden endgültig zu erlassen. Er wollte demonstrieren, dass Deutschland die Reparationen nicht zahlen könne. Adenauers angebliche Bemerkung, Brüning rette mit seiner Deflationspolitik die Währung, ruiniere aber die Wirtschaft, trifft den Kern des Problems, die Problematik der Brüningsschen Sparmaßnahmen.

Die Weltwirtschaftskrise im Gefolge des »Schwarzen Freitags« an der New Yorker Börse am 25. Oktober 1929 blieb der bestimmende Hintergrund der Ära Brüning; sie beherrschte zwangsläufig die Innen- und Außenpolitik des Kanzlers. Brüning sah allerdings die Chance, unter Umständen zu noch größeren außenpolitischen Erfolgen als Stresemann zu gelangen, wenn er die Krise dazu nutzte, die Reparationen zu beseitigen. Jahrelang waren diese Zahlungen grobenteils mit Hilfe amerikanischer Kredite geleistet worden. Diese standen jetzt nicht mehr zur Verfügung.

Die deutsche Wirtschaft war durch die Reparationszahlungen des Ersten Weltkrieges auf Jahrzehnte hinaus jährlich in Milliardenhöhe belastet. Das galt auch nach dem Young-Plan, der am 7. Juni 1929 abgeschlossen worden war und im Unterschied zum Dawes-Plan den Umfang der alliierten Forderungen endgültig festlegte. Der Young-Plan war jedoch durch die Weltwirtschaftskrise bereits überholt und musste die deutsche Wirtschaft überfordern, wenn das Reich die regulären Zahlungen wirklich leistete, was jedoch nur bis zum Sommer 1930 der Fall war. Brüning trat dennoch dafür ein, den Young-Plan loyal zu erfüllen. Äußerste Sparsamkeit erschien ihm unumgänglich, wenn er erreichen wollte, dass die alliierten Wiedergutmachungsforderungen – nach geschützten wie ungeschützten Reparationszahlungen – gemildert würden. Darin folgte er seinen Vorgängern, setzte jedoch die Akzente anders.

Kein Spiel mit der Krise

Brüning's Politik ist kein Spiel mit der Krise gewesen, wie seine Gegner und Kritiker meinten, aber sie kalkulierte die Krise ein. Er hoffte, dass das Land und seine Wirtschaft die Wirtschaftskrise durch eine entschiedene Sparpolitik

überstehen konnte. Diese Zielsetzung und ihre Methoden sind bis heute umstritten, u. a. deshalb, weil der Kanzler gestürzt wurde, ehe er die Probe aufs Exempel seiner Politik machen konnte. Brüning wurde ja nicht von seinen erklärten Gegnern im Parlament und in der Öffentlichkeit zu Fall gebracht, sondern von jenen Kräften, die ihn Ende März 1930 zum Leiter der deutschen Politik gemacht hatten. Der Weg, den er einschlug, verschärfte, wie er offen eingestand, kurzfristig die Wirtschaftskrise und trieb auch die Arbeitslosenzahlen weiter in die Höhe. Am Ende dieses Wege sollte jedoch der Verzicht der Ententemächte auf die Reparationen stehen, während der Verlauf der Wirtschaftskrise nach Brünings Ansicht nicht wesentlich – im guten wie im schlimmen – durch staatliche Maßnahmen zu beeinflussen war.

Ein Ende der Wirtschaftskrise und ein Zurückgehen der braunen Flut war auch im zweiten Jahr der Regierung Brüning noch nicht abzusehen. Trotz der sprunghaft stärker werdenden NS-Bewegung tolerierte der Reichstag, vor allem die SPD, die Regierung. Die politische Abhängigkeit des Kabinetts vom Vertrauen des Reichspräsidenten war deshalb bei weitem nicht so groß wie unter Brünings Nachfolgern v. Papen und v. Schleicher, die sich im Reichstag kaum noch auf größere Gruppen stützen konnten, von einer Tolerierungsmehrheit ganz zu schweigen. Das Vertrauen des vom Volke gewählten Präsidenten ist allerdings für Brüning die entscheidende Legitimationsquelle der Exekutive in der Notlage des Reiches gewesen. Damit verschob er bewusst das Schwergewicht der Macht zur Exekutive hin, ohne den politischen Kampf um das Schicksal der Weimarer Republik entscheiden bzw. gewinnen zu können.

Der Auszug der »Nationalen Opposition«, d. h. der Rechtsparteien NSDAP und DNVP aus dem Reichstag am 9. Februar 1931 war ein bedrohliches Zeichen für die Zukunft der Präsidialregierung Brüning. Die außerparlamentarische Agitation der Rechtsparteien führte im Oktober 1931 zur »Harzburger Front«, einem Bündnis der Rechtsparteien und der rechtsorientierten Verbände gegen die Regierung. Die bei dem Treffen in Bad Harzburg vertretenen Gruppen, unter denen der rund 500.000 Mitglieder umfassende »Stahlhelm«, der »Bund der Frontsoldaten«, die Hauptrolle spielte, forderten den Rücktritt Brünings, die Aufhebung der Notverordnungen sowie Neuwahlen im Reich und in Preußen.

Die Reparationsfrage

Brüning strebte, wie bereits angedeutet, einen Verzicht der Alliierten auf Reparationen nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages und des Young-Planes an. Dieses Ziel war nach Lage der Dinge realistisch, wie das sogenannte Hoover-Moratorium für die interalliierten Kriegsschulden und deutschen Reparationszahlungen beweisen sollte, das die gegenseitigen Zahlungsforderungen – Reparationen und interalliierte Schulden – ab 1. Juli 1931 für ein Jahr

aussetzte. Ein erster Erfolg der Kontakte des Kanzlers mit der Gegenseite – sie durften offiziell allerdings nicht Verhandlungen genannt werden und blieben ohne offizielles Communiqué – war Brünings Besuch in Chequers vom 5. bis 9. Juni 1931. Dort gewann er die Sympathie und das Vertrauen des britischen Premierministers Ramsay MacDonald – trotz des verunglückten »Tributaufrufs« der Reichsregierung vom 5. Juni, der offen das Ende der Reparationen gefordert hatte. Diese Begegnung, die dem Außenpolitiker Brüning auf dem internationalen Parkett Ansehen verschaffte, hätte zu einem innenpolitischen Triumph werden können, wenn die Popularität des Kanzlers in Deutschland nicht schon einen Tiefpunkt erreicht gehabt hätte.

Während der Gespräche von Chequers war die Nachricht von der drohenden endgültigen Zahlungsunfähigkeit der »Österreichischen Creditanstalt« eingetroffen. Kurz darauf brach einer der größten deutschen Textilkonzerne, die »Nordwolle«, zusammen. Der Untergang ihrer Hausbank, der »Darmstädter und Nationalbank« (»Danat-Bank«), einer der vier deutschen Großbanken, folgte. In der »Danat-Nacht« vom 12. zum 13. Juli 1931 musste die Regierung per Notverordnung eine Reichsgarantie für die Bank geben, am Tag darauf Bankfeiertage festsetzen und schließlich eine Reihe weiterer Verordnungen über den Devisen- und Zahlungsverkehr, die Presse, die Kapital- und Steuerflucht und sogar über Auslandspaßgebühren erlassen.

Die englischen Staatsmänner hatten Brüning in Chequers nur indirekt ihre Hilfe zugesagt. Mit ihrer Unterstützung kam allerdings zwei Wochen später das Hoover-Moratorium zustande. Brüning gab sich mit dem Moratorium nicht zufrieden und verlangte weiterhin eine Revision des Young-Planes, der auf der nicht mehr zutreffenden Annahme beruhte, der Umfang der Weltwirtschaft und der internationale Gütertausch nehme kontinuierlich zu. Gewiss war Brünings Vorgehen durch taktische Momente mitbestimmt, die auf die Interessen seiner Gesprächspartner genau berechnet waren; auch seine Sympathie für Großbritannien und die britische Politik spielte mit. Eine ähnlich günstige Atmosphäre wollte sich bei den Gesprächen mit französischen Diplomaten und Politikern auf der nachfolgenden Pariser Konferenz im Juli 1931 nicht einstellen. Immerhin gewann Brüning das persönliche Vertrauen des französischen Ministerpräsidenten Pierre Laval (1883–1945).

Die Wirtschaftslage in Deutschland verschlechterte sich von Tag zu Tag. Im Bewusstsein der Öffentlichkeit war keiner der unbestreitbaren Erfolge des Kanzlers auf dem diplomatischen Parkett eindrucksvoll genug, um seiner Politik den erforderlichen Rückhalt bei der Mehrheit der Bevölkerung zu geben oder ihn gar populär zu machen.

Brüning wollte durch »sachliche Arbeit«, letztlich aber doch durch greifbare Erfolge, die Öffentlichkeit gewinnen. Dies gelang nur in sehr bescheidenem Maße. So hatte schon die seit Jahren ersehnte endgültige Räumung des Rheinlandes bis zum 1. Juli 1930 der Reichsregierung kaum Sympathien eingebracht, die

ihr bei den Wahlen zwei Monate später hätte zugute kommen können. Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion wurde durch das Versagen des Auswärtigen Amtes zur Unzeit bekannt und scheiterte dann am Widerspruch Frankreichs und der östlichen Nachbarländer. Die Idee war in Deutschland populär; um so größer war die Enttäuschung, als das Projekt am 5. September 1931 vom Haager Gerichtshof verworfen wurde. Die rechtsradikale Propaganda schlachtete diese Niederlage der Regierung aus. Für die Masse der notleidenden Deutschen brachten Brünings außenpolitische Aktivitäten dagegen keine greifbaren Ergebnisse. Was Brüning in seiner Kanzlerzeit zuwege gebracht hatte, wirkte sich erst langfristig aus. Seine Nachfolger ernteten die Früchte seiner Politik. Papen brachte die Streichung der Reparationen von der Lausanner Konferenz im Sommer 1932 mit nach Hause. Hitler profitierte schließlich von dem seit 1932 sich allmählich abzeichnenden Aufschwung der Wirtschaft, auf den Brüning alle Hoffnungen gesetzt hatte.

Kalkuliertes Risiko?

Brüning nahm den Vorwurf, er sei ein »Hungerkanzler«, als Propagandaschlagwort der radikalen Parteien hin, da er nach seiner Überzeugung alles tat, um die Wirtschaftskrise zu beenden, zumindest zu mildern. Auch Beschäftigungsprogramme – produktive Erwerbslosenfürsorge genannt – und vielfältige Hilfsmaßnahmen des Reiches gehörten dazu, wie der Freund und Ministerkollege Treviranus in seiner Brüning-Biographie betont. Sie seien freilich unzureichend gewesen, auch wenn es unter dem »Hungerkanzler« im allgemeinen keine »Hungerödeme, kein Sterben vor Hunger« gegeben habe.

Notleidende lassen sich jedoch selten durch den Hinweis auf das Schicksal derjenigen trösten, denen es noch schlechter geht. So war der Anteil der Arbeitslosen unter den Erwerbsfähigen in Großbritannien während der Krise größer als in Deutschland. Gewiss hat die Regierung den Konjunkturverlauf selbst nicht durch größere Investitionen zu beeinflussen versucht. Das ist aus guten Gründen kritisiert worden. Der Vorwurf, der Kanzler habe grundsätzlich jede Art von Auslandskrediten zurückgewiesen, war allerdings nur teilweise berechtigt. Dies traf nur auf die mit politischen Bedingungen verbundenen französischen Angebote zu. Andererseits haben aufmerksame zeitgenössische Beobachter erkannt, dass Brüning in der Nachfolge Bismarcks eine langfristig angelegte Politik des kalkulierten Risikos betrieb oder zu betreiben versuchte. Dazu gehörten eine vorübergehende Verschärfung der Depression ebenso wie die Furcht des Auslandes vor einer nationalsozialistischen Diktatur. Der Journalist Fritz Klein schrieb am 17. Mai 1930 in der Deutschen Allgemeinen Zeitung: »Brüning selbst hat sich zur Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten im wesentlichen deshalb entschlossen, weil er es sich nicht nehmen lassen wollte, das gewichtigste Argument dieser radikalen Opposition in die Waag-

schale der Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten zu werfen«. Der Kanzler versuchte die Furcht vor den Nationalsozialisten im Ausland bei seinen Verhandlungen, insbesondere mit Frankreich, auszunutzen.

Brüning setzte alles daran, dem Ausland deutlich zu machen, dass Zugeständnisse in der Reparationsfrage unumgänglich seien. Zunächst suchte er den guten Willen seiner Regierung durch Sparmaßnahmen aller Welt vor Augen zu führen und stellte seine Politik als einzige Alternative zur drohenden Hitler-Diktatur dar. Am 13. Oktober 1931 erklärte er vor dem Reichstag: »Wir sind die erste Regierung gewesen, die aus eigener Kraft erfüllt hat, nicht auf Grund von Anleihen, sondern durch eine Gestaltung der Handelsbilanz mit allem, was damit zusammenhängt In diesem Augenblick zeigt es sich, dass es mit den Reparationen nicht geht. Denkschriften, dickleibige Bände, Exposés und fulminante Reden werden die Welt nicht von der Notlage Deutschlands überzeugen, sondern sie wird überzeugt, wenn eine Regierung den Mut hat, die Konsequenzen aus der Lage in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu ziehen und die Karten aufzudecken.«

Tatsächlich deckte Brüning seine Karten nicht auf, zumindest nicht ganz. Denn er versuchte, die Staats- und Wirtschaftskrise zunächst durch Sparmaßnahmen, dann aber vor allem durch eine aktive Außenpolitik zu überwinden; Chancen und Risiken wog er nüchtern ab, letztlich überzeugt, dass es darauf ankam, die bestehenden Möglichkeiten zu nutzen. Bei seinem Amtsantritt hatte er in seiner unterkühlt wirkenden Art gesagt: »Ich weiß, dass ich eine Situation übernehme, die zu neunzig Prozent verloren ist.«

Zweifellos hätte Brünings Experiment – die Lösung der Reparationsfrage im Zeichen der Wirtschaftskrise – noch in seiner Amtszeit gelingen können. Der Begriff Experiment wurde schon von den Zeitgenossen verwendet. Dass er selbst stets dieser Ansicht gewesen ist, wird man ihm nicht verübeln. Wer ihm politische Fehler vorhält, muss auch die Umstände, den Spielraum seines Handelns, würdigen. Dies verweist wieder auf das Zentrum der politischen Entscheidungen in der Wilhelmstraße.

»Wir alle haben Fehler gemacht, manche mit Ihnen gemeinsam«, schrieb ihm sein früherer Reichstagskollege Theodor Heuss zum 70. Geburtstag. »Der Vorwurf, der Ihnen wohl vordringlich gemacht wird, ist der, dass Sie Untreue und Intrige nicht in Ihr Kalkül aufgenommen haben, wie es jeder deutsche Stammtisch nach einem populären Vortrag über den unverstandenen Machiavelli zu tun pflegt.« Gewiss fragt man sich, worin die Tugenden des Politikers bestehen sollen, wenn nicht in der Fähigkeit, mit Menschen, vor allem mit widerstreitenden Gruppen und Parteien, umzugehen. Im Falle Brünings liegen die Dinge komplizierter. Er ist nie populär gewesen, strahlte aber persönliche Autorität und Würde aus, die auf viele Menschen faszinierend wirkten, mit denen er unmittelbar zu tun hatte oder die dem Lager der gemäßigten Parteien anhängen. Das Pathos der Selbstlosigkeit wirkte allerdings weniger einneh-

ment auf die breite Masse als die Tiraden Hitlers und Goebbels' oder die Aktionen der nationalsozialistischen Hetzpropaganda. Die persönliche Anspruchslosigkeit des Kanzlers, der bewusst hervorgekehrte vornehme Stil des »Staatsmanns« ist von vielen seiner Anhänger als durchaus zeitgemäß anerkannt worden. Die Public-Relations-Arbeit der Reichsregierung wurde jedoch mit Recht angesichts der massiven NS-Propaganda oft als unzureichend beklagt. Dem Kanzler selbst war jede Werbung für seine Person augenscheinlich zuwider, zumindest erweckte er – wenn auch nicht ohne einen Anflug von Präntention – diesen Anschein.

Die Reichspräsidentenwahl 1932

Ein anderer Aspekt: Die Regierung Brüning war vor allem seit der Regierungsumbildung im Herbst 1931 ein sogenanntes Präsidialkabinett. Der Kanzler war vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhängig; doch dieser brauchte seine Hilfe im Frühjahr 1932, um gegen Hitler wiedergewählt zu werden. Für Brüning war ein solcher Wahlkampf in einer Zeit, in der die Arbeitslosenzahl auf über sechs Millionen stieg, ein gefährliches politisches Unternehmen. Der Versuch des Kanzlers, Hindenburgs Amtszeit durch ein verfassungsänderndes Gesetz zu verlängern, scheiterte an der Taktik der Rechtsparteien, denen daran gelegen war, dass sich Hindenburg von Brüning trennte.

Der DNVP-Vorsitzende Hugenberg war die treibende Kraft hinter den Kulissen. Ihm kam es darauf an, einen Prestigeerfolg der Regierung zu verhindern, falls Brünings Vorschlag im Reichstag die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhielt. Hitler dagegen deutete zunächst in einem Gespräch unter vier Augen sein Einverständnis mit Brünings Plänen an; schließlich aber spielte er sich in einem Brief an den Kanzler als ein fragwürdiger »Hüter der Verfassung« (Carl Schmitt) auf. Brüning verwies darauf, dass die Reichsverfassung nach Artikel 76 sehr wohl geändert werden könne, um Hindenburgs Amtszeit zu verlängern.

Der Reichspräsident selbst war über die Verhandlungen verärgert. Die politischen Bedingungen, die die Nationalsozialisten stellten, hielt er für unannehmbar, obwohl er seit langem eine Regierung der Rechten wünschte. Die Wahlen vom 13. März und 10. April 1932 bedeuteten für Hindenburg eine Enttäuschung. Er erhielt zwar im ersten Wahlgang die relative und im zweiten die absolute Mehrheit, war aber nur von den demokratischen Parteien unterstützt worden, die mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei sieben Jahre zuvor für seinen Konkurrenten Wilhelm Marx eingetreten waren. Die Kräfte, die 1925 hinter Hindenburg gestanden hatten, ließen ihn jetzt im Stich. Der »Stahlhelm« und die Deutschnationalen hatten zunächst die Splitterkandidatur des Stahlhelmführers Duesterberg und schließlich die Wahl Hitlers empfohlen.

Hindenburg, Ehrenmitglied des »Stahlhelm«, verübelte es dem Kanzler, dass er in dieses politische Dilemma geraten war.

Hindenburgs Wahlsieg war das Werk Brünings gewesen. Was bei einem anderen Politiker in einer anderen Situation als Meisterstück politischer Kunst – gleichsam als erfolgreiche Anwendung einer schiefen Schlachtordnung auf dem politischen Felde – gefeiert worden wäre, wurde für den Kanzler zur Niederlage, nicht nur, weil Hitlers Kandidatur in großen Teilen der Öffentlichkeit als eine Art Achtungserfolg, fast als Etappensieg, gewertet wurde. Hindenburgs knapper Sieg war dagegen ohne Glanz. Doch glaubte das greise Staatsoberhaupt, nunmehr auf Brünings Dienste verzichten zu können. Einen ersten konkreten Anstoß zum Bruch zwischen Kanzler und Präsident bildete das Verbot der nationalsozialistischen Kampfverbände SA und SS unmittelbar nach den Wahlen durch Reichswehrminister Groener, der seit Oktober 1931 auch das Innenressort leitete. Der Zeitpunkt für diese Maßnahme schien günstig – unter der Voraussetzung, dass sie von der öffentlichen Meinung gebilligt und der Kanzler vom Reichspräsidenten im Amt gehalten worden wäre.

Hindenburg ließ sich vor allem durch die Kritik der rechtsorientierten Öffentlichkeit, aber auch aus maßgeblichen Führungskreisen der Reichswehr am SA- und SS-Verbot gegen den Kanzler einnehmen, da das »Reichsbanner«, eine demokratische bzw. wie man damals sagte: »republikanische« Schutzorganisation, nicht ebenfalls verboten worden war.

Osthilfe und Siedlungspolitik

So entschied sich Brünings Schicksal in der Innenpolitik. Dass er noch auf der Genfer Abrüstungskonferenz im Februar 1932 die deutsche Forderung nach »militärischer Gleichberechtigung« – gemeint war eine begrenzte deutsche Aufrüstung – angesichts der unterbliebenen internationalen Abrüstung seit 1919 – eindrucksvoll vertreten und sein internationales Ansehen noch gesteigert hatte, wurde in Deutschland nur am Rande vermerkt. Stärker beachtet wurden die Maßnahmen der Regierung im Innern; etwa jene, mit denen sie der chronisch notleidenden Landwirtschaft östlich der Elbe helfen wollte. Das Osthilfe-Gesetz vom 31. März 1931 sah eine finanzielle Unterstützung vor allem der landwirtschaftlichen Großbetriebe über 100 ha, daneben auch von Betrieben von mittlerer Größe über 20 ha vor. Die vom Reich und von Preußen aufgebrachtten Kredite in den Jahren 1931 bis 1933 kamen in erster Linie dem Großgrundbesitz zugute. Die sogenannten Junker erhielten insgesamt den Löwenanteil in Höhe von 806 Millionen, die Kleinbauern dagegen nur 43 Millionen Reichsmark. Angebliche oder tatsächliche Unregelmäßigkeiten bei der Zuweisung der Kredite durch die Landwirtschaftskammern erregten öffentliches Aufsehen und standen im grellen Kontrast zur Sparpolitik der Regierung. Andererseits liefen gerade die Agrarverbände, vor allem der Reichslandbund,

Sturm gegen die Ansiedlung von Klein- und Neubauern in den schwach besiedelten Gebieten im Osten des Reiches. Die Landwirtschaftspolitik der Regierung wurde von den großen Agrarverbänden als »Agrarboltschewismus« diffamiert. Diese Parole wurde im Frühjahr 1932 schließlich auch in der Umgebung des Reichspräsidenten laut. Einer der prominenten Wortführer war hier der Rittergutsbesitzer Elard von Oldenburg-Januschau, ein Vertrauter Hindenburgs. Die Ostsiedlungspolitik hatte Hindenburg seit längerem argwöhnisch verfolgt. Er war selbst Gutsbesitzer in Ostpreußen, nachdem ihm die deutsche Industrie 1927 das Gut Neudeck geschenkt hatte.

»100 Meter vor dem Ziel?«

Der Reichslandbund machte Stimmung gegen die Regierung und den Leiter der »Osthilfe«, den deutschnationalen Minister Hans Schlange-Schöningen, als dieser am 9. Mai 1932 einen Notverordnungsentwurf vorlegte, nach dem die Sanierungsmittel für die großen Güter an den Verkauf von Land für die Ansiedlung von Neubauern gebunden wurden. Den seit einiger Zeit erhobenen Vorwurf des »Agrarboltschewismus« zog die Regierung wiederum auf sich, als sie die nicht mehr entschuldungsfähigen Güter enteignen und an Kleinbauern vergeben wollte. Bei Hindenburg fanden die Proteste des Reichslandbundes und der DNVP ein williges Ohr. Er hielt es für untragbar, dass die von der Regierung errichteten sogenannten »Landstellen« sogar die Zwangsversteigerung von Gütern selbständig einleiten konnten, und kündigte in der entscheidenden Unterredung mit Brüning am 29. Mai an, dass er keiner Notverordnung des Kabinetts mehr zustimmen werde. Am folgenden Tag trat Brüning zurück. Karl Dietrich Erdmann meint mit Recht, dass das Ereignis kaum noch mit dem parlamentarischen Stil eines Regierungswechsels vereinbar war und wie eine »regelrechte Hofintrige inszeniert« wurde. Der Reichstag besaß, auch wenn er es gewollt hätte, keine Möglichkeit, den Kanzler etwa durch ein Vertrauensvotum im Amt zu halten. Die Tolerierung erwies sich als ungeeignetes Mittel, eine Präsidialregierung auch gegen den Präsidenten zu stützen.

Als Brüning zurücktrat, wunderte sich Graf Kessler – wie eingangs berichtet – über das Verhalten der Börse, die die zwei Jahre dauernde Reichskanzlerschaft offenbar nicht als Etappe, sondern als letztes Hindernis auf dem Weg ins Dritte Reich wertete. Die Nationalsozialisten sahen in Brüning einen erbitterten Gegner und trachteten nach der »Machtergreifung« Hitlers dem ehemaligen Kanzler ebenso nach dem Leben wie anderen führenden Politikern der Weimarer Zeit. Dass Brüning die nationalsozialistische Bewegung bekämpfte, ist nicht zu bestreiten, auch wenn er erwog, die NSDAP in die Regierungsverantwortung in Preußen und Hessen gelangen zu lassen. Auf Reichsebene wollte er angeblich eine Regierung der Rechten vorbereiten – faktisch um Zeit zu gewinnen, um die internationalen Verhandlungen abzuschließen. Dieses »Zäh-

mungskonzept« wurde auch von anderen demokratischen Politikern verfochten. Persönlich schloss er den Eintritt in ein solches Koalitionskabinett aus.

Zwiespältige Bilanz

Die Bilanz der Regierungszeit Brünings fällt zwiespältig aus. Im Zentrum der Kritik steht nach wie vor die in Zielsetzung und Wirkung umstrittene Deflationspolitik, insbesondere nachdem der Münchener Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt Ende der siebziger Jahre die »Zwanglagen und Handlungsspielräume« der Brüning'schen Wirtschaftspolitik in einer eingehenden Untersuchung als außerordentlich begrenzt nachzuweisen versucht hat. Für eine antizyklische Konjunkturpolitik im Sinne von Keynes habe sich zum günstigsten Zeitpunkt – etwa im Frühjahr 1931 – keineswegs die Mehrheit der Experten und einflussreichen Politiker ausgesprochen. Brüning erkannte – höchstwahrscheinlich – nicht in der notwendigen Klarheit, dass die auch von ihm wiederholt öffentlich beschworene Inflationsgefahr in einer schrumpfenden Volkswirtschaft nicht bestand. Diese Einsicht verbreitete sich unter den Fachleuten erst seit Herbst 1931 (Silverberg-Plan, WTB-Plan), die allerdings nur eine höchst begrenzte, faktisch fast unwirksame Kreditschöpfung zur Schaffung von Arbeitsplätzen befürworteten. Brüning folgte im übrigen dem rigiden Sparkurs des Reichsbankpräsidenten Luther. Gewiss kann nicht die Rede davon sein, dass das Ziel seiner Haushaltssanierung in der Deflation bestanden habe. Diese war zunächst eine Begleiterscheinung, die er in Kauf nehmen zu können glaubte, später erwog er zahlreiche Maßnahmen, sie zu dämpfen, einschließlich stillschweigender Formen der Kreditausweitung zum Zweck der Arbeitsbeschaffung. Im Gespräch mit Keynes verteidigte er Anfang Januar 1932 seinen Kurs (Rücksicht auf das Reichsbankgesetz, Notendeckungspflicht usw.), war sich aber der Problematik sehr wohl bewusst.

Seine Bedenken gegen eine umfassende kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffung – sie hätte, wie angedeutet, mehrere Milliarden Reichsmark bei einem ordentlichen Haushalt von etwa 10 Milliarden Reichsmark umfassen müssen – äußerte er dagegen mehrfach. Dies lässt den Schluss zu, dass das Ende der Reparationen für ihn spätestens im Herbst 1931 unbedingte Priorität gewann. Im Frühjahr 1932 schien sie in wenigen Wochen erreichbar zu sein, während die Bekämpfung der Depression ohnedies längere Zeit beanspruchen würde. Er versprach sich erhebliche innenpolitische Auswirkungen einer solchen außenpolitischen Entscheidung. Mit einem kurzfristigen Wirtschaftsaufschwung rechnete er nicht.

Noch einmal zu den Zwangslagen und Handlungsspielräumen seiner Politik: Kritiker Brünings verweisen auf Brünings Improvisationstalent. Seine Politik habe auf einem »erstaunlich flexiblen System taktischer Aushilfen« (H. Mommsen) beruht. Auch dies deutet auf die Handlungszwänge und Abhängigkeiten, denen er unterlag und denen er zu entgehen suchte, personifiziert

etwa in Hindenburg, Schleicher und Luther. Die greifbar nahe scheinende Lösung der Reparationsfrage, nachdem der sogenannte Beratende Sonderausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die Zahlungsunfähigkeit des Reiches im Hinblick auf die Reparationen indirekt festgestellt hatte, sollte den angeblich vorhandenen »großen Plan« ersetzen, von dem er gelegentlich auch öffentlich sprach. Teile der Öffentlichkeit erwarteten von ihm einen solchen Plan; andere trauten ihm aber ein solches Projekt ohnehin nicht zu.

Der Sturz des Kanzlers beruhte nicht in erster Linie auf Intrigen, die während des Pfingsturlaubs von Hindenburg in Neudeck im Frühjahr 1932 gesponnen wurden, so belastet auch die Beziehungen zu Hindenburg und Schleicher seit dem Herbst 1931 auch gewesen sein mögen. An jenem 29. Mai 1932 beging Brüning im Gespräch mit dem Präsidenten schwerwiegende taktische Fehler. Dies gilt vor allem für sein unangebrachtes Rücktrittsangebot, das er unter allen Umständen hätte vermeiden müssen. Verhängnisvoller und in der konkreten Situation entscheidend aber war, dass er die Begegnung mit Hindenburg offenkundig nicht ausreichend vorbereitet hatte. Er hatte sich weder mit Schleicher darüber verständigt, wie Deutschland auf der kurz bevorstehenden Lausanner Konferenz zu vertreten sei, noch hatte er eine für Hindenburg akzeptable Lösung in der Nachfolge Groeners gefunden. Groener hatte wenige Tage zuvor seinen Rücktritt als amtierender Innenminister erklärt, war aber auch als Reichswehrminister kaum noch zu halten. Bei früheren Gelegenheiten hatte Brüning Hindenburg wiederholt zu seinen Gunsten umzustimmen vermocht. Dieses Mal versuchte er gar nicht mehr, Hindenburg einen Kompromiss naheulegen, der für den Reichspräsidenten ohne Gesichtsverlust akzeptabel gewesen wäre. Es waren also gleich mehrere ungelöste Fragen, denen sich der Kanzler nicht mehr gewachsen fühlte.

Ungelöst bleibt insbesondere die Frage, ob Brüning nicht nur an seinen Misserfolgen, sondern auch an seinen relativen Erfolgen im Vorfeld der Lausanner Reparationskonferenz im Juni 1932 gescheitert ist. Sein Nachfolger erreichte das faktische Ende der Reparationen in Lausanne. Diese Frage verweist auf die Fortune, die ihm die Geschichte insgesamt verweigert hat. Wenn die politische Fortune über das Schicksal des Politikers, auch des Staatsmannes, entscheidet, dann ist sie Heinrich Brüning nicht hold gewesen, auch wenn Gegner und Freunde seine politische und moralische Integrität anerkannten und nicht selten bewunderten. Die Ära Brüning enthüllt in dieser Hinsicht ihren gleichsam retardierenden Charakter. Sie verzögerte die Machtübernahme Hitlers mehr als dass sie diese vorbereitete. Es bleibt freilich das Problem einer ungewollten Wegbereiterrolle.

Priester in zwei deutschen Diktaturen. Die antifaschistische Legende des Karl Fischer (1900–1972)

Von Bernd Schäfer

Wer war Karl Fischer?¹ Eine Publikation jüngerer Datums zur Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in der SBZ/DDR bietet folgendes Biogramm: »Katholischer Geistlicher, Organisator einer Hilfsorganisation, die während des Naziregimes Deportierte und Angehörige politischer Häftlinge betreute, 1943 Flucht, Illegalität, nach 1945 Mitglied der CDU, Pfarrer in Neustrelitz, 1949 Mitglied des Zentralvorstandes der VVN, Februar 1953 Mitglied des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer, ab 5. August 1953 Mitglied des Präsidiums des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer.«²

Das Handbuch der Volkskammer der DDR, der Fischer zwischen 1950 und 1958 für die Fraktionen des Kulturbundes (Arbeitsgruppe der VVN) bzw. der CDU angehörte, wollte sogar wissen: »1933–1945 Gründer und Leiter illeg. Widerstandsgruppen«. Neben dem Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer nannte es weitere Mitgliedschaften: Nationalrat der Nationalen Front, Hauptvorstand der CDU, Hauptvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), Ehrenpräsidium Volkssolidarität, Präsidium Liga für die Vereinten Nationen, Deutscher Friedensrat.³ An Auszeichnungen hatte Karl Fischer bis dahin den Vaterländischen Verdienstorden in Bronze, die Ernst-Moritz-Arndt-Medaille und die Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus 1933–1945 erhalten, später kam noch die Otto-Nuschke-Medaille

1 Die vorliegende Studie entstand auf Initiative des Heinrich-Theissing-Instituts im Erzbischöflichen Amt Schwerin, das dem Autor zusätzliche Unterlagen neben den von ihm bereits gesammelten Materialien im Archiv für Christlich-Demokratische Politik [ACDP] der Konrad-Adenauer-Stiftung (Nachlass Karl Fischer) bzw. des Zentralarchivs (ZA) der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) zur Verfügung stellte. Insofern ist der Autor Dr. Renate Krüger für ihre Recherchen im Bistumsarchiv Osnabrück (BAO) sowie dem damaligen Erfurter Priesterseminaristen Olaf Forberger für seine engagierten Vorarbeiten unter schwierigen Bedingungen in den Jahren 1987 und 1989 zu besonderem Dank verpflichtet. Im Bundesarchiv und seinen Außenstellen sind keine Unterlagen zu Karl Fischer vorhanden (Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Zehlendorf, an den Autor am 15. Sept. 1995).

2 Elke REUTER/Detlef HANSEL, *Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*, Berlin 1997, S. 567.

3 *Handbuch der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik: 2. Wahlperiode*, Berlin (Ost) 1954, S. 308.

der CDU, die Ehrennadel der DSF in Gold und 1963 der Vaterländische Verdienstorden in Silber hinzu.⁴

Die im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz tätige Kommission für Zeitgeschichte veröffentlichte 1996 in Zusammenarbeit mit den katholischen Diözesanarchiven eine »3. wesentlich veränderte und erweiterte Auflage« von »Priester unter Hitlers Terror« und verzeichnete zu Karl Fischer folgenden Eintrag: »Ab 1933 ständige Überwachung sowie zahlreiche Anzeigen und Verhöre durch die Gestapo wegen »Judenfreundlichkeit« und angeblichen Vergehens gegen Heimtücke-gesetz und Kanzelparagraph. 1935/36 durch einen bei einer kirchlichen Sachspendenverteilung enttäuschten Polen anonym angezeigt wegen angeblicher Abhaltung einer hochverräterischen Polenversammlung in Lübz. Mit Hilfe von wohlgesinnten Polizeibeamten konnte die Anzeige entkräftet und Haftbefehl sowie Anklageerhebung abgewendet werden. Die Staatsanwaltschaft Neustrelitz erließ 1943 Haftbefehl und leitete ein Strafverfahren ein. Der Pfarrer tauchte daher unter und wurde von der Polizei gesucht. Das Kommissariat der Fuldaer Bischofskonferenz intervenierte beim Reichssicherheitshauptamt Berlin.«⁵ Als weiterführenden Literaturhinweis gaben die Autoren der Dokumentation eine Selbstdarstellung Fischers an, die 1985 postum in der DDR veröffentlicht worden war.⁶

Alle zitierten biographischen Angaben haben eines gemeinsam: Für die Zeit bis 1945 beruhen sie fast durchweg auf Legenden, die Karl Fischer verbreitete und oft in Einzelheiten variierte. Obwohl er als Priester, Schriftsteller und Politiker die Unterschiede zwischen Phantasie und Wirklichkeit immer mehr verwischte, verhalfen ihm seine Darstellungskünste zu einer sonderbaren Karriere im ostdeutschen Staat. Zwei Jahre vor ihrem abrupten Ende veröffentlichte er 1963 in der DDR einen Lebensbericht, der als Höhepunkt der Legendenbildung zu betrachten ist.⁷ Die wenigen Personen, die es besser wussten, schwie-

4 Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

5 Ulrich VON HEHL/Christoph KÖSTERS, *Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung*, Band II, Paderborn–München–Wien–Zürich 1963, S. 1121. Quelle dieser Darstellung ist ein im Bistumsarchiv Osnabrück aufbewahrter Bericht Fischers aus der Nachkriegszeit »über die Tätigkeit des Hilfskomitees für die von den Nationalsozialisten verfolgten Antifaschisten in Neubrandenburg«.

6 Karl FISCHER, *Kampf gegen den Faschismus – Gewissenspflicht. Erinnerungsbericht*, in: Klaus DROBISCH/Gerhard FISCHER (Hg.), *Widerstand aus Glauben. Christen in der Auseinandersetzung mit dem Hitlerfaschismus*, Berlin (Ost) 1985, S. 42–48.

7 Karl FISCHER, *Über Abgründe hinweg. Ein Pastor berichtet*, Berlin (Ost) 1963. Das 99-seitige Büchlein erschien im CDU-eigenen Union-Verlag. Elfriede Rummelspacher, geb. Kotkiewicz, Schneidermeisterin aus Berlin und enge Freundin Fischers zwischen 1933 und 1947, schrieb an Olaf Forberger am 17. Sept. 1989 nach erstmaligem Lesen von »Über Abgründe hinweg«: »Da sprach der Autor Erlebtes, Gehörtes, Gelesenes. Da könnte ich stundenlang vieles widerlegen. [...] Man kann das alles gar nicht aufschreiben, es würde fast wieder ein Buch füllen, aber mit Wahrheiten.«

gen in der Öffentlichkeit. Aber auch sie kannten immer nur einen Teil der tatsächlichen Biographie.⁸

Wer also war Karl Fischer? Die folgenden Seiten zeichnen seinen Lebensweg nach. Dabei sind Hinweise auf Fischers Homosexualität unvermeidbar, weil wesentliche Zusammenhänge seiner Biographie unter den besonderen Bedingungen des Lebens in den beiden deutschen Diktaturen ohne diesen Sachverhalt nicht verständlich wären.

1. Priester und Schriftsteller bis 1943

Carl⁹ Georg August Fischer wurde am 20. Dezember 1900 im damals noch selbständigen Altona bei Hamburg als Sohn des Magistratsschreibers George Fischer und seiner Frau Johanna geboren. Sein Vater starb, als er elf Jahre war. Nach der Volksschule begann er eine bald abgebrochene Kaufmannslehre und wurde darauf Arbeitsbursche in einer Maschinenfabrik. Durch Selbststudium bestand er schließlich die Aufnahmeprüfung für ein Gymnasium und zog im April 1918 ins emsländische Meppen. Dort noch zum Militärdienst einberufen, kehrte er nach Kriegsende und einem Abstecher nach Hamburg schon bald wieder zurück und legte in Meppen am 22. Januar 1920 sein Abitur ab.¹⁰ Danach studierte er Katholische Theologie und Philosophie in Münster, Fulda und schließlich im Priesterseminar Osnabrück. Am 6. März 1924 wurde er dort zum Priester geweiht. Er erhielt seine erste Kaplansstelle in Güstrow in der mecklenburgischen Diaspora und 1926 eine zweite in Eutin in Holstein, von der er aber noch im selben Jahr wieder nach Güstrow rückversetzt wurde. 1928 wurde er für vier Jahre Rektor der Raphaelskapelle und Auswandererseelsorger in Bremen, bevor er 1932 im mecklenburgischen Parchim seine erste Pfarrstelle bekam und schließlich 1938 als Pastor nach Neubrandenburg versetzt wurde.

Seit Ende der zwanziger Jahre betätigte sich Fischer immer häufiger als Schriftsteller. Der Verbreitung seiner Werke galt sein ganz besonderer Ehrgeiz. 1932 veröffentlichte er seinen ersten Roman »*Das Werk der sieben Tage. Die Genesis einer Gemeinde*« im Verlag der auf katholische Diasporaliteratur spezialisierten Paderborner Bonifatiusdruckerei. Der Verlagsort war dem Sujet

8 Vgl. erste Angaben bei: Georg DIEDERICH, *Nationale Front und SED-Kirchenpolitik. Regionalstudie an Beispielen aus dem Norden der ehemaligen DDR*, Rostock–Warnemünde–Schwerin 1999, S. 50 f., 136–146; Bernd SCHÄFER, *Staat und katholische Kirche in der DDR*, Weimar–Köln–Wien 1992, S. 65 (vgl. weitere Hinweise im Personenregister); DERS., *Die Kirchenpolitik der Ost-CDU und die katholische Kirche in der SBZ/DDR*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 5 (1998), S. 151.

9 Es ist nicht bekannt, wann und warum Fischer später seinen Vornamen zu »Karl« änderte.

10 Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg an Olaf Forberger, Erfurt, am 5. März 1987; Stadt Meppen/Der Stadtdirektor an Olaf Forberger, Erfurt, am 21. Mai 1987.

angemessen, weil Fischer darin Eindrücke aus seinen Erfahrungen im mecklenburgischen Güstrow literarisch verarbeitete. Von diesem Buch wurden bis Mitte 1934 insgesamt 1844 Exemplare verkauft. Seinen zweiten Diaspararoman »*Kuratus Perchingers seltsames Erlebnis*«, der ab 1934 in Fortsetzungen in den »*Bonifatiusblättern*« der Bonifatius-Stiftung des Bistums Breslau erschien,¹¹ konnte er nicht bei einem Verlag veröffentlichen. »Freilich verhehle ich mir nicht, dass die Herausgabe des neuen Buches in dieser unruhigen Zeit immerhin ein Wagnis bedeutet«, schrieb er am 13. Juli 1934 bei einer vergeblichen Anfrage bereits skeptisch an eine katholische Verlagsbuchhandlung.¹² Inzwischen hatte er sich aufgrund einer entsprechenden Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933 bei der Reichsschrifttumskammer in Berlin anmelden müssen, woraufhin er in den Reichsverband Deutscher Schriftsteller aufgenommen wurde.

Von gelegentlichen erbaulichen Kurzgeschichten in kirchlichen Zeitschriften abgesehen, verlegte sich der ungemein produktive Fischer auf unpolitische wie auch vermeintlich opportune Literatur. Um der kirchlichen Zensur zu entgehen, der er als Priester bei seinen Veröffentlichungen unterworfen war, publizierte er auch zunehmend unter Pseudonym. 1934 erschien in der Straßburger Universitätsbuchdruckerei Heitz & Cie. »*Hamlet auf den Barrikaden*« und verkaufte sich, vor allem außerhalb des Elsass, in etwa 3000 Exemplaren, weil es »die Bekehrung eines Kommunisten zur nationalen Idee zum Gegenstand« hatte.¹³ Ein Jahr später folgten im Wiesbadener Verlag Rauch unter dem Pseudonym Vischer »*Nächte der Wirrnis. Unheimliche Geschichten*«. Anfang 1936 veröffentlichte er in der »*Märkischen Volkszeitung*« und in der »*Nordischen Volkszeitung*« einen Artikel über den »*Machtkampf in der Ehe*« unter dem Titel »*Weisheit auf der Gasse. Kräht die Henne, schweigt der Hahn, ist am ganzen Haus nichts dran*«. ¹⁴

Fischer schrieb unermüdlich, bot seine Werke an, mahnte Honorare und drohte widrigenfalls mit der Einschaltung der Reichsschrifttumskammer. Hier agierte er als Pastor, dort als schriftstellernder »Beamter«¹⁵, hier »mit katholischem«, dort »mit deutschem Gruß«, hier mit richtigem Namen, dort unter Pseudonym. Am 1. Oktober 1935 wurde der Reichsverband Deutscher Schrift-

11 Vgl. Prälat Ferdinand Piontek, Breslau, an Maria Fischer, Schwester von Karl Fischer, am 25. Okt. 1933 (ACDP, NL Karl Fischer, 4–7).

12 Karl Fischer an Verlagsbuchhandlung Franz Borgmeyer, Hildesheim, am 13. Juli 1934 (ebd.).

13 Karl Fischer an Verleger Heitz, Straßburg, am 26. Juni 1935 (ebd.).

14 Karl Fischer an »Märkische Volkszeitung«, Berlin, am 30. Okt. 1936 (ACDP, NL Karl Fischer, 4–8; vgl. dort auch den Artikel).

15 An den Verlagsbuchhändler Joseph Huch in Berlin schrieb »Karl Fischer aus Parchim« am 5. Aug. 1936 z.B. »mit deutschem Gruß«: »Ich bin 1900 in Altona/Elbe geboren, habe den Weltkrieg mitgemacht, studierte später einige Zeit und bin heute Beamter« (ebd.).

steller aufgelöst. Seine Mitglieder wurden in die Reichsschrifttumskammer aufgenommen, sofern ihr polizeiliches Führungszeugnis günstig ausfiel und der Ariernachweis erbracht werden konnte.¹⁶ Fischer konnte damit dienen und fiel der Reichsschrifttumskammer nur einmal ungünstig auf, als er einen ungeeigneten literarischen Decknamen wählte: »Nach den Grundsätzen der Klarheit und Wahrheit, die nicht nur für das Gebiet des Handelsrechts, sondern auch im Bereich der Reichsschrifttumskammer Geltung haben, dürfen nicht-adlige Personen keinen adligen Decknamen führen.«¹⁷ Schließlich wurde Fischer mit dem Pseudonym »Georg Baring« in die Kartei eingetragen.¹⁸ Mit der »Bekanntmachung über die Erfassung der schriftstellerisch Tätigen durch die Reichsschrifttumskammer« vom 1. April 1937 wurde jedoch allen nur im Nebenberuf geringfügig literarisch Tätigen die Mitgliedschaft in der Kammer wieder entzogen und stattdessen eine Befreiung von der Pflichtmitgliedschaft gewährt. Auf entsprechenden Antrag erhielt Karl Fischer alias Georg Baring Anfang des Jahres 1938 einen Befreiungsschein für »12 kleinere Veröffentlichungen«.¹⁹

Nach 1936 konnte er aus literarischen und verlegerischen, selten jedoch aus politischen Gründen, keine seiner größeren Manuskripte mehr bei Verlagen unterbringen (z.B. einen Roman »*Ein junger Mann sucht seinen Vater*«, eine Novelle »*Begegnung mit dem Unheimlichen*«, ein Drama »*Der Gewaltmensch*«, eine Schrift »*Schafft Illusionen! Ein Versuch zur Wiedererweckung des romantischen Geistes*«). Das mit Führerzitaten gespickte und vorgeblich an Atheisten gerichtete kämpferische Manuskript »*Der Untergang der katholischen Kirche. Sieben Reden an die Gottlosen*« wurde als politisch zu riskant angesehen und nicht gedruckt.²⁰ Seine bis dahin veröffentlichten Werke wurden weiter verkauft, in Parchim und später Neubrandenburg liefen jährlich Honorarabrechnungen ein.

Außer seiner seelsorgerlichen und schriftstellerischen Tätigkeit will Fischer aber, so behauptete und verbreitete er nach Kriegsende, in Parchim und Neubrandenburg Gründer und Leiter von Widerstandsgruppen gewesen sein. Doch die angeblich versuchte Gründung einer Widerstandsgruppe in Parchim 1933 war ebenso erfunden, wie es die von Fischer nach 1945 behaupteten ständigen Verhöre durch die Gestapo und zahlreichen Anzeigen wegen fehlender Beflagung, Verstöße gegen Kanzelparagraph und Heimtückegesetz sowie vermeintlicher Juden- und Polenfreundlichkeit oder Spionage zugunsten Polens nicht gegeben hatte. 1935 überstand er dagegen noch unbehelligt eine Anzeige

16 Reichsschrifttumskammer an Karl Fischer am 7. Jan. 1936 (ebd.).

17 Reichsschrifttumskammer an Karl Fischer am 17. Febr. 1937 (ebd.).

18 Reichsschrifttumskammer an Karl Fischer am 13. April 1937 (ebd.).

19 Reichsschrifttumskammer an Karl Fischer am 24. Jan. 1938 (ebd.).

20 Verlag Bonifatiusdruckerei Paderborn an Karl Fischer am 11. Mai 1938 (ebd.).

wegen angeblicher homosexueller Belästigung eines Schülers im Religionsunterricht, worauf ihn sein Osnabrücker Bischof Wilhelm Berning zunächst in einen Urlaub ins entfernte Thüringen sandte.²¹

In der Zeit zwischen 1937 und 1939 verfasste Fischer ein nicht zur Veröffentlichung gedachtes zwölfseitiges Manuskript mit dem Titel »Der Zölibat«²², das sich sowohl gegen die von den Nationalsozialisten inszenierten Sittlichkeitsprozesse gegen Kleriker richtete als auch die Institutionalisierung der Ehelosigkeit durch die katholische Kirche kritisierte. Ausführlich reflektierte der persönlich betroffene Fischer über Homosexualität unter Geistlichen, die er auf 15 Prozent schätzte und deren Zunahme er prognostizierte. Er konstatierte, diese Veranlagung sei kein »Delikt«, sondern eine ungefährliche »Anomalie des Geschlechtslebens«, eine »Perversion« und »Dekadenzerscheinung«. Es gebe aber »geistig sehr hochstehende Menschen unter diesen Vertretern des ›dritten Geschlechtes‹«. Im übrigen sei das Individuum an dieser belanglosen »Anormalität« schuldlos: »Die völlige Missachtung rassebiologischer und erbhygienischer Grundsätze im liberalistischen Zeitalter ist in erster Linie schuld daran.«

Unstreitig sind Fischers Hilfen für ausländische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, insbesondere für katholische Polen, die nach 1939 in Neubrandenburg und Umgebung interniert oder in Betrieben und auf Höfen beschäftigt waren. Die Zustände im Kriegsgefangenenlager Fünfeichen, wo tausende polnischer und russischer Kriegsgefangener vegetierten und in großer Zahl auch verhungerten, stießen auf seine Empörung. Zwangsarbeitern gewährte er Zugang in sein Neubrandenburger Pfarrhaus, gab ihnen Lebensmittel und hörte mit ihnen ausländische Radiosender.²³

Ab September 1945 reflektierte Fischer diese Zeit in Berichten über die »Widerstandsbewegung in Neubrandenburg und Umgebung«²⁴. Außer ihm selbst gab es jedoch so gut wie keine befragbaren Zeugen für die immer phantastischer werdenden Leistungen des von ihm angeblich gegründeten und geleiteten »Revolutionären Komitees Nord«, das zwischen 1939 und 1943 in Neubrandenburg gewirkt haben wollte. Den wenigen greifbaren vermeintli-

21 Interview des Autors am 13. Aug. 1999 in Berlin mit Elfriede Rummelspacher, geb. Kotkiewicz (in der Folge abgekürzt: Interview ER). Vgl. zu ihr Anm. 7.

22 ACDP, NL Karl Fischer, 4–43.

23 Vgl. ein authentisches Schreiben des ehemaligen polnischen Zwangsarbeiters Kaczmarek aus dem polnischen Marianowo an Fischer am 6. Mai 1949 (ACDP, NL Karl Fischer, 4–11). Fast alle anderen Schreiben ehemaliger Zwangsarbeiter aus der Nachkriegszeit bestätigen in ähnlichen Briefen dagegen nur von Fischer vorgegebene Formulierungen. Belegt wird der Aufenthalt von Ausländern im Pfarrhaus auch durch ein Schreiben von Bischof Berning an Fischer vom 12. Dez. 1945, in dem der Absender auf die Situation vor 1943 eingeht: »Herr Pastor Bredenka hat mir nach seinem Besuch in Neubrandenburg mitgeteilt, dass viele fremdländische Leute im Pfarrhaus verkehrten und dass ihre Situation bedenklich sei« (BAO).

24 Vgl. diverse Versionen in ACDP, NL Karl Fischer, 4–10 und 4–11.

chen Zeugen konnte 1945 in der SBZ nichts ferner liegen, als die heroischen Schilderungen ihres sogenannten »antifaschistischen Widerstandes« zu konkretisieren. Ende 1946 hatte Fischer die literarische Fassung von »Das ›Revolutionäre Komitee Nord‹. Ein Beitrag zur Geschichte der Widerstandsbewegung in Deutschland« auf 55 Manuskriptseiten erstellt und sandte sie am 19. Dezember 1946 an den »Hauptausschuss für die Opfer des Faschismus« in Schwerin mit der Maßgabe, Veröffentlichungen, auch auszugsweise, nur nach vorheriger Rücksprache mit ihm vorzunehmen.²⁵ In der Tat wurden Inhalte dieses Manuskripts von Fischer lange Zeit nicht veröffentlicht und erstmals in seinem 1963 in der DDR publizierten Lebensbericht ausführlich verarbeitet, als bereits weitere Zeugen verstorben waren.²⁶

In einem Lebenslauf vom 21. Januar 1949 für die VVN-Geschäftsstelle in Neubrandenburg charakterisierte Fischer die Arbeit des angeblichen »Revolutionären Komitees Nord« kurzgefasst so: »Ausbreitung desselben über die Umgebung von Neubrandenburg, Fühlungnahme mit Ausländern in fast allen größeren Städten Mecklenburgs. Vorwiegend betreuende Tätigkeit. In zwei Jahren wurden 1.300 Ausländer eingekleidet, über 800 mit Geld und Lebensmitteln unterstützt. Den Angehörigen von KZ-lern wurde laufend Unterstützung erteilt, flüchtenden polnischen Offizieren und KZ-lern wurden Papiere besorgt, Radio und Bestandteile einer Sendeanlage ins Lager Fünfeichen geschafft, Waffen besorgt, den Ausländern der Radioempfang ermöglicht, Flugblätter hergestellt, brutale Arbeitgeber durch Femebriefe aus Berlin abgeschreckt, Zusammenkünfte abgehalten, militärisch wichtige Angaben, Pläne und Skizzen für das Offiziersgefangenenlager eingeschmuggelt usw.«²⁷ In anderen Orten Mecklenburgs habe es »Widerstandsgruppen der gleichen Art« gegeben, mit denen Fischer Fühlung aufgenommen habe: »Zweck dieses Versuches war, eine möglichst straff gefügte Organisation für den Augenblick des Zusammenbruches zu schaffen, den wir damals – nicht mit der verbrecherischen Gleichgültigkeit des deutschen Volkes rechnend – für nahe bevorstehend hielten.«²⁸

Diese phantastischen Aktivitäten sollen sich fast vier Jahre unter den Augen der Gestapo abgespielt haben, bis sich Pastor Karl Fischer, angeblich von der Alternative KZ-Einlieferung oder Erpressung zu Spitzeldiensten bedroht,²⁹ Anfang 1943 nur noch durch Abtauchen in den Untergrund habe retten können. In der Tat lag im Januar 1943 in Neubrandenburg eine gerichtliche Vorladung gegen ihn vor, jedoch aus einem ganz anderen Grund.

25 Schreiben und Manuskript in ACDP, NL Karl Fischer, 4–14.

26 Karl FISCHER (wie Anm. 7), S. 47–80.

27 BStU, Ast Frankfurt/Oder, AIM 205/66, Teil I, Bl. 15.

28 BAO (Bericht Fischers aus dem Jahre 1946 »über die Tätigkeit des Hilfskomitees für die von den Nationalsozialisten verfolgten Antifaschisten in Neubrandenburg«).

29 Karl FISCHER (wie Anm. 7), S. 77–80.

2. Flucht und Versteck bis Kriegsende

Kaplan Herrmann Timmerbeil, der mit seinem vorgesetzten Pastor Karl Fischer und dessen Mutter im Neubrandenburger Pfarrhaus wohnte, konnte im Januar 1943 die dort eintreffende gerichtliche Vorladung Fischers wegen des Verdachts homosexueller Handlungen nach § 175 StGB einsehen.³⁰ Damit war der Neubrandenburger Pastor in akute Lebensgefahr geraten,³¹ zumal es sich noch um minderjährige Partner gehandelt haben sollte. Am 16. Januar 1943 verließ er fluchtartig seine Pfarrstelle in Neubrandenburg und fuhr mit dem Zug in Richtung Süden. Kaplan Timmerbeil teilte dem Gericht persönlich das Verschwinden Fischers mit, meldete diesen Sachverhalt aber nicht an den Osnabrücker Bischof Wilhelm Berning. Stattdessen ließ Fischer kurz vor seiner Flucht über eine Ordensschwester an Berning die Nachricht gelangen, er müsse verschwinden, weil ihn die Gestapo als Spitzel verpflichten wolle.³²

Auf dem Weg nach Süden zu Bekannten hielt sich Fischer zunächst drei Tage bei seiner in Magdeburg wohnhaften Schwester Maria auf. Aber auch in Bayern blieb er nur drei Tage, bevor er mit dem Zug nach Berlin zurückfuhr und sich am Bahnhof Zoo telefonisch bei seiner Freundin Elfriede Kotkiewicz meldete. Dieser erzählte er von einem vorliegenden Haftbefehl, nachdem ihn angeblich die Gestapo zuvor abgehört hätte. Elfriede Kotkiewicz brachte ihn vier Wochen bei ihrer Familie unter und, als diese argwöhnisch wurde, bei einer Freundin in Schöneberg sowie einer Tante in Wedding. Schließlich fand Fischer durch ihre Vermittlung im privaten Altersheim »Institut St. Josef« in Friedenau am Friedrich-Wilhelm-Platz eine Dachkammer, in der er bis Kriegsende wohnen konnte. Für die dortigen Schwestern sowie in der benachbarten Pfarrkirche hielt Karl Fischer Messen und beerdigte beispielsweise, allerdings im entfernten Stahnsdorf, 1944 Elfriedes verstorbenen Vater. Einer kleinen Gruppe von Ministranten aus dieser Pfarrei erteilte er in seiner Dachkammer regelmäßig Latein- und Liturgieunterricht.³³ Diese Aktivität sollte zum Ausgangspunkt neuerlicher homosexueller Handlungen werden.

30 Prälat Dr. Bernhard Schröder, Schwerin, an Bischof Dr. Helmut Hermann Wittler, Osnabrück, am 27. Mai 1959 (BAO).

31 Zwischen 1933 und 1945 wurden in Deutschland ca. 50.000 homosexuell veranlagte Personen aufgrund des § 175 und des im Juni 1935 zusätzlich eingeführten § 175a des Reichsstrafgesetzbuches verhaftet und häufig in ein Konzentrationslager verbracht. Etwa 15.000 von ihnen kamen dort um. Seit 1936 agierte eine »Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und der Abtreibung«, propagierte öffentliche Kampagnen und beförderte somit das Denunziationswesen. Vgl. Günter GRAU (Hg.), *Homosexualität in der NS-Zeit. Dokumente einer Diskriminierung und Verfolgung*, Frankfurt am Main 1993.

32 Diese Version wiederholte Wilhelm Berning dann auch am 12. Dez. 1945 in einem Schreiben an Karl Fischer (BAO).

33 Interview ER.

Bischof Wilhelm Berning hatte ihm einen Brief vom 31. März 1943 zustellen lassen: »Wie mir mitgeteilt ist, sind Sie seit einiger Zeit in einem derartig nervösen Zustand, dass ein Erholungsurlaub dringend notwendig ist. Hierdurch gewähre ich Ihnen vorläufig für 4 Wochen diesen Urlaub, den Sie am besten in einem Schwesternhause zubringen können. Ich wünsche Ihnen völlige Genesung, damit Sie die Seelsorgsarbeit, sei es in Neubrandenburg oder anderswo, bald wieder aufnehmen können.«³⁴ Am 3. Mai antwortete Fischer dem Bischof aus Berlin und dankte für den Urlaub, »den ich bereits angetreten hatte«. Er gab sich überzeugt, bald wieder auf seine Stelle in Neubrandenburg zurückkehren zu können und behauptete, es ginge ihm »nach mannigfachen Kreuz – und Querfahrten und abenteuerlichen Erlebnissen – gut«.³⁵ Danach erlosch bis Kriegsende die Kommunikation zwischen Bischof und Pastor, und letzterer hütete sich aus gutem Grund vor der Rückkehr nach Neubrandenburg, wo er sogar steckbrieflich gesucht wurde.³⁶ Das wusste auch bald Bischof Berning, der daraufhin die Pfarrstelle zum 1. Juli 1943 an Kaplan Timmerbeil übertrug.³⁷ Nähere Informationen erschienen dem Bischof aber zu heikel, wie er nach Kriegsende an Fischer schrieb: »Ihre Adresse wusste ich nicht und wollte ich auch nicht wissen, da Sie von der Gestapo gesucht wurden und ich Sie nicht verraten wollte, wenn ich gefragt wurde.«³⁸ Aber auch so hätten Gestapo oder andere Stellen Fischer wohl in Berlin festnehmen können, wenn sie ihn denn wirklich intensiv gesucht hätten: Er korrespondierte über Kuriere mit Pfarrhaus und Bekannten in Neubrandenburg, seine Lebensmittelkarten wurden dort mit seiner Vollmacht abgeholt und nach Berlin gebracht, einige befreundete katholische Pastoren wie auch seine Schwester in Magdeburg schickten ihm Pakete.³⁹ Andererseits hatte Fischer auch berechtigterweise Angst um sein Leben, wie sein am 17. Mai 1943 in Berlin aufgesetzter »letzter Wille« demonstrierte.⁴⁰

Für seine Retterin Elfriede Kotkiewicz, die ihn bis April 1945 fast täglich traf, sind Fischers nachträgliche Heldenberichte über die Zeit zwischen 1943 und 1945 frei erfunden,⁴¹ obwohl auch sie 1946 sein phantasievolles »Protokoll über die Tätigkeit der illegalen Kampfgruppe Fischer in Berlin« unterzeichnete.⁴² Darin behauptete der selbsternannte Widerstandskämpfer beispielswei-

34 Wilhelm Berning an Karl Fischer am 31. März 1943 (ACDP, NL Karl Fischer, 4–28).

35 Karl Fischer an Wilhelm Berning am 3. Mai 1943 (BAO).

36 Wilhelm Berning an Karl Fischer am 22. März 1946 (ACDP, NL Karl Fischer, 4–28).

37 Am 7. Aug. 1943 schrieb Wilhelm Berning an Fischers Mutter, der er gestattete, weiterhin im Pfarrhaus zu wohnen: »Wie ich ihnen schon vor einiger Zeit mündlich sagte, wird Ihr Sohn nicht wieder nach Neubrandenburg zurückkehren« (ACDP, NL Karl Fischer, 4–28).

38 Wilhelm Berning an Karl Fischer am 12. Dez. 1945 (BAO).

39 Siehe Anm. 30.

40 Erbberechtigt sollten sein: Mutter, Schwester und Elfriede Kotkiewicz. Privatbesitz Elfriede Rummelspacher, geb. Kotkiewicz (in der Folge abgekürzt: Privatbesitz ER).

41 Interview ER.

42 ACDP, NL Karl Fischer, 4–11.

se: »Schon 1943 hatte ich begonnen, eine Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Katholiken aufzuziehen. Es war dies ein ›Ein-Mann-Komitee‹ und ist es auch anscheinend geblieben. In Hunderten von Flugblättern [...] versuchte ich meine Glaubensgenossen und vor allem die Confratres davon zu überzeugen, dass der Kampf gegen den Nationalsozialismus eine heilige Pflicht sei. Ich verschickte diese Flugblätter meist mit dem Absender der NSV Berlin-Schöneberg durch die Post.«⁴³ In Fischers Phantasiewelt erwachte zudem eine aus Deserteuren, Juden und Antifaschisten gebildete »Illegale Kampfgruppe Fischer«. Danach pendelten Kuriere ständig zum »Revolutionären Komitee Nord« in Neubrandenburg, in Berlin führten die »Revolutionäre« nächtliche Ladendiebstähle durch. Von Antifaschisten aus Berlin-Glienicke erhielten sie Waffen, Munition und rote Armbinden, inspizierten die Panzersperren an der Berliner S-Bahn und unternahmen Sabotageakte. Fischer leitete aus der Wohnung von Elfriede Kotkiewicz die Widerstandsbewegung zentral an. Als die Rote Armee im April 1945 in Friedenau einrückte, zog er gleich die rote Armbinde an, wurde als bekannter Partisanenführer von russischen Offizieren abgeholt und zum Hauptquartier von Marschall Shukov gefahren. Dort vermittelte Pastor Karl Fischer, so seine Legende, die Lebensmittelzufuhr für das zerstörte Berlin, hielt den sowjetischen Offizieren einen Vortrag über die militärische Lage und erbot sich, mit der kämpfenden sowjetischen Truppe nach Mecklenburg vorzustoßen, um dort seine »Widerstandsgruppen« zu mobilisieren. Weil aber die Rote Armee Mecklenburg bereits ohne Karl Fischer hatte erobern können, wurde er für die nächsten zehn Tage in eine requirierte Villa in Berlin-Lichterfelde einquartiert, reichlich gepflegt und mit Rauchwaren ausgestattet.⁴⁴

In Berlin-Friedenau wollte Fischer nun mit seiner »illegalen Kampfgruppe« Positionen im Magistrat besetzt haben und Leiter der Abteilung für Kultur und Volksbildung werden, aber stattdessen versank er angeblich in einem Meer von Korruption und Intrigen: »Hier wie überall machte sich das unverhohlene Bestreben geltend, die Intelligenz an die Wand zu drücken und die wirklich verantwortungsvollen Posten mit ›Rabauken‹ zu besetzen. Mir wurde zwar der Titel eines geistlichen Beirates für Friedenau verliehen, aber irgend welche Obliegenheiten erhielt ich nicht. Man übertrug mir das Sozialamt für die ›Opfer des Faschismus‹, aber man sabotierte meine Arbeit derart, dass ich sie schließlich niederlegen musste.«⁴⁵ Was Fischer in Berlin nach Kriegsende politisch⁴⁶ tatsächlich unternahm, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Die Schi-

43 ACDP, NL Karl Fischer, 4–14 (Manuskript S. 42).

44 Ebd. (S. 36–47).

45 Ebd. (S. 48).

46 Am 26. Okt. 1945 schrieb Bischof Wilhelm Berning an Karl Fischer: »Ende August habe ich noch vom Bischof von Berlin gehört, dass Sie dort seien und sich politisch betätigten« (ACDP, NL Karl Fischer, 4–28).

kanen, denen er dort ausgesetzt sein wollte, bestanden jedenfalls auch in Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Schöneberg wegen neuer Vorwürfe des homosexuellen Umgangs mit Jugendlichen. Wiederum verschwand Fischer plötzlich und befand sich ab September 1945 in Neubrandenburg, wo er zu Pfarrer Timmerbeil und seiner Mutter ins Pfarrhaus einzog.

3. Mehrgleisig zwischen 1945 und 1955

Karl Fischer war keineswegs nur ein phantasievoller Literat, was seine Erlebnisse zwischen 1933 und 1945 anging. Er spürte nach der Ankunft der Sowjetarmee und dem beginnenden Aufstieg der Kommunisten, was nun opportun war, um anerkannt zu werden. Seine Berichte über die »Widerstandsgruppen« waren an Kriterien für die Anerkennung als »Opfers des Faschismus« (OdF) orientiert und wurden von den darin namentlich benannten Zeugen gerne mit Unterschrift bestätigt. Der Status eines OdF war bei den neuen Behörden und gesellschaftlichen Einrichtungen bestens gelitten: »Natürlich bekommen wir die Sache durch«, schrieb er am 29. Mai 1946 an Elfriede Kotkiewicz, als er ihr die Berichte über die angebliche Widerstandstätigkeit zusandte.⁴⁷ Personen, mit denen er für ihn unangenehme Erinnerungen verband, wurden dagegen in seinen Protokollen als Faschisten und Gestapospitzel denunziert.

Ab Herbst 1945 versuchte Fischer mehrgleisig zu fahren: Auf der einen Seite die Beförderung seiner kirchlichen Karriere, andererseits das Einschlagen einer politischen Laufbahn. Zudem wollte er ein anerkannter antifaschistischer Schriftsteller werden. Als sich herausstellte, dass diese Ziele inkompatibel waren, erkannte er immer mehr seine Bestimmung in der gefragten Quotenfunktion, die noch niemand in der SBZ/DDR besetzt hatte: Katholischer Amtsträger und gleichzeitig öffentlich exponierter Antifaschist.

3.1. Die kirchliche Laufbahn

Am 26. Oktober 1945 schrieb Bischof Berning an Karl Fischer nach Neubrandenburg, dass er zu seinem »Erstaunen« von Fischers Schwester erfahren habe, es befänden sich nunmehr zwei Pfarrer in Neubrandenburg. Der Bischof stellte fest, dass die Pfarrei bei Timmerbeil zu bleiben habe, und bat Fischer um umgehende Mitteilung, welche Pläne er nun habe, »um einem Leben und Arbeiten im Dienste Christi und der Kirche in einer Ihnen vom Bischof angewiesenen Stelle Platz zu machen«.⁴⁸ Dieses Schreiben überkreuzte sich mit einem Brief Fischers an den Bischof, in dem er um seine Versetzung bat und über seine Anerkennungsbemühungen als OdF berichtete. In Neubrandenburg sei er von

⁴⁷ Privatbesitz ER.

⁴⁸ Wilhelm Berning an Karl Fischer am 26. Okt. 1945 (ACDP, NL Karl Fischer, 4–28).

der Stadtverwaltung »mit großen Ehren« empfangen worden, man habe ihm »mehrere Posten in der Stadt- oder Landesverwaltung angetragen«, die er alle abgelehnt habe.⁴⁹ Während er zunächst noch keinen konkreten Ortswunsch für eine neue Pfarrstelle äußerte, nannte er bald darauf die gerade vakante benachbarte Kleinstadt Neustrelitz und teilte gleichzeitig mit, dass er wieder als Schriftsteller tätig werden möchte.⁵⁰ Darauf ließ sich aber Bischof Berning in seiner ausführlichen Antwort nicht ein, sondern beauftragte Fischer, vorübergehend in Außenstationen im Westen Mecklenburgs auszuhelfen. Gleichzeitig ermahnte er ihn zur Aufgabe jeglicher politischen Tätigkeit und zur Vorlage aller zur Veröffentlichung vorgesehenen Manuskripte an den bischöflichen Ordinarius.⁵¹ Diesen Brief, den Fischer erst sehr spät erhalten haben wollte, beantwortete er im Januar 1946, nach wie vor aus Neubrandenburg, damit, dass eine Außenstation für ihn unzumutbar sei und er eine solche »Strafversetzung« nicht verdient habe. Deshalb bat er um die »formelle Beurlaubung vom aktiven Kirchendienst und um die Genehmigung, mich als Privatgeistlicher der schriftstellerischen und der Vortragstätigkeit widmen zu dürfen.«⁵² Der Bischof bot ihm daraufhin das gewünschte Neustrelitz als Stelle an und forderte eine eindeutige Mitteilung Fischers, ob er weiterhin als Priester im Dienste der Diözese Osnabrück tätig bleiben wolle.⁵³ Fischer erklärte seine Bereitschaft, die Pfarrei Neustrelitz zu übernehmen, weil ihm für »eine wirklich ersprießliche Tätigkeit in den kleinen Gemeinden mit einfacher oder gar ländlicher Bevölkerung der Resonanzboden« fehle. Gleichzeitig versicherte er »Ew. Excellenz, dass es mein Wunsch ist, im Dienste der Kirche zu leben und zu sterben, und dass ich alles, was ich bisher getan habe, geglaubt habe, für die Kirche tun zu müssen.«⁵⁴ Bischof Berning setzte ihn danach mit Wirkung vom 1. April 1946 als Pfarrer in Neustrelitz ein und äußerte »das Vertrauen, dass Sie nunmehr die politische Tätigkeit aufgeben und sich ganz dem seelsorgerlichen Amte widmen wollen.«⁵⁵

Daran dachte Fischer zwar keineswegs, aber die Pfarrei Neustrelitz nahm er mit »aufrichtigem Dank« an. »Ich möchte lieber in einer Kleinstadt der erste sein als in einer Großstadt ein nichts«, hatte er in cäsarischer Manier gegenüber Elfriede Kotkiewicz geäußert.⁵⁶ Aber so klein wie Neustrelitz sollte die Stadt auch wieder nicht sein, schrieb er am 8. Juni 1946 an seine Freundin nach Berlin: »Ich gestehe Dir offen, dass ich gar keine Lust habe. Ich komme dort

49 Karl Fischer an Wilhelm Berning am 27. Okt. 1945 (ebd.).

50 Karl Fischer an Wilhelm Berning am 6. Nov. 1945 (ebd.).

51 Wilhelm Berning an Karl Fischer am 12. Dez. 1945 (ebd.).

52 Karl Fischer an Wilhelm Berning am 25. Jan. 1946 (ebd.).

53 Wilhelm Berning an Karl Fischer am 11. Febr. 1946 (ebd.).

54 Karl Fischer an Wilhelm Berning am 27. Febr. 1946 (ebd.).

55 Wilhelm Berning an Karl Fischer am 22. März 1946 (ebd.).

56 Interview ER.

in sehr üble Verhältnisse hinein. Die Lebensmittellage ist dort äußerst schwierig.« Zudem seien die dortigen Katholiken »eine richtige Altweibergemeinde, unbedeutend und überaltert«⁵⁷. Bevor Karl Fischer jedoch die Möglichkeit haben sollte, dieses vor Ort zu überprüfen, wurde er im selben Monat aufgrund eines Ersuchens der Staatsanwaltschaft Berlin-Schöneberg in Neubrandenburg von der Straße weg verhaftet und als Untersuchungshäftling in die Haftanstalt von Berlin-Moabit im amerikanischen Sektor gebracht.

Bereits am 22. Dezember 1945 hatte sich Oberstaatsanwalt Preuß aus Berlin-Schöneberg an Bischof Berning in Osnabrück gewandt und unter Hinweis auf ein schwebendes Ermittlungsverfahren nach § 175 StGB gebeten, »Näheres über die Persönlichkeit und den Charakter des Fischer zu erfahren«⁵⁸. Berning stellte in seiner Antwort ein gutes charakterliches Zeugnis aus, berichtete aber auch sehr offen über seinen Kenntnisstand zu Fischers Verhalten seit 1943. Über Vergehen gemäß § 175 wollte der Bischof aber »nie gehört« haben.⁵⁹ Weil Fischer im Zuge der anhaltenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen Vorladungen zum Verhör nach Berlin ignoriert hatte, wurde er schließlich im Juni 1946 in Neubrandenburg verhaftet. Aus der Haftanstalt Moabit schrieb er an Elfriede Kotkiewicz, die ihn daraufhin besuchen und sprechen konnte.⁶⁰ Sie besorgte ihm einen Rechtsanwalt, übernahm gegenüber diesem Fischers Version vom »politischen Racheakt« als Haftgrund und zahlte die Anwaltskosten.⁶¹ Fischer, der Elfriede Kotkiewicz aus der Haft schrieb »Du rettetest mir zum 2. Mal das Leben«⁶², bestand jedoch darauf, dass seine Retterin nicht zu den Gerichtsterminen kommen sollte, um nicht von seinen homosexuellen Vergehen zu erfahren.⁶³ Im Hintergrund intervenierten der Berliner Commissarius der Fuldaer Bischofskonferenz, Bischof Heinrich Wienken, und der Moabiter Gefängnisgeistliche, um eine Einstellung des Verfahrens zu erreichen, was »sehr schwierig« gewesen sein soll, »da das vorhandene Material sicher zu einer Verurteilung geführt haben würde«⁶⁴. Von diesen Interventionen wussten wiederum Fischer und Kotkiewicz nichts. Letztere besorgte für das Gericht eine Summe von 10.000 Reichsmark, worauf Fischer schließlich im September 1946 freigelassen wurde und sich direkt nach Neustrelitz begab. Dort bemühten sich der neue Pastor und seine Familie, die Version zu verbreiten, »wie Karl

57 Privatbesitz ER.

58 Oberstaatsanwalt Preuß, Berlin, an Wilhelm Berning am 22. Dez. 1945 (BAO).

59 Wilhelm Berning an Oberstaatsanwalt Preuß am 7. Jan. 1946 (ebd.).

60 Interview ER.

61 Elfriede Kotkiewicz an Rechtsanwalt Dr. Moral, beide Berlin-Friedenau, am 7. Juli 1946 (Privatbesitz ER).

62 Ebd.

63 Interview ER.

64 Dr. Bernhard Schröder, Schwerin, an Dr. Helmut Herrmann Wittler, Osnabrück, am 27. Mai 1959 (BAO).

und wir alle sie annehmen«⁶⁵, also diejenige der politischen Intrige als Grund für seinen unfreiwilligen Berliner Zwangsaufenthalt.

In Neustrelitz arbeitete Fischer nun an seinem Manuskript zum »Revolutionären Komitee Nord« weiter, das er im Dezember 1946 an den Hauptausschuss für die OdF in Schwerin sandte. Darin äußerte er sich auf vier Seiten auch zur Homosexualität und bezeichnete es als »Wahnsinn«, diesen Menschen »die straflose Möglichkeit zu nehmen, sich sexuell abzureagieren«. Er beklagte die Verweigerung von »elementarsten Menschenrechten«, forderte die Straffreiheit solcher Beziehungen ab 16 Jahren, bezeichnete »fast alle Genies der Menschheitsgeschichte als sexuell nicht normal« und sparte nicht mit dem entlarvenden Satz: »Nicht nur unter Hitler, sondern auch in der Gegenwart kann man getrost die Behauptung wagen, dass alle straffähigen Deutschen auch mit verschwindenden Ausnahmen straffällig sind, geschieden allein durch die Zufälligkeit des Erwischtwerdens.«⁶⁶

Mit seiner kirchlichen Stelle in Neustrelitz war Fischer von Anfang an unzufrieden. »Dies hier ist nur ein Käfig für mich und noch nicht mal ein goldener«⁶⁷, schrieb er bald nach Berlin-Friedenau: »Ich ziehe das etwas abenteuerliche Leben eines freien Politikers und Schriftstellers dem eines bedeutungslosen Landpastoren vor. Hier muss ich wahnsinnig werden.«⁶⁸ Seine literarischen Versuche fanden jedoch keine Verleger, weil seine Widerstandsromane als wenig authentische Schilderungen eingestuft wurden. Vergeblich träumte er von »sechs Büchern« und einem »Büro in Berlin«, womit Elfriede und er dann »gemachte Leute« wären.⁶⁹ Stattdessen beendete er im Dezember 1947 mit einem groben Brief jegliche Beziehung zu seiner Freundin, weil sie nicht als Referentin für sowjetische Literatur nach Neustrelitz kommen wollte.⁷⁰

Als kirchliche Variante seines Ehrgeizes entwickelte er zwischen 1947 und 1950 Vorstellungen, als Caritasdirektor in Hamburg oder gar über gute Kontakte zu den staatlichen Behörden als katholischer Bischof in Mecklenburg eingesetzt zu werden. Mit seiner Kandidatur für die Volkskammer der DDR auf der Liste des Kulturbundes (Arbeitsgruppe der VVN) im Jahre 1950 sollte er sich dann aber von der kirchlichen Laufbahn verabschieden.

Nur mit Raffinesse gelang es ihm trotz bischöflicher Interventionen das Volkskammermandat zu behalten und gleichzeitig katholischer Pastor zu bleiben,⁷¹ denn nur mit dem Etikett seiner kirchlichen Funktion konnte er wiederum

65 Karl Fischers Schwester Maria aus Magdeburg an Elfriede Kotkiewicz am 5. Sept. 1946 (Privatbesitz ER).

66 ACDP, NL Karl Fischer, 4–14 (Manuskript S. 8–11, ausführliches Zitat S. 10).

67 Karl Fischer an Elfriede Kotkiewicz am 5. Febr. 1947 (Privatbesitz ER).

68 Karl Fischer an Elfriede Kotkiewicz am 5. März 1947 (Privatbesitz ER).

69 Karl Fischer an Elfriede Kotkiewicz am 15. März 1947 (Privatbesitz ER).

70 Karl Fischer an Elfriede Kotkiewicz, Dez. 1947, undatiert (Privatbesitz ER).

71 Vgl. Kapitel 3.2.

seine politische Karriere betreiben. Im Juli 1952 setzte er seine kirchliche Stellung erneut aufs Spiel, als er vor dem 75. Deutschen Katholikentag in Berlin, der vorwiegend im westlichen Teil der Stadt stattfand, weil ihn die DDR-Behörden im Vorfeld zu torpedieren versucht hatten, in einer eigens aufgelegten Broschüre mit dem Titel »Katholisches Leben in der Deutschen Demokratischen Republik« einen längeren Beitrag veröffentlichte. Er begann mit den Worten »Hand aufs Herz, liebe Confratres« und wollte an zahlreichen Beispielen beweisen, »dass wir Katholiken in der Deutschen Demokratischen Republik allen Grund haben, mit den Verhältnissen im wesentlichen zufrieden zu sein«⁷². Bischof Berning drohte ihm daraufhin wieder einmal mit der Amtsenthebung, wenn er nicht sofort jede politische Tätigkeit unterlassen würde. Wenige Wochen später erlitt Fischer im Oktober 1952 bei einem schweren Autounfall auf dem Weg nach Berlin einen Schädelbruch. Über zwei Jahre war er bettlägerig und faktisch kaum zu politischer wie seelsorgerlicher Tätigkeit in der Lage. Immer wieder litt er unter Schwäche- und Schwindelanfällen.

Im Mai 1954 wurde ihm, so äußerte er sich jedenfalls gegenüber der SED-Kreisleitung Neustrelitz, aus Osnabrück die Aufforderung überbracht, sofort von politischen Funktionen zurückzutreten. Nach seiner Weigerung sei sein Gehalt um 250.– DM gekürzt worden, gleichzeitig seien zwei neue Kapläne auf Osnabrücker Weisung in die Pfarrei gekommen und hätten sie seither geleitet. Gegenüber dem 1. Sekretär der Kreisleitung der SED illustrierte Fischer die »feindliche« Einstellung der zu seiner »Überwachung« geschickten Hilfsgeistlichen.⁷³

Weil sich sein Gesundheitszustand nur unwesentlich besserte, nutzte Bischof Berning schließlich am 11. Februar 1955 die Gelegenheit, ihn zum Einreichen eines Pensionierungsgesuchs aufzufordern, was Fischer in seiner Antwort vom 7. März unter Hinweis auf eine angebliche Besserung zunächst noch ablehnte.⁷⁴ Zwei Monate später teilte er selbst dem Bischof aber eine erneute Verschlechterung seiner Gesundheit mit und bat um seine Pensionierung, der Berning am 15. Juni 1955 mit Wirkung zum 1. Juli umgehend stattgab. Fischer erhielt einen Dank des Bischofs für seine seelsorgerlichen Dienste, jedoch keine Pension und die Aufforderung, »sehr bald« das Pfarrhaus in Neustrelitz für seinen Nachfolger zu räumen.⁷⁵

72 Vgl. Auszüge in: Martin HÖLLEN, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten*, Band I (1945 bis 1955), Berlin 1994, S. 304.

73 BStU, Ast Frankfurt/Oder, AIM 205/66, Teil I, Bl. 97 ff. (Staatssekretariat für Staatssicherheit, BV Neubrandenburg, an Staatssekretariat für Staatssicherheit, Berlin, HA V/3, am 14. Okt. 1954 mit Bericht der SED-Kreisleitung Neustrelitz vom 29. Sept. 1954 als Anlage).

74 Wilhelm Berning an Karl Fischer am 11. Febr. 1955, Karl Fischer an Wilhelm Berning am 15. Febr. 1955 (ebd., Bl. 37ff.; die Briefe waren vom MfS geöffnet und kopiert worden).

75 Wilhelm Berning an Karl Fischer am 15. Juni 1955 (ACDP, NL Karl Fischer, 4–28).

3.2. Die politische Laufbahn

Zu diesem Zeitpunkt hatte Fischer aber bereits eine erfolgreiche politische Karriere eingeschlagen, die ihn kirchlichen Ämterverlust und Gehaltseinbußen äußerlich verschmerzen ließ. Dabei hatte seine Laufbahn diffus begonnen, als er im Herbst 1945 nach Neubrandenburg zurückgekehrt war.

Am 21. Oktober 1945 nahm er dort an einer KPD-Gedenkveranstaltung für die »Opfer des Faschismus« teil und hielt eine Rede.⁷⁶ In einem Brief an seinen Osnabrücker Bischof betonte er am 6. November seine Parteilosigkeit, obwohl er in Neubrandenburg die CDU gegründet habe und »praktisch ihr Leiter« sei.⁷⁷ Gegenüber dem kommunistischen Schriftsteller Willi Bredel, damals Vorsitzender des neu gegründeten Kulturbundes in Mecklenburg, bezeichnete er sich als »kommissarischer Leiter der Notgemeinschaft«, außerdem als 1933 aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossener Literat, der seit jenem Jahr nichts mehr hätte veröffentlichen können.⁷⁸ Dem ZK der KPD in Berlin bot er, wiederum als parteiloser Leiter der Notgemeinschaft, am 30. Dezember 1945 an, eine überparteiliche »Arbeitsgemeinschaft gläubiger Sozialisten« zu gründen und zu leiten, um »die kirchlichen Kreise von ihren Vorurteilen gegen den Sozialismus und die sozialistischen Ideen zu befreien.«⁷⁹ Die Abteilung Kultur und Erziehung im ZK antwortete ihm dagegen im Februar 1946 mit der Empfehlung, sich der KPD bzw. zukünftigen SED anzuschließen, weil sich »alle antifaschistischen Kräfte zu einem festen Block zusammenschließen« müssten, wobei auch »persönliche religiöse Überzeugungen« ihren respektierten Platz finden würden.⁸⁰ Nicht reagiert hatte dagegen der CDU-Vorsitzende Jakob Kaiser auf Fischers Angebot vom 8. Januar 1946, sich diesem als persönlicher Mitarbeiter zur Versöhnung von »Christentum und Sozialismus« zur Verfügung zu stellen.⁸¹

Der mit seinen kirchlichen Aufgaben unzufriedene Pastor nahm seit 1946 an zahlreichen lokalen politischen Veranstaltungen teil und trat dabei immer wieder als Redner auf. Sein Spektrum reichte von der SED über die VVN und die FDJ bis zur CDU. In einem seiner Briefe an Elfriede Kotkiewicz kommentierte er, dass die CDU in Neubrandenburg »wächst, blüht und gedeiht« und betonte eine Woche später seinen »Krach mit der KPD«, weil »mit diesen Leuten kein Zusammenarbeiten« sei.⁸² Diese Stimmungen hinderten ihn aber nicht daran, sich vom Schweriner OdF-Ausschuss erfolgreich als »Opfer des

76 ACDP, NL Karl Fischer, 4–10 (Manuskript).

77 Karl Fischer an Wilhem Berning am 6.11.1945 (ACDP, NL Karl Fischer, 4–28).

78 Karl Fischer an Willi Bredel am 16.11.1945 (ACDP, NL Karl Fischer, 4–8).

79 Karl Fischer an ZK der KPD am 30.12.1945 (ACDP, NL Karl Fischer, 4–26).

80 ZK der KPD an Karl Fischer am 23.2.1946 (ebd.).

81 Karl Fischer an Jakob Kaiser am 8. Januar 1946 (ebd.).

82 Karl Fischer an Elfriede Kotkiewicz am 29. Mai und 8. Juni 1946 (Privatbesitz ER).

Faschismus« anerkennen zu lassen, nachdem seit Oktober 1945 auch solche Personen berücksichtigt werden konnten, die nachweislich jahrelang »illegal gekämpft« hatten und dabei einer Verhaftung entgangen waren.⁸³ Somit konnte Karl Fischer, der in der NS-Diktatur weder politisch verfolgt noch einer Bestrafung ausgesetzt war, Mitglied im Kreisvorstand und später im mecklenburgischen Landesvorstand der VVN werden. Zudem wurde er in den Landesausschuss der Nationalen Front in Mecklenburg gewählt und Mitglied im Kulturbund und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

Im Februar 1947 orakelte er in einem Brief an Elfriede Kotkiewicz, dass anscheinend »meine Zeit herankommt«. Er wolle zusehen, »dass ich meinen Platz bekomme«, wobei er »aber noch mehr Eisen im Feuer« habe.⁸⁴ Im April jubelte er: »Hier in Neustrelitz bin ich jetzt ›entdeckt worden‹.« Man »bombardiere ihn mit Bitten«, Vorträge zu halten.⁸⁵ Offensichtlich waren die lokalen Behörden und gesellschaftlichen Organisationen sehr daran interessiert, der sowjetischen Besatzungsmacht gefällige Kultur- und Agitationsprogramme zu bieten und griffen mangels rhetorischer Begabungen vor Ort gerne auf den als Prediger geschulten katholischen »antifaschistischen« Priester zurück.

Da seit 1948 zunehmend OdF-Anerkennungen rückgängig gemacht wurden, wenn die Betroffenen erwartete politische Anpassungsleistungen nicht erbrachten, lieferte Fischer mit Sensorium für das Opportune agitatorische Übererfüllung ab. Das ließ ihn nicht nur in der VVN überleben, sondern auch in ihrem »Arbeitsausschuss der Geistlichen« seit 1950 als katholischer Quotenpastor eine führende Rolle in der öffentlichen Agitation durch Aufrufe und Presseartikel spielen.⁸⁶ 1953 firmierte er als »evangelischer Pfarrer« [sic!] aus Neustrelitz und »Mitglied des Zentralvorstandes der VVN« auf der Delegiertenliste des VVN-Bezirktes Dresden für die Hauptkonferenz vom 10. bis 12. Januar 1953 in Leipzig.⁸⁷ Diese Konferenz war die letzte Veranstaltung der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« vor ihrer von der SED erzwungenen Auflösung. Karl Fischer fand sich in dem an Stelle der VVN im Februar 1953 begründeten »Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer« wieder, dem unter anderem Robert Havemann, Victor Klemperer, Karl Schirdewan, Rosa Thälmann und Erich Weinert angehörten. Zusammen mit der Thälmann-Witwe, führenden SED-Politikern wie Hermann Matern und Otto Buchwitz oder kommenden Kadern wie Hans Seigewasser und Heinrich

83 Vgl. zu den Kriterien der OdF-Anerkennung: E. REUTER/D. HANSEL (wie Anm. 2), S. 84 ff.

84 Karl Fischer an Elfriede Kotkiewicz am 5. Febr. und 17. Febr. 1947 (Privatbesitz ER).

85 Karl Fischer an Elfriede Kotkiewicz am 12. April 1947 (ebd.).

86 Vgl. E. REUTER/D. HANSEL (wie Anm. 2), S. 299 ff.

87 Ebd., S. 465.

Toeplitz (CDU) saß der katholische Pastor aus Neustrelitz ab August 1953 sogar im achtköpfigen Präsidium dieses Komitees.⁸⁸

Seine propagandistisch auswertbaren Reden, die er 1950 bei diversen regionalen Pfarrertagungen der Nationalen Front hielt,⁸⁹ trugen dazu bei, dass er im Oktober jenen Jahres für den Kulturbund (Arbeitsgruppe der VVN) zur ersten Volkskammerwahl der jungen DDR kandidierte. In Zeitungen, auf Plakaten und in Druckschriften wurde der katholische Pastor abgebildet und vorgezeigt.

Fischers Kandidatur, aufgrund der Einheitsliste gleichbedeutend mit der automatischen Wahl in die Volkskammer, war ein klarer, sanktionsbewährter Verstoß gegen das katholische Kirchenrecht, nach dem alle Priester verpflichtet sind, vor Übernahme politischer Ämter die Erlaubnis ihres Bischofs einzuholen – um dann von diesem unter Bezugnahme auf das Reichskonkordat von 1933 die Erlaubnis versagt zu bekommen (wie es bei den Bundestagswahlen im Westen 1949 in zwei Fällen geschah). Die kirchlichen Behörden in Schwerin und Osnabrück drohten auf Weisung der »Berliner Ordinarienkonferenz« Fischer zwar intern mit dem Entzug des Priesteramtes, konnten ihn aber damit weder von der Kandidatur abhalten noch zur Niederlegung des Volkskammermandates bewegen.⁹⁰ Dass Bischof Berning und sein Schweriner Bischöflicher Kommissar Bernhard Schröder von der erforderlichen Anwendung des Kirchenrechts Abstand nahmen, hatte allein taktische Gründe, die Fischer sehr wohl kannte und sich zunutze machte. Der frisch gewählte Volkskammerabgeordnete war sich bewusst, dass er katholischer Priester bleiben musste, um seine politische Karriere fortsetzen zu können. Nur sein kirchliches Amt machte ihn in der DDR zur vorzeigbaren Quotenperson und damit zum Politiker.

Auf Vorhaltungen und Sanktionsdrohungen des Osnabrücker Bischofs in einem Schreiben vom Dezember 1950 antwortete Fischer am 26. Januar 1951, dass er »jede andere Funktion aufzugeben bereit« außer »seinem priesterlichen Beruf«. Wenn er deshalb aber sein Volkskammermandat aufgeben müsse, hätte das schwerwiegende Konsequenzen: »Ich halte es für meine Pflicht, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, dass die bedingungslose Forderung, aus dem politischen Leben auszuschneiden, als eine offene Kriegserklärung hier gewertet werden wird. Sie würde mit Sicherheit zu Komplikationen führen, deren Tragweite sich vom Westen her wohl nicht ganz übersehen lässt und die wir hier in aller Schärfe zu fühlen bekommen würden.« Deshalb schlug Fischer dem Bischof eine »stillschweigende Tolerierung« vor,⁹¹ worauf sich

⁸⁸ Zur Zusammensetzung: ebd., S. 562.

⁸⁹ Vgl. Auszüge in: G. DIEDERICH (wie Anm. 8), S. 51 f. Unter anderem forderte er bei solchen Gelegenheiten zusammen mit dem evangelischen Schweriner Domprediger Karl Kleinschmidt (SED) öffentlich die Einrichtung eines »Staatssekretariates für Kirchenfragen«, um die Beziehungen zwischen Staat und Kirchen administrativ zu regeln.

⁹⁰ Vgl. Wilhelm Berning an Karl Fischer am 4. Dez. 1950 (ACDP, NL Karl Fischer, 4–28).

⁹¹ Karl Fischer an Wilhelm Berning am 26. Jan. 1951 (ebd.).

letzterer aus der Sorge um politische Folgen für die katholische Kirche in Mecklenburg und seine bischöflichen Kontakte von Osnabrück in die DDR auch einließ.⁹² Bernings Ängste korrespondierten jedoch wiederum mit denen Fischers, der weiterhin ernsthaft mit seiner Suspendierung rechnete und seinerseits seine politischen Freunde bat, ihn öffentlich nicht zu sehr hervorzuheben.⁹³ So entstand über Jahre eine Pattsituation, aus der Fischer hin und wieder durch öffentliche Äußerungen ausbrach, während der Bischof ihn mahnte, seine »politische Tätigkeit einzuschränken«⁹⁴.

Diese Einschränkung konnte allerdings nicht für Fischers konspirative und geräuschlose Tätigkeit gelten, der er gegen Bezahlung mit Lebensmittelkarten seit dem 28. September 1950 als »Geheimer Informator« der MfS-Dienststelle Neustrelitz mit dem selbst gewählten Decknamen »Marduk« nachging, »um bei der übrigen Bevölkerung kein Aufsehen zu erregen und im Rahmen der Vertraulichkeit«, wie er es in seiner handschriftlichen Verpflichtungserklärung formulierte.⁹⁵ Fischers maschinengeschriebene Berichte und sein darin zum Ausbruch kommendes Temperament wurden nicht zufällig mit dem Namen des babylonischen Gottes »Marduk« unterzeichnet, mit dem sich auch der Ruf eines Rächers verband. Besonders gegen seinen als Osnabrücker »Agenten« verdächtigten Kaplan Bröker richtete sich sein ganzer Hass, ohne dass ihm die Staatssicherheit, trotz Einleitung eines »operativen Vorganges« gegen den Kaplan, den Gefallen tat, seinen Widersacher endlich zu verhaften.⁹⁶ Auch über andere katholische Geistliche gab er dem MfS bereitwillig abwertende und denunziatorische Auskünfte. Als er 1952 nach Absprache mit Berliner Stellen der CDU beitreten und dorthin auch sein Volkskammermandat mitnehmen sollte, traf er mit dem MfS in Neustrelitz zum Schaden Dritter Absprachen, eine »Generalsäuberung« gegen sogenannte »reaktionäre Elemente« dieser Partei vor Ort durchzuführen.⁹⁷ In der Regel richtete sich seine Wut gegen Personen, mit denen er aus welchen Gründen auch immer Schwierigkeiten hatte. Konkrete politische »Vergehen« konstruierte »Marduk« dann nicht ohne Geschick für seine aufmerksamen Zuhörer und Leser aus dem MfS.

Sein schwerer Autounfall vom Oktober 1952, von dessen Folgen er sich erst in der Berliner Charité und dann jahrelang bettlägerig in Neustrelitz erholen musste, beendete abrupt auch die intensive Tätigkeit für das MfS. Nur noch

92 Vgl. Wilhelm Berning an Dr. Bernhard Schröder am 9. Febr. 1951 (BAO).

93 Vgl. den Bericht eines Mitarbeiters beim Nationalrat der Nationalen Front über die »Besprechung mit Pastor Fischer, Neustrelitz, am 25. April 1951« (Bundesarchiv Berlin/BAB, DO-4, 2751, Bl. 22–26).

94 Vgl. Wilhelm Berning an Karl Fischer am 27. Okt. 1951 (ACDP, NL Karl Fischer, 4–28).

95 BStU, Ast Frankfurt/Oder, AIM 205/66, Teil I, Bl. 22.

96 Vgl. pars pro toto einen Bericht vom 30. Okt. 1951: ebd., Teil II, Bl. 74.

97 Vgl. Berichte vom 7. Jan. bzw. 22. Juni 1952: ebd., Bl. 98 bzw. 136.

selten konnte er zu Sitzungen oder Veranstaltungen nach Berlin reisen, obwohl er sich 1954 auf der Liste der CDU erneut in die Volkskammer wählen ließ und mittlerweile auch dem Hauptvorstand dieser Partei angehörte. Erst seit Juni 1955 hatte er in Neustrelitz wieder Kontakte mit dem MfS. In diesen Zeitraum fiel jedoch bereits die Pensionierung durch Bischof Berning und die Vorbereitung seines Wegzugs aus dem Neustrelitzer Pfarrhaus. Immerhin war seine öffentliche Stellung so weit gefestigt, dass ihm der Abschied vom Pfarramt nichts von seiner politischen Vorzeigefunktion nahm, sondern ihm im Gegenteil für politische Arbeit geradezu freistellte. Da er sein Priesteramt behielt, konnte er weiterhin wie selbstverständlich als »Pastor Karl Fischer« öffentlich agieren.

Die CDU-Parteileitung in Berlin und andere Stellen organisierten nun Fischers weiteren Lebensweg, während der Osnabrücker Bischof ihm die Pension streichen ließ und ihn damit der staatlichen Alimentierung anheim stellte.⁹⁸ Die Nationale Front bot Fischer als »Verfolgtem des Naziregimes« eine Staatsrente in Höhe seines bisherigen kirchlichen Gehalts, nahm jedoch von ursprünglichen Plänen Abstand, dem Bischöflichen Kommissariat Schwerin Staatsleistungen in nämlicher Höhe vorzuenthalten.⁹⁹ Der Rat des Bezirkes Frankfurt (Oder), zu dem Fischers künftiger Wohnort Zepernick gehörte, zahlte ihm monatlich 150 Mark aus dem bezirklichen Sonderkonto zur Betreuung »fortschrittlicher« kirchlicher Amtsträger.¹⁰⁰ Zusammen mit einer monatlichen Rente der Unfallversicherung in Höhe von 900 Mark¹⁰¹ und gelegentlichen Zuwendungen bei staatlichen Auszeichnungen und Veranstaltungen sowie Artikelhonoraren litt Karl Fischer als Pastor im Ruhestand zumindest keine materielle Not.

4. Politischer Agitator bis 1965

Anfang 1956 bezog Fischer mit tatkräftiger Hilfe der CDU an der nordöstlichen Berliner Stadtgrenze in Röntgental, dem südlichen Ortsteil Zepernicks im Kreis Bernau, ein großzügiges Wohnhaus. Er nahm ein Ehepaar mit Kindern bei sich auf, wobei ihm der Mann als Kraftfahrer und die Frau als Haus-

98 Im Jahre 1958 ließ Bernings Nachfolger als Osnabrücker Bischof, Helmut Hermann Wittler, über den Leipziger Propst Pfeiffer zweimal bei Fischer sondieren, ob er eine Nachzahlung seiner ihm 1955 vorenthaltenen kirchlichen Pension annehme, was Fischer jedoch aus Sorge um Rückzahlungsforderungen seiner Unfallversicherung ablehnte (BStU, Ast Frankfurt/Oder, AIM 205/66, Teil I, Bl. 134f.: Bericht des Neffen von Karl Fischer vom 9. Juli 1958, der zeitweise mit ihm in Röntgental wohnte und währenddessen als GI »Fortschritt« mit dem MfS kooperierte).

99 Vgl. Gerald Götting an Karl Fischer am 12. Sept. 1955 (ACDP, VII-013-1763).

100 Vgl. Peter BEIER, *Die »Sonderkonten Kirchenfragen«. Sachleistungen und Geldzuwendungen an Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter als Mittel der DDR-Kirchenpolitik (1955–1989/90)*, Göttingen 1997.

101 Vgl. diese Angabe in: BStU, Ast Frankfurt/Oder, AIM 205/66, Teil II, Bl. 175.

haltshilfe und Pflegekraft diene. Sein Gesundheitszustand ließ es zunächst nicht zu, dass er als Referent öffentlich auftreten konnte. Ein im Juli 1957 von der Berliner Hauptabteilung V/4 des MfS wieder aufgenommenen Kontakt dauerte nicht länger als eine Stunde¹⁰² und blieb jahrelang ohne Fortsetzung. Zur Volkskammerwahl 1958 wurde er nicht mehr nominiert. Er betätigte sich jedoch weiter aktiv unter dem Etikett »Pastor Karl Fischer« als Artikelschreiber, Kommentator und Aufrufer in Zeitungen der CDU und gelegentlich auch der SED. Auf seine durchweg propagandistischen und deklamatorischen Artikel erhielt er viele kritische, zum Teil anonyme, Briefe von Lesern, die er oft im Original und mit Umschlag dem MfS zur Überprüfung weitergab.¹⁰³

Zu verfolgen begann ihn allmählich wieder seine Homosexualität. In der DDR¹⁰⁴ waren 1950 die Paragraphen 175 und 175a des Strafgesetzbuches in der Fassung von 1935 zunächst unverändert in Kraft gesetzt und auch bei Bedarf angewandt worden wie im Falle der Verurteilung des nach dem Aufstand vom Juni 1953 in Ungnade gefallenen DDR-Justizministers Max Fechner.¹⁰⁵ Das Strafrechtsänderungsgesetz von 1957 nahm dann allerdings eine Liberalisierung vor, wonach »Unzucht« zwar nach wie vor strafbar war, aber ihre strafrechtliche Verfolgung wegen Geringfügigkeit unterlassen werden konnte.

Dem MfS in Neustrelitz war erstmals im Juli 1955 durch einen homosexuellen »Peter Paul« aus Rostock über Fischers Minderjährigenkontakte und den eigentlichen Grund seines Abtauchens in der NS-Zeit berichtet worden,¹⁰⁶ ohne dass dies jedoch Folgen nach sich zog. Am 2. Dezember 1959 machte ein »Günther Meiners«, der seit September 1957 zwei Jahre im Hause Fischers gewohnt hatte, dem MfS detaillierte Angaben über die dortigen Zustände, sowohl über die Ausnutzung des Pastors durch verwaahlte Mitbewohner wie über Fischers erkaufte homosexuelle Beziehungen zu Mitbewohnern. »Günther Meiners« beschrieb Fischer als »hinfälligen, launischen, willenlosen Greis«, der »sprunghaft und unberechenbar« sei und unter »epileptischen Anfällen« leide. Weil Fischer eine »Person des öffentlichen Interesses« sei und die Entdeckung der Zustände in seinem Röntgentaler Haus einen »Skandal« heraufbeschwören könne, forderte der Informant des MfS ein staatliches Ein-

102 Ebd.

103 Vgl. solche Briefe in: ebd., Teil I, Bl. 68 ff.

104 Vgl. Thomas KRAKOW, *Schwul in Leipzig. Die Messestadt Leipzig im historischen Kontext deutscher Schwulenbewegung*, Leipzig 1998; Kurt STARKE, *Schwuler Osten. Homosexuelle Männer in der DDR*, Berlin 1994.

105 Vgl. Siegfried SUCKUT, »Als wir in den Hof unserer Haftanstalt fuhren, verstummte Genosse Fechner«. *Neues aus den Stasi-Akten zur Verhaftung und Verurteilung des ersten DDR-Justizministers*, in: Roger ENGELMANN/Clemens VOLLNHALS (Hg.), *Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR*, Berlin 1999, S. 165–179.

106 BStU, Ast Frankfurt/Oder, AIM 205/66, Teil I, Bl. 94.

greifen.¹⁰⁷ Die in Kenntnis gesetzte MfS-Kreisdienststelle Bernau begann jedoch zunächst nur mit der Sammlung von Informationen.

In politischer Hinsicht trat Fischer nach seinem Ausscheiden aus der Volkshammer 1958 immer wieder als Zeitungsautor und Redner, aber auch gelegentlich mit folgenlosen Vorschlägen an Nationale Front oder CDU zur institutionellen Organisierung »fortschrittlicher Katholiken« hervor. Die meisten seiner Zeitungsartikel, vor allem für die SED-Organen »*Neues Deutschland*« und »*Berliner Zeitung*«, wurden »bestellt«, einige davon offensichtlich andernorts verfasst und von ihm durch Unterzeichnung autorisiert.

1961 sollte er seinen bedeutendsten öffentlichen Auftritt in der DDR haben, als Walter Ulbricht eine kirchliche Akklamation zur »sozialistischen Menschengemeinschaft« benötigte, die er in seiner programmatischen Erklärung vom 4. Oktober 1960 zur Übernahme des Amtes eines Vorsitzenden des neu gebildeten Staatsrates ausgerufen hatte. CDU und Staatsapparat hatten daraufhin eine Sammlung von Unterschriften zur Unterzeichnung eines offenen Briefes des evangelischen Leipziger Theologieprofessors Emil Fuchs an Walter Ulbricht organisiert. Am 9. Februar 1961 versammelte sich beim Staatsratsvorsitzenden unter Leitung von Fuchs eine Delegation von evangelischen Theologen, die schon zuvor öffentlich ihre Sympathie für das sozialistische Gesellschaftssystem zum Ausdruck gebracht hatten. Sie übergaben Walter Ulbricht 32.000 Unterschriften »christlicher Bürger«, deren Anzahl erheblich nach oben manipuliert worden war, und behaupteten, im Namen von »Millionen christlicher Bürger« zu sprechen.¹⁰⁸ Als einziger Katholik gehörte Fischer dieser Delegation an, die auch ein längeres, zum Teil veröffentlichtes Gespräch mit Ulbricht führte, in dessen Verlauf fast alle Teilnehmer zu Wort kamen und somit für die »Katholiken in der DDR« auch Pastor Karl Fischer aus Röntgental.

Nach der öffentlichen propagandistischen Auswertung dieser inszenierten Begegnung ermahnte der Schweriner Weihbischof Bernhard Schröder im April 1961 Fischer in einem Schreiben, seine Teilnahme habe gegen kirchliches Recht verstoßen und außerdem erfülle er nicht seine kirchlichen Pflichten. Vor Einleitung möglicher Sanktionen wurde Fischer um eine Stellungnahme gebeten.¹⁰⁹ Er antwortete mit einem pathetischen bekennnerhaften Schreiben, in dem er Schröder das Recht absprach, ihn zurechtzuweisen und den Schweriner Weihbischof unter anderem beschuldigte, dass er wie andere katholische Hierarchen aufgrund angeblicher Mit-Verantwortung für die Opfer des Faschismus »mit blutbefleckten Händen« am Altar stehe.¹¹⁰ Schröder replizierte ein

107 Ebd., Bl. 137–140.

108 Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30, IV 2/14/5.

109 Dr. Bernhard Schröder an Karl Fischer am 27. April 1961 (ACDP, VII-013-452).

110 Karl Fischer an Dr. Bernhard Schröder am 30. April 1961 (BAB, DO-4, 464).

letztes Mal: »Es steht nunmehr zweifelsfrei fest, dass Sie als Priester der Diözese Osnabrück 1. sich dauernd und hartnäckig verschiedenen Anordnungen des Ordinarius widersetzt haben, 2. dass Sie im Laufe der Jahre mehrmals seitens des Ordinarius paterno modo gemahnt worden sind, 3. aber zuletzt durch Ihr an mich gerichtetes Schreiben vom 30. April d. J. ausdrücklich die Befolgung verschiedener Bestimmungen des Kirchenrechts abgelehnt haben.« Fischer wurde eine Frist gesetzt, binnen zwei Wochen seinen Brief vom 30. April 1961 in Gänze zurückzunehmen und »für die Zukunft vollen Gehorsam gegen die Bestimmungen des Kirchenrechts und die Anordnung ihrer kirchlichen Vorgesetzten zu versprechen«.¹¹¹ Weil Fischer dazu nicht bereit war und die Frist verstreichen ließ, wurde er schließlich von seinem Priesteramt suspendiert und konnte damit keine sakramentalen Akte mehr vollziehen. Zuvor hatte er seiner alten VVN-Bekanntschaft, dem nunmehrigen Staatssekretär für Kirchenfragen Hans Seigewasser, seinen Briefwechsel mit Schröder übersandt und mitgeteilt, dass er die Suspendierung hinnehmen werde. Allerdings stellte er auch fest: »Es lässt sich aber nicht vermeiden, dass das Bekanntwerden der suspensio unsere Arbeit unter dem kath. Teil der Bevölkerung erheblich erschweren wird. Mit dieser Tatsache werden wir uns wohl abfinden müssen. Sie ist aber umso schmerzlicher, als wir damit rechnen müssen, dass in Zukunft jedem Geistlichen, der mir auf meinem Wege versuchen wird, Folge zu leisten, die gleichen Maßnahmen drohen werden«¹¹². Karl Fischer firmierte jedoch weiterhin unverändert als »Pastor« im öffentlichen Raum, das Wissen um die Suspendierung drang nicht über kirchliche Kreise hinaus.

Nach seinem Auftritt mit Walter Ulbricht hatte die Bezirksverwaltung (BV) Frankfurt/Oder des MfS im April 1961 wieder Kontakt mit »Marduk« aufgenommen. Der IM bemühte sich, der Staatssicherheit Informationen über Zölibatsprobleme katholischer Geistlicher zu geben und machte sich Gedanken über eine politische Organisation »fortschrittlicher Katholiken« in der DDR. Allerdings waren viele seiner Ausführungen für das MfS zu unkonkret, da Fischer keine persönlichen Kontakte in kirchliche Kreise mehr unterhielt. Dagegen gab er »auch in unserem Auftrag Stellungnahmen zu bestimmten politischen Ereignissen für die Presse und den Rundfunk ab«, wie es die Abteilung V/4 der BV in einem »Auskunftsbericht« im Mai 1962 formulierte.¹¹³ In der Öffentlichkeit war Fischers Person durch ein Lebensbild von Radio DDR präsent geworden, dessen Tonaufnahme in vielen Schulen im Unterricht eingesetzt wurde.¹¹⁴ Noch bekannter wurde er, als 1963 im CDU-eigenen Unions-

111 Dr. Bernhard Schröder an Karl Fischer am 13. Juni 1961 (ACDP, NL Karl Fischer, 4–28).

112 Karl Fischer an Hans Seigewasser am 20. Juni 1961 (BAB, DO–4, 464).

113 BStU, Ast Frankfurt/Oder, AIM 205/66, Teil I, Bl. 130 f. (»Auskunftsbericht« vom 10. Mai 1962).

114 Ebd., Teil II, Bl. 186.

verlag seine »Autobiographie« bis 1945 unter dem Titel »Über Abgründe hinweg. Ein Pastor berichtet« erschien.¹¹⁵ Im CDU-Zentralorgan »Neue Zeit« wurden am 20. Oktober 1963 Auszüge veröffentlicht, wobei Fischer als »Antifaschist« bezeichnet wurde, der »sich hundertfach an der Seite marxistischer Kämpfer bewährte« und nun »einige Stationen seines opferreichen Weges« lebendig werden lasse.¹¹⁶ Im selben Jahr erhielt er den »Vaterländischen Verdienstorden in Silber«.

So hätte Karl Fischer in der DDR seinen Lebensabend als lebende antifaschistische Heldenlegende und Persönlichkeit des öffentlichen Lebens verbringen können, wenn nicht seine besorgten Nachbarn, allesamt SED-Mitglieder, der verdächtigen Anwesenheit minderjähriger Jungen in Fischers Wohnung nachgegangen wären. Der von ihnen informierte Abschnittsbevollmächtigte inspizierte am 3. Januar 1964 Fischers Haus, erkundigte sich bei Bewohnern und Nachbarn und informierte daraufhin sofort die MfS-Kreisdienststelle Bernau.¹¹⁷ Letztere setzte die Volkspolizei in Bewegung, um die bei Fischer verkehrenden Jungen aus Zepernick und dem Nachbarort Schwanebeck wegen möglicher homosexueller Kontakte zu verhören. Nach Vorliegen entsprechender Erkenntnisse und internen MfS-Beratungen suchte am 19. Februar 1964 Oberleutnant Neumann von der BV Frankfurt/Oder Fischer in seiner Wohnung auf, um ihn mit dem, wie das MfS meinte, kompromittierenden Wissen der Staatsorgane zu konfrontieren. Ziel der Unterredung sollte es sein, dass Fischer »die ganze Tragweite seiner Verfehlungen, besonders auf politischer Ebene, einsieht und die entsprechenden Schlussfolgerungen in der Form zieht, dass solche Dinge nicht wieder vorkommen, andernfalls wir ihm nicht helfen können, wenn der Staatsanwalt sich einschaltet«. Doch schon während dieses Gespräches nahm der MfS-Offizier eine »unvorgesehene« Haltung Fischers wahr, wonach dieser nach der Konfrontation mit den polizeilichen Ermittlungen »weder bedrückt noch verschämt« war. Nachdrücklich wollte Oberleutnant Neumann »Marduk« auf die Folgen seines Verhaltens im Hinblick auf seine politischen Funktionen und die damit verbundene öffentliche Vorbildwirkung hingewiesen haben.¹¹⁸ Am 21. März 1964 sandte Fischer an Neumann eine zweiseitige »wissenschaftliche Abhandlung« mit der Bitte um Weiterleitung an die Staatsorgane, in der er nach eigener Aussage »mit offenen Karten« spielen und nicht als jemand erscheinen wollte, »der einer ›lasterhaften Verrohung‹ zuneigt«. In seiner Abhandlung legte Fischer an »Beispielen« dar, »dass fast alle Genies der Menschheits- und Kulturgeschich-

115 Siehe Anm. 7.

116 Neue Zeit, 20. Okt. 1963.

117 BStU, Ast Frankfurt/Oder, AIM 205/66, Teil I, Bl. 149 f. (Bericht der KD Bernau vom 8. Jan. 1964).

118 Ebd., Bl. 169 ff. (»Treffbericht« vom 20.2.1964).

te sexuell pervers gewesen sind«. Er forderte die ersatzlose Streichung von § 175 des Strafgesetzbuches und auch aller anderen »in die sexuelle Privatsphäre des Einzelnen hineinreichenden Strafgesetze«. Nur Geschlechtsverkehr »mit Kindern etwa unter 15 Jahren« solle »weiterhin unter Strafe gestellt werden«. ¹¹⁹

5. Unperson bis zu seinem Tod 1972

Daraufhin stellten auf Veranlassung des MfS allmählich alle staatlichen und politischen Organe ihre Kontakte zu Fischer ein. Im März 1964 beendete der Rat des Bezirkes Frankfurt/Oder seine monatlichen Sonderzahlungen. Im Januar 1965 erlitt Fischer einen Schlaganfall und wurde vorübergehend von einer Frau aus Bremen gepflegt, die ihn bis 1969 häufiger in Röntgental besuchen sollte. Nur noch einmal schaute der MfS-Offizier Neumann Anfang 1965 bei Fischer vorbei und hielt dann in späteren Auskunftsberichten lapidar fest: »Auf Grund des moralisch schlechten Verhaltens haben sich alle staatlichen Stellen distanziert und pflegen keine Kontakte.« ¹²⁰ In einer Aufzählung vom Februar 1966 wurden konkret der Rat des Bezirkes, die Bezirksleitung der SED, die CDU und das Staatssekretariat für Kirchenfragen aufgelistet. ¹²¹ Das MfS stellte den GI-Vorgang »Marduk« im Februar 1966 ein.

Die CDU hatte nun die Verantwortung für ihr ehemals führendes Parteimitglied zu übernehmen, das in seinem Röntgentaler Haus vereinsamte und zunehmend körperlich und geistig verfiel. Zahllose Beschwerden über die verwahrlosten Zustände um das Haus führten schließlich zu einem starken Druck der SED-Bezirksleitung Frankfurt/Oder auf den Hauptvorstand der CDU, so dass dieser Anfang August 1970 seinen Mitarbeiter Wulf Trende von der Abteilung Kirchenfragen nach Frankfurt/Oder und Röntgental schickte. ¹²²

Am 26. August 1970 verhandelte Trende erstmals wegen einer Unterbringung Fischers in den evangelischen Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal bei Bernau mit den dortigen verantwortlichen Pastoren, die der CDU angehörten. Pastor Albrecht notierte in seinem Bericht über das Gespräch unter anderem folgende Ausführungen Trendes: Fischer sei »sexuell auffällig und verging sich an Kindern von 12 bis 13 Jahren, dann an Jugendlichen und jetzt wohl auch an Männern. Er zeigte auch kriminelle Züge. Ein Gerichtsverfahren konnte abgefangen werden. Er verschwand aber sofort aus der Öffentlichkeit und von allen Ämtern«. Zur Zeit versammle sich »in seinem Haus allerlei loses Volk, Straftentlassene und Homosexuelle, die sich von ihm aushalten lassen«.

119 Ebd., Bl. 172 ff.

120 Ebd., B. 176.

121 Ebd., Bl. 188 f.

122 Aktenvermerk von Wulf Trende vom 7. Aug. 1970 (ACDP, VII-013-2130).

Fischer errege »in der Umgebung Anstoß. Alle Behörden sind daran interessiert, dass er aus Röntgental fortkommt. Er soll aber auch nicht in einen anderen Kreis, damit er nicht erneut Anstoß erregt.«¹²³ Die Leitung der Anstalten in Lobetal stimmte der Bitte zu, Fischer unterzubringen und ihn von Kontakten mit Kindern fernzuhalten. Am 3. Dezember 1970 bewerkstelligte Wulf Trende mit einigem Geschick den Umzug Fischers, weil es unzumutbar wäre, ihn aufgrund seiner »aggressiven homosexuellen Bemühungen« in ein staatliches Alterspflegeheim zu bringen. An katholische Stellen wollten weder Fischer noch die CDU wegen einer Aufnahme herantreten.¹²⁴

In den Hoffnungstaler Anstalten wurde der Patient im Pflegeheim Friedenshöhe abgeschirmt und verfiel körperlich zusehends. Er nahm seine wenigen Besucher, zu denen im Februar 1971 auch der neue katholische Schweriner Bischof Heinrich Theissing gehörte, kaum noch wahr und konnte auch keine Korrespondenz mehr führen. Pastor Albrecht, der sich um ihn besorgte, regelte seine Besuche, las ihm Briefe vor und antwortete für ihn. Bereits am 21. Januar 1971 hatte das Staatliche Notariat Bernau eine Gebrechlichkeitspflegeschaft für Fischer einleiten lassen, um seine vermögensrechtlichen Angelegenheiten zu regeln, da er insgesamt monatliche Einkünfte von etwa 2.000 Mark der DDR bezog.¹²⁵

Am 28. März 1972 starb Karl Fischer und wurde nach Neustrelitz überführt, wo er am 6. April im Grab seiner Familie durch seinen früheren, von ihm 18 Jahre zuvor bei der SED-Kreisleitung Neustrelitz als »Staatsfeind« denunzierten Kaplan¹²⁶ und jetzigen Pfarrer Bernhard Kiepe beigesetzt wurde. Pastor Albrecht aus Lobetal regelte die Grabpflege in Neustrelitz und teilte der Abteilung Staatliche Auszeichnungen beim Büro des Ministerrates der DDR Fischers Tod mit: »Damit entfallen die Zahlungen der Beträge, die er als Träger der ›Vaterländischen Verdienstorden‹ in Bronze und Silber erhalten hat.«¹²⁷

123 Archiv der Hoffnungstaler Anstalten (AHA), V-752/1 (Aktenvermerk vom 26. Aug. 1970).

124 Aktenvermerk von Wulf Trende vom 4. Dez. 1970 (ACDP, VII-013-2164).

125 AHA, V-752/1.

126 Vgl. Anm. 73.

127 Albrecht an Büro des Ministerrates am 13.4 April 1972 (ebd.).

Programmatische und pragmatische Elemente in Stalins Deutschland-Politik 1945–53. Untersuchung aufgrund sowjetischer und ostdeutscher Akten

Von Gerhard Wettig

Fragestellung

In der Literatur über die sowjetische Deutschland-Politik der Nachkriegszeit wird weithin die Ansicht vertreten, dass Stalins Handeln nicht von feststehenden Zielen, Programmen und/oder Plänen bestimmt gewesen sei. Sein Vorgehen habe sich schrittweise aus unvorhergesehenen Situationen heraus entwickelt. In einer Studie, die freilich für die hier relevanten Jahre weithin auf Sekundärliteratur meist älteren Datums aufbaut, führt Hannes Adomeit aus, der sowjetische Führer habe zwar durchgängig das SED-Regime unterstützt und mit seinen Initiativen andere Ziele verfolgt, als der deutschen Spaltung ein Ende zu machen, meint aber gleichwohl, »dass die Errichtung des sowjetischen Imperiums und die damit verbundene Teilung Deutschlands nicht die unausweichliche Konsequenz von Stalins Eintreten für das [ideologische] Paradigma zu sein brauchte, aber dass es ein logisch konsistentes und *wahrscheinliches* Ergebnis war.«¹ Norman Naimark formuliert die Auffassung, dass die Entwicklung des sowjetischen Denkens und Handelns während des Zweiten Weltkriegs und danach keiner klaren Linie folgte, sondern von überraschenden Akzentveränderungen bestimmt war. Die Führung der UdSSR habe mehrere wechselseitig unvereinbare politische Richtungen eingeschlagen und sei im Kern opportunistisch gewesen. Das habe einen weiten Spielraum für Taktik und Diplomatie eröffnet. Auf die Frage, was mit Deutschland geschehen solle, wusste demnach Moskau bei Kriegsende keine Antwort.² In ähnlicher Weise glaubt Bernd Bonwetsch, es habe zwei deutschlandpolitische Linien in Moskau gegeben, weil Stalin »nicht alles und jedes entscheiden und kontrollieren« konnte und zudem seine Auffassungen oft nicht zu erkennen gab. Dadurch, so lässt sich implizit entnehmen, sei die Politik auf weite Strecken nicht von

1 Hannes ADOMEIT, *Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews*, Baden-Baden 1998, S. 58.

2 Norman M. NAIMARK, *The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation*, Cambridge/MA – London 1995, S. 9 f.

vornherein festgelegt gewesen, auch wenn der oberste Führer stets die letzte Instanz blieb, von deren Entscheidung alle abhingen.³

Die Interpretation der sowjetischen Politik als einer schrittweise zustande gekommenen, die der überwiegenden, fast generellen Erfahrung in den westlichen Staaten entspricht, wird dem Zweifel überantwortet durch die – aus östlichen Archivquellen bekannt gewordene – Tatsache, dass die führenden KPD-Politiker im Moskauer Exil 1944 nach Weisungen Dimitrovs, teilweise auch Stalins persönlich, programmatische Ziele für die Entwicklung in Nachkriegsdeutschland festlegten. Die Referate wurden von sowjetischer Seite gebilligt, ehe sie im deutschen Kreise zum Vortrag kamen.⁴ Parallel dazu erörterten die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee und der sowjetische ZK-Apparat die Politik in den künftig »befreiten und besetzten Ländern«.⁵ Dimitrov und Manuilskij formulierten Prinzipien für einzuleitende »antifaschistisch-demokratischen Reformen« – grundlegende Transformationsmaßnahmen, die unter dem Schutz der sowjetischen Militärmacht durchgeführt werden sollten.⁶ All dem lag die Prämisse zugrunde, das Vorgehen in allen zu erobernden Ländern einschließlich der deutschen Gebiete werde grundsätzlich der gleichen Richtung folgen.

Ein weiterer Hinweis darauf, dass der Kreml auch im Blick auf Deutschland klare Absichten hegte, lässt sich in der Ausbildung von Kadern für den Einsatz in ihrem Ursprungsland sehen. Seit Kriegsbeginn hatte der sowjetische Parteiapparat damit begonnen, systematisch zunächst Mitglieder der Exil-KPD und dann auch »antifaschistisch« gewendete Wehrmachtangehörige auf die Übernahme von Herrschaftsaufträgen einschließlich einer Umgestaltung der politisch-gesellschaftlichen Ordnung vorzubereiten.⁷ Anfangs war daran ge-

3 Einführungstext von Bernd BONWETSCH, in: Bernd BONWETSCH/Gennadij BORDJUGOV/Norman M. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov* (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20), Bonn 1997, S. XXXVI.

4 Siehe die Dokumentenbände [mit Einführungstexten]: Gerhard KEIDERLING (Hrsg.), »Gruppe Ulbricht« in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993; Peter ERLER/Horst LAUDE/Manfred WILKE (Hrsg.), »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994. Zur Anleitung durch Dimitrov und Stalin: »Zur programmatischen Arbeit der Moskauer KPD-Führung 1941–1944«, ebd., S. 72 f., 77–79, 89–96; Einführung, in: G. KEIDERLING, »Gruppe Ulbricht«, S. 26 f.; R.C. RAACK, *Stalin Plans his Post-War Germany* [auf Grund sowjetischer Akten], in: *Journal of Contemporary History* 28 (1993), S. 55 f. 64 f., 69 f.

5 Manfred KOCH, *Zum Tode Sergej Tjulpanovs*, in: *Deutschland Archiv* 4/1984, S. 341.

6 Alexander FISCHER, *Sowjetische Deutschlandpolitik 1941–1945*, Stuttgart 1975, S. 103.

7 Peter ERLER, »Moskau-Kader« der KPD in der SBZ, in: Manfred WILKE (Hrsg.), *Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht*, Berlin 1998, S. 229–291; Wolfgang LEONHARD, *Die Revolution entlässt ihre Kinder*, Köln–Berlin 1955, S. 177–333; Michael KUBINA, *Der Aufbau des zentralen Parteiapparats der KPD 1945–1946*, ebd., S. 53–59; Monika TANTZSCHER, *Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 6 (1998), S. 125–130.

dacht, die Kader nicht nur in die SBZ, sondern auch in andere Teile Deutschlands zu schicken.⁸

Vor dem Hintergrund des vorstehenden Befundes stellen sich folgende Fragen:

- Inwieweit kann von einer einheitlichen und in sich geschlossenen Deutschland-Politik die Rede sein?
- Lässt das Vorgehen während der Stalin-Zeit eine kontinuierliche Ausrichtung erkennen?
- Entspricht diese, sofern das der Fall ist, dem Verlauf, der in den programmatischen Aussagen von 1944/45 vorgesehen war?
- Ist daraus der Schluss zu ziehen, dass die Deutschland-Politik wesentlich programmatisch ausgerichtet war, statt sich schrittweise in Reaktion auf aufeinanderfolgende unvorhergesehene Situationen zu entwickeln?

Anfänge einer politischen Programmatik für Nachkriegsdeutschland

Unter dem Eindruck des Überfalls im Juni 1941 erschien es in Moskau zunächst vorrangig, den Aggressor künftig unschädlich zu machen: Stalin fasste – neben der Erweiterung des Machtbereichs westlich der eigenen Grenze – die Zerstückelung des Hauptfeindstaates ins Auge.⁹ Durch den Sieg von Stalingrad, der eine sehr große Anzahl deutscher Soldaten in sowjetischen Gewahrsam brachte, schien sich die Möglichkeit zu bieten, die gegnerischen Soldaten mit Hilfe von Aufrufen gefangener Kameraden zum Abbruch des Kampfes zu bewegen. Die Wehrmacht sollte sich bis zur Reichsgrenze zurückziehen; dann werde, wie man auch den Kriegsgefangenen erklärt hatte, die sich dem Unternehmen zur Verfügung stellten, das deutsche Gebiet nicht angetastet werden. Das – von kommunistischen Kadern beherrschte – Nationalkomitee Freies Deutschland und die im Bund deutscher Offiziere vereinigten konservativ gesinnten Kollaborateure operierten mit deutschnationalen Parolen; vom Ziel einer Systemänderung war keine Rede. Dieser Verzicht diente – ebenso wie die Zusage der territorialen Integrität – einem offensichtlichen taktischen Zweck. Ob beides je ernstgemeint war und/oder ob den angelsächsischen Mächten eine »deutsche Option« vor Augen gestellt werden sollte, um sie gegenüber sowjetischen Forderungen geneigt zu ma-

⁸ Vereinbarung von Vorschlägen auf der Sitzung vom 6. Februar [1945] mit Genossen Chvostov und Guljaev, in: G. KEIDERLING (wie Anm. 4), S. 185.

⁹ G.P. KYNIN, *Die Antihitlerkoalition und die Nachkriegsordnung in Deutschland. Die Haltung der UdSSR nach Dokumenten des Archivs für Außenpolitik Rußlands*, in: *Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte* 2/1995, S. 137 f. Vgl. Martin SCHULZE-WESSEL, *Rußlands Blick auf Preußen. Die polnische Frage in der Diplomatie und der politischen Öffentlichkeit des Zarenreichs und des Sowjetstaates 1697–1947*, Stuttgart 1995, S. 329.

chen, muss angesichts des Fehlens aussagekräftiger Dokumente offen bleiben.¹⁰

Der Appell an die Wehrmacht blieb ohne Erfolg. Aber die angelsächsischen Verbündeten ließen sich auf größere Zugeständnisse ein. Zwischen ihnen und Stalin kam auch ein Konsens darüber zustande, dass man das feindliche Land in mehrere Staaten aufspalten müsse.¹¹ An das Moskauer Außenministerium erging der Auftrag, entsprechende Entwürfe anzufertigen.¹² Die Hoffnung, den deutschen Feind zur Beendigung des Krieges veranlassen zu können, blieb jedoch noch eine Zeitlang bestehen. Wenn seine Streitkräfte nicht zu beeinflussen waren, dann mochten vielleicht kommunistische Zellen im Untergrund die deutschen »Werk tätigen« zur Rebellion gegen den Krieg bewegen. In sowjetischem Auftrag und angeleitet von Dimitrov, teilweise auch Stalin selbst, kamen seit dem ausgehenden Winter 1944 Führungskader der Exil-KPD in Moskau zu Beratungen zusammen.¹³ Der Schwerpunkt der Erörterungen lag zuerst auf der Vorstellung, der kommunistische Untergrund in Deutschland könnte vielleicht den Anstoß zu Massenstreiks und Massendemonstrationen geben, die sich zur »Volkserhebung« gegen die Fortführung des Krieges und für einen

10 In den bisher veröffentlichten Akten aus den Beständen des russischen Außenministeriums finden sich nur wenige Äußerungen. Diese erfolgten zudem gegenüber westlichen Gesprächspartnern und/oder im Rückblick, so dass die Herausstellung des propagandistischen Zwecks keinen Aufschluß gibt über – anfangs denkbarerweise weiterreichende – interne Absichten. Vgl. G.P. KYNIN/J. LAUFER (Bearb.), *SSSR i germanskij vopros. Dokumenty iz Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, 1941–1949gg.*, hrsg. vom Historisch-Dokumentarischen Departement des [russischen] Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Bd. I (1941–1945), Moskau 1996, S. 36, 227 f., 286 f., 624 f., 664. Vgl. M. SCHULZE-WESSEL (wie Anm. 9), S. 335 f.; Bodo SCHEURIG, *Freies Deutschland*, München 1961, S. 33–70.

11 G.P. KYNIN, *Antihitlerkoalition* (wie Anm. 9), S. 189–192; *Sovetskij Sojuz na međunarodnych konferencijach perioda Velikoj otečestvennoj vojny 1941–1945gg.*, Tom II: *Tegeranskaja konferencija trech sojuznich der av – SSSR, SŠA i Velikobritanii (28 nojabrja – 1 dekabrja 1943g.)*. *Sbornik dokumentov*, Moskau 1978, S. 166 f.; *Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers* [hinfort: FRUS]. *The Conferences of Cairo and Tehran 1943*. (Department of State Publication 7187), Washington 1961, S. 602 f., 845–847, 879 f. Ähnlich Denkschrift von E.V. TARLE, in: *Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte* 1/1995, S. 282–288.

12 M.M. Litvinov an I.V. Stalin und V.M. Molotov, 9. Sept. 1943, in: G.P. KYNIN/J. LAUFER (wie Anm. 10), S. 240 f.; M.M. Litvinov an V.M. Molotov, 9. Okt. 1943, ebd., S. 296–301; M.M. Litvinov an V.M. Molotov, 9. März 1944, ebd., S. 441–449; Protokoll der Sitzung der Litvinov-Kommission vom 14. März 1944, ebd., S. 450–454; I.M. Majskij an V.M. Molotov, 11. Jan. 1944, ebd., S. 336–338. Vgl. A.M. FILITOV, *Problems of Post-War Confrontation in Soviet Foreign Policy during World War II*, in: Francesca GORI/Silvio PONS (Hrsg.), *The Soviet Union and Europe in the Cold War, 1943–1953*, London 1996, S. 8, 16–18; G.P. KYNIN, *Antihitlerkoalition* (wie Anm. 9), S. 189–191; G.P. KYNIN, *Germanskij vopros vo vzaimootnošenijach SSSR, SŠA i Velikobritanii*, in: *Novaja i novejšaja istorija* 4/1995, S. 115 f.

13 R.C. RAACK, *Stalin plans his Post-War Germany*, in: *Journal of Contemporary History* 28 (1993), S. 55 f. 64 f., 69 f.; Einführung, in: Gerhard KEIDERLING (wie Anm. 4), S. 26 f. Zur programmatischen Arbeit der Moskauer KPD-Führung 1941–1944: P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (wie Anm. 4), S. 72 f., 77–79, 89–96.

prosovjetschen Umsturz ausweiten würden.¹⁴ Dabei wurde umrisshaft eine Programmatik formuliert. Im Sommer und Herbst, als die erhoffte Revolte immer unwahrscheinlicher wurde, entstanden nähere Ausarbeitungen.

Ein Arbeitspapier von Wilhelm Florin wurde zum Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen. Es enthielt einen geradezu hymnischen Lobpreis des Sozialismus, der ausdrücklich mit dem Sowjetsystem gleichgesetzt wurde. Demnach konnte nur diese Ordnung die deutschen Probleme umfassend lösen und vor allem die staatliche Einheit gewährleisten. Daher waren die Bemühungen auf den Sozialismus auszurichten. Dem stand jedoch entgegen, dass die »Arbeiterklasse« bzw. die »revolutionäre Partei der Arbeiter« im Lande noch weit davon entfernt war, die zur Errichtung der »Klassenherrschaft« und zur »ungeteilten Führung der Massenbewegung« notwendige Stärke zu besitzen. Auch die internationalen Bedingungen wurden für allzu ungünstig erachtet. Zwar stehe die UdSSR den deutschen »Werkträgern« als Verbündeter zur Seite, doch sei die Kraft Großbritanniens und der USA, die Deutschland in der »kapitalistischen Welt« zu halten strebten, weiterhin im Wachsen begriffen. Eine »sozialistische Revolution« müsste daher die »Einmischung dieser Staaten verhindern«, doch sei vorauszusehen, dass sich in allen bürgerlichen Lagern »viele Verräter finden« würden. Eine auf diese Weise von innen wie außen doppelt in Bedrängnis gebrachte »deutsche Arbeiterklasse« riskierte demnach mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit eine Niederlage, die für den Sozialismus und die »Weltarbeiterklasse« höchst nachteilig wäre.

Angesichts dieser Perspektive wurde es in dem Papier für notwendig erklärt, keinen »direkten Kurs auf die sozialistische Revolution« zu nehmen. Die deutschen Kommunisten mussten daher ihr Streben vorerst auf ein »demokratisches Regime« bürgerlichen Zuschnitts und auf die Kooperation mit »Kompromisslerparteien und Strömungen« – mit Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratischer Partei (d.h. den Liberalen der Weimarer Zeit) – richten, um im Innern hinreichend stark zu sein und im Westen über Fürsprecher zu verfügen. Wie es in einer wenig später verfassten Florin-Ausarbeitung hieß, war nicht daran gedacht, mit *allen* anderen Kräften zu paktieren: Ein Teil des bürgerlichen Lagers war von vornherein auszugrenzen und so schon ein Anfang mit der – später sukzessive fortzusetzenden – politischen Spaltung des Bürgertums zu machen. Als weitere Besonderheiten waren die Verpflichtung der Partner zum Verzicht auf unabgestimmte Standpunkte und die Notwendigkeit einer kommunistischen Initiativ- und Führungsrolle angedeutet. Demnach handelte es sich nicht um eine bürgerliche Demokratie schlechthin, sondern um eine »neue bürgerliche Demokratie«, die, wie sich aus dem Kontext ergibt,

¹⁴ Diese Orientierung trat besonders deutlich hervor in den grundlegenden – und daher keinesfalls ohne sowjetische Instruktionen formulierten – Entwürfen und Referaten von Wilhelm Florin vom ersten Halbjahr 1944, ebd., S. 125–130, 135–158, 184–197, 204.

den Übergang zum Sozialismus herzustellen bestimmt war. Demgemäß wurde mehrfach betont, die bürgerliche Demokratie sei nur die zweitbeste Option, und der Sozialismus bleibe das letztliche Ziel. Damit verband sich die Erwartung, dass früher oder später ein Wandel des Kräfteverhältnisses in Deutschland und darüber hinaus eintreten werde, der die vorerst erforderlichen Rücksichten obsolet machen werde.¹⁵

Die Überlegungen standen im Argumentationszusammenhang des Bemühens um eine »Volkserhebung« in Deutschland, welche die Situation vor dessen endgültiger militärischer Niederlage verändern und das Land in den Einflussbereich der UdSSR bringen sollte.¹⁶ Die prinzipielle Ausrichtung wurde aber dadurch nicht entscheidend bestimmt: Für die weiter östlich gelegenen Staaten, in denen nach ihrer Eroberung durch die Rote Armee keine direkten Einwirkungen der beiden angelsächsischen Mächte zu erwarten waren, formulierte der Kreml gleichartige Grundsätze. Dort war – analog zur »neuen bürgerlichen Demokratie« bei Florin – von einem »volksdemokratischen« System die Rede, das sich so wie jene vorgeblich kaum von der »bürgerlichen Demokratie« unterschied. Die Beibehaltung des sozialistischen Ziels wurde in der Formel versteckt, die einzelnen Ländern beschritten jeweils einen »nationalen Weg zum Sozialismus«. Dass mit dem Sozialismus nichts anders als das Sowjetsystem gemeint war, blieb öffentlich unausgesprochen. Faktisch ging es nur um andere Formen des Systemwechsels als seinerzeit in der UdSSR. Wie Stalin intern erläuterte, konnte man auf blutigen Massenterror verzichten, weil in den besetzten Gebieten das Ergebnis des »Klassenkampfes« schon durch die Rote Armee entschieden worden war; das erlaubte den Gebrauch »friedlicher«, vor allem auch parlamentarischer Mittel.¹⁷ Den kommunistischen Verlautbarungen in der SBZ 1945/46 lag die gleiche Vorstellung zugrunde.¹⁸

15 Grundsatzpapier W. Florins, o.D. [zwischen Febr. u. April 1944], ebd., S. 125–130; Referat W. Florins, 6.März 1944, ebd., S. 138, 143.

16 Ebd., S. 150 f.

17 T.V. VOLOKITINA/G.P. MURAŠKO/A.F. NOSKOVA, *Narodnaja demokratija. Mif ili real'nost'?*, Moskau 1993, S. 7; T.V. VOLOKITINA, *Stalin i smena strategičeskogo kursa Kremlja v konce 40–ch godov: ot kompromissov do konfrontacii*, in: INSTITUT VSEOBŠČEJ ISTORII RAN (Hrsg.), *Stalinskoe deščatiletie chodnoj vojny. Fakty i gipotezy*, Moskau 1999, S. 13–15.

18 Aufgrund vorangegangener Beratungen in Moskau erklärte die KPD bei ihrer Wiedergründung am 11. Juni 1945, »dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre,« und begründete dies mit dem Hinweis, »dieser Weg« entspreche »nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland«. Text: P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (wie Anm. 4), S. 390–397. Zur Vorgeschichte: Zur programmatischen Arbeit der Moskauer KPD-Führung, ebd., S. 120–123. Die Anfang 1946 ausgegebene Parole eines »deutschen Weges zum Sozialismus« (Anton ACKERMANN, »Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?« In: *Einheit. Organ zur Vorbereitung der Vereinigung der Arbeiterparteien*, 9. Febr. 1946, S. 22–32) bezog die These des »nationalen Weges zum Sozialismus«, der für die »Volksdemokratien« vorgesehen war, auf Deutschland.

Ausarbeitung der Deutschland-Programmatik

Je weiter die Zeit voranschritt, desto deutlicher zeigte sich, dass mit einer Volkserhebung in Deutschland nicht zu rechnen war. Die UdSSR erhielt daher nicht die erhoffte Möglichkeit, im Zusammenwirken mit kommunistisch angeleiteten Insurgenten beherrschenden Einfluss auf das Feindland zu gewinnen. Vielmehr stand die Errichtung eines interalliierten Besatzungsregimes zu erwarten. Die mit Rücksicht auf die westlichen Kriegsverbündeten vorgesehene anfängliche Beschränkung auf Maßnahmen einer »bürgerlichen Demokratie« erschien nun vollends zwingend. Mehr denn je stellte sich die Frage, wie man später von dort zum sozialistischen Endziel fortschreiten wollte.

Die von der sowjetischen Parteiführung eingesetzte und instruierte KPD-Kommission legte im Oktober 1944 ein Aktionsprogramm vor, das als verbindliche Leitlinie nicht allein für die Kommunisten, sondern auch für die anderen Kräfte in Nachkriegsdeutschland gedacht war. Wie schon im Florin-Papier dargelegt, erschien aus innen- wie außenpolitischen Gründen ein öffentliches Bekenntnis zur »bürgerlichen Demokratie« unabdingbar: Mehrparteiensystem, Wahlen und parlamentarische Institutionen waren vorgesehen, sobald sie erlaubt sein würden.¹⁹ Es handelte sich freilich um eine besondere Variante. Angesichts der allgemeinen Verurteilung des verbrecherischen NS-Regimes erschien es selbstverständlich, dass dessen Sympathisanten von der Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen wurden. Hinter der Festlegung, nur »antifaschistische« Kräfte könnten zugelassen werden, verbarg sich der intern erklärte Zweck, das Bürgertum durch die Ausgrenzung eines Teils, gegen den der andere Stellung zu nehmen hatte, von Anfang an zu spalten und zu schwächen. Ein weiteres Spezifikum des vorgesehenen Demokratietyps war die Bildung eines zu politischem Konsens verpflichteten Blocks, der die Kommunisten mit den Gruppierungen der Sozialdemokraten, Katholiken, Deutschnationalen und/oder Demokraten vereinigen sollte. Die SPD war – als die Partei, mit der sich die KPD bislang den Einfluss auf die »Arbeiterklasse« teilte – mittels einer Aktionseinheit noch enger an diese heranzuführen, womit zugleich eine allmähliche marxistisch-leninistische Transformation der sozialdemokratischen Partei eingeleitet werden sollte, die der für später vorgesehenen Vereinigung vorauszugehen hatte. Als die wahren Repräsentanten der »Arbeiterklasse« bildeten die Kommunisten die »entscheidende Kraft«. Sie hatten den »richtigen Kurs« zu gewährleisten und demgemäß im Block Initiative und Führung zu übernehmen. Damit fiel ihnen Anleitung und Kontrolle der anderen Mitglieder zu. Das Konzept lief auf eine Ordnung hinaus, in der

¹⁹ Die Siegermächte hatten diese grundlegenden Demokratisierungsschritte für Deutschland zwar ins Auge gefasst, wollten aber, wie den Kommissionsmitgliedern bekannt war, damit zunächst noch warten.

die maßgebende Autorität im voraus feststand und ein oppositionelles Gegenüber nicht zulässig war.²⁰

Das Programm sah auch flankierende Maßnahmen vor. Es galt insbesondere, die Bedingungen für das politische Handeln durch eine gesellschaftliche Transformation zu verändern. Wegen des sowjetischen Interesses an ungestörten Beziehungen zu den anderen Besatzungsmächten sollte die Systemumgestaltung zunächst nicht als solche erscheinen. Bei der vorgesehenen grundlegenden Veränderung der Besitzverhältnisse, besonders bei der Enteignung industrieller Unternehmen zwecks sozialer Entmachtung einer wichtigen städtischen Führungsschicht, war große Vorsicht angebracht: Sie sollte zuerst nur auf scheinbar individueller Basis erfolgen, etwa als vorläufige Beschlagnahme und/oder als Strafe für Unterstützung des Hitler-Regimes und seines Aggressionskrieges. Es sollte augenscheinlich von der entstehenden Situation abhängen, ob und wann sich welche Enteignungen generell verfügen und sogar in die Form einer Übernahme in Staatsbesitz bringen ließen (wobei jeweils der Wille des Volkes als Rechtfertigung heranzuziehen war). Daneben wurden in vager Form ein Zugriff auf Sparguthaben und eine administrative Bankenstruktur ins Auge gefasst. Zurückhaltung erschien bis auf weiteres auch bezüglich einer Veränderung der Verhältnisse auf dem Lande angebracht: In den Beratungen der KPD-Kommission war nur allgemein davon die Rede, der »Klassenkampf« müsse ins Dorf getragen werden; alle Kraft sei auf die »Ausrottung der [dortigen] parasitären Gesellschaftsschichten und der typischen faschistischen Einrichtungen« zu konzentrieren. Wann und wie dem Verlangen nach einer »wirklich demokratischen Bodenreform zur Behebung der Bodennot der landarmen Bauernmassen« entsprochen werden sollte, blieb unklar. Ein Apparat zentraler Wirtschaftslenkung wurde vorgesehen, um den ökonomischen Prozess und die Zuteilung der Arbeitsplätze in kommunistische Hand zu bringen. Man wollte die staatlichen Behörden nicht nur beherrschen, sondern auch zerschlagen und völlig neu strukturieren. Den Einheitsgewerkschaften war die Funktion zugeordnet, die KPD im Ringen um die Macht, vor allem bei der Gewinnung der Arbeiterschaft, wirkungsvoll zu unterstützen. Sie hatten

20 Piecks Erstentwurf für ein Aktionsprogramm der kämpferischen Demokratie, Mitte 1944, in: P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (wie Anm. 4), S. 240–243; Piecks 2. Entwurf für ein Aktionsprogramm der kämpferischen Demokratie, 18. Okt. 1944, ebd., S. 243–246; 3. Entwurf [vermutlich = Endfassung] für ein Aktionsprogramm der kämpferischen Demokratie, 21. Okt. 1944, ebd., S. 265–269/G. KEIDERLING (wie Anm. 4), S. 130–134. Zur Präzisierung einzelner Punkte s. vor allem: Rededisposition von W. Florin, o.D. [Frühjahr 1944] in: P. P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (wie Anm.4), S. 188–197; Referat von W. Ulbricht (nach Notizen von W. Pieck und W. Florin), 17. April 1944, ebd., S. 161–167; ergänzend dazu S. Schwab, 24. April 1944, ebd., S. 167–170; Disposition von W. Pieck für die Lektion »Zum Aktionsprogramm der KPD« für den ersten Lehrgang der KPD-Parteischule, 18. Okt.1944, ebd., S. 247–267; Referat von W. Pieck, 31. Okt. 1944, ebd., S. 270–274.

auch diejenigen »Werk­tätigen« aufzunehmen und in den politischen Kampf zu führen, bei denen es Vorbehalte gegenüber den Kommunisten gab. All das diente dem Zweck, die arbeitende Bevölkerung einschließlich der traditionell schwer anzusprechenden Bauern hinter der »revolutionären Partei der Arbeiterklasse« zu vereinen und diese zur Führerin der »Massenbewegung« im Lande zu machen.²¹

Im Zentrum der Überlegungen stand das Bestreben, die kommunistische Partei als Motor der künftigen Entwicklung in Deutschland mit einer starken Führungsfähigkeit sowohl gegenüber den »Massen« als auch im Block auszustatten, denn sie werde das Machtmonopol nicht in den Schoß gelegt bekommen, sondern müsse sich dieses erst noch im politischen Kampf verdienen. Eine Hauptschwierigkeit wurde darin gesehen, dass gleichzeitig die Quantität und die Qualität des Mitgliederbestandes der Steigerung bedurften. Daher konnte sich das Bemühen weder allein auf eine Kaderorganisation noch ausschließlich auf eine Massenpartei richten; beides war miteinander zu vereinen. In diesem Zusammenhang erschienen die organisatorische Struktur, massive Anstrengungen zur Schulung der Kader, eine wirksame Massenagitation und eine mit Nachdruck betriebene operative Arbeit von besonderer Wichtigkeit, die jeweils nach den Leitlinien Lenins und Stalins auszurichten waren. Wie in der KPdSU sollte dem Erwerb der Mitgliedschaft als Lehr- und Bewährungszeit ein Kandidatenstatus vorgeschaltet werden; eine strikte Parteidisziplin und das Prinzip des »demokratischen Zentralismus« mit kontrollierenden Instanzen wurden vorgesehen; Betriebs- und Straßenzellen sollten die Basis der zu schaffenden Struktur bilden. Es verstand sich von selbst, dass als ideologische Grundlage nur der Marxismus-Leninismus in Betracht kam. Das Resultat sollte eine durch »Kampffähigkeit und Grundsatzfestigkeit« gleichermaßen ausgezeichnete »revolutionäre Massenpartei« sein, welche die »Volksmassen« führen, den Kurs der »Gewerkschaften« bestimmen und eine »Einigung der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter« zustande bringen könne.²² Dem lag das Bestreben zugrunde, die »beiden Arbeiterparteien« miteinander zu vereinen, um sich so auf die vereinigte Macht des Proletariats – als der für ausschlaggebend erachteten politischen Kraft – stüt-

21 Referat von W. Florin, 6. März 1944, ebd., S. 151–158; Referat von W. Ulbricht (nach Notizen Piecks), 17. April 1944, ebd., S. 161–163; Referat von W. Florin, 19. Juni 1944, ebd., S. 204–206; Schlusswort von H. Matern, 26. Juni 1944, ebd., S. 207 f.; Referat von A. Ackermann (nach den Notizen Piecks und Florins), 3. Juli 1944, ebd., S. 209–216; Referat von E. Hoernle, 14. Aug. 1944, ebd., S. 222–224; Ausarbeitung des Gewerkschaftsausschusses, o.D. [Ende Aug. 1944], ebd., S. 225–233; Ackermanns Programmentwurf für den demokratischen Block, o.D. [Ende 1944], ebd., S. 292–298; Referat von E. Hoernle, 4. Febr. 1945, ebd., S. 311–326.

22 Referat von W. Pieck, 31. Okt. 1944, ebd., S. 269–289; Referat von W. Pieck in der KPD-Parteischule, 10. März 1945, in: G. KEIDERLING (wie Anm. 4), S. 236–242.

zen zu können. Dabei sah man Widerstände der SPD-Führung und das Risiko vielfältiger Einwirkungen aus der anderen Partei voraus. Mit der ersten Schwierigkeit hoffte man fertigzuwerden, indem man sich mit dem Fusionsanliegen an die mittleren und unteren Chargen der SPD zu wenden gedachte. Die Gefahr des Eindringens sozialdemokratischer Tendenzen suchte man dadurch zu bannen, dass man zunächst nur eine Aktionseinheit unter Wahrung der organisatorischen Eigenständigkeit beider Seiten zulassen wollte, bis eine »Klärung« den Zusammenschluss ermöglichen werde.²³ Gemeint war, dass sich die SPD zuvor der KPD so weit angepasst haben müsse, dass die kommunistische Prägung der künftigen Einheitspartei gewährleistet sei.

Die ins Auge gefasste politische Strategie beruhte auf der Prämisse, dass die »bürgerliche Demokratie« den Kommunisten bei geeigneten Vorkehrungen gute Chancen biete. Da die Lage bei Kriegsende die direkte Einführung des Sozialismus nicht zulasse, müsse man zunächst für »eine wahre Demokratie« kämpfen, der sich dann auch als »Schlüssel für das Tor zum Sozialismus« erweisen werde.²⁴ Die im Aktionsprogramm vorgesehenen Maßnahmen zielten weithin auf Transformation der Gesellschaft und Inbesitznahme von Herrschaftspositionen ab. Damit war der Prozess fortschreitender Monopolisierung der Macht bereits eingeleitet. Die willkürlich vorgenommene Unterscheidung zwischen zulässigen »demokratischen« und verbotenen »faschistischen« bzw. »reaktionären« Kräften im »bürgerlichen« Lager bot zudem ein Beispiel politischer Ausgrenzung, an das die Kommunisten künftig anzuknüpfen gedachten. Als grundlegendes, immer wieder neu anzuwendende Mittel zur fortschreitenden Ausschaltung der anderen Akteure war vorgesehen, diese nach dem Gutdünken der KPD-Führung mit den »Lebensfragen unseres Volkes« zu konfrontieren. Es ging darum, die nicht-kommunistischen Kräfte sukzessiv vor Entscheidungen zu stellen, bei denen sich jeweils eine Mehrheit um die KPD scharen würde. Dabei war die Wahl, der sich die andere Seite gegenüber sah, jeweils so einzurichten, dass sie einerseits eine hilflose Minderheit war, andererseits aber bei Strafe der politischen Selbstaufgabe keine Möglichkeit als die Ablehnung hatte – mit der Folge, dass sie dann der Isolierung und Ausschaltung verfiel. Den »Verbündeten«, auf die man sich dabei stützen würde, war von vornherein zu einem späteren Zeitpunkt das gleiche Schicksal zugedacht, denn es könne »nur für bestimmte Wegabschnitte Kampfgefährten gebe[n]«. Auf diese Weise sollte sich das zunächst breit angelegte »Bündnis« der politisch tragenden Parteien und Gruppen zunehmend

23 Dies war bereits Gegenstand des ersten Vorbereitungsgesprächs zwischen Dimitrov und Pieck (Zur programmatischen Arbeit, a.a.O., S. 75). Weitere Angaben insbesondere im Referat von W. Ulbricht (nach Notizen von W. Pieck und W. Florin), 17. April 1944, ebd., S. 161–167.

24 Grundsatzpapier von W. Florin, o.D. [Feb.-April 1944], in: P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (wie Anm.4), S. 129.

verengen, bis am Ende der Ausscheidungsrunden schließlich nur noch die Kommunisten übrig bleiben würden.²⁵

Mit all dem verband sich das Erfordernis unbedingter Ergebenheit gegenüber der UdSSR, die als Heimat und Rückhalt aller »Werk tätigen« in der Welt der zentrale politische Bezugspunkt war. Das Bemühen sollte sich daher unverrückbar auf das Ziel richten, dem deutschen Volk klarzumachen, dass ihm der Sowjetstaat – anders als die angelsächsischen Mächte – in unverbrüchlicher Freundschaft verbunden sei und dass ihr Land allein im Bunde mit Moskau eine gute Zukunft zu erwarten habe. Diese These umschrieb nicht nur ein außenpolitisches Ziel, sondern diente auch als innenpolitisches Instrument: Die Wahl zwischen Ost- und Westorientierung war dazu bestimmt, das deutsche Bürgertum zu spalten und damit seiner Kraft zu entkleiden. Wer sich nicht bedingungslos mit der sowjetischen Seite zu identifizieren bereit zeigte, hatte – soweit dies jeweils opportun erschien – als »Faschist« und »Reaktionär« zu gelten.²⁶ Wegen ihres Eintretens für die »Freundschaft des deutschen Volkes mit dem großen Sowjetvolk« waren die Kommunisten als die »einzigen wahren Patrioten« anzusehen.²⁷

Sowjetische Deutschland-Entscheidungen bei Kriegsende

Das Programm der fortschreitenden Machteroberung durch die KPD setzte einen Zentralstaat voraus: Die aufeinanderfolgenden »Bündnisse« und Isolierungsmanöver, mit denen die »Partei der Arbeiterklasse« das Machtmonopol erringen sollte, mussten von einem Mittelpunkt aus inszeniert werden. Von einem einzigen Zentrum her die politischen Prozesse zu steuern, entsprach im übrigen traditioneller kommunistischer Vorstellung und dem organisatorischen Vorbild der UdSSR.²⁸ Die Pläne einer territorialen Zerstückelung Deutschlands, die der Kreml gegenüber den angelsächsischen Mächten vertrat

²⁵ Referat von S. Schwab, 24. April 1944, ebd., S. 167–170; Referat von W. Pieck, 31. Okt. 1944, ebd., S. 272–274; Referat von W. Pieck in der KPD-Parteischule, 10. März 1945, in: G. KEIDERLING (wie Anm. 4), S. 240–242.

²⁶ Referat von W. Florin, 6. März 1944, in: P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (wie Anm. 4), S. 144 f.; Referat von R. Herrstadt, 8. Mai 1944, ebd., S. 172–176.

²⁷ Referat von W. Pieck in der Antifa-Schule 27, 21. Juni 1945, in: G. KEIDERLING (wie Anm. 4), S. 562.

²⁸ Es ist kein Zufall, dass die KPD/SED in den folgenden Jahren die Schaffung eines Zentralstaates stets zum unabdingbaren Erfordernis erklärten, ohne das die staatliche Einheit nicht verwirklicht werden könne. Ein föderalistischer Aufbau Deutschlands erschien daher als eine bloße Spaltungsvariante. Der anfängliche Versuch der sowjetischen Seite, in ihrer Zone das interalliiert vereinbarte Postulat einer von unten nach oben aufzubauenden deutschen »Selbstverwaltung« wenigstens der Form nach zu befolgen, wurde 1946 aufgegeben, nachdem sich herausgestellt hatte, dass die am kommunistischen Modell orientierten Besatzungsbehörden damit nicht zurechtkamen.

und deren Details im sowjetischen Außenministerium ausgearbeitet wurden, waren mit dem Programm der KPD-Kommission unvereinbar und müssen daher als Ausdruck einer anderen politischen Linie bewertet werden. Der Schluss, es habe in Moskau zwei Gruppen gegensätzlicher Ausrichtung gegeben, verbietet sich jedoch: Stalin identifizierte sich mit beiden Auffassungen, indem er zum einen in den Verhandlungen mit den Verbündeten den Aufteilungsstandpunkt artikulierte und zum anderen direkt wie mittels des ZK-Apparats die programmatischen Überlegungen der KPD-Funktionäre steuerte. Dabei fällt freilich eine unterschiedliche interne Akzentuierung ins Auge: Während der sowjetische Führer die Arbeiten der Programmkommission ständig verfolgte, wandte kein Entscheidungsträger den Zerstückelungsplänen der Diplomaten Aufmerksamkeit zu. Wie es demnach scheint, brachten die programmatischen Vorstellungen politische Ambitionen des Kreml in Deutschland zum Ausdruck. Die Aufteilungsoption dürfte nur eine Rückfallposition gewesen sein für den Fall, dass es keine hinreichende Aussicht auf Durchsetzung der System- und Machtziele geben sollte.

Der sowjetische Führer tat alles, um sich möglichst großen Einfluss auf die künftige deutsche Entwicklung zu sichern. Er verzichtete im September 1944 auf die Besetzung Finnlands, um seine Truppen auf die Offensive gegen das Deutsche Reich zu konzentrieren. Vor allem ging es ihm darum, Berlin als das politische Zentrum des Landes zu erobern, ehe die Westmächte dorthin vorstoßen konnten. Anfang 1945 setzte die Rote Armee mit allen verfügbaren Kräften zum Angriff auf die Stadt an. Trotz zähen, zu Verzögerungen führenden Widerstands der Wehrmacht gelang es ihr, die deutsche Metropole und die Gebiete bis zur Elbe in die Hand zu bekommen.²⁹ Auch wenn die UdSSR später den Westmächten Sektoren einräumen musste, um ihrerseits die von den Amerikanern und Briten eroberten großen Teile des sowjetzonalen Territoriums in Besitz nehmen zu können, hatte sie eine dominierende Position gewonnen: Sie hatte die Möglichkeit, zwei Monate lang in der Hauptstadt einseitig Tatsachen zu schaffen; sie behielt dort ein politisches Übergewicht, weil sie das Umland beherrschte; die Besatzungspartner waren zur Aufrechterhaltung ihrer Berlin-Präsenz auf Zugangswege durch die SBZ angewiesen; der Bezirk Mitte, in dem sich die Stadt- wie Reichsbehörden konzentrierten, blieb Teil des sowjetisch besetzten Gebietes. Unter diesen Umständen, die schon im ausgehenden Winter absehbar waren, schienen die Aussichten für die Verwirklichung der Ziele Moskaus günstig.

Wie es scheint, hat Stalin auch den Verlauf der Konferenz von Jalta positiv beurteilt. Die angelsächsischen Mächte kamen der UdSSR in vielen Fragen weit entgegen. Vor allem jedoch gab der Präsident der USA – der einzigen Macht,

²⁹ Alexander FISCHER (wie Anm. 6), S.136; Norman NEJMARK [Naimark], *Predislovie*, in: Bernd BONVEC [Bonwetsch]/Gennadij BORDJUGOV/Norman NEJMARK (Hrsg.), *SVAG. Upravlenie propagandy (informacii) i S.I. Tjul'panov 1945–1949. Sbornik dokumentov*, Moskau 1994, S. 6.

die der UdSSR Paroli bieten konnte – im Gespräch mit dem sowjetischen Führer die Absicht zu erkennen, seine Truppen bald wieder aus Europa zurückzuziehen.³⁰ Daraufhin sah sich der Kreml in der Vorhand, wie der kurz danach erfolgte Haltungswechsel in der Frage der deutschen Ostgrenze vermuten lässt: Bis Mitte Februar 1945 sollten Niederschlesien und Hinterpommern bei dem besiegten Land verbleiben;³¹ die folgende Entscheidung für die Oder-Neiße-Linie deutet auf eine Zuversicht Moskaus hin, auch ohne die Zugehörigkeit dieser Gebiete zur SBZ hinreichendes politisches Gewicht in Deutschland zu erlangen.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Aussicht auf Durchsetzung der System- und Machtziele günstig erschienen sein, so dass man die Zerstückelungsoption entbehren zu können glaubte. Während Stalin noch in Jalta mit Nachdruck auf einer Konkretisierung der früher erklärten Aufteilungsabsicht bestanden und seinen angelsächsischen Gesprächspartnern die Bildung einer mit dieser Aufgabe betrauten Drei-Mächte-Kommission abgenötigt hatte,³² ließ die sowje-

30 *FRUS. The Conferences at Malta and Yalta 1945* (Department of State Publication 6199), Washington 1955, S. 701 f. *Sovetskij Sojuz*, Bd. IV: *Krymskaja konferencija rukovoditelej trëch sojuznych deržav – SSSR, SŠA i Velikobritanii (4 – 11 fevralja 1945g.)*. *Sbornik dokumentov*, Moskau 1984, S. 66.

31 Bis Mitte Februar 1945 wurde in Moskau die Entsendung deutscher Kader nach »Schlesien« bzw. »Breslau« und »Pommern« bzw. »Stettin« geplant: W. Pieck an Dimitrov, 14. Jan. 1945, RCChIDNI, 17, 128, 741, Bl. 23; Aufzeichnung über die Auswahl von »Antifaschisten« aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft für den Einsatz in Schlesien, 25. Jan. 1945, RCChIDNI, ebd., Bl. 41; Aufzeichnung über die Zusammenstellung eines deutschen Verwaltungsapparats für Breslau und Schlesien, 25. Jan. 1945, RCChIDNI, ebd., Bl. 46; Vereinbarung von Vorschlägen auf der Sitzung vom 6. Februar [1945] mit Chvostov und Guljaev, in: G. KEIDERLING (wie Anm. 4), S. 186; Vorschläge für die nächsten Maßnahmen der deutschen Kommunisten, 18. Febr. 1945, ebd., S. 208–214/P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (wie Anm. 4), S. 329–335.

32 Gesprächswiedergaben von Bohlen und Matthews über die zweite Plenarsitzung am 5. Febr. 1945 um 16 Uhr, in: *FRUS. The Conferences at Malta and Yalta 1945* (Department of State Publication 6199), Washington 1955, S. 611–616, 624–628; Gesprächswiedergabe von Page über die Zusammenkunft der Außenminister am 6. Febr. 1945 um 12 Uhr, ebd., S. 656; Gesprächswiedergabe von Page über die Zusammenkunft der Außenminister am 7. Febr. 1945 um 12 Uhr, ebd., S. 700; Gesprächswiedergabe von Bohlen über die vierte Plenarsitzung am 7. Febr. 1945 um 16 Uhr, ebd., S. 709; Arbeitsentwurf der Außenminister vom 11. Febr. 1945 für ein Ergebnisprotokoll der Konferenz, ebd., S. 936; Zusammenstellung der Konferenzergebnisse durch die amerikanische Delegation o.D. [vermutlich 11. März 1943], ebd., S. 947 f. Die in der sowjetischen Sammlung wiedergegebenen Dokumente sind offensichtlich verstümmelt; gemäß der seinerzeit häufig geübten Praxis der nicht markierten Auslassung einzelner Sätze und sogar Satzteile ist es für den Benutzer nicht möglich, sich ein zutreffendes Bild von den Konferenzvorgängen zu machen: *Sovetskij Sojuz na meždunarodnych konferencijach perioda Velikoj otečestvennoj vojny 1941–1945gg.* Tom IV: *Krymskaja konferencija rukovoditelej trëch sojuznych deržav – SSSR, SŠA i Velikobritanii (4–11 fevralja 1945g.)* *Sbornik dokumentov*, Moskau 1984, S. 59–64, 77–7–80, 225, 232. Als vorbereitendes Dokument vgl. A. Ja. VYŠINSKIJ an V. M. Molotov, 17. Jan. 1945, in: *SSSR i germanskij vopros* (wie Anm. 10), S. 597–600; G. P. KYNIN, *Antihitlerkoalicion* (wie Anm. 9), S. 195 f.; G. P. KYNIN, *Germanskij vopros* (wie Anm. 12), S. 119–123 [einschließlich entsprechender Äußerungen Stalins gegenüber westlichen Staatsmännern im Herbst 1944].

tische Seite diese Forderung in der zweiten Märzhälfte unvermittelt fallen.³³ Die Zerstückelungspläne des Außenministeriums wurden ungelesen dem Archiv überantwortet, und Stalin bekundete auf der Siegesparade vom 9. Mai 1945 öffentlich sein Eintreten für die deutsche Einheit.³⁴ Seitdem ging es aus östlicher Sicht darum, die »Einheit Deutschlands [zu] sichern durch [eine] einh[eitliche] KPD[, ein] einh[eitliches] ZK [und eine] einh[eitliche] Partei der Werktätigen.« Damit verband sich die Erwartung, es werde »trotz aller Einheit der Kriegverbündeten« künftig »2 Deutschlands geben.«³⁵ Oberflächlich betrachtet, erscheinen diese Vorstellungen widersprüchlich. Gemeint war offensichtlich, dass mit der Herausbildung gegensätzlicher politischer Orientierungen und Lager in dem besetzten Land zu rechnen sei. Angesichts dieser Herausforderung mochte der Kreml es für doppelt dringlich halten, dass die kommunistische Partei eine Auflösung der staatlichen Einheit verhinderte und für Übereinstimmung in »richtigem« Sinne sorgte.

Sowjetische Besatzungspolitik bei formaler Kooperation mit den Westmächten

Die sowjetische Führung suchte den Vorteil, den sie in Berlin besaß, weitestmöglich zu nutzen. Sie etablierte dort sogleich eine deutsche Stadtverwaltung, deren entscheidende Positionen sie mit zuverlässigen kommunistischen Kadern besetzen ließ. Sie stützte sich dabei auf die »Gruppe Ulbricht«, eine von drei Einsatzgruppen der Moskauer Exil-KPD, die als ausführende Organe der Besatzungsmacht in das sowjetisch okkupierte Territorium entsandt worden waren.³⁶

33 V. M. Molotov an F.T. Gusev, 24. März 1945, in: G.P. KYNIN/J. LAUFER (wie Anm. 9), S. 626.

34 J.W. STALIN, *Werke*, hrsg. auf Beschluss des ZK der KPD-ML, Bd. 15 (Mai 1945 – Oktober 1952), Dortmund 1976, S. 4. Siehe auch: *Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des großen Vaterländischen Krieges 1941 bis 1945*, hrsg. vom MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER UDSSR, Bd. 6: *Die Potsdamer (Berliner) Konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte – UdSSR, USA und Großbritannien (17. Juli – 2. August 1945). Dokumentensammlung*, Moskau–Berlin 1986, S. 354 (Fn. 6).

35 Pieck-Notizen über Unterredung in Moskau, 4. Juni 1945, in: Rolf BADSTÜBNER/Wilfried LOTH (Hrsg.), *Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1952*, Berlin 1994, S. 50.

36 Sie fungierten in aller Form als Befehlsempfänger der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (Einführung, in: G. KEIDERLING, wie Anm. 4, S. 42–46). Ihr oberster »Chef« Dimitrov hatte ihnen die Pflicht zum Verzicht auf eigene Initiativen und auf eine eigene Organisation auferlegt; sie sollten allein auf sowjetische Anweisung hin tätig werden. Siehe W. Ulbricht an W. Pieck 23. Mai 1945, in: G. KEIDERLING (wie Anm. 4), S. 374; Gert NOACK, *Die Jugendpolitik der KPD und die Gründung der FDJ*, in: Helga GOTSCHLICH, Hrsg., »Links und links und Schritt gehalten...«. *Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen*, Berlin 1994, S. 73. Sie waren verpflichtet, gegenüber der Auslandsabteilung des sowjetischen ZK-Apparats genaue schriftliche Rechenschaft abzulegen; ebd.; vgl. die Rechenschaftsberichte W. Ulbrichts an G. Dimitrov vom 9., 17., 20., 23. und 26. Mai 1945, in: G. KEIDERLING (wie Anm. 4), S. 318–321, 348–351, 359 f., 376 f., 401.

Anfang Juni 1945 wurden die Leiter, Ulbricht, Ackermann und Sobottka, zur Berichterstattung und zur Entgegennahme neuer Instruktionen in die Hauptstadt der UdSSR bestellt. Ihnen wurde eröffnet, dass – entgegen der bisherigen Planung (die auf Vereinbarungen mit den Westmächten beruhte) – in Kürze die Genehmigung landesweiter deutscher Parteiorganisationen bevorstehe. Ihr Aufenthalt in Moskau diene auch dazu, ein Manifest anlässlich der bevorstehenden Neugründung der KPD auszuarbeiten und personelle wie organisatorische Entscheidungen der deutschen Kommunisten festzulegen.³⁷ Am 10. Juni kündigten die sowjetischen Besatzungsbehörden ihre Bereitschaft zur Lizenzierung nationaler Parteien in dem besetzten Land an. Einen Tag später trat die KPD mit dem in Moskau formulierten Gründungsdokument an die Öffentlichkeit.³⁸

Durch das sowjetische Vorgehen wurden nicht nur die besiegten Deutschen, sondern auch die westlichen Okkupationspartner völlig überrascht. Man hatte allgemein angenommen, dass auf absehbare Zeit noch keine Parteien in dem besetzten Land zugelassen werden würden. Durch den Handstreich erlangte die UdSSR große Vorteile. Sie verschaffte erstens der KPD gegenüber ihren politischen Konkurrenten einen zeitlichen Vorsprung. Dieser wurde nicht nur zur intensiven Werbung von Mitgliedern und Anhängern, sondern auch zur Etablierung konspirativer Büros genutzt, die vor allem einer Überprüfung und Überwachung der eigenen Reihen und der subversiven Einflussnahme auf die Westzonen diene.³⁹ Rücksichten auf Okkupationspartner und Öffentlichkeit erlaubten es jedoch noch nicht, insgesamt dem strukturellen Vorbild der KPdSU zu folgen. Zweitens wirkte sie auf den Prozess der Bildung gesamtdeutscher Parteien ein: In Berlin entstanden »Reichsleitungen« mit dem Anspruch auf landesweite Geltung, die sich im Ostsektor niederzulassen hatten. Die sowjetische Besatzungsmacht machte drittens – und das war noch wichtiger – die Genehmigung der politischen Tätigkeit weiter davon abhängig, dass die Parteien den Zusammenschluss im »antifaschistisch-demokratischen Block« und die damit verbundene Verpflichtung zum Konsens in Grundfragen akzeptierten. Damit wurde die Formulierung prinzipieller Gegenpositionen zum Standpunkt der KPD (der seinerseits von den Auffassungen der UdSSR bestimmt wurde) von vornherein ausgeschlossen. Der Umstand, dass die sowjetische Seite zugleich den Kommunisten die »führende Rolle« im politischen Leben des besetzten Landes zuwies, gab zudem der Blockdisziplin den Charakter eines Instruments, mit dem die KPD die anderen Parteien einer ein-

37 Notizen W. Piecks über Unterredung in Moskau, 4. Juni 1945, in: R. BADSTÜBNER/W. LOTH (wie Anm. 35), S. 50 f., zur programmatischen Arbeit., S. 121–123.

38 Text: P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (wie Anm.4), S. 390–397.

39 Michael KUBINA, *Die Schaffung von strukturellen Voraussetzungen für die Westarbeit im zentralen Parteiapparat von KPD/SED in den ersten Nachkriegsjahren*, in: Gerhard WETTIG (Hrsg.), *Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer*, Bonn 1997, S. 37–47.

seitigen Kontrolle unterwerfen konnte. Alle diese Implikationen der Parteienlizenzierung folgten den im Vorjahr entwickelten programmatischen Vorstellungen.

Auch sonst machte der Kreml größtmöglichen Gebrauch von der Machtposition in Berlin. Er ließ im Ostsektor Zeitungen und Rundfunkanstalten gründen, die in alle Zonen hineinwirkten.⁴⁰ Auf der Potsdamer Drei-Mächte-Konferenz im Sommer 1945 schlug die sowjetische Seite Deutsche Zentralverwaltungen vor, die unter Aufsicht des Kontrollrats im ganzen Land tätig werden sollten. Noch bevor darüber ein Beschluss gefasst wurde, richtete die UdSSR insgeheim entsprechende Behörden in Ost-Berlin ein, welche die zu schaffenden gesamtdeutschen Verwaltungen personell und strukturell vorprägen sollten. Der sowjetische Vorschlag fand zwar Billigung in Potsdam, doch scheiterte seine Verwirklichung am Widerstand der – am Beschluss nicht beteiligten – französischen Besatzungsmacht.⁴¹ Damit misslang der Versuch, an die administrative Spitze Deutschlands einen kommunistisch bestimmten Apparat zu stellen. Moskau verzeichnete es als Erfolg, dass nicht nur im eigenen Machtbereich, sondern auch in den westlichen Landesteilen Einheitsgewerkschaften zustande kamen. Das Bemühen freilich, dort ebenso wie in der SBZ kommunistische Kader an die Schaltstellen des Apparats zu bringen, zeitigte nur begrenzte Resultate. Größeren Einfluss erlangte die KPD in anderen »gesellschaftlichen Organisationen«, doch blieb diesen in den Westzonen weithin Resonanz versagt; sie galten bald als östlich gelenkte Gruppierungen, in denen sich kommunistische Mitläufer sammelten.

Andere im Aktionsprogramm von 1944 vorgesehene Schritte ließen sich von vornherein nur in der SBZ unternehmen. Das galt insbesondere für Maßnahmen der Systemtransformation. Die sowjetische Führung war freilich davon überzeugt, dass sie Modellcharakter für das ganze Land hatten.⁴² Die konkrete Erwartung ging dahin, dass sie in den Westzonen Nachahmung finden würden, denn die »Volksmassen« würden sich früher oder später dafür einsetzen. In aller Regel agierten Besatzungsmacht und KPD gemäß den programmatischen Leitlinien des Vorjahres mit großer Vorsicht, um sich der weithin noch niedrigen »Bewusstheit« der Bevölkerung anzupassen. Die Enteignung der größeren Industriebetriebe erfolgte daher zunächst in Form von

40 Heinrich MAETZKE, *Der Union Jack in Berlin. Das britische Foreign Office, die SBZ und die Formulierung britischer Deutschlandpolitik 1945/47*, Konstanz 1996, S. 39 f.

41 Franz ZSCHALER, *Die Entwicklung einer zentralen Finanzverwaltung in der SBZ/DDR*, in: Hartmut MEHRINGER (Hrsg.), *Von der SBZ zur DD*. (Sondernummer Schriftenreihe Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), München 1995, S. 102; Jochen LAUFER, *Konfrontation oder Kooperation? Zur sowjetischen Politik in Deutschland und im alliierten Kontrollrat*, in: Alexander FISCHER (Hrsg.), *Studien zur Geschichte der SBZ/DDR*, Berlin 1993, S. 68.

42 A.Ja. Vyšinskij an V.M. Molotov, 5. Juli 1945, in: *SSSR i germanskij vopros* (wie Anm. 10), Bd. 2, Moskau 1999, S. 175–178.

Beschlagnahmungen, die vorgeblich zur Bestrafung von »Nazis und Kriegsverbrechern« vorgenommen wurden. Es ging demnach nur um individuelle Sanktionen, die wegen persönlichen Fehlverhaltens verhängt wurden, nicht um die Bekämpfung sozialer Schichten. Wer freilich die offiziellen Parolen zu deuten verstand, konnte die tatsächliche Absicht erkennen: Das Bürgertum – vor allem die Unternehmerschaft – galt objektiv, d.h. unabhängig vom Verhalten einzelner Personen oder Gruppen, als schuldig am Hitler-Regime und an der militärischen Aggression gegen die UdSSR. Daher hatten die ihm angehörenden bisherigen Führungsschichten ihre politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ausschaltung vollauf verdient. Primär gegen das Bürgertum richtete sich die – sowjetischer Bereicherung dienende – Beschlagnahme der Bankguthaben und Wertpapiere, mit der eine Etatisierung des Bankwesens einherging. Die Bevölkerung wurde so ihrer Ersparnisse beraubt und weithin vom Besitz von Arbeitsplätzen abhängig gemacht, deren Zuteilung überwiegend in der Hand von Kadern der Wirtschaftslenkung bzw. Funktionären der Besatzungsbehörden lag.⁴³

Während sich die vorgenannten Schritte im Rahmen des Aktionsprogramms von 1944 hielten, lag der Termin der Bodenreform, d.h. der Enteignung aller Landbesitzer mit mehr als 100 Hektar Bodenfläche, weit früher als im Vorjahr anvisiert. Die KPD-Führung wurde von Zeitpunkt und Radikalität der Maßnahme unangenehm überrascht: Sie war gerade zur Erklärung des Verzichts auf systemtransformatorische Absichten veranlasst worden und befürchtete zu Recht, dass die während der Reife- und Erntezeit des Korns zu führende Kampagne zur Ausschaltung der »Junker« massive, die Lebensmittelversorgung zusätzlich gefährdende Ausfälle nach sich ziehen werde. Die von Stalin persönlich veranlasste Aktion ließ sich freilich nicht verschieben. Das anfängliche Bemühen von KPD und SMAD, eine »spontane« Bewegung in Gang zu bringen, endete mit einem Misserfolg. Daher entschied sich der Kreml im Juli 1945 für den Gebrauch administrativer Mittel. Die Entscheidungen wurden bis in die letzten Details von Stalin selbst getroffen. Gleichwohl legte die Besatzungsmacht größten Wert darauf, die Bodenreform als Ergebnis einer deutschen Initiative erscheinen zu lassen, die lediglich hinterher von der UdSSR akzeptiert worden sei.⁴⁴

43 G. KYNIN /J. LAUFER, *Vvedenie*, ebd., S. 39–43; Ja.I. Golev an V.M. Molotov, 30. Aug.1945, ebd., S. 227–229; Entwurf eines Schreibens an V.M. Molotov, Ende Aug. 1945, ebd., S. 229–232; A.Ja. Vyšinskij an I.V. Stalin, 18. Okt.1945, ebd., S. 276; Fritz SCHENK, »Mit Geheimbefehl Nr. 01 wurden 1945 die Tresore ausgeplündert«, in: FAZ, 2. Juni 1998; M.I. SEMIRJAGA, *Kak my upravljali Germaniej*, Moskau 1995, S. 102–109.

44 Näheres bei Jochen LAUFER, *Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone*, in: Arnd BAUERNKÄMPER (Hrsg.), *»Junkerland in Bauernhand«? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone* (Beiheft 20 zu den Historischen Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft), Stutt-

Nach amtlicher Darstellung ging es nicht um Systemveränderung, sondern um die »Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution«. ⁴⁵ In Wirklichkeit sollten die alten ländlichen Führungsschichten ihrer wirtschaftlichen und sozialen Basis beraubt werden. Wieso der sowjetische Führer – entgegen der 1944 festgelegten programmatischen Leitlinie anfänglicher Zurückhaltung – den frühen Zeitpunkt für notwendig erachtete, ist aus den Quellen nicht ersichtlich. Hielt er nach Jalta die internationale Konstellation für günstig? Oder glaubte er, mit der Bodenreform die aus den Ostgebieten hereinströmenden Bauern gewinnen zu können, die ihr Land zu Hause verloren hatten?

Eine weitere Abweichung vom Zeitplan des Vorjahres ergab sich in der Frage des Zusammenschlusses der »beiden Parteien der Arbeiterklasse«. Zu Anfang folgte die KPD-Führung peinlich genau der Leitlinie von 1944: Als sich unter den Sozialdemokraten wie in der eigenen Partei bei Kriegsende spontan der Wille zur Vereinigung äußerte, lehnte sie entschieden ab und bildete statt dessen die vorgesehene gemeinsame Aktionsfront mit der SPD. Dem lag die Erwartung zugrunde, dass die Kommunisten immer mehr die Oberhand gewinnen und damit in den Stand versetzt werden würden, der anderen Seite künftig die Bedingungen vorschreiben zu können. Tatsächlich waren es jedoch die Sozialdemokraten, die im Sommer und Herbst 1945 immer klarer in der Gunst der »Massen« obenan standen. Auf dieser Grundlage begannen sie die politische Führung in der SBZ für sich zu reklamieren. Wie der Leiter der zuständigen Besatzungsbehörde voller Sorge nach Moskau berichtete, ließ sich für die gemäß interalliiertes Vereinbarung abzuhaltenden Wahlen ein Fiasko voraussehen: Wenn die KPD neben der SPD antreten müsse, würde ihre Unterlegenheit offenbar werden und dem Anspruch auf die »führende Rolle« die Rechtfertigung entziehen. Das könne nur dadurch verhindert werden, dass die Vereinigung baldmöglichst ungeachtet sonstiger Gesichtspunkte vollzogen werde. Entgegen den vorangegangenen Überlegungen musste demnach die Fusion notgedrungen schon zu einem Zeitpunkt erfolgen, zu dem die KPD die dafür vorgesehene marxistisch-leninistische Struktur und Orientierung noch nicht besaß. Der Kreml akzeptierte das Argument; aufgrund eines von Stalin unterschriebenen Beschlusses setzte die SMAD die Vereinigung der »beiden Ar-

gart 1996, S. 22 f.; Monika KAISER, *Sowjetischer Einfluss auf die ostdeutsche Politik und Verwaltung 1945–1970*, in: Konrad JARAUSCH/Hannes SIEGRIST (Hrsg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt/Main–New York 1997, S. 116 f.; V.M. Molotov/A.Ja. Vyšinskij an I.V. Stalin, 20. Aug. 1945, in: *SSSR i germanskij vopros* (wie Anm. 10), Bd. 2, S. 218–220; G.K. Žukov an V.M. Molotov (mit Anlage), 31. Aug. 1945, ebd., S. 229–232; V. Semënov, *Spravka. O chode zemel'noj reformy v Sovetskoj zone okkupacii v Germanii*, ebd., S. 238–245.

⁴⁵ Notiz von W. Pieck über Gespräch in Moskau, 4. Juni 1945, in: R. BADSTÜBNER/W. LOTH (wie Anm. 35), S. 51.

beiterparteien« ins Werk.⁴⁶ Die Vereinigung ließ sich nur mittels Zwang durchsetzen. Zum Gebrauch von Gewalt konnte die UdSSR jedoch nur in der SBZ greifen. Die SED wurde daher auch nur dort konstituiert.⁴⁷ Alle Bemühungen, die Partei auch in den Westzonen zu etablieren, blieben ohne Erfolg. Im Westen und Osten gab es fortan unterschiedliche politische Akteure: Während hier die SPD eine zentrale Rolle spielte, war sie dort ausgeschaltet; die auf Parteieinheit bedachten Kommunisten waren hier in der KPD und dort in der SED organisiert.

Auch nach Ausschaltung der SPD blieb für die ostdeutschen Kommunisten das Problem bestehen, wie sie den beherrschenden Einfluss auf die »Volksmassen« gewinnen sollten, der 1944 dem Programm der sukzessiven Machteroberung zugrunde gelegt worden war. Als die vorgesehenen Wahlen im Sommer 1946 näherrückten, suchte daher die SED-Führung die sowjetische Besatzungsmacht dazu zu bewegen, das Vorhaben fallen zu lassen oder wenigstens auf unbestimmte Dauer zu verschieben. Der Kreml lehnte das im Blick auf den negativen Eindruck in den Westzonen und bei den Westmächten ab.⁴⁸ Die Okkupationsbehörden nahmen dann freilich in massiver Weise Einfluss auf Vorbereitung und Durchführung des Urnengangs. Sie verhinderten insbesondere in weiten Landesteilen die Aufstellung von Kandidatenlisten durch die bürgerlichen Parteien, setzten deren Vertreter auf mannigfaltige Art unter Druck, setzten repressive Maßnahmen gegen sie ein und beraubten sie weithin der Möglichkeit zur politischen Selbstdarstellung, teilten den kommunistischen Akteuren enorme Papiermengen zu, während ihre Konkurrenten fast leer ausgingen, und suchten die SED durch – hinterher nicht fortgeführte – Verbesserungen der Lebensmittelzuteilung populär zu machen. Gleichwohl

46 Tjul'panovs mündlicher Bericht auf der Sitzung der ZK-Kommission zur Überprüfung der SMAD-Verwaltung für Propaganda (Auszug einer Mitschrift), 16. Sept. 1946 in: B. BONVEC/G. BORDJUGOV/N. NEJMARK, (wie Anm. 29) S. 158; Bericht Tjul'panovs (Auszug), 25. Febr. 1946, ebd., S. 41–43; SMAD-Propagandaabteilung an L. Baranov, 14. März 1946, ebd., S. 43–46; Pieck-Notizen über ein Gespräch mit Marschall Bokov und S. Tjul'panov, 22. Dez. 1945 in: R. BADSTÜBNER/W. LOTH, (wie Anm. 35), S. 62; Pieck-Notizen über ein Gespräch mit Marschall Bokov, 21. Jan. 1946, ebd., S. 63–64; Pieck-Notizen über ein Gespräch mit Stalin am 6. Febr. 1946, ebd., S. 68; G. KYNIN/J. LAUFER, *Vvedenie*, in: *SSSR i germanskij vopros* (wie Anm. 10), Bd. 2, S. 26–28; V.S. Semënov an G.K. Žukov, 17. Okt. 1945, ebd., S. 309 f. Informationsschreiben von V.S. Semënov, 9. März 1946, ebd., S. 379–383; Informationsschreiben von V.S. Semënov, 17. März 1946, ebd., S. 410–412; L.S. Baranov an V.M. Molotov, 25. März 1946, ebd., S. 430 f.

47 Vgl. u.a. Andreas MALYCHA, *Einleitung*, in: DERS. (Hrsg.), *Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokraten und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ*, Bonn 1996, S. LXIV–CIX; Einführung in: Gert GRUNER/Manfred WILKE (Hrsg.), *Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46. Stenographische Niederschrift der Sechziger-Konferenz am 20./21. Dezember 1945*, München 1981, S. 41.

48 A. M. FILITOV, *Germanskij vopros: ot raskola k ob-edineniju*, Moskau 1993, S. 78.

entsprachen die Ergebnisse den sowjetischen Wünschen nur in unzureichendem Maße.⁴⁹ Die weithin ablehnende Haltung der Bevölkerung wurde zum Dauerproblem für die Kommunisten. Zum verbreiteten Vertrauensentzug trug nicht zuletzt der fatale Eindruck bei, die SED vertrete die Interessen der Besatzungsmacht und sei daher nichts als eine »Russenpartei«.⁵⁰

Des fehlenden politisch-psychologischen Rückhalts ungeachtet, hielten Kreml und SED-Führung das Konzept der Machteroberung aufrecht, das die aufeinanderfolgende Bildung zunehmend enger gezogener »Bündnisse« und dementsprechend die Isolierung und Beseitigung immer neuer »Reaktionäre« vorsah. Das Rezept diente schon seit Herbst 1945 zur fortschreitenden Schwächung und Entselbständigung der beiden bürgerlichen Parteien, insbesondere der Christdemokraten, die als die größere Herausforderung galten. In Moskauer Sicht war die Bodenreform nicht nur ein politischer Zweck, sondern ebenso sehr auch ein Mittel zur Stärkung der kommunistischen Macht. Daher zeigten SMAD und SED-Führung kein Interesse an den Verständigungsmöglichkeiten, welche die beiden CDU-Vorsitzenden Hermes und Schreiber offen ließen, als sie ihre Einwände auf Härten und Ungereimtheiten der Landenteignungskampagne konzentrierten. Mit voller Absicht stellten sie die zwei Politiker in die Ecke »reaktionärer« Reformfeinde. Der ihnen zugeschriebene unbedingte Widerstand hielt als Grund her für eine Kampagne, die in Öffentlichkeit und Partei Druck zu ihrer Ablösung erzeugen sollte. Dabei stellte sich, ungeachtet massiver Interventionen und Manipulationen der SMAD, nur unzureichender Erfolg ein: Nur ein kleinerer Teil der im Dezember 1945 zusammengeholt und präparierten CDU-Landesvorsitzenden war unter dem Druck direkter sowjetischer Aufsicht zur Absetzung bereit; Oberst Tjul'panov sah sich daher genötigt, den vorgesehenen Führungswechsel durch Befehl zu erzwingen.⁵¹ Analoges spielte sich gleichzeitig in der LDP ab. Die Vorgänge entsprachen den Moskauer Überlegungen vom Vorjahr – mit dem einzigen

49 Stefan CREUZBERGER, *Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar 1996*, S. 44–110.

50 Ebd., S. 111–116; Norman M. NAIMARK, *The Russians* (wie Anm. 2), S. 69–140; D.N. Fillippovych, *Sovetskaja Voennaja Administracija v Germanii: voenno-političeskij aspekt dejatel'nosti (1945–1949gg.)* [privat vervielfältigt], Moskau 1995, S. 57 f. [aufgrund von GARF-Akten]; M. I. Semirjaga, a.a.O., S. 311–327; Alexei Filitov, *The Soviet Administrators and Their German »Friends«*, in: Norman NAIMARK /Leonid GIBIANSKI (Hrsg.) *The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe, 1944–1949*, Boulder/CO 1997, S. 412–416; Klaus-Dieter MÜLLER, »Wir dachten, der Krieg ist vorbei...«, in: *Deutschland Archiv* 3/1997, S. 412–416; Andreas MALYCHA, *Die Illusion der Einheit*, in: Michael LEMKE, *Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953)*, Köln 1999, S. 86–103.

51 Näheres bei Gerhard WETTIG, *Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945–1948 im Spiegel sowjetischer Akten*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 6 (1999), S. 114–119.

Unterschied, dass der damals einkalkulierte Druck der »Volksmassen« fehlte und durch den starken Arm der Besatzungsmacht ersetzt werden musste.

Wie nach dem Aktionsprogramm von 1944 zu erwarten, war dies lediglich ein Anfang. Es mochte zwar zunächst nach außen hin so scheinen, als sei der neue 1. Vorsitzende der CDU, Jakob Kaiser, ein Mann im Sinne Moskaus: Er bejahte die Bodenreform ohne Einschränkungen und glaubte, dass die christlichen Überzeugungen seiner Partei mit dem sozialistischen System verbinden ließen. Aber die politische Übereinstimmung war von Anfang an eine Illusion. Der Sozialismus nach Kaisers Vorstellung hatte mit dem Sowjetsystem nichts zu tun, das den Kommunisten allein als sozialistisch galt; die Idee des CDU-Politikers, dass Deutschland eine politische Brücke zwischen Ost und West bauen solle, war zwar für die sowjetische Seite im Augenblick taktisch vorteilhaft, widersprach aber ihren grundlegenden Absichten; von Anfang an bestand ein unaufhebbarer Gegensatz zwischen dem Anspruch der Partei auf demokratisch-autonome Selbstbestimmung und dem Willen der Besatzungsmacht, sich die deutsche Politik mittels des »antifaschistisch-demokratischen Blocks« und der darin der KPD/SED zugewiesenen »führenden Rolle« unterzuordnen. Zunächst erschien es freilich nicht opportun, die Gegensätze sichtbar zu machen. Es galt vielmehr, die »Entlarvung« und die nachfolgende Ausschaltung der »reaktionären« Kräfte schrittweise weiter voranzutreiben.⁵²

Sowjetische Besatzungspolitik nach dem Übergang zur Konfrontation mit den Westmächten

Die vier Okkupationsmächte hatten in Deutschland 1945 die »oberste Gewalt« übernommen und deren gemeinsame Ausübung vereinbart. Die vier Militärgouverneure bildeten einen Alliierten Kontrollrat. Diesem wurde die Entscheidung über die Angelegenheiten des Landesganzes zugewiesen, ohne dass festgelegt worden wäre, wo die Grenze zu den zonal-partikularen Fragen lag. Das nutzte die sowjetische Seite dazu, im eigenen Besatzungsgebiet allein nach eigenem Gutdünken zu handeln, zugleich aber Mitbestimmungsansprüche bezüglich der Westzonen anzumelden. Sie forderte insbesondere eine Vier-Mächte-Kontrolle über das ausschlaggebende Industriepotential an der Ruhr und legte ihr Veto gegen alle Maßnahmen ein, mit denen die beiden angelsächsischen Staaten eine Selbstversorgung ihrer vom Hunger bedrohten Zonen zu erreichen suchten. In London und Washington kam man zu dem Schluss, dass nicht nur die Ernährungsfähigkeit Westdeutschlands auf dem Spiel stehe. Dessen Produktionsressourcen seien zugleich entscheidend für die wirtschaftliche Erholung des danieder liegenden Westeuropas insgesamt. Das am 5. Juni

52 Ebd., S. 120–123.

1947 von Außenminister Marshall angekündigte Hilfsprogramm bezog daher die Westzonen von vornherein mit ein. Stalin sah seine Erwartungen durch den amerikanischen Schritt auf dreifache Weise enttäuscht: Die USA entzogen den deutschen Westen seiner Mitsprache, ließen den Gedanken an ein baldiges Disengagement diesseits des Atlantik fallen und richteten ihr Bemühen auf Konsolidierung und Stärkung des seiner Macht nicht unterworfenen Teils von Europa. Der sowjetische Führer reagierte mit äußerster Feindseligkeit. Er leitete eine Politik offener Konfrontation ein und schloss die Staaten seines Herrschaftsbereichs und die kommunistischen Parteien im Westen zu einer Kampffront unter der Parole zweier antagonistischer Lager zusammen.⁵³

Unter den veränderten Umständen war der Kreml nicht länger darum bemüht, in Deutschland Rücksicht auf Empfindlichkeiten der westlichen Demokratien zu nehmen. Im Gegenteil ging es jetzt um ein möglichst abweisendes, feindliches Verhalten. Je mehr die östliche Seite den Westmächten, vor allem den USA, Abbruch tun konnte, desto besser. Die UdSSR intensivierte den auf Machtkonzentration und Systemtransformation gerichteten Kurs in der SBZ, um diese als sozialistische Bastion in Deutschland und Europa auszubauen. Die dabei vermehrte Repression wurde – so wie in den Volksdemokratien im Osten – mit der These des sich im Innern wie nach außen »verschärfenden Klassenkampfes« begründet. Aufgrund von Instruktionen aus Moskau leitete der II. SED-Parteitag im September 1947 die Entwicklung zur »Partei neuen [d.h. sowjetischen] Typus« und zur Verwirklichung einer – dem kommunistischen Apparat übertragenen – »Volkskontrolle« in Verwaltung und Wirtschaft ein.⁵⁴ Ende des Jahres begannen die Okkupationsbehörden, in den bürgerlichen Parteien einen Prozess völliger Unterwerfung in Gang zu setzen; einige Monate später folgte die Gründung von NDPD und DBP durch kommunistische Kader, die dazu bestimmt waren, den national gesinnten Teil der Bevölkerung und die früheren NSDAP-Mitglieder und Wehrmachtangehörigen bzw. die

53 Georges CATROUX, *J'ai vu tomber le rideau de fer a Moscou 1945–1948*, Paris 1952, S. 247–260; M.M. NARINSKIJ, *SSSR i plan Maršalla*, in: *Novaja i novejšaja istorija* 2/1993, S. 11–17; Nataliia I. EGOROVA, *Stalin's Foreign Policy and the Cominform, 1947–1953*, in: Francesca GORI/Silvio PONS (Hrsg.), *The Soviet Union and Europe in the Cold War*, London 1996, S. 197 f.; Giuliano PROCACCI (Hrsg.), *The Cominform. Minutes of the Three Conferences 1947/1948/1949* [Dokumente im russ. Original und in engl. Übersetzung], Mailand 1994, S. 3–461.

54 S. Tjul'panov an V. Semënov, 1. Aug. 1947, AVPRF, 0457a, 6, 32, 25, Bl. 49–57; Generalleutnant V. Makarov an Kuznecov (ZK-Apparat), 14. Okt. 1947, RCChIDNI, 17, 128, 358, Bl. 74–91; M.I. Semirjaga, a.a.O., S. 59; Pieck-Notizen über Mitteilung Gyptners vom 26. Juli 1947, über sowjetischen Bericht vom 19. Aug. 1947, über Besprechung bei Marschall Sokolovskij am 28. Aug. 1947, über sowjetischen Referatstext von Ende August/Anfang September 1947 und über Besprechung mit Generalleutnant Makarov am 8. Sept. 1947, in: R. BADSTÜBNER/W. LOTH, (wie Anm. 35), S. 130, 131–134, 137–143, 147–149, 149–151, 161–172, 173 f.

ländlichen Gesellschaftsschichten unter die Kontrolle der SED zu bringen und so den bürgerlichen Parteien möglichst viele Anhänger zu entziehen.⁵⁵ Von den umbesetzten Führungsgremien nach unten fortschreitend, wurde die Gleichschaltung von CDU und LDP vorangetrieben. Es hätte in der Logik des Vorgehens wie des Aktionsprogramms von 1944 gelegen, wenn die beiden Parteien früher oder später aufgelöst worden wären. Dagegen sprach jedoch, dass das SED-Regime entgegen der seinerzeitigen Prognose weder im Innern hinreichend gefestigt war noch über einen gesamtdeutschen Machtbereich verfügte.

Eine bürgerliche Fassade zur Täuschung der »Klassenfeinde« erschien zweckmäßig. Deshalb hielt der Kreml an der Existenz von CDU und LDP fest, die aber weitreichende Schwächungen ihrer Position im politischen Gefüge der SBZ hinnehmen mussten. Bei der Einberufung des 1. Deutschen Volkskongresses Ende 1947 wurde der Parteienblock durch Beteiligung zahlreicher von kommunistischen Kadern beherrschter »gesellschaftlicher Organisationen« erweitert. Wie intern erläutert wurde, sollte das damit verbundene Paritätsprinzip, das jedem Mitglied eine Stimme zuwies, einer völligen Marginalisierung der bürgerlichen Kräfte dienen.⁵⁶ Anlässlich der Wahlen zum 3. Volkskongress im Mai 1949 wurden Einheitslisten eingeführt, die der SED

55 S. Tjul'panov an M. Gribanov, 8. Dez.1947, AVPRF, 082, 34, 154, 79, Bl. 2–4; A. Smirnov an V.S. Semenov, 26. Jan.1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 33; März Europ. Abt. des sowj. Außeministeriums, Položenie v ChDS, 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 65–68; S. Tjul'panov, Zamečanja po spravke »O položenii v ChDS« [Bemerkungen zur Auskunft »Über die Lage in der CDU«], 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 61 f.; S. Tjul'panov an L. Baranov im ZK der VKP(b), 24. März 1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 8 f.; S. Tjul'panov an L. Baranov im ZK der VKP(b) [damaliger Name der KPdSU], 7. Mai 1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 103–105; S. Tjul'panov, Položenie v ChDS sovsckoj zony i Berlina, 3. Mai 1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 62–87; S. Tjul'panov an V. Seměnov, 7. Mai 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 99–102; Buržuzaznye partii sovsckoj zony okkupacii Germanii (po materialam PV GSOV v Germanii), 24. Mai 1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 127–135; S. Tjul'panov an V. Seměnov, 25. Mai 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 113; S. Tjul'panov an L. Baranov im ZK der VKP(b), 28. Mai 1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 136–138; Aufzeichnung von Oberst Tjul'panov für L. Baranov im ZK der VKP(b), o.D. [Ende Mai 1948], RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 140–145; S. Tjul'panov, O karaktere i zadáčach NPDG, L. Baranov im ZK der VKP(b) am 12. Juni 1948 zugeleitet, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 146–157; S. Tjul'panov an V. Seměnov, 16. Sept. 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 185–189; Major Mamontov [Stellv. Tjul'panovs] an V. Seměnov, 6. Sept.1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 183f.; S. Tjul'panov an V. Seměnov, 29. Sept.1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 190–195; Oberstleutnant Guljaev an V.S. Seměnov, 4. Dez.1948, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 297–299; Gardeoberst Radionov an V.S. Seměnov, 6. Jan. 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 11, Bl. 1–6; S. Tjul'panov an V. Seměnov, 9. Febr. 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 1–4; S. Tjul'panov an V. Seměnov, 25. März 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 71–80; S. Tjul'panov an V. Seměnov, 13.4.1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 53–61; Trěchletnij opyt raboty Upravlenie informacii SVAG (oktjabr' 1945 – oktjabr' 1948gg.) [Dokument aus Beständen des RCChIDNI, dessen Kenntnis ich Hermann-Josef Rupieper verdanke], Bl. 62–87.

56 W. Ulbricht an M. Suslov, 12. Dez.1947, RCChIDNI, 17, 128, 1098, Bl. 7.

die Benennung aller Kandidaten erlaubten und die Aufteilung der Mandate vor dem Urnengang festlegten.⁵⁷ Zugleich wurden auch die bürgerlichen Kräfte auf das Prinzip des »demokratischen Zentralismus« verpflichtet, dem zufolge sich alle mit gefassten Beschlüssen (die von der SED-Führung bzw. der SMAD bestimmt wurden) vorbehaltlos zu identifizieren hatten. Jedweder Widerspruch und Einwand war von vornherein unter Strafe gestellt; CDU und LDP unterlagen der gleichen Disziplin wie die Mitglieder der marxistisch-leninistischen »Kader- und Kampfpartei«.⁵⁸ Solcherart nicht nur den Beschlüssen der Kommunisten, sondern auch ihrer uneingeschränkten, durch Strafbestimmungen abgesicherten Aufsicht unterworfen, erschienen die beiden Parteien – ebenso wie NDPD und DBP – geeignet, die bürgerlichen Schichten in der SBZ zur Mitwirkung am »demokratischen Aufbau« zu veranlassen und als Instrumente der Einflussnahme auf das bürgerlich dominierte Westdeutschland zu dienen.⁵⁹

Wie Stalin den SED-Führern klarmachte, bedeutete der Wegfall der Rücksichten auf die Westmächte nicht, dass man nunmehr einen unverhüllt sozialistischen Kurs steuern konnte. Die fortgesetzte Zurückhaltung hatte einen guten Grund: Die Unterstützung der Deutschen, deren nach wie vor »zurückgebliebenes Bewusstsein« einkalkuliert werden musste, war angesichts der offenen Konfrontation mit den westlichen Besatzungspartner notwendiger denn je, konnten diese doch, falls überhaupt, nur durch politische Mobilisierung der Deutschen, vor allem in den Westzonen, aus dem Land gedrängt werden. Deswegen teilte Stalin nicht die Meinung der ostdeutschen Spitzenfunktionäre, dass nun die Zeit zur »Einschränkung der kapitalistischen Elemente durch die Steuerpolitik und andere Maßnahmen« gekommen sei. Er machte geltend, vorerst solle es keine Enteignungen geben, denn diese Angelegenheit sei »noch nicht herangereift«. Schritte gegen die Kapitalisten in der SBZ würden nur das kommunistische Regime schwächen; der »Weg zur Volksdemokratie« sei »noch verfrüht«. »Einzelne Spekulanten« müsse man zwar bestrafen, doch dürfe man nicht den Eindruck schaffen, dass die »Gruppe der Kapitalisten insgesamt« bekämpft werden müsse. Als entscheidenden Beweggrund nannte der sowjetische Führer die »komplizierte Lage« in Deutschland, die dazu nötige, »nicht direkt zum Sozialismus [zu] gehen, sondern im Zick-Zack.« Die schwierigen Lage diktiere »Umgehungsmanöver« und eine »vorsichtigeren Politik«, insbesondere ein vorläufiges Festhalten an der Koalition

57 Michael RICHTER, *Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die CDU*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom DEUTSCHEN BUNDESTAG, Bd. II/4, Baden-Baden 1995, S. 2553.

58 Ebd., S. 2554.

59 3. Europ. Abt. des sowj. Außenministeriums, *Položenie v ChDS*, 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 67 f.

aller »demokratischen Kräfte« und an gemeinsamen Forderungen. Nur so lasse sich »ganz Deutschland [miteinander] verbinden und [zugleich] der Einfluss der Schumacher-Leute abwehren.« Darum müssten hier vorläufig ganz andere Frage in den Mittelpunkt gerückt werden als in den Volksdemokratien. In diesem Sinne erklärte Stalin eine »opportunistische« Politik für unerlässlich.⁶⁰

Die Leitlinie änderte sich erst, als der Kreml 1952 zu dem Schluss kam, dass auf absehbare Zeit nicht mit einem einheitlichen Deutschland unter seiner Regie zu rechnen sei. Die SED-Führung erhielt die Erlaubnis, auf der II. Parteikonferenz Anfang Juli den »Aufbau des Sozialismus« zu verkünden und Maßnahmen des unverhüllten »Klassenkampfes« gegen das Bürgertum zu beschließen. Erklärtermaßen ging es nunmehr darum, die alte Eigentumsordnung grundlegend zu verändern und mit allen »bürgerlichen Überresten« Schluss zu machen.⁶¹ Nachdem die Verankerung der Bundesrepublik im westlichen Bündnissystem bis auf weiteres unabänderlich schien, sollte die DDR zur unerschütterlichen Basis von System und Macht der UdSSR ausgebaut werden. Der Kurs auf volle Verwirklichung des Sowjetmodells bedeutete nicht die Beseitigung der bürgerlichen Parteien: Diese waren zum einen jeder politischen Potenz beraubt und erschienen zum anderen nützlich als politische Organe sowohl zur Kontrolle der bürgerlichen Volksschichten in der DDR (die ja in ihrer großen Masse physisch weiterlebten) wie auch zur Beeinflussung der westdeutschen Öffentlichkeit (der man auf lange Sicht das Bewusstsein zu vermitteln hoffte, die UdSSR setze sich im Unterschied zu den Westmächten für das nationale Interesse ein⁶²).

60 Stalin im Gespräch mit den SED-Führern, 18. Dez. 1948, wiedergegeben von Wladimir K. WOLKOW, *Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952)*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 1/2000, S. 36 f.

61 Die wesentlichen Dokumente finden sich in: Walter ULBRICHT, *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. IV, [Ost-]Berlin 1964, S. 409, 423; *Dokumente zur Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. 4, [Ost-]Berlin 1954, S. 70–72; Neues Deutschland, 13. Juli 1952, *Pravda*, 13. Juli 1952. Zum Entscheidungshintergrund s. insbes. Gespräch Stalins mit den SED-Führern, 7. April 1952, wiedergegeben in: W.K. WOLKOW (wie Anm. 50), S. 44–47; Semënov an Čujkov/Kaverznev/Petrov/Maširin/Il'ičëv/Orlov 4. Juli 1952, AVPRF, 0457a, 13, 68, 13, Bl. 16–20; A. Maširin an V.S. Semënov, 5. Juli 1952, AVPRF, 0457a, 13, 68, 14, Bl. 46–51.

62 Die Erfüllung von Stalins Erwartung, dass die Bundesrepublik langfristig in einen kriegerischen Konflikt mit den Westmächten geraten werde (*Stenogramma peregovorov I.V. Stalina s Čžou En'laem v avguste-sentjabre 1952g.*, in: *Novaia i novejšaja istorija* 2/1997, S. 84; Rechenschaftsbericht vor dem XIX. KPdSU-Parteitag, in: *Pravda*, 3. Okt. 1952), setzte voraus, dass die Westdeutschen dann die UdSSR nicht als Bedrohung, sondern als wohlgesinnte Macht ansehen würden. Ihnen diese Vorstellung zu vermitteln, war in Stalins letztem Jahr der Zweck der östlichen Wiedervereinigungspropaganda, deren Thesen in einem deutlichen Gegensatz zu der internen Überzeugung des Kreml standen, dass der Erfolg der Bonner Integrationspolitik nicht mehr zu verhindern sei.

Fazit

Wenn man die Entwicklung der sowjetischen Besatzungspolitik aus einer weitgespannten Perspektive betrachtet, entsteht der Eindruck eines ebenso einheitlichen wie konsequenten Vorgehens. Es gab zwar folgenschwere Fehlentscheidungen mit kontraproduktiver Wirkung (wie insbesondere die ständige Überstrapazierung der amerikanischen Frustrationstoleranz in den ersten beiden Nachkriegsjahren), aber unter Berücksichtigung der zugrunde liegenden, oft ideologisch bedingten Fehlwahrnehmungen hat alles seine innere Logik. Dem scheint der Umstand zu widersprechen, dass – zweifelsfrei belegt ist dies für die Zeit der programmatischen Arbeit – zwei politische Linien parallel laufen konnten. Es handelt sich dabei freilich nicht um einen Fall »bürokratischer Politik« mit Verfechtern gegensätzlicher Standpunkte, wie man ihn aus westlichen Staaten kennt: Stalin vertrat die Forderung nach Zerstückelung Deutschlands in Verhandlungen mit den angelsächsischen Mächten und steuerte zugleich durch direkte wie indirekte Instruktionen die KPD-Kommission, deren Überlegungen ein einheitliches, zentral gelenktes Deutschland voraussetzten.

Auch wenn der Hintergrund nicht durch Quellenzeugnisse aufgehellt ist, so lässt doch die Tatsache, dass sich Stalin mit beiden Positionen identifizierte, auf ein bewusstes Nebeneinander zweier Optionen schließen. Im Augenblick der Entscheidung ließ sich dann die eine oder die andere wählen. Im internen Moskauer Entscheidungsprozeß wurde freilich von vornherein den beiden Politiklinien unterschiedliche Wertigkeit beigemessen: Während der oberste Führer die programmatische Arbeit laufend im Auge hatte, kümmerten sich weder er noch irgendeiner seiner Mitarbeiter um die Entwürfe des Außenministeriums. Als die Lage bei Kriegsende Anlass zu der Hoffnung gab, die UdSSR könne entscheidenden Einfluss auf das besetzte Deutschland ausüben, wurden die Teilungspläne Makulatur und die Wahrung der deutschen Einheit bildete fortan die erklärte Leitlinie der sowjetischen Politik.

Das Urteil darüber, ob sich Stalins Deutschland-Politik an die 1944 formulierten Vorstellungen hielt, muss berücksichtigen, dass es sich um ein Programm – und nicht etwa um einen Plan – handelte. Es wurde nur eine Zielperspektive aufgestellt, der man sich mit Hilfe verschiedener, näher benannter Schritte zu nähern gedachte. Zwar wurden die allgemeine Orientierung und die Art der in Gang zu setzenden Prozesse, nicht aber die Reihenfolge der einzelnen Schritte verbindlich festgelegt. Auch wenn unvermeidlich ein Bild des anvisierten Vorgehens umrisshaft entworfen werden musste, so blieb dieses doch unbestimmt genug, um gemäß den sich entwickelnden Situationen und/oder neu präferierten Einzelaspekten unterschiedliche Handlungsoptionen zu gestatten. Welche Umstände, Konstellationen und Probleme dabei zu verschiedenen Zeiten auftreten würden, blieb, von sehr allgemein gehaltenen Antizipationen abgesehen, im Dunkel der Zukunft, so dass daraus auch keine kla-

ren Vorstellungen über das erwidern Handelns folgen konnten. Die künftig zu treffenden Entscheidungen blieben damit grundsätzlich offen. Als Urteilkriterium kommt daher in Betracht, ob die sowjetische Führung zusammen mit ihren Helfern an der Spitze der KPD/SED in den folgenden Jahren das 1944 definierte Ziel im Auge hatte und zu dessen Erreichung die damals vorgesehenen Maßnahmen verwendete.

In der Tat traten Entwicklungen und Situationen ein, die bei Erstellung des Aktionsprogramms nicht vorausgesehen worden waren. Unerwartet war insbesondere das Anwachsen der SPD zu einer die »führende Rolle« der KPD bedrohenden Kraft. Man war davon ausgegangen, dass die Kommunisten als die Partei, welche die Interessen der Werktätigen am klarsten und konsequentesten verträten, selbstverständlich den stärksten Zulauf haben würden. Dass sich die Dinge anders entwickelten, war eine Überraschung. Angesichts dessen griff der Kreml zu einer Aushilfe, die dem dringlichsten Interesse, der Sicherung der kommunistischen Führungsrolle, Vorrang vor dem längerfristigen Erfordernis einer marxistisch-leninistischen Parteiorganisation einräumte. Auch das Ausscheren der Westmächte aus der Bindung an das Einvernehmen mit der UdSSR war 1944 in Moskau nicht vorausgesehen worden. Dem lag zugrunde, dass sich die sowjetische Führung nicht die negative Reaktion vorstellen konnte, welche die einseitige Handhabung des vereinbarten Kooperationsverhältnisses auf westlicher Seite hervorrief. Das wiederum erklärt Stalins abrupten Politikwechsel: Er sah sich als Opfer eines üblen Manövers, durch das er über die amerikanischen Absichten in Europa getäuscht worden war.⁶³ Im Zuge der offenen Ost-West-Konfrontation wurde die Transformationspolitik in der SBZ entgegen der ursprünglichen Absicht beschleunigt und verschärft.

Nicht auf eine Veränderung äußerer Umstände, sondern auf Stalins Wahl (deren Beweggründe sich den derzeit verfügbaren Quellen nicht entnehmen lassen) ist das zeitliche Vorziehen der Bodenreform zurückzuführen. Eine Änderung der politischen Richtung war nicht beabsichtigt: Die westlichen Verbündeten und die deutsche Öffentlichkeit sollten dadurch nicht vor den Kopf gestoßen werden, denn als Zweck wurde die Vollendung der bürgerlichen Demokratie durch Einbeziehung des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Bereichs genannt. Es gehört zu den Besonderheiten von Stalins Politik, dass darin ein Moment bewusster Täuschung lag: In Wirklichkeit ging es – wie 1944 vor-

⁶³ Roosevelt hatte in Jalta bei ihm die Zuversicht geweckt, die USA seien an Europa desinteressiert und daher brauche die UdSSR keine übermäßigen Rücksichten nehmen. Mit der Ankündigung des Marshall-Plans aber stellte sich das Gegenteil heraus. Dass sich die amerikanische Haltung von 1945 bis 1947 grundlegend geändert und dass die sowjetische Asymmetrie-Politik in Deutschland dabei eine äußerst wichtige Rolle gespielt hatte, wurde in Moskau nicht gesehen.

gesehen – um Unterminierung der bürgerlichen Ordnung.⁶⁴ Die Absicht in den zwei ersten Nachkriegsjahren, das Einvernehmen mit den Westmächten nicht zu gefährden, kommt auch darin zum Ausdruck, dass die sowjetische Seite gemäß ihrem Aktionsprogramm an den interalliiert verabredeten Wahlen festhielt, obwohl, wie die Spitzenfunktionäre der SED zu recht geltend machten, ernstliche politische Risiken damit verbunden waren. An diesem Punkt tritt ein weiteres Spezifikum des Vorgehens zutage: der Wille und die Fähigkeit, gemachte Zugeständnisse durch konterkarierende interne Maßnahmen – im vorliegenden Falle durch Wahlmanipulation – so weit wie möglich unwirksam zu machen.

Nachdem der offene Bruch mit den Westmächten 1947 die bisherigen Rücksichten auf diese überflüssig gemacht hatte, erschien es dem Kreml gleichwohl weiterhin zweckmäßig, sich den Anschein des Verzichts auf Systemänderung zu geben. Bis zur Proklamierung des »Aufbaus des Sozialismus« 1952 wurden im Blick auf das westdeutsche Publikum Reizvorstellungen wie »Veränderung der Eigentumsordnung«, »Diktatur des Proletariats«, »Sozialismus« und »Volksdemokratie« peinlich vermieden. Auch als es zu diesem Zeitpunkt so erschien, als ob nichts mehr die rasche Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis aufhalten könne, hielt die UdSSR in Abweichung vom Aktionsprogramm des Jahres 1944 am bisherigen Bestehen mehrerer Parteien fest. Dabei handelt es sich offensichtlich um eine Anpassung der damaligen Vorstellungen an unvorhergesehene Umstände: Zum einen war es dem SED-Regime nicht gelungen, sich in dem Maße, wie es vorgesehen gewesen war, in den »Volksmassen« zu verwurzeln, so dass es eines größeren Netzwerks

64 »Faschismus« und »Militarismus«, deren »Wurzeln« erklärtermaßen ausgerottet werden sollten, waren nach marxistisch-leninistischer Doktrin (die dem breiten Publikum wohlweislich zunächst nicht erläutert wurde) Ergebnisse der bürgerlichen Ordnung. Daraus folgte, dass nur die Bekämpfung und Beseitigung dieser Ordnung zur Befreiung vom »faschistischen« und »militaristischen« Übel führen konnte. Daraus leitete der Kreml seine Interpretation des Potsdamer Drei-Mächte-Abkommens vom 2. Aug. 1945 ab, der zufolge die westlichen Staaten (als vertragschließende Parteien) und die Deutschen (als den Beschlüssen der Besatzungsmächte unterworfenen Volk) verpflichtet waren, die Transformationsmaßnahmen in der SBZ nicht nur zu akzeptieren, sondern ihnen auch ihrerseits Folge zu leisten, wie Molotov auf den Pariser Sitzungen des Außenministerrates der Vier Mächte 1946 ausdrücklich forderte: W.M. MOLOTOV, *Fragen der Außenpolitik. Reden und Erklärungen April 1945 – Juni 1948*, Moskau 1949, S. 375–468; TASS-Kommentar vom 2. Mai 1946, in: *Izvestija*, 4. Mai 1946 [gekürzte deutsche Übersetzung in: *Tägliche Rundschau*, 4. Mai 1946]; TASS-Kommentar vom 16. Juni 1946, in: *Izvestija*, 18. Juni 1946 [ungenau deutsche Übersetzung in: *Tägliche Rundschau*, 18. Juni 1946]; D.D. MONIN, *Germanskaja problema. Stenogramma public'noj lekcii 30-go janvarja 1947g.*, Moskau 1947; L.Ja. ZIMAN, *Rurskij vopros. Stenogramma public'noj lekcii 8-go aprlja 1947g.*, Moskau 1947; D.D. MONIN, *Federacija ili edinoe gosudarstvo. Stenogramma public'noj lekcii 17-go aprlja 1947g.*, Moskau 1947; *Obsuždenie v SSSR amerikanskogo predložženija o zaključenii dogovora o razoruženii i demilitarizacii Germanii (1945–1947gg.)*, in: *Meždunarodnaja žizn'* 8/1996, S. 72.

sozial vermittelnder »Transmissionen« bedurfte, und zum anderen war die östliche Herrschaft entgegen den bei Kriegsende gehegten Erwartungen auf das sowjetisch besetzte Gebiet beschränkt geblieben, was die Verfügung über Organisationen zweckmäßig erscheinen ließ, die Verbindungen zum bürgerlich dominierten deutschen Westen anknüpfen und pflegen konnten. Seit den späten vierziger Jahren besaß das Mehrparteiensystem in der SBZ/DDR freilich nur noch formalen Charakter: In der Sache war das vorgesehene Machtmonopol der kommunistischen Partei spätestens Anfang der 50er Jahre uneingeschränkt verwirklicht.

Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen 1945–1952. Eine bürgerliche Partei aus dem Blickwinkel der Besatzungsmacht

Von Stefan Donth

Vorbemerkungen

Trotz zahlreicher neuerer Arbeiten steht die Forschung zur Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) gegenüber der CDU nicht zuletzt aufgrund der Situation in den russischen Archiven erst am Anfang.¹ Erste Untersuchungen nach dem Wegfall der politischen Restriktionen nach 1989/90 haben unseren Kenntnisstand zur Geschichte der CDU in Sachsen wesentlich erweitert.²

1 Bernd BONWETSCH u.a. (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjulpanov* (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20), Bonn 1998. Stefan CREUZBERGER, *Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 3), Weimar–Köln–Wien 1996. Jan FOITZIK, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 44), Berlin 1999. Norman NAIMARK, *The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation*, Cambridge/London 1995. Alexandr HARITONOW, *Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945–1949* (Dresdner Historische Studien, Bd. 2), Weimar 1995. Gerhard WETTIG, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955*, München 1999.

2 Manfred AGETHEN, *Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953*, in: Jürgen FRÖLICH (Hrsg.), »Bürgerliche Parteien« in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1994, S. 47–72. Ralf BAUS, *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik* 2 (1995), S. 83–117. Ralf BAUS/Volkmar HÄNEL, »Wir gehören alle zusammen ...«. *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945*, in: *Das Forum der Sächsischen Union* 7 (1998), S. 4–30. Günter BUCHSTAB (Hrsg.), *Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation*, Düsseldorf 1998. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), Düsseldorf² 1991. Hermann WENTKER, *Die Anfänge der bürgerlichen Parteien unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung (1945/46)*, in: Hartmut MEHRINGER (Hrsg.), *Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone*, München 1999, S. 189–214. Gerhard WETTIG, *Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945 im Spiegel sowjetischer Akten*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik* 6 (1999), S. 109–137. Manfred WILDE, *Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg*, München 1998. Stephan ZEIDLER, *Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952–1953*, Hamburg 1996.

Ein Forschungsdesiderat blieb dabei jedoch die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüber der sächsischen Union, ohne deren Berücksichtigung die Geschichte der Partei von 1945 bis 1952 nur lückenhaft dargestellt werden kann.

Ziel dieser Studie ist es deshalb, anhand sowjetischer Archivalien den spezifischen Anteil der Besatzungsmacht an der Gleichschaltung der sächsischen Union herauszuarbeiten. Dabei ist zu klären, welche Ziele verfolgt und mit welchen Instrumentarien diese durchgesetzt wurden. Wesentlich ist dabei die Sicht der Akteure auf sowjetischer Seite. Auf die Politik der SED gegenüber der CDU – insbesondere im Landesblock – kann hier nur am Rande eingegangen werden. Die Studie stützt sich auf Unterlagen der SMAD-Propaganda-/Informationsverwaltung sowie der entsprechenden Abteilung der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen (SMAS), die im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), im Russischen Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte (RCChIDNI) und im Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation (AVP RF) eingesehen werden konnten.³ Außerdem wurden Aktenbestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), des Sächsischen Hauptstaatsarchives (SächsHStA) und des Archives für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) herangezogen.

Der erste Teil befasst sich mit dem Apparat und der Strategie der sowjetischen Besatzungsmacht zur Kontrolle und Lenkung der CDU. Vor diesem Hintergrund geht die Untersuchung im zweiten Teil auf die Politik der SMAD während der Gründungs- und Aufbauphase der sächsischen Union bis zu den Wahlen 1946 ein. Im dritten Teil verlagert sich der Schwerpunkt auf die mit der Absetzung Jakob Kaisers Ende 1947 verbundenen Säuberungsaktionen in Sachsen. Mit dem Abschluss der Gleichschaltung der sächsischen Union zwischen 1949 und 1952 beschäftigt sich der vierte Teil.

Apparat und Strategie der Besatzungsmacht zur Kontrolle und Steuerung der CDU

Die am 6. Juni 1945 gegründete SMAD war die zentrale Vertreterin sowjetischer Interessen in Deutschland und verfügte über eine große Machtfülle zur Steuerung und Kontrolle des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Neben der Dienststelle des Politischen Beraters, der das Außenministerium in der SMAD vertrat, rückte die SMAD-Propagandaverwaltung (seit 1947 Informationsverwaltung) als zentrale Behörde der SMAD zur Kontrolle und Lenkung der CDU

³ Zum besseren Verständnis der für die Untersuchung herangezogenen Quellen werden die Titel der Dokumente in deutscher Übersetzung wiedergegeben.

auf.⁴ Der Politische Berater Wladimir Semenov und der Leiter der Propagandaabteilung Oberst Sergej Tjulpanov trugen maßgeblich dazu bei, die Gleichschaltung der Union voranzutreiben und sie in die entstehende sozialistische Gesellschaftsordnung einzufügen. Dabei war die von Oberst Prokofij Nazarov geleitete »Abteilung für die Arbeit in den antifaschistischen Parteien« der SMAD-Propagandaverwaltung besonders wichtig.⁵ Die Mitarbeiter nahmen an allen wichtigen Zusammenkünften der Parteien teil, unterzogen alle Reden und Verlautbarungen der Zensur, trafen personalpolitische Entscheidungen und bestimmten mit Befehlen, Anweisungen, Anordnungen, »Hinweisen« und »Ratschlägen« in hohem Maße das politische Leben der SBZ⁶. Jede Partei wurde von einem speziellen Referenten »betreut«. Für die CDU war bis 1950 der Hauptmann und später Major Juri Kratin zuständig.⁷

In Sachsen entstand Anfang Juli 1945 die »Sowjetische Militärverwaltung des föderalen Landes Sachsen« (SMAS), die seit November 1945 über eine eigene Propagandaabteilung verfügte.⁸ Zum ersten Leiter wurde Oberstleutnant Vatik ernannt, dem 1947 Oberst Kuzminov und 1948 Oberst Krjukov nachfolgten. Bereits Ende 1945 ist in der SMAS-Propagandaabteilung eine »Abteilung Parteien« nachgewiesen, in der ein Referent alle Parteien »bearbeitete«. Erst nach den Wahlen 1946 baute die SMAD diese Abteilung aus. Nun war jeweils ein Referent für die einzelnen Parteien zuständig.⁹

In den Bezirkskommandanturen und großen Städten richtete die SMAS 1945 ebenfalls Propagandaabteilungen ein, während die Kreiskommandanturen diese erst im Oktober 1946 erhielten.¹⁰ Eine Sonderstellung innerhalb dieses Ap-

4 Anordnung für die Sowjetische Militäradministration über die Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland vom 6. Juni 1945. *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949*, Berlin (Ost) 1968, S. 51–53. B. BONWETSCH (wie Anm. 1), S. XXIX.

5 1946 arbeiteten im Apparat der SMAD-Propagandaverwaltung etwa 1.000 Mitarbeiter. B. BONWETSCH (wie Anm. 1), S. XXXI. S. CREUZBERGER (wie Anm. 1), S. 38. Übersicht der SMAD-Finanzabteilung vom 9. August 1946. Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF); fond (f.) 7317, opis (op.) 8, delo (d.) 36a, Bl. 444–446.

6 »Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948)« GARF f. 7317, op. 19, d. 1. J. FOITZIK (wie Anm. 1). N. NAIMARK (wie Anm. 1).

7 J. FOITZIK (wie Anm. 1), S. 466.

8 SMAD-Befehl Nr. 5 vom 9. Juli 1945. *Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland*, Sammelheft 1945, Berlin 1946, S. 13 f. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 2. GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 6. A. HARITONOW (wie Anm. 1), S. 50–54.

9 Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 2. GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 9 f. Anlage zur Anweisung der SMAD Nr. 015 vom 20. März 1946. GARF, f. 7317, op. 8, d. 36a, Bl. 93–106.

10 Vgl. die entsprechenden Stellenpläne in GARF f. 7317, op. 8, d. 38a.

parates nahm die Dresdner Stadtkommandantur ein, die einen großen Teil des politischen Lebens der Landeshauptstadt steuerte.¹¹

Parallel und relativ unabhängig von diesen »offiziellen« Strukturen verfügte die Besatzungsmacht über einen personell stark ausgebauten und relativ gut informierten Geheimdienst, zu dessen Aufgaben in besonderer Weise die Überwachung der CDU gehörte.¹² Mittels eines umfangreichen Netzes von Informanten, die aus unterschiedlichsten Gründen – von Druck, Erpressung bis hin zu einem willigen Eingehen auf sowjetische Vorgaben – mit den Sowjets »zusammenarbeiteten«, verfügte die Besatzungsmacht über oft genaue Einblicke in Interna der Partei.¹³

Nach Maßgabe des SMAD-Befehls Nr. 2 vom 10. Juni 1945 gestattete die Besatzungsmacht die Tätigkeit »antifaschistischer Parteien«. Diese mussten sich registrieren lassen und Mitgliederlisten hinterlegen. Die Arbeit der Parteien sollte sich »unter der Kontrolle der sowjetischen Militärverwaltung und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen« vollziehen. Damit hatte die sowjetische Besatzungsmacht zwar die Voraussetzungen für die Entstehung eines »pluralistischen deutschen Parteiensystems« geschaffen, gleichzeitig aber den Spielraum der Parteien durch Kontroll- und Lenkungsmöglichkeiten eingeengt.¹⁴

Die SMAD reagierte überrascht auf die Konstituierung der Union in Berlin am 26. Juni 1945, weil sie die Gründung des Zentrums und nicht die einer überkonfessionellen bürgerlichen Sammlungspartei erwartet hatte. Da eine Zersplitterung des bürgerlichen Lagers in sowjetischem Interesse lag, behinderte die SMAD in den folgenden Jahren die Zusammenarbeit beider bürgerlicher Parteien.¹⁵

11 Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 2. GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 6. A. HARITONOW (wie Anm. 1), S. 60.

12 J. FOITZIK (wie Anm. 1), S. 161 ff. Michael RICHTER/M. SCHMEITZNER, »Einer von beiden muss so schnell wie möglich entfernt werden«. *Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konfliktes mit Innenminister Kurt Fischer 1947*, Leipzig 1998, S. 79–84.

13 Im Nachlass Karl Buchheims haben sich Kopien seiner Berichte an die SMA erhalten. Der Leipziger CDU-Politiker berichtete Anfang 1947 beispielsweise über die Mehrheitsverhältnisse in den CDU-Gremien der Stadt und versuchte, die von den Sowjets protegierten Politiker zu diskreditieren. Die von ihm weitergegebenen Informationen dürften für die SMA weitgehend wertlos gewesen sein. Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP) I–188–001/3. Nicht alle CDU-Politiker waren jedoch so integer wie Buchheim. Vgl. dazu M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 90 f. und Ernst EICHELBAUM: Bericht über die Anfänge der CDU in der SBZ (in Leipzig). ACDP I–201–001.

14 Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der SMAD vom 10. Juni 1945. *Befehle SMA 1945* (wie Anm. 8), S. 9 f. Gerhard KEIDERLING, *Scheinpluralismus und Blockparteien. Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 45 (1997), S. 265–268. H. WENTKER (wie Anm. 2).

15 Bericht Burzevs an Ponomarev vom 11. Dezember 1945 über den Block. Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte (RCChIDNI) f. 17, op. 128, d. 796, Bl. 85–91. Stenogramm der Beratung der Kommission des ZK zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 19. September 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 150, Bl. 62 ff.

Besonders kritisch registrierte Tjulpanov die Verankerung der CDU im christlichen Milieu, da er dies als eine potentielle Gefahr einstufte, die seiner Ansicht nach die Widerstandsfähigkeit der Union erhöhte. Beide Kirchen, insbesondere die katholische, galten der Besatzungsmacht als »reaktionär«. Tjulpanov hatte bereits Ende 1945 darauf hingewiesen, dass die CDU bei kommenden Wahlen vor allem katholische Wähler auf sich vereinigen könnte und bezeichnete dies als »Gefahr«¹⁶.

Die Politik der SMAD bestand bis zur Gleichschaltung der CDU aus einer Reihe von Konstanten. Kennzeichnendes Element kommunistischer Nachkriegspolitik war die Blockpolitik. Mit dieser sollten Konkurrenten aus dem bürgerlichen Lager an Entscheidungen beteiligt, eingebunden und damit von einer Fundamentalopposition abgehalten werden. Der Block traf seine Entscheidungen einstimmig, so dass keine Politik gegen die KPD gemacht werden konnte. Die Parteien verpflichteten sich zu einer dauerhaften Zusammenarbeit. Das bedeutete für die Union faktisch einen weitgehenden Verzicht auf eine eigenständige Politik und implizierte das Verbot, gegen die von der Besatzungsmacht vorgegebene Politik zu opponieren.¹⁷

Es gehörte zu den wichtigsten Aufgaben der SMAD, die CDU in das von der KPD/SED dominierte politische System der SBZ mittels der Blockpolitik einzubinden. Damit sollte gewährleistet werden, dass die Union den gesellschaftlichen Umgestaltungsmaßnahmen zustimmte und in diesem Sinne auch die CDU im Westen Deutschlands beeinflusste. Dazu versuchte die SMAD, »progressive Kräfte« in der CDU zu stärken und »Reaktionäre« aus der Partei hinauszudrängen. Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Informationsverwaltung stand meist die »Arbeit mit den Kadern«. Gezielt baute die Besatzungsmacht »fortschrittliche« CDU-Politiker auf, um mit deren Hilfe innerparteiliche Auseinandersetzungen für Säuberungsaktionen nutzen zu können. Hier konnte die Besatzungsmacht auch auf Meinungsverschiedenheiten in der CDU aufbauen und diese geschickt in ihrem Sinne instrumentalisieren.¹⁸

16 Bericht Tjulpanovs über die politische Lage der SBZ vom 27. Dezember 1945. Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation (AVP RF), f. 0457b, op. 1, papka (p.) 2, d. 8, Bl. 120–130. »Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948)« GARF f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 241–245. Wolfgang TISCHNER, *Zur Formierung der katholischen Subgesellschaft in der SBZ/DDR 1945–1951*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 39 (1999), S. 299–324, S. 304ff. Wolfgang TISCHNER, *Die katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung der katholischen Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat*, i.E. G. WETTIG (wie Anm. 2), S. 113.

17 Siegfried SUCKUT, *Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfrontausschusses*, Köln 1986, S. 7–53. Protokoll der Versammlung des Parteiaktivs der SMAD vom 9. März 1949 mit den Ausführungen des Obersten SMAD-Chefs. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 682, Bl. 16.

18 »Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948)« GARF f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 65–87. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS

Bereits während des Krieges hatten KPD-Funktionäre im Moskauer Exil unter kriegsgefangenen deutschen Soldaten und Offizieren nach geeigneten Personen gesucht, die nach dem Ende der Kampfhandlungen innerhalb bürgerlicher Parteien in kommunistischem Sinne agieren sollten. Luitpold Steidle, der später in der CDU führende Funktionen bekleidete, gehörte zu denjenigen, die für eine derartige Aufgabe vorgeschlagen worden waren.¹⁹

Einen weiteren, integralen Bestandteil sowjetischer Besatzungsherrschaft stellten repressive Maßnahmen dar, von denen zahlreiche CDU-Mitglieder betroffen waren. Die Bandbreite war groß und reichte von Drohungen, Verhören bis hin zu Verhaftung, Verschleppung und Mord. Die im folgenden zu beschreibende Gleichschaltung der sächsischen Union war nur möglich, weil die SMAD die ihr zur Verfügung stehenden Zwangsmittel rigoros einsetzte und damit den Widerstand zahlloser CDU-Mitglieder überwand.²⁰

Die Sowjetische Militäradministration und die Gründung der CDU in Sachsen

Zur Gründungsgeschichte des sächsischen CDU-Landesverbandes hat Ralf Baus eine Reihe detaillierter Studien vorgelegt. Bereits im Sommer 1945 versuchte die SMAS, die autonomen lokalen Gründungen zu beobachten und zu beeinflussen. Die Entstehung einer bürgerlichen Sammlungspartei konnte die SMAS verhindern. Dazu trugen persönliche und sachliche Differenzen zwischen Christ- und Liberaldemokraten bei, die sich u.a. in von der SMA auch bewusst geschürten Konflikten bei sozialen Fragen sowie der Einführung des Religionsunterrichtes manifestierten. Bis zum Herbst 1945 band die Besatzungsmacht den Landesverband in den Block ein. Die SMAS bestätigte die Vorstandsmitglieder und genehmigte die Gründung der Kreisverbände.²¹ CDU-Verbände, die sich der Besatzungsmacht nicht unterordneten, wurden in einigen Fällen unter dem Vorwurf »faschistischer Tätigkeit« aufgelöst, wie im November 1945 in Aue/Schwarzenberg geschehen. Es war Aufgabe der

1945–1948, Teil 2. GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 44–47. Mängel der Arbeit der SMAD-Propagandaverwaltung bei der Führung der Parteien, Frauen-, Jugend- und anderen Organisationen. o.D. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 62–66. Sergej TJULPANOW, *Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee*, Berlin (Ost) 1987, S. 236–256.

19 Siehe für Georgi Dimitroff bestimmte Charakteristiken Erich Weinerts vom 15. September 1945. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 839, Bl. 126–129.

20 G. BUCHSTAB (wie Anm. 2).

21 Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 2. GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 44–47. Bericht Hauptmann Kratins über die Lage in der CDU vom 30. Oktober 1947. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 102–108. R. BAUS/V. HÄNEL (wie Anm. 2). R. BAUS (wie Anm. 2).

SMAS-Propagandaabteilung, dafür zu sorgen, dass alle CDU-Ortsgruppen eine Politik »im Geiste der Demokratisierung Deutschlands« betrieben. Das eröffnete der SMAS breite Einwirkungsmöglichkeiten.²²

Als Landesvorsitzender amtierte bis zu seinem von der SED erzwungenen Rücktritt 1950 der evangelische Theologe Hugo Hickmann (1877–1955). Seine Politik verfolgte die SMAS besonders intensiv und kritisch. Hickmann hatte im Block zwar der Durchführung der Bodenreform zugestimmt, der ersten wichtigen gesellschaftspolitischen Umgestaltungsmaßnahme der SMAD, lehnte diese aber nach Ansicht der SMAD innerlich ab. Hickmann spielte nicht mit offenen Karten, so der Vorwurf der Besatzungsmacht.²³

Ende 1945 zählte die CDU in Sachsen etwa 20.000 Mitglieder. Bis Dezember 1946 erhöhte sich die Zahl auf fast 60.000. Damit gehörte etwa ein Drittel aller CDU-Mitglieder in der SBZ dem sächsischen Landesverband an. Von der Mitgliederstruktur her ist die CDU als Volkspartei zu charakterisieren.²⁴

Schon im Sommer 1945 zeichneten sich die zentralen Konfliktpunkte im Verhältnis der SMAD zur CDU ab: Die Stellungnahmen der Union gegen die Demontagen sowie gegen die von der KPD initiierten gesellschaftlichen Umgestaltungsmaßnahmen wie die Bodenreform betrachtete die Besatzungsmacht als Verstoß gegen die im Block vereinbarten Grundsätze. Auch den vom CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes deutlich artikulierten Führungsanspruch seiner Partei nahm die SMAD als Bedrohung wahr.²⁵

Dabei wurde die Oder-Neiße-Grenze als einer der brisantesten Konfliktpunkte zwischen SMAD und Union von der Forschung oft unterschätzt.²⁶ Diese Frage rief bereits im August 1945 bei der Verabschiedung einer Resolution des Parteienblocks zum Potsdamer Abkommen eine ernste Krise der Blockpolitik hervor. Auch bei der Bodenreform und der Verabschiedung eines Blockaufrufs zur Unterstützung der Neubauern verweigerte die Union ihre Mitarbeit.²⁷ Darauf reagierte die SMAD Ende 1945 mit der Absetzung der

22 Befehl General Dubrovskijs Nr. 029 vom 21. November 1945. GARF f. 7212, op. 1, d. 5, Bl. 61.

23 Charakteristik Hugo Hickmanns vom 27. Oktober 1947 von Hauptmann Kratin. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 117–120. M. RICHTER, (wie Anm. 2), S. 413.

24 R. BAUS/V. HÄNEL (wie Anm. 2), S. 16.

25 Bericht des Informationsbüros der SMAD über die politische Lage in Deutschland vom 3. November 1945. B. BONWETSCH (wie Anm. 1), S. 25.

26 Vgl. dazu in Kürze Stefan DONT, *Vertriebenenpolitik von Sowjetischer Militäradministration und SED in Sachsen 1945–1952*, i.E.

27 G. KEIDERLING (wie Anm. 14) S. 288–294. Ulbrichts Bericht »Stellung der 4 Parteien zu den Potsdamer Beschlüssen« vom 14. August 1945. SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 64–66. Protokoll der Blocksitzung vom 22. November 1945. S. SUCKUT (wie Anm. 17), S. 104. Zum Konflikt um die Bodenreform Friederike SATTLER, *Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46*, in: Manfred WILKE (Hrsg.), *Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht*, Berlin 1998, S. 154–158.

CDU-Führung. Dass dieser Entscheidung dieses breite Motivspektrum zugrunde lag – wobei auch die sowjetische Kritik an den Aktivitäten des CDU-Vorsitzenden in den Westzonen einbezogen werden muss – wird besonders in den Unterlagen der SMAD deutlich.²⁸

Die SMAD verfolgte die Politik der CDU-Führung schon länger mißtrauisch.²⁹ Am 29. November 1945 ließ Tjulpanov einen Maßnahmenplan zur »Entlarvung der reaktionären« CDU-Führung vorbereiten.³⁰ Aus Sicht der Besatzungsmacht war für die Ablösung der CDU-Spitze im Dezember 1945 neben der Ablehnung des Aufrufs zur Unterstützung der Neubauern, einem Zusammengehen mit der LDP und der »Westausdehnung« der Partei insbesondere die Position Hermes' in der Grenzfrage ausschlaggebend. Kritik an der Oder-Neiße-Linie duldet die SMAD nicht. Sie konnte dies jedoch nicht thematisieren, da sie sich deutschlandpolitische Optionen offenhalten und die feindselige Stimmung der deutschen Bevölkerung nicht verstärken wollte.³¹ Deshalb begründete Tjulpanov, wenn er öffentlich auf die Absetzung von Hermes einging, sein Vorgehen mit der Bodenreformpolitik der Union. Hier konnte er auch Meinungsverschiedenheiten in der Partei ausnutzen.³²

Seit dem Sommer hatten SMAD und KPD versucht, die Machtpositionen von Hermes in der CDU durch Aufbau und Förderung innerparteilicher Opponenten in den Landesverbänden einzuschränken.³³ Bei der Absetzung der beiden CDU-Vorsitzenden Hermes und Walter Schreiber durch Tjulpanov am 19. Dezember 1945 waren neben den Mitgliedern der CDU-Führungsspitze Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und Otto Nuschke auch einige Vertreter aus den Landesverbänden anwesend, die sich in dieser Situation von der SMAD – oft unter Zwang – gegen

28 Siehe hier beispielsweise Alexander FISCHER, *Andreas Hermes und die gesamtdeutschen Anfänge der Union*, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (Hrsg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung*, Weimar 1995, S. 12–21, M. AGETHEN (wie Anm. 2), S. 50 f. M. WILDE, (wie Anm. 2), S. 253 ff. und 263 ff. H. WENTKER (wie Anm. 2), S. 210 f. F. SÄTTLER (wie Anm. 27), S. 164 f.

29 Schreiben Burzevs an Ponomarev vom 11. Dezember 1945 über den Block. RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 796, Bl. 90 f. Bericht des Informationsbüros der SMAD über die politische Lage in Deutschland vom 3. November 1945. B. BONWETSCH (wie Anm. 1), S. 20–30.

30 Tagesbericht der Propagandaverwaltung vom 29. November 1945. AVP RF, f. 0457b, op. 1, p. 2, d. 8, Bl. 19.

31 Bericht Tjulpanovs über die politische Lage in der SBZ vom 27. Dezember 1945 an Shikin. AVP RF, f. 0457b, op. 1, p. 2, d. 8, Bl. 120–130. Die Möglichkeit, dass Tjulpanov seinen Bericht gezielt auf die Erwartungen des Adressaten hin formulierte, kann nicht ausgeschlossen werden.

32 Siegfried SÜCKUT, *Der Konflikt um die Bodenreform in der Ost-CDU 1945. Versuch einer Neubewertung der ersten Führungskrise der Union*, in: *Deutschlandarchiv* 55 (1982), S. 1045–1080. In den Ländern und Provinzen sollten Stellungnahmen gegen Hermes und Schreiber abgegeben werden. Siehe Tagebuch Anna Hermes vom 15. Dezember 1945. ACDP I–90–160.

33 Schreiben Ulbrichts an Dimitroff vom 22. Juni 1945. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 742, Bl. 154–157.

Hermes instrumentalisieren ließen: die Vorsitzenden der Landes- und Provinzialvorstände von Mecklenburg, Reinhold Lobedan, und der Provinz Sachsen, Leo Herwegen, der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Thüringens, Georg Große, und die Vorsitzenden der Chemnitzer, Dresdner und Leipziger CDU-Organisationen.³⁴ Hugo Hickmann fehlte in Karlshorst. Er hatte sich gegenüber der SMAS ausweichend geäußert, ob Hermes und Schreiber mit ihrer Position zur Bodenreform an der Spitze der CDU bleiben könnten.³⁵ Die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises zeigt, dass der sächsische CDU-Landesverband zu diesem Zeitpunkt nicht geschlossen auftrat. Der SMAS war es gelungen, einzelne Funktionäre, wie beispielsweise den Chemnitzer CDU-Politiker Pfarrer Ludwig Kirsch, in dieser Situation für ihre Politik zu gewinnen³⁶.

Die neue CDU-Führung um Jakob Kaiser und Ernst Lemmer wurde zunächst von der SMAD im Vergleich zu den Vorgängern als loyaler eingeschätzt.³⁷ Seit Sommer 1946 prägten die Kommunal-, Kreistags- und Landtagswahlen die politischen Auseinandersetzungen in Sachsen³⁸. Für die SMAD stand die Schaffung eines günstigen Wahlkampfklimas für die SED im Mittelpunkt, um den Einheitssozialisten zum Sieg zu verhelfen. Die bürgerlichen Parteien wurden systematisch behindert. Die CDU galt – im Vergleich zur LDP – als gefährlichster politischer Gegner der SED. Einschüchterungs- und Diffamierungskampagnen gegen bürgerliche Politiker sowie Benachteiligung bei der Papierzuteilung waren weit verbreitete Methoden der SMA im »Kampf« gegen die CDU. Hinderlich wirkte sich außerdem die Vorgabe der SMA aus, dass es auch nach den Wahlen eine Fortsetzung der Blockpolitik und damit keine gegen die SED gerichteten bürgerlichen Koalitionen geben werde.³⁹

Durch die Nichtzulassung oder das Verbot von Ortsgruppen schränkte die SMAD die Wahlaussichten von CDU und LDP ein. Dadurch erreichte die

34 Bericht Tjulpanovs vom 20. Dezember 1945. AVP RF f. 0457b, op. 1, p. 2, d. 8, Bl. 92–96. Bericht von Hermes und Schreiber gegenüber dem Gründungsausschuss vom 20. Dezember 1945. ACDP I-090–015/1 165.

35 Charakteristik Hugo Hickmanns vom 27. Oktober 1947 von Hauptmann Kratin. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 117–120.

36 »Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948), Berlin 1948«. GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 66. M. WILDE (wie Anm. 2), S. 248.

37 »Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948), Berlin 1948«. GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 67 ff.

38 S. CREUZBERGER (wie Anm. 1), S. 44–110.

39 Schreiben Tjulpanovs an Suslov vom 28. August 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 245–248. Schreiben Tjulpanovs an den SMAD-Stabschef vom 17. Juli 1946. AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 272–278. Ausführungen Vatriks auf der Beratung der Kommission des ZK der KPdSU zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 17. September 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 149, Bl. 4–18. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948, Bd. 2. GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 48. M. AGETHEN (wie Anm. 2), S. 51. S. CREUZBERGER (wie Anm. 1), S. 67 f.

CDU in Sachsen nur etwa 70 Prozent der Wahlberechtigten. Ohne die Behinderung der bürgerlichen Parteien hätte die SED nach Ansicht Semenovs lediglich ein Ergebnis von 40 Prozent erzielt.⁴⁰

Besondere Aufmerksamkeit schenkte die SMAD der politischen Neutralisierung der Kirchen, um diese im Wahlkampf von einer die CDU begünstigenden Stellungnahme abzuhalten. Die SMAS verfolgte aufmerksam die Versuche Hickmanns, während des Wahlkampfes eine geschlossene Front von Kirchen und CDU zu bilden.⁴¹

Nach dem CDU-Parteitag (16. bis 19. Juni 1946) sollte nach Tjulpanovs Ansicht »die zweite Hälfte eines taktischen Planes« wirksam werden: In eigens hervorzurufenden Konflikten innerhalb der Partei waren »linke« gegen »rechte« Gruppierungen zu unterstützen.⁴² Bereits im Zusammenhang mit dem sächsischen Volksentscheid zur Enteignung von »Nazi- und Kriegsverbrechern« (30. Juni 1946), der in der SMAD als Generalprobe für die Wahlen galt, hatten große Teile der Union – obwohl offiziell dafür – ablehnend auf das rigorose Vorgehen der SED bei der wirtschaftlichen Umgestaltung Sachsens reagiert. Diese Auseinandersetzungen stärkten nach Ansicht der SMAD die »reaktionären Kräfte« in der sächsischen CDU. Offenbar konnte die Besatzungsmacht nur geringe Einbrüche in die geschlossen agierende Union erzielen.⁴³

Geheime Absprachen und Wahlbündnisse von CDU und LDP versuchte die SMA zu verhindern. Dennoch ist auf örtlicher Ebene vielfach eine Zusam-

40 Analyse der Ergebnisse der Kommunalwahlen des Stellvertretenden Chefs der Politabteilung des Politischen Beraters, Filippov, vom 28. Oktober 1946. AVP RF f. 457a, op. 2, p. 5, d. 20, Bl. 3–29. Übersicht über nicht zugelassene Ortsgruppen der CDU in Sachsen. ACDP III–035–040. Informationsbrief Nr. 9 Semenov über die politische Lage in Deutschland für den Zeitraum 1.–20. Juli 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 79–104. Befehl des sowjetischen Kreiskommandanten zum Verbot der CDU des Kreises Schwarzenberg vom 10. Oktober 1946. Hermann WEBER (Hrsg.), *DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985*, München 1987, S. 88 f. Memorandum Tjulpanovs vom 25. September 1946 über die Ergebnisse der Gemeindewahlen in der SBZ. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 49–61. Ausführungen Vatniks auf der Beratung der Kommission des ZK der KPdSU zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 17. September 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 149, Bl. 4–18.

41 Zur Kirchenpolitik der SMAD vor den Wahlen S. CREUZBERGER (wie Anm. 1), S. 76–84 sowie W. TISCHNER (wie Anm. 16). Bericht Tjulpanovs vom 17. Juli 1946 an den Stabschef der SMAD über die politische Lage in der SBZ im Juli 1946. AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 272–278. Informationsbrief Nr. 10 Semenovs für den Zeitraum vom 20. Juli–15. August 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 214–235. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948, Bd. 2. GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 47–50. Memorandum Tjulpanovs vom 16. Juni 1946. AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 263–271.

42 Schreiben Tjulpanovs vom 25. Juni 1946 an Suslov. RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 1–5.

43 Stefan CREUZBERGER, »Klassenkampf in Sachsen«. *Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Volksentscheid vom 30. Juni 1946*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik* 2 (1995), S. 122. »Die drei-

menarbeit der beiden bürgerlichen Parteien belegt.⁴⁴ Am 4. September 1946 registrierte die Besatzungsmacht die »Bildung eines Blocks der bürgerlichen Parteien« in Sachsen. Die Führungen von LDP und CDU sprachen sich für eine Koalition beider Parteien in den Kommunalparlamenten aus und schlossen ausdrücklich eine einseitige Zusammenarbeit mit der SED nach den Wahlen aus.⁴⁵ Eine breitere Wirkung konnte die hier demonstrierte Einigkeit von Liberal- und Christdemokraten nicht entfalten. Das lag neben den bald einsetzenden Gegenmaßnahmen der SMA auch an unüberbrückbaren ideologischen Konflikten der beiden bürgerlichen Parteien, vor allem beim Verhältnis von Staat und Kirche.⁴⁶ In der CDU wandte sich Otto Nuschke »gegen jeden Gedanken einer Blockpolitik der Union mit der LDP« und machte sich damit bereits hier zum Erfüllungshelfer der Politik der SMAD⁴⁷.

Neben der von Jakob Kaiser in die öffentliche Diskussion gebrachten These vom »christlichen Sozialismus« fasste die SMAS die wichtigsten Argumente der bürgerlichen Parteien gegen die SED im Wahlkampf in vier Gruppen zusammen: Erstens das Streben der SED zu Diktatur und Sozialisierung, zweitens die Gleichsetzung der Methoden der SED mit denen der Nazis, drittens das Fehlen von Demokratie und die Korruption in den Verwaltungen sowie viertens der Kampf um die Revision der östlichen Grenze.⁴⁸

jährige Arbeitserfahrungen der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948), Berlin 1948«. GARF f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 69. Kurze Charakteristik Hugo Hickmanns von Hauptmann Kratin vom 27. Oktober 1947. AVPR f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 117–120.

44 Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948, Bd. 2. GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 48. SED-Instrukteurbericht Kreis Flöha vom 31. August 1946. Sächsisches Hauptstaatsarchiv (SächsHStA), ehemaliges SED-Bezirksparteiarchiv (SED-BPA Dresden), A/885, Bl. 109–112. Protokoll der Sitzung des SED-Landesvorstandes vom 19. August 1946. SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/754, Bl. 444. S. CREUZBERGER (wie Anm. 1), S. 66–68.

45 »Bildung eines Blocks der bürgerlichen Parteien in Sachsen«. Bulletin für internationale und innerdeutsche Information des Informationsbüros der SMAD Nr. 60 vom 12. September 1946. Die detaillierte Schilderung der Zusammenkunft basiert auf dem Bericht eines »eigenen Korrespondenten« des Informationsbüros. An diesem Tage hatte im Parteibüro der LDP eine geheime Versammlung der Führungen von CDU und LDP stattgefunden, an der seitens der LDP u.a. Johannes Dieckmann, Reinhard Uhle, Gertrud Thürmer, Elfriede Dierlamm, Hermann Kastner und Emil Menke-Glückert, seitens der CDU Hugo Hickmann, Ludwig Kirsch, Josef Ragsch, Hermann Klemm, Karl Orlamünde und Martin Richter teilnahmen. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 158, Bl. 40–46.

46 Ein leitender Mitarbeiter der sächsischen LDP-Führung hatte der SMAS schon Anfang Oktober 1946 versprochen, sich in der LDP für die Weiterführung der Blockpolitik und ein gutes Verhältnis der Partei zur Besatzungsmacht einzusetzen. Bulletin für internationale und innerdeutsche Information des Informationsbüros der SMAD Nr. 71/75 vom 16. Oktober 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 158, Bl. 196. Informationsbrief Nr. 9 des Politischen Beraters Semenovs für den Zeitraum vom 1.–20. Juli 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 79–104.

47 Protokoll der CDU-Vorstandssitzung vom 17. September 1946. ACDP I-090-015/2.

48 Zum Wahlkampf der CDU und zum »christlichen Sozialismus« M. AGETHEN (wie Anm. 2), S. 51 f. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948, Bd. 2. GARF f. 7212, op. 1, d.2, Bl. 125–127.

Die Vertriebenenpolitik der CDU hatte großen Anteil daran, dass die SMAD die Union als gefährlichen Gegner der SED einschätzte. Die CDU unternahm große Anstrengungen, ihr Wählerpotential unter den Vertriebenen zu erfassen und stärker an die Partei zu binden.⁴⁹ Tjulpanov hatte auf die Bedeutung der Oder-Neiße-Grenze im bevorstehenden Wahlkampf bereits am 1. Juli 1946 hingewiesen. Die Grenzfrage gehörte zu den Themen, deren »Erörterung« Tjulpanov als »nicht erwünscht« ansah.⁵⁰ Jakob Kaiser ignorierte dieses Verbot und sprach die Grenzproblematik auf einer Wahlkampfveranstaltung in Görlitz an. Die SMAD verhinderte, dass die CDU-Presse darüber berichten konnte.⁵¹ Dennoch verbreitete sich die Forderung Kaisers »blitzschnell« unter der sächsischen Bevölkerung und führte zu einem Ansehensverlust der SED.⁵² Auch Hugo Hickmann bezog sich in einigen Wahlkampfauftritten ausdrücklich auf die Rede Kaisers und trug so zu deren Verbreitung bei.⁵³ Die Reaktion der SMAD auf den Auftritt Kaisers unterstreicht, dass die Sowjets der Grenzfrage und damit den Vertriebenen eine weitaus größere Bedeutung zumaßen, als bisher angenommen wurde: Nasarov hatte dem CDU-Vorsitzenden bei der Fortsetzung seiner Politik in der Grenzfrage das gleiche Schicksal wie Hermes angedroht.⁵⁴

Bei den Wahlen zu den Gemeinde-, Kreis- und Landtagen 1946 erzielte die sächsische Union ein Ergebnis zwischen 20 und 25 Prozent und wurde damit nach den Liberalen zur zweitstärksten bürgerlichen Partei. Die SED erreichte eine knappe absolute Mehrheit.⁵⁵ Als wichtigsten Grund für die schlechten Ergebnisse der SED in Sachsen – die SMAD hatte mit einem deutlich besseren

49 Bericht der Abteilung für Kommandantendienst der SMAS für April 1946. GARF f. 7317, op. 9, d. 8, Bl. 157–171. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948. GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 126. Zur Grenzproblematik vgl. S. DONTH (wie Anm. 26).

50 Memorandum über die Lage der SED von Tjulpanov vom 1. Juli 1946. AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 279–281. Informationsbrief Nr. 10 des Stellvertretenden Chefs der Politabteilung beim Politischen Berater Filipov für den Zeitraum vom 20. Juli–15. August 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 214–235.

51 S. CREUZBERGER (wie Anm. 1), S. 55. Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949*, Stuttgart 1969, S. 104. Der sowjetischen Zensur fielen auch vertriebenenpolitisch motivierte Teile eines Aufrufs der CDU an die Jugend zum Opfer. Vgl. den entsprechenden Vorgang in ACDP III–035–040.

52 Bericht des Chefs der Propagandaabteilung der Zwickauer Bezirkskommandantur über die Ergebnisse der Gemeindevahlen im Bezirk Zwickau vom 15. September 1946. RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 152, Bl. 166–172.

53 Kurze Charakteristik Hugo Hickmanns von Hauptmann Kratin vom 27. Oktober 1947. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 117–120.

54 Stenogramm der Beratung der Kommission des ZK zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 19. September 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 150, Bl. 62.

55 Jürgen FALTER/Cornelia WEINS, *Die Wahlen in der Sowjetisch Besetzten Zone von 1946. Eine wahlhistorische Analyse*, in: Hartmut MEHRINGER (wie Anm. 2), S. 215–233.

Abschneiden der von ihr protegierten Partei gerechnet – nannte der Leiter der SMAS-Propagandaabteilung Oberstleutnant Watnik die Position der Partei zur Ostgrenze.⁵⁶ Auch Tjulpanov ging davon aus, dass die Mehrheit der »Umsiedler« bürgerliche Parteien gewählt hätten.⁵⁷ Diese Einschätzungen bestimmten in hohem Maße das Vorgehen der sowjetischen Besatzungsmacht gegen die CDU seit 1947.

Die Gleichschaltungspraxis und die sächsische CDU nach 1947

Nach den Wahlen sah sich die SMAS einer gestärkten bürgerlichen Opposition gegenüber. Da CDU und LDP im sächsischen Landtag gemeinsam über fast so viele Mandate wie die SED verfügten, lag es nicht im Interesse der Besatzungsmacht, beiden bürgerlichen Parteien die Möglichkeit zur Totalopposition zu geben. Besonders wichtig erschien der SMAD die Verhinderung von gegen die SED gerichteten Koalitionen im Landtag sowie in den Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen. Vor allem bei »prinzipiellen Fragen« stimmten Christ- und Liberaldemokraten nach Erkenntnissen der SMAS ihre Positionen ab und vertraten diese dann gegenüber der SED.⁵⁸ Die SMAS behinderte die parlamentarische Arbeit der Union von Beginn an und richtete ihre Politik an dem Ziel aus, die »führende Rolle« der SED in den Parlamenten abzusichern. Es müsse vermieden werden, so die SMAS, dass die bürgerlichen Parteien den Landtag als »Arena des Parteienkampfes« nutzten. Auf kommunaler Ebene verzeichnete die SMAS dort die größten Schwierigkeiten, wo CDU und LDP über eine Mehrheit der Mandate verfügten, da beide Parteien hier vielfach zusammenarbeiteten⁵⁹.

Mit der Fortsetzung der Blockpolitik versuchte die SMAS-Informationsabteilung, die Position der SED zu festigen. Zwischen CDU und LDP sollte ein »Keil« getrieben werden. Dabei konnte sich die SMAS auch auf Stimmen ein-

56 Weitere Punkte waren u.a. die schlechte Versorgungslage, die Demontagen und die Konflikte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der SED. Ausführungen Watniks auf der Beratung der Kommission des ZK der KPdSU zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 17. September 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 149, Bl. 4–18.

57 Memorandum Tjulpanovs vom 25. September 1946 über die Gemeindewahlen in der SBZ. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 49–61.

58 Information des stellvertretenden Leiters der SMAD-Propagandaverwaltung vom 4. Dezember 1946 über die Taktik der bürgerlichen Parteien nach den Wahlen. AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 147–152.

59 Bericht des Leiters der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 13. August 1947 über die Tätigkeit der Parteien in den Parlamenten. AVP RF f. 0457b, op. 7, p. 15, d. 5, Bl. 67–84. Zur Rolle der SMAD bei der Erarbeitung der Verfassungen vgl. S. CREUZBERGER (wie Anm. 1), S. 124–133.

zelter Unionspolitiker stützen, die eine Koalition mit den Liberaldemokraten ablehnten. Der »Kampf« sollte stärker in die bürgerlichen Parteien hineingetragen werden. Die SMAS arbeitete mit »fortschrittlichen« Unionspolitikern zusammen und stärkte deren Position gegenüber den »Reaktionären«. Als für Sachsen richtungsweisend nannte Tjulpanov die Tätigkeit von Lobedanz in Mecklenburg und Herwegen in Sachsen-Anhalt⁶⁰. Einen Übertritt »fortschrittlicher Kräfte« der CDU zur SED lehnte die SMAS ab, weil diese innerhalb der Union gegen »reaktionäre Tendenzen« auftreten sollten⁶¹. Tjulpanov befahl Mitte 1947, als wichtigstes Kriterium bei der Beurteilung bürgerlicher Politiker deren Verhältnis zur Sowjetunion zu bewerten⁶².

Im Zuge der Bildung der Landesregierung besetzten 1947 mit Gerhard Rohner und Georg Knabe zwei Unionspolitiker die Ressorts für Finanzen sowie Handel und Versorgung. Weitere CDU-Mitglieder traten als Ministerialbeamte der Regierung bei. Bereits Ende 1946 hatte die Besatzungsmacht entschieden, dass die Union bei der Vergabe »undankbarer Posten« – wie es in der Nachkriegszeit das Ministerium für Handel und Versorgung ohne Zweifel war – zu »berücksichtigen« sei. Führende Unionspolitiker befürchteten, die SED werde an die Adresse der von der CDU geleiteten Ministerien »demagogische« Forderungen stellen, um die Union in der Bevölkerung zu diskreditieren. Ein einheitliches Auftreten der Unionsvertreter innerhalb der Landesregierung erwartete die SMAS nicht, da sie davon ausging, dass diese für eine erfolgreiche Arbeit an guten Beziehungen zur SMA interessiert wären und gegeneinander ausgespielt werden könnten⁶³.

Kritisch verfolgte die SMAS das vertriebenenpolitische Engagement der Union. Führende Repräsentanten der Partei wie Jakob Kaiser und Hugo Hickmann sprachen sich weiterhin für eine Revision der Oder-Neiße-Grenze aus.

60 Stenogramm der Beratung der Kommission des ZK zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 19. September 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 150. Information des stellvertretenden Leiters der SMAD-Propagandaverwaltung vom 4. Dezember 1946 über die Taktik der bürgerlichen Parteien nach den Wahlen. AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 147–152.

61 Bericht eines namentlich nicht genannten leitenden sächsischen SED-Funktionärs im Bulletin für internationale und innerdeutsche Information Nr. 88/92 vom 16. Dezember 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 159, Bl. 144–153.

62 Memorandum Tjulpanovs vom 9. Juni 1947 zur politischen Lage in der SBZ. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 244–253.

63 Information des stellvertretenden Chefs der SMAD-Propagandaverwaltung vom 4. Dezember 1946 über die Taktik der bürgerlichen Parteien nach den Wahlen. AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 147–152. Bericht über Äußerungen des 2. Vorsitzenden der sächsischen CDU im kleinen Kreis über die Beziehungen zur Regierung und die Vorhaben der nächsten Zeit. Bulletin für internationale und innerdeutsche Information 92/96 vom 27. Dezember 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 159, Bl. 241 f.

Nach Tjulpanovs Ansicht war dies der Versuch, die CDU als Flüchtlingspartei zu etablieren. Das versuchte die SMAD zu verhindern⁶⁴.

Besonders aufschlussreich ist die Beurteilung der Position Hickmanns Anfang 1947 durch die Besatzungsmacht. Der Landesvorsitzende betrieb ihrer Ansicht nach zwar »keine ehrliche Blockpolitik«, stellte aber in der praktischen Arbeit seine loyale Haltung zu den »demokratischen Umgestaltungen« unter Beweis. Mit Kaiser verbinde ihn ein gutes Verhältnis, doch als dieser Mitte 1947 seine Mitarbeit im Block einstellte, sei Hickmann zu ihm auf Distanz gegangen und reklamiere stärker als bisher eine Führungsrolle auf SBZ-Ebene.⁶⁵ Auch andere Mitglieder des Landesvorstandes vertraten im kleinen Kreis die Auffassung, Kaiser und Lemmer sollten sich so wenig wie möglich mit sächsischen Angelegenheiten befassen. Diese Bestrebungen nutzte die SMAD Ende 1947 bei der Absetzung Kaisers aus.⁶⁶

Seit Mitte 1947 zog Kaisers Politik immer schärfere Reaktionen der SMAD nach sich. Das galt insbesondere für die Befürwortung des Marshallplanes, die Aufkündigung der Mitarbeit im Block, sein Auftreten gegen Reparationen und Demontagen, seine Forderungen nach Revision der Oder-Neiße-Grenze, Freilassung der Kriegsgefangenen und nach einem Ende der Verhaftungen in der SBZ sowie für die sich anbahnende engere Zusammenarbeit mit der CDU der westlichen Zonen im Rahmen der Fraktionsgemeinschaft.⁶⁷ Nach dem

64 Bericht Tjulpanovs an den Obersten Chef der SMAD Sokolovskij vom 17. Mai 1947. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 224–227.

65 Kurze Charakteristik Hugo Hickmanns von Hauptmann Kratin vom 27. Oktober 1947. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 117–120.

66 Bericht über Äußerungen des 2. Vorsitzenden der sächsischen CDU im kleinen Kreis über die Beziehungen zur Regierung und die Vorhaben der nächsten Zeit. Bulletin für internationale und innerdeutsche Information 92/96 vom 27. Dezember 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 159, Bl. 241 f.

67 Aus Platzgründen muss für den folgenden Teil auf Einzelnachweise verzichtet werden. Vgl. dazu S. DONTH (wie Anm. 26). Nachfolgend aufgeführte Materialien wurden herangezogen: Bericht Kratins über die Lage in der CDU vom 30. Oktober 1947. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 102–108. Bericht Tjulpanovs vom 9. September 1947 über den Parteitag der CDU. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 370–381. Bericht der Informationsverwaltung der SMAD an das ZK der KPdSU über den Parteitag der CDU vom 9. September 1947. B. BONWETSCH (wie Anm. 1), S. 127–129. Bericht Tjulpanovs über die Tätigkeit der Informationsverwaltung der SMAD von Juli bis September 1947 vom 7. Oktober 1947. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 12, Bl. 63–85. Übersicht Makarovs an Suslov vom 3. Januar 1948 über die Lage in der CDU. GARF f. 7317, op. 3, d. 1, Bl. 8–17. »Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948), Berlin 1948«. GARF f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 74 ff. Bericht Tjulpanovs an Baranov vom 6. Mai 1948 über die Lage in der CDU. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 568, Bl. 62–93. Bericht Makarovs an Kuzentsov vom 16. Januar 1948 über »Die besonderen Maßnahmen der SMAD im Dezember 1947«. GARF f. 7317, op. 3, d. 1, Bl. 21–36. Johann Baptist GRADL, *Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Köln 1981, S. 177–189. W. CONZE (wie Anm. 51), S. 162–201. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 32–61. G. WETTIG (wie Anm. 2), S. 127 ff.

CDU-Parteitag (6. bis 8. September 1947) und verschiedenen Reden Kaisers, bei denen die Besatzungsmacht vor allem an der Thematisierung der Grenzproblematik Anstoß nahm, verlangte Tjulpanov, alle Anstrengungen der SMAD auf die »Absetzung« des CDU-Vorsitzenden zu konzentrieren. In den folgenden drei Monaten seien auf »Initiative« der Landesverbände Proteste gegen die Politik Kaisers zu organisieren. Dabei galten eine stärkere Zusammenarbeit mit »progressiven Kräften«, die Entfernung von Anhängern Kaisers aus Führungspositionen, die Ausweitung der Zensur gegen Äußerungen »rechter Politiker« sowie die Ahndung jedes »Versuch[s] der Kritik an den bestehenden Ostgrenzen Deutschlands« als vordringliche Aufgaben der SMAD⁶⁸.

Bis zum Jahresende 1947 arbeitete die SMAD gezielt auf die Absetzung Kaisers hin und versuchte, eine Konstellation herbeizuführen, die es ihr eher als im Fall Hermes erlauben würde, den Wechsel an der CDU-Spitze zumindest nach außen hin formal als eine »innerparteiliche Angelegenheit« erscheinen zu lassen. Mit einer Reihe »organisatorischer Maßnahmen« veränderte die SMAD die Zusammensetzung der CDU-Landesvorstände Thüringens, Sachsen-Anhalts und Brandenburgs zu ihren Gunsten.⁶⁹

Konkreter Anlass für die Absetzung Kaisers war dessen Politik gegen den Volkskongress, mit dem die Sowjets in der Deutschlandpolitik die Initiative von den Westmächten zurückgewinnen wollten. Kaiser, der eine Teilnahme der CDU an der Propagandaveranstaltung ablehnte, konnte durch die Landesvorsitzenden – die die SMAD entsprechend unter Druck gesetzt hatte – auf eine Kompromissformel verpflichtet werden: CDU-Mitglieder nahmen als Einzelpersonen, jedoch nicht als Vertreter der Partei am Volkskongress teil. Am Zustandekommen dieser Regelung hatte der sächsische CDU-Vorsitzende Hickmann großen Anteil, der auch am Landeskongress in Sachsen teilnahm und eine kooperativere Haltung als Kaiser zeigte⁷⁰.

Hickmanns Verhalten war insofern von zentraler Bedeutung, als sich die anderen Landesvorsitzenden in hohem Maße an seiner Position orientierten. Er ließ sich so zum Werkzeug Tjulpanovs machen, wurde aber ungeachtet dessen in internen Unterlagen der SMAD immer als »Reaktionär« titulierte. Tjulpanov nutzte Hickmanns Bestrebungen, eine stärkere Rolle in der SBZ zu spielen, und wohl auch konfessionelle Vorbehalte gegen Kaiser aus.⁷¹

Nach dem I. Volkskongress (6. bis 7. Dezember 1947) erhöhte die SMAD ihren Druck auf den CDU-Landesvorsitzenden von Brandenburg, Wilhelm Wolf, und auf Hickmann, damit beide sich öffentlich gegen Kaiser aussprechen. Das suchten beide zu vermeiden. Nach Tjulpanovs Schätzung verfügte

68 EBD.

69 EBD.

70 EBD.

71 EBD.

Kaiser in den Leitungsgremien der CDU über eine knappe Mehrheit von ein bis zwei Stimmen. Deshalb sollte eine formale Abstimmung über das Verbleiben Kaisers im Amt des Parteivorsitzenden und damit eine Niederlage vermieden werden. Ihre Anstrengungen, Kaiser zu einem freiwilligen Verzicht zu bewegen, blieben jedoch ohne Erfolg.⁷²

Im Dezember 1947 zeigten die Einflußnahmen der SMAD erste Wirkungen: Alle CDU-Landesvorsitzenden der SBZ hatten sich politisch von Kaiser getrennt. Sie wollten ihm aber wegen seiner großen Popularität offiziell nicht das Misstrauen aussprechen. Dies gedachten sie der SMA zu überlassen. Hickmanns Ziel bestand darin, Kaiser politisch auszuschalten, aber persönlich nicht mit ihm zu brechen. Damit manövrierten sich der sächsische CDU-Vorsitzende und sein Mecklenburger Kollege Lobedanz in ihren eigenen Landesverbänden immer stärker in die Isolation, weil eine Mehrheit in diesen Gremien für Kaiser eintrat. Nur durch direkte Interventionen konnte die SMA Misstrauensanträge gegen Hickmann und Lobedanz abwenden.⁷³

Die SMAD beendete die »Kaiser-Krise«, als sie am 20. Dezember 1947 die »progressiven« CDU-Politiker Otto Nuschke und Georg Dertinger davon unterrichtete, sie betrachte bis auf weiteres die Führung der sechs Landesverbände unter Leitung von Hickmann und Lobedanz als oberste Vertretung der Partei. Tjulpanov setzte mit dieser Konstruktion faktisch die Absetzung Kaisers und Lemmers durch, ohne die schon unter Druck geratene Position der Landesvorsitzenden weiter zu gefährden.⁷⁴

Der neuen CDU-Führung – dem Koordinierungsausschuss – gehörten Lobedanz, Hickmann, der Brandenburger CDU-Vorsitzende Wilhelm Wolf, Nuschke und Dertinger an. Gerald Götting kam im Januar 1948 hinzu. Hickmann erklärte sich erst nach sowjetischen Druck zur Mitarbeit bereit, da er eine derartige Form des Bruchs mit Kaiser vermeiden wollte.⁷⁵ Auch nach der Absetzung Kaisers zählte die SMAD Hickmann nicht zum »progressiven« Teil der Union, sondern rechnete ihn unter die »labilen Elemente«.⁷⁶

Nach Einschätzung der SMAS war Anfang 1948 eine Mehrheit der Funktionäre und Mitglieder der sächsischen CDU dem Lager Kaisers zuzuordnen. Nur zwei Kreisvorsitzende hatten sich gegen Kaiser ausgesprochen. Auch Hickmann verteidigte wieder dessen Politik, um den Rückhalt in der eigenen Partei nicht zu verlieren. Äußerungen des sächsischen CDU-Vorsitzenden zur Oder-Neiße-Grenze verstärkten das Misstrauen der SMAS. Die SMAD-Informationsverwaltung führte daraufhin Gespräche mit dem Mecklenburger CDU-

72 EBD.

73 EBD.

74 EBD.

75 EBD.

76 EBD.

Vorsitzenden Lobedanz, um diesen zu einer aktiveren Arbeit zu bewegen. Damit sollte der Einfluss Hickmanns in der CDU zurückgedrängt werden.⁷⁷ Bereits Ende 1947 ging die SMAS gegen CDU-Funktionäre vor, die als Anhänger Kaisers galten und setzte zahlreiche Kreisvorsitzende ab.⁷⁸

Durch die Veränderungen in der Führungsspitze und die nun deutlich weniger prononciert vertretene Oppositionshaltung verlor die CDU an Attraktivität in der Bevölkerung. Das äußerte sich auch in einer Verlangsamung des Mitgliederwachstums.⁷⁹ Seit Anfang 1948 versuchte die SMAD, die CDU stärker als bisher in das von der SED dominierte politische System einzubinden und als Opposition gegen die forcierten Sowjetisierungsmaßnahmen und die Ostintegration der SBZ auszuschalten. Vertriebenenpolitische Aspekte bildeten dabei einen wichtigen Bestandteil der sowjetischen Besatzungspolitik.⁸⁰

Parallel zu den repressiven Maßnahmen forcierte die SMAS den Aufbau einer auf ihrer Linie liegenden innerparteilichen Opposition im sächsischen CDU-Landesverband. Anfang 1948 stützte sich die SMAS dabei nach ihren eigenen Angaben auf den stellvertretenden Landesvorsitzenden Franz Jensch, das Landesvorstandsmitglied Otto Freitag sowie die Funktionäre Joseph Rambo (Leipzig), Wiesner (Großenhain) und Ulbricht (Dresden). Seit April 1948 beobachtete die SMAD eine »fortschrittlichere Linie« in der sächsischen CDU.⁸¹

Bei der »Vorbereitung« des Landesparteitages (4. bis 6. Juni 1948) versuchte die SMAS, die »fortschrittlichen Kräfte« zu stärken und Anhänger Kaisers von ihren Posten zu entfernen. Alle Redebeiträge mussten vorab zur Zensur vorgelegt, die Wahl von Kaiser-Anhängern als Delegierte sollte verhindert werden.⁸²

77 Bericht der Informationsabteilung der SMAS vom 19. April 1948 über die Arbeit im ersten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 67–113. Auskunftsbereich zur Frage der Umsiedler in der SBZ der Abteilung für Druckerzeugnisse und außenpolitische Information des Politischen Beraters an Smirnov vom 27. März 1948. AVP RF f. 0457a, op. 5, p. 27, d. 5, Bl. 36–45. Bericht vom 7. Februar 1948 über die Arbeit der Informationsverwaltung im Januar 1948 sowie Bericht Tjulpanovs über die Arbeit im Februar 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 33, d. 12, Bl. 41–49 und 50–62.

78 Bericht der SMAS-Informationsabteilung über die Arbeit im 4. Quartal 1947 vom 10. Januar 1948 an Tjulpanov. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 34, d. 15, Bl. 4–49. Bericht der SMAS-Informationsabteilung vom 19. April 1948 über die Arbeit im ersten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 67–113. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 49–54.

79 Bericht der Informationsabteilung der SMAS vom 19. April 1948 über die Arbeit im ersten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 67–113.

80 Bericht Tjulpanovs über die Ergebnisse des Volkskongresses vom 8. Dezember 1947. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 11, Bl. 76–85.

81 Bericht der SMAS-Informationsabteilung vom 19. April 1948 über die Arbeit im ersten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 67–113.

82 Bericht der Informationsverwaltung vom 16. Juli 1948 über die Arbeit im zweiten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 33, d. 12, Bl. 88–124. Bericht der SMAS-Informationsabteilung vom 12. Juli 1948 über die Arbeit im zweiten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 128–162.

Trotz dieser Einflussnahmen legte der Landesparteitag die Situation in der sächsischen Union offen: Einer breiten Mehrheit der Mitglieder sowie des unteren und mittleren Funktionärskorps, die sich immer noch als Anhänger des abgesetzten CDU-Vorsitzenden verstanden, stand eine von Hickmann nur mühsam auf der Linie des Koordinierungsausschusses gehaltene Landesleitung gegenüber. Letztendlich konnte sich Hickmann als Landesvorsitzender nur aufgrund des Drucks der SMAS auf die Delegierten behaupten.⁸³ Vor allem die CDU-Kreisverbände Dresden, Leipzig, Grimma, Borna, Zittau, Görlitz und Weißwasser galten der SMAS als »Zentren der Opposition«.⁸⁴ In Sachsen intensivierte die SMAS ihre repressive Politik gegen ihr nicht genehme CDU-Funktionäre. Neun bereits von der Basis nominierte Delegierte des CDU-Zonenparteitages mussten auf Anweisung der SMAS zurückgezogen werden.⁸⁵

Die Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze durch die Mehrheit der CDU-Mitglieder stieß Mitte 1948 auf immer schärfere Reaktionen der SMAD. Bis zum Herbst sollte die Grenze wenigstens auf zentraler Ebene durch die Führungen von CDU und LDP anerkannt werden. Deren Zustimmung wollte die Besatzungsmacht dann nutzen, um die CDU-Landesverbände unter Druck zu setzen und dort die Ablehnungsfront aufbrechen. In Sachsen setzte die SMAS eine Reihe von CDU-Kreisvorsitzenden wegen deren Position zur Grenze ab und hievte »fortschrittliche Kräfte« in die freigewordenen Stellungen. Eine Anerkennung der neuen Grenzziehung durch den Landesvorstand stand allerdings Ende 1948 immer noch aus.⁸⁶

Während des 3. Parteitages der CDU (18. bis 20. September 1948) forderte Tjulpanov die Umwandlung der Union in eine »prokommunistische Partei« (Richter). Es lässt auf die herausgehobene Bedeutung der Grenzproblematik schließen, dass Tjulpanov diese unmittelbar nach der Forderung, die CDU müsse die sozialökonomischen Reformen in der SBZ akzeptieren, thematisierte und erst danach die Anerkennung der Führungsrolle der SED und des Zweijahresplanes durch die Union verlangte.⁸⁷

Gegen starke Widerstände der Mitgliedschaft beendete der Parteitag das seit der Absetzung Kaisers im Dezember 1947 andauernde Interregnum an der

83 Die Parteitagsregie der SMAS konnte einen Eklat nicht verhindern, als die Delegierten einen Anhänger Kaisers spontan zum stellvertretenden Landesvorsitzenden wählten. Die SMAS untersagte dem Dresdner CDU-Kreisvorsitzenden, das Amt anzunehmen. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 85 f.

84 Bericht der SMAS-Informationsabteilung vom 12. Juli 1948 über die Arbeit im zweiten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 128–162.

85 Bericht der SMAS-Informationsverwaltung vom 14. Oktober 1948 über die Arbeit im dritten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 34, d. 15, Bl. 235–260.

86 Vgl. dazu S. DONTH (wie Anm. 26).

87 M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 119–125. Zur Rede Tjulpanovs auf dem 3. Parteitag der CDU am 18. September 1948 vgl. S. SUCKUT (wie Anm. 17), S. 302.

Spitze der Partei und wählte Otto Nuschke zum Vorsitzenden. Die neue Konstellation in der Unionsführung mit diesem weitgehend auf SMA-Linie liegenden Politiker ermöglichte der SMAD in den folgenden Jahren einen stärkeren Zugriff auf die Union.⁸⁸ Ein weiterer Bestandteil der gegen die bürgerlichen Parteien gerichteten SMAD-Politik war die Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD), die von Anfang an unter starkem Einfluss der SED standen. Beide sollten einen Teil der Wählerschaft von CDU und LDP abziehen.⁸⁹

Der Abschluss der Gleichschaltung (1949–1952)

Anfang 1949 intensivierte die Besatzungsmacht ihren Zugriff auf die CDU. Die SMAS machte die Besetzung von Führungspositionen im CDU-Parteiapparat aller Ebenen in immer stärkerem Maße von der prosowjetischen Haltung der Kandidaten abhängig und verband dies mit einer Ausschlusswelle im Frühjahr 1949.⁹⁰ Einen Höhepunkt der Kampagne gegen die CDU bildeten die Maßnahmen der Besatzungsmacht im Zusammenhang mit den Delegiertenwahlen zum 3. Volkskongress (15./16. Mai 1949). Die ersten »Einheitslistenwahlen« in der SBZ wurden kurzfristig als Reaktion auf die Staatsgründungsprozesse im Westen anberaumt. Besatzungsmacht und SED wollten eine möglichst hohe Zustimmungsrate in der Bevölkerung erzielen. Da große Teile der Union eine Teilnahme an einer derartigen Propagandaveranstaltung ablehnten, versuchte die SMAS, ein geschlossenes Auftreten der Partei zu verhindern.⁹¹ Zentrales Ziel war, den Einfluss von Hugo Hickmann zurückzudrängen. Dieser hatte am 30. März 1949 in Leipzig die SED öffentlich als undemokratische Partei bezeichnet, sich gegen die Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen und auf die Politik der CDU verwiesen, die sich im Gegensatz zur SED für eine Verständigung zwischen Ost und West einsetze. Daraufhin initiierte die SMAS eine Pressekampagne gegen den CDU-Landesvorsitzenden. Der CDU-Bürgermeister von Aue, Magnus Dedek, griff Hickmann im sächsischen CDU-Blatt »Die Union« heftig an. Dies führte zu einer Solidarisierungswelle der Parteibasis mit Hickmann, so dass die SMAS schließlich

88 Bericht des Stellvertretenden Chefs der SMAD-Informationsverwaltung Oberstleutnant Guljajev vom 14. Oktober 1948 über die Arbeit im dritten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 33, d. 12, Bl. 125–160. M. AGETHEN (wie Anm. 2), S. 55. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 123.

89 N. NAIMARK (wie Anm. 1), S. 347. G. WETTIG (wie Anm. 2), S. 133 f.

90 M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 173.

91 Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391.

selbst mit einschlägigen Artikeln in der »Täglichen Rundschau« in Erscheinung treten mußte.⁹²

Neben dem Vorgehen gegen Hickmann trieb die Besatzungsmacht die Unterwanderung der CDU durch prokommunistische Kräfte voran, um die Oppositionshaltung der Partei von innen heraus auszuhöhlen und »reaktionäre« Funktionäre stärker innerparteilich unter Druck zu setzen. Davon waren insbesondere die Landtagsabgeordnete Johanna Gumpert, die auf Anweisung der SMAS im Sommer 1949 aus der CDU ausgeschlossen wurde, der Pfarrer Kirsch, das Landesvorstandsmitglied Martin Richter sowie die Kreisvorsitzenden von Kamenz und Auerbach betroffen. »Fortschrittliche Kräfte« sah die Besatzungsmacht an der Spitze der Plauener und Pirnaer Kreisvorstände und im Umfeld des Leipziger CDU-Politikers Rambo.⁹³

Das Ergebnis der Delegiertenwahlen zum 3. Volkskongress lag in Sachsen mit 62,3 Prozent »Ja-Stimmen« und 37,7 Prozent »Nein-Stimmen« unter dem SBZ-Durchschnitt. Besonders hoch war die Zahl der Nein-Stimmen in den Gebieten, wo die bürgerlichen Parteien 1946 überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt hatten.⁹⁴

Nach den Wahlen »entfernte« die SMAS auf Kreisebene eine Reihe ihr missliebiger CDU-Politiker. In Aue, Dippoldiswalde, Plauen und Pirna konnte die Besatzungsmacht dabei auf die »Unterstützung« einiger weniger »fortschrittlicher« Funktionäre zurückgreifen, deren Stellung sie innerhalb der Partei stärkte. In Freiberg und Grimma stieß die Besatzungsmacht allerdings auf eine geschlossen agierende Union, so dass in Freiberg der Vorsitzende der Kreistagsfraktion durch einen Beschluss des Blocks abgelöst werden musste. Von der Absetzung zahlreicher Mitglieder von Kreistagsfraktionen und Kreisvorständen sowie Pressekampagnen der SED war die Union besonders in Auerbach, Kamenz, Meißen, Niesky und Glauchau betroffen, wo die SMAS die gesamte Führung des Kreisverbandes »ersetzte«. Wegen ihrer »antinationalen Haltung«, einem Terminus, mit dem die Sowjets oft von ihrer Linie abweichende Positionen in der Grenzfrage umschrieben, setzte die SMAS die CDU-Kreisvorsitzenden von Auerbach und Kamenz ab. Der CDU-Vorsitzende von Hoyerswerda, ein Vertriebener aus Schlesien, kam diesem Schritt durch seine Flucht in den Westen zuvor. Als explizit gegen die Union gerichtete Maßnah-

92 Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156–255. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949, Dresden 1949. GARF f. 7212, op.1, d. 3, Bl. 247. Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391.

93 Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391.

94 M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 184.

me ist die Gründung von DBD-Ortsgruppen in den Kreisen Löbau, Marienberg und Niesky zu interpretieren.⁹⁵

Insbesondere die Haltung des 3. Vorsitzenden des Landesverbandes, Otto Freitag, der eine Unterzeichnung gefälschter Stimmauszählungsprotokolle verweigerte, rief den Unwillen der SMAS hervor, da sie ihn erst nach einem längeren Gespräch »überzeugen« konnte, die manipulierten Listen zu unterschreiben.⁹⁶

Nach den Volkskongresswahlen verschärfen sich die Auseinandersetzungen um die Oder-Neiße-Grenze erneut. Die CDU musste im Sommer 1949 im Block einer Erklärung zustimmen, in der es hieß, für jeden »fortschrittlichen Deutschen« ergebe sich »die nationale Verpflichtung, gegen alle Elemente aufzutreten, die versuchen, die neue Grenze zwischen Polen und Deutschland zur Verhetzung der Völker und Entfesselung eines neuen Krieges zu missbrauchen«. Danach gingen Besatzungsmacht und SED unter Rückgriff auf diese Blockvereinbarung in Sachsen gezielt gegen CDU-Politiker vor, die ein positives Bekenntnis zur Oder-Neiße-Grenze ablehnten.⁹⁷

Nach Ansicht der SMAS hatten die Angriffe Dedeks im Vorfeld der Volkskongresswahlen der Autorität Hickmanns einen »ernsthaften Schlag« versetzt. Immer mehr »fortschrittliche Kräfte« stellten sich in den Kreisverbänden gegen ihren Landesvorsitzenden. Dadurch sei dieser in die Defensive geraten. Seinen weiteren Verbleib an der Spitze des Landesverbandes betrachtete die SMAS als hinderlich im weiteren Vorgehen gegen die »Reaktionäre« und baute deshalb Magnus Dedek zum Nachfolger Hickmanns auf.⁹⁸

95 Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949, Dresden 1949. GARF f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 246. Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156–255. Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391.

96 Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391. Memorandum Tjulpanovs über die politische Lage in der SBZ im Mai 1949 vom 7. Juni 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 54, d. 15, Bl. 87–98. Zu den Manipulationen vgl. auch die Protokolle der Sitzungen der Landeswahlkommission vom 19. und 20. Mai 1949. SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/349, Bl. 210–214 und 223–225.

97 Protokoll der Sitzung des SED-Landesvorstandes vom 19./20. März 1949. SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/766. Vgl. die entsprechenden Protokolle der Blocksitzungen vom Sommer 1949 in S. SUCKUT (wie Anm. 17), S. 428–506.

98 Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391. Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156–255. Magnus Dedek (1917–1955), seit 1947 Bürgermeister von Aue, 1950–1952 Landesvorsitzender der CDU. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 408.

Im Vorfeld der Gründung der DDR im Oktober 1949 gehörte Hickmann zu den CDU-Politikern, die im Gegensatz zu Nuschke deutlich ihr Unbehagen gegen das Vorgehen von Besatzungsmacht und SED zum Ausdruck brachten. So informierte die Informationsverwaltung die SMAD-Spitze, Hickmann habe innerhalb der CDU-Führung am 5. Oktober 1949 die Methode der Regierungsbildung als »nicht richtig« bezeichnet.⁹⁹

Auf Hickmanns Oppositionskurs – und insbesondere sein Eintreten für die Eigenständigkeit der Union – reagierte die Besatzungsmacht schließlich Anfang 1950 mit seiner Absetzung. Ein Landesparteitag brachte im Juni 1950 den als sowjetischen Agenten geltenden Joseph Rambo an die Spitze des Landesverbandes, der sich allerdings kurz darauf in den Westen absetzte. Seit Oktober 1950 führte dann schließlich Magnus Dedek die sächsische CDU. Begleitet waren diese Vorgänge mit weiteren Ausschlüssen und Verhaftungen oppositioneller Unionspolitiker.¹⁰⁰ Die Flucht zahlreicher CDU-Mitglieder in den Westen betrachteten die Sowjets als eine Form der »Selbstreinigung« der Partei von »reaktionären und antinationalen Elementen«.¹⁰¹ Der rasante Rückgang der Mitgliederzahlen unterstreicht, dass große Teile der Parteibasis das Einschwenken ihrer neuen Führung auf den von der SED immer offener vertretenen Kurs des »Aufbaus des Sozialismus« nicht mittragen und die Partei verließen. Nach russischen Angaben sank die Zahl der sächsischen CDU-Mitglieder zwischen 1949 und 1952 von ca. 70.000 auf etwa 54.300.¹⁰²

Im Vorfeld der Einheitslistenwahlen 1950 intensivierte die Nachfolgebehörde der SMAD, die Sowjetische Kontrollkommission (SKK), ihr Vorgehen gegen »reaktionäre Kreise« in der Union. SKK-Chef Armeegeneral Tschuikow verzeichnete bei der »Entlarvung« der Reaktionäre in der CDU in Sachsen

99 Nach Angaben der SMAD hatte Hickmann folgendes Verfahren vorgeschlagen und damit breite Zustimmung gefunden: Zuerst sollte eine provisorische Regierung geschaffen und eine Volkskammer aus Abgeordneten der Landtage gebildet werden. Unmittelbar danach seien die Verfassung in Kraft zu setzen und ein Termin Volkskammer- und Landtagswahlen bekannt zu geben. Da NDPD und DBD nicht an den Wahlen 1946 teilgenommen hätten, sollten sie auch nicht in der Regierung vertreten sein. Bericht der SMAD-Informationsabteilung an die SMAD-Spitze über die politische Lage in der SBZ vom 5. Oktober 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 54, d. 15, Bl. 207–212. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 194

100 Wolfgang MARSCHNER, *Die Gleichschaltung des sächsischen Landesverbandes der CDU um 1950*, in: *Dresdner Hefte* Nr. 28/1995, S. 84–95. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 251 ff.

101 Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156–255.

102 Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391. Bericht der SKK Sachsen an Tschuikov vom 31. Juli 1952 über die politische Arbeit im ersten Halbjahr 1952. AVP RF f. 0458, op. 13a, p. 156, d. 69, Bl. 162–197. Bericht des Amtes für Information über einige Stimmen aus den bürgerlichen Parteien zu den Oktoberwahlen vom 25. April 1950. RCChIDNI f. 17, op. 137, d. 308, Bl. 86–88. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 391.

die deutlichsten Fortschritte. Er forderte, die Kampagne zu beschleunigen und in die Kreise und Gemeinden zu verlagern. Innerhalb der »fortschrittlichen Gruppierungen« sei zu organisieren, dass deren Vertreter im April fordern würden, die Wahlen mit Einheitslisten durchzuführen.¹⁰³ In Sachsen sprachen sich daraufhin Magnus Dedek und Joseph Rambo, der zu diesem Zeitpunkt noch den Landesverband führte, in Zeitungsartikeln für die Einheitslistenwahlen aus und übernahmen damit eine Vorreiterrolle in der CDU.¹⁰⁴ Derartige Positionen besaßen in der Partei jedoch keine Mehrheit. Deshalb bedurfte es massiver Einflussnahmen der SKK, um bei der Parteibasis der Union eine Zustimmung zu den Einheitslisten zu erreichen.¹⁰⁵

Die SKK bewertete den Einfluss der SED auf Prozesse innerhalb der CDU trotz der durch die Einheitspartei gegen Hickmann und andere CDU-Politiker getragenen Pressekampagnen als gering. Auf Anweisung der SKK entstand daher 1951 im Apparat des ZK der SED eine spezielle Abteilung zur Kontrolle und Steuerung des innerparteilichen Lebens von CDU und LDP. Damit reagierte die SKK auch auf den von Nuschke seit 1951 vertretenen »gemäßigten« Kurs. Der CDU-Politiker hatte sich vor »Reaktionäre« wie Martin Richter gestellt, seine Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der »am meisten fortschrittlichen Funktionäre« ausgedrückt und Forderungen nach einem Ende der »diktatorischen Beziehung« seitens des CDU-Landesverbandes Sachsen gegenüber dessen Gegnern unterstützt. Daraufhin intensivierte die SKK die »ideologische Arbeit« und »studierte« die »Kader« der CDU.¹⁰⁶ Noch 1952 wies die SKK in Sachsen die Absetzung von zehn Funktionären und den Ausschluss von 185 Mitgliedern an.¹⁰⁷

Nach der Dezimierung des Mitglieder- und Personalbestandes wirkte der sächsische CDU-Landesverband »paralysiert« (M. Richter), da viele Lücken nicht vollständig durch prokommunistische Funktionäre ersetzt werden konn-

103 Vermerk über ein Gespräch Tschuikovs mit Pieck und Grotewohl am 7. März 1950. RCChIDNI f. 17, op. 137, d. 309, Bl. 11–19. Zum deutschen Gegenstück siehe Vermerk Piecks. Rolf BADSTÜBNER/Wilfried LOTH (Hrsg.), *Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*, Berlin 1994, S. 335–337.

104 Vermerk über ein Gespräch Tschuikovs und Iljitschovs mit Pieck und Grotewohl am 17. März 1950. RCChIDNI f. 17, op. 137, d. 309, Bl. 43–50.

105 Bericht des Chefs der SKK-Informationsabteilung an das ZK in Moskau vom 29. August 1950 über die Vorbereitung der Wahlen in der DDR und Bericht des Chefs der SKK-Informationsabteilung an das ZK in Moskau vom 14. Dezember 1950 über die Ergebnisse der Wahlen in der DDR. RCChIDNI f. 17, op. 137, d. 308, Bl. 100–127 und Bl. 130–170. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 291 ff. S. ZEIDLER (wie Anm. 2), S. 37 ff.

106 Bericht des Chefs der SKK-Informationsabteilung vom 9. Februar 1952 über die politische Lage in der DDR. AVP RF f. 0458, op. 13a, p. 156, d. 68, Bl. 51–124.

107 Bericht der SKK Sachsen an Tschuikov vom 31. Juli 1952 über die politische Arbeit im ersten Halbjahr 1952. AVP RF f. 0458, op. 13a, p. 156, d. 69, Bl. 162–197.

ten. Magnus Dedek, der aktiv Gerald Götting und dessen für die Union verhängnisvolle Politik unterstützte, konnte sich trotz einer innerparteilichen Fronde bis zur Auflösung des Landesverbandes nach dem Ende sächsischer Staatlichkeit 1952 im Amt halten. Eine nun gänzlich gleichgeschaltete Führung stand einer Mitgliedschaft gegenüber, die in weiten Teilen den auf die Unterstützung der Politik der SED zielenden Kurs Göttings und der 1952 installierten CDU-Bezirksvorstände ablehnte.¹⁰⁸

108 M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 300 ff.

Die Arbeitsgemeinschaft der Ostsektor-Kreisverbände beim Landesverband Berlin (West) der CDU

Von Brigitte Kaff

Die CDU in Groß-Berlin 1945–1948

Am 10. Juni 1945 erließ die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) den Befehl Nr. 2 zur Gründung antifaschistischer Parteien. In den folgenden Tagen berieten Andreas Hermes, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer u.a. das Konzept für eine überkonfessionelle, christliche Volkspartei. Die Gründungsmitglieder, die überwiegend aus dem Zentrum und der DDP der Weimarer Republik, aus den Widerstandskreisen der christlichen Gewerkschaften und der Bekennenden Kirche kamen, wählten Andreas Hermes und Walther Schreiber zu Vorsitzenden.¹ Wegen ihrer Kritik an der Bodenreform und der Schulpolitik wurden Hermes und Schreiber am 19. Dezember 1945 von der SMAD abgesetzt; Nachfolger als Vorsitzende der CDU wurden Anfang Januar 1946 Jakob Kaiser und Ernst Lemmer.

Der Gründungsauftrag der CDU vom 26. Juni 1945 und die Gründungskundgebung am 22. Juli im »Theater am Schiffbauerdamm« waren das Signal für CDU-Gründungen in den Berliner Stadtteilen. Bereits im August bestanden CDU-Gruppen in allen 21 Stadtbezirken,² deren offizielle Gründung als Kreisverband in den folgenden Wochen erfolgte.³ Die Organisation lief zunächst über die Stadtgeschäftsstelle (Schlüterstraße, Charlottenburg), die an den Landesverband (LV) Brandenburg angebunden war. Im Auftrag von Hermes leitete Karl Grobbel als Geschäftsführer den organisatorischen Aufbau des LV Berlin-Brandenburg, dessen Trennung schon im August 1945 erfolgte.⁴ Die Geschäftsstelle des LV Berlin war danach wie die Reichgeschäftsstelle in Berlin-Mitte, Jägerstraße 58–60, untergebracht. Der Landesverband Brandenburg

1 Zur Gründung der CDU vgl. Manfred WILDE: *Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und Kaltem Krieg*, München 1998. Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945–1982*, Stuttgart 1993. Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945–1950* (Studien zur politischen Bildung 13), Mainz 1987.

2 Tätigkeitsbericht der Reichsgeschäftsstelle für August 1945, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), NL Hermes I-090-015/2; Ende Oktober bestanden 110 Ortsgruppen; Tätigkeitsbericht für Oktober ebd.

3 Zum Beispiel KV Köpenick 25. Juli, Mitte 6. August, Zehlendorf 6. August, Lichtenberg 24. August, Weißensee Anfang November 1945.

4 Informationsbrief Nr. 2 der CDU-Reichsgeschäftsstelle vom 30. Juli 1945.

konstituierte sich am 16. Oktober 1945 unter dem Vorsitzenden Wilhelm Wolf.⁵

Der Aktionsausschuss⁶ des Landesverbandes Berlin bestimmte in seiner 1. Sitzung am 17. November 1945⁷ Karl Brammer⁸ zum Vorsitzenden, Peter Even⁹ zum Stellvertreter und Max Hampel¹⁰ zum Geschäftsführer und sprach sich für eine klare Trennung des LV Berlin vom LV Brandenburg und von der Reichsgeschäftsstelle aus. Der erste Landesparteitag am 16. März 1946 wählte Prof. Dr. Kurt Landsberg¹¹ zum Vorsitzenden, bereits ein Jahr später wählte der Landesparteitag Dr. Walther Schreiber¹² zum Vorsitzenden des LV Berlin. Die CDU in Groß-Berlin entwickelte sich erfolgreich, sie zählte 8.932 Mitglieder Ende 1945 und ein Jahr später 17.736 Mitglieder.¹³

Bei den ersten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 20. Oktober 1946 wurde die CDU mit 22,2% der Stimmen – trotz vieler Behinderungen durch die SMAD – zweitstärkste Partei.¹⁴ Im sowjetischen Sektor errang sie 146.220 Stimmen bzw. 18,7 Prozent; hier erhielt sie die höchste Stimmenzahl im Bezirk Prenzlauer Berg, nämlich 28.877 (17,1%), den höchsten prozentualen Anteil in Köpenick mit 22,8 Prozent (17.267 Stimmen). Von den 29 CDU-Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung kamen sechs aus dem Ostteil Berlins. Bei den gleichzeitigen Bezirksverordnetenwahlen gewann die CDU in Groß-Berlin 184 von 805 Mandaten, im Ostsektor 59 von 315 Mandaten.¹⁵

5 Vgl. Katrin und Ralf BAUS, *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschland in Brandenburg 1945*, in: *Historisch Politische Mitteilungen* 6 (1999) S. 79–108, hier S. 95 f.

6 Vgl. »Richtlinien für den organisatorischen Aufbau«, Rundbrief der CDU Berlin, Nr. 1 v. 5. Juli 1945

7 Protokoll v. 17. Nov. 1945; Vermerk v. 18. Dez. 1945: Vorstand des LV Berlin; ACDP, LV Berlin, III-012-1064.

8 Karl Brammer (1891–1964), Journalist; vor 1933 DDP; Mitgründer der CDU, 1945–1946 Vorsitzender des LV Berlin, 1946–1948 stv. Chefredakteur der »Neuen Zeit«, 1950–1959 Pressereferent des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen.

9 Peter Even (1889–1958), Versicherungsangestellter; Mitgründer der CDU, KV Tiergarten, 1946–948 Stadtverordneter, 1950–1954 MdA.

10 Max Hampel (1893–1978), Steuermann; 1920–1932 Generalsekretär der DDP in Schleswig-Holstein und Lübeck, Mitgründer der CDU, 1945–1957 Landesgeschäftsführer der CDU Berlin, 1946–1948 Bezirksstadtrat in Tempelhof.

11 Prof. Kurt Landsberg (1892–1964), Hochschullehrer; vor 1933 DDP; Mitgründer der CDU und 1946–1947 Vorsitzender des LV Berlin, 1946–1950 Stadtverordneter (Fraktionsvorsitzender), ab März 1950 SPD, 1950–1958 MdA.

12 Dr. Walther Schreiber (1884–1958), Rechtsanwalt; 1919–1933 MdL Preußen (DDP), 1925–1933 Minister für Handel und Gewerbe; 1945 Mitgründer und 2. Vorsitzender der CDU, 1946–1948 stv. Stadtverordnetenvorsteher, 1947–1952 Vorsitzender des LV Berlin, 1951–1953 Bürgermeister, 1953–1954 Regierender Bürgermeister von Berlin.

13 Stand v. 1. Jan. 1946 und 1. Jan. 1947; ACDP, Zentralbestand Ost-CDU, VII-011-799.

14 Wahlergebnis 1946 für Groß-Berlin: SPD 48,7% = 63 Sitze; CDU 22,2% = 29 Sitze; SED 19,8% = 26 Sitze; LDP 9,3% = 12 Sitze. *Berliner Statistik*, Sonderheft 4, 1947.

15 Ebd.

Die kritische Haltung Jakob Kaisers zur Ablehnung des Marshall-Plans durch die Sowjets, zur SED-Diktatur und zur Volkskongressbewegung führte Ende Dezember 1947 zur Absetzung von Kaiser und Lemmer durch die SMAD.¹⁶ Die Anhänger der »Kaiser-Linie« wurden fortan von der SED und SMAD verfolgt und unter Druck gesetzt. In den folgenden Monaten flohen viele Mandatsträger und viele CDU-Anhänger, die aus ihren Stellungen verdrängt wurden, von Ostberlin in den Westen der Stadt.

Die Spaltung des Landesverbandes Berlin

Das Jahr 1948 brachte die Teilung der Stadt, die Spaltung der Stadtverordnetenversammlung und des CDU-Landesverbandes in West und Ost.¹⁷ Das Eintreten des LV Berlin für Jakob Kaiser und der Widerstand gegen die Gleichschaltungsbestrebungen der SED waren letztlich Anlass für die Spaltung und den Aufbau einer SED-hörigen CDU im Ostteil der Stadt.¹⁸ Bereits am 12. Februar 1948 wurde Walther Schreiber von der SMAD die Teilnahme an einer Beratung der CDU-Landesvorsitzenden der SBZ verweigert. Der Landesvorstand, der auf dem Parteitag am 10. April 1948 jede Beteiligung am Volkskongress mit Parteiausschluss sanktionierte, beschloss die Verbindung zur CDU der SBZ abubrechen. Die SMA teilte den Kreisvorsitzenden bereits am 3. April mit, dass die Teilnahme am Landesparteitag unerwünscht sei, »weil die Politik, die z. Zt. vom Landesvorstand betrieben würde, sich von den Prinzipien des Gründungsauftrages entfernt habe«¹⁹.

Unter Vorsitz von Dr. Helmuth Brandt, Arnold Gohr und Karl Leo Buttke wurde im April 1948 der »Arbeitskreis Groß-Berlin beim Gesamtverband der CDU« gegründet, der auch im Westteil wohnende Mitglieder aufnahm.²⁰ Besonders Gohr und Buttke lenkten den Arbeitskreis im Sinne der SED bzw. nach sowjetischen Anweisungen. Zugleich versuchten die sowjetischen Bezirkskommandanturen die Kreisvorsitzenden mit Drohungen und Verspre-

16 Vgl. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), Düsseldorf 1990.

17 Vgl. Michael RICHTER, *Die Teilung des CDU-Landesverbandes Berlin 1948*, in: *Deutschland-Archiv* 1994, S. 729–737; Arthur SCHLEGELMILCH, *Hauptstadt im Zonendeutschland. Die Entstehung der Berliner Nachkriegsdemokratie 1945–1949* (Historische Kommission zu Berlin, Bd. 4), Berlin 1993, S. 313–324.

18 Vgl. Rundbrief Schreibers v. 28. Febr. 1948, ACDP III-012-1068; *Berlin, Quellen und Dokumente 1945–1951*, bearb. v. Hans J. REICHHARDT u. a., 2 Bde., Berlin 1964, Nr. 560, S. 936–938.

19 ACDP, LV Berlin (Ost-CDU), III-034-099, Vermerk v. 6. April 1948. Vgl. Memorandum der Berliner CDU v. 11. Sept. 1948, *Berlin, Quellen* (wie Anm. 17), Nr. 571 S. 952–954.

20 Aufruf des »Arbeitskreises Groß-Berlin«, EBD. Nr. 564, S. 945 f.

chungen für den Nuschke-Kurs zu gewinnen.²¹ Schließlich verbot die SMA im Juli den bisherigen – legal gewählten – Kreisvorsitzenden jede politische Betätigung.²² Mit Billigung der Landesvorsitzenden der CDU der SBZ und Unterstützung der SMA wurden Vertrauensleute des »Arbeitskreises Brandt« in allen Kreisverbänden des sowjetischen Sektors als Vorsitzende eingesetzt und Brandt als »erster Vorsitzender des Landesverbandes Berlin« anerkannt.²³

Der LV Berlin unter Schreiber beanspruchte die Alleinvertretung für die CDU in Großberlin und argumentierte, dass die CDU aufgrund des Befehls Nr. 2 der SMAD am 26. Juni für Berlin und die sowjetisch besetzte Zone lizenziert worden sei. Nur der LV Berlin sei damit für Gesamtberlin von der interalliierten Kommandantur, Befehl Nr. 1 vom 11. Juli 1945, zugelassen. Der »Arbeitskreis Brandt« sei eine neue Partei, die entsprechend der Anordnung vom 30. Dez. 1946 von der Alliierten Kommandantur genehmigt werden müsse.²⁴ Dagegen behauptete die Ost-CDU, dass der LV Berlin, der frühere »Arbeitskreis Großberlin«, einen Teil der auf SMAD-Befehl Nr. 2 gegründeten und lizenzierten CDU bilde, es bestehe nur eine Gesamtlizenz der CDU für das sowjetische Besatzungsgebiet einschließlich Berlins, keine Sonderlizenz für den LV Berlin als selbständige Organisation.²⁵

Die Verwirrung war groß: Der Landesverband unter Schreiber schloss Mitglieder, die zum »Arbeitskreis Brandt« übergelaufen waren, aus der Partei aus: z.B. Bezirksrat Heinz Fried (Pankow) und den Bezirksverordneten Franz Nitt (Mitte);²⁶ ebenso entzog der LV Berlin (Ost) den CDU-Mitgliedern, die sich der »illegalen Schreiber-Landsberg-Gruppe« anschlossen, die Legitimation, z.B. Johannes Müller (Weißensee).²⁷

Die Vorstände der acht Ostberliner Kreisverbände schlossen sich mit Ausnahme von Weißensee²⁸ dem LV Berlin unter Schreiber an, ebenso wie die Mehrheit der Mitglieder. Nur ein geringer Teil der CDU-Mitglieder aus Ostberlin trat dem »Arbeitskreis Groß-Berlin« bei, d.h. der von Nuschke ge-

21 Zum Beispiel wurde Gladenbeck ein Stadtratsposten und eine große Wohnung angeboten, ACDP II-101-001. Ähnlich Hahn, Erinnerungen S. 19, ACDP II-002-001. Vgl. Aufforderung des »Arbeitskreises Groß-Berlin« an Bezirksrat Stolzmann, sich zu entscheiden; *Berlin, Quellen* (wie Anm. 17), Nr. 568, S. 949 f.

22 M. RICHTER, *Teilung* (wie Anm. 16), S. 732 f.

23 Anerkennung des »Arbeitskreises Groß-Berlin« durch die CDU der SBZ am 14. Juni 1948, *Berlin, Quellen* (wie Anm. 17) Nr. 566, S. 947. KV Mitte, 19. Juli 1948, ACDP II-101-005.

24 Vermerk v. 4. März 1948, ACDP III-034-103. CDU-Informationen Nr. 1, Juli/Aug. 1948, ACDP III-012-1068.

25 Gohr, 6. Okt. 1948, ACDP III-034-107.

26 Kreisvorstand Weißensee 30. Aug. 1948, ACDP III-034-107; Kreisvorstand Mitte 19. Juli 1948, ACDP II-101-005.

27 Gohr, 6. Okt. 1948, ACDP III-034-107.

28 Siehe unten.

führten Ost-CDU. Unmittelbar nach der Spaltung hielten einige Ostsektor-Kreisverbände ihre Versammlungen auf Westberliner Gebiet nahe der Sektorengrenze ab.²⁹ Im August 1948 schloss ein Polizeikommando die Geschäftsstelle des LV Berlin in der Jägerstraße.³⁰ Fortan bestanden die acht Kreisverbände von Ostberlin in doppelter Form: als Kreisverbände im sowjetischen Sektor im LV Berlin (Ost) und als »Ostsektor-Kreisverbände« im LV Berlin (West).

Die Arbeitsgemeinschaft der Ostsektor-Kreisverbände

Die Kreisverbände des sowjetischen Sektors waren von Anfang an gleichberechtigt in allen Gremien des LV Berlin vertreten.³¹ Auch nach der Spaltung billigte der Landesverband den Ostberliner Kreisverbänden weiterhin Sitz und Stimmrecht im Landesverband und auf dem Landesparteitag zu. Laut Satzung von 1949 umfasste der Landesverband das Gebiet von Groß-Berlin; in der Satzung von 1955 wurde auch die Gliederung des Landesverbandes in 20 Kreisverbände verankert.³² Diese Regelung bestand im Prinzip über vier Jahrzehnte – auch nach dem Mauerbau – bis zur Wiedervereinigung fort.³³

In einigen Fällen, Wahl der Kreisvorsitzenden, Beitragszahlung, Delegiertenschlüssel, musste der Landesvorstand die Mitarbeit der ostsektoralen Kreisverbände durch Ausnahmeregelungen von der Satzung absichern. Der Aufbau von Ortsgruppen entfiel, die Arbeit wurde nur auf Kreisverbandsebene fortgesetzt. Da eine ordentliche Mitgliederversammlung für Treptow und Weißensee 1949 nicht stattfinden konnte, setzte der Landesvorstand die Vorsitzenden ein, Frau Dr. Agnes Maxsein für Weißensee und Leonhard Heuze für Treptow.³⁴

Die Zahl der CDU-Mitglieder betrug am 31. Juli 1948 in Gesamtberlin 16.737, im sowjetischen Sektor 5.803.³⁵ Nach der Spaltung galten als Mitglieder eines Ostsektor-Kreisverbandes: CDU-Mitglieder, die in dem jeweiligen Stadtbezirk Ostberlins wohnten und sich an der CDU-Arbeit im Westteil beteiligten sowie jene, die nach Westberlin geflüchtet waren und keinem West-

29 Gladenbeck, Erinnerungen S. 14, ACDP II-101-001.

30 *Berlin, Quellen* (wie Anm. 17), Nr. 567, S. 948. Der LV Berlin (West) hatte sein Büro fortan in Charlottenburg, erst Reichsstraße 4, dann Klaus-Groth-Straße 3, ab 1952 in Wilmersdorf, Konstanzerstraße 25.

31 Vermerk v. 15. März 1946, ACDP III-012-252.

32 Vgl. Satzung vom 23. April 1955.

33 *Die CDU Berlin stellt sich vor*, hrsg. v. LV Berlin, o. D. (1986), S. 3.

34 Geschäftsführender Landesvorstand, 9. April 1949; ACDP III-012-877.

35 ACDP III-034-103. Später wird die Mitgliederzahl für den Ostsektor häufig mit 9.000 angegeben; z.B. Klauck, Brief v. 2. Dez. 1959 und J. Müller/Klauck, Vermerk v. 6. Juli 1964; ACDP III-012-1722.

kreisverband angehörten.³⁶ Gegen die Neuaufnahme von Mitgliedern verhielt man sich skeptisch.³⁷

Zunächst wurden die Mandate der im Frühjahr 1948 gewählten Funktionäre verlängert; entsprechend den Mitgliederzahlen von 1948 stellten die Ostsektor-Kreisverbände auf dem Parteitag 1949 noch 57 von insgesamt 195 Delegierten.³⁸ Nachdem in der Satzung von 1949 der bisherige Delegiertenschlüssel von 1:200 auf 1:100 erhöht und 1950 die Mitgliederzahlen der ostsektoralen Kreisverbände auf Beschluss des Landesvorstandes um 25 Prozent gekürzt wurden, stellten sie noch 44 Delegierte. Da sich die Zahl der in Ostberlin wohnenden und in den »illegalen« Ostsektor-Kreisverbänden in Westberlin aktiven CDU-Mitglieder niemals genau ermitteln ließ, wurde schließlich die Teilnehmerzahl an Veranstaltungen in Westberlin zugrunde gelegt.³⁹ In den folgenden Jahren führten Schwankungen in den Mitgliederzahlen auch zu geringfügigen Veränderungen in der Anzahl der Delegierten.⁴⁰

Die Abführung von Beiträgen, die satzungsmäßige Voraussetzung für die Teilnahme der Kreisverbände an den Landesparteitagen, fand ebenfalls eine für die Ostsektor-Kreisverbände zufriedenstellende Lösung: Abgeltung der Rückstände durch eine Pauschalsumme, Reduzierung der Mitgliedsbeiträge auf die Hälfte, Bezahlung in Ostmark bei den Versammlungen.⁴¹

Bereits 1949/1950 trafen sich die Vorsitzenden der Ostsektor-Kreisverbände gelegentlich mit den stellvertretenden Landesvorsitzenden Lothar C. Wille oder Dr. Heinrich Krone, um ihre Wünsche, insbesondere die gleichberechtigte Mitarbeit im Landesverband vorzutragen.⁴² Die Initiative für eine straff organisierte Zusammenarbeit ging von Anton Weber⁴³ und Jo-

36 Klauck, Vermerk v. 5. Mai 1959: »Organisation und Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Ostsektor-Kreisverbände«, ACDP III-012-1722.

37 Gf. Landesvorstand, 5. Mai 1951, ACDP III-012-414. Neue Mitglieder wurden auch beim LV direkt geführt; Hampel, 10. Dez. 1953, ACDP III-012-965. Anklageschrift gegen Braun, Mrugalski, Weise, Juni 1961, S. 20, ACDP III-012-1722.

38 M. RICHTER, *Teilung* (wie Anm. 16), S. 736; Landesparteitag 2./3.4.1949, ACDP III-012-620.

39 Landesvorstand 22./23. Sept. 1951, ACDP III-012-319. Siehe Tabelle 1.

40 Laut Vermerk v. 5. Mai 1959 standen den Ostsektor-Kreisverbänden 51 Delegierte zu; ACDP III-012-1722. Siehe Tabelle 2.

41 Zum Beispiel bezahlten die Ostkreisverbände 1951 eine Pauschalsumme von 2.000 Ostmark.; Landesparteitag 1952, ACDP III-012-639. Landesparteitag 8./9. Mai 1954, Niederschrift S. 96, 104, ACDP III-012-320.

42 Zum Beispiel Gf. Landesvorstand 28. Mai 1949, 12. Aug. 1950, 17. März 1951, ACDP III-012-877, 388.

43 Anton Weber (1890), Vermessungstechniker, Reichsbahnbeamter, 1948 entlassen; Zentrum, 1928–1933 Bezirksverordneter in Lichtenberg; Mitgründer der CDU und 1945–1952 und ab 1959 Vorsitzender des KV Lichtenberg, 1951–1959 stv. Vorsitzender des LV Berlin, 1952–1959 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ostsektor-Kreisverbände, 1954–1966 MdA.

hannes Müller⁴⁴ aus.⁴⁵ Zunächst wurde 1951 eine fünfköpfige Kommission »Ostsektorale Kreisverbände« beim Landesverband eingesetzt, um die Formen der Mitarbeit zu überprüfen.⁴⁶ 1952 bildeten diese Kreisverbände »die Arbeitsgemeinschaft der Kreisverbände des Ostsektors von Berlin« und wählten Anton Weber zum Vorsitzenden.⁴⁷ Ihr gehörten ferner an: Julius Gladenbeck⁴⁸ (Mitte), Walter Hahn⁴⁹ (Prenzlauer Berg), Rudolf Lehnert (Friedrichshain), Wilhelm Dumstrey⁵⁰ (Köpenick), Herbert Vogler (Mitte), Dr. Agnes Maxsein (Weißensee) und Viktor Stolzmann⁵¹ (Pankow); sie alle waren 1948/49 nach West-Berlin übersiedelt.⁵²

Ziel der in Westberlin aktiven Kreisverbände aus dem Ostsektor war, für den Fall der Wiedervereinigung geeignete Persönlichkeiten aus der CDU für politische Ämter und Verwaltungsposten zur Verfügung stellen zu können.⁵³ Deshalb sollten die CDU-Mitglieder aus Ostberlin laufend über die politische Entwicklung in der Bundesrepublik informiert werden und die führenden CDU-Politiker auf Großveranstaltungen oder bei Begegnungen im kleinen Kreis kennen lernen.

Die Vorsitzenden und je zwei Delegierte pro Kreisverband tagten monatlich im »Reichshof«, einem Lokal in Schöneberg, in der Regel mit dem stellvertretenden Vorsitzenden oder dem Landesgeschäftsführer, Egon Endres, Max Hampel, Fritz Klauck. Ende 1959 folgte Johannes Müller als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft. Weber (ab 1951) und Müller (ab 1959) waren auch stellvertretende Vorsitzende des LV Berlin. Die Ostsektor-Kreisverbände in West-

44 Johannes Müller (1905–1992), Elektromeister; Mitgründer der CDU, 1946–1948 Bezirksverordneter in Weißensee, 1950–1961 MdB, 1959–1965 stv. Vorsitzender d. LV Berlin, 1959–1972 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ostsektor-Kreisverbände.

45 Anklageschrift (wie Anm. 36) S. 16.

46 Landesvorstand 13. Jan. 1951, ACDP III-012-388, Mitglieder: Anton Weber, Walter Hahn, Wilhelm Dumstrey, Anna Mrugalski, Joachim Wolff.

47 *Die CDU gibt Rechenschaft 1945–1952*, hrsg. v. LV Berlin der CDU, o. J. (1952), S. 60.

48 Julius Gladenbeck (1900), Buchhalter, Sozialarbeiter; nach 1933 Mitglied der Bekennenden Kirche, Mitgründer der CDU, ab Jan. 1946 Vorsitzender des KV Mitte.

49 Walter Hahn (1894), Versicherungskaufmann; ab 1920 Zentrum; Mitgründer der CDU und 1945–1964 Vorsitzender des KV Prenzlauer Berg, 1951–1955 Senator für Inneres.

50 Wilhelm Dumstrey (1899), Diplom-Handelslehrer, ab 1924 DDP, 1928–1933 Vorsitzender des Bezirksverband Köpenick. Mitgründer der CDU und 1945–1963 Vorsitzender des KV Köpenick, 1956–1965 Bezirksbürgermeister in Wilmersdorf.

51 Viktor Stolzmann (1882–1959), Lehrer, Rektor; Zentrum, 1925–1933 Bezirksverordneter in Pankow; Mitgründer der CDU, 1946–1947 und 1950–1956 Vorsitzender des KV Pankow, 1946–1950 Stadtverordneter.

52 Die Angaben erfolgten erstaunlicherweise mit voller Adresse, auch im Jahrbuch der CDU 1953 und 1957, erst im Jahrbuch 1960, wurden »acht Mitglieder für die Arbeitsgemeinschaft der Ostkreisverbände« ohne Namensnennung als Mitglieder des Landesvorstands erwähnt.

53 Gf. Landesvorstand, 28. Mai 1949, ACDP III-012-877; Anklageschrift (wie Anm. 36), S. 3, 7, 10, 21.

berlin stellten außerdem weitere Vorstandsmitglieder, u.a. Günther Dach (Beauftragter für Organisation), Dr. Agnes Maxsein (Sozialarbeit), Johannes Müller, Heinrich Kreil und Erwin Weide (Beauftragte für Sozialpolitik) und waren durch Delegierte auf den Landesparteitagen, auf den Bundesparteitagen und im Bundesparteiausschuss vertreten.

Auch die Vorstände und die Mitglieder der Kreisverbände aus dem Ostsektor, ebenso verschiedene Arbeitskreise, Frauen, Junge Union, Gewerkschaften, trafen sich in der Regel einmal monatlich in Westberlin in einem Lokal oder einer Schule. Einzelne Kreisverbände entwickelten politische Aktivitäten, z.B. forderte der KV Pankow 1949 eine Begegnung mit Bundesminister Jakob Kaiser, dem Vertreter der Interessen Berlins bei der Bundesregierung; der KV Friedrichshain verfasste 1950 eine Resolution für freie Wahlen.⁵⁴ Pankow und Köpenick legten Beschwerde ein, weil 1954 bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus, die Kandidaten aus dem Ostsektor nicht genügend berücksichtigt wurden.⁵⁵ Die Arbeitsgemeinschaft bzw. der Landesverband protestierten auch gegen die Terrormaßnahmen im Ostteil Berlins bzw. in der SBZ.⁵⁶ Außerdem wirkten die Ostsektor-Kreisverbände bei sozialen Aufgaben mit: Verteilung von Care- und Weihnachtspaketen, Betreuung von politischen Häftlingen, Kinderlandverschickung.

Die Weiterarbeit der Ostsektor-Kreisverbände in Westberlin war natürlich mit vielen Schwierigkeiten verbunden, rechtzeitige Benachrichtigung insbesondere bei Terminänderungen, Unkosten, persönliche Gefährdung. Ende 1952 übernahmen einige Westberliner Kreisverbände Patenschaften für ostsektorale Kreisverbände: Wilmersdorf für Köpenick und Treptow, Neukölln für Lichtenberg und Weißensee, Wedding für Pankow, Kreuzberg für Friedrichshain, Charlottenburg für Mitte und Schöneberg für Prenzlauer Berg.⁵⁷ Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Ostsektor-Kreisverbände, die monatlichen Treffen und vierteljährlichen Großveranstaltungen wurden finanziell unterstützt mit Mitteln aus dem Gesamtdeutschen Ministerium. Die Zuwendungen beliefen sich nach Schätzung von Alfred Weise, stv. Vorsitzender des KV Weißensee, auf ca. 25.000 DM jährlich.⁵⁸ Jeder Teilnehmer aus dem Ostsektor erhielt einen Essenbon im Wert von 2,00 DM und bei kulturellen Veranstaltungen zusätzlich 1,50 DM.⁵⁹

54 ACDP II-101-001; III-012-877.

55 Stolzmann v. 31. Mai 1954, ACDP II-101-001; Dumstrey v. 5. Okt. 1954, ACDP III-012-1722.

56 Zum Beispiel Landesparteitag v. 7. Okt. 1950, Landesparteitag v. 1. Juli 1961, ACDP III-012-077, 825; Antrag der Arbeitsgemeinschaft v. 28. März 1960, ACDP III-012-315.

57 Notiz v. 11. Dez. 1952, ACDP III-012-1722.

58 Anklageschrift (wie Anm. 36), S. 22.

59 Abrechnungen 1961, ACDP III-012-977.

Die Zusammenkünfte der im Ostsektor wohnenden CDU-Mitglieder mit den nach West-Berlin geflüchteten Mitgliedern im Rahmen ihres Kreisverbandes hatten zunächst mehr freundschaftlichen Charakter, nach der Neuorganisation traten die politischen Aktivitäten in den Vordergrund. Es fanden Versammlungen mit politischen Referaten statt, z.B. mit Bundesminister Jakob Kaiser, Robert Tillmanns (MdB, Landesvorsitzender), Ernst Lemmer (Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und Landesvorsitzender), Peter Lorenz (MdA), Günther Riesebrodt (1954–1958 geschäftsführender Landesvorsitzender) oder Bundestagspräsident Gerstenmaier. Bundestagsabgeordnete berichteten über ihre Tätigkeit, die Entwicklung der europäischen Gemeinschaften, das Scheitern der Pariser Verträge oder die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens.⁶⁰ Die Treffen wurden einerseits genutzt, um den Kurs der CDU und die politische Entwicklung in der Bundesrepublik zu diskutieren und die Mitglieder gründlich zu informieren und andererseits um den Teilnehmern Informationsmaterial (»Der Tag«, »Der Kurier« u.a.) mitzugeben. Einigen CDU-Mitgliedern aus Ost-Berlin war es auch möglich, an Schulungen des Bildungswerkes der CDU in Berlin (seit 1959) oder Studienreisen in die Bundesrepublik sowie nach Brüssel und Luxemburg teilzunehmen.⁶¹

Ein- bis zweimal jährlich fanden Großveranstaltungen mit mehreren hundert CDU-Mitgliedern aus dem Ostsektor statt: z.B. sollte auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft der Ostsektor-Kreisverbände am 2. Juli 1959 im »Prälaten« in Schöneberg eine Versammlung mit 800 Teilnehmern stattfinden, mit einer Rede von Bundestagspräsident Gerstenmaier – verbunden mit einem unterhaltenden Kulturprogramm mit Spitzenkräften von Funk, Bühne und Film.⁶²

Die in den Augen der Sowjets illegalen Zusammenkünfte wurden teilweise als Kulturveranstaltungen, Theaterbesuche oder Weihnachtsfeiern getarnt. Aus Sicherheitsgründen wurden die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft und die Namen der Mitglieder nicht publik gemacht. Seit 1958 versuchte man die Gefährdung der Teilnehmer aus Ostberlin durch verschiedene Vorsichtsmaßnahmen zu verringern: Keine Aufnahme von neuen Mitgliedern, um Spitzel auszuschalten,⁶³ Aufhebung der Beitragspflicht, da die Bezahlung in der DDR als »Währungsvergehen« galt,⁶⁴ An- und Abfahrt zu Treffen in möglichst klei-

60 Anklageschrift (wie Anm. 36), S. 21.

61 Ebd. S. 11 f. Frau Mrugalski nahm mit dem Frauenarbeitskreis 1959 an einer Studienfahrt zu den Bayerwerken in Leverkusen teil. Büro Klauck, März 1960, ACDP III-012-1722.

62 Weihnachtsfeier, 30. Dez. 1959 im »Prälaten« (Schöneberg) mit Festansprache von Franz Amrehn (2. Landesvorsitzender) und 862 Teilnehmern aus den Ostsektor-Kreisverbänden; ACDP III-012-1722.

63 Anklageschrift (wie Anm. 36), S. 20.

64 Vermerk v. Klauck, 5. Mai 1959, ACDP III-012-1722.

nen, unverdächtigen Gruppen, Wechsel der Versammlungslokale,⁶⁵ keine Erwähnung der Teilnehmer aus den Ostsektoren in den Monatsberichten.⁶⁶

Trotzdem hatte die Staatssicherheit von den Zusammenkünften der »illegalen« Kreisverbände genaue Erkenntnisse gesammelt und versuchte diese Aktivitäten Ende 1960 durch eine Verhaftungswelle zu unterbinden. Im November 1960 wurden mehrere CDU-Mitglieder der Ostsektor-Kreisverbände festgenommen, von der Stasi verhört und – einige mit dem Auftrag über die CDU zu berichten – entlassen.⁶⁷ Josef Braun⁶⁸ (seit 1950 Delegierter des KV Friedrichshain), Anna Mrugalski⁶⁹ (Frauenreferentin, Prenzlauer Berg) und Alfred Weise (seit 1950 Delegierter des KV Weißensee) blieben mehrere Monate in Untersuchungshaft und wurden am 27. Juni 1961 vom Stadtbezirksgericht Lichtenberg wegen »Teilnahme an staatsfeindlichen Verbindungen« nach Paragraph 129 StGB zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Mit dem Mauerbau am 13. August 1961 endete für die im Ostsektor wohnenden CDU-Mitglieder die Möglichkeit, die Treffen im Westteil Berlins zu besuchen. Der Kontakt brach ab. Dennoch setzte die Arbeitsgemeinschaft der Ostsektor-Kreisverbände ihre Tätigkeit fort. Im Oktober 1961 konstituierte sie sich neu aus den in Westberlin wohnenden 71 Mitgliedern: Vorsitzender Johannes Müller, Stellvertreter Egon Hartung, Schriftführerin Jenny Graf.⁷⁰

Zunächst wurden die Mandate der im Frühjahr 1961 gewählten Kreisvorsitzenden bis 1963, dann erneut bis 1965 verlängert.⁷¹ Der 39. Landesparteitag am 21. November 1964 beschloß folgende Regelung: Die Mitglieder der im Ostsektor gelegenen Kreisverbände, die seit 1948 den Ostsektor verlassen mußten und zur Zeit in Westberlin wohnen, nehmen das Vertretungsrecht der durch die Willkürmaßnahmen behinderten Mitglieder für ihren jeweiligen Kreisverband in allen Organen und Gremien des Landesverbandes satzungsgemäß wahr. Die Ostsektor-Kreisverbände – Fried-

65 Anklageschrift (wie Anm. 36), S. 16

66 Vermerk v. Klauck, 5. Mai 1959, ACDP III-012-1722.

67 Kurz inhaftiert waren: Bernhard Weise, Paul Widuch, Gerda Olm (alle Weißensee), Frau Kaps (Lichtenberg), Arthur Ewald, Irene Eichenwald (beide Prenzlauer Berg), Heinz Woitag (Pankow); außerdem wurde am 12. Nov. Gertrud Grothe aus Westberlin (Tempelhof), bis 1957 Mitarbeiterin von Werner Jöhren (Exil-CDU), verhaftet; Schreiben von Klauck, 17. Nov. 1960, ACDP III-012-1722.

68 Josef Braun (1900), Schlosser, 1951 entlassen, 1951–1958 bei BVG in Westberlin tätig, 1946 CDU, 1948 stv. Vorsitzender des KV Friedrichshain, legte 1948 Funktionen nieder, wurde durch den ehemaligen Vorsitzenden Schild über Treffen in Westberlin informiert, nahm seit 1950 an fast allen Landesparteitagen in Westberlin teil.

69 Anna Mrugalski (1890), Kindergärtnerin, Religionslehrerin, 1945 CDU, 1946 Bezirksverordnete in Prenzlauer Berg, legte 1948 Funktionen nieder, wurde ca. 1950 durch W. Hahn über Treffen in Westberlin informiert.

70 Aufstellung v. 3. Okt. 1961, ACDP III-012-1722.

71 Landesparteitag 1963, ACDP III-012-325.

richshain, Mitte, Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee – stellen ein Viertel der Parteitage delegierten.⁷² Der Delegiertenschlüssel für alle Kreisverbände wurde auf 1:50 geändert, so dass die Ostsektor-Kreisverbände 1965 auf dem Landesparteitag 48 Delegierte stellten. Zuwachs kam aus der Jungen Union der Ostsektor-Kreisverbände, durch Flüchtlinge und ehemalige Ostberliner CDU-Mitglieder, die in Westberlin wohnten und dort in ihren Kreisverbänden aktiv waren. Eine Doppelmitgliedschaft war allerdings nicht zulässig.

Der Ostkreisverband Weißensee in Westberlin als Beispiel

Am 19. Juli 1945 gründete ein dreizehnköpfiger Aktionsausschuss unter Führung von Josef Pfeiffer, Arthur Senger und Alfred Weise⁷³ die CDU in Weißensee. Bereits am 19. August fand eine öffentliche Versammlung mit den Berliner Gründungsmitgliedern, Otto Nuschke und Prof. Emil Dovifat, statt. Der Aktionsausschuss wählte am 27. September 1945 Weise zum Vorsitzenden und Johannes Müller zum Stellvertreter der Ortsgruppe Weißensee. Im November 1945 wählten die Mitglieder der sechs Ortsgruppen den Kreisvorstand, Josef-Otto Günther als Vorsitzenden und Arthur Senger als Stellvertreter. Nachdem Günther im September 1946 sein Amt niedergelegt hatte, führte Senger den Vorsitz. Wichtige Themen waren zunächst die paritätische Besetzung der Bezirksämter, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Brennstoff, Wohnungen etc. und die Entnazifizierung. Auf den im Februar 1947 gewählten Vorsitzenden Fritz Hofmann folgte im April 1948 der bisherige Stellvertreter Hermann Solbach.⁷⁴

Anlässlich der Krise verhielt sich der Kreisverband zunächst ambivalent: Entgegen der Anweisung der sowjetischen Bezirkskommandantur wurden Anfang April die Delegierten zum Landesparteitag gewählt, aber zugleich ein Gremium für Verhandlungen mit der Bezirkskommandantur eingesetzt.⁷⁵ Die Aufforderung des LV Berlin, an einer Zusammenkunft aller Kreis- und Ortsvorsitzenden des sowjetischen Sektors am 5. Juli in Schöneberg teilzunehmen, beantwortete der Kreisvorstand zurückhaltend mit der Bitte, die Zusammenkunft im sowjetischen Sektor abzuhalten.⁷⁶ Gegen den Parteiausschluss des

⁷² *Satzungen und Ordnungen*, hrsg. v. CDU-LV Berlin, 1965, S. 13 f. Anhang: Status der Ostsektorkreisverbände § 1 u. § 3. Entwürfe und Vorschläge: ACDP III-012-823, 825. Der KV Treptow war offenbar mangels Mitglieder damals nicht existent.

⁷³ Alfred Weise (1894), Buchhalter, ab 1927 Angestellter der Evang. Kirchengemeinde Weißensee, ab 1958 Rendant des Stadtsynodalverbandes, Mitgründer und 1945–1948 Vorsitzender der OG Weißensee.

⁷⁴ ACDP III-034-111, 099.

⁷⁵ ACDP III-034-099.

⁷⁶ ACDP III-034-103.

Bezirksrates Heinz Fried (Pankow) durch den LV Berlin (West) legte der Vorsitzende Solbach Protest ein.⁷⁷ Der Kreisvorstand Weißensee trat nach Beschluss vom 23. August dem »Arbeitskreis Brandt« bei.⁷⁸ Der Landesvorsitzende Walter Schreiber forderte daraufhin die Mitglieder des KV Weißensee auf, den Veranstaltungen der CDU in Weißensee fernzubleiben und keine Beiträge mehr zu leisten.⁷⁹ Der Bezirksverordnete Johannes Müller, der im Sommer nach Lichterfelde übersiedelt war, wurde vom LV Berlin (Ost) nicht mehr als legitimer Vertreter anerkannt.⁸⁰ Etwa die Hälfte der Mitglieder beteiligte sich unter dem neuen Vorsitzenden Hermann Solbach am »Arbeitskreis Groß-Berlin«.

Alfred Weise legte den Vorsitz der Ortsgruppe 1948 krankheitshalber nieder. Nachdem er 1949 durch Bruno Wardecki von der Tätigkeit der CDU-Mitglieder aus Weißensee in Westberlin erfahren hatte, besuchte er die Zusammenkünfte mit ca. 15 Teilnehmern regelmäßig. Die 1949 vom Landesvorstand eingesetzte Vorsitzende Dr. Agnes Maxsein⁸¹ wurde 1950 durch Wahl des »illegalen« KV Weißensee bestätigt, Alfred Weise wurde zweiter Vorsitzender. Als stellvertretender Vorsitzender nahm Weise regelmäßig an den monatlichen Besprechungen des Kreisvorstandes und den Monatstreffen der Mitglieder sowie an den Sitzungen des Vorstandes der »Arbeitsgemeinschaft Ostsektor-Kreisverbände« im »Reichshof« und zahlreichen Veranstaltungen in Westberlin teil. Bei den Treffen berichtete Frau Dr. Maxsein über ihre Arbeit im Bundestag und in den europäischen Gremien, den Verlauf der Berliner Parteitage oder der Bundesparteitage, an denen sie als Delegierte teilgenommen hatte. Wegen ihrer vielfachen auswärtigen Verpflichtungen, übernahm Weise manchmal die Leitung der monatlichen Besprechungen des Vorstandes oder der Mitgliederversammlungen. Weise und andere Delegierte aus Weißensee, Bruno Wardecki, Albert Litfin, Paul Widuch, nahmen seit 1950 wiederholt an den Parteitag des CDU-LV in Westberlin teil.⁸²

Die monatlichen Zusammenkünfte fanden in Gaststätten statt, zunächst in einem Restaurant am Südstern, später in der »Jonasklausen« (Neukölln), ab 1958 in der »Westfalen-Klausen« (Charlottenburg). Nachrichten über Termine

77 Fraktionssitzung v. 30. Aug. 1948, ACDP III-034-107.

78 Schreiben von Klemm an die Mitglieder v. 23. Sept. 1948, ACDP III-034-094.

79 *Berlin, Quellen* (wie Anm. 17), Nr. 570, S. 951.

80 Gohr an den Bezirksverordnetenvorsteher, 6. Okt. 1948, ACDP III-034-094.

81 Dr. Agnes Maxsein (1904–1991), Studienrätin, Schulleiterin der Anna-Magdalena-Bach-Schule in Pankow, 1948 entlassen, danach Schulrätin in Westberlin; 1945 CDU, 1946–1948 stv. Vorsitzende des LV Berlin, 1946–1950 Stadtverordnete, 1950–1952 MdB, 1952–1969 MdB, Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der WEU.

82 Landesparteitag 1950, ACDP III-012-077; 1951 (ebd. 319), 1952 (ebd. 639), 1954 kein Name genannt (ebd. 320), 1955 (ebd. 322), 1956 kein Name genannt (ebd. 909), 1959 (ebd. 913).

wurden in der Regel bei den Treffen mündlich vereinbart, in Ausnahmefällen übernahm das jüngste Mitglied (Gisela Z.) die persönliche Benachrichtigung. Für wichtige Nachrichten oder Übersendung von Informationsmaterial gab Weise als Deckadresse die Anschrift des Evangelischen Synodalverbandes oder eines Weißenseer Mitgliedes in Westberlin an.

Die Mehrzahl der Mitglieder des Ostsektor-Kreisverbandes Weißensee wohnte im sowjetischen Sektor, einige waren seit 1950 nach Westberlin geflüchtet. Karteimäßig wurden die Teilnehmer bei den Versammlungen in Westberlin nicht erfasst – man kannte sich gegenseitig –, lediglich Anwesenheitslisten wurden geführt. Beitragspflicht bestand nicht, aber es wurden Sammlungen durchgeführt. Zeitweise wurde für die Aufnahme neuer Mitglieder geworben, so brachte Weise 1956 auch seinen Bruder Bernhard und dessen Ehefrau zu den Treffen mit. Seit Mitte der 50er Jahre beteiligten sich vermutlich auch Günter und Jürgen Litfin, die Söhne von Albert Litfin, an der illegalen Arbeit des KV Weißensee in Westberlin.⁸³ Dagegen plädierte man seit etwa 1958 dafür, keine neuen Mitglieder mehr aufzunehmen aus Angst vor Spitzeln.

1960 wurden Alfred Weise und seine Frau, Arthur und Gertrud Senger, Frau Wardecki, Albert Litfin, Paul Widuch und Johannes Müller für 15jährige Mitgliedschaft mit der goldenen Ehrennadel der CDU ausgezeichnet.⁸⁴ Unmittelbar nach dem Bau der Mauer wurde Günter Litfin am 24. August 1961 bei einem Fluchtversuch erschossen. Im Oktober 1961 konstituierte sich der KV Weißensee in Westberlin neu: Vorsitzende Frau Dr. Maxsein, Stellvertreter: Kurt Schütz, Hildegard Schütz.⁸⁵

83 »Die Welt« v. 25. Nov. 1999.

84 Anklageschrift (wie Anm. 36), S. 22.

85 Aufstellung v. 3. Okt. 1961, ACDP III-012-1722.

Die Ostsektor-Kreisverbände 1945 bis 1961

Tabelle 1: Mitglieder

Kreisverbände	1946 ⁸⁶	1947 ⁸⁷	1948 ⁸⁸	1950 ⁸⁹	1954 ⁹⁰	1959 ⁹¹	1961 ⁹²
							West/Ost
Friedrichshain	270	523	469	368	366	672	20/ 80
Köpenick	685	995	834	638	920	815	15/ 65
Lichtenberg	480	815	725	544	1.000	918	15/ 95
Mitte	100	230	217	162	160	240	15/ 70
Pankow	921	1.276	1.196	898	600	789	35/110
Prenzlauer Berg	604	940	812	608	600	937	40/130
Treptow	707	871	791	600	200	385	2/ 43
Weißensee	546	857	759	571	300	418	15/ 40
Gesamt	4.313	6.507	5.803	4.389	4.146	5.174	157/633

Tabelle 2: Delegierte zu den Landesparteitagen

Kreisverbände	1947 ⁹³	1950 ⁹⁴	1956 ⁹⁵	1959 ⁹⁶	1963 ⁹⁷	1965 ⁹⁸
Friedrichshain	3	4	4	7	5	8
Köpenick	5	6	8	8	8	5
Lichtenberg	5	5	10	9	9	10
Mitte	2	2	3	2	4	8
Pankow	7	9	8	8	8	4
Prenzlauer Berg	5	6	6	9	9	7
Treptow	5	6	2	4	–	1
Weißensee	5	6	5	4	4	5
Gesamt	37	44	46	51	47	48

86 Landesparteitag 16./17. März 1946, ACDP III-012-252.

87 Landesparteitag 2. Aug. 1947, ACDP III-012-254.

88 Mitgliederstand 31. Juli 1948, ACDP III-034-103.

89 Stand Juli 48, gekürzt um 25%, Landesparteitag 22./23. April 1950, ACDP III-012-077.

90 Landesparteitag 8./9. Mai 1954, ACDP III-012-320.

91 Landesparteitag 25./26. April 1959, ACDP III-012-913.

92 Teilnehmer aus Westberlin/Ostberlin bei den monatlichen Mitgliederversammlungen; Schätzwerte für die Abrechnung 1961, ACDP III-012-977.

93 ACDP III-012-254.

94 ACDP III-012-077.

95 Landesparteitag 14./15. April 1956, ACDP III-012-909.

96 ACDP III-012-913.

97 Landesparteitag 26./27. April 1963, ACDP III-012-825.

98 Landesparteitag 23./24. April 1965, ACDP III-012-916. Im Unterschied zu früheren Jahren wurden nun auch die Kreisvorsitzenden als Delegierte gezählt.

Vorsitzende und Treffpunkte⁹⁹*Friedrichshain*

Vorsitzende: Georg Schock (1946–1947), Wilhelm Schmidt (1947–1948), Richard Schild (1948–1951), Rudolf Lehnert (1952–1971).

Treffpunkte: 1948 Gaststätte »Markthalle« und Schule am Schlesischen Tor (Kreuzberg), ab 1958 Cafe Teschendorf (Charlottenburg).

Köpenick

Vorsitzender: Wilhelm Dumstrey (1945–1965).

Treffpunkte: Jonas-Klause (Neukölln), 1961 Cafe Manske (Neukölln).

Lichtenberg

Vorsitzende: Anton Weber (1945–1952 und ab 1959), Herbert Vogler (1952–1959).

Treffpunkte: Lokal »Körte-Eck« (am Südstern, Kreuzberg).

Mitte

Vorsitzende: Leo Harske (1945), Julius Gladenbeck (1946–1959), Egon Hartung (ab 1959).

Treffpunkte: »St. Clemens«, »Max und Moritz« (Oranienstraße, Kreuzberg).

Pankow

Vorsitzende: Viktor Stolzmann (1946–1947), Gregor Mohn (1947–1948), Alfred Nitsche (1949), Alfons Golla (1950), Viktor Stolzmann (1950–1956), Günther Dach (ab 1956).

Treffpunkte: unbekannt.

Prenzlauer Berg

Vorsitzender: Walter Hahn (1945–1964), Ernst Kupsch (ab 1964).

Treffpunkte: Schule (Grüntaler Straße, Wedding), ab 1957 Ernst-Reuter-Schule (Stralsunder Straße, Wedding).

Treptow

Vorsitzende: Ernst Schmelz (1945), Dr. Alois Klöcker (1946), Dr. Martin Türk (1947), Heinrich Kreil (1947–1948), Leonhard Heuze (1949–1952), unbesetzt 1952–1957?, Kurt Kalinowski (1957–1961).

Treffpunkte: 1961 »Ebertshof« (Schöneberg).

⁹⁹ Unterlagen über Vorstandswahlen in den Ostsektor-Kreisverbänden sind nur für die Jahre 1947, 1961 und 1971 überliefert, sonstige Angaben wurden aus den Anwesenheitslisten der Landesparteitage und Vorstandssitzungen erschlossen; 1947, ACDP III-012-1071, 1961 (ebd. 1516), 1971 (1000).

Weißensee

Vorsitzende: Josef-Otto Günther (1945–1946), Arthur Senger (1946–1947) Fritz Hofmann (1947–1948), Hermann Solbach (1948), Dr. Agnes Maxsein (ab 1949).
Treffpunkte: 1950 am Südstern (Kreuzberg), ab 1953 Jonas-Klause (Neukölln), ab 1958 Westfalen-Klause (Charlottenburg).

Die Kirchen im Umfeld des Volksaufstands vom 17. Juni 1953

Von Wolfgang Tischner

»Die östlichen Kirchen waren am Volksaufstand des 17. Juni nicht beteiligt«, so lautete 1962 das Fazit einer Geschichte des ostdeutschen Protestantismus¹. Obwohl der Aufstand vom 17. Juni 1953 in seiner Gesamtheit zu den am besten erforschten Bereichen der DDR-Geschichte gehört², ist der Rolle der Kirchenpolitik im Umfeld des Aufstandes bislang nur wenig Beachtung geschenkt worden. Während sich politikgeschichtlich orientierte Studien kaum für die Kirchen interessiert haben, gerieten umgekehrt bei den wenigen vor 1989 entstandenen kirchengeschichtlichen Veröffentlichungen die internen Vorgänge in der SED und der Sowjetunion häufig aus dem Blick³. Seit der Öffnung der Archive hat sich dies zwar gebessert, aber immer noch herrscht eine deutliche Konzentration entweder auf die staatliche oder die kirchliche Seite vor⁴. Allen Arbeiten gemeinsam ist jedoch, dass bislang nur die evangelischen Landeskirchen als Opponent der SED wahrgenommen wurden, während die Katho-

1 Richard W. SOLBERG, *Kirche in der Anfechtung. Der Konflikt zwischen Staat und Kirche in Mitteleuropa seit 1945*, Berlin (West)/ Hamburg 1962, S. 158.

2 Vgl. als wichtigste Arbeit vor 1989 Arnulf BARING, *Der 17. Juni 1953*, 2. Aufl. Stuttgart 1983, sowie schon unter Nutzung der DDR-Archive Torsten DIEDRICH, *Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk*, Berlin 1991, und Armin MITTER/ Stefan WOLLE, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993, S. 27–162. Zuletzt Ilko-Sascha KOWALCZUK/Armin MITTER/Stefan WOLLE (Hrsg.), *Der Tag X–17. Juni 1953. Die »Innere Staatsgründung« der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54* (Forschungen zur DDR-Geschichte Bd. 3), Berlin 1995, sowie als Beispiel für eine Regionalstudie Heidi ROTH, *Der 17. Juni 1953 in Sachsen* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Bd.11), Köln 1999.

3 Vgl. die Quellensammlung von Günter KÖHLER (Hrsg.), *Pontifex nicht Partisan. Staat und Kirche in der DDR von 1949 bis 1958*, Stuttgart 1974, sowie die Memoiren des evangelischen Verhandlungsbeauftragten Heinrich GRÜBER, *Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten*, 2. Aufl. Berlin (West) 1968. Die einzige wissenschaftliche Analyse vor 1989 ist Horst DÄHN, *Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980* (Studien zur Sozialwissenschaft Bd.52), Opladen 1982, S. 40–52.

4 Vgl. Gerhard BESIER, *Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung*, München 1993, S. 106–139, Sigurd RINK, *Der Bevollmächtigte. Propst Grüber und die Regierung der DDR* (Konfession und Gesellschaft Bd. 10), Stuttgart u.a. 1996, S. 156–201, Martin Georg GOERNER, *Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958*, Berlin 1997, S. 80–131. Udo BARON, *Die fünfte Kolonne? Die evangelische Kirche in der DDR und der Aufbau des Sozialismus*, in: I.–S. KOWALCZUK u.a. (wie Anm.2), S. 311–334. Die letztgenannte Arbeit zieht umfangreiches Quellenmaterial zu einer größtenteils überzeugenden Analyse heran, leidet aber unter Schnittzern wie beispielsweise der »Priesterschaft der evangelischen Kirche«, vgl. ebd., S. 312.

liken fast gar nicht in den Blick gerieten. Gerade der Vergleich der Konfessionen, soweit dies die Quellenlage zulässt, vermag m.E. jedoch die zeitgenössischen Handlungsalternativen und den Erfolg oder Misserfolg kirchenpolitischer Strategien deutlicher herauszuarbeiten. Deshalb soll anhand der Analyse teilweise bislang nicht bekannter Materialien versucht werden, die interne Entwicklung sowie die Interaktion zwischen beiden Konfessionen und der SED im Kontext des 17. Juni darzustellen.

1. Der Kirchenkampf 1952–1953

Die Beziehungen zwischen den Kirchen und den ostdeutschen Kommunisten beziehungsweise deren sowjetischen Mentoren waren nach 1945 nie völlig spannungsfrei. Die Intensität der Auseinandersetzungen variierte jedoch stark; während es in den ersten Jahren zwar Konflikte, aber auch punktuelle Zusammenarbeit gab, waren seit dem Beginn des Kalten Krieges um die Jahreswende 1947/48 die Kirchen eindeutig zum weltanschaulichen Gegner der SED geworden. In der Rückschau zeigt sich, dass diese Phasen nicht durch kirchliche Politik, sondern durch die jeweilige ideologische Konzeption der KPD/SED bzw. der sowjetischen Besatzungsmacht vorgegeben wurden.

Gleiches gilt für die Phase im Vorfeld des 17. Juni 1953, die schon von den Zeitgenossen mit dem aus der NS-Zeit bekannten Begriff des »Kirchenkampfes«⁵ benannt wurde. Der Auslöser für den in der DDR-Historiographie als »beschleunigter Aufbau des Sozialismus« benannten Zeitraum war die Entscheidung der sowjetischen Führung, nach der Ablehnung der Stalin-Note durch Bundesrepublik und Westmächte im Frühjahr 1952 in der DDR eine forcierte Angleichung an das gesellschaftspolitische Modell der Sowjetunion vorzunehmen. Die teilweise schon angelaufenen Maßnahmen wurden auf der II. Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12. Juli 1952 öffentlich gemacht. Dort kündigte der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht in einer programmatischen Rede die Veränderungen an und sparte dabei auch die Kirchen nicht aus⁶. Ganz konsequent wurden innerhalb des SED-Apparates wenige Tage nach der II. Parteikonferenz die Planungen für ein verschärftes Vorgehen forciert. Sie orientierten sich am Beispiel der Tschechoslowakei, wo es zur Gründung einer Staatskirche gekommen war. Ein erster

5 So etwa die Berliner Stelle der EKD in einem Rundbrief an die Kirchenleitungen der östlichen Gliedkirchen vom 6. Juni 1953, Evangelisches Zentralarchiv (EZA) 4/449 up.

6 »Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED«, auszugsweise abgedruckt bei Martin HÖLLEN (Hrsg.), *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten. Bd. I (1945 bis 1955)*, S. 286–287. Kirchlicherseits erkannte man sofort die Brisanz der Ausführungen, vgl. den Abdruck der relevanten Passage im *Blick in die Zeit*, der politischen Beilage zum katholischen *Petrusblatt*, »Ulbricht über die Kirche in der DDR«, in: BIZ Nr. 29, 20. Juli 1952.

Entwurf sah – anfangs beschränkt auf die evangelischen Landeskirchen – die Auszahlung der Staatszuschüsse nicht mehr an die Kirchenleitung, sondern an regimeloyale Geistliche vor, sollte es nicht zu einer Umsiedlung der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg aus den Berliner Westsektoren in den kommunistischen Machtbereich kommen⁷. Kurze Zeit später entwarf ein evangelischer Kirchenjurist auf dieser Grundlage eine noch weitergehende Denkschrift, die auf die Übernahme einer Staatsaufsicht hinauslief⁸. Dabei wurde davon ausgegangen, dass ein großer Teil der evangelischen Geistlichkeit nicht hinter der Kirchenleitung unter Bischof Otto Dibelius stände – eine Fehleinschätzung, die möglicherweise auf die kommunistische Taktik Auswirkungen hatte.

Sehr klar lässt sich die Verschärfung in der kommunistischen Politik am Beispiel des 75. Deutschen Katholikentages ablesen, der vom 19. bis 24. August 1952 in Berlin stattfand. War Ministerpräsident Grotewohl bei einer Vorbesprechung am 29. Oktober 1951 noch kirchlichen Wünschen gegenüber offen gewesen, so änderte sich die Position der SED nach der Ablehnung der Stalinnote schlagartig. Die Bearbeitung einer Beschlussvorlage für das Politbüro, die Willi Barth, ein Mitarbeiter des ZK-Apparates, für Walter Ulbricht entwarf, nahm Zugeständnisse wie die Bereitstellung von Räumlichkeiten und Sonderzügen kurzerhand zurück⁹.

Auch innerhalb der staatlichen Verwaltung führte die politische Neuausrichtung zu Nachteilen für die Kirchen. Die dem CDU-Vorsitzenden Otto Nuschke unterstehende »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen«, die bis dahin als eine Art kirchliche Interessenvertretung deren Anliegen in der Bürokratie weitervermittelt hatte, geriet ins Visier der kommunistischen Hardliner. Noch im Sommer 1952 erhielten die Kirchen Kenntnis von einer geplanten Umgestaltung der Abteilung¹⁰. Im Herbst 1952 wurde der ausgesprochen kirchenfreundliche Leiter der Abteilung, Kurt Grünbaum, abgesetzt und später verhaftet, weitere leitende Mitarbeiter setzten sich im Januar 1953 nach West-

7 Vgl. die »Vorschläge zur Neuregelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche«, vom 20. Juli 1952, SAPMO DY 30 IV 2/14/6 pag. 38–39.

8 »Die gesetzliche Regelung der Staatsaufsicht über die evangelischen Kirchen im Bereiche der Deutschen Demokratischen Republik« von Oberkonsistorialrat a.D. Buschtöns, 30. August 1952, ebd. pag. 42–54.

9 Vgl. den Schriftverkehr zur Vorlage in SAPMO DY 30 IV 2/14/222 pag. 11–17 sowie das Protokoll Nr. 119 zur Sitzung des Politbüros vom 8. Juli 1952, SAPMO DY 30 J IV 2/19 pag. 1–6.

10 Vgl. die Mitteilung des Ordinariats des Bistums Meißen vom 8. September 1952 an die Bischöflichen Ordinariate und Kommissariate in der DDR, Diözesanarchiv Berlin (DAB) ASig 30/39 pag. 282. Zur Hauptabteilung jetzt auch Andreas SCHALÜCK, *Eine Agentur der Kirchen im Staatsapparat? Otto Nuschke und die »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen« 1949–1953*, Berlin 1999; zu Grünbaums Absetzung vgl. ebd., S. 41, 76–77.

Berlin ab¹¹. In der SED wurde die Hauptabteilung als »Agentur der Kirchen im Staatsapparat« angesehen¹². Die Möglichkeit beider Kirchen, eine Abmilderung von staatlichen Maßnahmen auf dem Verhandlungsweg zu erreichen, war durch die de facto-Zerschlagung der Hauptabteilung stark eingeschränkt.

Gerade ein solch wohlwollender Ansprechpartner wäre in diesen Monaten dringend nötig gewesen, da die SED ihr Ziel einer Beschränkung der Kirchen auf die reine Kultausübung seit Jahresbeginn 1953 konsequent umzusetzen begann. Ulbricht persönlich kümmerte sich darum, dass die staatlichen Zuschüsse an die Kirchen gekürzt wurden¹³. Auch die Möglichkeiten der Religionsgemeinschaften, sich selbständig Mittel zu beschaffen, wurden eingeschränkt, indem man ihnen die Genehmigung zu den damals wichtigen Straßensammlungen versagte¹⁴. An den Universitäten versuchte die SED, die evangelisch-theologischen Fakultäten abzuspalten und zu einer eigenen Akademie zusammenfassen zu lassen, um den kirchlichen Einfluss auf die Studenten zu begrenzen¹⁵. Die interkonfessionelle Bahnhofsmision wurde aus den Bahnhöfen herausgedrängt und ihre Arbeit dem Deutschen Roten Kreuz übertragen¹⁶. Das kirchliche Anstaltswesen, seien es nun Krankenhäuser, Alten- oder Kinderheime, war der SED schon lange ein besonderer Dorn im Auge. Die Arbeit von Caritas und Innerer Mission stellte in der DDR einen wesentlichen Bereich dar, mit dem beide Kirchen in die Gesellschaft hineinwirkten. In der Folge initiierte man staatlicherseits Kontrollen in kirchlichen Anstalten oder mobilisierte den »Volkszorn«, um Vorwände für Beschlagnahmen zu haben, die gleichermaßen beide Konfessionen betrafen¹⁷. Die Aktivitäten der aufgehetzten FDJ-Mitglieder

11 Vgl. den Bericht des Berliner Domkapitulars Walter Adolph vom 23. Januar 1953 an den Kölner Domkapitular Böhler, Historisches Archiv des Erzbistums Köln, Kath. Büro k 264 up. Auch innerhalb der SED kam es zu einer Säuberung; der kirchenpolitisch offenbar zu konziliante ZK-Mitarbeiter Bruno Wolff wurde ebenfalls verhaftet, vgl. Hermann WENTKER, »Kirchenkampf« in der DDR. *Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950–1953*, in: VfZG 42 (1994), S. 95–127, hier S. 102, Anm. 44.

12 So in einer Vorlage für Grotewohl vom 7. Januar 1953, SAPMO NY 4090/455 pag. 1–4.

13 Ulbricht am 7. Januar 1953 an Barth, SAPMO DY 30 IV 2/14/11 pag. 214.

14 Vgl. die Mitteilung von Hauptabteilungsleiter Grötschel vom 16. April 1953 an Staatssekretär Geyer, BArchB C-20/101 pag. 98.

15 Vgl. Dibelius an Grotewohl, 27. Februar 1953, SAPMO NY 4090/455 pag. 136r+v.

16 Vgl. die Bitte um Unterstützung des katholischen Verhandlungsbeauftragten, Prälat Zinke, an Nuschke vom 30. April 1953, Archiv des Deutschen Caritas-Verbandes (DCV), Hauptvertretung Berlin 121/30+236.4 up.

17 So etwa das katholische Kinderheim in Bad Saarow, vgl. den Protest des Berliner Bischofs Wilhelm Weskamm vom 20. Mai 1953 an die Volksbildungsministerin Else Zaisser, DAB ASig 30/39 pag. 371–377, oder die Auseinandersetzung um die Anstalten der Inneren Mission in Lobetal bei Bernau, vgl. das Protestschreiben Nuschkes an Grotewohl, 20. Mai 1953, SAPMO NY 4090/456 pag. 193–194.

liefen jedoch aus dem Ruder, so dass es vereinzelt zu Störungen des Gottesdienstes und Kirchenschändungen kam, die das Politbüro so nicht eingeplant hatte¹⁸.

Der eindeutige Schwerpunkt der staatlichen Maßnahmen lag jedoch auf dem Sektor, der die größten Erfolge kirchlicher Arbeit in der Nachkriegszeit aufzuweisen hatte, der kirchlichen Jugendarbeit. Bis heute hat sich die Forschung nicht völlig von der Perspektive der SED frei machen können: Wenn der Kampf gegen die kirchliche Jugend überhaupt Erwähnung findet, dann unter dem Namen der evangelischen Jungen Gemeinde¹⁹. Die katholische Pfarrjugend, die dezentral unter verschiedenen Namen auftrat, war schwerer zu erfassen und geriet deshalb eher aus dem Visier der Verfolger – aber auch der Historiker, obwohl der Mobilisierungsgrad bei den katholischen Jugendlichen im Vergleich zur Konfessionszugehörigkeit der Bevölkerung eher noch höher lag. Das Wachstum der konfessionellen Jugendverbände beschleunigte sich Anfang der 50er Jahre gerade an den Oberschulen, wobei die Attraktivität sich für viele Jugendliche wohl aus der teiloppositionellen Haltung der Jugendgruppen ergab. Laut den Angaben der Volkspolizei wuchs die Junge Gemeinde zwischen dem 1. Juni 1951 und dem 1. Juni des Folgejahres von 72.550 Mitgliedern auf 108.417, die katholische Pfarrjugend von 22.609 auf 30.218²⁰.

Rein formaljuristisch betrachtet, spricht einiges für die Argumentation der SED, dass die Jugendarbeit beider Kirchen in der DDR nicht zugelassen und damit illegal war; lediglich die politische Opportunität hatte bis dahin ein Verbot verhindert. Da nach der II. Parteikonferenz deutschlandpolitische Rücksichten weitgehend wegfallen konnten, plante die Volkspolizei ein ganzes Bündel von Maßnahmen, das neben der Auflösung der Gruppen ein Verbot jeglicher kirchlicher Jugendbetreuung vorsah²¹. Die Partei entschied sich jedoch für ein indirektes Vorgehen. Nach dem Verbot kirchlicher Jugendzeitschriften, der evangelischen »Stafette« und des katholischen »Christophorus«, Anfang 1953 begann in der Presse eine Hetzkampagne²². Besonders in der FDJ-Zeitung »Junge Welt« wurde die Junge Gemeinde als Tarnorganisation mit Agentenauftrag diffamiert²³. Die weiteren Planungen der SED sahen den Schulverweis von Mitgliedern der kirchlichen Jugendorganisationen sowie

18 Vgl. den Bericht über ein solches Auftreten der FDJ in Quedlinburg am 24. April 1953, SAPMO NY 4090/456 pag. 226–228.

19 Ein entsprechendes Beispiel ist die Untersuchung von H. WENTKER (wie Anm. 11).

20 »Bericht über die Tätigkeit der sogenannten ›Jungen Gemeinde‹«, ca. Juli 1952, BArchB 11/867 pag. 5–16.

21 »Maßnahmen zur Unterbindung der Tätigkeit der ›Jungen Gemeinde‹, 9. August 1952, BArchB 11/866 pag. 108–110.

22 Vgl. den Protest von Dibelius bei Grotewohl, 22. Januar 1953, SAPMO NY 4090/455 pag. 436.

23 Vgl. die abgedruckten Quellenbeispiele bei G. KÖHLER (wie Anm. 3), S. 87–93.

Schauprozesse vor²⁴. Im Frühjahr 1953 führte die Umsetzung zum Schulverweis etlicher Hundert Jugendlicher²⁵.

Die Kirchen reagierten auf verschiedenen Ebenen. Zum einen gab es direkte Eingaben an die Regierung der DDR, die in Anbetracht der planmäßigen Handlungsweise der SED völlig wirkungslos blieben²⁶. Ein Versuch der evangelischen Landeskirchen, über eine Anzeige beim Generalstaatsanwalt der DDR die Diffamierungskampagne aufzuhalten, blieb ebenfalls erfolglos: Bis in den Wortlaut hinein gab das Politbüro der Justiz die abschlägige Antwort vor²⁷. So blieb nur, den Jugendlichen moralisch den Rücken zu stärken²⁸. Allerdings war innerhalb der SED das Vorgehen gegen die Jugendlichen nicht unumstritten²⁹.

Verschärft wurden die Gegensätze durch die Reaktion der Kirchen auf die gesamtgesellschaftliche Politik der SED. Die forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft, die Zurückdrängung der Selbständigen und die generelle Zunahme des politischen Drucks führten zu einer Parteinahme für die Bedrängten, da die Kirchen die einzigen nicht mundtot gemachten Institutionen in der DDR waren. Die evangelischen Kirchen etwa protestierten gegen die Kollektivierung, während die katholische Kirche in West-Berlin DDR-Flüchtlinge unterstützte³⁰.

Ein Versuch, die Spannungen zu abzubauen, der von beiden Kirchen unternommen wurde, bestand darin, kirchliche Würdenträger, von denen anzunehmen war, dass sie der SED vergleichsweise genehm wären, um Vermittlung zu bitten. Auf evangelischer Seite suchte deshalb Pastor Niemöller im Februar 1953 Grotewohl auf, allerdings ohne Erfolg³¹. Gleiches gilt für eine

24 Vgl. das Protokoll zur Sitzung des Politbüros vom 27. Januar 1953, SAPMO DY 30 IV 2/2/259 pag. 27–32.

25 Eine literarische, aber bis in die Details genaue Beschreibung dieser Vorgänge bietet der Roman von Uwe JOHNSON, *Ingrid Babendererde. Reifepriifung 1953*, Frankfurt/ M. 1987.

26 Vgl. etwa die Eingabe von Dibelius an Grotewohl, 28. April 1953, EZA 4/772 up., oder die Beschwerde Zinkes bei Staatssekretär Geyer vom 9. Mai 1953, BArchB C–20/101 pag. 107–108.

27 Vgl. die Protokolle der Politbürositzungen vom 12. Mai 1953, SAPMO DY 30 J IV 2/ 2/280 sowie vom 19. Mai 1953, SAPMO DY 30 J IV 2/2/281.

28 So mit dem Grußwort der katholischen Bischöfe und Jurisdiktionsträger vom 3. Mai 1953 an die katholische Jugend, abgedruckt bei Gerhart LANGE u.a. (Hrsg.), *Katholische Kirche – sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945–1990*, 2. Aufl. Leipzig 1993, Dok.19, S. 61–63.

29 Vgl. die Mitteilung für Heinz Lippmann vom 12. Mai 1953, SAPMO DY 24/11.889 pag. 62: »Die Bezirksleitung Leipzig teilt mit, dass die Initiative unserer Freunde gegen die ›Junge Gemeinde‹ oft durch verantwortliche Genossen der Partei gehemmt wird«.

30 Vgl. die Eingabe an Grotewohl, 25. Februar 1953, SAPMO NY 4090/455 pag. 131r+v, zur Flüchtlingshilfe den Aufruf im Berliner *Petrusblatt* 52 (25.12.1952), S. 1–2.

31 Vgl. den Aktenvermerk Grotewohls über den Besuch am 13. Februar 1953, SAPMO NY 4090/455 pag. 123.

Intervention des Theologieprofessors Erich Hertzsch, der nach dem Krieg als SED-Mitglied im Thüringer Landtag gesessen hatte³². Auf katholischer Seite bemühte man sich, den der CDU angehörenden Gesundheitsminister Luitpold Steidle einzuschalten, und der Meißener Bischof Heinrich Wienken, der im ostdeutschen Episkopat als der konzilienteste Oberhirte galt, suchte mehrfach den Kontakt zur Union³³. Dort, wo man meinte, der SED politisch entgegenkommen zu können, wurde dies versucht; so setzte sich etwa die katholische Kirche in den USA für die Begnadigung des dort wegen Atomspionage zum Tode verurteilten Ehepaares Rosenberg ein³⁴.

Da all diese Eingaben und Gespräche jedoch keine Resultate zeitigten, blieb nur noch eine einzige Option, der Versuch einer direkten Kontaktaufnahme mit der sowjetischen Besatzungsmacht. Die Kirchen praktizierten dies immer dann, wenn bei der SED kein Weiterkommen war. Am 9. April 1953 wandten sich die evangelischen Kirchenleitungen an den Chef der Sowjetischen Kontroll-Kommission, Tschuikow, und kritisierten die Verfolgung der Jungen Gemeinde³⁵. Vermutlich hat bei diesem Schritt auch eine Rolle gespielt, dass man nach dem Tode Stalins Anfang März 1953 große Hoffnungen auf ein Tauwetter in den Ost-West-Beziehungen setzte und daher meinte, über diesen Umweg eine Entspannung in der DDR erreichen zu können³⁶.

Die DDR-Regierung schien sich jedoch weder von der Eingabe – die ihr in Abschrift zuing – noch von dem deutlich wachsenden Widerstand in der Gesamtbevölkerung von ihren Umgestaltungsplänen aufhalten lassen zu wollen. Im Gegenteil, im April/ Mai 1953 setzte eine weitere Radikalisierung der Kirchenpolitik ein, die in einer Beschlagnahme kirchlicher Einrichtungen und der massenhaften Relegierung von Mitgliedern kirchlicher Jugendorganisationen gipfelte. Die SED sah jetzt den Zeitpunkt gekommen, ernsthaft an eine Trennung der evangelischen Geistlichen von ihren Kirchenleitungen zu gehen – möglicherweise durch die erwähnte kirchenpolitische Denkschrift irreführt, die eine Distanz der Pfarrer zu Dibelius behauptete. Der erste Schritt der SED in dieser Hinsicht war ein Brief des Hauptabteilungsleiters im Staats-

32 Vgl. Hertzsch an Grotewohl, 22. April 1953, SAPMO DY 24/11.889 pag. 336v+r, 337v+r.

33 Vgl. Zinke an Steidle, 13. April 1953, Archiv DCV Hauptvertretung Berlin 121/30+236.4 up. Zu Wienkens Besuchen bei der CDU am 24. Februar und 23. März 1953 vgl. die Aktennotizen im Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP), VII-013 Nr. 1763 up.

34 Vgl. die Mitteilung des Nuntius Muench an Weskamm, 18. Februar 1953, DAB ASig 30/20 up.

35 Vgl. das Schreiben vom 9. April 1953 an Tschuikow, SAPMO NY 4090/455 pag. 231–235. Auszug abgedruckt bei G. KÖHLER (wie Anm. 3), S. 110, zum Datum vgl. gegen KÖHLER H. DÄHN (wie Anm. 3), S. 47, Anm.65

36 Ein Indiz dafür ist, dass sich Dibelius zur selben Zeit bei der Regierung der UdSSR um eine Rückführung der letzten deutschen Kriegsgefangenen bemühte, vgl. Dibelius am 8. April 1953 an den Ministerrat der UdSSR, SAPMO NY 4090/455 pag. 246–247.

sekretariat für Innere Angelegenheiten, Grötschel, vom 24. April, der allen evangelischen Geistlichen in der DDR zugestellt wurde³⁷. Die Pfarrer wurden darin aufgefordert, sich von der westlich ausgerichteten Politik der Kirchenleitungen zu distanzieren. Einen Monat später erfolgte der nächste Schritt, als Grotewohl 15 »fortschrittliche« evangelische Pfarrer zu einer Besprechung einlud. Auf dem Treffen am 27. Mai griff der Ministerpräsident Bischof Dibelius und die evangelischen Kirchenleitungen scharf an, schob ihnen die Schuld am Kirchenkampf zu und kündigte die Gründung eines »Beirates für Kulturfragen« an, der in Zukunft die Kirchenpolitik mit einer neuen Kirchenleitung koordinieren sollte³⁸. Damit wurde den evangelischen Geistlichen eine Absetzung ihrer Kirchenleitung nahegelegt. Auf diesen Weg wollte die SED weitergehen; am 30. Mai beschloss das Politbüro, die nächste »Pfarrerkonferenz« schon für den 10. Juni anzusetzen³⁹. Auch ein direktes Vorgehen gegen führende Geistliche wurde erwogen; am 28. Mai überreichte der ZK-Mitarbeiter Willi Barth dem Politbüro eine Materialsammlung u.a. über Dibelius⁴⁰.

Ende Mai ging somit der von der SED begonnene Kirchenkampf seinem Höhepunkt entgegen: Um den gesellschaftlichen Rückhalt der Kirchen zu brechen, wurden Mitglieder der kirchlichen Jugend von den Schulen verwiesen, die Kirchen selbst wurden durch finanzielle Kürzungen u.ä. in ihrer Organisationsstruktur getroffen, und als finalen Schritt bereitete die SED die Auswechslung der evangelischen Kirchenleitungen vor.

2. Gespräch und Kommuniqué vom 10. Juni 1953

Die Pfarrerkonferenz machte den evangelischen Landeskirchen deutlich, dass eine neue Qualität des Kirchenkampfes erreicht war. Die in der Forschung teilweise vertretene Einschätzung, dass dieses Gespräch deutlich mache, dass die SED schon kirchenpolitisch in die Defensive gedrängt worden sei, findet in den Quellen keinen Anhalt⁴¹. Auch innerhalb der katholischen Kirche kam man zu dieser Einschätzung, wie ein Memorandum des Berliner Bischofs Weskamm Mitte Mai für die Berliner Ordinarienkonferenz zeigt⁴². Da aber die

37 Exemplar des Schreibens vom 24. April 1953, BArchB O-4/339 up.

38 Stenographische Mitschrift der Rede in SAPMO NY 4090/456 pag. 11–37, Grotewohls Notizen ebd., pag. 8–10v, Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge in BArchB O-4/339 up.

39 Protokoll der Sitzung vom 30. Mai 1953, SAPMO DY 30 J IV 2/2/283.

40 »Material über einige Kirchenfragen für die Mitglieder und Kandidaten des Polit-Büros« vom 28. Mai 1953, SAPMO DY 30 IV 2/14/1 pag. 126–156.

41 So H. WENTKER (wie Anm. 11), S. 121, U. BARON (wie Anm. 4), S. 322, sowie M. GOERNER (wie Anm. 4), S. 109: »Die Kirchen schöpften trotzdem durch dieses Treffen neue Hoffnung...«.

42 »Bemerkungen zur kirchlichen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik«, DAB ASig 30/39 pag. 361–367. Die katholische Kirche verfolgte die Entwicklung mit großem Interesse, wie auch ein inhaltlich präziser Bericht über die Pfarrerkonferenz vom 27. Mai 1953 in den Akten der Caritas zeigt, vgl. Archiv DCV Hauptvertretung Berlin 121/30+523 Fasz.01 up.

Einheit der evangelischen Landeskirchen sehr viel stärker als die der katholischen Kirche gefährdet war, reagierte man hier rasch. Am 1. Juni lud Bischof Dibelius zur Kirchlichen Ostkonferenz, dem Treffen der ostdeutschen Kirchenleitungen, für den 4. Juni ein⁴³.

Die weniger direkt gefährdete katholische Kirche entschloss sich dagegen Anfang Juni, verstärkt den Kontakt zur sowjetischen Besatzungsmacht zu suchen. Am 6. Juni suchte der katholische Verhandlungsbeauftragte Zinke die SKK auf und informierte sie über die kirchliche Sicht u.a. in der Frage der Bahnhofsmission und der Beschlagnahme katholischer Heime⁴⁴. Nur drei Tage später fasste man mit einer weiteren Eingabe nach⁴⁵.

Auf kommunistischer Seite war in der Zwischenzeit jedoch eine dramatische Wendung eingetreten. Der nach dem Zweiten Weltkrieg so erfolgreiche Kommunismus totalitärer Prägung geriet durch den Tod Stalins am 5. März 1953 in seine erste bedrohliche Krise. Während in Moskau ein verdeckter Machtkampf begann⁴⁶, der nach den Informationen, die darüber bekannt sind, vor allem ein Kampf gegen eine Machtübernahme durch den früheren Geheimdienstchef Berija war, herrschte in den sowjetischen Satellitenstaaten Verwirrung vor. Die Verschärfung des innenpolitischen Klimas in der DDR und die beständige Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage blieben der SKK nicht unbekannt. Von Februar bis April 1953 hatten deutsche Experten ein Gutachten zur wirtschaftlichen Situation der DDR ausgearbeitet, das auch der Besatzungsmacht zugeleitet wurde⁴⁷. Die Verschärfung der kirchenpolitischen Linie, die sich vor allem in der Verfolgung der evangelischen Jungen Gemeinde äußerte und das erwähnte Memorandum der evangelischen Bischöfe der DDR vom 9. April, in dem sie um eine Milderung der Repressionen gegen die evangelische Jugendorganisation baten, führten schon wenige Tage später zu einem ersten Warnsignal aus Moskau: Die deutschen Genossen wurden aufgefordert, die Härten ihres Vorgehens gegen die Kirchen abzustellen⁴⁸. Dieser Hinweis wurde von Ost-Berlin ganz offensichtlich ignoriert.

43 Vgl. den Umlauf vom 1. Juni 1953, EZA 4/119 up.

44 Durchschlag des auf den 5. Juni 1953 datierten Anschreibens sowie Aktennotiz über Zinkes Unterredung am 6. Juni 1953 im Archiv DCV Hauptverwaltung Berlin 121/30+732.41 up.

45 Eingabe Zinkes vom 9. Juni 1953, ebd. up.

46 Zu den innersowjetischen Vorgängen vgl. Viktor KNOLL/Lothar KÖLM (Hrsg.), *Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953*, Berlin 1993, sowie Christoph KLESSMANN/Bernd STÖVER (Hrsg.), *1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa* (Zeithistorische Studien Bd.16), Köln u.a. 1999, zur Auseinandersetzung in der SED Rudolf HERRNSTADT, *Das Herrstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953*, Reinbek 1990, Helmut MÜLLER-ENBERGS, *Der Fall Rudolf Herrstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni*, Berlin 1991 sowie Rolf STÖCKIGT (Hrsg.), *Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953*, in: BzG 32 (1990), S. 648–54.

47 H. MÜLLER-ENBERGS (wie Anm. 46), S. 171–72.

48 Am 16. April 1953, vgl. H. MÜLLER-ENBERGS (wie Anm. 46), S. 168.

In Moskau war man stark beunruhigt von den Meldungen über eine ständig zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der DDR und den schwindenden innenpolitischen Rückhalt der SED bei der Bevölkerung und entschied sich, die Unbotmäßigkeiten Ulbrichts nicht länger hinzunehmen. Das SED-Politbüro wurde zum Befehlsempfang zitiert. Die Reise vom 2. bis 4. Juni 1953 nach Moskau⁴⁹ ist erst durch die Herrstadt-Erinnerungen belegbar geworden, obwohl Herrstadt, der selbst nicht daran teilgenommen hat, nur den Bericht des Politbüromitglieds Fred Oellßner wiedergibt. Die Delegation des SED-Politbüros wurde demnach hart angegriffen und entschloss sich erst nach mehreren Ermahnungen, ein von der KPdSU erarbeitetes Memorandum über die Veränderung ihrer Politik zu akzeptieren⁵⁰. Die Denkschrift, die vom Politbüro der KPdSU verabschiedet worden war, kritisierte die Politik des beschleunigten Aufbaus des Sozialismus grundsätzlich⁵¹. Unter den dabei gemachten Fehlern wurde neben der falschen Wirtschaftspolitik gegenüber Privatunternehmern und einer zu raschen Kollektivierung vor allem die Kirchenpolitik genannt: »Die politische und ideologische Arbeit, geführt unter der Lenkung der SED, entspricht nicht den Aufgaben der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik. Insbesondere wurden ersten (W.T.: ernste) Fehler in bezug auf die Geistlichen begangen, die in einer Unterschätzung des Einflusses der Kirche unter den breiten Massen der Bevölkerung, in groben Administrierungsmaßnahmen und Repressalien ihren Ausdruck fanden«⁵². Alle Maßnahmen des bisherigen Kirchenkampfes wie die Beschlagnahme kirchlicher Heime, die Kürzung von Staatsleistungen, der Kampf gegen die Junge Gemeinde und die Einziehung von Kirchenbesitz seien rückgängig zu machen; der Kampf solle in Zukunft propagandistisch geführt werden⁵³. Die SED-

49 R. HERRNSTADT (wie Anm. 46), S. 57, gibt aus der Erinnerung Ende Mai als Termin für die Reise an, während R. STÖCKIGT (wie Anm. 46), S. 648, sie anhand der Akten im SAPMO auf den 2.–4. Juni 1953 datiert.

50 R. HERRNSTADT (wie Anm. 46), S. 57–61.

51 R. STÖCKIGT (wie Anm. 46), S. 651–54 für den Text »Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik«.

52 R. STÖCKIGT (wie Anm. 46), S. 652.

53 R. STÖCKIGT (wie Anm. 46), S. 654: »(Mit) einem nackten Administrieren in bezug auf die Geistlichen ist Schluss zu machen, und die schädliche Praxis der groben Einmischung der Behörden in die Angelegenheiten der Kirche ist einzustellen. Alle Maßnahmen, die direkte Interessen der Kirche und der Geistlichen einengen, sind aufzuheben, und zwar: Beschlagnahme der charitativen (!) Kirchenanstalten (Alten- und Waisenheime), Abnahme brachliegender kirchlicher Bodenflächen durch lokale Behörden, Entziehung der für die Kirche festgelegten Subventionen usw. Die Verfolgung der einfachen Teilnehmer der kirchlichen Jugendorganisation »Junge Gemeinde« ist einzustellen und die politische Arbeit unter ihnen zum Schwerpunkt zu machen. Es ist im Auge zu halten, dass Repressalien gegenüber der Kirche und den Geistlichen nur dazu beitragen können, den religiösen Fanatismus der rückständigen Schichten der Bevölkerung zu stärken und ihre Unzufriedenheit zu vergrößern. Darum muss (das) Hauptkampfmittel gegen den reaktionären Einfluss der Kirche und der Geistlichen eine tüchtig durchdachte Aufklärungs- und Kulturarbeit sein. Als die Grundform der antireligiösen Propaganda ist eine weite Verbreitung der wissenschaftlichen und politischen Kenntnisse unter der Bevölkerung anzustreben«.

Delegation war durch die sowjetischen Anordnungen derartig verunsichert, dass sie noch am 2. Juni eine Nachricht nach Berlin sandte, die die sofortige Einstellung der Propagierung eines beschleunigten Aufbaus des Sozialismus anordnete⁵⁴.

Der Wandel in der Grundlinie der kommunistischen Politik wirkte sich unmittelbar auf die Kirchenpolitik aus. Quasi als Momentaufnahme zeigen dies die Versionen eines Artikels zur Kirchenpolitik, der Ende Mai 1953 im ZK-Apparat verfasst wurde⁵⁵. Die erste Fassung entstand noch unter den Auspizien des Kirchenkampfes und zitierte etwa eine Rede Grotewohls mit direkten Drohungen gegen die Kirchenleitungen. Anfang Juni las Willi Barth den Text gegen, strich, offenbar schon unter dem Eindruck der neuen Linie, einen großen Teil der am schärfsten formulierten Passagen heraus und gab den Artikel mit dem Vermerk »Bitte noch einmal genau überprüfen« zurück. Die zweite, auf den 3. Juni datierte Version ist noch einmal gegenüber Barths Streichungen abgemildert⁵⁶.

Die Leitungen der evangelischen Kirchen in der DDR wussten hingegen noch nichts von dem Umschwung. Das Gespräch, das Grotewohl mit einigen regimetreue Pfarrern am 27. Mai inszeniert hatte, und die Ankündigung weiterer solcher »Aussprachen« lösten offensichtlich erhebliche Unruhe unter den Landeskirchenleitungen aus. Während die Referentenentwürfe in der Berliner Kirchenkanzlei Ende Mai geharnischte Proteste gegen die Entziehung von Lebensmittelmarken für Selbständige geplant hatten, traten diese Vorhaben jetzt angesichts der unmittelbaren Bedrohung der institutionellen Selbständigkeit der Kirche zurück. Auf der Konferenz am 4. Juni beschloss man, den Regierungsplänen für Kultusbeirat und Pfarrerkonferenzen Widerstand zu leisten, aber ein direktes Gespräch mit Grotewohl zu suchen. Zu diesem Zeitpunkt gingen die evangelischen Landeskirchen von 3000 relegierten Schülern

54 R. HERRNSTADT (wie Anm. 46), S. 57: »Eines Tages kam von ihnen (den in Moskau befindlichen PB-Mitgliedern, W.T.) die Weisung, die Formulierung »beschleunigter Aufbau des Sozialismus in der DDR« nicht mehr zu gebrauchen, einschneidende Änderungen stünden bevor. Die Nachricht erzeugte, da eine Erklärung fehlte, Befremden und Erwartung«. Da schon ab dem 3. Juni in den Schlagzeilen der DDR-Presse das Wort »Sozialismus« fehlt (ebd.), sich die Gruppe der Politbüromitglieder aber erst seit dem 2. Juni in Moskau befand, kann die entsprechende Nachricht nur im Laufe des 2. Juni nach Berlin gelangt sein.

55 »Die Kirchenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die zugleich die Lüge vom Kirchenkampf in der Deutschen Demokratischen Republik widerlegt«, SAPMO DY 30 IV 2/14/1 pag. 86–91. Aufgrund des handschriftlichen Vermerks »Peter Florin« ist es denkbar, dass der Artikel als Zuarbeit für das DDR-Außenministerium gedacht war. Der Text ist unleserlich unterschrieben.

56 »Gibt es in der Deutschen Demokratischen Republik einen Kirchenkampf?«, SAPMO DY 30 IV 2/14/6 pag. 91–93. Aufgrund der Datierung ist die Annahme von M. GOERNER (wie Anm. 4), S. 122, Anm. 66, dass es sich dabei um staatliche Vorbereitungen für das Gespräch vom 10. Juni handele, unzutreffend. Denkbar ist jedoch, dass Grotewohl diesen in anderem Kontext entstandenen Schriftstücken Material für die Formulierung seiner Diskussionsbeiträge entnahm.

in der DDR aus, deren Schicksal genau wie die Beschlagnahme kirchlicher Anstalten, die Verhaftung kirchlicher Mitarbeiter und der Kirchenkampf generell Thema der Verhandlungen sein sollten⁵⁷. Grotewohl wurde der Beschluss der Konferenz durch Grüber überbracht⁵⁸.

Als Themen eines solchen Gesprächs wurden vorgeschlagen die Junge Gemeinde, die Beschlagnahme kirchlicher Anstalten, die Verhaftung von Geistlichen und die Behinderung des kirchlichen Lebens allgemein. Bezeichnend für die Verunsicherung, die die ersten Schritte der Regierung in Richtung auf eine Umgehung der kirchlichen Hierarchie ausgelöst hatte, ist die Betonung des Verhandlungsmonopols der Kirchenleitungen: »Wir machen aber darauf aufmerksam, dass zu verantwortlichen Verhandlungen nur die rechtmäßig gebildeten Organe der Kirche befugt sind.« Propst Grüber behauptet in seinen Erinnerungen, er habe das Gesprächsangebot der Ostkirchenkonferenz veranlasst, da ihm »von Freunden aus dem Politbüro mitgeteilt worden (sei), dass auf sowjetischen Einfluss eine Wandlung der kommunistischen Haltung sowohl gegenüber der Kirche als auch gegenüber der Gesamtbevölkerung zu erwarten sei«⁵⁹. Abgesehen davon, dass sich wohl kaum ein »Freund« Grübers unter den Mitgliedern des Politbüros befunden haben dürfte und sich seine Memoiren mehrfach als stark geschönt erweisen, lässt der Text des Beschlusses der Ostkirchenkonferenz nicht darauf schließen, dass die Teilnehmer einen radikalen Wechsel in der Kirchenpolitik erwarteten, da es sich nur um Minimalforderungen handelte. Da die Konferenz zudem am 4. Juni stattfand, als sich die Mitglieder der Delegation des Politbüros noch in Moskau befanden und der ZK-Apparat in Berlin nur eine ungefähre Ahnung hatte, wie eine zukünftige Kirchenpolitik aussehen könnte, treffen Grübers Erinnerungen in diesem Punkt kaum zu. Nachdem die kommunistische Regierung zuvor Antworten an kirchliche Stellen lange verschleppt hatte, kam in diesem Fall aus Grotewohls Büro schon am 8. Juni die telefonische Zusage für ein Gespräch am Vormittag des 10. Juni⁶⁰.

Grund für diesen Wandel war die Durchsetzung der sowjetischen Vorstellungen auf einer Sitzung des Politbüros am 6. Juni. Von insgesamt zwölf Be-

57 Protokoll und Beschluss der 35. Ostkirchenkonferenz vom 4. Juni 1953 in EZA 4/119 up., Text im Auszug bei G. KÖHLER (wie Anm. 3), S. 112. Die kirchlichen Zahlen werden von H. WENTKER (wie Anm. 11), S. 117, angezweifelt, der die von Grotewohl am 10. Juni 1953 genannte Zahl von 712 relegierten Schülern m.E. zu unkritisch an ihre Stelle setzt. Die Diskrepanzen erklären sich möglicherweise daraus, dass in den Westen geflüchtete Schüler nicht berücksichtigt wurden.

58 Vgl. Grüber an Grotewohl, 5. Juni 1953, SAPMO NY 4090/456 pag. 110 sowie 103–105.

59 H. GRÜBER (wie Anm. 3), S. 338.

60 H. GRÜBER (wie Anm. 3), S. 339. Vgl. auch die Aktennotiz über das Gespräch in EZA 10/5 pag. 3.

schlüssen, die nach teils erbitterter Diskussion gefasst wurden, beschäftigten sich allein vier mit der Kirchenpolitik. Neben der Entscheidung, dass Grotewohl mit den Kirchen verhandeln sollte, umfassten sie die Einstellung der Maßnahmen gegen die Junge Gemeinde, die Rückgabe kirchlichen Eigentums und die Wiederaufnahme der Staatsleistungen an die Kirchen⁶¹. Die Teilnahme des inzwischen (am 28. Mai) zum sowjetischen Hohen Kommissar ernannten Semjonow an der Politbürositzung sollte die Durchsetzung des neuen Kurses sicherstellen. Dass gerade Semjonow Hoher Kommissar geworden war, hängt unter Umständen mit seinem Anteil an der Planung des neuen Kurses zusammen, er selbst hat zumindest später gegenüber einem evangelischen Gesprächspartner, wahrscheinlich Grüber, behauptet, dass er für die Änderung der SED-Kirchenpolitik verantwortlich gewesen sei⁶². Herrnstadt verfasste nach dem 9. Juni ein den sowjetischen Vorstellungen entsprechendes *Kommuniqué*, das am 11. Juni veröffentlicht wurde und den »Neuen Kurs« öffentlich machte.

Der Abbruch des Kirchenkampfes wurde sofort den jeweiligen Behörden mitgeteilt. Am 8. Juni wies Grotewohl in einem mit »Geheim! Sofort!« gekennzeichneten Schreiben Staatssicherheit, Volkspolizei und Generalstaatsanwalt an, »keinerlei weitere Maßnahmen gegen die sogenannte ›Junge Gemeinde‹ und sonstige kirchliche oder damit im Zusammenhang stehende Einrichtungen« mehr zu unternehmen⁶³. Das Politbüro beschloss am 9. Juni die Wiederauszahlung der Staatsleistungen an die Kirchen; dies war Teil eines von einer Kommission erarbeiteten Maßnahmenbündels, welches die sowjetischen Vorgaben umsetzen sollte⁶⁴.

Es muss also festgestellt werden, dass die von der evangelischen Kirche erstrebten wesentlichen Verhandlungsziele – die Einstellung des Kirchenkampfes, das Ende der Maßnahmen gegen die Junge Gemeinde und die Wie-

61 Elke SCHERSTJANOI (Hrsg.), »Wollen wir den Sozialismus?« *Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6. Juni 1953*, in: BzG 33 (1991), S. 658–680, hier 668: »6) Genosse Grotewohl wird ermächtigt, mit den Kirchenführern zu verhandeln. An den Verhandlungen sollen teilnehmen die Genossen: Wandel, Zaisser, Grötschel, Herr Nuschke. 7) An die Genossen Zaisser, Maron und den Generalstaatsanwalt ist Anweisung zu geben, keinerlei weitere Maßnahmen gegen die sogenannte »Junge Gemeinde« und sonstigen kirchlichen Einrichtungen einzuleiten. Die weitere Regelung der Angelegenheiten der »Jungen Gemeinde« ist durch das Amt für Jugendfragen und nicht durch das Ministerium des Innern vorzunehmen. 8) Die beschlagnahmten Einrichtungen kirchlichen Charakters sind an die früheren Verwaltungen zurückzugeben. 9) Die vorgesehenen Zuschüsse an die Kirchen sind zu zahlen.« Vgl. auch ebd., S. 660–62 zur Bewertung von Herrnstads Erinnerungen.

62 KfZ WA 33 c, up., paraphierter Durchschlag einer Mitteilung von Prälat Adolph an Nuntius Muench, 4. Juni 1953.

63 Vgl. Grotewohls Schreiben vom 8. Juni 1953, SAPMO NY 4090/456 pag. 250. Teilweise abgedruckt bei M. HÖLLEN (wie Anm. 6), S. 343.

64 Vgl. das Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Politbüros vom 9. Juni 1953, SAPMO DY 30 J IV 2/2/288.

derauszahlung der Staatsleistungen – schon vor dem Beginn der Verhandlungen von den Sowjets beschlossen worden waren und nun durch die SED umgesetzt wurden. Die Verhandlungen selbst waren auf kommunistischer Seite ein reines Schauspiel, dessen Ergebnis schon feststand.

Praktisch zur gleichen Zeit wie das Politbüro trafen sich am Abend des 9. Juni die evangelischen Bischöfe im Hause von Dibelius, um das für den nächsten Morgen geplante Gespräch vorzubereiten. Obwohl nach Grübers Schilderung⁶⁵ vor allem Dibelius sehr pessimistisch war, spricht der an diesem Abend ausgearbeitete Katalog der kirchlichen Verhandlungsziele⁶⁶ eine andere Sprache: Im Gegensatz zu den fünf Tage zuvor von der kirchlichen Ostkonferenz beschlossenen bescheideneren Forderungen wurden jetzt kirchliche Maximalforderungen aufgestellt, die praktisch auf eine Wiederherstellung des status quo ante abzielten. So finden sich jetzt, über die Verhandlungspunkte vom 4. Juni hinaus, noch die Forderung nach Wiederaufnahme der Staatsleistungen, erleichterter Erteilung von Religionsunterricht, der Einsichtnahme in staatliche Steuerunterlagen etc. Offenbar hatten die evangelischen Bischöfe in der Zeit nach dem 4. Juni erfahren, möglicherweise über einen Kontakt Grübers, am wahrscheinlichsten über Semjonow selbst, dass es auf sowjetischen Druck zu einem Kurswechsel gekommen war, und dementsprechend ihre Verhandlungsziele höher gesteckt.

Als sich gegen 11 Uhr am Vormittag des 10. Juni die kirchliche Delegation mit Ministerpräsident Grotewohl traf, mochte es dem Betrachter auf den ersten Blick scheinen, als würden hier die gebeutelten evangelischen Kirchen vom Regierungschef eines totalitären Staates ein Entgegenkommen erbitten⁶⁷. In Wirklichkeit dagegen war die Position der Kirchen eher etwas stärker als die Grotewohls: Obwohl die Kirchen durch die staatlichen Maßnahmen in einigen Punkten, wie z.B. der Finanzierung, schwer getroffen worden waren, wusste aller Wahrscheinlichkeit nach die evangelische Kirchenspitze, dass die SED auf sowjetische Anweisung hin ihre Politik radikal ändern musste.

Seitens der evangelischen Kirchen nahmen die Bischöfe Dibelius, Hahn, Beste, Mitzenheim, Müller, von Scheven, Oberkirchenrat Schröter, Oberkon-

65 H. GRÜBER (wie Anm. 3), S. 339–41.

66 Text bei G. KÖHLER (wie Anm. 3), S. 113–14.

67 Zum Verlauf der schon mehrfach dargestellten Besprechung vgl. H. GRÜBER (wie Anm. 3), S. 341–42; H. DÄHN (wie Anm. 3), S. 47–49, er referiert die Aufzeichnungen Mitzenheims zu seinen eigenen Gesprächsbeiträgen, das Original vom 19. Juni 1953 in EZA 4/449 up., zwei weitere kirchliche Protokolle ebd., sowie ein staatliches Wortprotokoll in SAPMO DY 30 IV 2/14/6 pag. 165–81, ms. unterzeichneter Durchschlag der Niederschrift des Gesprächs, datiert vom 10.6.1953; zitiert wird hier die ursprüngliche Seitennummerierung. Vgl. auch Grotewohls handschriftliche Notizen in SAPMO NY 4090/456 pag. 108–109. Die katholische Kirche wusste schon am selben Tag über den Inhalt des Gesprächs Bescheid, vgl. die Notizen Adolphs in KFZ WA 33m1 pag. 45–48 sowie Zinkes in Archiv DCV Hauptvertretung Berlin 121/30+523 Fasz.01 up.

sistorialrat Fraenkel, Generalsuperintendent Krummacher und Propst Grüber, seitens des Staates Ministerpräsident Grotewohl und sein Stellvertreter Nuschke, die Minister Zaisser (Staatsicherheit) und Wandel (Volksbildung), Hauptabteilungsleiter Grötschel vom Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten und Grotewohls Referent Tzschorn teil. Grotewohl machte gleich zu Beginn der Verhandlungen das für die evangelische Kirche wohl wesentlichste Zugeständnis, als er versprach, auf Versuche zur Gründung einer Staatskirche zu verzichten (S.1–2): »An meine Absichten hatte man in der Presse die Schlussfolgerung geknüpft, die DDR bereite die Bildung einer Staatskirche vor. Das ist Unsinn. Eine solche Absicht bestand bei uns nicht und besteht bei uns nicht ... In dieser Hinsicht bitte ich Sie, meine Erklärung als eine ernste Erklärung der Regierung entgegen zu nehmen«. Da ansonsten der durch die sowjetischen Anweisungen vorstrukturierte Katalog staatliche Zugeständnisse abgearbeitet wurde, verlief die Besprechung weitgehend konfliktfrei.

Die Öffentlichkeit erfuhr durch ein am 11. Juni im ND abgedrucktes Kommuniqué von den Verhandlungsergebnissen zwischen Staat und evangelischen Kirchen⁶⁸. Grübers Behauptung, diese Verlautbarung sei von Beste, Nuschke und ihm verfasst worden, kann zutreffen⁶⁹. Der Staat machte darin fast ausschließlich Zugeständnisse. Neben der Versicherung, »das kirchliche Eigenleben ... zu gewährleisten« bestanden sie u.a. im Ende der Verfolgung von Mitgliedern der Jungen Gemeinde und der evangelischen Studentengemeinde, der Wiedenzulassung des Religionsunterrichts in schulischen Räumen, der Rückgabe beschlagnahmter kirchlicher Einrichtungen und der Wiederaufnahme der Staatsleistungen. Praktisch alle Punkte, die in der Unterredung laut Protokoll der Kirche zugestanden wurden, finden sich hier wieder, vielleicht sogar in einer für die Kirchen noch günstigeren Formulierung. Die Zugeständnisse der evangelischen Kirchen bestehen zum einen in dem implizierten Eingeständnis, dass sie bisher die Verfassung verletzt hätten und deshalb die staatlichen Angriffe wenigstens teilweise gerechtfertigt gewesen wären⁷⁰: »Die Vertreter der Kirchen erklären ihrerseits, auf verfassungswidrige Eingriffe und Einwirkungen in das wirtschaftliche und politische Leben des Volkes zu verzichten«. Zum anderen war die Hauptgegenleistung der evangelischen Kirchen, sich mit einem diskreditierten, strauchelnden Regime an einen Tisch gesetzt und ihm dadurch zu einem Prestigeerfolg verholfen zu haben.

Nach der Publikation des Kommuniqués am 11. Juni 1953 im »Neuen Deutschland« wurden die Vereinbarungen umgesetzt. Das Sekretariat des Zentralkomitees beschloss am 11. Juni auch offiziell die Einstellung der Verfol-

68 Text bei G. KÖHLER (wie Anm. 3), S. 115–16.

69 H. GRÜBER (wie Anm. 3), S. 341.

70 In diesem Sinne legte z.B. die sowjetamtliche *Tägliche Rundschau* am 12. Juni 1953 den folgenden Satz des Kommuniqués aus.

gung der Jungen Gemeinde⁷¹. Grotewohl veranlasste schon am Tag nach dem Gespräch die Auszahlung der Staatszuschüsse an die evangelische Kirche⁷². Möglicherweise bewog ihn dabei die Furcht, dass eine nochmalige Beschwerde der Kirche bei der SKK erneut ein sowjetisches Eingreifen zur Folge haben könnte.

Da der Abbruch des Kirchenkampfes, wie gezeigt, kein Ergebnis der Verhandlungen vom 10. Juni war, sondern diese die sowjetischen Vorgaben nur nachvollzogen, profitierte auch die katholische Kirche davon. Schon nach wenigen Tagen konnte Prälat Zinke den Bischöflichen Ordinariaten in der DDR mitteilen, dass sowohl die Rückgabe der beschlagnahmten katholischen Kinderheime angeordnet worden als auch die Staatszuschüsse wieder zur Auszahlung gekommen seien⁷³. Auch in der Frage der Bahnhofsmission und bei der Rückkehr von »republikflüchtigen« Pfarrern lenkte die SED in den Folgetagen ein⁷⁴.

Dementsprechend war es kein Wunder, dass besonders in der evangelischen Kirche die Erleichterung und Dankbarkeit groß war. Dibelius hatte sich noch am 10. Juni selbst bei Grotewohl für dessen Entgegenkommen bedankt⁷⁵. Auch die Kundgebung des Rates der EKD vom 12. Juni 1953 ging in diese Richtung, vermied aber triumphalistische Töne⁷⁶. In den Spitzelberichten der Volkspolizei wird Zustimmung zum Kommuniqué festgestellt⁷⁷: »Aus den bei der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei vorliegenden Berichten aus den Bezirken Leipzig und Schwerin sowie Berlin über überwachte Gottesdienste geht hervor, dass der grösste Teil der Pfarrer in ihren Predigten ihren Dank an die Regierung für die ergriffenen Massnahmen zur Verbesserung der Lebenslage ausgesprochen hat«. Schaut man sich jedoch die einzelnen Berichte an, so kann man zwar eine Zustimmung zu den Maßnahmen der Regierung feststellen, der angebliche »Dank« fällt jedoch teilweise recht seltsam aus: Es »wurde berichtet, dass Pfarrer Tarnowin in seiner Predigt geäußert habe, dass Gott sich mit Vaterlandsverrätern und Sündern an einen Tisch gesetzt hätte«⁷⁸.

71 Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Zentralkomitees vom 11. Juni 1953, SAPMO DY 30 J IV 2/3/388.

72 Vgl. Grotewohls Anweisung vom 10. Juni 1953, SAPMO NY 4090/456 pag. 251.

73 Vgl. den Rundbrief Zinkes vom 15. Juni 1953, Bistumsarchiv Erfurt Bischöfliches Generalvikariat C III c up.

74 Vgl. Grüber an Grotewohl, 11. Juni 1953, zur Frage der Rückkehr und die Antwort des Referenten Eisermann vom 11. Juni 1953, SAPMO NY 4090/456 pag. 152–154; der Schriftwechsel zur Wiederzulassung der Bahnhofsmission in Archiv DCV Hauptverwaltung Berlin 121/30+236.4.

75 Vgl. Dibelius an Grotewohl, 10. Juni 1953, SAPMO NY 4090/456 pag. 112.

76 »An alle evangelischen Gemeinden in Deutschland!«, Kundgebung des Rates der EKD vom 12. Juni 1953, BArchB 11/867 pag. 347, teilweise abgedruckt bei G. KÖHLER (wie Anm. 3), S. 117–118.

77 BArchB O–1 11/867 pag. 320–21, paraphierter Durchschlag des Wochenberichts über Kirchenangelegenheiten von Chefinspektor Grünstein vom 20.6.1953 an das ZK der SED.

78 Ebd.

Für den zeitgenössischen Betrachter mochte es scheinen, als habe die evangelische Kirche einen beeindruckenden Verhandlungserfolg errungen. Der offene Kirchenkampf wurde abgebrochen, die meisten antikirchlichen Maßnahmen rückgängig gemacht, die Regierung gestand kaum verhüllt ihre Fehler ein. Die katholische Kirche hatte nicht mitverhandelt, profitierte aber ebenfalls. Die implizierte Verfassungsverletzung, die die evangelische Kirche im Kommuniqué eingeräumt hatte, schien ein kleiner Preis dafür, auch wenn es einzelne warnende Stimmen gab⁷⁹. In Wirklichkeit sah gerade für die evangelische Kirche die Bilanz der Verhandlungen weniger positiv aus: Der Kirchenkampf war nicht wegen des kirchlichen Widerstandes, sondern auf sowjetischen Druck hin abgebrochen worden, und gleichzeitig wurde ein sehr viel effektiveres antikirchliches Vorgehen im ideologischen Bereich vorbereitet. Zudem band das Kommuniqué die evangelische Kirche in eine gewisse Loyalität gegenüber dem Regime ein.

3. Kirchenleitung und Kirchenvolk während des Aufstandes

Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass sowohl in der Kirchengeschichtsschreibung wie in der Forschung zum 17. Juni selbst die Hinweise auf die Beteiligung christlich engagierter Bevölkerungskreise lange vernachlässigt worden sind. Ein bezeichnendes Beispiel dafür, dass dies auch trotz der veränderten Quellenlage noch geschieht, ist die erwähnte Arbeit von Diedrich, der zwar in seinem Quellenanhang ein sehr interessantes Dokument zu diesem Bereich abdruckt⁸⁰, ihn aber ansonsten ausspart. Dabei ist während der Dauer des Aufstands die Mitwirkung christlicher Kreise nachweisbar, und zwar, wie sich zeigen wird, fast in der gesamten DDR.

Schon in der Frühphase der Erhebung spielte die Kirche eine Rolle, die über den Einfluss des Kommuniqués hinausging. Die Forschung ist relativ einheitlich der Meinung, dass der Schock des unvorbereiteten Kurswechsels durch den Beschluss des Politbüros zum Neuen Kurs vom 9. Juni 1953 verbunden mit einer Verärgerung der Arbeiterschaft über die Beibehaltung der Normerhöhung das Fass zum Überlaufen gebracht habe; auch habe die Verbreitung der Streikmeldungen durch den Rias am 17. Juni selbst den Aufstand mitausgelöst⁸¹. Im Vorfeld des Aufstands, am 13. Juni, gab es unter der Führung des

79 Vgl. den Protest Bischof Müllers, Kirchenleitung der Provinz Sachsen, vom 20. Juni 1953, EZA 4/449 up.

80 T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 228, es handelt sich dabei um ein Telegramm des Streikkomitees Bitterfeld an die DDR-Regierung, in dem u.a. die »Freilassung sämtlicher politischer Gefangener (direkt politischer, sogenannter ›Wirtschaftsverbrecher‹ und konfessionell Verfolgter)« gefordert wird.

81 A. BARING (wie Anm. 2), S. 40–50, T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 56–62, R. HERRNSTADT (wie Anm. 46), S. 72–75.

evangelischen Pfarrers Mitzenheim (eines Bruders des Thüringer Landesbischofs) in Eckolstädt eine Einwohnerversammlung, die in ihrer Resolution schon wichtige politische Ziele des 17. Juni vorwegnahm⁸². Neben spezifisch ländlichen Forderungen wie der Gleichbehandlung der Einzelbauern mit den LPGs, der Möglichkeit zur Rückkehr für geflohene Bauernfamilien und der Umwandlung der VdGB in eine wirkliche Interessenvertretung der Bauern wurden der Rücktritt der Regierung und freie Wahlen gefordert.

Die Bedeutung dieser Einwohnerversammlung als erstes Indiz der Bereitschaft von kirchlichen Amtsträgern, sich für gesellschaftliche Veränderungen zu engagieren, wird dadurch unterstrichen, dass sich ihre Resolution in etlichen Abschriften in den Beständen zum Verhalten der Kirchen am 17. Juni findet. Diese Bestände gehen auf Anfragen zurück, die die für die Kirchenpolitik zuständigen Stellen nach dem 17. Juni an ihre regionalen Untergliederungen stellten. Für die einzelnen Bezirke der DDR liegen im günstigsten Fall bis zu drei normalerweise unabhängige Berichte über Christen und Kirchen am 17. Juni vor, oft aber auch weniger⁸³. Da die Quellen territorial gegliedert sind, empfiehlt es sich, diese Einteilung bei der Darstellung beizubehalten. Eine Auswertung ähnlicher Berichte der Volkspolizei über den Aufstand allgemein hat Diedrich zu einer Liste aller erfassbaren Unruheherde am 17. Juni zusammengestellt⁸⁴. Obwohl diese Zusammenstellung noch nicht vollständig ist, kann sie

82 Vollständige Abschrift der Forderungen im SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 5–6, über die Tätigkeit des Pfarrers heißt es in einem Begleitschreiben der Bezirksleitung Erfurt an das ZK vom 15. Juni (SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 4): »Reaktionäre Kreise, an der Spitze der Oberpfarrer des Ortes, Mitzenheim, Bruder des Landesbischofs, haben diese Sache organisiert. Mitzenheim hat selbst unmittelbar an der Abfassung der Entschließung gewirkt und war auch in der besagten Einwohnerversammlung der Vorleser dieser Entschließung und stellte sie zur Abstimmung«.

83 Das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten im Ministerium des Inneren forderte telefonisch am 20. Juni 1953 die ihm unterstellten Referate für Religionsgemeinschaften bei den Räten der Bezirke auf, über Stellungnahmen der Geistlichkeit zum 17. Juni zu berichten. Dieses Telefonat wird in einem Fernschreiben des Rates des Bezirks Erfurt an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten vom 22. Juni erwähnt, BArchB O–4/339 up. Diese Akten sind nach der Vereinigung mit der Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen 1957 in die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen übernommen worden. Die Hauptabteilung Pass- und Meldewesen in der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei, die ebenfalls zuständig war für die Kirchen, interessierte sich gleichfalls für das Verhalten der Geistlichkeit und verlangte um den 22. Juni telefonisch einen Bericht der Abteilungen Pass- und Meldewesen der jeweiligen Bezirksbehörde der Volkspolizei, vgl. das Schreiben der Abteilung Pass- und Meldewesen der Bezirksbehörde der DVP Dresden vom 22. Juni an die Hauptverwaltung der DVP, BArchB O–1 11/867 pag. 342. Der Sektor Kirchenfragen der Abteilung Staatliche Verwaltung beim ZK der SED, der sich auf die Abteilung Innere Organe der einzelnen SED-Bezirksparteileitungen stützen konnte, erbat in einem Fernschreiben vom 21. Juni Antworten auf einen Fragenkatalog u.a. zum Verhalten der Kirchenleitungen und der Jungen Gemeinden, vgl. SAPMO DY 30 IV 2/14/31, pag. 22.

84 T. DIEDRICH, 17. Juni (wie Anm. 2), S. 289–93. Eine ähnliche Liste auch bei I.-S. KOWALCZUK u.a. (wie Anm. 2), S. 336–340, deren Aufteilung allerdings für Vergleichszwecke weniger geeignet ist.

für sich doch größere Genauigkeit in Anspruch nehmen als frühere Versuche und soll deshalb hier zum Vergleich herangezogen werden, um das allgemeine Ausmaß des Widerstandes in den einzelnen Regionen abschätzen zu können.

Der nördlichste Bezirk der DDR, Rostock, ist der einzige, über den bisher keine Quellen im Zusammenhang mit einer christlichen Beteiligung am Aufstand auffindbar waren. Generell scheint jedoch die Beteiligung am aktiven Widerstand in den wenig industrialisierten nördlichen Gebieten der DDR geringer als im Süden gewesen zu sein, in der Zusammenstellung aller Aufruhrorte des Bezirkes zeigt sich, dass nur in sechs der 13 Kreise Unruhen nachweisbar sind⁸⁵. Eine Übersicht über das Verhalten der Kirchen am 17. Juni, zusammengestellt offenbar vom Sektor Kirchenfragen, vermerkt dann auch für diese Region⁸⁶: »Aus den Bezirken Schwerin, Rostock und Neubrandenburg (Gebiet der Landeskirche Mecklenburg) wird im allgemeinen berichtet, dass die Kirchenleitung und die Geistlichkeit sich sehr zurückhaltend verhielt«.

Nur wenig besser ist die Quellenlage bezüglich Schwerins. Zwar existiert noch ein Fernschreiben des Referenten für Religionsangelegenheiten beim Rat des Bezirkes, Plümeke, vom 22. Juni an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten⁸⁷, doch geht daraus nur hervor, dass neben einer erhöhten Werbungstätigkeit für die Junge Gemeinde ein Pastor Siegert mit der Jungen Gemeinde in Güstrow an einer Demonstration teilgenommen hat. Auch im Bezirk Schwerin war die Verbreitung des Aufstands nicht sehr groß, da nur fünf der elf Kreise davon betroffen waren⁸⁸.

Die etwas größere Ausbreitung der Unruhen im Bezirk Neubrandenburg (9 von 15 Kreisen) schloss offensichtlich die Kirchen nicht mit ein⁸⁹. Allerdings mag dieser Eindruck auch durch das sichtliche Bemühen des Instrukteurs für Kirchenfragen bei der Bezirksleitung der SED, Ihde, hervorgerufen worden sein, die Rolle der Kirchen herunterzuspielen⁹⁰: Neben dem Lob, dass sich jetzt auch frühere Gegner der Regierung innerhalb des Klerus positiv geäußert hätten, wird ein für die Kirchen (aus der Sicht der SED) wohlwollendes Fazit gezogen: »Aus allen Berichten der Kreisleitungen war bis jetzt kein Beispiel zu entnehmen, wonach sich die Kirche oder die Junge Gemeinde an Provokationen im Bezirk Neubrandenburg beteiligt hätte«. Der völlige Verzicht der Jungen Gemeinde auf Widerstand ist jedoch nicht ganz glaubhaft, da der sowjetische Kommandant von Heidemühle (Kreis Pasewalk), wie der Bericht eingestehen muss, anlässlich eines Treffens der Jungen Gemeinde sich noch am 21. Juni

85 T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 289.

86 SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 106–108, »Analyse über das Verhalten der Kirchenleitungen und der Geistlichkeit während der Tage vom 16.6.53«, datiert auf den 29. Juni 1953.

87 BAChB O-4/339, up.

88 T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 289.

89 Ebd.

90 An das ZK gerichtetes Schreiben vom 3. Juli 1953, SAPMO DY 30 IV 2/14/31, pag.

veranlasst sah, den Organisator des Treffens, Pfarrer Briesewitz, zu verhaften. Ein anderer Bericht, der des beim Rat des Bezirkes für Religionsgemeinschaften zuständigen Referenten Pässer⁹¹, bringt keine weiteren Aspekte.

»Kirchenleitung verhält sich loyal«⁹², so lautet auch das zweifelhafte Lob der Bezirksleitung der SED Magdeburg über die Kirchenspitze in ihrem Machtbereich. Eine Beteiligung einzelner Geistlicher oder der Jungen Gemeinde lässt sich ebenfalls nicht feststellen. Allerdings ist dieser Bericht offensichtlich schon mit dem Schreiben des Referenten für Religionsgemeinschaften abgestimmt worden⁹³, so dass einzelne unerwünschte Vorfälle durchaus totgeschwiegen worden sein können. Diese relative Ruhe im kirchlichen Bereich ist deshalb so ungewöhnlich, da der Bezirk Magdeburg mit Unruhen in 19 der 21 Kreise⁹⁴ ein Zentrum des Aufstandes war.

Sehr viel aktiver dagegen waren einzelne Vertreter der Geistlichkeit im Bezirk Potsdam. Schenkt man den übereinstimmenden Berichten der Bezirksleitung der SED⁹⁵, des Referenten für Religionsgemeinschaften Klein⁹⁶ und eines beigefügten Berichts der Pionierleitung Potsdam⁹⁷ Glauben, so haben sich die Pfarrer Passauer und Marienfeld am 16. und 17. Juni an der Zerstörung des Jugendklubs in Brandenburg führend beteiligt und auch nicht vor Gewaltanwendung zurückgeschreckt. Sowohl der Sturm auf den Rat der Stadt und des Kreises als auch die Störung des Schulunterrichts sollen von ihnen veranlasst worden sein. Insgesamt war Potsdam nach dem Urteil der Bezirksleitung kirchlicherseits unruhig, da festgestellt wird, dass »die Mehrzahl der Geistlichen provokatorisch aufgetreten ist«. Entsprechend ist die allgemeine Beteiligung am Aufstand mit 14 von 17 Bezirken⁹⁸ recht groß.

Über den Schwerpunkt des Aufstands, den östlichen Teil von Berlin, fehlen bislang aussagekräftige Quellen. Da sich auch in den Überblicksberichten kein Hinweis auf das Verhalten der Kirchen im »demokratischen Sektor« der Stadt findet, wird es entweder keine Berichte gegeben haben, da die Verwaltungsspitzen selbst in Berlin Augenzeugen waren, oder aber das Amt für Kirchen-

91 Schreiben an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten vom 29. Juni 1953, BArchB O-4/339 up.

92 Brandt, Bezirksleitung Magdeburg, am 22. Juni 1953 an das ZK, SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 31.

93 Referent Förster an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten am 25. Juni 1953, BArchB O-4/339 up.

94 T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 290.

95 Handwerker, Bezirksleitung der SED am 22. Juni 1953 an das ZK, SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 32.

96 Schreiben an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten vom 23. Juni 1953, BArchB O-4/339 up.

97 Abschrift eines Berichts der Pionierleitung Brandenburg vom 20. Juni 1953, SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 19.

98 T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 290.

fragen des Ost-Berliner Magistrats hat einen gesonderten Bericht verfasst. Dass es in Berlin eine rege Beteiligung der Jungen Gemeinde gegeben hat, ist sehr wahrscheinlich, aber bisher noch nicht nachweisbar. Belegbar ist dagegen eine Loyalitätserklärung der jüdischen Gemeinde Ost-Berlins⁹⁹.

Obwohl sich die Unruhen von Berlin aus auf den östlich gelegenen Bezirk Frankfurt/Oder ausgedehnt haben, in dem der Aufstand in 8 von 11 Kreisen Fuß fasste¹⁰⁰, hat sich nach zwei Berichten der Bezirksleitung der SED¹⁰¹ die Geistlichkeit nicht daran beteiligt, und auch die Junge Gemeinde ist nicht als Organisation in Erscheinung getreten, nur einzelne Mitglieder haben sich am Widerstand beteiligt.

Im Bezirk Erfurt ist die Rolle der Kirchen mit den Gebrüdern Mitzenheim verknüpft. Auf die Einwohnerversammlung in Eckolstädt im Vorfeld des 17. Juni ist schon eingegangen worden, der maßgeblich beteiligte Pfarrer Edgar Mitzenheim wurde später deswegen zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt¹⁰². Der Landesbischof Moritz Mitzenheim, sein Bruder, war dagegen bisher als Vertreter eines mit dem Regime eher kooperierenden kirchenpolitischen Kurses aufgetreten, was ihm die Bezeichnung »der rote Moritz« eingetragen hatte. Wahrscheinlich am 17. Juni selbst hat er versucht, eine schulpolitische Forderung gegenüber dem Vorsitzenden des Rates des Bezirks, Mertel, mit der Drohung, ansonsten das Problem öffentlich bekannt zu machen, durchzusetzen¹⁰³. Allerdings handelt es sich bei dieser Aktion wohl eher um einen »Ausläufer« des Gesprächs vom 10. Juni, da Mitzenheim ansonsten während des Aufstands sehr staatsnah auftrat, indem er die Pfarrer anwies, zu Ruhe und Ordnung aufzurufen. Wohl auch aufgrund dieser Anweisung ist im Bezirk an kirchlicher Beteiligung nur noch der Fall des Superintendenten Dammler in Bad Tennstedt nachweisbar, der einen Demonstrationzug anführte und eine Rede hielt. Insgesamt war die Beteiligung am Aufstand mit 10 der 15 Kreise recht groß¹⁰⁴.

99 Vgl. das Schreiben vom 22. Juni an Grotewohl: »Hochverehrter Herr Ministerpräsident! Die Belegschaft und die Leitung der Jüdischen Gemeinde von Groß-Berlin, die in den vergangenen unruhigen Tagen unbeirrt ihre Tätigkeit am Arbeitsplatz voll und ganz erfüllt haben, sprechen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, das vollste Vertrauen in der weiteren Durchführung Ihrer Aufgaben aus und erklären ihre Zustimmung zu den vom Ministerrat gefassten Beschlüssen und Entschließungen, die wir aufs freudigste begrüßen...«, unterzeichnet vom Rabbinat, dem Beirat, dem Vorstand und der Betriebsgewerkschaftsleitung, BArchB O-4/339, up.

100 T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 290.

101 Grüneberg, Bezirksleitung der SED Magdeburg am 23. und 24. Juni 1953 an das ZK, SAPMO DY 30 IV 2/14/31, pag. 62 bzw. 76–80.

102 Erhart NEUBERT, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Bonn 1997, S. 91.

103 Bericht des Referenten für Religionsgemeinschaften, Borucki, am 18. Juni 1953 an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, ergänzt durch einen Bericht vom 29. Juni 1953, beide in BArchB O-4/339, up.

104 T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 292.

Neben dem Pfarrer Wilhelm, der in Gräfenhainichen eine Demonstration mit anführte und der Beteiligung von Mitgliedern der Jungen Gemeinde am Aufruhr in Bitterfeld und Halle ist der Versuch der Schüler des Katechetenseminars Naumburg, eine Demonstration zu organisieren, im Bezirk Halle nachweisbar¹⁰⁵. Interessanterweise wird in einem Bericht auch zwischen der protestantischen und der katholischen kirchlichen Jugend unterschieden, was sonst nicht vorkommt¹⁰⁶: »Der Bürgermeister aus Hohenborn im Saalekreis berichtete, dass insbesondere die katholische Jugend sich aktiv an den faschistischen Provokationen beteiligte«. Allerdings gab es nicht nur Widerstand, sondern auch Zusammenarbeit mit dem Regime, so verbot z.B. der stellvertretende Superintendent von Halle ein Trauerläuten für die Opfer des 17. Juni mit der Begründung, dass die Kirche sich nicht zu politischen Handlungen missbrauchen lasse. Diese Haltung insbesondere der evangelischen Kirchenleitung führte dazu, dass es in einem späteren Bericht über ihr Verhalten heißt¹⁰⁷: »Am 17.6. hat sich im Bezirk Halle die Kirche ziemlich loyal verhalten«, obwohl sich der Aufstand auf alle 22 Kreise des Bezirks ausgedehnt hatte¹⁰⁸.

Die Quellen zu Leipzig, der späteren »Heldenstadt der Revolution« 1989, sind eher spärlich; nachweisen lässt sich nur der Überfall von Jugendlichen mit dem Abzeichen der Jungen Gemeinde auf die FDJ-Bezirksleitung Leipzig¹⁰⁹. Die Mitteilung, dass Mitglieder der Jungen Gemeinde als Fahrradkuriere zwischen einzelnen Demonstrationen gesichtet worden seien, entspringt wohl mehr dem Wunsch, eine Verschwörung gegen die DDR nachzuweisen. Da sich alle 13 Kreise des Bezirks in der einen oder anderen Weise an dem Aufstand beteiligten¹¹⁰, ist auch ein größeres Engagement christlicher Kreise wahrscheinlich.

Die Situation am 17. Juni im Bezirk Cottbus ist besonders aufschlussreich, da der Referent für Religionsgemeinschaften, Sommer, in einem ausführlichen Schreiben vom 1. Juli 1953 die Situation in jedem Kreis des Bezirkes aus-

105 Bezirksleitung Halle am 24. Juni 1953 an das ZK, SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 7–9.

106 »Bericht 1. über das Verhalten der Kirche und Geistlicher nach der Veröffentlichung des Kommuniqués, das von den Bischöfen und Vertretern der Regierung unterzeichnet wurde, 2. das Verhalten der Kirche und der Geistlichen während der faschistischen Provokation« vom 20. Juni 1953, verfasst wahrscheinlich vom Sektor Kirchenfragen im ZK, SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 15–18.

107 »Bericht über die feindliche Tätigkeit der Kirchen seit dem 9. Juni 1953« im Bezirk Halle vom 27. Oktober 1953, verfasst von Stolz, Abteilung Staatliche Organe, SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 115–29, siehe zusätzlich noch Schreiben des Referenten für Religionsgemeinschaften Scholz vom 29. Juni 1953, BArchB O–4/339 up.

108 T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 291.

109 Ullmann, Bezirksleitung der SED Leipzig an das ZK am 22. Juni 1953, SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 55. Die Arbeit von H. ROTH (wie Anm. 2), marginalisiert die Rolle der Kirchen, vgl. ebd., S. 610–611.

110 T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 291–2.

fürhlich geschildert hat¹¹¹ und auch ein ergiebiger Bericht an das ZK vom 23. Juni vorliegt¹¹². Demnach hat die Junge Gemeinde sich in den Kreisen Cottbus, Forst, Lübben, Cahlau und Finsterwalde an den Demonstrationen beteiligt und teilweise, wie im Kreis Lübben, wohl auch versucht, diese zu organisieren. Die Geistlichkeit hat sich offensichtlich zurückgehalten, nur ein Pfarrer Grünewald im Kreis Spremberg wurde davon abgehalten, für die Opfer des Aufstands ein Trauerläuten abzuhalten. Bis jetzt war bekannt, dass sich in 10 der 17 Kreise die Unruhen verbreitet hatten¹¹³, wobei die Kreise Cahlau und Spremberg darin noch nicht enthalten waren. Nimmt man diese Aktionen hinzu, so lässt sich in 12 Kreisen der Aufstand nachweisen, davon in 6 unter Beteiligung engagierter Christen. Da Cottbus der einzige Kreis für Kreis dokumentierte Bezirk ist, lässt dies auch allgemein Rückschlüsse auf die Beteiligung der kirchlich gebundenen Bevölkerung zu.

Dass sich im Bezirk Suhl keine Beteiligung der Geistlichkeit oder der Jungen Gemeinde feststellen lässt, geht wohl auf die Einflussnahme Bischof Mitzenheims zurück¹¹⁴: »Die Geistlichkeit nimmt zur Zeit auf Grund der Anweisung des Landesbischofs ablehnende Haltung zu diesen Provokationen ein«. Ob Mitzenheim etwa aufgrund der möglicherweise zu dieser Zeit schon durchgeführten Verhaftung seines Bruders kollaboriert hat, scheint möglich, auf jeden Fall aber geht sein Verhalten über eine bloße Neutralität zugunsten des Staates weit hinaus: »Der Landesbischof Mitzenheim führte mit stellvertretenden Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, Genossen Poser, eine Aussprache und sagte, dass die Kirche diese faschistische Provokation ablehne. Landesbischof Mitzenheim hat alle Pfarrer benachrichtigt, die Kirchgänger zur Ruhe und Besonnenheit aufzurufen. Nach bisheriger Information geschah dies in verschiedenen Kreisen«. Die evangelische Landeskirche in Thüringen beteiligte sich demnach mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln an der Beendigung des Aufstandes, der im Bezirk Suhl nur einen der 8 Kreise erfasste¹¹⁵.

Eine ähnlich problematische Rolle spielte die evangelische Kirchenleitung im Bezirk Gera. Mitzenheim bot selbst am 17. Juni in Gera an, über den

111 An das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, BArchB O-4/339, vgl. noch ein Schreiben Sommers vom 22. Juni ebd. und die Abschrift eines Schreibens des Rates des Kreises Lübben an die Bezirksleitung vom 24. Juni 1953, ebd.

112 An das ZK, SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 57.

113 T. Diedrich (wie Anm. 2), S. 290.

114 Thiele, Bezirksleitung Suhl, am 22. Juni 1953 an das ZK, SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 23, hs. Vermerk, dass Grotewohl und Ulbricht Abschriften des Schreibens erhalten hätten, siehe zusätzlich noch zum Bezirk Suhl das Schreiben des Referenten für Religionsangelegenheiten, Berthold, vom 22. Juni 1953 an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, BArchB O-4/339 up.

115 T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 292.

Stadtfunk die Bevölkerung zur Ruhe zu ermahnen, was allerdings nicht angenommen wurde¹¹⁶, und der Superintendent von Jena verbot das Läuten der Glocken¹¹⁷. Kein Wunder, dass die Bezirksleitung Gera befriedigt feststellte¹¹⁸: »Nach den bis jetzt getroffenen Ermittlungen entspricht das Verhalten der Kirchenleitung und Geistlichkeit dem Geiste der Abmachungen vom 9. 6. 1953«. Die christlich engagierte Jugend verweigerte allerdings die von der Kirchenleitung gewünschte Zurückhaltung: »Auffallend an dieser Provokation war, dass ein hoher Prozentsatz (70 %) Jugendlicher daran teilnahm und auch mehr Kreuzelträger zu sehen waren, als in den vergangenen Wochen, besonders in Jena«. Im Bezirk Gera, der mit 11 von 13 Kreisen am Aufstand beteiligt war¹¹⁹, gab es demnach einen deutlichen Verhaltensunterschied zwischen der evangelischen Kirchenleitung und engagierten Gläubigen.

Über die Situation im Bezirk Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) liegen keine aussagekräftigen Quellen vor¹²⁰. Zu vermerken ist lediglich ein als oppositionell eingestuftes Trauerläuten für die Opfer des 17. Juni in Grüna, Kreis Karl-Marx-Stadt. Generell hat der Aufstand nur in 4 der 25 Kreise Fuß gefasst¹²¹, so dass wohl auch die christlich engagierten Gruppen ruhig geblieben sind.

Der Bezirk Dresden, der abschließend behandelt werden soll, ist in mancher Hinsicht der wichtigste zur Bewertung der kirchenpolitischen Vorgänge um den 17. Juni, da sich hier zum einen mit Görlitz der wohl einzige Ort befindet, an dem der Aufstand sich in eine richtige Revolution umgewandelt hat¹²², und zum anderen in diesem Bezirk neben der sächsischen Landeskirche und dem Bistum Dresden-Meißen auch noch die Reste der schlesischen Kirchenorganisation beider Konfessionen liegen. Hinzu kommt noch, dass am 16./ 17. Juni die sächsische Landeskirche einen neuen Bischof gewählt hatte, der sich sofort kirchenpolitisch bewähren musste. Allerdings entschied sich der neugewählte Bischof Noth, einem Kurs ähnlich dem Mitzenheims zu folgen¹²³. Er distan-

116 Rothauscher, Referent für Religionsgemeinschaften an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, 23. Juni 1953, BArchB O-4/339 up.

117 Rothauscher, Referent für Religionsgemeinschaften am 26. Juni 1953 an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, BArchB O-4/339 up.

118 Undatiertes Fernschreiben der Bezirksleitung Gera an das ZK, SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 54.

119 T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 292.

120 Gleibe (?), Referent für Religionsgemeinschaften, am 1. Juli 1953 an das ZK, SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 109–11.

121 T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 292.

122 T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 128–32.

123 Zum Verhalten Noths und der Geistlichkeit siehe den Bericht von Schulze, Bezirksleitung Dresden, vom 22. Juni 1953 an das ZK, SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 37–41, den an das ZK am 25. Juni 1953 weitergeleiteten Bericht der Volkspolizei Dresden, BArchB O-1/11/867 pag. 338–39.

zierte sich sehr rasch von der stark in dem Aufstand engagierten Jungen Gemeinde durch einen Anruf bei der Volkspolizei und forderte die evangelischen Christen auf, sich nicht an den Demonstrationen zu beteiligen und das Kugelkreuz der Jungen Gemeinde nicht als »Herausforderung« zu tragen. Im Kreis Görlitz-Land wurden Demonstranten von einem Superintendenten aufgefordert, die Stadtverwaltung nicht zu stürmen, und später hat das Landeskirchenamt Trauerläuten für die Opfer des 17. Juni unterbunden, während für das in den USA wegen Spionage hingerichtete Ehepaar Rosenberg geläutet werden sollte. Besonders deutlich war das Abrücken der evangelischen Kirchenleitung von der Jungen Gemeinde und von den befreiten Häftlingen: Pfarrer riefen bei der Volkspolizei an, um vor Gruppen von Kugelkreuzlern zu warnen, die angeblich nicht zur Jungen Gemeinde gehörten, und ein Geistlicher nahm zwar befreite Häftlinge auf und verpflegte sie, übergab aber eine Liste ihrer Namen unaufgefordert der Volkspolizei. Der Widerstand gegen das Regime ging vor allem von einzelnen Geistlichen aus, die z.B. wie Pfarrer Gräfe in Ludwigsdorf an den Demonstrationen teilgenommen oder dazu aufgerufen hatten, sowie von der Jungen Gemeinde, die z.B. bei der Gefangenenbefreiung in Görlitz oder in Niesky und an Dresdner Schulen in Erscheinung trat. Der evangelische Bischof von Görlitz, Hörnig, scheint auch der Staatsmacht unangenehm aufgefallen zu sein, da er kurzzeitig inhaftiert wurde; in den Augen der sowjetischen Besatzungsmacht sprach das offensichtlich für ihn, da er zu einem Gutachten über den 17. Juni aufgefordert wurde¹²⁴. Die katholische Kirche, die sich ansonsten während des Aufstands vollständig bedeckt hielt, trat im Bezirk Dresden gleich mehrfach in Erscheinung. Bischof Wienken von Meißen und Kapitularvikar Piontek aus Görlitz hatten sich offenbar abgesprochen, den angeschlagenen Zustand des Regimes zu nutzen und eine Reihe pragmatischer Forderungen durchzusetzen¹²⁵. Größtenteils ging es dabei um Detailfragen wie die Wiederaufnahme von einzelnen Schülern oder um die Zuteilung von Baumaterialien, doch scheint Wienken von seinem 16 Punkte umfassenden Forderungskatalog etliches durchgesetzt zu haben. Von den 17 Kreisen des Bezirks waren 13 am 17. Juni am Aufstand beteiligt¹²⁶, wobei kirchliche Vertreter auf beiden Seiten zu finden waren.

124 Mitteilung von Prälat Adolph an Nuntius Münch vom 30. Juni 1953, paraphierter Durchschlag, KfZ WA 33 c up.

125 Die Verhandlungsversuche und Forderungen Wienkens im Bericht des Referenten für Religionsgemeinschaften, Breitmann, an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, undatiert, Abschrift in SAPMO DY 30 IV 2/14/31 pag. 101–104. Teilweise abgedruckt bei M. HÖLLEN (wie Anm. 6), S. 347. Vgl. hierzu auch Bernd SCHÄFER: *Staat und katholische Kirche in der DDR* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Bd. 8), Köln u.a. 1998, S. 78.

126 T. DIEDRICH (wie Anm. 2), S. 292–3.

Das Bild, das sich bezüglich der Beteiligung christlich engagierter Bevölkerungsgruppen und der Kirchenleitungen am Aufstand ergibt, ist somit widersprüchlich. Während der Norden der DDR insgesamt relativ ruhig blieb, gab es vor allem im Bereich der evangelischen Landeskirchen von Thüringen und Sachsen offensichtlich starke Differenzen zwischen Gläubigen und Kirchenleitung¹²⁷. Bischof Mitzenheim benutzte die kirchlichen Möglichkeiten, um dem Aufstand entgegenzuwirken, während die in der Jungen Gemeinde engagierten Christen versuchten, das Regime zu stürzen. In ähnlicher Weise fiel der evangelische Bischof Noth der Jungen Gemeinde und einzelnen Geistlichen in den Rücken. Die Führung der katholischen Kirche hielt sich völlig zurück, die katholische Jugend hat sich offenbar ähnlich wie die Junge Gemeinde engagiert. Der einzige nachweisbare Vorstoß seitens der Hierarchie wurde von Bischof Wienken und Kapitularvikar Piontek unternommen und hatte nur kleine Erleichterungen zum Ziel. Das Engagement vor allem der Jugendlichen ist als Widerstand aus christlicher Überzeugung heraus deutbar, da die Jugendlichen als »Kreuzelträger« ein klares Bekenntniszeichen trugen. Während somit zahlreiche Gläubige sich klar mit der Kirche identifizierten, zeigte sich die verhängnisvolle Wirkung des Kommuniqués vor allem bei evangelischen Amtsträgern, von denen einige nahe an der Kollaboration mit dem Regime agierten.

Die Folgen

Der Volksaufstand des 17. Juni hatte gravierende Folgen für das labile Machtgefüge innerhalb der KPdSU und bildete einen der Gründe zum Sturz Berijas. Dies wiederum führte zu Konsequenzen in der DDR, wo sich die Sowjets jetzt dafür entschieden, es mit den Reformen des Neuen Kurses nicht zu übertreiben und deshalb an Ulbricht festzuhalten. Die Gruppe der Verfechter eines Reformkurses um Herrstadt und Zaisser wurde in den folgenden Wochen von der politischen Macht verdrängt, wenn auch die persönlichen Konsequenzen viel weniger drastisch als in der Sowjetunion waren. Trotzdem darf man diese politische Rückwendung nicht überschätzen: Die vor dem 17. Juni beschlossenen Reformen wurden wenigstens teilweise weitergeführt, wie sich anhand der Kirchenpolitik zeigte.

In den Folgemonaten wurden die einzelnen Vereinbarungen weitgehend erfüllt. Grotewohl kümmerte sich persönlich um die Entlassung inhaftierter Geistlicher¹²⁸. Auch beschlagnahmte kirchliche Einrichtungen wurden zurück-

127 Eine ähnliche Bewertung auch bei E. NEUBERT (wie Anm. 104), S. 90–91.

128 Vgl. die handschriftlichen Vermerke auf einer Liste inhaftierter Geistlicher, die der Rat der EKD am 6. Juli 1953 dem Büro des Ministerpräsidenten übermittelte, SAPOM NY 4090/456 pag. 258r+v.

gegeben¹²⁹. Die Verwaltungsstellen in der DDR wurden mehrfach angehalten, detailliert über die Erfüllung der Zusagen zu berichten¹³⁰. Die Kontrolle wurde nach unten bis in die Kreisebene fortgesetzt; offensichtlich fürchtete man seitens der SED, dass lokale Stellen auf eigene Faust den kirchenfeindlichen Kurs fortsetzen und dadurch die brisante innenpolitische Situation weiter verschärfen könnten. Nach diesen Berichten scheint man stellenweise durchaus pragmatisch verfahren zu sein, wenn etwa Schülern, die wegen Geschichte oder Gegenwartskunde das Abitur nicht bestanden hatten, Gelegenheit zur Nachprüfung gegeben wurde¹³¹.

Der Religionsunterricht gehörte zu den Bereichen des Staat-Kirche-Verhältnisses, die durch die Kirchenkampfmaßnahmen einer grundlegenden Neuordnung bedurften. Die Behinderung des Religionsunterrichts in staatlichen Schulräumen, die seit Anfang 1953 praktiziert wurde, stellte einen klaren Verfassungsbruch dar. Die evangelische Kirche nutzte nach dem 10. Juni ihre gestärkte Position und drängte darauf, bei der Formulierung der Neuregelung ein Mitspracherecht zu haben¹³². Der vermutlich Ende Juni 1953 entstandene erste Entwurf der Verordnung war noch vergleichsweise restriktiv formuliert und hätte eine juristische Schlechterstellung gegenüber dem status quo ante bedeutet¹³³. Die endgültige Verordnung vom 3. August war demgegenüber abgemildert und schränkte allein durch die Verschriftlichung die Willkürmöglichkeiten auf lokaler Ebene ein¹³⁴. Auch bei den kirchlichen Jugendorganisationen lenkte der Staat ein: Die minutiösen Vorbereitungen zu einem Gespräch zwischen FDJ-Leitung und evangelischer Kirche am 11. Juli 1953 zeigten ein deutliches Abrücken von der Position, dass die »Junge Gemeinde« eine separate Organisation darstelle¹³⁵. Die SED-Leitung konnte bei diesen direkten Maßnahmen jedoch um so leichter zurückstecken, da sie ja mit sowjetischer Billigung für den Herbst die Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung plante.

Die evangelischen Kirchen reagierten zwar in etlichen Einzelfragen geschickt, taten sich aber schwer, als Ganzes eine Position zum Volksaufstand zu formulieren. Im unmittelbaren Kontext des Aufstandes hatte man vor al-

129 Vgl. den Bericht im *Petrusblatt* 25 (21. Juni 1953), »Kirchenkampf eingestellt – Saarow und Oebisfelde werden zurückgegeben«.

130 Vgl. etwa den Bericht der Abteilung staatliche Verwaltung beim ZK vom 27. Juni 1953, SAPMO DY 30 IV 2/14/6 pag. 143–148.

131 Vgl. den Bericht des Kreises Neustrelitz vom 30. Juni 1953, BArchB 8/309 pag. 98–102.

132 Vgl. das Schreiben der Kirchenkanzlei der Berliner Stelle der EKD vom 25. Juni 1953 an das Volksbildungsministerium, SAPMO DY 30 IV 2/14/24 pag. 89r+v.

133 Vgl. den am 1. Juli 1953 dem ZK übersandte Entwurf, SAPMO DY 30 IV 2/14/24 pag. 59v+r.

134 Vgl. die Verordnung vom 3. August 1953, SAPMO DY 30 IV 2/14/24 pag. 97.

135 Vgl. die beiden Vorbereitungsskizzen in SAPMO DY 30 IV 2/14/24 pag. 93r+v sowie DY 24/11.889 pag. 110–111.

lem den Kontakt zu den Sowjets gesucht; Dibelius hatte sich schon am 18. Juni an den Hohen Kommissar Semjonow gewandt und um ein gemildertes Vorgehen gebeten¹³⁶. Die Vorstellungen über die politischen Ziele der sowjetischen Seite waren dabei allerdings von deutschem Wunschdenken bestimmt; eine Eingabe des Vizepräsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Kreyssig, an Semjonow schlug diesem zur Vorbereitung einer baldigen Wiedervereinigung die Absetzung der SED-Regierung vor¹³⁷. Wenig später wandte sich die Kirchliche Ostkonferenz an den Hohen Kommissar und bat um Gnade für die beim Aufstand Verhafteten¹³⁸. Flankiert wurden diese Eingaben noch von mehreren persönlichen Treffen evangelischer Amtsträger mit Semjonow, die wohl in sehr freundlicher Atmosphäre verliefen, aber keine greifbaren Resultate zeitigten¹³⁹.

Die Kirchliche Ostkonferenz als koordinierendes Gremium der Landeskirchen in der DDR tagte eine knappe Woche nach dem Aufstand. Auf eine gemeinsame Stellungnahme zum 17. Juni konnte man sich jedoch nicht einig¹⁴⁰. Die divergierenden Auffassungen zwischen dem der westlichen Demokratie zuneigenden Flügel um Dibelius und der einem Arrangement mit dem Osten nicht abgeneigten Fraktion um den Verhandlungsbefragten Grüber und den Thüringer Landesbischof Moritz Mitzenheim wurden in den nächsten Wochen auch in der Öffentlichkeit sichtbar. Während Dibelius in Predigten mehrfach seine Unterstützung für die Aufständischen zum Ausdruck brachte¹⁴¹, verstand sich Mitzenheim immerhin dazu, die DDR-Führung deutlicher zu kritisieren, als man nach seinem Verhalten am 17. Juni vermutet hätte; in einem Schreiben kritisierte er ausdrücklich die Diffamierung der Bundesrepublik und Adenauers durch die DDR-Presse¹⁴². Auch die DDR-offizielle Deutung, dass »faschistische Provokateure« den Aufstand angezettelt hätten, zog er in Zweifel¹⁴³. Grüber

136 Vgl. Dibelius am 18. Juni 1953 an Semjonow, EZA 104/626 up. Nach dem handschriftlichen Vermerk ist das Schreiben am 20. Juni übergeben worden.

137 Vgl. Kreyssig an Semjonow, 22. Juni 1953, EZA 104/626 up. Eine Vorversion des Schreibens vom 19. Juni findet sich in den Akten des katholischen (!) Commissariats der Fuldaer Bischofskonferenz, vgl. Archiv DCV Hauptvertretung Berlin 121/30+732.41 up.

138 Vgl. das Schreiben der Kirchlichen Ostkonferenz vom 24. Juni 1953, EZA 104/626 up.

139 Vgl. die Mitteilungen des Domkapitulars Adolph an den Apostolischen Nuntius Muench vom 30. Juni und 4. Juli 1953, beide KfZ WA 33c.

140 Vgl. das Protokoll der Kirchlichen Ostkonferenz vom 24. Juni 1953, EZA 4/119 up.

141 Vgl. den Überwachungsbericht der Volkspolizei vom 2. Juli 1953 über eine Predigt von Dibelius am 28. Juni, BArchB 11/867 pag. 348–349, sowie vom 9. Juli über eine Predigt vom 5. Juli, ebd. pag. 353.

142 Vgl. Mitzenheim am 30. Juli 1953 an Remmler, einen Vertreter der Volkssolidarität, SAPMO NY 4090/456 pag. 312–313. Die Tatsache, dass dieses Schreiben bis an Grotewohl weitergegeben wurde, zeigt, wie wichtig man es innerhalb der SED nahm.

143 Vgl. den Überwachungsbericht zu einer Predigt Mitzenheims am 12. Juli 1953, BArchB 11/867 pag. 354–355.

dagegen exponierte sich deutlich. Er distanzierte sich gegenüber staatlichen Gesprächspartnern von dem Einsatz für von sowjetischen Behörden verhaftete Deutsche¹⁴⁴. Als die amerikanische Regierung Mittel für eine Paketaktion für die DDR-Bevölkerung bereitstellte, bezog Grüber in einer sorgfältig vorbereiteten Predigt dagegen Stellung. Er übermittelte den DDR-Behörden den ausgearbeiteten Predigttext im Vorfeld und suchte mehrere staatliche Kontaktpersonen auf, um sicherzustellen, dass seine Initiative auch entsprechend gewürdigt werde¹⁴⁵. Die eigentliche Predigt am 26. Juli 1953 griff dann die USA scharf an und bezichtigte sie der psychologischen Kriegführung¹⁴⁶. Das Echo im Westen war durchgehend negativ, der EKD-Ratsvorsitzende Dibelius musste sich gegenüber Bundeskanzler Adenauer rechtfertigen und brachte dabei seine Ablehnung zum Ausdruck¹⁴⁷. Auch die katholische Kirche distanzierte sich von Grübers Position¹⁴⁸.

Obwohl es auch in der katholischen Kirche noch wenige Jahre zuvor zu schweren, aber intern gebliebenen Kontroversen über die angemessenen Strategie gegenüber der DDR gekommen war¹⁴⁹, gab es bei der Bewertung des Aufstands offenbar wenig Dissens. Im Gegenteil, nach dem 17. Juni kam es zu einer Welle der Solidarität innerhalb des Katholizismus: Neben dem Aufruf des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, des Kölner Kardinal Frings, zur Solidarität mit der ostdeutschen Bevölkerung gab es etwa ein Hilfsangebot der belgischen Caritas und eine bedeutende Spende des Vatikans¹⁵⁰.

Auch in der katholischen Kirche ging man direkt nach dem Aufstand davon aus, jetzt wesentliche kirchenpolitische Gravamina abstellen zu können, wo-

144 Vgl. die Aktennotiz von Grotewohls Referenten Tzschorn vom 9. Juli 1953, SAPMO NY 4090/456 pag. 260: »Herr Propst Grüber hat ... erklärt, dass er in diesen Fällen nicht aus eigenem freien Entschluss, sondern auf Veranlassung des Rates der Evangelischen Kirche gehandelt habe«.

145 Vgl. das Schreiben vom 21. Juli 1953 an Beyling, Presseamt beim Ministerpräsident, SAPMO NY 4090/456 pag. 273, von Grotewohl handschriftlich abgezeichnet, sowie die Treffberichte zum 21. Juli 1953 vom folgenden Tag im Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, ebd. pag. 271–72, sowie vom 23. Juli 1953 (abgefasst am 24. Juli), ebd. pag. 265–270. Vgl. zur gesamten Angelegenheit S. RINK (wie Anm. 4), S. 215–217.

146 Abgedruckt bei J. Jürgen SEIDEL, »Neubeginn« in der Kirche? *Die evangelischen Landes- und Provinzialkirchen in der SBZ/DDR im gesellschaftspolitischen Kontext der Nachkriegszeit (1945–1953)*, Göttingen 1989, Dok. 61a, S. 399–403.

147 Vgl. Adenauer am 30. Juli 1953 an Dibelius, EZA 2/84/31/12/Bh.10 up., Dibelius' Antwort vom 5. August 1953 ebd. up.

148 Vgl. die Mitteilung »Nuschke nicht ermächtigt« in der Beilage *Kirche in der Zeit* im katholischen *Petrusblatt* 32 (9. August 1953). Wohl um die Zusammenarbeit mit den Protestanten nicht zu gefährden, wurde Nuschke angegriffen, der Grübers Argumente übernommen hatte.

149 Vgl. Wolfgang TISCHNER, *Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat* (im Druck).

150 Vgl. Frings an Weskamm, 23. Juni 1953 sowie das undatierte Telegramm der belgischen Caritas, beide in KfZ WA 32d, zur Spende von Pius XII. vgl. die Mitteilung des Nuntius Muench an Weskamm, 16. Juli 1953, DAB ASig. 30/20 up.

bei man sich aber bewusst war, dass es sich dabei nur um graduelle Verbesserungen handeln konnte. Sowohl Semjonow als auch die DDR-Behörden wurden vom Verhandlungsbeauftragten Zinke schon nach wenigen Tagen mit einer Liste von Forderungen konfrontiert¹⁵¹. Die gleiche optimistische Einschätzung wurde auch bei einer Zusammenkunft sichtbar, die sich am 22. Juni aus der Feier eines Priesterjubiläums offenbar spontan ergab¹⁵². Hier hatte möglicherweise der Meißener Bischof Wienken, der ja schon am 17. Juni selbst einen Vorstoß unternommen hatte, die zahlreichen Detailforderungen etwa zum Priesterzuzug angeregt. Allerdings scheinen die anderen Jurisdiktionsträger ähnlich vorgegangen zu sein¹⁵³. Auf der nächsten Bischofskonferenz am 8. und 9. Juli wurde dann beschlossen, eine gemeinsame grundlegende Eingabe bei der DDR-Regierung zu machen¹⁵⁴. Weskamm als Vorsitzender der ostdeutschen Bischofskonferenz ließ sich dabei vom West-Berliner Domkapitular Adolph zuarbeiten, einem besonders entschiedenen Verfechter kirchlicher Interessen¹⁵⁵. Die dann unter dem 11. Juli abgesandte Version war deutlich; man forderte ein Ende der polizeilichen Schikanen, des Vorgehens gegen die kirchliche Arbeit an Oberschulen und Haftanstalten sowie eine freie kirchliche Pressearbeit¹⁵⁶. Ein dauerhafter Erfolg war dem Vorstoß natürlich nicht beschieden.

Im Gegenteil, in der SED ging man schon Ende Juli 1953 konsequent daran, die sowjetischen Vorgaben umzusetzen, dass der Kampf gegen die Kirchen in Zukunft weniger mit polizeilichen Maßnahmen als vielmehr ideologisch zu erfolgen habe: Es wurden die Planungen für das Jugendweihe-Buch »Weltall, Erde, Mensch« in Angriff genommen¹⁵⁷. Spätestens als im Herbst 1953 die Übersetzung »Kommunistische und religiöse Moral« von dem FDJ-Verlag Junge Welt herausgebracht wurde¹⁵⁸, musste jedem kirchlichen Beobachter

151 Vgl. das Schreiben Zinkes vom 22. Juni 1953, Archiv DCV Hauptvertretung Berlin 121/30+732.41 Fasz.01 up., mit dem den Sowjets der Forderungskatalog vom 19. Juni 1953 überreicht wurde, in SAPMO DY 30/2/14/24 pag. 77–80.

152 Vgl. das Schreiben der Jurisdiktionsträger in der DDR vom 22. Juni 1953 an Weskamm, DAB ASig 30/39 pag. 404, Konferenzprotokoll mit Anlagen ebd. pag. 403, 405–410.

153 So versuchte etwa Weihbischof Freusberg in Erfurt, das Gebäude einer ehemals katholischen Schule zurückzuerhalten, vgl. Freusberg am 30. Juni 1953 an Grotewohl, BArchB C-20/101 pag. 110–111.

154 Vgl. das Protokoll mit Anlagen zur Konferenz vom 8. und 9. Juli 1953, DAB ASig 30/39 pag. 418–426.

155 Vgl. die Entwürfe und Schreiben Adolphs in Kfz WA 32d.

156 Weskamm an Grotewohl, 11. Juli 1953, BArchB C-20/101 pag. 117–123. Abgedruckt bei G. LANGE u.a. (wie Anm. 28), Dok. 20, S. 63–67.

157 Vgl. die auf den 24. Juli 1953 datierte Inhaltsübersicht, SAPMO DY 24/11.812 pag. 36, mit den geplanten Bearbeitern der einzelnen Kapitel, darunter auch Robert Havemann und Jürgen Kuczynski.

158 Vgl. das Protestschreiben der Evangelischen Jugendkammer Ost vom 28. Oktober 1953, EZA 4/526 up.

klar sein, dass die Systemkrise um den 17. Juni zwar eine Änderung der kommunistischen Methoden, nicht aber des Endziels einer religionsfreien Gesellschaft bewirkt hatte.

Die Bilanz beider Kirchen und der SED war nach Kirchenkampf, Neuem Kurs und 17. Juni unterschiedlich. Die SED war mit dem »beschleunigten Aufbau des Sozialismus« auf ganzer Linie gescheitert; gerade auch die mit dem Kirchenkampf verbundenen gesellschaftspolitischen Ziele hatten Widerstand in der Bevölkerung ausgelöst. Der auf sowjetische Anweisung eingeleitete Neue Kurs schien das Ende der Herrschaft Ulbrichts zu bedeuten, doch führten der Aufstand und der damit verbundene Sturz Berijas zu einem Ende der innerparteilichen Reformen. Der von den Sowjets schon vor dem Aufstand vorgegebene Wandel der kirchenpolitischen Strategie hin zu einem Verzicht auf offene Repression, gekoppelt mit einer verschärften ideologischen Auseinandersetzung, erwies sich aus Sicht der SED auf längere Sicht als sehr viel effektiver.

Die evangelischen Kirchen hatten im Zentrum der Auseinandersetzung gestanden und waren das vordringliche Ziel der kommunistischen Maßnahmen gewesen. Besonders die Junge Gemeinde hatte unter Verfolgungen zu leiden. Die Kirchen profitierten von der Einstellung der Zwangsmaßnahmen nach dem Eingreifen des Sowjets, es wurden jedoch auch durch das Kommuniqué die politischen Spannungen innerhalb der evangelischen Kirchenleitungen verstärkt. Am 17. Juni wurde ein deutliches Engagement der Jungen Gemeinde sichtbar, während die Kirchenleitungen unterschiedlich agierten. In den folgenden Wochen brachen die Spannungen innerhalb der Kirchenleitungen offen aus, wodurch für die SED die Ansatzpunkte einer zukünftigen Kirchenpolitik gegeben waren.

Die katholische Kirche hatte zwar auch unter den antikirchlichen Maßnahmen zu leiden gehabt, war aber durch die Konzentration der SED auf die evangelischen Landeskirchen deutlich weniger unter Druck geraten. Sie profitierte von der auf sowjetische Anweisung eingeleiteten Milderung ohne sich zu kompromittieren, da sie in die direkten Verhandlungen nicht eingebunden wurde. Dementsprechend gab es keine nennenswerten internen Spannungen, die ihre Geschlossenheit bedroht hätten. Während des Aufstandes hielten sich die katholischen Jurisdiktionsträger von der Zusammenarbeit mit dem Regime fern, traten allerdings auch nicht seitens der Aufständischen in Erscheinung.

**»Ich habe nur die Hoffnung,
dass der Kelch an uns vorübergeht ...«
Der Zypernkonflikt und die erste deutsche
Out-of-area-Entscheidung***

Von Alexander Troche

»Die Zeit ist vorbei, wo wir sagen mussten, deutsche Soldaten beteiligen sich an derartigen Aktionen nicht.« Dieser Meinung schloss sich eine große Mehrheit des Deutschen Bundestages an, als Parlamentarier fast aller Parteien in einer Plenarsitzung am 13. Dezember 1996 den Weg für die Out-of-area-Entsendung von 3000 Bundeswehrsoldaten im Rahmen der SFOR-Truppe für eine NATO-Operation in Bosnien frei machten.¹ Als am 24. März 1999 schließlich deutsche Tornado-Piloten in den Einsatz gegen die Bundesrepublik Jugoslawien flogen, bedeutete dies auch den ersten regulären Kampfauftrag für die deutschen Streitkräfte in der Nachkriegsgeschichte.

Diese Entscheidungen wurden in der deutschen Öffentlichkeit, aber auch im Ausland als historische Zäsur empfunden. Das Dogma der Enthaltensamkeit bei internationalen Militäreinsätzen war zwar in kleinen Schritten schon seit 1991 durchlöchert worden, doch erst das grundsätzliche Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juni 1994 hatte gegen zahlreiche Einwände den Kurswechsel eingeleitet, indem es erstmals unmissverständlich klarstellte, dass das Grundgesetz internationale Missionen der Bundeswehr im humanitären ebenso wie im militärischen Bereich deckt, solange eine Zustimmung des Bundestages vorliegt.² Damit wurde jene Phase deutscher Sicherheitspolitik für beendet erklärt, die Bundespräsident Roman Herzog 1995 mit dem Bild des »Trittbrettfahrens« kritisiert hatte.³ Das Faktum, dass Deutschland nicht mehr länger die alleinige verteidigungspolitische Verantwortung den westlichen Partnern überlassen konnte, besaß seinen Hintergrund in zwei we-

* Die vorliegende Darstellung basiert auf Forschungen, die der Verfasser unternommen hat im Rahmen seiner demnächst erscheinenden Untersuchung »Berlin wird am Mekong verteidigt«. *Die bundesdeutsche Außenpolitik und ihr Verhältnis zu China, Taiwan und Süd-Vietnam 1954–1966*.

1 Für die Debatte im Deutschen Bundestag vgl. die *Stenographischen Berichte*, 13. Wahlperiode, 149. Sitzung, S. 13490 ff.

2 Vgl. das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, 47 (1994), Heft 34, S. 2207 ff.

3 Rede von Bundespräsident Roman Herzog vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes* vom 15. März 1995, S. 162 f.

sentlichen Entwicklungen der 90er Jahre: Zum einen in der deutschen Vereinigung, mit der gerade das Ausland die endgültige Wiederherstellung einer staatlichen und außenpolitischen Normalität für die Bundesrepublik verband – mit den daraus entstehenden Rechten und eben auch Pflichten. Zum anderen aber lag ein Ursprung der neuen Erwartungshaltung auch in den augenfälligen Konflikthäufungen in und außerhalb Europas. So wurden die Deutschen 1993 nicht zuletzt vom damaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen, Butros Butros Ghali, daran erinnert, dass sich die internationale Gemeinschaft nicht vor einem UNO-Einsatz bewaffneter deutscher Soldaten fürchte.⁴

Die seit Anfang 1990 ganz offensichtlich gestiegenen Ansprüche an die zukünftige deutsche Militärpolitik führten deshalb noch einmal zu der seit Jahrzehnten praktizierten innen- und außenpolitischen Diskussion, in der juristische Invektiven mit Verweis auf schwerwiegende Verfassungsbeschränkungen ein globales militärisches Engagement Deutschlands verhindern sollten. Doch eben jene Rechtsauslegung war von Beginn der deutschen Nachkriegsgeschichte an unstritten. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, dass in den Diskussionen der 90er Jahre wenig darüber reflektiert wurde, wann und weshalb diese Rechtsdoktrin der Bundesrepublik eigentlich entstand. Ein Blick in ihre Entstehungsgeschichte zeigt nämlich, dass die juristischen Einwände niemals den Kern des Problems bildeten, sondern nur einen fehlenden politischen Willen ummanteln mussten. Sicherlich besaß die Bundesrepublik – lange Zeit an der Trennlinie des Ost-West-Konfliktes liegend – viele gute Gründe, um sich als geteilte Nation mit eingeschränkter Souveränität nicht übermäßig militärisch oder machtpolitisch zu exponieren. Doch der Konsens darüber war bei weitem nicht unverbrüchliches Erbe der Bonner Gründerväter.

Deshalb besitzt die sicherheitspolitische Zäsur im vereinigten Deutschland der 90er Jahre nur teilweise den Anspruch auf Exklusivität. Dies verdeutlicht vor allem das Eingangs zitierte Plädoyer eines bekannten deutschen Politikers, welches sich unzweideutig für internationale Bundeswehreinätze und gegen ein deutsches Abseitsstehen ausspricht. Es datiert nicht etwa aus der Kontroverse der 90er Jahre, sondern aus dem Jahr 1964 und stammt von keinem Geringeren als dem damaligen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Carlo Schmid.⁵ Dessen Forderung nach Übernahme von internationaler Verantwortung verweist darauf, dass schon einmal in der bundesdeutschen Geschichte eine Regierung in Ab-

4 Vgl. hierzu Gregor SCHÖLLGEN, *Zehn Jahre als europäische Großmacht. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 24/2000, S. 3 ff.

5 Äußerung Carlo Schmid's bei einer Gesprächsrunde im Bundeskanzleramt am 4. Febr. 1964. Vgl. hierfür die Aufzeichnung von Staatssekretär Carstens an Bundesaußenminister Schröder vom 4. Febr. 1964; Bundesarchiv Koblenz [zitiert nachfolgend als BA], NL 1337 Karl Carstens, Bd. 630, sowie Anm. 16.

stimmung mit allen Bundestagsfraktionen dem Einsatz von Bundeswehrsoldaten außerhalb des NATO-Gebietes zugestimmt hat. Nicht erst 1996, sondern schon 1964 fiel die erste Out-of-area-Entscheidung für die deutsche Bundeswehr. Dieser Umstand wurde in der Forschung bisher weder reflektiert,⁶ noch fand er jemals Eingang in die aktuelle politische Diskussion.

Die brisante Entscheidung war im Frühjahr 1964 notwendig geworden, als die USA und Großbritannien die Beteiligung Bonns an einer NATO-Streitmacht mit 1200 Bundeswehrsoldaten erbat, welche einer friedensbewahrenden Mission im Zypern-Konflikt dienen sollte. Dort hatte sich die seit langem krisenhafte Situation zwischen den NATO-Mitgliedern Türkei und Griechenland mit der Kündigung der 1959 geschlossenen Allianz- und Garantieverträge durch Präsident Makarios am 1. Januar 1964 so verschärft, dass eine türkische Militärintervention unmittelbar drohte.⁷ Um einen bündnisinternen Krieg zwischen den beiden NATO-Partnern zu verhindern, wurde der Plan für die Entsendung einer 10 000 Mann starken Präventions-Truppe aus anderen Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses entwickelt. Diese Variante sollte nicht nur verhindern, dass der Zypern-Konflikt zum Zypern-Krieg eskalierte, sondern auch sicherstellen, dass nicht die Vereinten Nationen zur entscheidenden Instanz der Friedensregelung erklärt wurden. Denn weder die Regierung in Washington noch in London beabsichtigte, durch solch ein Friedensmandat zwangsläufig auch dem UN-Sicherheitsratsmitglied Sowjetunion ein Mitspracherecht zu gewähren.⁸

Im Zuge dieses NATO-internen Lösungsmodells dachte man auch an einen Beitrag deutscher Soldaten. Mit einer gemeinsamen Demarche im Auswärtigen Amt wiesen der britische Botschafter Sir Frank K. Roberts und der amerikanische Geschäftsträger Martin J. Hillenbrand am 31. Januar gegenüber Staatssekretär Karl Carstens eindringlich auf die gefährliche Lage in Zypern hin. Sie ließen vor allem den vorsichtigen Einwand Carstens' nicht gelten, wonach das Bundesverteidigungsministerium bei einem solchen Engagement die unliebsamen Erinnerungen an die Kämpfe während des Zweiten Weltkrieges in Griechenland und auf Kreta fürchte. Roberts appellierte sogar »dringend

6 Vgl. hierzu Nina PHILIPPI, *Bundeswehreinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschland*, Frankfurt a.M. 1997, S. 59 ff.; Matthias PETER/Harald ROSENBACH, »Deutsche Grenadiere nach Vietnam? Wie Washington vor dreißig Jahren die Bundesregierung in große Verlegenheit brachte«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. April 1997, S. 13. Beide Untersuchungen datieren die erste Auseinandersetzung um Out-of-area-Einsätze erst auf spätere Jahre.

7 Zum Verlauf des Zypern-Konfliktes vgl. Frank R. PFETSCH (Hrsg.), *Konflikte seit 1945. Daten – Fakten – Hintergründe. Europa*, Freiburg 1991, S. 93 ff.; *Archiv der Gegenwart* 34 (1964), S. 11120 ff., S. 11299 ff. und S. 11368 ff.

8 *Die Internationale Politik 1964–1965*, hrsg. v. Wilhelm CORNIDES (Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik), München 1972, S. 71 f.

an seine Freunde«, die Last der Verantwortung zu teilen. Die Darlegungen der Botschafter waren so nachdrücklich, dass Außenminister Gerhard Schröder die Angelegenheit noch am gleichen Tag dem Bundeskabinett vorlegte.⁹

Damit war in der Bundesrepublik die erste Erörterung von Out-of-area-Einsätzen der Bundeswehr notwendig geworden. Die Anfrage aus Washington und London, die der deutschen Presse nicht lange verborgen blieb, sorgte für kontroverse Reaktionen, sowohl in der Öffentlichkeit wie auch in Regierungskreisen. Zum entschiedensten publizistischen Fürsprecher eines deutschen Engagements wurde Theo Sommer, der in der Wochenzeitschrift »Die Zeit« vor einem »Absentismus« und »krassen Egozentrismus« der Deutschen warnte. Schließlich schufen Ansprüche auch Verpflichtungen.¹⁰ Dagegen stand jedoch unübersehbar eine Mehrzahl von Kritikern. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« kommentierte: »Das ist Nichts für Bonn«.¹¹ Auch Kurt Becker in »Der Welt« wandte sich in einem ausführlichen Leitartikel gegen deutsche Soldaten für Zypern.¹² Die wöchentliche Presseanalyse der amerikanischen Botschaft in Bonn fiel deshalb pessimistisch aus. Die öffentliche Meinung, so analysierte der Stimmungsbericht, zeigte sich dermaßen geschlossen ablehnend, dass die US-Vertreter alle Komponenten für einen grundsätzlichen politischen Konflikt mit der Bundesregierung prognostizierten.¹³ Interessanterweise spielten rechtliche Beschränkungen des Grundgesetzes keine Rolle in den Leitartikeln der großen Presseorgane. Als Einwand gegen ein deutsches Militäengagement wurde zwar erhoben, dass ein Einsatz in Zypern weder auf NATO-Boden noch auf Empfehlung des NATO-Rates erfolgen würde. Aber vor allem politische Rücksichtnahmen bildeten die Hauptargumente. Mit der Entsendung deutscher Soldaten werde man sich der direkten Kritik der Sowjetunion aussetzen. Der Lösung der Berlin- und Deutschlandfrage sah man mit einer solchen Maßnahme nicht gedient, vielmehr riskiere Bonn, seinen mühsam aufgebauten moralischen Kredit in der Weltöffentlichkeit zu verspielen.

In deutschen Regierungskreisen traf der Gedanke internationaler Bundeswehreinätze ebenfalls nicht auf einhellige Zustimmung, doch wurde er nicht

9 Aufzeichnung von Staatssekretär Carstens an Bundesaußenminister Schröder vom 31. Jan. 1964; *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland*, 1963 ff., hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, Hauptherausgeber Hans-Peter SCHWARZ, München 1994 ff. [nachfolgend zitiert als AAPD mit Jahrgang und Seitenzahlen], AAPD 1964, S. 168 f. Vgl. auch die zeitgenössische Berichterstattung im *Spiegel* vom 12. Febr. 1964, S. 17 ff.

10 *Die Zeit* vom 7. Febr. 1964, S. 1.

11 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. Febr. 1964, S. 1.

12 *Die Welt* vom 5. Febr. 1964, S. 1 f.

13 Bericht der amerikanischen Botschaft Bonn »Joint Weeka No. 6« an das Department of State, Washington, vom 7. Febr. 1964; National Archives, Washington D.C. und College Park/Maryland (USA) [zitiert nachfolgend als NA], RG 59, Alpha Numeric Files 1964–1966, POL GerW, Box 2208.

kategorisch verworfen. Das Kabinett stimmte dem Ersuchen Großbritanniens und der USA in seiner Sitzung am 31. Januar 1964 zunächst grundsätzlich zu. Die Form der Beteiligung – z.B. durch ein Lazarett – sollte allerdings noch genauer erwogen werden. Auch machte es die Bundesregierung zur Bedingung, dass Zypern einer deutschen Beteiligung am Militäreinsatz ausdrücklich zustimmt.¹⁴ Nur drei Tage nach der Kabinettsitzung kam es dann am 3. Februar zu einer Sondersitzung im Bundeskanzleramt, zu welcher Ludwig Erhard unter strikter Geheimhaltung neben Ministern auch die führenden Fraktionspolitiker der Bonner Parteien sowie Beamte des Auswärtigen Amtes und des Bundesverteidigungsministeriums in die sogenannten »Hallstein-Räume« geladen hatte.¹⁵ Über den genauen Verlauf des Gesprächs drang niemals etwas in die Öffentlichkeit. »Die Welt« titelte deshalb: »Bonn schweigt zur Zypern-Frage«. ¹⁶ Erst Franz Josef Strauß berichtete 1989 in seinen Erinnerungen, wie kontrovers der Fall Zypern in der Kanzleramtsrunde diskutiert wurde und dass er selber »außerordentlich scharf argumentierte«. ¹⁷

Tatsächlich führte die vertrauliche Diskussion um die Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Zypern zu erstaunlichen Koalitionen. Im Groben kristallisierten sich drei Lager heraus: das der kompromisslosen Gegner, das der zögernden, aber dennoch wohlwollenden Bedenkenräger sowie das Lager der unterschiedenen Befürworter. Es blieb dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß vorbehalten, gemeinsam mit seinen Kollegen aus der FDP-Fraktion, dem Parlamentarischen Geschäftsführer Hans Georg Emde und dem stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Knut Frhr. von Kühlmann-Stumm, entschieden gegen den Bundeswehreinsatz auf Zypern zu votieren. Bis zuletzt waren weder Strauß noch

14 Handschriftlicher Vermerk von Staatssekretär Carstens für Ministerialdirektor Jansen und Ministerialdirektor Krapf vom 31. Jan. 1964; AAPD 1964, S. 170, Anm. 10. Erläss von Staatssekretär Carstens an die deutschen Botschaften in Washington und London vom 1. Febr. 1964; ebd.

15 Aufzeichnung von Staatssekretär Carstens über die Sitzung im Bundeskanzleramt am 3. Febr. 1964 an Bundesminister Schröder vom 4. Febr. 1964; BA, NL 1337 Karl Carstens, Bd. 630. An dem Treffen nahmen neben Bundeskanzler Ludwig Erhard teil: Kai-Uwe v. Hassel (Bundesminister für Verteidigung), Heinrich Krone (Bundesminister für besondere Aufgaben), Erich Mende (Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen), Ludger Westrick (Staatssekretär im Bundeskanzleramt), Volkmar Hopf (Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium), Karl Carstens (Staatssekretär des Auswärtigen Amtes), Generalinspekteur Trettner, Rainer Barzel (Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion), Will Rasner (Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion), Franz Josef Strauß (Vorsitzender der CSU), Hans Georg Emde (Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP), Knut Frhr. v. Kühlmann-Stumm (stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion), Fritz-Rudolf Schultz (stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion), Karl Mommer (Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion), Carlo Schmid (Vizepräsident des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion) sowie Herbert Wehner (stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion).

16 *Die Welt* vom 4. Febr. 1964, S. 1.

17 Franz Josef STRAUSS, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 429.

die FDP-Vertreter von der Notwendigkeit dieser Out-of-area-Mission zu überzeugen. Der CSU-Vorsitzende wandte sich am deutlichsten gegen die avisierten Pläne, weil er keine Verpflichtung für ein deutsches Eingreifen sah und vor allem das von Bundesminister v. Hassel entworfene Szenario eines NATO-Bürgerkrieges zwischen Griechenland und der Türkei für unwahrscheinlich hielt.

Wenigstens vorsichtige Bedenken wurden von den Vertretern des Verteidigungsministeriums vorgebracht. Sie wiesen daraufhin, dass ein Einsatz außerhalb des NATO-Gebietes unbedingt der Zustimmung des Bundestages bedürfe, der über einen Verteidigungsfall zu entscheiden habe. Generalinspekteur Trettner und Staatssekretär Hopf betonten vor allem die Gesetzeslücken des deutschen Rechtes, die für die Soldaten eine nicht zu akzeptierende Unwägbarkeit bedeuten würden. Bei dieser Frage bemängelten die Generäle der Bundeswehr jedoch weniger grundsätzliche juristische Einschränkungen, sondern die Tatsache, dass das Grundgesetz keine Regelungen kenne für den Fall einer Verwicklung deutscher Soldaten in Partisanenkämpfe. Nur so deutlich wirkten die Erfahrungen der deutschen Militärs bei Kämpfen in Griechenland während des Zweiten Weltkrieges nach. Generalinspekteur Trettner glaubte deshalb ganz dezidiert darstellen zu müssen, »dass mit geltendem Strafrecht kein Partisanenkrieg geführt werden könne«. Gegen Partisanen helfe aber »nur Terror«. Auch insoweit müsse das Parlament die Soldaten freistellen. Verteidigungsminister v. Hassel forderte deshalb, Soldaten für diesen Fall vor einer späteren Strafverfolgung zu schützen. Grundsätzlich plädierte v. Hassel jedoch am entschiedensten aus dem Kreis der Bedenkenträger für einen deutschen Einsatz. Er fürchtete einen griechisch-türkischen Zusammenstoß, aus dem nur die Sowjetunion als Gewinner hervorgehen könne. Auch habe die Bundesrepublik durchaus Interessen im südosteuropäischen Raum. Schließlich sei vor kurzem sogar ein ganzes deutsches Fallschirmjägerbataillon der »Mobile Landforce« zu Übungszwecken nach Griechenland geflogen und werde demnächst auch in der Türkei erwartet. Von Hassel optierte deshalb für eine Beteiligung der Bundeswehr mit Fallschirm- und Gebirgsjägern.¹⁸

18 Damit muss die Darstellung von Hans-Jürgen GRABBE, *Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966*, Düsseldorf 1983, S. 455, revidiert werden. Er behauptet, dass der Gedanke einer Eingliederung deutscher Soldaten in eine NATO-Friedenstruppe für Zypern schon auf der Ebene des Verteidigungsministeriums verworfen worden sei. Dabei stützt er sich auf eine briefliche Auskunft des ehemaligen Verteidigungsministers v. Hassel aus dem Jahr 1975. Wie jedoch der Verlauf und Ausgang des Treffens im Bundeskanzleramt am 3. Februar beweist, war das Thema weder durch das Verteidigungsministerium blockiert worden, noch kann v. Hassel als Gegner des Bundeswehreinsatzes bezeichnet werden. Von Hassel appellierte für eine Beteiligung mit der eindringlichen Frage, »was geschehen würde, wenn wir uns versagen sollten?« »Man müsse bedenken, dass die Vereinigten Staaten seit Jahren durchschnittlich wöchentlich hundert Mann im Kampf mit dem Kommunismus verlören, und man könne nicht immer den Standpunkt einnehmen, die Amerikaner sollten alles tun, wir brauchten uns nicht zu beteiligen.« Vgl. hierzu Anm. 16.

Bundeskanzler Erhard und Staatssekretär Carstens, welcher Außenminister Schröder bei dem Treffen vertrat, gaben sich Mühe, gegen alle Bedenken auf die politischen Implikationen der vorliegenden Frage abzuheben. Schon im Vorfeld der Diskussion mit den Fraktionen hatte Außenminister Schröder seine Haltung klargelegt, indem er den von Generalinspekteur Trettner im Bundesverteidigungsrat geäußerten Bedenken entgegenhielt, Bonn werde sich aus »Bündnisgründen [...] nicht versagen dürfen«. ¹⁹ Schröders Staatssekretär wandte sich im Bundeskanzleramt nun nochmals mit seiner Schlussfolgerung gegen die von Seiten der Bundeswehrführung vorgetragene rechtlichen Defizite und plädierte für einen Vorrang der Politik vor der Gesetzeslage: »Aber die hier zu treffende Entscheidung sei politischer Natur. Wenn man aus politischen Gründen überzeugt sei, dass man handeln müsse, müsse man handeln, und es müssten dann die rechtlichen Maßnahmen ergriffen werden, die erforderlich seien.« ²⁰ Und darüber, dass die Bundesrepublik bei der Lösung der Zypern-Krise eine wichtige Rolle spielen könne, ließ Carstens keinen Zweifel. Schließlich genieße Bonn Vertrauen bei Türken und Griechen. Auch Bundeskanzler Erhard stellte die deutsche Truppenzusage für Zypern in einen breiten politischen Kontext. Die USA stünden vor Wahlen, während Europa ein »diffuses Bild« biete. »Nur wir seien in den amerikanischen Augen ein zugleich starker und verlässlicher Partner. Auch das müsse bei der Entscheidung berücksichtigt werden.«

Für diese Argumente waren vor allem die SPD-Vertreter zugänglich und unterstützten den Regierungskurs in dieser Frage ausnahmslos. Herbert Wehner gab gleich zu Beginn des Treffens zu bedenken: »Wir könnten keineswegs den Standpunkt einnehmen: unter allen Umständen werden keine Deutschen nach Zypern entsandt.« Karl Mommer, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, konstatierte, man dürfe sich der Solidarität nicht entziehen. Ein Nein sei unmöglich. Und sein Parteifreund Carlo Schmid pflichtete bei, dass »entscheidend ... die Erhaltung des Friedens« sei. Auch sei die Zeit vorbei, in der sich deutsche Soldaten an solchen Aktionen nicht mehr beteiligten dürften. Schmid schlug deshalb den Einsatz eines Feldjägerbataillons vor. Rechtliche Bedenken schob der Bundestagsvizepräsident ganz beiseite, weil diese »Polizeiaktion« nicht als Krieg bezeichnet werden könne und das Grundgesetz deshalb nicht zum Zuge komme. Herbert Wehner hielt generell die »juristische Argumentation« für betriblich. Sicher solle die Bundesrepublik nicht als erster auf den Zug aufspringen. Aber, so Wehner, »ein Nein in dieser Frage auszusprechen, sei keine gute Politik«. ²¹

19 Handschriftliche Bemerkung von Bundesminister Schröder vom 31. Jan. 1964 zum Bericht über die Sitzung des Bundesverteidigungsrates am 30. Jan. 1964; AAPD 1964, S. 169, Anm. 7.

20 Aufzeichnung von Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder vom 4. Febr. 1964; BA, NL 1337 Karl Carstens, Bd. 630.

21 Ebd.

Am Ende des Gespräches fanden sich Strauß, Emde und von Kühlmann-Stumm mit ihrem kategorischen Nein in der Minderheit. Keiner der Anwesenden bestritt, dass sich die Bundesrepublik bei einer ernsthaften Anfrage und der Zustimmung Präsident Makarios nicht verweigern könne und dürfe. Das – bis heute geheim gebliebene – Gespräch im Kanzleramt zeigt damit deutlich, dass kein Verantwortlicher die Lücken der bundesdeutschen Gesetzgebung tatsächlich als ein Hindernis für den Out-of-area-Einsatz der Bundeswehr in Zypern erachtete. Vorbehaltlich der noch ausstehenden politischen Entscheidung hatte Staatssekretär Carstens bereits am Tag vor der Kanzlerrunde in einem Runderlass an die deutschen Vertretungen die Zustimmung der Bundesregierung und vor allem die nachdrücklich positive Empfehlung des Auswärtigen Amtes für eine Entsendung deutscher Soldaten mitgeteilt. Die politischen Motive für die militärische Beteiligung Bonns, so Carstens an die deutschen Diplomaten, lagen vor allem im Versuch, einen direkten Konflikt der NATO-Staaten Türkei und Griechenland zu verhindern sowie ein Fußfassen der Sowjetunion in Zypern über eine eventuelle UNO-Aktion auszuschließen.²² Den amerikanischen und britischen Geschäftsträgern in Bonn wurde darüber hinaus von Ministerialdirektor Franz Krapf die grundsätzliche Bereitschaft Bonns signalisiert und die Entsendung von deutschen Offizieren des Verteidigungsministeriums nach London zur Besprechung aller technischer Einzelheiten vorgeschlagen.²³ Wie spätere Stellungnahmen Bundeskanzler Erhards beweisen, hatte dieser sich gegen die Vorbehalte in der Koalition und in der Öffentlichkeit konsequent der Linie des Auswärtigen Amtes angeschlossen.²⁴ Die Bundesregierung war im Februar 1964 offiziell bereit, deutsche Soldaten für einen Out-of-area-Einsatz im NATO-Verband nach Zypern zu entsenden.

Dass es 1964 nicht zur ersten Peace-keeping-Mission in der Geschichte der Bundeswehr kam, lag nicht an Bonn, sondern an der Blockade des zypriotischen Präsidenten Makarios. Er ließ die Bundesregierung wissen, dass er erstens eine deutsche Beteiligung an der NATO-Aktion in Zypern nicht wünsche und zweitens auf eine Vermittlung der Vereinten Nationen hoffe. Allerdings sei ein finanzieller Beitrag Bonns zu einer etwaigen UNO-Mission oder der Einsatz des

22 Runderlass von Staatssekretär Carstens vom 2. Febr. 1964; AAPD 1964, S. 180 f.

23 Aufzeichnung von Ministerialdirektor Krapf, Auswärtiges Amt, vom 3. Febr. 1964; AAPD 1964, S. 180, Anm. 3.

24 Vgl. das Gespräch Bundeskanzler Erhards mit dem amerikanischen Botschafter George McGhee, Bonn, am 12. Febr. 1964; AAPD 1964, S. 192; ebenso den Bericht McGhees, Bonn, an das Department of State, Washington, vom 13. Febr. 1964; NA, RG 59, Alpha Numeric Files 1964–1966, POL GerW, Box 2210. Horst Osterheld, der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, notierte in seinen Erinnerungen: »Ich habe nur die Hoffnung, dass der Kelch an uns vorübergeht, denn Makarios will, wenn überhaupt, nur Truppen aus Ländern, die UNO-Mitglieder sind. Das wäre sehr gut für uns.« Vgl. Horst OSTERHELD, *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt*, Düsseldorf 1992, S. 64.

Deutschen Roten Kreuzes willkommen.²⁵ Mit der Weigerung Makarios' entfiel jedoch die Grundvoraussetzung für das Bonner »Ja« zum Bundeswehreininsatz. Auch wenn es deshalb nicht zu einer tatsächlichen Entsendung deutscher Soldaten gekommen ist und die Bundesrepublik fortan die internationale Peacekeeping-Mission in Zypern nur finanziell unterstützen sollte, hatte die Episode doch zweierlei demonstriert: Erstens deuteten die im vertraulichen Gespräch geäußerten Einstellungen der Bonner Parteivertreter darauf hin, dass Defizite der Rechtslage nicht ernsthaft als Hinderungsgrund betrachtet wurden und deshalb die später immer wieder formulierten legalistischen Absagen an ein internationales Militärengagement nur einen Vorwand darstellten, um den fehlenden politischen Willen sowie die negative Interessensabwägung in Bonn mit juristischen Hindernissen zu verklausulieren. Zweitens war mit den Entscheidungen anlässlich der Zypern-Krise eine Diskussion eröffnet, die die Bundesregierung fortan regelmäßig beschäftigen sollte. Dies um so mehr, als mit der Implementierung einer UNO-Friedenstruppe für Zypern im Laufe des Jahres 1964 auch die Frage nach einer Beteiligung der Bundeswehr an UNO-Einsätzen aufgeworfen worden war. Wie Innenminister Hermann Höcherl in einem späteren Gespräch über die Diskussionen im Bundeskabinett berichtete, waren die Befürworter des Einsatzes – er selbst, Außenminister Schröder und Bundeskanzler Erhard – auch in diesem Fall aus Gründen der Solidarität für eine Beteiligung deutscher Soldaten. Welchem Zweck diene schließlich all das Militär, wenn es in solchen Fällen nicht »benutzt« würde – so der Innenminister –, und auch die rechtlichen Bedenken könne man ausräumen.²⁶

In diesem Zusammenhang verwundert es nicht, dass fast zeitgleich sowohl auf deutscher wie auch amerikanischer Seite erstmals zwei grundlegende Denkschriften entstanden, die zur zukünftigen Frage von Bundeswehreinsetzungen für friedenserhaltende Maßnahmen Stellung nahmen. Eine Abhandlung der amerikanischen Botschaft in Bonn vom März 1964 untersuchte die aus der Zypern-Krise zu ziehenden Konsequenzen und entwickelte eine generell pessimistische Prognose für die Möglichkeiten Washingtons, in Zukunft deutsche Truppen bei internationalen Operationen einzubinden. Maßgebend für dieses Ergebnis erachteten die amerikanischen Diplomaten die fast einhellige

25 Bericht Botschafter Joseph Koenigs, Nikosia, an das Auswärtige Amt vom 8. Febr. 1964; AAPD 1964, S. 181, Anm. 6.

26 Gespräch zwischen Innenminister Hermann Höcherl und dem amerikanischen Botschafter McGhee, Bonn, am 12. Mai 1964. Höcherl empfand den schließlich erreichten Kompromiss einer finanziellen Beteiligung an der Zypernaktion vor allem eines Landes für unwürdig, welches sich bei der Verteidigung seines eigenen Bodens auf fremde Truppen stütze. McGhee appellierte an Höcherl, die Deutschen dürften nicht vor militärischen Verpflichtungen zurückschrecken und so »Gefangene ihrer eigenen Geschichte« werden. Vgl. den Bericht McGhees, Bonn, an das Department of State, Washington, vom 14. Mai 1964; NA, RG 59, Alpha Numeric Files 1964–1966, POL GerW, Box 2229–2231.

Ablehnung internationaler Bundeswehreinmärsche durch die öffentliche Meinung. Zwar gab es auch verständnisvolle Kommentare deutscher Journalisten,²⁷ aber die Furcht vor einem erneuten militaristischen Image, die Sorge vor einer Versteifung der Moskauer Deutschlandpolitik und nicht zuletzt die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg würden zu große Barrieren in den nächsten Jahren darstellen, als dass ein Einsatz auch in Gebieten wie Afrika und Asien, die keinen direkten Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus aufwiesen, wahrscheinlich werden könnte. Auch wenn die Reaktion der Bundesregierung – namentlich Bundeskanzler Erhards und Außenminister Schröders – Flexibilität und Entgegenkommen demonstriert hätte, betone das Auswärtige Amt gegenüber den USA rechtliche Bedenken, könne diese jedoch nicht verbindlich und präzise darlegen. Zurück blieben deshalb Spekulationen, inwieweit dabei Verstöße gegen tatsächliche rechtliche Bestimmungen gemeint waren oder eher Konflikte mit dem Gesetzesgeist. Als Schlussfolgerung verwies die US-Botschaft auf die Grundlage für die ausgeprägte Sensibilität der Deutschen: Der Wiederaufbau der Bundeswehr und ihre Eingliederung in die WEU und NATO fanden schließlich im Geiste einer strikten Kontrolle deutscher Truppen durch das atlantische Verteidigungsbündnis statt und sollten jegliches Aufleben eines deutschen Militarismus verhindern. Konsequenz dieser Prämisse bildet die nun aktuelle Empfindlichkeit, »even though it may at times appear to be a perverse and narrow interpretation of that spirit«. Das Memorandum gibt deshalb zu bedenken, dass amerikanische Versuche, die deutsche Sensibilität in diesem Bereich zu mindern, auch die deutschen Empfindlichkeiten in Grundfragen der westlichen Verteidigungspolitik negativ beeinflussen könnten.²⁸

Die entsprechende Aufzeichnung deutscherseits datiert vom Mai 1964 und wurde an der deutschen Botschaft in Washington erstellt.²⁹ Sie ist vor allem deswegen interessant, weil die dortigen Einschätzungen sich deutlich von der amerikanischen Analyse unterscheiden und insgesamt einen sehr pragmatischen Grundton aufweisen. Die Aufzeichnung stellt einen ersten Versuch dar, die gesamte Ausgangslage für internationale Einsätze deutscher Soldaten zu

27 Die amerikanische Botschaft in Bonn berief sich hierbei auf die Meinungsäußerungen von Theo Sommer (*»Die Zeit«*) und Kurt Wessel (*»Münchener Merkur«*), die beide eine Beteiligung an der Zypern-Aktion für unvermeidbar hielten, wollte die Bundesregierung in der NATO glaubwürdig bleiben. Diese Ansichten würden auch in konservativen Parteikreisen und sogar in der SPD geteilt. Vgl. hierfür das Memorandum der amerikanischen Botschaft Bonn an das Department of State, Washington, vom 17. März 1964; NA, RG 59, Alpha Numeric Files 1964–1966, DEF GerW, Box 1632.

28 Ebd.

29 Aufzeichnung von Legationsrat I. Klasse Hans-Georg Wieck, Washington, vom 28. Mai 1964. Sie wurde von Botschafter Karl Heinrich Knappstein, Washington, am 9. Juli an das Auswärtige Amt übermittelt; AAPD 1964, S. 582 ff.

evaluieren und beweist dabei, dass in der Tat die Frage der Out-of-area-Missionen 1964 als noch völlig offen bezeichnet werden muss. Sie geht von der Feststellung aus, dass aufgrund des so erheblichen deutschen Militärpotentials und der umfangreichen Verteidigungsaufwendungen die Frage einer Beteiligung der Bundesrepublik an UNO-Operationen immer häufiger zu erwarten sein wird. Im Zusammenhang mit der Diskussion im Fall Zyperns kristallisierten sich – so das Memorandum – im wesentlichen drei Gegenargumente heraus: 1. Alle deutschen Truppen unterstützten ausschließlich NATO-Befehl und könnten deshalb nicht zu einem UNO-Einsatz abgezogen werden; 2. gerade ein Einsatz bei den griechischen Bevölkerungsteilen auf Zypern könne unliebsame Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg hervorrufen; 3. rechtliche Voraussetzungen für einen UNO-Einsatz fehlten. Vor allem die USA, so diagnostizierte die deutsche Botschaft Washington, verfolgten seit längerem das Ziel, einzelne Staaten um Beiträge zum Aufbau von UNO-Streitkräften zu bitten. Es müsse fraglich erscheinen, »ob wir wirklich auf die Dauer in allen Fällen abseits stehen können«. Deshalb enthält das Memorandum einen Maßnahmenkatalog, der die Voraussetzungen für eine Übernahme dieser UNO-Funktionen durch die Bundesrepublik schaffen sollte. Bemerkenswert dabei ist, dass die Frage der Nichtmitgliedschaft Bonns in diesem Zusammenhang keine Rolle spielte, sondern im Gegenteil die militärische Partizipation sogar dazu genutzt werden sollte, den »Präzedenzfall eines deutschen Auftretens auch in originären VN-Organen ohne gleichzeitige Anwesenheit von SBZ-Vertretern« zu schaffen. Dies sollte durch ein Anhörungsrecht der Bundesrepublik im Sicherheitsrat für den Fall einer Beteiligung der Bundeswehr gewährleistet werden. Des weiteren empfahl das Memorandum die Vorbereitung der fehlenden rechtlichen Voraussetzungen sowie – mit Einwilligung der NATO – die Aufstellung einer deutschen UNO-Truppe, z.B. aus Einheiten des Bundesgrenzschutzes.

Alle Gutachten bis zur Mitte der 60er Jahre monierten somit zwar gewisse gesetzliche Lücken in der genauen Ausgestaltung deutscher militärischer Auslandseinsätze, doch kein Schriftsatz ging davon aus, dass erhebliche verfassungsmäßige Beschränkungen vorlagen. Erst die brisante Zuspitzung der internationalen Lage ließ es von deutscher Seite politisch immer weniger opportun erscheinen, militärische Präsenz außerhalb der eigenen Grenzen zu zeigen. So hatte das Bekanntwerden geheimer deutscher Panzerlieferungen an Israel just im Frühjahr 1965 für die Bundesrepublik und ihre Außen- und Deutschlandpolitik in ein diplomatisches Desaster gemündet. Nicht nur erzielte die DDR im Gefolge dieser Nahost-Krise mit dem ersten Staatsbesuch Walter Ulbrichts in Ägypten einen herausragenden Prestigegewinn im Ringen um internationale Anerkennung, sondern es brachen aus Empörung über die deutsche Militärhilfe für Israel auch zahlreiche arabische Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Bonn ab, welches aber gerade in dieser Region beacht-

liche wirtschaftliche Interessen besaß.³⁰ Darüber hinaus verstärkte sich ausgerechnet auf amerikanischer Seite seit Mai 1964 die Tendenz, Bundeswehreinheiten nun auch für den Einsatz in Vietnam vorzusehen. Sie gipfelte im Dezember 1965 schließlich in der Forderung von US-Präsident Lyndon B. Johnson, Bonn solle deutsche Bundeswehrpioniere in Bataillonsstärke nach Saigon entsenden. Ein solches Engagement in einem unkalkulierbaren Konfliktherd und außerhalb jeder NATO-Verantwortlichkeit stand für Bundeskanzler Ludwig Erhard schon aus innenpolitischen Gründen nicht zur Debatte, ja er fürchtete sogar, wie er dem amerikanischen Verteidigungsminister Robert McNamara anvertraute, seinen eigenen Sturz für den Fall, dass er deutsche Soldaten nach Vietnam entsenden müsste.³¹

Das deutsche Ja zum Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes auf Zypern hatte folglich einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen. Je mehr deshalb die politischen Risiken der amerikanischen Rekrutierungswünsche für Vietnam wuchsen, desto stärker wurde das Bedürfnis nach einer einschlägigen Abwehrargumentation. Erst vor diesem Hintergrund wurde der von Karl Carstens formulierte Grundgedanke, wonach der politische Wille den rechtlichen Rahmen gestalten müsse, zum Umkehrschluss. Als die Bundesregierung 1966 ein deutsches Militär-Engagement in Vietnam mit rechtlichen Begründungen ablehnen wollte, entwickelte ein Gutachten des Auswärtigen Amtes erstmals »erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken« gegen den Vietnam-Einsatz. Doch es kam gleichzeitig nicht umhin, auch die Schwachstellen der deutschen Argumentation – nämlich die immer noch vorhandenen Gesetzeslücken – aufzuzeigen: Denn erstens musste man das »Fehlen konkreter, zitierbarer Verfassungsnormen« eingestehen. Und zweitens könnte eine »Freigabe für überseeische Verwendung« der Bundeswehr mit Zustimmung des NATO-Rates »jederzeit erfolgen«.³²

Die Devise, ohne weitere Erläuterung auf »schwerwiegende Verfassungsprobleme« hinzuweisen und damit den deutschen Bundeswehreininsatz zu delegitimieren, verdichtete sich seit Mitte der sechziger Jahre immer mehr zu einem politischen Leitfadens. Deshalb war die jahrzehntelang praktizierte Bonner Doktrin der militärischen Enthaltensamkeit schon in ihrer Entstehung mehr ein politisches, als ein rechtliches Konstrukt. Als die internationalen Anforderungen an die Bundesrepublik in den sechziger Jahren vor dem Hintergrund wachsender Krisenherde in Zypern oder Vietnam spürbar stiegen, kristallisierte sich

30 Vgl. hierfür Alexander TROCHE, *Ulbricht und die Dritte Welt. Ost-Berlins »Kampf« gegen die Bonner »Alleinvertretungsmaßnahme«*, Erlangen/Jena 1996, S. 39 ff.; Niels HANSEN, *Geheimvorhaben »Frank/Kol«*. Zur deutsch-israelischen Rüstungszusammenarbeit 1957 bis 1965, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 6 (1999), S. 229 ff.

31 Vgl. hierfür Anm. 1.

32 Aufzeichnung von Ministerialdirektor Werz, Auswärtiges Amt, an die deutsche Botschaft in Washington vom 18. April 1966; AAPD 1966, S. 506 ff.

langsam und in mehreren Schritten ein unausgesprochener Konsens der deutschen Politik heraus, der mit Verweis auf das deutsche Grundgesetz die Aktivierung deutscher Truppen für internationale Einsätze verhinderte. Dieser Standpunkt wurde unablässig formuliert, aber auf seine Stringenz nie richtig überprüft. Schon die ersten Rechtsgutachten des Auswärtigen Amtes und auch im Department of State in Washington ließen – wie gezeigt – erheblichen Zweifel daran aufkommen, ob tatsächlich rechtliche Hindernisse die Möglichkeiten von Bundeswehreinmärschen versperrten. Die amerikanischen Diplomaten in Bonn analysierten deshalb schon frühzeitig und weitsichtig, dass die deutschen Gegenargumente »more imaginary than real« erschienen und hier nicht eine juristische, sondern primär eine politische Ablehnung zugrunde lag.³³

Es ist folglich nur konsequent, wenn eben jene lang geübte legalistische Argumentation in sich zusammenbrach, als mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1994 eine erste gerichtliche Überprüfung angestrebt worden war. Die deutsche Politik war zu dieser Überprüfung erst gezwungen worden, als die internationalen Veränderungen mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der endlich erreichten deutschen Vereinigung so grundlegend wurden, dass die politischen Motive hinter der Militär-Doktrin unzeitgemäß, ja antagonistisch und deshalb den internationalen Partnern nicht mehr vermittelbar erschienen. Damit rangen sich die deutschen Politiker zu eben jener Erkenntnis durch, die schon 1964 mehrheitsfähig war: nämlich dass der Schutz des eigenen Landes nicht *per definitionem* an den Grenzen seines Territoriums oder des NATO-Bündnisses enden könne. Die Rückkehr in diese verteidigungspolitische Realität hätte sich für die Bundesrepublik Deutschland 1964 beinahe vollzogen. Ausgelöst jedoch durch das deutsche Nahost-Debakel sowie vor dem Hintergrund eines zeitgleich eskalierenden Vietnam-Krieges wurde es in Bonn für notwendig erachtet, in den Schatten einer selbstbegründeten Abstinenz zu treten, auf dass – wie es Ludwig Erhards enger außenpolitischer Berater im Bundeskanzleramt, Horst Osterheld, in seinem Tagebuch niederschrieb – »der Kelch an uns vorübergeht«.³⁴

33 Die amerikanische Botschaft in Bonn stellte fest: »The problem for the Government was primarily political in character and the legal difficulties which the Government hinted at, but did not define, were probably more imaginary than real«. Vgl. das Memorandum der amerikanischen Botschaft Bonn an das Department of State, Washington, vom 17. März 1964; NA, RG 59, Alpha Numeric Files 1964–1966, DEF GerW, Box 1632.

34 OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie in Anm. 25), S. 64.

La France, Robert Schuman et l'Europe

Par Bruno Béthouart

Robert Schuman ne connaît la notoriété en Europe qu'à l'âge de 63 ans, au moment où le «plan Schuman» est dévoilé: son nom occupe dès lors la première page des quotidiens européens surpris de l'audace de cet homme modeste et discret par nature. Les Français l'ont découvert trois ans auparavant alors qu'il accepte de prendre dans des conditions très délicates la direction d'un gouvernement après l'échec d'un gouvernement Blum dit de «troisième force». Quel contraste entre la modestie de ce lorrain qui »entre dans l'hémicycle comme un religieux et gagne sa stalle dans le chœur«¹ et le brio de son *alter ego* au MRP, Georges Bidault, homme d'esprit, orateur passionné et passionnant, auréolé de son titre de président du CNR! L'un domine le mouvement de son sens de la répartie, de son intelligence somptueuse et de son charme, l'autre n'est que sérieux, austérité et sobriété dans le propos. Chacun apporte à son pays ses intuitions; les propositions de Robert Schuman pèsent au moins autant que celles du brillant journaliste de *l'Aube* dans son rapport à la France et à l'Europe. Par une fidélité à sa petite patrie, la Lorraine où il est né, par son attachement patriotique à la France républicaine, et par son engagement européen raisonné, n' a-t-il pas été, autant sinon plus que son collègue républicain populaire, amené à anticiper les grandes avancées du siècle?²

1. La fidélité à sa petite patrie

Lorrain de naissance

Né citoyen allemand dans le Reichsland d'Alsace-Moselle en 1886, Robert Schuman possède donc une culture et une formation germanique: le dialecte mosellan et le luxembourgeois sont proches de l'allemand. Parfaitement bilingue, il reçoit et assimile les contes et légendes germaniques, se nourrit du romantisme, de l'historiographie et de la philosophie allemande. Cependant il demeure un germanophone des marges qui n'accepte pas la montée du courant pangermaniste au sein de la république de Weimar avec son rêve expansionniste, ni l'attrait pour la force martiale. Après des études primaire et se-

1 Jacques FAUVET, *La IVe République*, Paris 1959, p. 164.

2 Raymond POIDEVIN, *Robert Schuman, homme d'Etat, 1886-1963*, Paris 1986, 520 p. Il s'agit de l'ouvrage fondamental pour un tel sujet.

condaire à Luxembourg, et l'obtention de son *abitur* en 1903 au lycée allemand de Metz dans le but de pouvoir suivre des études universitaires dans le Reich, il fréquente les universités de droit de 1904 à 1912. D'abord à Bonn, puis Berlin et Munich, il termine son cursus à Strasbourg et devient spécialiste de droit civil et commercial³.

A partir de 1908, après avoir passé l'examen d'Etat, il fait les stages réglementaires dans les administrations et tribunaux d'Alsace-Lorraine à Metz et Strasbourg puis dans un cabinet privé à Metz. Il soutient une thèse de droit privé avec un professeur de Strasbourg d'origine luxembourgeoise, Wilhelm Kisch, en 1910. Robert Schuman, dont le parcours est identique à celui d'Adenauer, s'installe alors de 1912 à 1914 à Metz dans un cabinet d'avocat: »Je rentre chez moi« confie-t-il à un ami.⁴ Après la Grande Guerre, il s'inscrit à nouveau au barreau de Metz comme avocat en 1922 et y demeure jusqu'en 1963: sa réputation de probité lui assure une clientèle fidèle. Réformé en 1908 et, de ce fait, exempté du service militaire, il est mobilisé en 1914, affecté au service auxiliaire dans un hôpital à Metz et libéré en juillet 1915. Durant les trois années qui suivent, il occupe la fonction d'adjoint d'administration à la Kreisdirektion du canton de Boulay (Bolchen) en Moselle.⁵

Ces expériences diverses lui permettent de mesurer les différences entre les deux civilisations, entre les deux conceptions de l'Etat, de la Nation ; l'une basée sur la race et la langue, l'autre sur le vouloir vivre ensemble.⁶ Il repère aussi les points communs tels que le fonds gréco-romain, le christianisme médiéval, l'humanisme et le libéralisme, l'impact de la révolution industrielle. Robert Schuman apprécie également l'importance de l'organisation catholique allemande née du combat contre la politique bismarckienne du *Kulturkampf* de 1871 à 1887 autour du Zentrum de Windthorst sur le plan politique dès 1870 et du *Vereinskatholizismus* de 1890 sur le plan associatif. Il fréquente le docteur Ernst, médecin réputé, qui est le chef du parti catholique, le Zentrum, à Metz, mais par son oncle Ferdinand Schuman, conseiller général et député au Landtag d'Alsace-Lorraine, il est proche des hommes du Groupe lorrain. Ces catholiques n'ont pas rejoint le Zentrum et mettent l'accent sur le particularisme régional.⁷ Il demeure également en contact avec le chanoine Henri

3 Christian PENNERA, *Robert Schuman. La jeunesse et les débuts politiques d'un grand Européen de 1886 à 1924*, Sarreguemines 1985, p. 30-35.

4 François ROTH, *Robert Schuman: du catholique lorrain à l'homme d'état européen, 1886-1963*, dans: G. CHOLVY (dir.), *L'Europe dans ses dimensions religieuses* (Carrefour d'histoire religieuse), Montpellier 1998, p. 115.

5 Michel-Pierre CHÉLINI, *Robert Schuman et l'idée européenne (1886-1963)*, dans: *France Forum*, n° 313-314, octobre-décembre 1996, p. 23.

6 Denis FUSTEL DE COULANGES, *L'Alsace est-elle allemande ou française? Réponse à M. Mommsen, professeur à Berlin*, 1870.

7 François ROTH, *La Lorraine annexée, 1870-1918*, Nancy 1976.

Collin, directeur du quotidien de langue française *Le Lorrain* et son successeur l'abbé Ritz. En effet, Robert Schuman sait que la Révolution française et les guerres successives ont creusé un fossé large entre les deux pays. Une incertitude demeure sur son opinion en 1914–1918, sur l'avenir qu'il souhaite pour sa région, sur le cadre le plus adapté.⁸ Cependant, à la fin du mois de juillet 1918, il a compris que, l'Allemagne ayant perdu la guerre, l'Alsace-Lorraine va redevenir française. Lors de la Seconde Guerre mondiale, il ne tient pas à prendre le parti de l'un contre l'autre: son triple refus du pétinisme, de l'autonomisme et de la résistance s'explique par son désir de ne pas trahir ses convictions et sa volonté de rester fidèle à sa petite patrie: la conjoncture lui est alors tout à fait défavorable, elle explique les soupçons formulés à son encontre à la Libération ainsi que les invectives d'Edmond Michelet qui parle en mars 1954 de »l'Europe dangereuse des apatrides et des technocrates«⁹: il est simplement en avance sur son temps.

Robert Schuman, un chrétien des frontières

Il est issu d'une famille mosellane de la frontière franco-germano-luxembourgeoise. Le berceau de la famille se situe à Evrange, canton de Cattenom.¹⁰ Son père, Jean-Pierre Schuman, propriétaire terrien et rentier, préfère après 1870–1871 s'installer au Luxembourg sans choisir la France: il devient citoyen allemand à l'étranger dans le Grand Duché de Luxembourg distinct de la Belgique depuis 1890 et habite dans l'une des futures capitales de l'Europe, faubourg de Klausen, dans une maison où se trouve désormais un Centre Robert Schuman.¹¹ Sa mère, Eugénie Durenne, luxembourgeoise de naissance, fait partager ses convictions chrétiennes à son fils unique issu de trois patries. Les décès de ses parents, en 1900 pour son père, puis en 1911 pour sa mère d'un accident de voiture à cheval, l'ont fait beaucoup souffrir. Avec l'héritage de ses parents, il est hors du besoin durant toute son existence.

Robert Schuman, malgré sa modestie et sa réserve naturelle, acquiert, par ses compétences et sa fiabilité, une certaine notoriété dans les milieux catholiques mosellans et fréquente la résidence de l'évêque de Metz. Un de ses cousins, l'abbé Léon Schmitt, fils d'un quincaillier de Thionville, l'introduit chez Mgr Benzler, ancien abbé bénédictin de Maria Laach, devenu évêque selon la volonté de Guillaume II. Le jeune catholique mosellan participe à des mouvements associatifs confessionnels tels que l'Unitas, la corporation étudiante la plus modérée qui regroupe les séminaristes et des étudiants en théo-

8 F. ROTH, *Robert Schuman* (v. note 4), p. 117.

9 Jean CHARBONNEL, *Edmond Michelet*, Paris 1987, p. 95.

10 Chr. PENNERA (v. note 3), p. 10–15.

11 F. ROTH, *Robert Schuman* (v. note 4), p. 114.

logie et dont il devient peu à peu conseiller juridique. En août 1913, lors du grand rassemblement bisannuel des catholiques allemands (*Katholikentag*) à Metz, il fait partie du comité d'organisation présidé par son ami le professeur Kintzinger et occupe la fonction de second secrétaire. Pour lui marquer sa confiance, Mgr Benzler l'envoie suivre, à l'abbaye de Maria Laach en Rhénanie, une session liturgique réservée à quelques espoirs du catholicisme allemand et lorrain. Il y fait la connaissance du futur chancelier de la République de Weimar, Heinrich Brüning.¹² Porté vers une spiritualité franciscaine, il choisit de vivre à mi-chemin entre le clerc et le laïc marié, au service des autres.

Les catholiques, la République française et l'Europe

L'éventuel ralliement à la République est l'enjeu fondamental pour les fidèles français à la fin du siècle dernier. Une partie des catholiques est tentée de continuer de se considérer comme en exil à l'intérieur du pays à cause d'une législation anticléricale qui aboutit à l'expulsion des congrégations enseignantes en 1901–1904, à la séparation de l'Église et de l'État supprimant toute subvention budgétaire au clergé séculier. Le combat antimaçonnique est alors mené par *la Croix* «le journal le plus antijuif de France» selon l'abbé démocrate Garnier qui renoue avec l'antijudaïsme populaire latent chez tous les chrétiens.¹³ Le maurrassisme connaît un réel écho chez les catholiques avec son cortège d'antirépublicanisme et de germanophobie. La papauté joue alors un rôle décisif notamment par l'intermédiaire de Léon XIII qui, dans l'encyclique *Immortale Dei* en 1885, rappelle que «la souveraineté n'est pas en soi nécessairement liée à une forme politique». Le 20 février 1892, le souverain pontife fait paraître son encyclique *Au Milieu des sollicitudes* avec cette exhortation: «Acceptez la République, c'est-à-dire le pouvoir constitué et existant parmi vous; respectez-là, soyez-lui soumis comme représentant le pouvoir venu de Dieu.»¹⁴

Se développe alors en France un intransigeantisme basé sur le refus de l'individualisme, du libéralisme, de la sécularisation-laïcisation.¹⁵ D'une vision intransigeante, fondamentalement antilibérale aussi bien qu'antisocialiste, les catholiques sociaux passent, comme l'a souligné Emile Poulat, à un intégralisme qui, tout en souhaitant imprégner la totalité des aspects de la vie politique et sociale par le message évangélique, en vient à accepter la démocratie. Ce courant démocrate, moderne, représenté par une génération nouvelle de jeunes

¹² Chr. PENNERA (v. note 3).

¹³ Y.-M. HILAIRE et G. CHOLVY, *Histoire religieuse de la France contemporaine*, Toulouse, 1986, t. 2, p. 86.

¹⁴ Ibidem, p. 87.

¹⁵ Jean-Dominique DURAND, *La mémoire de la Démocratie chrétienne. Expériences et combats avant 1945*, dans: E. LAMBERTS (dir.), *Christian Democracy in the European Union, 1945–1995* (Kadoc-Studies 21), Leuven 1997, p. 15.

prêtres et laïcs, s'incarne au début du XX^e siècle dans le Sillon de Marc Sanguier avec une revue qui apparaît en 1894.¹⁶ L'ardeur démocratique de «Marc» est contagieuse: »parce que le catholicisme est la plus religieuse des religions, c'est-à-dire celle qui développe le mieux l'instinct de dévouement, de solidarité sociale, de responsabilité et de fraternité humaine, nous voulons mettre cette force au service de la démocratie en proclamant bien haut non pas que nous sommes démocrates parce que le catholicisme nous impose cette idée, mais parce qu'étant démocrates nous trouvons dans l'amour du Christ, une force puissante pour réaliser la Démocratie.«¹⁷ Ce courant de pensée et d'action démocrate-chrétien va rassembler, à l'initiative des écrits pontificaux, notamment ceux de Léon XIII et d'une réflexion des laïcs comme Guiseppino Toniolo, des hommes issus de deux courants correspondant aux deux défis à relever: celui du libéralisme catholique qui insiste sur les libertés notamment religieuses, avec pour conséquence l'acceptation du capitalisme libéral et un certain indifférentisme politique, celui du catholicisme intransigeant qui s'attache à la priorité du souci social, et dont certains de ses membres deviennent démocrates.

Ce mouvement de conquête souligne le rôle décisif des laïcs dans le renouveau ecclésial. Entre 1907 et 1914, dans soixante diocèses se tiennent des congrès diocésains et partout se créent des comités diocésains d'ACJF. De 15 000 membres recensés en 1898, l'ACJF passe à 140 000 jeunes en 1913, avec comme président, depuis 1909, le futur cardinal Pierre Gerlier.¹⁸ La moitié des effectifs est issue de l'Ouest, du Nord-Pas-de-Calais qui compte 20 000 membres, de Franche-Comté, du sud-est du Massif Central dans le Tarn, de l'Aveyron, de l'Ardèche. Le mouvement est également présent en Champagne, Bourgogne, Picardie et en Aquitaine. Sous la conduite du père Corbillé, aumônier du mouvement à partir de 1911, la diffusion des *Annales de la Jeunesse* offre une ligne de conduite à l'ensemble des groupes de Jeunesse catholique. Robert Schuman, devenu président de l'association diocésaine de la Moselle, construite sur le modèle allemand, est amené à parcourir le diocèse, à animer des réunions dans les deux langues. Un de ses amis lui rappelle cette nouveauté essentielle à la renaissance catholique du début du XX^e siècle: »Parce que dans notre société, l'apostolat laïque est d'une urgente nécessité et que je ne puis imaginer de meilleur apôtre que toi... Tu resteras laïc car tu réussiras

16 Jean-Claude DELBREIL, *Centrisme et Démocratie chrétienne en France. Le Parti Démocrate Populaire des origines au MRP, 1919-1944*, Paris 1990, p. 15.

17 Louis BITON, *La Démocratie Chrétienne dans la politique française*, Angers [1955], p. 80-81: Discours de Marc Sanguier le 18 février 1906, 5e congrès du Sillon.

18 Ch. MOLETTE, *L'Association catholique de la Jeunesse française (1886-1907)*, Paris 1968.

mieux à faire le bien, ce qui est ton unique préoccupation... Il m'est d'avis que les saints de l'avenir seront des saints en veston.«¹⁹

La Grande Guerre où des retours à la pratique, des conversions telles celle d'Henri Ghéon²⁰ se manifestent, est marquée par une réserve initiale de Benoît XV dès le début du conflit, par son refus de prendre parti au grand scandale des nations démocratiques qui affirment mener une guerre «de la justice et du droit»²¹. Par la suite, en mars 1916, il parle de «suicide de l'Europe civilisée» et dans la note pontificale du 1^{er} août 1917, il propose une paix de compromis pour éviter ce «massacre inutile», «cette horrible boucherie»²² au risque de paraître venir au secours des empires centraux et d'être à l'origine de la «légende noire» sur le cardinal Pacelli. Le conflit remet en cause le système parlementaire parce qu'il n'a pas empêché la course à l'abîme mais conforte la place des catholiques qui ont pris leur place dans chaque nation concernée. Matthias Erzberger, député centriste, après Georg von Hertling, ancien président du Zentrum et chancelier du Reich, conduit la délégation des plénipotentiaires allemands à Rethondes. Denys Cochin, un monarchiste libéral, entre au gouvernement Briand en 1915 non pas comme il le souhaite à la Défense mais en tant que sous-secrétaire d'Etat au blocus et s'occupe aussi des affaires religieuses. Les aumôniers et surtout les curés «sacs au dos» payent un lourd tribut à leur patrie avec un mort pour huit et un blessé sur trois clercs mobilisés. Malgré «la rumeur infâme», la guerre «nationalise» les catholiques français intransigeants ou libéraux même si l'abbé Lemire approuve les propos du pape.²³

Cependant, en Lorraine, les catholiques redoutent les retrouvailles avec une France anticléricale. Robert Schuman devient français en novembre 1918 et voit partir ses amis allemands comme l'archiviste Aloys Ruppel, ami de l'Unitas et futur conservateur du musée Gutenberg de Mayence, puis Mgr Benzler, son protecteur. Cependant, le vicaire général Pelt qui lui succède est un ami personnel de Schuman.²⁴

Celui-ci doit faire face à une grosse surcharge professionnelle car le départ des avocats allemands crée un vide et il prend des collaborateurs comme Maître

19 F. ROTH, *Robert Schuman* (v. note 4), p. 115.

20 Nadine-Josette CHALINE (dir.), *Chrétiens dans la Première Guerre mondiale*, Paris 1993, p. 67.

21 Maurice VAUSSARD, *Histoire de la Démocratie Chrétienne, France, Belgique, Italie*, Paris 1956, p. 239.

22 Jean-Dominique DURAND, *L'Europe de la Démocratie chrétienne*, Bruxelles 1996, p. 178.

23 N.-J. CHALINE (v. note 20), p. 156-163.

24 François ROTH, *Robert Schuman. Vom lothringischen Katholiken zum europäischen Staatsmann, 1886-1963*, dans: Karl Heinz DEBUS (dir.), *Robert Schuman. Lothringer. Europäer. Christ*, Speyer 1995, p. 73-88.

Gaudu, catholique breton, puis des stagiaires comme ses collègues Wolff, Moppert et Ditsch.

A la fidélité à sa petite patrie, prioritaire voire exclusive durant la première période de sa vie, vient s'adjoindre dès lors celle qui l'attache indéfectiblement à la nation française, redevenue patrie de son »pays«.

2. Un catholique patriote par conviction

Le député mosellan

Robert Schuman est choisi comme candidat de l'Union républicaine lorraine en 1919 pour défendre les intérêts de l'Alsace-Moselle qui vit encore sous le régime du concordat de 1801. Député en fin 1919, son parti ayant obtenu la majorité absolue, il devient tête de liste en 1924. Lors du scrutin d'arrondissement en 1928 dans la circonscription de Thionville-Est qui compte des quartiers ouvriers, il doit attendre le second tour pour triompher de l'opposition communiste. Par la suite, il est réélu facilement au premier tour en 1932 et 1936. Avec son groupement politique régional, il choisit de s'associer au Bloc national puis à Poincaré avant d'entrer en 1931 au PDP.²⁵ Ses succès s'expliquent par l'efficacité du réseau des maires et curés dont l'archiprêtre de Thionville, le chanoine Wagner, qui sont totalement acquis à sa cause. Il assiste aux réunions de l'action catholique mosellane ou envoie un message à chaque assemblée générale. Il est soutenu par la presse catholique de langue allemande comme le *Volkszeitung* de son ami l'abbé Valentiny et de langue française comme *l'Echo de Thionville*.

Son succès ne relève pas de l'opportunisme en matière de conviction chrétienne. Il habite une maison à Scy-Chazelles juste en face d'un couvent, assiste à la messe chaque jour, fait oraison, puis travaille et se refuse à jouer les assistantes sociales en tant que député. Il choisit de s'installer à Paris dans un modeste pied-à-terre près de l'église Saint-Thomas d'Aquin dont il devient le paroissien. Passionné de manuscrits anciens et autographes, il passe ses vacances dans les Alpes à La Grave ou en Italie où il visite églises, sanctuaires et monastères.²⁶ Vincent Auriol par la suite parle de Schuman comme »l'homme à la soutane invisible«²⁷. Etienne Borne corrige et fait remarquer que »son appartenance religieuse n'était chez lui source d'aucun complexe, ni de supériorité, ni d'infériorité. Il savait, car il était un bon lecteur de bons textes, que les conseils de la sagesse catholique rejoignent l'humanisme de la raison

²⁵ J.-C. DELBREIL (v. note 16), p. 191.

²⁶ F. ROTH, *Robert Schuman* (v. note 4), p. 119.

²⁷ Vincent AURIOL, *Journal du Septennat, 1947-1954*, Paris 1970-1978, t.1: 1947, t. 2: 1948.

pratique en la poussant seulement jusqu'au bout de sa logique²⁸. Ni traditionaliste, ni contre-révolutionnaire, il fait sienne la conception augustinienne et thomiste de l'histoire avec l'ambivalence de la réalité à la fois citée du mal et citée de Dieu intimement et inexorablement mêlé comme en Allemagne où Edith Stein voisine avec Adolf Hitler, Dietrich Bonhoeffer avec Heinrich Himmler:²⁹ »Nous sommes des instruments bien imparfaits d'une Providence qui s'en sert dans l'accomplissement de grands desseins qui nous dépassent. Cette certitude nous oblige à beaucoup de modestie, mais nous confère une sérénité que ne justifierait pas toujours nos expériences personnelles considérées d'un point de vue simplement humain.«³⁰

Ce parlementaire actif, travailleur, est très présent à la Commission d'Alsace-Lorraine dont il est plusieurs fois le président. Sa connaissance très précise des dossiers, son aptitude à la rédaction des textes lui permettent de réaliser son objectif prioritaire qui consiste à sauvegarder le statut religieux et scolaire des deux départements. Dans ce but, il n'hésite pas à menacer le gouvernement quand celui-ci cherche à remettre en cause les acquis des départements alsaciens et mosellans. Lors des projets de «lois républicaines» à l'été 1924, il parle au nom de 21 députés alsaciens-lorrains sur 24, le 19 juin 1924: »poursuivre la réalisation d'un tel programme serait non seulement contraire aux principes démocratiques si souvent invoqués dans la déclaration ministérielle mais ce serait jeter dans notre région un trouble grave au sujet duquel nous déclinons toute responsabilité«. Le quotidien *Le Lorrain*, le lendemain, rappelle que »M. Schuman a donné au gouvernement un solennel avertissement... Que M. Herriot le sache, ceux qui n'ont pas craint de résister aux Boches même au prix de leur liberté, ne céderont pas devant le bloc des Gauches.«³¹ Robert Schuman refuse le choix autonomiste, favorise l'assimilation juridique progressive et cultive les relations avec les Alsaciens, pour éviter l'opposition née du reproche d'une domination alsacienne dans le Reichsland, et surtout avec Henri Meck fondateur des syndicats chrétiens et député de Molsheim.³²

Le choix centriste

En Allemagne, il aurait vraisemblablement siégé au Zentrum, en France, il s'inscrit au groupe de l'Entente présidé par François Arago jusqu'en 1924 puis à l'Union républicaine et démocratique présidé par Louis Marin, député de

28 Etienne BORNE, *Forces nouvelles*, 12 décembre 1963, cité par J.-D. DURAND, (v. note 22); p. 96.

29 F. ROTH, *Robert Schuman* (v. note 4), p. 134.

30 Robert SCHUMAN, *Pour l'Europe*, Paris 1963, p. 77.

31 *Le Lorrain*, 20 juin 1924, cité par F. Roth, *Robert Schuman* (v. note 4), p. 121.

32 Christian BAECHLER, article »Henri Meck« dans: *Dictionnaire du monde religieux dans la France contemporaine*, t. 2, p. 289.

Nancy. Cependant, il désapprouve l'orientation nationaliste et antiallemande et se rapproche progressivement du groupe des démocrates populaires auquel il s'apparente de 1931 à 1938.

Dans les grandes options de Robert Schuman, apparaît son attachement en tant que catholique libéral à la liberté de l'enseignement, la libre entreprise, la propriété privée des moyens de production et son hostilité aux idéologies socialiste et communiste. Opposé de ce fait aux anticléricaux du Cartel des Gauches, il se montre clairement républicain, et défend le régime parlementaire, avec un gouvernement responsable devant le parlement et pratiquant une gestion orthodoxe et scrupuleuse de l'équilibre budgétaire. Tout en appréciant personnellement l'humanisme de Léon Blum qu'il défend lors de sa persécution durant la guerre, il s'oppose au Front populaire non pas tant pour les mesures sociales qu'il accepte que pour les menaces sur la propriété patronale ou pour le danger représenté par des structures comme l'office du blé, par la modification du statut de la banque de France et la dévaluation du franc. Catholique social, il est proche des semaines sociales auquel il participe, et encourage la création de sections départementales de la CFTC en Moselle à l'initiative d'Henri Meck, responsable syndicaliste chrétien d'Alsace et de Jules Catoire, fondateur du syndicat libre des mineurs dans le bassin du Nord-Pas-de-Calais.³³ Il est favorable aux lois sociales de 1928–1932 sur le logement, l'assurance-maladie et les allocations maternité. Patriote modéré mais non modérément patriote, il est plus près d'Aristide Briand que de Raymond Poincaré même s'il apprécie l'occupation de la Ruhr en 1923. Il s'inquiète de l'échec de la coopération internationale dans les années trente, se pose la question de l'intérêt des régimes néo-corporatistes de Dollfuss et de Salazar comme remèdes à la faiblesse des démocraties parlementaires occidentales mais surtout réfléchit aux erreurs commises à l'égard de l'Allemagne.³⁴

La défense du pays

Dès septembre 1939, il s'occupe des 200 000 mosellans évacués dans le sud-ouest de la France, devient secrétaire d'Etat aux réfugiés dans le gouvernement Reynaud pour ses compatriotes en mars 1940. Il signe même les pleins pouvoirs à Pétain puisque Laval lui a affirmé que seul celui-ci peut permettre à l'Alsace-Moselle de rester française mais ne reste pas dans le gouvernement de Pierre Laval, formé le lendemain du 10 juillet 1940. Il refuse de «coopérer», une fois revenu en Moselle, au nouvel ordre alors que le gauleiter Josef Burckel lui fait des avances. Il demande que l'on précise le nouveau statut des citoyens du Reichsland reconstitué ce qui lui vaut d'être emprisonné, en tant que personnalité influente, avant la fin

33 Bruno BÉTHOUART, *Jules Catoire*, Arras 1996, p. 85–86.

34 R. POIDEVIN (v. note 2).

de 1940 à Metz puis, en résidence surveillée, dans le pays de Bade à Neustadt où il correspond avec Agnès Ernst. Ayant réussi à s'évader le 1^{er} août 1942, il mène une vie clandestine jusqu'à la Libération en se réfugiant dans des monastères comme ceux d'En-Calcat et de Ligugé près de Poitiers. Après une dernière rencontre, en octobre 1942, avec Pétain où il est convaincu qu'il n'y a plus rien à attendre de lui, il s'enfonce dans la clandestinité après l'arrivée des Allemands en novembre 1942 en étant hébergé en Savoie et dans l'Ain avec comme carte d'identité, celle de Robert Durenne, du nom de famille de sa mère. Son collaborateur, François Bloch-Lainé en 1947-1948 rappelle qu'il «avait fait sa guerre à sa manière»³⁵. Cette période l'amène à affiner, par des lectures et des réflexions, sa conception sur l'Europe et les rapports franco-allemands.

Ayant été «lavé» des accusations de collaboration par un jury d'honneur qui le relève de l'ingébilite, sur intervention du général de Gaulle le 15 septembre 1945, puisqu'il a voté les pleins pouvoirs à Pétain, il est élu député sous l'étiquette «Union lorraine» en octobre. Il rejoint alors le MRP dont il devient le président de la fédération mosellane, malgré la suspicion des nouveaux venus du parti le trouvant trop à droite, et de certains anciens du PDP qu'il a quitté en 1938.³⁶ Le Mouvement républicain populaire est traversé par plusieurs débats notamment au sujet des choix tactiques après la Libération. Lors du départ du général de Gaulle en janvier 1946, les gaullistes, au sein du MRP, doivent s'incliner devant les travaillistes qui préfèrent, au nom de l'intérêt national, éviter «le tête-à-tête marxiste» qui comporte le risque d'un gouvernement sous direction communiste. Durant cette même période, les libéraux concèdent aux dirigistes dans la conduite de l'économie des satisfactions comme les premières nationalisations et l'instauration d'une planification sous la direction de Jean Monnet même si la majorité partage une réelle méfiance devant les risques d'étatisation au sein du Tripartisme. Robert Schuman, situé dans cette tendance «modérée», devient président de la Commission des finances à l'Assemblée nationale, dès novembre, du fait de ses compétences et pour ne pas laisser la SFIO s'installer dans ce fauteuil. Il rassure les conservateurs qui préfèrent voter pour le MRP en 1945 «faute de mieux». En juin 1946, il est choisi comme ministre des Finances dans le gouvernement Bidault et le reste jusqu'en novembre 1947: il publie *l'Inventaire de la situation financière* qu'il a mis en place avec son directeur de cabinet, François Bloch-Lainé, et qui contribue à stabiliser les finances publiques. «C'est un homme honnête, timide, consciencieux, conciliant. Il s'incline devant les arguments de bon sens: je crois qu'il pourra faire un gouvernement durable» selon Vincent Auriol le président d'une république en quête d'hommes de sang-froid.³⁷

35 M.-P. CHÉLINI (v. note 5), p. 23.

36 F. ROTH, *Robert Schuman* (v. note 4), p. 132.

37 V. AURIOL (v. note 27).

Robert Schuman, en effet, prend une dimension nouvelle durant ces années de crise. Il reçoit l'investiture de l'Assemblée comme président du Conseil le 22 novembre 1947 par 412 voix contre 183 après l'échec d'un gouvernement de «troisième force» proposé par Léon Blum³⁸ au plus fort moment de la crise politique et diplomatique liée au développement de la Guerre froide. Son choix est clair; comme Adenauer Outre-Rhin, il veut s'arrimer au bloc occidental avec le plan Marshall et cherche à respecter les équilibres financiers sur le plan budgétaire avec René Mayer. Il doit faire face à la pression quasi révolutionnaire des cégétistes qui, en accord avec les dirigeants du parti communiste, font monter la pression des revendications sociales et prônent, pour obtenir gain de cause, «les grèves insurrectionnelles». Robert Schuman s'appuie alors, dans le pays, sur des hommes de confiance pour, sur le terrain, dans les lieux d'affrontement, tenter d'arrêter et d'annihiler ces mouvements: Jules Catoire est ainsi envoyé dans les mines du bassin du Nord-Pas-de-Calais pour juger de l'opportunité ou non de l'envoi des troupes commandées par le général Massu.³⁹ Robert Schuman réussit à calmer le jeu, à ramener à la raison les grévistes et à faire revenir l'ordre dans le pays, sans effusion de sang. »Il présidait nos réunions nocturnes avec un calme, un détachement extraordinaire. C'était un pilote calme et taciturne« selon René Mayer. Il fait ainsi la démonstration, avec la précieuse contribution du socialiste Jules Moch, son ministre de l'Intérieur, de son sang-froid, de son courage empreint de réalisme: »si les lumières sont éteintes à ton retour, c'est que la situation est désespérée«, confie-t-il à son ami Jules Catoire en 1948.

En tant que ministre des Affaires étrangères, il doit couvrir l'aggravation de la Guerre d'Indochine, puis les répressions en Tunisie en janvier 1952, celles du Maroc en août 1953. Il n'approuve pas et estime que la décolonisation est inéluctable dans son processus planétaire. Il soutient certaines prises de position de Pierre Mendès France avec lequel il demeure en contact par l'intermédiaire de l'*Express*. Dans sa déclaration du 10 juin 1950, il évoque la possibilité pour la Tunisie d'aller »vers l'indépendance«⁴⁰. Il est, comme souvent, en accord avec les positions de l'Eglise qui prône la mise en place d'un clergé indigène. Dès lors la rivalité avec Georges Bidault s'accroît au sein du Mouvement où sa popularité grandit à mesure qu'il renforce et justifie ses choix personnels. L'ancien chef du CNR, conscient de cette évolution, se laisse aller à quelque aigreur en janvier 1948: »Il est significatif que la République soit capable de faire d'un homme politique moyen un chef de gouvernement remarquable«. Jean Monnet résume, en contrepoint, l'opinion de ceux qui l'ap-

38 Robert BICHET, *La démocratie chrétienne en France. Le Mouvement républicain populaire*, Besançon 1980, p. 136.

39 B. BÉTHOUART (v. note 33), p. 220-222.

40 Jean LACOUTURE, *Pierre Mendès France*, Paris 1981, p. 268.

précien: »j'aimais sa simplicité et son bon sens, je respectais sa vertu d'honnêteté et la force d'âme qui transparaissait de sa personne«⁴¹.

Catholique par conviction, Robert Schuman prend le parti de défendre non seulement sa petite patrie qui doit conserver son identité propre, notamment sur le plan religieux et scolaire, mais il fait la démonstration, après s'être préservé durant la guerre des choix tragiques, non seulement de sa compétence économique et diplomatique mais aussi de sa stature d'homme d'Etat.

3. Un européen de raison

L'incontournable réconciliation avec l'Allemagne

La question est intrinsèquement liée à la personnalité, à l'histoire personnelle de Robert Schuman. Pendant les années vingt, il s'associe aux efforts de paix entrepris dans le cadre de la SDN conçue par le presbytérien Wilson et son esprit juridique, il applaudit aux propositions d'Aristide Briand, ministre des Affaires étrangères de 1924 à 1932, pour le règlement des réparations allemandes et des dettes interalliées entre 1924 et 1929, dans la normalisation des relations diplomatiques avec l'Allemagne en 1925–1926. Il apprécie les projets d'Union européenne de 1929 en se présentant comme un homme de paix et de conciliation à l'opposé du nationaliste chauvin ou du germanophile effréné. Pendant les années trente, il n'hésite pas à condamner les entreprises italiennes en Ethiopie mais accepte, au nom du réalisme et au détriment des Tchèques, la paix de Munich comme un moment de répit. Au sortir de la guerre, en 1945, l'opinion française est prête à accepter un règlement de la »question allemande«. Deux solutions s'offrent: soit privilégier la forme autoritaire avec un contrôle interallié très étroit sur une Allemagne décentralisée selon la volonté de de Gaulle et de Bidault, soit s'engager dans une forme d'intégration à parts égales des nations une fois démantelées les sources institutionnelles et culturelles du militarisme allemand. Robert Schuman a tranché en faveur de la seconde option avec d'autres résistants comme les socialistes tels que Blum et Mayer mais aussi Guy Mollet, les modérés de René Laniel, la gauche humaniste avec François Mitterrand alors que de Gaulle, les communistes continuent de s'appuyer sur le concept d'»une Europe anti-allemande«⁴². La manifestation de cette tendance européiste se vérifie en 1948 par la fondation d'un Mouvement européen.

41 François ROTH, *op. cit.*, p. 127, 133.

42 Gérard BOSSUAT, *L'Europe occidentale à l'heure américaine 1945–1952*, Bruxelles, 1992, p. 80–90, et *La France, l'aide américaine et la construction européenne*, thèse de doctorat, 2 tomes, Paris, 1992, t. 1, p. 74–80.

Serge BERSTEIN, Jean-Marie MAYEUR, Pierre MILZA (dir.), *Le M.R.P. et la construction européenne*, Bruxelles, Complexe, 1993.

D'autre part, l'Allemagne a changé: le poids des länder occidentaux et méridionaux comme la Rhénanie-Westphalie, la Hesse, le Bade, le Wurtemberg, et la Bavière catholiques et anti-prussiens l'emporte sur le nationalisme germano-centrique arrogant et martial des Prussiens. En 1948, un sondage fait par les Américains sur la zone d'occupation alliée donne 70 % d'opinions favorables chez les Allemands à l'unification européenne. Cependant les Français et les Allemands ne sont plus maîtres de leur destin du fait de la Guerre froide. Ils ont choisi et ont besoin du parapluie américain mais aussi des finances de l'Oncle Sam. Le plan Marshall, proposé en juin 1947, veut lier l'aide à une libéralisation économique et commerciale ainsi qu'à une coopération européenne en créant l'OECE en 1948 et en regroupant les trois zones d'occupation, comportant 10 länder, en un ensemble organique à égalité avec les autres partenaires occidentaux. Après la création du Deutsche Mark en juin 1948, la RFA se constitue en septembre 1949.⁴³ Une autre organisation, l'OTAN, créée en avril 1949, lie diplomatiquement l'Europe occidentale forte de la France, la Belgique et la Grande-Bretagne aux USA, et en mai 1949, est constitué le Conseil de l'Europe qui a pour but de préparer la mise en place d'une confédération des Etats mais dont les fonctions politiques sont très limitées.

La pratique quotidienne de Robert Schuman l'a amené à élaborer des réflexions sur les erreurs commises à l'encontre de l'Allemagne: «Mon expérience personnelle m'empêche de rêver quand il s'agit de l'Allemagne.» Tirant les conclusions de la période qui précède, il considère qu'«on a tout refusé aux Allemands quand on pouvait leur donner quelque chose et on leur a tout donné quand on aurait dû leur refuser. La paix ne peut être fondée que sur l'égalité. Nous avons manqué la paix en 1919 parce que nous avons introduit la discrimination et l'esprit de supériorité. Nous sommes en train de recommencer les mêmes erreurs.»⁴⁴

La «bombe» de 1950

Devenu ministre des Affaires étrangères en août 1948, à l'âge de 62 ans, Robert Schuman ne possède pas encore l'aura de Georges Bidault auprès des militants ni la même approche des affaires. Un des fonctionnaires du ministère, Jacques Dumaine, trace un portrait dans la tonalité de l'homme: «la personnalité de mon ministre est plus complexe que son premier reflet... Son origine irréductible, sa formation religieuse, son éducation hors de France déterminent les mobiles de ses décisions.»⁴⁵ Robert Schuman s'entoure d'une équipe composée de Bernard Clappier et de Jacques de Bourbon-Busset et où Jean Monnet, commissaire au plan, est souvent reçu. Les deux objectifs fondamentaux de

43 Antoine WAHL, *Histoire de la République fédérale d'Allemagne*, A. Colin, 1991.

44 F. ROTH, *Robert Schuman* (v. note 4), p. 128.

45 R. POIDEVIN (v. note 2), p. 84 sq. et p. 174 sq.

sa politique consistent à consolider la solidarité avec le monde libre et à amorcer une politique allemande nouvelle en gagnant d'abord la confiance de ses collègues anglo-saxons, l'américain Dean Acheson et le britannique Ernest Bevin ainsi que celle du belge Paul-Henri Spaak.

Grâce à Maurice Schumann, il fait la connaissance de Konrad Adenauer en 1946⁴⁶ et partage ses convictions sur la nécessité d'un choix occidental mais observe la méfiance du chancelier devant les souhaits français d'une internationalisation de la Sarre. Avec De Gasperi le contact décisif se fait plus tard, dans une entrevue à Santa Margherita en février 1951⁴⁷: «rencontre de deux hommes, de deux destinées que tout concourait à rapprocher: la formation intellectuelle, les expériences politiques, une même foi chrétienne profonde et vécue». Robert Schuman aime se présenter comme un «lotharingien par origine»⁴⁸, Adenauer est rhénan de Cologne, De Gasperi est originaire du Trentin qui appartient jusqu'en 1918 à l'Autriche-Hongrie. Ces hommes des marges se retrouvent dans une même approche pragmatique et cosmopolite de la politique: «Si je me trouve à cette place, ce n'est pas parce que je l'ai cherchée, c'est sans doute parce qu'il a fallu quelqu'un de cette frontière de l'Est pour tenter de faire coexister en paix deux pays qui se sont souvent déchirés», estime-t-il en novembre 1949⁴⁹. Ces trois «pères fondateurs» partagent la même conception spirituelle de la vocation de l'Europe comme le fait remarquer Konrad Adenauer dans un courrier à Robert Schuman le 23 août 1951: «Je tiens pour un signe particulièrement favorable, providentiel même, que tout le poids des tâches à accomplir repose sur les épaules d'hommes qui, comme vous, notre ami commun le président De Gasperi et moi-même, sont pénétrés de la volonté de développer et de réaliser le nouvel édifice de l'Europe sur des fondements chrétiens.»⁵⁰ A sa manière, Vincent Auriol reprend le thème d'une manière aussi ironique qu'amusante: «L'Eglise a fait la triple alliance, Adenauer, Schuman, Gasperi, trois tonsures sous la même calotte.»⁵¹ Maniant tous les trois la langue de Goethe, ces responsables peuvent échanger sans intermédiaires sur les questions essentielles.

Les prémisses de l'initiative reviennent à Jean Monnet. Celui-ci a rédigé avec ses collaborateurs et notamment Hirsch et Paul Reuter⁵² un texte qu'il

46 Maurice SCHUMANN, *Regards sur le MRP*, dans: *France Forum*, n° 316, 1997, p.39.

47 Pierre GUILLEN, *Les questions européennes dans les rapports franco-italiens de la rencontre de Santa Margherita (février 1951) au voyage de Pierre Mendès France (janvier 1953)*, dans: J.-D. DUROSELLE, E. SERRA, *Italia e Francia 1946-1954*, Milano 1988, p. 298-313.

48 J.-D. DURAND, (v. note 22), p. 139.

49 F. ROTH, *Robert Schuman* (v. note 4), p. 128.

50 R. SCHUMAN (v. note 30), p. 77.

51 V. AURIOL (v. note 27).

52 Wolf D. GRUNER, «*La place de l'Allemagne dans l'Europe*», dans: G. BOSSUAT et A. WILKENS, *Jean Monnet, l'Europe et les chemins de la paix*, Paris 1999, p. 141; Paul Reuter, professeur de droit, fait office de conseiller juridique au quai d'Orsay.

transmet à Georges Bidault qui, très occupé notamment par la recrudescence de grèves,⁵³ n'a pas le temps de lui répondre. Jean Monnet décide d'en faire part à Robert Schuman qui, en tant que ministre des Affaires étrangères, est à la recherche d'une proposition qui pourrait éviter à la France d'être en fâcheuse posture lors d'un conseil atlantique prévu le 10 mai. Pour sortir du piège de la question de la Ruhr, du statut de la Sarre et des plafonnements de production imposés à l'Allemagne à 55 % de son niveau de 1936-1937,⁵⁴ il est nécessaire que le représentant français puisse proposer une solution ou faire une ouverture. En un week-end, Robert Schuman lit le projet de Jean Monnet et demande à Bernard Clappier, dès son retour le lundi, de le mettre en forme pour le proposer au conseil des ministres suivant. Il prend soin de prévenir Konrad Adenauer par l'intermédiaire du mosellan Robert Mischlich. Membre de son cabinet, celui vient informer le chancelier et surtout obtenir son accord, la veille de la déclaration. Le 9 mai 1950, devant 200 journalistes stupéfaits, Robert Schuman peut faire l'annonce de ce plan qui est ouvert à tous les pays de l'Europe occidentale, mais n'en regroupe que six, la France, l'Italie, la RFA et le Bénélux. La présence de l'Italie n'étonne pas puisqu'en 1947 a été proposée une union douanière entre la France, l'Italie et le Bénélux qui échoue mais qui prouve l'état d'esprit positif d'alors.

Ce projet établit une communauté européenne du charbon et de l'acier qui dépasse l'union douanière avec une simple absence de taxation et qui intègre une gestion cartellisée et supranationale de ces deux produits. Sans toucher aux structures de chaque entreprise, le prix de vente et le volume de la production sont fixés par une Haute Autorité composée de 9 membres sous le contrôle d'une Assemblée et d'une Cour de justice. Une telle solennité s'explique par le rôle-clé de ces deux produits, surtout le charbon qui représente alors les trois quarts de l'énergie consommée en Europe. Jean Monnet est nommé premier haut-commissaire en 1952. L'aspect économique est secondaire par rapport aux finalités politiques: il s'agit d'amorcer un processus de supranationalité dans le cadre d'une coopération sur un pied d'égalité qui permet de recueillir l'adhésion de la toute jeune RFA. »Nous l'avons déclaré le 9 mai, nous ne l'avons pas caché. Une réussite partielle n'a pas seulement valeur de démonstration; elle est plus qu'un précédent qu'on invoque et qui encourage; elle est un commencement, un point de départ pour des réalisations plus ambitieuses.«⁵⁵

Le contenu et les implications politiques n'échappent à personne. Les gaulistes et les communistes sont opposés en France de même que les sidérurgistes qui se voient installés sous un contrôle réel. Le pape Pie XII en coulisse, Paul-Henri Spaak, et surtout De Gasperi et Adenauer soutiennent le projet. Robert

53 R. BICHET (v. note 38), p. 307.

54 M.-P. CHÉLINI (v. note 5), p. 25.

55 R. SCHUMAN (v. note 30), p. 35.

Schuman plaide en faveur de son plan sous les gouvernements Pleven, Queuille, Faure, Pinay entre juin 1950 et décembre 1952. Il faut attendre juillet 1952 pour que l'ensemble des ratifications soit obtenu: 160 millions de personnes, 210 millions de tonnes de charbon et 33 millions de tonnes d'acier sont impliquées dans cet accord, sept années après l'armistice. La Grande Bretagne se montre alors réservée.

Le pédagogue d'une France dans l'Europe (*Europae magister egregius*)⁵⁶

A la suite de l'échec de la CED, et notamment dans son ouvrage *Pour l'Europe*, Robert Schuman se livre tout entier à cette mission. Il estime que l'intégration politique et économique doit désormais être la tâche prioritaire avant même l'intégration militaire qui peut attendre. Comme Adenauer qui croit que la RDA n'est qu'une création artificielle de l'URSS, il estime que cette communauté doit se préparer à accueillir les peuples de l'Est: «Nous devons faire l'Europe non seulement dans l'intérêt des peuples libres, mais aussi pour pouvoir y recueillir les peuples de l'Est qui, délivrés des sujétions qu'ils ont subies jusqu'à présent, nous demanderaient leur adhésion et leur appui moral.»⁵⁷ A partir de 1953, il ne remplit plus de fonction ministérielle, sauf celle de la Justice en 1955, il préside l'Assemblée européenne de l'ensemble CEE, CECA, CEEA (Euratom) de 1958 à 1960, qu'il doit quitter pour raison de santé. Son opposition à de Gaulle, notamment en mai 1958, provient de sa conviction que le général, trop nationaliste à son goût, va faire échouer les projets européens.⁵⁸

Même si «c'est à Robert Schuman seul qu'il faut attribuer la conversion totale du MRP à l'idée européenne»⁵⁹, celui-ci n'a pas le monopole d'un tel choix. D'autres que lui ont bataillé au sein du MRP et dans les autres partis comme Guy Mollet qui a signé le traité de Rome en 1957, comme de Gaulle qui s'entend avec Adenauer en 1963. Etonné, Robert Schuman, qui ne pensait pas à une telle attitude de la part du général, en conçoit un certain dépit. L'échec de la CED qui mêle la politique des blocs et l'intégration européenne le touche parce qu'il a choisi de défendre le projet après en avoir été convaincu par De Gasperi, fervent partisan d'une telle solution.⁶⁰ Il comprend cependant la position de Mendès France et, avec quelques députés, vote en faveur de la ratification des accords de Paris en décembre 1954 comme les démocrates chrétiens italiens qui choisissent également d'approuver le compromis malgré ses imperfections.

56 M.-P. CHÉLINI (v. note 5), p. 26.

57 *France Forum*, n° 52, novembre 1963.

58 Archives de Jules Catoire: notes prises lors des débats du groupe parlementaire en mai 1958.

59 P. LÉTAMENDIA, *Le MRP* (thèse), Bordeaux 1975, p. 117.

60 J.-D. DURAND, (v. note 22), p. 159.

Parmi les clés du succès figurent des besoins fondamentaux à satisfaire pour un continent éprouvé durant ce siècle par deux guerres meurtrières: la paix, la prospérité, l'épanouissement culturel d'une Europe forte de ses diversités nationales. Ces impératifs expliquent le soutien des autorités pontificales avec Jean XXIII en 1957: «Les pays d'Europe qui ont admis le principe de déléguer une partie de leur souveraineté à un organisme supranational entrent, croyons-nous, dans une voie salutaire, d'où peut sortir pour eux-mêmes et pour l'Europe une vie nouvelle dans tous les domaines.»⁶¹ Robert Schuman ne cache pas cependant l'objectif final à poursuivre: il faut atteindre la communauté européenne supranationale comme l'indiquent les motifs du texte de la CECA avec une autorité unique et souveraine en respectant une progressivité dans la démarche. Il envisage d'abord une association (CEE), puis une confédération (Union Européenne) puis avec l'accord de l'opinion, une confédération de type suisse précédant une Fédération à l'allemande. Le statut final est à inventer, il ne doit pas ressembler à l'Etat centralisé jacobin.

La démarche doit être avant tout pragmatique, adaptée aux réalités, aux réactions, il faut convaincre, ne pas brûler les étapes, poser des gestes concrets et ne pas s'enflammer dans des débats de théologie politique sur les grands thèmes à la mode comme le type d'Europe, libérale ou socialiste, sur les rapports entre cette entité et les Nations ou les Etats. «L'Europe naîtra des réalités concrètes qui créeront d'abord des solidarités de fait.»⁶² Selon lui, il s'agit de substituer à un assemblage géographique d'états juxtaposés une communauté de nations distinctes mais associées dans un effort défensif et constructif. «L'Europe a besoin de mieux vivre en mettant en commun la plénitude de ses ressources. Elle doit devenir une entité agissante, consciente de ses particularités, et s'organisant en vue de ses besoins et de ses possibilités propres.» Cependant, il insiste sur la cohérence de ses fidélités: «Nous ne sommes pas, nous ne serons jamais des négateurs de la patrie, oublieux des devoirs que nous avons envers elle. Il ne s'agit pas de fusionner les Etats, de créer un super Etat. Nos Etats européens sont une réalité historique; il serait psychologiquement impossible de les faire disparaître. Leur diversité est même très heureuse et nous ne voulons ni les niveler ni les égaliser. La politique européenne dans notre esprit n'est absolument pas en contradiction avec l'idéal patriotique de chacun de nous.»⁶³

61 Jean-Marie MAYEUR, *Des partis catholiques à la Démocratie chrétienne, XIXe – XXe siècles*, Paris 1980, p. 227.

62 R. SCHUMAN (v. note 30).

63 *Ibidem*.

Conclusion

La longue carrière de député, puisqu'il est élu à l'âge de 32 ans et le demeure 43 ans, encadre un bref passage dans l'exécutif essentiellement de 1946 à 1953. La cohérence de l'oeuvre et de la personnalité de Robert Schuman se comprend à la lumière de sa foi appuyée sur une connaissance des écritures et une pratique assidue de la prière ainsi que sur une fréquentation journalière de l'eucharistie. Il estime dans *Pour l'Europe* que le christianisme «a reconnu la primauté des valeurs intérieures qui seules ennoblissent l'homme»⁶⁴. Trois convictions semblent se superposer dans la personnalité de Robert Schuman et lui donner politiquement une assise française et européenne. Sa fidélité à la petite patrie lui permet de s'installer de plain pied dans la défense de la grande patrie qui a retrouvé ses «enfants perdus» et de mettre en mouvement la grande anticipation qui doit conduire vers la communauté européenne. Georges Bidault, plus atlantiste qu'europpéen, n'a pas, de par ses origines paysannes du Massif Central, autant pressenti cette espérance. L'Europe devient dans les années cinquante pour le MRP une «idéologie de substitution»⁶⁵ qui assure à Robert Schuman au sein des congrès une popularité croissante. Le dessein secret de ces militants, du fait de l'impasse démocrate-chrétienne en France, consiste à espérer que cette idéologie puisse jouer un rôle majeur dans le cadre européen⁶⁶ et ainsi débloquer «par le haut» les pesanteurs historiques d'une vieille nation.

Les ambitions portées par Robert Schuman se réalisent dans une conduite sereine des affaires mais aussi avec de l'audace quand elle est nécessaire. Vincent Auriol reconnaît qu'«il est modéré certes mais [qu'] il peut prendre les décisions les plus hardies»⁶⁷. Lors de la préparation de la CED, un projet de *Communauté politique européenne* englobant la CECA et la CED devait coordonner les politiques étrangères des Etats membres avec la mise en place d'une constitution fédérale créant deux chambres votant les lois, un Conseil exécutif, une Cour de justice, un Conseil économique et social sous le contrôle d'un Conseil des ministres nationaux donnant son avis conforme à l'unanimité sur les décisions essentielles. L'échec de la CED a entraîné l'abandon du projet de communauté politique. A la suite de Robert Schuman, des voix autorisées dans chacun des pays membres s'élèvent en cette fin de siècle et notamment dans les milieux démocrates-chrétiens et socialistes pour exiger que l'Union européenne soit enfin dotée des attributs constitutionnels qui en feraient une

64 Cité par J.-D. DURAND (v. note 22), p. 96.

65 J.-M. MAYEUR (v. note 61), p. 227.

66 R.-E. IRVING, *Christian democracy in France*, London 1973, p. 198.

67 V. AURIOL (v. note 27).

vraie entité politique. Comment emporter l'adhésion des citoyens sans Europe sociale et donc sans la mise en place progressive d'un gouvernement européen?

Annexe

Pistes de recherches proposées

Mesurer l'importance et l'influence de l'entourage de Robert Schuman, tout particulièrement les relations avec Jean Monnet, avec Bernard Clappier, Jacques de Bourbon-Busset, François Bloch-Lainé, Paul Reuter, avec les ambassadeurs dans les pays concernés par l'intégration européenne.

Etudier les rapports sur les questions européennes avec les composantes proches comme des partis politiques tels que la SFIO, les modérés, les radicaux, l'UDSR, comme des syndicats tels que la CFTC, la FNSEA (Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles), le CNPF (Conseil national du patronat français), la CGPME (Confédération générale des petites et moyennes entreprises), comme les Mouvements d'action catholique tels que l'ACJF (Association catholique de la jeunesse française), les mouvements spécialisés comme la JOC (Jeunesse ouvrière chrétienne), JEC (Jeunesse étudiante chrétienne), JAC (Jeunesse agricole chrétienne) et les positions officielles de l'Assemblée des cardinaux et évêques de France.

Faire une analyse des débats internes au sein du MRP en mettant en valeur les partisans de Georges Bidault, plus atlantiste qu'europpéen, les libéraux européens face aux européens sociaux, les opposants à la CED, les partisans de Mendès France.

Repérer les arguments anti-européens utilisés par les adversaires du MRP, surtout chez les gaullistes (RPF, puis Républicains sociaux), chez les communistes.

Archives

Fondation Nationale des Sciences Politiques: Tous les congrès nationaux ont été enregistrés en microfilms. Microfilm n° 51, référence 137.269, congrès de 1944 à 1951; n° 52, référence 137.270, Congrès de 1952 à 1955; n° 53, référence 137.271, congrès de 1956 à 1960; n° 54, référence 137.272, congrès de 1961 à 1967.

Archives Nationales: Cote M.R.P. 350 A.P.

350 A.P. 1 M.R.P 3 et 4 – Questionnaire, Statistiques, adhérents.

350 A.P. 1 M.R.P 5 – Sondages.

350 A.P. 2 M.R.P – dr. 48–50 – Maurice Schumann.

350 A.P. 2 M.R.P. 3 – Comités nationaux.

350 A.P. 3 M.R.P 1 – Sociologie du Mouvement.

350 A.P. 4, M.R.P. 1 – dr. 2, 3, 4, 5, 6 – Personnalités du Mouvement.

350 A.P. 22/23 M.R.P.– Congrès nationaux.

350 A.P. 73 M.R.P. – Biographies de députés.

Série A.S.: archives de l'Association Catholique de la Jeunesse Française (A.C.J.F.)

Bibliothèque Nationale: Consultations de microfilms sur la presse nationale: *Le Figaro*, Microfilm D 13; *Le Populaire*, Microfilm D 56; *L'Humanité*, Microfilm D 30; *L'Aurore*, Microfilm D 364; *L'Express*, Microfilm D 462; *La Vie Française*, Gr. Fol R 158

Archives de l'Assemblée Nationale: Consultation des tables nominatives du Journal Officiel des Débats de l'Assemblée Nationale pour les députés avec l'étude de leur disponibilité et leur compétence.

Archives du Quai d'Orsay: Consultation des rapports d'activité des directions du ministère des Affaires étrangères pour la période concernée et des ambassades concernées.

Archives du Conseil de l'Europe: Procès-verbaux de l'Assemblée consultative entre 1950 et 1958.

Archives de l'Union européenne de Florence: Comptes-rendus de la CECA en microfilms.

Archives de la ville de Paris: Cote D 51–2: Archives de Jean Raymond-Laurent, secrétaire général du P.D.P.

Bibliothèque Universitaire de Lille III: Consultation du journal *Le Monde* en microfilm LCZ Z0 41 70 36.

Archives privées: Fondation Robert Schuman, 29, boulevard Raspail, 75007 Paris; Fondation Robert Schuman à Luxembourg, faubourg de Klausen; Fondation Jean Monnet Lausanne, archives Monnet, séries E à G; Institut Marc Sangnier, 38, Boulevard Raspail, 75007 Paris; Archives du Kadoc, Vlamingenstraat 39, 3000 Leuven; Archives du KDC de Nimègue; Fonds Tessier à l'Institut d'histoire sociale de Nanterre, Hauts-de-Seine (4 cartons en dépôt à l'Institut d'histoire sociale de Nanterre portant sur une correspondance durant la guerre et les années cinquante, des conférences, des circulaires et des procès-verbaux de réunions d'U.D., des imprimés, des articles); Centre d'études Edmond Michelet de Brive: correspondance entre Etienne Borne et Edmond Michelet pour la période 1938–1942 et 1947–1952; Archives conservées par Jacques Tessier, Jules Catoire; Archives du Comité des Forges.

Les publications du M.R.P. (sur les thèmes sociaux): *L'Aube* quotidien de 1944 à 1951; *Forces nouvelles* (bimensuel puis hebdomadaire) de 1945 à 1947 et de 1951 à 1967; *Politique*, mensuel de 1945 à 1948; *Terre Humaine*, mensuel, 1951–1956; *France Forum*, mensuel à partir de 1957.

Recours à quelques publications internes du M.R.P. à parution irrégulière comme *Le M.R.P. à l'Action*, *Action fédérale*, *Action ouvrière*, *Action rurale*, *Action familiale et sociale*, *Pour l'information féminine*, *Jeunesse Information*.

Consultation du bulletin de liaison de l'Amicale du M.R.P., *Le M.R.P vous parle*, 133 bis, rue de l'Université, Paris, 7^e avec présentation des procès-verbaux des séances du Groupe parlementaire MRP.

Journaux, revues, publications comme *Esprit*, mensuel; *le Petit Démocrate*, hebdomadaire de 1924 à 1940; *La Démocratie* (journal de la Jeune République).

Les Editions du Petit Démocrate ont publié des brochures dont »Le Parti Démocrate Populaire un effort de dix années 1924–1934, Xe congrès« de Jean Raymond-Laurent en 1934. *Monde Ouvrier*, journal de la L.O.C.; *l'Âme Française* (1917); *Les Nouvelles Equipes françaises* (1938); *Sept, Temps Présent, la Vie intellectuelle, Témoignage chrétien; Réalités* (1952).

Ouvrages de témoins et d'acteurs: R. SCHUMAN, *Pour l'Europe*, Paris 1964. R. BICHET, *La démocratie chrétienne en France: le M.R.P.*, Besançon 1980. G. BIDAULT, *D'une résistance à l'autre*, Paris 1965. E. BORNE, *Qu'est-ce que la Démocratie chrétienne?*, dans: *Démocratie moderne*, 15 novembre 1973. P. PFLIMLIN, *Mémoires d'un Européen de la IV à la Ve République*, Paris 1991, et *Itinéraires d'un Européen, Entretien avec J.- L. English*, Strasbourg 1989. P.-H. TEITGEN, *Faites entrer le témoin, 1940–1958. De la Résistance à la Ve République*, Rennes 1988. J. TEITGEN, *Le gaullisme en question*, Paris 1981.

Alcide de Gasperi in der Literatur. Von der politischen Polemik zur Historiographie

Von Alfredo Canavero*

Die Jahre der politischen Polemik

Schon bald nach seinem Tod unternahmen verschiedene Autoren erste Versuche, das Leben Alcide De Gasperis (1881–1954) nachzuzeichnen. Ihre Schriften waren stark geprägt vom jeweiligen politischen Standpunkt und häufig auch von Polemik. Das Bild der einen war völlig positiv, das der anderen vollkommen negativ. Einerseits wurde der Trientiner Politiker und Staatsmann zum Mythos erhoben, zum Vorbild, dem man folgen sollte, da ohne Fehl und Tadel in seinem öffentlichen wie privaten Leben. So schrieb zum Beispiel Adone Zoli in seiner Einführung zur De-Gasperis-Biographie von Iginio Giordani¹: »Die Lebensläufe großer Männer sind immer eine Quelle der Belehrung. Aber man findet in ihnen – sogar bei einigen Heiligenleben – auch Dinge, die man besser nicht übernimmt. In der Biographie von Alcide De Gasperi [...] würde man vergeblich nach einem solchen Punkt suchen.«² Andererseits gab es genau entgegengesetzte Töne. Palmiro Togliatti, der das Werk De Gasperis »leidenschaftslos« zu beurteilen vorgab, klagte ihn an, der Handlanger des kapitalistischen Wiederaufbaus zu sein, der Italien nur Elend und Arbeitslosigkeit gebracht habe; er habe der Kirche gestattet, auf das Leben der Zivilgesellschaft einzuwirken, einen weitreichenden Bruch zwischen den Volksmassen und dem Staat herbeigeführt und sei »einer der wichtigsten und vielleicht der wichtigste Handlanger der Politik des kalten Krieges«³ gewesen. Er nannte De Gasperi einen »verschlagenen Mittelsmann« und »skrupellosen Vollstrecker«⁴, und hob »die in seiner Person liegenden negativen Elemente« hervor, »seinen Konservatismus, seinen Fanatismus, sein Unverständnis für die sozialistische Bewegung, seine Unfähigkeit, neue Lagen und Bewegungen zu

* Aus dem Italienischen übersetzt von Manfred Riedmair.

1 Iginio GIORDANI, *Alcide De Gasperi, il ricostruttore*, Rom 1955.

2 Adone ZOLI, *Vorwort* zu I. GIORDANI, *Alcide De Gasperi* (wie Anm. 1), S. 4. Jedoch waren Biographien über De Gasperi nach Art von Heiligenleben auch schon vor seinem Tod erschienen. Vgl. zum Beispiel Dante BENEDETTI, *De Gasperi, politico e statista*, Rom 1949.

3 Palmiro TOGLIATTI, *Per un giudizio equanime sull'opera di Alcide De Gasperi*, in: *Momenti della storia d'Italia*, Rom 19732, S. 190. Dieser Text Togliattis erschien erstmals in »*Rinascita*«, Nr. 10, 11 und 12/1955 und 3, 5 und 6/1956.

4 Ebda., S. 275.

verstehen, seinen Hang zu manichäischer Kontraposition miteinander unveröhnlicher Extreme«⁵. Abschließend bewertete Togliatti De Gasperis Außen- und Europapolitik als katastrophal und seine Innenpolitik als ausschließlich gerichtet auf »die Rückübertragung der wirtschaftlichen Macht an eine bornierte, egoistische kapitalistische Führungsschicht, die keine Perspektive hat und darauf aus ist, den kirchlichen Stellen eine neue Form politischer Macht zu verschaffen«⁶.

Von der Memoirenliteratur zur Geschichtsschreibung

Etliche Jahre lang war es schwer, aus den so umrissenen Stereotypen herauszukommen. Und es ist auch bekannt, dass die italienische Geschichtsschreibung bis zum Beginn der siebziger Jahre sich nicht recht über die »Säulen des Herkules« hinausbewegen wollte, die das Ende des Zweiten Weltkriegs für sie darstellte. Also lohnt mit Blick auf diese Zeit nur die Bezugnahme auf einige wenige Autoren, die De Gasperi selbst gekannt haben und eher Memoiren als Geschichtsschreibung bieten.

Neben einem Band von Paolo Canali über die Außenpolitik, der noch vor dem Tod De Gasperis erschien,⁷ der bereits angeführten Biographie von Iginio Giordani⁸ und den Erinnerungen von Giorgio Tupini⁹ und Giuseppe Spataro¹⁰ verdient dabei vor allem die von Giulio Andreotti 1956 veröffentlichte und überarbeitet und 1964¹¹ erweitert wiederaufgelegte Biographie Beachtung. Andreotti untersucht die gesamte politische Tätigkeit De Gasperis, lässt dabei die weniger bekannten Jahre der politischen Kämpfe im Trentino unter den Habsburgern nicht aus und widmete den Geschehnissen in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und während der Zugehörigkeit zur Volkspartei des Don Sturzo angemessenen Raum. Der erste Teil des Buches nimmt die »alten Jahrgänge der katholischen Zeitung von Trient« und die »stenographischen Protokolle des Reichsrats«¹² zur Grundlage. Die Behandlung der Jahre nach dem Sturz des Faschismus lässt eine unmittelbare Kenntnis des Autors von den Fakten erkennen. Andreotti versteht es sehr feinsinnig, alle Aspekte ins Positive zu wenden, die die politische Propaganda des Gegners negativ bewertete. So hebt er zum Beispiel die »Verdienste« De Gasperis um die Vollendung der italienischen Einheit hervor und erteilte damit implizit eine Antwort auf

5 Ebda., S. 268.

6 Ebda., S. 274.

7 Vgl. ADSTANS [Paolo CANALI], *La politica estera di Alcide De Gasperi*, Mailand 1953.

8 I. GIORDANI, *Alcide De Gasperi* (wie Anm. 1).

9 Giorgio TUPINI, *I democratici cristiani. Cronaca di dieci anni*, Mailand 1954.

10 Giuseppe SPATARO, *I democratici cristiani dalla dittatura alla repubblica*, Mailand 1968.

11 Giulio ANDREOTTI, *De Gasperi e il suo tempo*. Trento, Vienna, Roma, Mailand 1956 (2. überarbeitete und erweiterte Auflage 1964).

12 G. ANDREOTTI, *De Gasperi e il suo tempo* (wie Anm. 11), S. 18.

eine verleumderische Veröffentlichung von Gino Valori von 1953¹³, die De Gasperi bei den Parlamentswahlen dieses Jahres schaden sollte und jene propagandistischen Themen wieder aufgriff, welche die Faschisten 1924–25¹⁴ gegen ihn gebraucht hatten. Kluge Vorsicht lässt Andreotti hingegen walten bei der Behandlung der nicht immer problemlosen Beziehungen De Gasperis zum Heiligen Stuhl und den Vereinigten Staaten. Über solche Stellen gleitet seine Erzählung rasch hinweg. Man kann das zum Beispiel am Fall der römischen Gemeindewahlen von 1952 sehen, als Pius XII., der einen sozialistisch-kommunistischen Sieg in der Heiligen Stadt fürchtete, versuchte, bei der *Democrazia Cristiana* trotz des Widerstands De Gasperis die Aufstellung einer bürgerlichen Liste ohne Abgrenzung nach rechts durchzusetzen. Diese komplexen Ereignisse, in die damals bekanntlich auch Don Luigi Sturzo einbezogen war, werden rasch auf einer einzigen Seite abgehandelt.¹⁵

Da stellte das Buch der Tochter De Gasperis, Maria Romana, das 1964¹⁶ erschien, einen unter diesem Aspekt doch sehr viel inhaltsreicheren Beitrag dar. Das Leben De Gasperis wird hier aus dem Familienarchiv rekonstruiert und ab einem bestimmten Zeitpunkt aus persönlichen Erinnerungen. Maria Romana De Gasperi geht ohne Zögern auch die heikelsten Episoden im Leben ihres Vaters an und stellt die Schwierigkeiten heraus, welche ihm seine Gegner, aber auch seine Parteifreunde und selbst die Kirche bereitet haben. *De Gasperi, uomo solo* ist nicht nur der Titel eines brillanten und gescheiterten Buches, *De Gasperi, uomo solo* umschreibt geschichtlich intuitiv, was sich wie ein roter Faden durch einen großen Teil des Lebens von De Gasperi zieht.¹⁷ Dieser katholische Politiker stand allein, aber er wusste seinen persönlichen Glauben an Christus und die Kirche wohl zu unterscheiden von seiner Rolle als Staatsmann, und er ertrug »als Beweis, dass Gott an ihn dachte«, die Widrigkeiten und Schmerzen, die ihm die Welt der Kirche bereitete.¹⁸ Über diese Widrigkeiten und Schmerzen zu berichten war sicher nicht leicht:

13 Gino VALORI, *De Gasperi al Parlamento austriaco*, Florenz 1953. Jedoch vgl. auch Eugenio BATTISTI, *Italianità di De Gasperi. Lettera aperta all'on. Meda*, Florenz 1957.

14 Diese Vorwände, unter denen De Gasperi als unitalienisch angeschuldigt werden sollte, hatten damals ihre Antwort bekommen durch Iginio GIORDANI, *La verità storica e una campagna di denigrazione (contro l'on. Alcide De Gasperi)*, Trient 1925.

15 Vgl. G. ANDREOTTI, *De Gasperi e il suo tempo* (wie Anm. 11), S. 421–422. Zum Vorgang vgl. Andrea RICCARDI, *Roma »città sacra«? Dalla Conciliazione all'operazione Sturzo. Vita e Pensiero*, Mailand 1979, und Sandro MAGISTER, *La politica vaticana e l'Italia 1943–1978*, Rom 1979, S. 162–176. Andreotti selbst hat den Vorgang später sehr viel ausführlicher behandelt. Vgl. zum Beispiel Giulio ANDREOTTI, *Intervista su De Gasperi*, hg. von Antonio GAMBINO, Bari 1977, S. 110–117, und *De Gasperi visto da vicino*, Mailand 1986, S. 201–211.

16 Maria Romana CATTI DE GASPERI, *De Gasperi, uomo solo*, Mailand 1964.

17 Vgl. Pietro SCOPPOLA, *La proposta politica di De Gasperi*, Bologna 1988, 3. Aufl., S. 332.

18 M. R. CATTI DE GASPERI (wie Anm. 16), S. 317.

»Nur er allein«, schreibt Maria Romana De Gasperi über ihren Vater, »hätte mit leichter Hand die Schmerzen darstellen können, welche die Welt der Kirche ihm angetan hatte, und er hätte damit niemanden vor den Kopf gestoßen oder beleidigt, sondern nur Gerechtigkeit für sich selbst gewollt und denjenigen Katholiken einen Weg voller Schwierigkeiten erhellte, die ihm auf diesem Pfad folgen wollten«. Und sie setzte hinzu, »dass er jede Widrigkeit auf diesem Gebiet hinnahm als einen Beweis dafür, dass Gott seiner achtete, und dass er, wenn er sich darüber beklagte, dies nie mit Groll, sondern nur aus Schmerz tat«¹⁹.

Erste wissenschaftliche Darstellungen

Die eben genannten Arbeiten lassen schon klar das »Außerordentliche« an der persönlichen und politischen Biographie De Gasperis erkennen. Seine Geschichte ist die eines Mannes, der anders war als seine Parteifreunde, die Geschichte eines Mannes, der aus einem anderen geschichtlichen Umfeld kam als die meisten katholischen Politiker Italiens. Da er die erste Hälfte seines Lebens als Untertan der österreichisch-ungarischen Vielvölker-Monarchie verbracht hatte, war er nicht geprägt von der traditionellen katholischen Gegnerschaft zum liberalen italienischen Staat. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, diese für seine politische wie menschliche und spirituelle Bildung grundlegenden Jahre einer genaueren Betrachtung zu unterziehen.

Diesem Unternehmen widmete sich eine amerikanische Wissenschaftlerin, Elisa Carillo²⁰, die 1965 die erste im wirklichen und eigentlichen Sinne wissenschaftliche Studie zu De Gasperi vorlegte. Ihre Arbeit, größtenteils auf der Grundlage von Forschungen im zentralen Staatsarchiv in Rom, geht nur bis zur Übernahme des Ministerpräsidentenamtes durch De Gasperi und hätte durch einen zweiten Band ergänzt werden sollen, der aber nie erschien. Carrillo geht davon aus, dass De Gasperis Erfolg wenigstens zum Teil auf die »lange Lehrzeit« zurückzuführen ist, die er durchgemacht hatte, bevor er nach dem Zweiten Weltkrieg an die Spitze der italienischen Politik gelangte. Das war eine Umkehrung der Perspektive, die bis dato gegolten hatte, in der nämlich den Jahren der Regierungsverantwortung sehr viel mehr Raum gegeben wird. Carillo vertieft nun den Blick auf die Zeit, in der De Gasperi seine Bildung empfing, seine politische Betätigung im österreichischen Welschtirol, seinen Eintritt in das öffentliche Leben Italiens nach dem Ersten Weltkrieg, die faschistische Verfolgung und die »Jahre im Dunkel« bis hin zu seiner Rückkehr ins aktive politische Leben während der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs. Nach Carrillo hat die »lange Lehrzeit« es De Gasperi erlaubt, sich einige Fix-

¹⁹ Ebd.

²⁰ Elisa A. CARRILLO, *De Gasperi. The Long Apprenticeship*, Notre Dame 1965.

punkte zu erarbeiten, an denen er immer festhalten sollte: die Hinnahme einer pluralistischen Gesellschaft und die Zurückweisung jeder integralistischen Lösung; die Unabhängigkeit der Partei der Katholiken von der Kirche, ohne dabei den christlichen Geist in der konkreten Politik aufzugeben; den praktischen und moralischen Wert überparteilicher Zusammenarbeit; die Ablehnung des Nationalismus und des »Alles oder Nichts« und der Glaube an die »Freiheit als Methode«²¹.

Drei Jahre nach der Veröffentlichung von Carrillos Buch erschien eine Biographie aus der Feder von Piero Ottone, der, ohne ein »historisches Werk« schreiben zu wollen, geschickt die veröffentlichten Quellen nutzte und das, was bis zur Stunde über De Gasperi geschrieben worden war, zusammenfasste und so einen ausgewogenen und abgeklärten Lebensabriss zustande brachte.²² Bei aller Anerkennung für die Fähigkeiten De Gasperis und sein politisches Gespür stellt Ottone jedoch einen »Mangel an Phantasie«²³ fest, weswegen De Gasperi das Italien nach dem Kriege »nach den alten Vorkriegsmustern«²⁴ habe wiederaufbauen wollen. Doch schwächt der Autor selbst sein negatives Urteil gleich darauf wieder ab mit der Frage, »ob es in diesen Jahren und in diesem Lande überhaupt möglich gewesen wäre, anders zu handeln«²⁵.

Die siebziger Jahre: Forschung und Biographie zwischen Geschichtswissenschaft und Politik

Das zwanzigste Todesjahr 1974 gab Anlass für neue Abhandlungen und Forschungen über De Gasperi, die begünstigt wurden durch die Veröffentlichung neuer Dokumente und das Interesse an der »christdemokratischen Frage«. So wurde das politische Geschehen um De Gasperi und die *Democrazia Cristiana* mehr und mehr erhellt.

Der wichtigste Beitrag jenes Jahres ist der von Gianni Baget-Bozzo, der die *Democrazia Cristiana* von ihrer Gründung bis 1954 untersucht und in De Gasperi und in Dossetti die Vertreter nicht nur und nicht so sehr zweier unterschiedlicher politischer Richtungen, sondern überdies »zweier verschiedener Theologien der Politik«²⁶ sieht. Während Dossetti das »eusebianische« Muster verkörpere, nach welchem die Partei selbständig die Umformung der Gesellschaft im christlichen Sinne anzuleiten habe, sei in De Gasperi das »gelasianische« Muster verkörpert, demzufolge die politische von der geistlichen

21 E. A. CARRILLO (wie Anm. 20), S. 148–151.

22 Vgl. Pietro OTTONE, *De Gasperi*, Mailand 1968.

23 Ebda., S. 156.

24 Ebda.

25 Ebda.

26 Gianni BAGET-BOZZO, *Il partito cristiano al potere. La DC di De Gasperi e di Dossetti 1945–1954*, Florenz 1974, S. 7.

Macht abhängen. Nach Baget-Bozzo wollte De Gasperi aus der Democrazia Cristiana tatsächlich die »Partei der Katholiken« machen, und nicht eine »Partei aus Katholiken«²⁷, und er musste deshalb »vor allem das Vertrauen der Hierarchie und der katholischen Welt für die neue Partei«²⁸ zu gewinnen suchen. Diese Deutung Baget-Bozzos widerspricht der verbreiteten Vorstellung, De Gasperi sei der verlässliche Wächter über die Konfessionsfreiheit und eine säkulare »Laiennähe« in der Partei gewesen, und macht aus ihm den Befürworter kirchlichen Eingreifens zur Absicherung »katholischer Disziplin bei Wahlen und im Innenleben der Partei«²⁹.

Diese Umdeutung rief nicht wenige Polemiken hervor. Aber wenn man näher hinsieht, kann man in den frühen Zeiten politischer Betätigung, im habsburgischen Welschtirol und dann nach dem Ersten Weltkrieg, von De Gasperi auch Bitten an die Hierarchie der Kirche finden, einzugreifen, um innerhalb der Partei schwierige Situationen zu überwinden. Obwohl entschiedener Verteidiger der Säkularität des Staates gegen Versuche kirchlicher Einmischung, zögerte De Gasperi keineswegs, die Autorität des Bischofs (zur Zeit der Kämpfe im Trentino) oder später des Papstes selbst anzurufen, um sich so die geschlossene Haltung der Partei gemäß der von ihm vertretenen politischen Linie zu sichern. Hierzu sei verwiesen auf das Verhalten De Gasperis vor den Wahlen von 1921 mit dem Ziel, Rodolfo Grandi zur Kandidatur auf der Liste der Volkspartei zu bewegen,³⁰ oder auf den bekannten Brief vom März 1952 an Pius XII., damit dieser auf die Anhänger Dossettis einwirken möge.³¹

Baget-Bozzo hebt in seinem Werk auch den Unterschied zwischen der Democrazia Cristiana De Gasperis und dem Projekt der Volkspartei Don Sturzos hervor. Für Sturzo sei die Treue zu einem selbständigen Programm der Partei typisch, für De Gasperi seien politische und programmatische Festlegungen nur Mittel. Er habe in der Democrazia Cristiana »die Partei der Soziallehre der Kirche«³² gesehen, eine Partei, auf die er seine persönlichen Vorzüge, aber auch seine Fehler übertragen habe, »seinen empirischen Sinn, die Fähigkeit zur Instrumentalisierung, die umsichtige Nutzung von Notbe-

27 Ebda., S. 63.

28 Ebda.

29 Ebda., S. 395.

30 Vgl. Alfredo CANAVERO, *De Gasperi e l'Italia nel primo dopoguerra (1919–1921)*, in: *De Gasperi e il Trentino tra la fine dell'800 e il primo dopoguerra*, hg. von Alfredo CANAVERO und Angelo MOIOLI, Trient 1985, S. 747–749.

31 A. De Gasperi an Pius XII., März 1952, in: *De Gasperi scrive. Corrispondenza con capi di Stato, cardinali, uomini politici, giornalisti, diplomatici*, hg. von Maria Romana DE GASPERI, 2 vols., Brescia 1974, S. 114–116. Es ist die nicht unwahrscheinliche Möglichkeit angeführt worden, daß der Brief aus dem Jahr 1951 und nicht aus dem Jahr 1952 stammt.

32 G. BAGET-BOZZO (wie Anm. 26), S. 67.

helfen als Dauerlösungen im Rahmen einer fraglosen Treue zur Demokratie als Methode«³³.

Das Buch Baget-Bozzos regte zu Diskussionen und Polemiken an und bot denjenigen Argumente, die an der Democrazia Cristiana jener Jahre kritisierten, sie sei der Ausdruck eines verzerrten Verhältnisses von Religion und Politik. Bei diesem Thema kam es zu einer sehr lebhaften Auseinandersetzung. Im Bereich der Geschichtsschreibung kam die ausführlichste Antwort auf die Deutung Baget-Bozzos von Pietro Scoppola, dessen Buch seinerseits leidenschaftliche Debatten auslöste.³⁴

Scoppola, der sich auf Dokumente aus dem Besitz der Familie De Gasperi stützt, kann das Zustandekommen der Programmpunkte De Gasperis für den Wiederaufbau von Partei und Land mit größerer Genauigkeit rekonstruieren. Er stellt »eine Entwicklung und einen fortschreitenden Reifungsprozess der Gedankenwelt De Gasperis hin zum Säkularen«³⁵ fest. Er habe zunehmend klarer unterschieden »zwischen den Werten des religiösen Bewusstseins und der Zuständigkeitssphäre des Staates und des Gesetzes«³⁶. De Gasperi – so Scoppola – stand voll zur Entscheidung gegen den Faschismus und für den demokratischen Weg. Aber er wusste auch, dass man jene breiten gesellschaftlichen Schichten, die dem Regime massenhaft angehangen hatten, und vor allem die katholische Welt für solche Haltungen erst gewinnen musste. Um die Kirche für die Demokratie zu gewinnen, musste diese erst ihre Zustimmung zur Democrazia Cristiana geben, und das stand im Augenblick der Gründung der zur Democrazia Cristiana noch keinesfalls fest. Es war das Verdienst De Gasperis – so wiederum Scoppola – dieses schwierige Unternehmen zum Erfolg gebracht zu haben: »einerseits nämlich zu vermeiden, dass die Unterstützung der katholischen Welt und der Mittelschicht verloren ging, und andererseits zu verhindern, dass die Partei ihre Seele aufgeben würde, was schlicht und einfach die Rückkehr zur gemäßigt klerikalen Linie der Epoche Giolitti bedeutet hätte«³⁷.

Besondere Aufmerksamkeit widmet Scoppola der kurzen Zeit der Zusammenarbeit zwischen den drei großen Parteien. Als das Buch erschien, glaubten viele, der Autor habe damit seine Unterstützung zum Ausdruck bringen wollen für die von 1976 an neu erfahrene nationale Solidarität und einladen wollen zur Wiederaufnahme eines fruchtbaren Gesprächs zwischen Katholiken und Kommunisten, das dreißig Jahre vorher unterbrochen worden war.³⁸ De Gas-

33 Ebda., S. 68.

34 P. SCOPPOLA, *La proposta politica* (wie Anm. 17), hieraus die Zitate.

35 Ebda., S. 94.

36 Ebda., S. 95.

37 Ebda., S. 159.

38 Vgl. zum Beispiel A. DEL NOCE, »De Gasperi e il comunismo«, in *Il Tempo*, 26 giugno 1977, der Scoppola beschuldigte, besessen zu sein von der Suche nach den schwachen Spuren einer Öffnung De Gasperis zum Kommunismus.

peri war nach dieser Darstellung mehr der Mann der Dreiparteienherrschaft als der Mann des Zentrismus. Später stritt Scoppola ab, dass seine Arbeit in politischer Absicht geschrieben worden sei.³⁹ Doch stand er zweifellos unter dem Einfluss des besonderen Klimas jener Jahre. Das wusste Scoppola übrigens auch selbst, denn in einem Interview aus der Zeit hatte er gesagt: »Das Wissen des Historikers hat immer Bezug auf Vergangenheit und Gegenwart. Es ist bedingt durch die Gegenwart, in der der Historiker lebt, durch die Erschütterungen und Probleme, die ihn mitbetreffen, und damit auch durch das Bild, das die Politik bietet.«⁴⁰

Eine ähnliche Kritik – nämlich versucht zu haben, die historische Darstellung in den Dienst des politischen Augenblicksgeschehens zu stellen – erfuhr das Bändchen von Lorenzo Bedeschi⁴¹, der die Jugendjahre De Gasperis untersuchte und insbesondere die Kontakte, die ihn mit einer in der Geschichte der katholischen Bewegung so umstrittenen Persönlichkeit wie Don Romolo Murri verbanden. Der Arbeit als Anhang beigefügt sind die Briefe, die der junge Trientiner De Gasperi an den Priester aus den Marken gerichtet hatte. Mancher wollte in der Darstellung Bedeschis den Versuch ausmachen, einen De Gasperi zu zeichnen, der den fortschrittlichen Richtungen im Katholizismus wohlwollend gegenübersteht, und darin eine durchsichtige Anspielung auf das zeitgenössische Geschehen erblicken. Dies in einer Zeit, anfangs der siebziger Jahre, als einzelne und auch ganze katholische Organisationen »nach links abdrifteten«. Bedeschi wollte aber nur klarstellen, dass De Gasperi Sympathien für das demokratische Christentum Murris empfunden hatte, aber seinen reformatorischen Enthusiasmus nicht teilte, und sich von ihm nach der Verurteilung des Modernismus durch die Enzyklika Pius' X. *Pascendi Dominus* distanzierte. Nach Feststellung Giorgio Tupinis wollte De Gasperi später nicht mehr über seine Beziehungen zu Murri sprechen, weil ihn die »Entwicklung der Persönlichkeit« des Priesters aus den Marken so sehr enttäuscht hatte.⁴²

Es wurde schon angemerkt, dass die Zeitgeschichtsschreibung zu ihrem großen Teil in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre durch eine intensive Ideologisierungsphase ging, mit Auswirkung besonders auf die Arbeit über die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und speziell über die katholische Welt und die

39 P. SCOPPOLA, *Prefazione alla terza edizione*, in: P. SCOPPOLA, *La proposta politica* (wie Anm. 17), S. 5.

40 *Intervista con Pietro Scoppola*, in: *De Gasperi tra politica e storiografia*, Rom 1977, S. 15–16.

41 LORENZO BEDESCHI, *Il giovane De Gasperi e l'incontro con Romolo Murri*, Mailand 1974. Zu den Beziehungen zwischen Murri und De Gasperi vgl. auch G. FAUSTINI, *Il convegno di Molveno del 1907 e il modernismo nel Trentino*, in: *Studi trentini di scienze storiche* 1976, no. 2, S. 174–199.

42 GIORGIO TUPINI, *De Gasperi. Una testimonianza*, Bologna 1990, S. 18.

Democrazia Cristiana. Letztere wurde gesehen als ein »weltlicher Arm« der Kirche⁴³, als die Partei, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die imperialistischen Interessen der Vereinigten Staaten⁴⁴ zufrieden zu stellen, als Sprachrohr der bürgerlichen Klasse und der Interessen der Kapitalisten⁴⁵, als Partei, welche den »Zusammenschluss von Landwirten und Mittelschicht«⁴⁶ garantieren sollte. Auch die speziell De Gasperi gewidmeten Arbeiten aus jener Zeit waren für dieses Klima empfänglich. Einerseits wurde eine vom Gedankengut des »Partito d'Azione« bestimmte Deutung wieder stärker, nach der der Sturz der Regierung Parri und die Regierungsübernahme durch De Gasperi eine wirkliche Erneuerung der italienischen Gesellschaft verhindert habe, weil damit diejenigen Kräfte wieder an die Macht gelangt seien, die zum Aufstieg des Faschismus beigetragen hätten. Piscitelli⁴⁷ und Mercuri⁴⁸ vertreten diese These, wenngleich nicht ohne wichtige Unterschiede untereinander, und sie beziehen die kommunistische Partei in die Verantwortung hierfür mit ein. Das war schon 1949 von Leo Valiani gesagt und von ihm 1955⁴⁹ wiederaufgenommen worden. Gambino⁵⁰ verlegt in einer sehr wichtigen, auf beeindruckende und überwiegend mündliche Überlieferung gestützten Forschungsarbeit den Anfang dieser »Restauration« noch weiter zurück, bis zum Fall des Faschismus und der Berufung der Regierung Badoglio. Aber er gibt zu, dass sich die gemäßigte Restauration in der Regierung De Gasperi noch am ehesten wiederfand.

Im selben Zeitraum kam eine als »neomarxistisch« definierte Deutung auf, welche als Grundmotiv für De Gasperis Handeln während seines gesamten politischen Lebens zunächst seinen Antisozialismus, später den Antikommunismus sah. Guido Quazza spricht von einem »kompakten Antikommunismus«, genährt

43 Vgl. Giovanni MICCOLI, *Chiesa, partito cattolico e società civile*, in: *L'Italia contemporanea. 1945–1975*, hg. von Valerio CASTRONOVO, Turin 1976, S. 203. Dieses Ergebnis sei auch wegen zahlreicher Vertreter der Katholischen Aktion in der DC zustande gekommen, »die an jene bereitwillige Unterwerfung unter die Hierarchie gewöhnt waren, welche einen – nicht nur psychologischen – Wesenszug in ihrer Bildung ausmachte«.

44 Vgl. Severino GALANTE, *La scelta americana della DC*, in: *La Democrazia cristiana dal fascismo al 18 aprile*, hg. von Mario ISNENGI und Silvio LANARO, Venedig 1978, S. 112–163.

45 Vgl. C. GIOVANNINI, *La DC dalla fondazione al centro-sinistra, 1943–1962*, Florenz 1978, und Paride RUGAFIORI, *Repubblica: la vicenda politica*, in: *Storia d'Italia* 3, hg. von Fabio LEVI, Umberto LEVRA und Nicola TRANFAGLIA, Florenz 1978, S. 1009–1018.

46 P. FARNETI, *I partiti politici e il sistema di potere*, in: *L'Italia contemporanea* (wie Anm. 43), S. 68.

47 Enzo PISCITELLI, *Da Parri a De Gasperi. Storia del dopoguerra 1945–1948*, Mailand 1975.

48 Lamberto MERCURI, *1943–1945. Gli alleati e l'Italia*, Neapel 1975.

49 Vgl. Leo VALIANI, *L'avvento di De Gasperi*, Florenz 1949, und L. VALIANI, *Il problema politico della nazione italiana*, in: *Dieci anni dopo. 1945–1955*, Bari 1955, beide abgedruckt in: L. VALIANI, *L'Italia di De Gasperi (1945–1954)*, Florenz 1982.

50 Antonio GAMBINO, *Storia del dopoguerra. Dalla liberazione al potere DC*, Bari 1975.

aus dem Glauben und aus der Vernunft.⁵¹ Auch andere Autoren sehen bei De Gasperi einen tief verwurzelten Konservatismus. Sie sehen als Grundlage seinen Glauben an Gott, aber auch das Drängen des Vatikans und der Vereinigten Staaten. Es gab sogar Stimmen, die aus voreingenommener Deutung dessen, was er in der »Illustrazione Vaticana« veröffentlicht hatte, zu verstehen gaben, dass es den Ansatz zu einem Zurückweichen oder wenigstens ein wohlwollendes Gewähren lassen im Verhältnis De Gasperis zum Nazismus gegeben habe.⁵²

In Anbetracht des politischen und historiographischen Klimas im Italien der siebziger Jahre kann es nicht wundernehmen, dass die ausgewogensten Arbeiten jener Jahre Einzelaspekten des Wirkens De Gasperis galten, weil sie genau und gründlich erforscht und dokumentiert sein mussten. Hier ist zu nennen das Buch von Umberto Corsini⁵³, der dem alten Streit darüber, ein wie guter Italiener De Gasperi denn gewesen sei, ein Ende setzen wollte. Er schloss zwar jede Tendenz zum Irredentismus aus, hob aber gleichzeitig hervor, dass dies nun wirklich nicht bedeute, dass er ein Parteigänger Österreichs gewesen sei. De Gasperi interessierten vor allem die Nöte seiner Trientiner, die er im Parlament in Wien vertrat, und er begriff, dass ein Krieg zwischen Italien und Österreich für seine kleine Heimat verheerend sein würde. So hoffte er bis zum letzten, ihn verhindern zu können, und handelte entsprechend. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde De Gasperi, der »vor allem in staatlichen und weniger in nationalen Kategorien dachte«, ein loyaler Bürger des italienischen Staates, in welchem er nun »seine religiösen und sozialen Zielvorstellungen«⁵⁴ zu verteidigen hatte. Der Band von Corsini stach also in einer für die italienische Geschichtsschreibung nicht einfachen Zeit hervor, weil er keine sterile Polemik pflegte, sondern auf der Grundlage von Dokumenten die Tatsachen rekonstruierte und die Beweggründe zu verstehen suchte.

Die Wende der achtziger Jahre

Das Buch von Corsini und auch eine ausgewogene biographische Zusammenfassung von Luigi Lotti⁵⁵ hatten eine Art Vorläuferrolle in Bezug auf das, was dann in der Geschichtsschreibung über die katholische Bewegung als »Wende

51 Guido QUAZZA, *Resistenza e storia d'Italia*, Mailand 1976, S. 413–414.

52 Pier Giorgio ZUNINO, *Saggio introduttivo*, a *Scritti politici di Alcide De Gasperi*, hg. von P. G. ZUNINO, Mailand 1979, S. 49. Die einengenden Umstände, unter denen De Gasperi schreiben mußte, kannte indessen Enzo FORCELLA, *Celebrazione di un trentennio*, Mailand 1974, S. 179–198.

53 Umberto CORSINI, *Il colloquio Degasperis Sonnino. 16 marzo 1915. I cattolici trentini e la questione nazionale*, Trient 1975.

54 Ebda., S. 9

55 Luigi LOTTI, *Alcide De Gasperi*, in: *I personaggi della storia contemporanea*, hg. von Romain RAINERO, Mailand 1975, S. 227–267.

der achtziger Jahre« bezeichnet wurde.⁵⁶ Diese Wende trat auch bei den Arbeiten über De Gasperi ein. Zunehmend befassten sich nun die wissenschaftlichen Untersuchungen mit thematischen Details, denn die erwähnte Veränderung des Klimas in Politik und Geschichtsschreibung erlaubte eine leidenschaftslosere und ausgeglichene Annäherung. Das zeigt auch ein historiographischer Aufsatz von Maurizio Pieretti. Er untersucht das Schrifttum zu De Gasperi von der Trientiner Zeit bis zum Wahljahr 1948 und verweist auf offene Fragen und mögliche Wege der Forschung.⁵⁷

Unter die ersten Anzeichen des Klimawechsels fielen zwei bedeutende Tagungen, die 1979 und 1982 in Trient stattfanden. Das Italienisch-deutsche Historische Institut in Trient widmete 1979 Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi eine Studienwoche. Sie stand unter dem Leitgedanken, dass beide in ihrem Umfeld eine »Wiederbegründung der Demokratie«⁵⁸ bewirkt haben. Ruggero Moscati hob ab auf die Begabung De Gasperis als Vermittler zwischen denen, die ungestüm die Zukunft vorweg bestimmen wollen, und denen, die sich nur widerwillig neuen Herausforderungen stellen.⁵⁹ Alberto Monticone zeichnete den Bildungsweg De Gasperis nach, um so seine politischen Entscheidungen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg besser verstehen zu können,⁶⁰ und arbeitet seine außerordentliche Fähigkeit heraus, zwischen dem demokratischen Katholizismus und der Vorstellung von »christlicher Kultur« zu vermitteln. Giovanni Aliberti betrachtete – frei vom erstickenden ideologischen Druck der vorangegangenen Jahre – die Wirtschaftspolitik der Regierungen De Gasperis und hob die Bedeutung der wirtschaftsliberalen Wende für die ökonomische Entwicklung des Landes hervor.⁶¹ Pietro Pastorelli befreite die Europapolitik De Gasperis aus den Fesseln der Hagiographie und gab ihr eine realistischere Deutung auf historischer Grundlage.⁶²

1982 fand, wiederum in Trient, eine zweite Tagung zur Biographie De Gasperis zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und der Zeit nach dem Ersten

56 Vgl. Alfredo CANAVERO, *Cinquant'anni di storiografia sul »movimento cattolico« italiano*, in: *Mezzo secolo di ricerca storiografica sul movimento cattolico in Italia dal 1861 al 1945: contributo a una bibliografia*, hg. von Eleonora FUMASI, Brescia 1995, S. 49.

57 Maurizio PIERETTI, *De Gasperi dall'esperienza giovanile nel Trentino alle elezioni del 18 aprile 1948: recenti tendenze storiografiche*, in: *Ricerche storiche* 1979, no. 2–3, S. 505–532.

58 *Konrad Adenauer e Alcide De Gasperi: due esperienze di rifondazione della democrazia. Atti della settimana di studio, 10–15 settembre 1979*, hg. von Umberto CORSINI und Konrad REPGEN, Bologna 1984.

59 Ruggero MOSCATI, *Alcide De Gasperi e la fondazione della Repubblica italiana*, in: *Konrad Adenauer e Alcide De Gasperi* (wie Anm. 58), S. 13–27. Das Zitat findet sich auf S. 19.

60 Alberto MONTICONE, *Alcide De Gasperi e la scelta politica per la democrazia occidentale*, ebda., S. 55–78.

61 Giovanni ALIBERTI, *Lo sviluppo difficile: la politica economica dell'età degasperiana e il Mezzogiorno*, ebda., S. 205–248.

62 Pietro PASTORELLI, *La politica europeistica di De Gasperi*, ebda., S. 295–362.

Weltkrieg statt, einer Lebensperiode, der sich außer Carrillo vorher nur wenige andere Wissenschaftler angenommen hatten.⁶³ Die Rolle De Gasperis in der Geschichte der Trientiner Gesellschaft an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wurde dabei deutlich herausgearbeitet. Minuziöse Archivforschungen (zum Teil im Familienarchiv De Gasperi) verdeutlichten die religiöse Prägung De Gasperis, die wesentlich ist für das Verständnis seines späteren politischen Handelns,⁶⁴ und beleuchteten seine Rolle bei der Herausbildung einer selbständigen politischen Gruppierung der Trientiner Katholiken⁶⁵ sowie beim schwierigen Übergang des Trentino vom Habsburgerreich an Italien.⁶⁶

Im selben Jahr erschien auch die von Giorgio Campanini für das Nachschlagewerk *Dizionario storico del movimento cattolico in Italia*⁶⁷ geschriebene Biographie, in der er dem Trientiner Staatsmann das Verdienst zusprach, »Italien, das noch durchsetzt war von der rückwärtsgewandten Sehnsucht nach dem Autoritarismus«, und insbesondere die katholische Welt dazu gebracht zu haben, »den Weg und das Gesetz der Demokratie zutiefst anzunehmen«⁶⁸.

Neue Beiträge zu De Gasperi erschienen zwischen 1987 und 1989 mit den fünf Bänden der *Storia della Democrazia Cristiana*, besorgt von Francesco Malgeri⁶⁹, die der Persönlichkeit des Trientiners natürlich viel Raum widmeten. Die verschiedenen Beiträge zeigen, dass die Geburt der Democrazia Cris-

63 Über die Bücher zur Geschichte der italienischen Volkspartei hinaus wie Edith PRATT HOWARD, *Il Partito Popolare Italiano*, Florenz 1957, und Gabriele DE ROSA, *Storia del movimento cattolico in Italia II: Il Partito popolare italiano*, Bari 1966, sowie Giuseppe SPATARO, *De Gasperi e il PPI*, Rom 1971, vgl. die Artikel von Ruggiero MOSCATI, *La giovinezza di De Gasperi*, in: *Clio* 1966, no. 4, S. 456–471, *De Gasperi e il Trentino*, in: *La nuova Antologia* 1974, S. 173–182, *De Gasperi nel primo dopoguerra. Appunti e ricerche: la battaglia per il Trentino*, in: *Clio* 1975, no. 1–4, S. 51–75, *De Gasperi nel Parlamento austriaco*, in: *La nuova Antologia* 1976, S. 20–44, und von Elena AGA-ROSSI, *Alcide De Gasperi nel Partito Popolare*, in: *Il movimento di liberazione in Italia*, 1969, S. 3–34. Manch nützlicher Hinweis auch bei M. DEMATTE' [G. MATTEI], *Alcide De Gasperi all'alba del XX secolo*, Trient 1962.

64 Vgl. Annibale ZAMBARBIERI, *Appunti sulla formazione spirituale del giovane De Gasperi*, in: *De Gasperi e il Trentino tra la fine dell'800 e il primo dopoguerra*, Trient 1985, S. 379–418.

65 Giorgio VECCHIO, *De Gasperi e l'Unione Politica Popolare nel Trentino (1904–1914)*, ebda., S. 509–592.

66 Alfredo CANAVERO, *De Gasperi e l'Italia nel primo dopoguerra (1919–1921)*, ebda., S. 697–760.

67 Giorgio CAMPANINI, Art. *De Gasperi, Alcide*, in: *Dizionario storico del movimento cattolico in Italia 1860–1980, II: I protagonisti*, Casale Monferrato 1982, S. 157–168.

68 Ebda., S. 166. Im selben Sinn vgl. Gabriele DE ROSA in: *De Gasperi, cento anni: un uomo, un'idea, una terra*, Trient 1981.

69 *Storia della Democrazia Cristiana*, hg. von Francesco MALGERI. Die Bände, die von De Gasperi handeln, sind I: *Dalla resistenza alla repubblica 1943–1948*, und II: *De Gasperi e l'età del centrismo 1948–1954*, Rom 1987.

tiana nicht zustande kam aufgrund einer »Vereinigung um einen präzisen zentralen Kern«, sondern aufgrund eines fortschreitenden Zusammenschlusses verschiedener Initiativen und Gruppierungen um De Gasperi⁷⁰, dem eine zentrale Rolle bei der Gründung der Partei zufiel. Über diesen Aspekt hatte schon Gabriella Fanello Marcucci⁷¹ geforscht und dabei die Unterlagen von Giuseppe Spataro benutzt. Ihr Buch stellt der gelehrten Welt erstmals fast achtzig Briefe De Gasperis an Spataro zur Verfügung, welche dieser nur zum Teil für sein schon erwähntes Werk »I democratici cristiani dalla dittatura alla repubblica« benutzt hatte, sowie zahlreiche Protokolle von den Zusammenkünften des römischen Untergrundausschusses für die Befreiung.

Francesco Malgeri stellte in einem langen Aufsatz über die Jahre der aus Parteien der Mitte gebildeten Regierungen De Gasperis besonders dessen klare Sicht der Demokratie heraus, die ihn daran hinderte, in die Alternative »Revolution – Reaktion« zu verfallen, und die ihn stets eine ausgewogene Position in der Mitte einnehmen ließ.⁷² Dieser Zentrismus war, wie Guido Gonella in einem schon einige Jahre vorher erschienen Aufsatz anmerkte, als eine Synthese von Werten zu verstehen und nicht als Kompromisspolitik. Die Mitte bedeutete für De Gasperi den Gegensatz zur Anarchie und zum Despotismus, zum Kommunismus und zum Faschismus.⁷³ Die Mitte bedeutete für De Gasperi ein nicht leicht zu erzielendes politisches Gleichgewicht zwischen rechts und links, Distanz zu den Gefahren, welche die junge und zerbrechliche Demokratie Italiens meiden musste.

Auch die Schriften von Persönlichkeiten, die De Gasperi gekannt und mit ihm zusammengearbeitet hatten, verloren mit fortschreitender Zeit zunehmend den Charakter von Heiligenlegenden und boten zunehmend die Sicht von Insidern auf Ereignisse, die noch wenig bekannt waren. Bei dieser Memoirenliteratur sind besonders erwähnenswert die zahlreichen Veröffentlichungen von Giulio Andreotti⁷⁴ und ein Band von Giorgio Tupini⁷⁵, der interessante Anmerkungen über den Charakter De Gasperis enthält und verdeutlicht, worin er sich von anderen italienischen Politikern unterschied.

70 *Storia della Democrazia Cristiana* (wie Anm. 59), vol. I, S. 7.

71 Gabriella FANELLO MARCUCCI, *Alle origini della Democrazia Cristiana. 1929–1944. Dal carteggio Spataro – De Gasperi*, Brescia 1982.

72 F. MALGERI, *De Gasperi e l'età del centrismo* (wie Anm. 69), S. 3–249.

73 Guido GONELLA, *Alcune considerazioni sulla dottrina politica di De Gasperi*, in: *Humanitas* 1981, S. 531.543.

74 Giulio ANDREOTTI, *De Gasperi e la ricostruzione*, Rom 1974, und: *Gasperi visto da vicino*, Mailand 1986.

75 G. TUPINI, *De Gasperi. Una testimonianza* (wie Anm. 42). Aber vgl. auch vom selben Autor *Alcide De Gasperi (1881–1954). Un popolare mitteleuropeo*, Urbino 1995.

Außen- und Europapolitik

Das neue Klima der achtziger Jahre in Politik und Geschichtsschreibung erlaubte es, mit größerer Aufmerksamkeit und ohne Leidenschaft die Rolle De Gasperis in der Außen- und Europapolitik Italiens zu würdigen. Mit der Europa- und Außenpolitik war in den siebziger Jahren am häufigsten die Entfernung der Linksparteien aus der Regierung im Frühjahr 1947 begründet worden. Man fragte sich, ob diese Entscheidung auf Druck der Vereinigten Staaten zustande gekommen sei oder ob De Gasperi dem gemäßigten »Führungsblock« zu Gefallen sein wollte. Leicht zu verstehen, dass dies wieder Fragen waren, für die es schon fertige Antworten gab, je nach den Vorurteilen des jeweiligen Autors. Die Untersuchungen von Barucci⁷⁶, Giovagnoli⁷⁷, Di Nolfo⁷⁸, die aus verschiedenen italienischen und ausländischen Quellen schöpften, beleuchteten die Komplexität der Fragen, die man sicher nicht mit einfachen Formeln nach manichäischer Denkart, sondern nur mit gründlicher Analyse beantworten konnte. Die genannten Arbeiten ergaben das Bild eines De Gasperi, der realistisch die Grenzen des eigenen Handelns sah, aber entschlossen war, sie für sein politisches Vorhaben eines Wiederaufbaus des Landes extensiv zu nutzen. Nach gründlichen Forschungen im Nationalarchiv Washington konnte Ottavio Barié nachweisen, dass De Gasperi sich auf eine amerikanische Initiative hin 1947 zu einem Besuch in die Vereinigten Staaten begab.⁷⁹ Die Reise ermöglichte es, eine besondere Beziehung mit den Vereinigten Staaten aufzubauen. Das war der Beginn »seines Wegs nach Westen«⁸⁰.

In jüngerer Zeit hat Nico Perrone⁸¹ die These wieder aufgegriffen – und dabei eine große Anzahl nicht veröffentlichter Quellen auf nicht immer überzeugende Weise angeführt –, dass De Gasperi ohne große Bedenken die »volle und unkontrollierte Herrschaft« der Vereinigten Staaten akzeptiert und

76 Piero BARUCCI, *Ricostruzione, pianificazione, Mezzogiorno. La politica economica in Italia dal 1943 al 1955*, Bologna 1978 (besonders S. 127–143).

77 Agostino GIOVAGNOLI, *Le premesse della ricostruzione. Tradizione e modernità nella classe dirigente cattolica del dopoguerra*, Mailand 1982 (besonders S. 365–443).

78 Ennio DI NOLFO, *Sistema internazionale e sistema politico italiano: interazione e compatibilità*, in: *La crisi italiana*, hg. von Luigi GRAZIANO und Sidney TARROW, vol. I: *Formazione del regime repubblicano e società civile*, Turin 1979, S.79–112, und E. DI NOLFO, *Le paure e le speranze degli italiani (1943–1953)*, Mailand 1986.

79 Ottavio BARIE, *L'inizio del cammino verso occidente. Il viaggio di De Gasperi negli Stati Uniti nel gennaio 1947*, in: *Studi trentini di scienze storiche* 1993, no. 4, S. 675–706. Zu den verschiedenen Beurteilungen der Bedeutung der Reise in der Geschichtsschreibung siehe besonders Fußnote 59 (auf S. 706).

80 Ebda., S. 704.

81 Nico PERRONE, *De Gasperi e l'America. Un dominio pieno e incontrollato*, Palermo 1995.

auf eine eigene Außenpolitik verzichtet habe. Der einzige »Aktivposten in der diplomatischen Bilanz De Gasperis«⁸² sei nach Perrone die Forderung nach einer gegenüber den amerikanischen Interessen eigenständigen Erdölpolitik gewesen.

Auch das Urteil über die Europapolitik wurde jetzt neu gefasst. Bis in die achtziger Jahre hatte es geschwankt zwischen der unkritischen Formel von De Gasperi als dem »Vater Europas«⁸³ und der Meinung, De Gasperi sei ein Lakai der Vereinigten Staaten oder des Vatikan gewesen. Pietro Pastorelli zeigt nun mit einer auf Quellen gestützten Untersuchung, welch langen Weg De Gasperi ging, um vom einfachen Zuschauer bei einem Problem, das ihm für Italien nicht aktuell zu sein schien, zum »entschiedenen Verfechter der europäischen Einigung«⁸⁴ zu werden. Umberto Corsini hatte schon die Grundlage für die europäische Einstellung De Gasperis in seinem Erleben im habsburgischen Vielvölkerreich gesucht.⁸⁵ Der Autor dieser Zeilen hat dann in der Folgezeit das Thema wieder aufgegriffen und auch die Bedeutung der religiösen Bildung De Gasperis und seine Zeit im Vatikan betont, der in der Zeit zwischen den Weltkriegen für Europa einen Beobachtungspunkt von erstrangiger Bedeutung darstellte.⁸⁶ Daniela Preda hat mit großer Gründlichkeit De Gasperis Bemühen untersucht, aus dem Vorhaben einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft den ersten Kern eines europäischen Bundesstaates werden zu lassen, wobei er eng zusammenarbeitete mit den italienischen »Federalisti«, besonders mit Spinelli und Carandini.⁸⁷

Zur Außenpolitik De Gasperis und speziell zur Entscheidung für die atlantische Allianz wurden wichtige Forschungen vorgelegt von Agostino Giovag-

82 Ebda., S. 247.

83 Der Ausdruck ist nicht ganz untergegangen. Vgl. zum Beispiel Elisabeth ARNOULX DE PIREY, *De Gasperi. Le père italien de l'Europe*, Paris 1991.

84 Vgl. *La politica europeistica di De Gasperi*, in: Pietro PASTORELLI, *La politica estera italiana del dopoguerra*, Bologna 1987, S. 145–208. Das Zitat auf S. 204. Pastorellis These wurde zum ersten Mal beim Seminar vorgetragen, welches das italienisch-deutsche Historische Institut von Trient im September 1979 veranstaltete.

85 Umberto CORSINI, *Prime manifestazioni di internazionalismo nel pensiero di A. De Gasperi. Stati – Nazioni – Mitteleuropa – Europa*, in: *Genesi della coscienza internazionalista dei cattolici fra '800 e '900*, Padua 1983, S. 285–329. Vgl. auch Umberto CORSINI, *Attualità del pensiero di Alcide De Gasperi su l'Unità europea: lettura del prof. Umberto Corsini dell'Università di Venezia, 19 agosto 1989*, Centro studi De Gasperi, Borgo Valsugana 1991.

86 Vgl. Alfredo CANAVERO, *De Gasperi, la Democrazia Cristiana italiana e le origini dell'Europa unita*, in: *Bollettino dell'Archivio per la storia del movimento sociale cattolico in Italia* 1996, no. 2, S. 237–256.

87 Vgl. Daniela PREDA, *De Gasperi, Spinelli e l'art.38 della CED*, in: *Il Politico* 1989, no. 4, D. PREDA, *Storia di una speranza. La battaglia per la CED e la Federazione europea nelle carte della Delegazione italiana (1950–1952)*, Mailand 1990, und D. PREDA, *Sulla soglia dell'Unione. La vicenda della Comunità politica europea (1952–1954)*, Mailand 1994.

noli⁸⁸, Brunello Vigezzi⁸⁹ und Guido Formigoni⁹⁰. Dagegen befasst sich der wichtige Aufsatz von Sergio Chille⁹¹ über die Einflüsse des Koreakriegs auf die italienische politische Lage mit einer Analyse des komplexen Verhältnisses zwischen Innen- und Außenpolitik und ihrer gegenseitigen Beeinflussung während der letzten Jahre der Ära De Gasperi. Der Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 zwang De Gasperi, die Reformprojekte seines sechsten Ministerkabinetts zurückzustellen, um im Sinne der »wehrhaften Demokratie mehr Mittel für die Militärausgaben freizumachen«. Der demokratische Staat sollte sich gegen den Kommunismus wie gegen autoritäre Lösungen verteidigen können. In diesem Rahmen sollte auch das neue Mehrheitswahlrecht kommen, um der zweiten Legislaturperiode eine stabile Regierung der Mitte zu sichern. Dieses Gesetz sollte nach Meinung einiger Autoren zu einer Demokratie mit wechselnden Mehrheiten führen, aber für Mario Rossi stellte es nur den Gipfelpunkt einer Reihe von Ausnahmegesetzen dar, welche die Regierungen De Gasperis in der ersten Legislaturperiode durchgesetzt hatten, und es hätte, wenn schon nicht zu einer »Aushöhlung der Demokratie«, doch wenigstens zu einer willkürlichen Auslegung der verfassungsmäßigen Garantien führen können.⁹²

Weiter sind in den achtziger Jahren einige Arbeiten zur Spiritualität De Gasperis erschienen. Don Franco Costa, ein Priester und Freund De Gasperis, hatte schon zu Recht gesagt: »Wer über das Leben Alcide De Gasperis schreibt, wird nicht nur die sozialen und politischen Vorstellungen studieren müssen, die ihn bewegten, und sein Handeln, sondern auch und vor allem seine Spiritualität«⁹³. Aus dieser Sicht hat sich die Tochter Maria Romana⁹⁴ mehrfach zu Wort gemeldet, und es ist dann eine Arbeit von Jean-Dominique

88 Agostino GIOVAGNOLI, *L'Italia nell' OEEC e le prospettive della politica estera degasperiana*, in: *De Gasperi e l'età del centrismo (1947–1953)*, Rom 1984, S. 371–398.

89 Vgl. Brunello VIGEZZI, *De Gasperi, Sforza, la diplomazia italiana fra patto di Bruxelles e patto atlantico*, in: *Storia contemporanea* 1987, S. 5–43, und B. VIGEZZI, *La politica estera italiana e le premesse della scelta atlantica. Governo, diplomatici, militari e le discussioni dell'estate 1948*, in: *La dimensione atlantica e le relazioni internazionali nel dopoguerra (1947–1949)*, hg. von B. VIGEZZI, Mailand 1987, S. 1–189.

90 Guido FORMIGONI, *Il mondo cattolico italiano e la »scelta occidentale« dopo le elezioni del 1948*, in: *La dimensione atlantica* (wie Anm. 39), S. 191–237 und *La democrazia cristiana e l'alleanza occidentale (1943–1953)*, Bologna 1996.

91 Sergio CHILLE, *I riflessi della guerra di Corea sulla situazione politica italiana negli anni 1950–1953: le origini dell'ipotesi degasperiana di »democrazia protetta«*, in: *Storia contemporanea* 1987, no. 5, S. 895–926.

92 Vgl. Mario G. ROSSI, *Una democrazia a rischio. Politica e conflitto sociale negli anni della guerra fredda*, in: *Storia dell'Italia repubblicana*, vol. I: *La costruzione della democrazia. Dalla caduta del fascismo agli anni cinquanta*, Turin 1994, S. 942.

93 Franco COSTA, *La spiritualità di De Gasperi*, in: Maria Romana DE GASPERI, *Mio caro padre*, Brescia 1979, S. 153.

94 Vgl. besonders M. R. DE GASPERI (wie Anm. 93).

Durand⁹⁵ erschienen, welche die Quellen christlicher Inspiration bei De Gasperi nachweist. Über seine kulturelle Bildung hat Fabrizio Rasera geforscht, der vor allem seine antisozialistische Ausprägung hervorhob.⁹⁶

Sehr viel weniger zahlreich sind dagegen die Arbeiten über De Gasperi in der Zeit des Faschismus, aber sie waren im vergangenen Jahrzehnt Anlass zu polemischen Stellungnahmen. Hier soll nur eine Schrift erwähnt werden, die sich auf Quellen im Besitz der Diözese Trient stützt. Aus ihnen geht hervor, dass sich der Bischof Celestino Endrici für De Gasperi eingesetzt hat, nachdem dieser wegen versuchten heimlichen Grenzübertritts verhaftet worden war.⁹⁷

Schriften und Quelleneditionen

Zum Thema gehört auch die Veröffentlichung von Schriften, Reden und Briefen De Gasperis. Seine historischen Reflexionen zum europäischen Katholizismus waren bereits unmittelbar nach Kriegsende erschienen.⁹⁸ Aber erst nach seinem Tod, der eine Welle der Betroffenheit hervorrief, erschienen Quellensammlungen, die allerdings recht zufällig, bruchstückhaft und unzusammenhängend und oft mit offensichtlich politischer Absicht veröffentlicht wurden. Den Anfang bildete eine Sammlung der in den dreißiger Jahren veröffentlichten Schriften.⁹⁹ Dann folgten die Briefe aus dem Gefängnis an seine Frau vom Ende der zwanziger Jahre¹⁰⁰ und einige politische Reden aus den Nachkriegszeit¹⁰¹, der anrührende Briefwechsel mit seiner Tochter, der Briefwechsel mit der Ordensschwester Lucia¹⁰² sowie einige Briefe, die er an Freunde aus Anlass der Lateranverträge gerichtet hatte¹⁰³.

Die Veröffentlichung von Schriften De Gasperis kam – nach strengeren Kriterien als vorher – anlässlich des zehnten Jahrestages seines Todes wieder in Gang. 1964 stellte Gabriele De Rosa eine Anthologie aus Schriften und Reden

95 Vgl. Jean-Dominique DURAND, *Alcide De Gasperi ovvero la politica ispirata*, in: *Storia contemporanea* 1984, no. 4, S. 545–591.

96 Fabrizio RASERA, *De Gasperi e il socialismo (1901–1921). Contributi biografici e filologici*, in: *Materiali di lavoro. Rivista di studi storici* 1984, no. 3, S. 3–45.

97 P. PICCOLI, *Di Alcide De Gasperi, delle persecuzioni fasciste e dell'aiuto prestatogli da mons. Celestino Endrici*, in: *Studi trentini di scienze storiche* 1987, no. 3, S. 291–306.

98 Alcide DE GASPERI, *I tempi e gli uomini che prepararono la Rerum Novarum*, Mailand 1945, und *Studi e appelli della lunga vigilia*, Rom 1946.

99 Alcide DE GASPERI, *I cattolici dall'opposizione al governo*, Bari 1955.

100 Alcide DE GASPERI, *Lettere dalla prigione, 1927–1928*, Mailand 1955.

101 Alcide DE GASPERI, *Discorsi politici*, hg. von T. BOZZA, Rom 1956 (II. Ausg. 1969).

102 L. DE GASPERI, *Appunti spirituali e lettere al padre*, hg. von Maria Romana DE GASPERI, Brescia 1968.

103 Alcide DE GASPERI, *Lettere sul Concordato*, Brescia 1970.

der Trientiner Zeit vor dem Ersten Weltkrieg¹⁰⁴ zusammen. Carlo Bellò veröffentlichte den Briefwechsel zwischen Alcide De Gasperi und Piero Malvestiti¹⁰⁵, sehr wertvolles Material zur Wirtschaftspolitik der Regierungen De Gasperis, das damit der Wissenschaft zugänglich ist, doch, wie man sagen muss, nicht häufig genutzt wird.

Neues Interesse für De Gasperi erwachte in den siebziger Jahren. Das Herannahen des zwanzigsten Jahrestages seines Todes, die zeitliche Distanz, die nun ausreichend schien für eine leidenschaftslosere geschichtliche Betrachtung und die Veröffentlichung neuer Quellen regten neue Arbeiten an. Jedoch gab vor allem das neue politische Klima, das sich im Italien dieser Jahre ausbreitete, dazu den entscheidenden Anstoß. Die Krise der Mitte-Links-Politik und Berlinguers Vorschlag zum »großen historischen Kompromiss«, die tiefgreifenden Veränderungen in der italienischen Gesellschaft, die sich symptomatisch im Ausgang des Referendums vom Mai 1974 äußerten, mit dem die Einführung der Scheidung in das italienische Recht sanktioniert wurde, die Besorgnisse, welche die terroristischen Anschläge und die immer neuen Gerüchte über einen Staatsstreich hervorriefen – all das waren Gründe für ein Überdenken der italienischen Geschichte der Nachkriegszeit beim Übergang vom Faschismus zur Demokratie und der Rolle, welche die Democrazia Cristiana und ihr unumstrittener Anführer Alcide De Gasperi dabei gespielt hatten.

Nachfolgende Jahrestage begünstigten die Veröffentlichung weiterer Quellen mit mehr oder weniger ausführlichen Einleitungen. So erschien 1973 die Sammlung der Parlamentsreden De Gasperis.¹⁰⁶ Kurz darauf erschienen die Akten über seine Verhaftung (im März 1927) und den Prozess, den ihm die Faschisten wegen »versuchten heimlichen Grenzübertritts«¹⁰⁷ gemacht hatten, sowie eine Auswahl von Schriften, die unter dem Pseudonym »Spectator« in der »Illustrazione Vaticana« zwischen 1933 und 1938¹⁰⁸ erschienen waren.

Die bedeutendste Veröffentlichung war jedoch die von seiner Tochter Maria Romana besorgte Briefsammlung.¹⁰⁹ Auch wenn die Auswahl vielen ein wenig

104 Alcide DE GASPERI, *I cattolici trentini sotto l'Austria. Antologia degli scritti dal 1902 al 1915 con i discorsi al Parlamento austriaco*, vol. I: 1902–1908, und II: 1909–1915, Rom 1964.

105 *Lettere al presidente. Carteggio De Gasperi – Malvestiti 1948–1953*, hg. von Carlo BELLÒ, Mailand 1964.

106 Alcide DE GASPERI, *Discorsi parlamentari*, 3 vols., Rom 1973.

107 Giuseppe ROSSINI, *De Gasperi e il fascismo*, Rom 1974.

108 Angelo PAOLUZI, *De Gasperi e l'Europa degli anni Trenta*, Rom 1974. Vgl. auch Guido GONELLA, *Con De Gasperi nella fondazione della DC (1930–1940)*, Rom 1978, und betreffend die Schriften über den spanischen Bürgerkrieg, A. M. GIRALDI, *Gli scritti di De Gasperi sulla guerra civile spagnola*, in: *Clio* 1974, no. 3–4, S. 465–500.

109 *De Gasperi scrive* (wie Anm. 31).

zufällig und unzusammenhängend erschien und mit Qualitätsunterschieden von Briefpartner zu Briefpartner sowie Ungenauigkeiten in der Textwiedergabe und Datierung behaftet ist, so trugen diese beiden Bände doch zu besserem Wissen über einige wichtige Ereignisse bei und wurden zu einer wesentlichen Quelle für Arbeiten über De Gasperi und die von ihm geprägte Epoche.

Zwischen historischer Quelle und Geschichtsschreibung anzusiedeln ist das unter dem Titel *Intervista su De Gasperi* veröffentlichte Gespräch, das Giulio Andreotti Ende 1976 Antonio Gambino¹¹⁰ gewährte. Im Verlauf des Interviews, dessen größter Teil sich mit zwei Perioden befasste, nämlich der des Aufstiegs zur Macht und jener des Endes der politischen Laufbahn De Gasperis, gab Andreotti weite Teile seiner Tagebucheintragungen wieder, vor allem die Seiten über die Treffen mit Togliatti und Nenni nach den Wahlen von 1953. Andreotti betonte auch, dass es das politische Ziel De Gasperis gewesen sei, die Schaffung einer demokratischen Alternative zur Democrazia Cristiana zu begünstigen. Eine solche Alternative konnte die kommunistische Partei nicht sein, wohl aber eine auf sozialdemokratischer Grundlage wiedervereinigte sozialistische Partei.¹¹¹ Ohne sie, versicherte Andreotti, würde es unvermeidlich »zu einer Verschlechterung im politischen Leben des Landes und zu einer Verschlechterung des parteiinternen Klimas auch bei der DC kommen«¹¹².

Weitere Dokumentensammlungen mit veröffentlichtem und nicht veröffentlichtem Material erschienen in der Folgezeit: 1979 eine Sammlung von Schriften und Reden zu Europa¹¹³; 1981 die vollständige Sammlung der Schriften zur internationalen Politik, die in der »Illustrazione Vaticana« zwischen 1933 und 1938¹¹⁴ erschienen waren; 1984 eine ganze Reihe von Briefen, die De Gasperi in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre an Jacini geschrieben hatte und die sich im Familienarchiv des letzteren fanden¹¹⁵; 1992 eine Anthologie von Artikeln De Gasperis aus »Il nuovo Trentino« von 1918 bis zum Januar 1926, als er gezwungen wurde, die Chefredaktion dieser Tageszeitung auf-

110 G. ANDREOTTI, *Intervista su De Gasperi* (wie Anm. 15).

111 Ebda., S. 163–164.

112 Ebda., S. 164.

113 Alcide DE GASPERI, *De Gasperi e l'Europa*, hg. von Maria Romana De Gasperi, Brescia 1979.

114 Alcide DE GASPERI, *Scritti di politica internazionale 1933–1938*, 2 vols., Città del Vaticano 1981.

115 *Lettere di Alcide De Gasperi a Stefano Jacini (1923–1931)*, hg. von R. GOSI, in: *Storia in Lombardia* 1984, no. 1, S. 145–184.

zugeben¹¹⁶, 1994 der Briefwechsel mit Don Romolo Murri¹¹⁷ und 1999 die Korrespondenz mit Sturzo¹¹⁸ und einige Briefe an seine Frau¹¹⁹.

Praktisch unmöglich ist es, alle Veröffentlichungen zu Ehren De Gasperis aufzuführen, die bei seinem Tode oder anlässlich von Jahrestagen seines Todes erschienen, auch wenn sie manchmal interessante Anmerkungen oder Zeugnisse enthalten, die noch wenig bekannte Aspekte seiner Biographie erhellen könnten. Ein erster, unvermeidlicherweise unvollständiger Versuch einer Auflistung ist 1980 von Maria Romana De Gasperi¹²⁰ gemacht worden.

Schluss

Zusammenfassend kann gesagt werden: Einer ersten Phase wenig wählerischer, parteigebundener Sichtweise und politischer Polemik folgte mit dem Erscheinen von Memoiren und Dokumentensammlungen eine Zeit, die eine leidenschaftslose und ausgewogene geschichtliche Darstellung De Gasperis möglich gemacht hätte. Doch ließ die ideologisierte Geschichtsschreibung der siebziger Jahre, die Waffen für den politischen Kampf zur Verfügung stellen wollte, die Polemik wieder ausbrechen. Die achtziger Jahre führten zurück zur Versachlichung. Aber es blieben in der Forschung doch weite Bereiche im Dunkel. Der Autor dieser Zeilen hat eine kurze biographische Studie vorgelegt und sich dabei der neuesten Zugänge in der Historiographie bedient.¹²¹ Aber sicherlich bleibt es schwierig, sich der Gestalt De Gasperis zu nähern, ohne sein eigenes Archiv zu Hilfe zu nehmen und das der DC. Durch Materialien in öffentlichen Archiven und Archiven einzelner Persönlichkeiten können beide Archive nur teilweise ersetzt werden.

Alcide De Gasperi zählt zweifellos zu den wichtigsten Persönlichkeiten in der jüngeren Geschichte Italiens und des zeitgenössischen Europas. Es ist deshalb bedauerlich, dass fast fünfzig Jahre nach seinem Tod eine umfassende Darstellung, die sein Leben und Wirken *sine ira et studio* würdigt, immer noch fehlt.

116 Alcide DE GASPERI, *Le battaglie del Partito Popolare. Raccolta di scritti e discorsi politici dal 1919 al 1926*, hg. von Paolo PICCOLI und Armando VADAGNINI, Rom 1992.

117 Murri, Sturzo, *De Gasperi: ricostruzione storica ed epistolario (1898–1906)*, hg. von Lorenzo BEDESCHI, Cinisello Balsamo 1994.

118 Carteggio, 1920–1953. Luigi Sturzo, *Alcide De Gasperi*, hg. von G. ANTONAZZI, Brescia 1999.

119 Alcide DE GASPERI, *Cara Francesca. Lettere*, hg. von Maria Romana DE GASPERI, Brescia 1999.

120 *Alcide De Gasperi. Bibliografia. Gli scritti di De Gasperi, la sua figura e la sua opera nella stampa italiana ed estera dal 1922 al 1978*, hg. von Maria Romana DE GASPERI, Brescia 1980, S. 23–46.

121 Alfredo CANAVERO, *Alcide De Gasperi. Il trentino che ricostruì l'Italia e fondò l'Europa*, Mailand 1997.

Den Bau des »europäischen Hauses« vollenden. Die Europapolitik Ludwig Erhards (1963–1966)

Von Ulrich Lappenküper

»Funktionale Integration« der Volkswirtschaften des ganzen freien Europa

Als Ludwig Erhard¹ am 16. Oktober 1963 zum zweiten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde, trat in der Fortführung der Bonner Europapolitik kein Kurswechsel, aber eine Klimaveränderung ein. Gewiss, die Vorstellungen des neuen Regierungschefs über die Gestaltung einer freien europäischen Ordnung² wiesen durchaus Berührungspunkte mit denen seines Vorgängers auf. Wie Konrad Adenauer³ begriff Erhard Europa als geistige Einheit; beide erkannten, dass der Subkontinent seine Rolle als politischer Mittelpunkt der Welt nach 1945 verloren hatte, dass seine Kräfte nicht ausreichten, um sich vor äußerer Bedrohung zu schützen. Übereinstimmend meinten sie, die politisch-wirtschaftliche Organisation Europas müsse den veränderten Gegebenheiten angepasst werden. Einmütig vertraten sie die Auffassung, man könne dessen Einigung nicht ohne Lösung der »deutschen Frage« erreichen.

1 Zu Person und Politik Erhards vgl. Michael K. CARO, *Der Volkskanzler Ludwig Erhard*, Köln–Berlin 1965; Klaus HILDEBRAND, *Ludwig Erhard, 1897–1977*, in: Lothar GALL (Hg.), *Die großen Deutschen unserer Epoche*, Berlin 1985, S. 368–378; Volker HENTSCHEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, München–Landsberg am Lech 1996; Volkhard LAITENBERGER, *Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker*, Göttingen–Zürich 1986; Jess M. LUKOMSKI, *Ludwig Erhard. Der Mensch und der Politiker*. Aus dem Amerikanischen von Eva Bornemann, Düsseldorf–Wien 1965.

2 Ulrich LAPPENKÜPER, »Ich bin ein wirklich guter Europäer«. *Ludwig Erhards Europapolitik 1949–1966*, in: *FRANCIA* 18/3 (1991), S. 85–121; DERS., *Die Europapolitik Ludwig Erhards*, in: Günter RINSCHKE (Hg.), *Frei und geeint. Europa in der Politik der Unionsparteien. Darstellungen und Dokumente zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge*, Köln–Weimar–Wien 1997, S. 37–45; Horst WÜNSCHE, *Wirtschaftliche Interessen und Prioritäten. Die Europavorstellungen von Ludwig Erhard*, in: Rudolf HRBEK/Volker SCHWARZ (Hg.), *40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag, Dokumentation der Konferenz anlässlich des 90. Geburtstages von Dr. h.c. Hans von der Groeben*, Baden–Baden 1998, S. 36–49.

3 Winfried BAUMGART, *Adenauers Europapolitik 1945–1963*, in: RINSCHKE (wie Anm. 2), S. 13–36; Ulrich LAPPENKÜPER, *Adenauer, die CDU/CSU und Europa 1949–1963*, in: Jean Paul CAHN/Henri MÉNUDIER/Gérard SCHNEILIN (Hg.), *L'Allemagne et la construction de l'Europe (Questions de Civilisation)*, Paris 1999, S. 123–137.

Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer und Europa*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 27 (1979), S. 471–523; Werner WEIDENFELD, *Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers*, Bonn 1976.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten unterschieden sich die Europakonzeptionen beider Staatsmänner in ihren Grundprinzipien wie in ihren Zielen fundamental: Anders als Adenauer besaß Erhard ein äußerst schwieriges Verhältnis zur Macht, betrachtete sie als »gefährlich« und »brutal«.⁴ Außerdem erblickte er nicht in der Politik, sondern in der Wirtschaft das »Schicksal«.⁵ Überzeugt von dem Erfolg der von ihm kreierten sozialen Marktwirtschaft, sah er die Lösung der Weltprobleme daher in der Verwirklichung eines von Protektionismus befreiten Welthandels, beruhend auf einer offenen »Partnerschaft aller freien Nationen«⁶.

Als die europäische Einigung Anfang der fünfziger Jahre Schwung bekam, meldete der Bundeswirtschaftsminister trotz seiner Zustimmung im Prinzipiellen nicht unerhebliche Bedenken an. Den »Schuman-Plan« bezeichnete er als »wertvollen Beitrag zur wirtschaftlichen Integration Westeuropas«, warnte indes vor einer Reglementierung der Montanindustrie.⁷ Der von den Niederlanden im Rahmen der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) angelegten Zollunion brachte er massive Vorbehalte entgegen.⁸ Dass Adenauer sich im Zeichen der »relance européenne« Mitte der fünfziger Jahre einem institutionellen Integrationsansatz verschrieb, missfiel ihm, weil er supranationalen Behörden nicht zutraute, die von den Nationalstaaten abgetretenen Kompetenzen effektiv einzusetzen. Die Beschränkung auf bestimmte Sektoren bzw. auf einige wenige Staaten passte ihm nicht, da sie in seinen Augen einer »Atomisierung der binnen- und außenwirtschaftlichen Beziehungen« den Weg bereitete.⁹ Und anders als Adenauer glaubte Erhard auch nicht an den »spill-

4 Rede Erhards vor der Handelshochschule St. Gallen, 15. Jan. 1962, in: Walter HOCH (Hg.), *Ludwig Erhard. Wirken und Reden*, Ludwigsburg 1966, S. 166–185, hier S. 179.

5 Rede Erhards vor der 14. Vollversammlung des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 21. April 1948, in: DERS., *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*, Düsseldorf–Wien–Frankfurt/M. 1962, S. 38–61, hier S. 60.

6 J.M. LUKOMSKI (wie Anm. 1), S. 182.

7 Erhard an Adenauer, 11. Dez. 1950, in: *Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente 1949–1963*, hg. von Horst MÖLLER und Klaus HILDEBRAND [BDFD], Bd. 2, bearb. von Andreas WILKENS, München 1997, S. 647–650, hier S. 648.

8 Vgl. Hanns Jürgen KÜSTERS, *Der Streit um Kompetenzen und Konzeptionen deutscher Europapolitik 1949–1958*, in: Ludolf HERBST/Werner BÜHRER/Hanno SOWADE (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt*, München 1990, 335–370; Ulrich LAPPENKÜPER, *Von der »Erbfeindschaft« zur »Entente élémentaire«*. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich 1949–1963, Habilitationsschrift Universität Bonn 1998, Kap. III.2.1 u. III.2.2 passim.

9 Studie Erhards, März 1955, in: BDFD Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 712–728, hier S. 723. Vgl. Ulrich ENDERS, *Integration oder Kooperation? Ludwig Erhard und Franz Etzel im Streit über die Politik der europäischen Zusammenarbeit 1954–1956*. Dokumentation, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 45 (1997), S. 143–171; Tim GEIGER, *Ludwig Erhard und die Anfänge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, in: R. HRBEK/V. SCHWARZ (Hg.), *40 Jahre* (wie Anm. 2), S. 50–64; Hanns Jürgen KÜSTERS, *Die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von EWG- und EFTA-Gründung 1956–1958*, in: Rainer HU-

over-Effekt« zwischen der ökonomischen Einigung und der politischen Integration.¹⁰ Seine europapolitische Zauberformel lautete »funktionale Integration« der Volkswirtschaften des ganzen freien Europa: ein alle demokratischen Staaten des Kontinents umfassendes ökonomisches System, in dem die Regierungen nicht dem Diktat einer supranationalen Administration unterworfen, sondern durch sein inneres Ordnungsgefüge zur Kooperation geführt würden.¹¹

Als die sechs EGKS-Staaten im Sommer 1955 Beratungen über einen Gemeinsamen Markt und eine Vergemeinschaftung der europäischen Atomindustrie aufnahmen,¹² plädierte Erhard für ein großeuropäisches Freihandelsystem ohne gemeinsamen Außentarif.¹³ Dass der Kanzler die Integration mit den Nachbarn vor allem als »Sprungbrett« benutzte, »um überhaupt wieder in die Außenpolitik zu kommen«,¹⁴ konnte der Bundeswirtschaftsminister nicht nachvollziehen. Zwar beugte er sich 1956 dem Beschluss des Bundeskabinetts zur Einleitung von Regierungsverhandlungen über die Errichtung einer Wirtschafts- und Atomgemeinschaft.¹⁵ Doch widerrief er seine Zustimmung, als Frankreich Sonderkonzessionen durchzusetzen versuchte und Großbritannien die Gründung einer Freihandelszone (FHZ) anregte.¹⁶ Mit dem

DEMANN/Hartmut KAEUBLE/Klaus SCHWABE (Hg.), *Europa im Blick der Historiker. Europäische Integration im 20. Jahrhundert. Bewusstsein und Institutionen*, München 1995, S. 203–239; DERS., *Walter Hallstein und die Verhandlungen über die Römischen Verträge 1955–1957*, in: Wilfried LOTH/William WALLACE/Wolfgang WESSELS (Hg.), *Walter Hallstein. Der vergessene Europäer?* Bonn 1995, S. 81–105; U. LAPPENKÜPER, »Erbfeindschaft« (wie Anm. 8), Kap. IV.2.1 u. IV.2.2; Sven SEEFELDT, *Zur Genesis des europapolitischen Denkens Ludwig Erhard. Die Jahre 1955–1957*, in: Werner SCHOLZ (Hg.), *Aspekte der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen (1945–1957)*, Leipzig 1993, S. 63–90.

10 Rede Erhards vor dem Europa-Wirtschaftstag in Hannover, 3. Mai 1963, in: HOCH (wie Anm. 4), S. 229–246, hier S. 245 f.

11 Rede Erhards vor dem Klub »Les Echos« in Paris, 7. Dez. 1954, in: DERS., *Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 5), S. 253–259, hier S. 253; s. a. ders. an Adenauer, 13. Nov. 1954, in: BDFD Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 383 f.; H. WÜNSCHE (wie Anm. 2), S. 38 f.

12 Vgl. Hanns Jürgen KÜSTERS, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden–Baden 1982; Peter WEILEMANN, *Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründungsgeschichte von EURATOM (1955–1957)*, Baden–Baden 1993.

13 Artikel Erhards, in: *Deutsche Korrespondenz*, 21. Juli 1955, auch in: Ludwig ERHARD, *Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften*, hg. von Karl Hohmann, Düsseldorf–Wien–New York 1988, S. 442–445.

14 Adenauer an Erhard, 13 April 1956, in: *Adenauer. Briefe 1955–1957*, bearb. von Hans-Peter MENSING (Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe, hg. von Rudolf MORSEY und Hans-Peter SCHWARZ, Bd. 6), Berlin 1998, S. 184–189, hier S. 189.

15 Erhard an von Brentano, 26. Mai 1956, in: BDFD (wie Anm. 7), Bd. 1, bearb. von Ulrich LAPPENKÜPER, München 1997, S. 598–601.

16 Erhard an Adenauer, 25. Sept. 1956, in: BDFD Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 806–811; ders. an Hallstein, 2. Okt. 1956, in: ebd., S. 817–822; ders. an von Brentano, 4. Okt. 1956, im Auszug in: ebd., S. 823–825.

»bürokratisch manipulierten Europa«¹⁷ der 1957 unterzeichneten Römischen Verträgen wollte er nichts zu tun haben.

Nachdem ihm sein engagierter Einsatz für die FHZ nicht entlohnt worden war,¹⁸ appellierte Erhard Ende der fünfziger Jahre mit breiter innenpolitischer Unterstützung leidenschaftlich für einen »Brückenschlag« zwischen der EWG und der entstehenden Kleinen Freihandelszone (EFTA), namentlich zu Großbritannien.¹⁹ Geradezu euphorisch begrüßte er 1961 den Wunsch der Briten nach einem EWG-Beitritt²⁰ und die Bemühungen des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy um einen liberalisierten Welthandel. Entrüstet beobachtete er, wie Adenauer sich aus Misstrauen gegenüber der angelsächsischen Entspannungspolitik und Verärgerung über die den Europäern verweigerte Mitsprache in der Nuklearpolitik der NATO²¹ auf ein Programm zur klein-europäisch-politischen Zusammenarbeit mit Frankreich einließ und nach dem Scheitern dieser Bestrebungen im Januar 1963 eine Zweier-Allianz mit Charles de Gaulle schloss.²²

Erhard befürwortete die deutsch-französische Versöhnung als Eckpfeiler europäischer Einigkeit nur unter der Voraussetzung, dass sie eingebettet sei in ein »sich weitendes [...] Europa [...] in engster Verbindung zu der atlantischen Welt«.²³ Als de Gaulle die britische EWG-Mitgliedschaft Ende Januar torpedierte,²⁴ unterstellte er ihm, die Deutschen genauso unter sein Joch zu zwingen, wie Hitler es dreißig Jahre zuvor mit den Europäern getan ha-

17 Erhard an Etzel, 16. Nov. 1956, in: ebd., S. 833–836, hier S. 835.

18 Gabriele BRENKE, *Europakonzeptionen im Widerstreit. Die Freihandelszonen-Verhandlungen 1956–1958*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994), S. 595–633; H.J. KÜSTERS, *Europapolitik* (wie Anm. 9); U. LAPPENKÜPER, »*Erbfeindschaft*« (wie Anm. 8), Kap. IV.2.3 u. V.2.1.

19 Interview Erhards mit dem Westdeutschen Rundfunk, 5. Juli 1959, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* [Bulletin] 1959, S. 1225 f., hier S. 1226; Ludwig ERHARD, *Europäische Missverständnisse*, in: *Europäische Integration* 1 (1959), S. 3–8.

20 Erhard an Macmillan, 14. Aug. 1961, in: *Bulletin* 1961, S. 1473; Ansprache dess. im Quai d'Orsay, 10. Okt. 1961, in: L. ERHARD, *Gedanken* (wie Anm. 13), S. 709–711.

21 Christoph HOPPE, *Zwischen Teilhabe und Mitsprache. Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966*, *Nuclear History Program (NHP)*, Baden–Baden 1993; U. LAPPENKÜPER, »*Erbfeindschaft*« (wie Anm. 8), Kap. V.3.2 u. V.3.3; Dieter MAHNCKE, *Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954–1970*, Berlin–New York 1972.

22 Robert BLOES, *Le »Plan Fouchet« et le problème de l'Europe politique*, Brügge 1970; U. LAPPENKÜPER, »*Erbfeindschaft*« (wie Anm.8), Kap.V.2.3 u. V.4.2; *Du Plan Fouchet au Traité franco-allemand de janvier 1963*, in: *Revue d'Allemagne* 29 (1997), H.2.

23 Ludwig-Erhard-Stiftung [L-E-S], Nachlass [NL] Erhard, NE 96, Ansprache Erhards auf der 14. Spielwarenmesse in Nürnberg, 9. Febr. 1963.

24 Wolfgang HÖLSCHER, *Krisenmanagement in Sachen EWG. Das Scheitern des Beitritts Großbritanniens und die deutsch-französischen Beziehungen*, in: Rainer A. BLASIUS (Hg.), *Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, München 1994, S. 9–44.

be.²⁵ Zwar lehnte der Wirtschaftsminister es ab, sich für ein Konstruktives Misstrauensvotum gegen den Kanzler zur Verfügung zu stellen.²⁶ Er verlangte aber, das Freundschaftsabkommen »in unmissverständlicher Form vor jeder falschen Deutung« zu befreien.²⁷ Mit großer Genugtuung registrierte Erhard, wie der Deutsche Bundestag das Ratifikationsgesetz im Mai mit einer Präambel versah, die ein klares Bekenntnis zur europäischen Einigung und zur atlantischen Partnerschaft beinhaltete.²⁸ Adenauers Bestreben, mit Hilfe des Elysée-Vertrags ein neues »Kraftzentrum«²⁹ auf dem Kontinent zu errichten, war fehlgeschlagen. Die Union fühlte sich von den Visionen des alten Herrn aus Rhöndorf überfordert und folgte nun dem Mann vom Tegersee. Den »Kampf ums Kanzleramt«³⁰ hatte Erhard gewonnen, der Streit um die europapolitische Orientierung der Partei ging gleichwohl weiter.

»Neue Aktivität in der politischen Formierung Europas«

Ludwig Erhard übernahm die Amtsgeschäfte zu einer Zeit, als die internationalen Beziehungen einen tiefgreifenden Wandel durchliefen. Der Ost-West-Konflikt verlor seine Brisanz. Unterhalb des sowjetisch-amerikanischen Duopols bildete sich eine neue Staatengesellschaft mit multipolarem Charakter heraus. Das nach dem Zweiten Weltkrieg diskreditiert wirkende Nationalstaatsdenken erlebte eine Renaissance. Sicherheits-, europa- und deutschlandpolitisch steckte in dieser Entwicklung für die Bundesrepublik ein erhebliches Gefahrenpotential: Die Verteidigung durch die in Fernost engagierten Amerikaner wirkte unsicher; das Problem der Teilung drohte aus dem Blickfeld der Verbündeten zu entgleiten.³¹

25 Horst OSTERHELD, »Ich gehe nicht leichten Herzens ...«. *Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht*, Mainz 1986, S. 197; Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987, S. 716 f.

26 D. KOERFER (wie Anm. 25), S. 722 f.; Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967*, Stuttgart 1991, S. 824.

27 Bundesarchiv Koblenz [BA], NL von Brentano, Bd. 239, Erhard an von Brentano, 1. März 1963, im Auszug in: D. KOERFER (wie Anm. 25), S. 732–734.

28 Oliver BANGE, *English, American, and German Interests behind the Preamble to the Franco-German Treaty 1963*, in: Gustav SCHMIDT (Hg.), *Zwischen Bündnissicherung und privilegierter Partnerschaft. Die deutsch-britischen Beziehungen und die Vereinigten Staaten von Amerika 1955–1963*, Bochum 1995, S. 225–280; U. LAPPENKÜPER, »Erbfeindschaft« (wie Anm. 8), Kap. V.4.3; Matthias SCHULZ, *Die politische Freundschaft Jean Monnet – Kurt Birrenbach, die Einheit des Westens und die 'Präambel' zum Elysée-Vertrag von 1963*, in: Andreas WILKENS (Hg.), *Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1999, S. 299–327.

29 Zitiert nach: H. OSTERHELD, »Ich gehe ...« (wie Anm. 25), S. 208, Tb. 4.4.1963.

30 D. KOERFER (wie Anm. 25).

31 Klaus HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969*, Stuttgart–Wiesbaden 1984, S. 99.

Der »Volkskanzler«³² mit »Charisma without Authority«³³ war sich dieser Tatsachen durchaus bewusst. In seiner Regierungserklärung vom 18.10.1963 betonte er die Sicherheitspartnerschaft zu den USA und pries Frankreich als unentbehrlichen Partner der deutschen Europapolitik. Darüber hinaus verpflichtete er sich dazu, »durch neue Aktivität in der politischen Formierung Europas Fortschritte zu erreichen«; denn der von den Römischen Verträgen vorgesehene Abbau der nationalen Zuständigkeiten müsse im Aufbau einer »europäischen politischen Gestalt mit parlamentarisch demokratischer Verantwortung eine Entsprechung« finden.³⁴ Gelingen konnte ihm dies nur, wenn er eine doppelte Aufgabe meisterte: innenpolitisch den Streit in den Unionsparteien CDU und CSU zwischen den zeitgenössisch so genannten »Atlantikern« und »Gaullisten« beizulegen³⁵ und außenpolitisch insbesondere Frankreich für sein Vorhaben zu gewinnen. »Es gibt hier keine Alternative«, so skizzierte er das schwierige Verhältnis zu den wichtigsten deutschen Bündnisgenossen, »nicht ein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch.« Geradezu »größtenwahnsinnig« wäre es zu glauben, Deutschland könne eine Mittlerfunktion zwischen Frankreich und den USA spielen.³⁶

De Gaulle begegnete Erhard trotz dessen unrühmlicher Rolle während der parlamentarischen Beratungen über den Elysée-Vertrag ohne Arg. Er zählte ihn zwar zu den Transatlantikern in der Bundesrepublik, sah darin aber kein Hindernis für ein gedeihliches Miteinander.³⁷ Mit dem Kanzler einen Neuanfang in der Zusammenarbeit der Sechsergemeinschaft zu wagen, dazu verspürte der General nach dem Fehlschlag der Fouchet-Pläne 1962 indes nur wenig Neigung. Sein europapolitisches Hauptinteresse richtete sich vielmehr auf die Umsetzung des vom EWG-Ministerrat beschlossenen Aufbaus eines Gemeinsamen Agrarmarktes sowie eines dafür notwendigen Finanzierungs-

32 M. K. CARO (wie Anm. 1).

33 Geoffrey PRIDHAM, *Christian Democracy in Western Germany. The CDU/CSU in Government and Opposition, 1945–1976*, London 1977, S. 145.

34 Regierungserklärung Erhards, 18. Okt. 1963, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte* [BT, Sten. Ber.], Bd. 53, S. 4192–4208, hier S. 4197.

35 Günter BUCHSTAB, *Zwischen »Zauber und Donner«. Die CDU/CSU und de Gaulle*, in: Wilfried LOTH/Robert PICTH (Hg.), *De Gaulle, Deutschland und Europa*, Opladen 1991, S. 95–107; Klaus HILDEBRAND, »Atlantiker« versus »Gaullisten«. *Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland während der sechziger Jahre*, in: *Revue d'Allemagne* 22 (1990), S. 583–592; zur Problematik dieser Terminologie Reiner MARCOWITZ, *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969*, München 1996, S. 184–188.

36 Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 12. Nov. 1963, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965*, bearb. v. Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1998, S. 524–536, hier S. 530.

37 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 20. Nov. 1963, in: Alain A. PEYREFITTE, *C'était de Gaulle*, Bd. 2: »La France reprend sa place dans le monde«, Paris 1997, S. 246 f.

systems.³⁸ Ende Juli 1963 hatte de Gaulle mit dem Untergang der EWG gedroht, falls nicht binnen Jahresfrist der Abschluss bestimmter Marktordnungen sowie Maßnahmen zur Angleichung der Getreidepreise verwirklicht würden.³⁹

Erhard nahm diese Warnung sehr ernst. Den 31. Dezember 1963 betrachtete er geradezu als »heiliges Datum« der Franzosen.⁴⁰ An die Möglichkeit einer Harmonisierung der Preise durch eine Erhöhung des französischen glaubte er nicht, weil sie die inflationären Tendenzen in Frankreich noch schüren würde.⁴¹ Entsprechend konzilient machte er sich Ende November auf den Weg nach Paris. Erhard empfand diesen ersten Antrittsbesuch, der ihn bewusst an die Seine, nicht an den Potomac führte,⁴² als eine Reise ins Ungewisse. »Ich verstehe de Gaulle nicht ganz«, ließ er sich wenige Tage zuvor in der Fraktion vernehmen; »denn was er für Europa will, ist ganz klar, und was er für Frankreich will, kann ich mir in etwa vorstellen, aber dazu braucht er nicht nur Deutschland, sondern dazu braucht er auch andere europäische Länder.« Das Streben nach nationaler Selbständigkeit dürfe nicht dazu führen, dass die Integration in der EWG und der NATO gebremst werde.⁴³

Die Begegnungen verliefen nicht unharmonisch. Man erzielte eine gewisse Einigung über die Agrarprobleme; und Erhard gelang es, de Gaulle für seinen Plan zur Lancierung einer Europainitiative einzunehmen. Zögerlich stimmte der Präsident der Anregung des Kanzlers zu, ein Treffen der sechs Regierungschefs zur Bekundung eines »originären politischen Wille[ns]« anzuberaumen.⁴⁴ Obwohl das anschließende Gespräch über die transatlantische Part-

38 Hans VON DER GROEBEN, *Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958–1966)*, Baden–Baden 1982, S. 148–156; Ulrich WEINSTOCK, *Probleme und Perspektiven der gemeinsamen Agrarpolitik der EWG*, in: *Europa-Archiv* 1963, S. 721–728.

39 Pressekonferenz de Gaulles im Elysée, 29. Juli 1963, in: Charles DE GAULLE, *Discours et Messages*, Bd. 4, Paris 1970, S. 128–130. Zur Agrarpolitik de Gaulles vgl. Hélène DELORME, *La France et le marché commun agricole*, in: Joël RIDEAU/Pierre GERBET/Maurice TORRELLI/Roger-Michel CHEVALLIER (Hg.), *La France et les Communautés européennes*, Paris 1975, S. 609–634.

40 Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad Adenauer Stiftung, Sankt Augustin bei Bonn [ACDP], CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/3, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 3. Dez. 1963.

41 Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 12. Nov. 1963, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 525.

42 Pressekonferenz Erhards, 3. Dez. 1963, im Auszug in: *Bulletin* 1963, S. 1889 f.

43 Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 12. Nov. 1963, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 526.

44 Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 21. Nov. 1963, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, bearb. von Mechthild LINDEMANN und Ilse Dorothee PAUTSCH, [AAPD 1963], München 1994, S. 1455–1464, hier S. 1463.

nerschaft erhebliche Meinungsunterschiede offenbarte,⁴⁵ waren sie am Ende des Rendezvous nicht unzufrieden. Erhard fühlte sich darin bestätigt, die Freundschaft mit Frankreich pflegen zu müssen: »sonst gibt es kein Europa«.⁴⁶ Und de Gaulle lobte seinen Gast als durchaus vertrauenswürdigen Protagonisten der bilateralen Verständigung, hielt ihn freilich im Umgang mit den atlantisch orientierten Bonner Politikern wie Schröder für schwach.⁴⁷ Tatsächlich saß mit dem anglophilen Außenminister, der Frankreich nicht mochte, aber gern »ein deutscher De Gaulle« sein wollte,⁴⁸ ein ausgesprochener Gegner einer stärkeren europäischen Integration im Kabinett. Nicht der Ausbau der europäischen politischen Zusammenarbeit, sondern eine »Politik der Bewegung« in der »deutschen Frage« stand im Mittelpunkt seines Interesses.⁴⁹

Auf Widerstände stieß der Kanzler freilich nicht nur beim Chef des Auswärtigen Amtes, sondern auch bei seinem Landwirtschaftsminister. Schwarz sträubte sich vehement gegen die Festlegung der europäischen Agrarordnungen bis zum Jahresende und erweckte damit in Paris den Eindruck, als sei auf das Wort des Kanzlers kein Verlass.⁵⁰ De Gaulle sah sich daher Mitte Dezember dazu genötigt, den deutschen Botschafter zu sich zu bestellen und die Einhaltung angeblich gemachter Zusagen anzumahnen.⁵¹

Obwohl die deutschen Landwirte gegen die drohenden Einkommenseinbußen heftig protestierten,⁵² stimmte Erhard daraufhin wohl auch auf »Drängen des Adenauer-Flügels« in der Partei⁵³ »erhebliche[n finanziellen] Konzessionen«⁵⁴ von seiten der Bundesrepublik zu, um eine Übereinkunft des EWG-Ministerrates sicherzustellen. Mit der kurz vor dem Jahreswechsel getroffenen Vereinbarung gewann Frankreich zwar nur einen Mechanismus, dessen Handhabung der Zukunft überlassen war, und die Getreidepreisangleichung blieb

45 Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 21. Nov. 1963, in: AAPD 1963, S. 1465–1470.

46 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/3, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 3. Dez. 1963.

47 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 27. Nov. 1963, in: A. PEYREFITTE, *C'était de Gaulle* (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 249.

48 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 18. März 1966.

49 K. HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition* (wie Anm. 31), S. 83–92. u. S. 187–202; Mechthild LINDEMANN, *Die Anfänge einer neuen Ostpolitik? Handelsverträge und die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten*, in: BLASIUS (wie Anm. 24), S. 45–96.

50 Unterredung zwischen Erhard und de Margerie vom 10. Dez. 1963, in: AAPD 1963, S. 1611–1614.

51 Unterredung zwischen de Gaulle und Klaiber vom 21. Dez. 1963, in: AAPD 1963, S. 1667 f.

52 *Süddeutsche Zeitung*, 7. Nov. 1963; *Die Welt*, 7. Dez. 1963.

53 H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann* (wie Anm. 26), S. 886; s. a. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 456.

54 BA, NL Carstens, Bd. 652, Aufzeichnung betr. Europäische Gemeinschaft, o.D.

offen,⁵⁵ doch konnte de Gaulle das Ergebnis als Teilerfolg verbuchen. Aber auch Erhard fühlte sich als Gewinner. Ein »guter Kompromiss«⁵⁶ habe dem Integrationsprozess einen »bedeutenden Fortschritt« gebracht. Der Europagedanke sei gefestigt, die Aussichten für die Politische Union und die sog. »Kennedy-Runde« zum Abbau der weltweiten Handelshindernisse gebessert.⁵⁷ In eindrucksvoller Weise hatte der Kanzler damit jene Methode offenbart, mit der er den Weg zur Einigung Europas glaubte ebnen zu können: Im Sinne eines »do-ut-des« gedachte er durch Zugeständnisse in der für Frankreich vitalen Agrarfrage de Gaulles Unterstützung für sein Projekt der »Vereinigten Staaten von Europa«⁵⁸ zu »erkaufen«. War der Präsident aber wirklich bereit und willens, auf dieses Geschäft einzugehen?

Im Gespräch mit Heinrich Krone, dem Bundesminister für besondere Aufgaben, bekundete de Gaulle Anfang 1964 sein Interesse an einer politischen Organisation Europas, durch die die Außen- und Verteidigungspolitik vergemeinschaftet und die Verantwortlichkeit der Regierungen gewahrt würden. Alles müsse sich »langsam entwickeln«.⁵⁹ Die Forderung nach Supranationalität und die Verschmelzung eines Großbritanniens umfassenden europäischen Zusammenschlusses mit der Atlantischen Gemeinschaft, so unterstrich er wenig später auf einer Pressekonferenz, seien inakzeptabel; »aucun des peuples de l'Europe n'admettrait de confier son destin à un aréopage principalement composé d'étrangers«.⁶⁰ Vor allem kam es ihm darauf an, den Elysée-Vertrag zu aktivieren.⁶¹

Erhard hielt sich diesbezüglich bedeckt und legte statt dessen in diesen Tagen in einem außenpolitischen Rechenschaftsbericht vor dem Deutschen Bundestag noch einmal seine Motive für einen europapolitischen Neubeginn dar. Abermals brachte er seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die wirtschaftliche Integration nicht ausreiche, um ein politisches Europa entstehen zu lassen. Es bedürfe vielmehr eines originär politischen Willens, wenn man sich nicht bloß mit einer technokratischen Gemeinschaft begnügen wolle. Außer-

55 Aufzeichnung Jansen, 23. Dez. 1963, in: AAPD 1963, S. 1667 f.; BA, NL Carstens, Bd. 622, Vertretung bei der EWG und EURATOM an AA, 30. Dez. 1963; ebd., Lahr an Schröder, St. 14/64, 4. Jan. 1964; Hans-Broder KROHN/Hans-Helmut WÄCHTER, *Der gemeinsame Getreidepreis in der EWG*, in: *Europa-Archiv* 1964, S. 19–26.

56 BA, NL Carstens, Bd. 622, Jansen an Schröder, 23. Dez. 1963.

57 BA, NL Carstens, Bd. 622, Lahr an Schröder, 4. Jan. 1964; s. a. ebd., Bd. 549, Carstens an Schröder, 29. Febr. 1964.

58 Ansprache Erhards vor der »Presse Diplomatique« in Paris, 22. Nov. 1963, in: *Bulletin* 1963, S. 1829 f. u. S. 1832, hier S. 1830.

59 ACDP, NL Krone, I–028–005/5, Unterredung zwischen de Gaulle und Krone im Januar 1964.

60 Pressekonferenz de Gaulles, 31. Jan. 1964, in: DERS., *Discours* (wie Anm. 39), Bd. 4, S. 162–182, hier S. 177.

61 L-E-S, NL Erhard, I.2) 17, de Gaulle an Erhard, 2. Jan. 1964 (Übersetzung).

dem stellte sich ihm die Frage nach der letzten Verantwortung, wenn die Staaten immer mehr Rechte abgäben, ohne zu wissen, wem sie die Kompetenzen übertrügen. Die Kommission sei nicht imstande, diese Verantwortung im staatsrechtlichen, politischen und demokratisch-parlamentarischen Sinne zu übernehmen; dem Ministerrat fiele es zunehmend schwerer, seine Funktion als Brücke zwischen der Kommission und den nationalen Regierungen zu erfüllen.⁶² Erhard befürwortete die Überwindung der Nationalstaaten, machte aber keinen Hehl aus seiner Überzeugung, dass der »Verwaltungskörper« der Kommission nicht zur europäischen Exekutive aufsteigen könne.⁶³

In der Bundesregierung stießen seine Forderungen auf ein kritisches Echo. In einem intern nicht unumstrittenen »Stufenplan zur europäischen Einigung« schlug das Auswärtige Amt zunächst die Regelung der offenen Fragen, sodann den Abschluss eines Vertrages über eine Politische Union mit Kompetenzen für die Außen-, Verteidigungs-, Kultur- und Jugendpolitik, nicht aber für die Wirtschaftspolitik vor.⁶⁴ Vom Endziel eines föderativen Zusammenschlusses mochte das Amt nicht abrücken; es war aber bereit, sich als Zwischenstufe mit der Kooperation zu begnügen.⁶⁵

Um die Chancen für eine europapolitische Initiative zu erkunden, begann Erhard Mitte Januar eine Rundreise durch die Hauptstädte der Sechsergemeinschaft und nach London. Europa, so betonte er an der Themse, könne nur dann eine Rolle in der Weltpolitik spielen, falls es »ein Europa der Freien und Gleichen«⁶⁶ sei, eine Gemeinschaft freier und ungeachtet ihrer Größe und Macht gleichberechtigter Staaten. Die Briten signalisierten Wohlwollen, mochten jedoch angesichts der bevorstehenden Unterhauswahlen vorerst keine Entscheidungen treffen.⁶⁷ Da die Niederlande und Italien ihre Beteiligung als *conditio sine qua non* auffassten,⁶⁸ schien die Europadebatte beendet, bevor sie begonnen hatte. Erhard ließ sich jedoch nicht entmutigen, flüchtete in Beschwö-

62 Regierungserklärung Erhards, 9. Jan. 1964, in: BT, Sten. Ber., Bd. 54, S. 4840–4849.

63 L-E-S, NL Erhard, NE 274, Rede Erhards vor der Europa-Union Deutschlands, 13. April 1964.

64 »Stufenplan zur europäischen Einigung«, 23. Jan. 1964, in: AAPD 1964, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, bearb. von Wolfgang HÖLSCHER und Daniel KOSTHORST, München 1995, S. 118–120.

65 BA, B 136, Bd. 3963, Aufzeichnung des AA, 17. Jan. 1964.

66 Tischrede Erhards in London, 15. Jan. 1964, im Auszug in: *Bulletin* 1964, S. 95. Nach eigenen Angaben hat Erhard diesen zentralen Terminus seiner Europapolitik erstmals in einer Rede vor der Universität Oslo am 23. Mai 1958 verkündet (L-E-S, NL Erhard, NE 399, Ansprache Erhards vor der Europabewegung in Oslo, 30. Aug. 1966).

67 Unterredung zwischen Erhard und Douglas-Home vom 15. Jan. 1964, in: AAPD 1964, S. 45–49; Deutsch-britische Regierungsbesprechung vom 16. Jan. 1964, in: ebd., S. 67–70.

68 Deutsch-niederländische Regierungsbesprechung vom 2./3. März 1964, in: AAPD 1964, S. 280–286 u. S. 290; Unterredung zwischen Erhard und Moro vom 27. Jan. 1964, in: ebd., S. 132–140; Deutsch-italienische Regierungsbesprechung vom 27./28. Jan. 1964, in: ebd., S. 140–143.

rungsformeln⁶⁹ und stellte klar, dass der Beginn der Beratungen über die politische Einheit Europas nicht von der Teilnahme der Briten abhängig sein dürfe.⁷⁰ Doch die geplante Regierungschefkonferenz scheiterte an der Haltung Roms,⁷¹ und ein von Bonn gestarteter Versuch, das Treffen in Brüssel stattfinden zu lassen, reüssierte ebenfalls nicht.⁷² Erhards Vorstoß war zumindest »zu früh« gekommen.⁷³ Ein europäischer Bundesstaat, wie er ihn propagierte, hatte keine Chance, solange Frankreich jeglichen Souveränitätsverzicht ablehnte. Selbst ein Staatenbund konnte nicht zustande kommen, weil de Gaulle an ihm nur teilzunehmen bereit war, wenn England ausgeschlossen, Frankreichs Vormachtstellung gesichert und die Abhängigkeit von den USA beseitigt würde.

Als de Gaulle das deutsch-französische Arbeitstreffen Mitte Februar dazu nutzte, um für ein einiges Europa mit deutsch-französischem Kern zu werben, bat Erhard um Verständnis für Großbritannien und beschwor die Furcht der Kleinen in der EWG vor einer Bevormundung durch die Großen.⁷⁴ Im Kampf um die Zuneigung seiner Partei wertete er es als Beweis einer »vertieften Freundschaft«, mit dem Staatspräsidenten eine so freimütige Aussprache führen zu können.⁷⁵ Gleichzeitig aber gab er zu, dass ihm Europa »wirklich Sorge« bereite, weil de Gaulle von europäischer Wirtschaftspolitik »wirklich keine Ahnung« habe.⁷⁶ Für Adenauer war das Hekuba. Seines Erachtens ging es nicht um Wirtschaft, sondern um Macht, um die Frage, wer in Europa die Leitung wahrnehme: Frankreich oder Großbritannien.⁷⁷ Doch dies waren nicht die Kategorien, in denen Erhard dachte. Es passe ihm nicht, wenn von Führung die Rede sei, meinte er trocken. Sein Europa sei das »der Gleichen und der Freien«⁷⁸.

69 L-E-S, NL Erhard, NE 1552, Interviews Erhards mit dem Deutschlandfunk, 28. Jan. 1964; Unterredung zwischen Erhard und Erlander vom 9. März 1964, in: AAPD 1964, S. 324–326.

70 L-E-S, NL Erhard, NE 1554, Teegespräch Erhards, 14. Jan. 1964; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. Jan. 1964.

71 *Rheinischer Merkur*, 13. März 1964.

72 Unterredung zwischen Erhard und Mitgliedern der EWG-Kommission vom 24. April 1964, in: AAPD 1964, S. 482; L-E-S, NL Erhard, NE 1554, Ansprache Erhards vor dem Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa, 1. Juni 1964; BA, B 136, Bd. 6408, Osterheld an Erhard, 2. Juli 1964.

73 *Handelsblatt*, 31. Jan. 1964, s. a. *Neue Zürcher Zeitung*, 28. Febr. 1964.

74 Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 14. Febr. 1964, in: AAPD 1964, S. 203–215; Unterredung zwischen dens. vom 15. Febr. 1964, in: ebd., S. 237; Deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 15. Febr. 1964, in: ebd., S. 248–250.

75 Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 25. Febr. 1964, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 609.

76 L-E-S, NL Erhard, NE 335, Kanzler-Tee mit Erhard, 20. Febr. 1964.

77 Erklärung Adenauers im CDU-Bundesvorstand, 25. Febr. 1964, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 621 f.

78 Erklärung Erhards im CDU-Bundesvorstand, 25. Febr. 1964, in: ebd., S. 624.

Mit solchen Glaubensbekenntnissen geriet er innenpolitisch unter zunehmenden Druck. »Es darf nicht sein, dass der neue Bundeskanzler in seiner eignen Partei mehr Opposition hat als bei anderen. Das ist doch miserable [sic!]«, hatte der Kanzler die Christdemokraten kurz nach seiner Ernennung ermahnt.⁷⁹ Den Meinungsstreit über die deutsche Außenpolitik konnte er damit nicht beheben. Seit Anbeginn seiner Amtszeit sorgten sich seine Kritiker um die Verständigung mit Frankreich.⁸⁰ Zunächst richteten sich ihre Verdächtigungen gegen den Außenminister, der sich in der Außenpolitik über die Richtlinienkompetenz des Kanzlers hinwegzusetzen schien.⁸¹ Nun verdichteten sich die Anzeichen, Erhard ließe sich von Schröder »einfangen«.⁸² Die Stagnation in der Europapolitik brachte auch jene in der Union gegen ihn auf, die – wie von Brentano – nicht als Anhänger des deutsch-französischen Bilateralismus gelten konnten. Besorgt um einen neuen Nationalismus, wandte sich der schwerkranke Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Anfang Mai an den Kanzler und empfahl, de Gaulle mit einer intensiveren Anwendung des Elysée-Vertrags auf den richtigen Weg zu führen.⁸³ Zur selben Zeit mobilisierte der Chef der CSU, Strauß, seine Partei gegen den ihm missliebigen Außenminister und verlangte ein Gespräch mit Erhard.⁸⁴ Der Kanzler wiegelte zunächst ab,⁸⁵ doch der CSU-Vorsitzende ließ sich nicht beirren; letztlich ging es auch ihm darum, die Richtlinienkompetenz des Regierungschefs zu beschneiden.⁸⁶ Als dann auch noch eine deutsch-französische Abgeordnetengruppe die Bundesregierung nach einer konspirativen Sitzung verlangte, zur Verwirklichung einer europäischen Konföderation beizutragen,⁸⁷ konnte sich der Kanzler dem Treffen mit seinen Kritikern nicht mehr entziehen. Ende Mai lud er sie in sein Haus am Tegernsee, gab sich betont konzilient, machte aber keinen Hehl aus seiner Überzeugung, dass hinsichtlich der europäischen Union »keine strahlenden Erfolge zu erzielen« seien.⁸⁸ »Schlüssel zu jeder europäischen

79 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1009/3, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 22. Okt. 1963.

80 ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an Knapstein, 2. Jan. 1964; vgl. R. MARCOWITZ, (wie Anm. 35), S. 177-182.

81 L-E-S, NL Erhard, NE 276, Hohmann an Staatssekretär, 24. Jan. 1964.

82 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 19. Jan. 1964; s. a. ebd., CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1009/3, Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 21. Jan. 1964.

83 L-E-S, NL Erhard, I.2) 14, von Brentano an Erhard, 11. Mai 1964; ebd., ders. an dens., 22. Mai 1964; R. MARCOWITZ (wie Anm. 35), S. 189.

84 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 8. Mai 1964.

85 L-E-S, NL Erhard, I.2) 24, Erhard an Strauß, 16. April 1964; ebd., I.2) 14, ders. an von Brentano, 14. Mai 1964.

86 L-E-S, NL Erhard, I.2) 24, Strauß an Erhard, 15. Mai 1964; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 489.

87 Johannes BAUER, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1963-1969. Aspekte der Entwicklung nach Abschluss des Vertrages vom 22. Januar 1963*, Diss. Bonn 1980, S. 242.

88 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1009/3, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 25. Mai 1964; s. a. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 489 f.

Lösung«, so erklärte er vor der Fraktion, sei Frankreich.⁸⁹ Bei seinen innerparteilichen Gegnern setzte sich in den nächsten Wochen dennoch der Eindruck fest, der bisher als gemäßigter »Atlantiker« eingeschätzte Kanzler und auch sein Staatssekretär Westrick seien wenig frankreichfreundlich.⁹⁰ Erhard sah de Gaulle offenbar auf die Zweier-Union mit Deutschland fixiert und unterstellte ihm, die »französische Hegemonie in Europa« anzustreben.⁹¹

»Ein Europa, in dem nicht Größe und Macht letzte Werte bedeuten«

Entsprechend sorgenvoll erwarteten die Bonner »Gaullisten« das nächste deutsch-französische Regierungstreffen, das für den 3./4. Juli terminiert war. Mit Unmut registrierten Adenauer, Krone, Strauß und die Fraktionsführung die europapolitische Passivität Erhards und Schröders,⁹² obwohl der Ruf nach einer Politischen Union zunehmend lauter erschallte.⁹³ Nur mit Mühe konnten sie die Regierungsspitze dafür gewinnen, die Schaffung eines Arbeitsausschusses für die europäische Einigung als deutschen Vorschlag einzubringen.⁹⁴ Aus Verärgerung über das magere Ergebnis meinte Adenauer, den Druck auf Erhard noch erhöhen zu müssen. In einer unmittelbar vor der Ankunft de Gaulles veröffentlichten Rede drängte der CDU-Vorsitzende den Kanzler dazu, endlich das deutsch-französische Verhältnis zu befruchten.⁹⁵ Stunden später heizte er die angespannte Atmosphäre weiter an, indem er dem General im vertraulichen Tête-à-tête die »historische Aufgabe an der Spitze Europa« zuwies, Westeuropa gegenüber der Sowjetunion zu immunisieren. Ja, der Altbundeskanzler befürworte sogar eine von den USA unabhängige Europapolitik.⁹⁶

Auf de Gaulle wirkten diese Worte wie Labsal, war er doch über die jüngste Entwicklung der bilateralen Beziehungen sehr enttäuscht. Die Deutschen hatten sich aus seiner Sicht in die Abhängigkeit der Amerikaner begeben und waren dabei, Europa in ein Protektorat umzuwandeln.⁹⁷ Nachdem er Erhard

89 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1009/3, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 23. Juni 1964.

90 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 26. Juni 1964; s. a. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 498.

91 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 3./4. Juli 1964.

92 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 30. Juni 1964.

93 BA, B 136, Bd. 3963, Aufzeichnung Müller-Armack, 25. Juni 1964; ebd., Lang an Staatssekretär, 3. Juli 1964.

94 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 30. Juni 1964; H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann* (wie Anm. 26), S. 888.

95 J. BAUER (wie Anm. 87), S. 253 f.

96 Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 3. Juli 1964, in: AAPD 1964, S. 749-755, hier S. 750.

97 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 23. Juni 1964, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 257.

wegen des Meinungsaustausches mit Adenauer zwanzig Minuten hatte warten lassen,⁹⁸ warf er der Bundesregierung einen proamerikanischen Kurs vor und forderte sie zur Mitwirkung an einem bilateralen Zusammenschluss als Kern einer späteren europäischen Föderation auf. Von dem ihm angebotenen deutsch-französischen Arbeitsausschuss hielt er nicht viel. Erhard lehnte die Zweier-Union mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Beteiligung aller EWG-Staaten entschieden ab. Als der Präsident auf die Force de frappe zu sprechen kam, bohrte der Kanzler nach, ob Frankreich der Bundesrepublik ein Verfügungsrecht einräumen würde. De Gaulles Antwort ließ trotz aller Windungen keinen Zweifel: Solange Europa keine verteidigungspolitische Identität besaß und nicht über eine Regierung verfügte, blieb die französische Atomstreitkraft allein einem nationalen Kommando unterstellt.⁹⁹ Als er das Bundeskabinett in der Plenarsitzung am 4. Juli mit einem grandiosen Plädoyer für die deutsch-französische Zusammenarbeit aufzurütteln versuchte, kam es zum Eklat: Erhard wusste nichts zu erwidern und schwieg.¹⁰⁰ So blieb am Ende lediglich der Kompromiss, dass die Bundesrepublik den Partnern neue Vorschläge zur »Herbeiführung eines einigen Europas und einer gemeinsamen europäischen Politik auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet« unterbreiten sollte.¹⁰¹

Ungeachtet des Fiaskos charakterisierte Erhard die Visite mit den ihm eigenen wolkigen Worten als ein »redliches Bemühen um glückliche Lösungen«. ¹⁰² De Gaulle kaschierte seine »Missstimmung«¹⁰³ vor der Presse mit den Worten, Frankreich arbeite mit keinem anderen Land »so vorbehaltlos, so organisiert und so intensiv« zusammen wie mit der Bundesrepublik.¹⁰⁴ De

98 *Der Spiegel*, 1964, Nr.28, S. 21; A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 258, Tb. 3. Juli 1964.

99 Sein gegenüber Carstens angeblich unterbreitetes Angebot einer deutschen Beteiligung erscheint auf dem gegenwärtigen Stand der Quellen als äußerst fragwürdig (Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 3. Juli 1964, in: AAPD 1964, S. 713–723; Deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 3. Juli 1964, in: ebd., S. 738–749; Unterredung zwischen Carstens und de Gaulle vom 4. Juli 1964, in: ebd., S. 766–768; Unterredung zwischen de Gaulle und Erhard vom 4. Juli 1964, in: ebd., S. 768–777; Horst OSTERHELD, *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard (1963–1966). Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt*, Düsseldorf 1992, S. 94–100; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 498–507; Georges-Henri SOUTOU, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996*, Paris 1996, S. 273–275.

100 Deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 4. Juli 1964, in: AAPD 1964, S. 777–787; ACDP, NL Krone, I–028–076/1, Tb. Krone, 3./4. Juli 1964; H. OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie Anm. 99), S. 98 f.; Hermann KUSTERER, *Der Kanzler und der General*, Stuttgart 1995, S. 417–420.

101 Presseerklärung von Hases, 4. Juli 1964, in: *Bulletin* 1964, S. 1001.

102 Zitiert nach: *Der Spiegel*, 1964, Nr.28, S. 17.

103 Klaiber an AA, 10. Juli 1964, in: AAPD 1964, S. 808–811, hier S. 811.

104 Zitiert nach: *Sonntagsblatt*, 12. Juli 1964.

facto war er entrüstet: »Je suis resté vierge«, beklagte er sich zum Abschied bei Adenauer.¹⁰⁵ Im Conseil des Ministres wettete er, Erhard schwanke zwischen Amerika und Europa; eine gemeinsame Politik sei bis auf weiteres ausgeschlossen.¹⁰⁶ Sollte es beim nächsten Mal wieder keine Übereinstimmung geben, werde Frankreich sich nach Russland wenden.¹⁰⁷

Die aus einer Pariser Quelle in Bonn kolportierte Meldung, de Gaulle habe Erhard zur Option zwischen Frankreich und den USA gezwungen,¹⁰⁸ ließ die zur Schau gestellte Eintracht umgehend verfliegen. Der innenpolitische Streit über die Ausrichtung der Bonner Außenpolitik gewann eine bis dahin nicht bekannte Schärfe¹⁰⁹. Nachdem Erhard auf einer Skandinavientour erneut sein »Europa der Gleichen und der Freien«¹¹⁰ propagiert hatte, stellte Strauß im Journalistengespräch abermals die Richtlinienkompetenz in Frage¹¹¹ und nahm sich vor, auf dem nahenden Landesparteitag der CSU eine Aktivierung der Europapolitik anzumahnen. Adenauer riet ihm vereint mit Krone von jeglicher Schärfe ab,¹¹² kündigte aber selbst in mehreren Zeitungsinterviews an, er werde fortan sein Gewicht als Parteivorsitzender stärker zur Geltung bringen.¹¹³ In der Entourage Erhards schrillten die Alarmglocken. »Brunnenvergifter« schienen seine Abwesenheit auszunutzen, um »alle Puppen« tanzen zu lassen und den Dolch zu schleifen. »Adenauer und Strauß an der Spitze, die Gaullisten gegen die edlen Atlantiker.«¹¹⁴ Der Kanzler reagierte mit der öffentlichen Warnung vor »Scheinlösungen, durch die Ordnung von Teilbereichen«, ¹¹⁵ brachte die Partei aber nicht zur Ruhe. Auf dem Landesparteitag führte Strauß unverhohlenen Klage über den europapolitischen Stillstand und betonte die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Vor-Union für den Fall, dass eine Föderation noch nicht zu realisieren sei.¹¹⁶

105 Zitiert nach: H.-P.SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann* (wie Anm. 26), S. 888.

106 Conseil des Ministres, 7. Juli 1964, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 260.

107 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 7. Juli 1964, in: ebd., S. 260–263.

108 *Der Spiegel*, 1964, Nr.29, S. 23.

109 R. MARCOWITZ (wie Anm. 35), S. 190–194.

110 L-E-S, NL Erhard, NE 1545, Ansprache Erhards im Deutschen Fernsehen, 6. Juli 1964; s. a. Tischrede des in Kopenhagen, 8. Juli 1964, in: *Bulletin* 1964, S. 1043 f.

111 *Der Spiegel*, 1964, Nr. 29, S. 19; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 508.

112 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 8. Juli 1964.

113 Interview Adenauers mit *France Soir*, 9. Juli 1964; Interview dess. mit *Bild-Zeitung*, 9. Juli 1964.

114 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 8./9. Juli 1964.

115 L-E-S, NL Erhard, NE 1545, Ansprache Erhards im Deutschen Fernsehen, 6. Juli 1964.

116 L-E-S, NL Erhard, NE 403, Rede von Strauß auf dem CSU-Landesparteitag, 10. Juli 1964, im Auszug in: *Archiv der Gegenwart* [AdG] 1964, bearb. von Heinrich von SIEGLER, Bonn–Wien–Zürich o.J., S. 11334; zur Europakonzeption von Strauß vgl. DERS., *Entwurf für Europa*, Stuttgart 1966, bes. S. 7–30 u. 117–134; DERS., *Die Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 418–422 u. S. 424–434.

Nach seiner Rückkehr aus dem hohen Norden verteidigte sich der Kanzler mit der unhaltbaren Behauptung, der General habe ihm tatsächlich die Optionsfrage gestellt.¹¹⁷ In einem Grußwort an die CSU pochte er auf seine verfassungsmäßigen Rechte und wich nicht einen Millimeter von seinen europapolitischen Axiomen. »Wir wollen«, so rief er seinen Widersachern zu, »[...] ein ›Europa der Freien und der Gleichen«, in dem nicht Größe und Macht letzte Werte bedeuten; wir wollen ein Europa, in dem die Völker in Bewahrung ihres Erbes zu neuer kultureller Entfaltung kommen, ein Europa, das seine wirtschaftlichen und sozialen Kräfte zusammenfügt, um seiner politischen und humanitären Aufgabe gleichermaßen gerecht werden zu können.«¹¹⁸

Aus der Sicht seine Kritiker goss er mit diesen Ausführungen, die er mit seinen Beratern offenbar nicht abgesprochen hatte,¹¹⁹ noch »Öl ins Feuer«¹²⁰. Das Schreckgespenst der »Fronde« und der »Dolchstoßlegende« ging in der Union um.¹²¹ In dem einen oder anderen Kopf spukte bereits die Gefahr eines neuen Kulturkampfes. »Es sind die Schwarzen, die zu Frankreich stehen; die Atlantiker, das sind die freien Geister«, notierte Krone mit beißender Ironie in seinem Tagebuch.¹²² Zwar wurde Erhards Politik per Kabinettsbeschluss bestätigt,¹²³ gleichwohl gaben sich seine Gegner aus der wachsenden Furcht vor einem Pariser Schwenk nach Moskau nicht geschlagen.¹²⁴ Selbst von Brentano warnte Erhard davor, die Partnerschaft mit Frankreich als selbstverständlich zu betrachten.¹²⁵

Solchermaßen unter Druck gesetzt, traf sich der Kanzler am 20.7. abermals mit den Spitzen der Union und pflichtete einer sorgfältigen Prüfung der vorgebrachten Anregungen zur Europapolitik bei; doch seine Kritiker blieben skeptisch, ob der Riss zu de Gaulle noch gekittet werden könne.¹²⁶ Ihr Eindruck bestätigte sich auf dramatische Weise, als der General wenige Tage später öffentlich die Idee einer »Europe européenne« entwickelte, »qu''elle existe par elle-même et pour elle-même, autrement dit qu'au milieu du monde elle

117 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 10. Juli 1964.

118 Rede Erhards auf dem CSU-Landesparteitag, 12. Juli 1964, in: DERS., *Gedanken* (wie Anm. 13), S. 875–893, hier S. 882.

119 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 23. Juli 1964.

120 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 12./13. Juli 1964.

121 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 16. Juli 1964; s. a. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 509.

122 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 21. Juli 1964.

123 *Die Welt*, 11. Juli 1964; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. Juli 1964.

124 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 16. Juli 1964; H. OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie Anm. 99), S. 103 f. mit Anm. 26.

125 L-E-S, NL Erhard, I.2) 14, von Brentano an Erhard, 15. Juli 1964.

126 L-E-S, NL Erhard, NE 276, Hohmann an Westrick, 20. Juli 1964, nebst Anlage; ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 20. Juli 1964.

ait sa propre politique«¹²⁷. Mochte auch das deutsche Volk die Versöhnung mit Frankreich auf ihre Fahnen geschrieben zu haben, so war die deutsche Regierung in den Augen de Gaulles offenbar zu den USA übergelaufen.¹²⁸ Erhard konnte sich mit dem de Gaulleschen Europabild nicht anfreunden. Europa müsse »ein gleichwertiger Partner für die Vereinigten Staaten sein«, meinte er Ende Juli in der Fraktion; ein »gleichmächtiger« werde es wegen des fehlenden Potentials nicht sein können. Wenn Europa nur das Bündnis zwischen Deutschland und Frankreich umfasse, sei es »überflüssig«.¹²⁹

»In loser Form beginnen und dafür sorgen, dass sie ein festes Gerippe erhält«

Ungeachtet dieser fundamentalen Meinungsverschiedenheiten begann eine von Schröder eingesetzte Arbeitsgruppe nun mit der Ausarbeitung einer Initiative zur Politische Union.¹³⁰ Die Bitte Adenauers, einige Fraktionsmitglieder zur Beratung heranzuziehen, lehnte Erhard nach langem Zögern ab.¹³¹ Ende September billigte er das vom Auswärtigen Amt präsentierte Konzept¹³² und mahnte nach ersten Kritiken aus dem In- und Ausland¹³³ zur Bescheidenheit: »Man muss in loser Form beginnen, aber gleichzeitig in einer Übergangszeit dafür sorgen, dass diese lose Form mehr und mehr ein festes Gerippe erhält.« Grundlegend sei die Verständigung mit Frankreich.¹³⁴

Am 4. November übermittelte die Bundesregierung ihren Europa-Plan den EWG-Partnern. Das Dokument verband Anregungen für ein Abkommen über eine intergouvernemental angelegte außen-, verteidigungs- und kulturpolitische Zusammenarbeit mit einem supranational ausgerichteten Aktionsprogramm für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bonn erklärte sich dazu bereit, unter Aufgabe bestimmter Positionen der Fouchet-Pläne eine Versuchsphase außenpolitischer Kooperation zu vereinbaren und den Abschluss eines Staatsvertrages über eine Politische Union auf später zu verschieben. Zur Unterstützung der Regierungen sah das Papier einen beratenden Ausschuss als Keim-

127 Pressekonferenz de Gaulles, 23. Juli 1964, in: DERS., *Discours*, Bd. 4, S. 222–237, hier S. 228.

128 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 26. Aug. 1964, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 264.

129 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/3, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 29. Juli 1964.

130 Aufzeichnung Carstens, 10. Juli 1964, in: AAPD 1964, S. 806–808.

131 L-E-S, NL Erhard, I.1) 10+11, Adenauer an Erhard, 7. Sept. 1964; ebd., Erhard an Adenauer, 18. Sept. 1964.

132 AAPD 1964, 1091, Anm. 6; ACDP, NL Krone, I-028–076/1, Tb. Krone, 16. Sept. 1964.

133 BA, B 136, Bd. 6408, Schmücker an Erhard, 25. Sept. 1964; Deutsch-niederländische Regierungsbesprechung vom 30. Sept./1. Okt. 1964, in: AAPD 1964, 1090–1100.

134 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1010/1, Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 6. Okt. 1964.

zelle für ein späteres Gemeinschaftsorgan vor.¹³⁵ Indem die Bundesregierung ein schrittweises Vorgehen empfahl und kaum von supranationalen Elementen sprach, kam sie den französischen Wünschen weit entgegen. Allerdings stellte sich die Frage, ob die Beschränkung der Anregungen »auf ein Maß, das niemandem wehe tut und keinerlei zwingende Verbindlichkeit sichtbar macht«, der Initiative nicht von vornherein alle Kraft raubte.¹³⁶

Die ersten Reaktionen der Partner fielen ernüchternd aus: Italien und Luxemburg äußerten sich zustimmend, Belgien »anscheinend« positiv. Doch die Niederländer verlangten einmal mehr die Einbeziehung Großbritanniens. Und Frankreich machte eine Diskussion von einer Klärung der EWG-Agrarpolitik sowie des seit Monaten schwebenden Projekts der Multilateralen Atomstreitmacht (MLF) abhängig.¹³⁷ Da die Bundesrepublik sich als einziges Mitglied der Sechsergemeinschaft bisher geweigert hatte, die Getreidepreise zu senken, drängte Paris auf eine Klärung des Problems bis spätestens Herbst und stellte ein Junktim zur Frage der Politischen Union her.¹³⁸ Mitte Oktober ließ de Gaulle verlautbaren, Frankreich werde die EWG verlassen, wenn der Agrarmarkt nicht innerhalb von zwei Monaten in der vereinbarten Form organisiert sei.¹³⁹ Wenige Tage später erklärte er in demonstrativer Abkehr von seiner bisherigen Haltung eine deutsch-amerikanische Vereinbarung über die MLF für unvereinbar mit dem Elysée-Vertrag.¹⁴⁰

Erhard hatte nie einen Hehl aus seiner Zustimmung zur MLF gemacht. Das von Frankreich angestrebte europäische Verteidigungsbündnis bot in seinen Augen keine Alternative.¹⁴¹ Eine finanzielle Beteiligung an der Force de frappe kam für ihn nicht in Frage, weil er einen Abzug der Amerikaner aus Europa befürchtete.¹⁴² Die Bonner »Gaullisten« mochten dem nicht zustimmen. Strauß und Adenauer forderten ihn auf, die Europäische Union mit Hilfe der deutsch-

135 Europa-Initiative der Bundesregierung, in: *Bulletin* 1964, S. 1535–1539.

136 *Frankfurter Neue Presse*, 9. Nov. 1964.

137 BA, B 136, Bd. 6408, Osterheld an »Minister«, 11. Nov. 1964; s. a. Kläiber an AA, 4. Nov. 1964, in: AAPD 1964, S. 1233–1235. Zur MLF vgl. Helga HAFTENDORN, *Das Projekt einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht (MLF): Vademeum für die Glaubwürdigkeit der nuklearen Strategie*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 54 (1995), S. 417–450; Burkard SCHMITT, *Frankreich und die Nukleardebatte der Atlantischen Allianz 1956–1966*, München 1998, S. 163–188; Chr. HOPPE (wie Anm. 21), S. 155–214; G.-H. SOUTOU (wie Anm. 99), S. 266–286.

138 Aufzeichnung Lahr, 24. Juli 1964, in: AAPD 1964, S. 874–877.

139 Conseil des Ministres, 21. Okt. 1964, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 265; ebd., 265 f., Tb. 21. Okt. 1964; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. Okt. 1964; Unterredung zwischen Carstens und Couve de Murville vom 24. Okt. 1964, in: AAPD 1964, S. 1185 f.; Unterredung zwischen dens. vom 24. Okt. 1964, in: ebd., S. 1187–1192.

140 G.-H. SOUTOU (wie Anm. 99), S. 277–280.

141 Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 12. Nov. 1963, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 526 f.; R. MARCOWITZ (wie Anm. 35), S. 196 f.

142 L-E-S, NL Erhard, NE 559n, Sitzung des »Sonderkreises« vom 12. Dez. 1964.

französischen Entente zu einer Atommacht mit deutscher Verfügungsberechtigung aufzubauen.¹⁴³ Demgegenüber riet Staatssekretär Karl Carstens vom Auswärtigen Amt dem Kanzler zur raschen Unterzeichnung eines MLF-Vertrags ohne Rücksicht auf Frankreich; zur Beruhigung de Gaulles empfahl er, ihm die Bereitschaft zur Festlegung eines gemeinsamen Getreidepreises im Juli 1967 zu signalisieren. Erhard stimmte zu und plante, Westrick nach Paris zu schicken. Doch Schröder lehnte dies ab.¹⁴⁴ Daraufhin schaltete sich Bundestagspräsident Gerstenmaier ein und verlangte vom Kanzler ein Machtwort in Sachen Agrarordnung und MLF.¹⁴⁵ Nachdem Erhard klargestellt hatte, er werde de Gaulles Sicherheitspolitik nicht folgen,¹⁴⁶ warf Gerstenmaier ihm öffentlich vor, die Bundesrepublik mit seiner proamerikanischen Politik in den Neutralismus zu führen. Auch Adenauer beklagte sich in der Presse über die deutsche Außenpolitik und provozierte damit eine scharfe Replik von Schröder.¹⁴⁷ Entsetzt über das innenpolitische Tohuwabohu am Rhein fragte sich die Regierung an der Seine, mit wem man in Bonn eigentlich noch sprechen könne.¹⁴⁸

Wollte er seiner Europa-Initiative nicht jede Chance der Verwirklichung rauben, musste Erhard de Gaulle in der Getreidepreiskegelei entgegenkommen. Ermuntert von den Amerikanern und von seinen Beratern,¹⁴⁹ erhob er die Angelegenheit zum »Test« für Europa¹⁵⁰ und erklärte sich im Bundeskabinett bereit, das Problem zu beseitigen.¹⁵¹ Trotz massiver Widerstände von seiten der FDP, aus den Reihen der CDU sowie von einzelnen Ministern,¹⁵² gab er nach einer Absprache mit dem Bauernverband über Ausgleichszahlungen für die deutschen Landwirte Ende November grünes Licht für die Senkung des

143 L-E-S, NL Erhard, I.2) 24, Strauß an Erhard, 19. Okt. 1964; ebd., I.2) 13, Vermerk Blumenfeld, 20. Okt. 1964; ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 20. Okt. 1964; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 527–529.

144 Aufzeichnung Carstens, 30. Okt. 1964, in: AAPD 1964, S. 1199 f.

145 L-E-S, NL Erhard, I.2) 17, Gerstenmaier an Erhard, 2. Nov. 1964; s. a. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 530.

146 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1010/1, Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 3. Nov. 1964; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 530–532; R. MARCOWITZ (wie Anm. 35), S. 194–196.

147 Interview Gerstenmaiers mit *Bild Zeitung*, 7. Nov. 1964; Interview Adenauers mit *Bild am Sonntag*, 6. Nov. 1964; Interview Schröders mit *Allgemeine Zeitung. Neuer Mainzer Anzeiger*, 9. Nov. 1964; J. BAUER (wie Anm. 87), S. 282–292.

148 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 22. Nov. 1964.

149 L-E-S, NL Erhard, NE 276, Hohmann an »Minister«, 2. Nov. 1964; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 541.

150 Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 9. Febr. 1965, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 813.

151 Lahr an Schröder, 25. Nov. 1964, in: AAPD 1964, S. 1394–1396.

152 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 22. Okt. u. 24. Nov. 1964; ebd., NL Schwarz, I-211-001/1, Tb. Schwarz, 9., 11. u. 30. Nov. 1964; Aufzeichnung Carstens St.S 1987/64, 30. Okt. 1964, in: AAPD 1964, S. 1199 f.

deutschen Getreidepreises.¹⁵³ Zwei Wochen später verständigte sich der EWG-Ministerrat auf eine entsprechende Regelung.¹⁵⁴

Die französische Regierung frohlockte und verlangte als nächsten Schritt die Verabschiedung von Marktordnungen für verschiedene Produkte sowie eine Vereinbarung über die Finanzierung des Agrarmarktes,¹⁵⁵ da das System der Beitragsleistungen an den Ausrichtungs- und Garantiefonds am 30. Juni 1965 auslief. Während die Brüsseler Einigung im Bundeskabinett eine »kühle Aufnahme«¹⁵⁶ fand, sah Erhard die Früchte seiner Europapolitik »jetzt heranreifen«.¹⁵⁷ Noch wichtiger als die Tatsache, dass die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nun in die »Kennedy-Runde« einbezogen werden konnten,¹⁵⁸ war ihm das Signal an de Gaulle. Die Getreidepreisangleichung sei als »Geste gegenüber Frankreich« gemacht worden, »um in einer anderen Situation hart bleiben zu können«¹⁵⁹, ließ er verlauten. Der »Weg nach Europa« sei offen.¹⁶⁰ De Gaulle sah er in der Bringschuld¹⁶¹ und wählte sich im Besitz eines »Anspruch[es] auf ein [französisches] Entgegenkommen«¹⁶².

Im »Sonderkreis«, dem von Erhards Intimus Ministerialdirektor Hohmann im Oktober 1964 formierten Beratungszirkel,¹⁶³ plädierte man dafür, die Chance zur Verständigung mit Frankreich jetzt aktiv zu ergreifen und sich über etwaige Bedenken Schröders hinwegzusetzen. Einzelne Mitglieder des Zirkels neigten zu der Ansicht, einen europäischen Bundesstaat nur mit Hilfe der französischen Europakonzeption, nicht aber auf der Basis des Gemeinsamen Marktes erreichen zu können. Ein »deutsch-französischer Akkord« über die EWG¹⁶⁴

153 ACDP, NL Schwarz, I-211-001/1, Tb. Schwarz, 13. Nov. 1964; ebd., Vermerk Hüttenbräuer, 30. Nov. 1964; ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 4. Dez. 1964; vgl. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 522–534; Fritz NEEF, *Entscheidung für Europa*, in: Gerhard SCHRÖDER u.a. (Hg.), *Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie, Festschrift zum 75. Geburtstag*, Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1972, S. 337–342.

154 Erklärung Schmücker, 1. Dez. 1964, in: *Bulletin* 1964, S. 1659 f.; AAPD 1964, S. 1396, Anm. 18.

155 Conseil des Ministres, 16. Dez. 1964, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 272 f.; Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 16. Dez. 1964, in: ebd., S. 273 f.

156 ACDP, NL Schwarz, I-211-001/1, Tb. Schwarz, 2. Dez. 1964.

157 Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 27. Nov. 1964, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 740.

158 Stedtfeld an AA, 6. Mai 1964, in: AAPD 1964, S. 512–514.

159 L-E-S, NL Erhard, NE 559n, Sitzung des »Sonderkreises« vom 12. Dez. 1964.

160 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1010/1, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 15. Dez. 1964.

161 Aufzeichnung Carstens, 30. Nov. 1964, in: AAPD 1964, S. 1413.

162 H. VON DER GROEBEN, Aufbaujahre (wie Anm. 38), S. 242; s. a. ACDP, NL Schwarz, I-211-001/1, Tb. Schwarz, 19. Dez. 1964.

163 L-E-S, NL Erhard, NE 560, Manuskript Hohmann »Der Sonderkreis«, o.D.; s. a. V. LAITENBERGER, (wie Anm. 1), S. 193.

164 L-E-S, NL Erhard, NE 559n, Sitzung des »Sonderkreises« vom 5. Dez. 1964.

galt allerdings als ein nützliches Element der Deutschlandpolitik, um wirtschaftlich nach Osten zu strahlen.¹⁶⁵

Erhard und seine Ratgeber schätzten die Haltung de Gaulles falsch ein. Zwar schlug der Präsident nach außen hin nun einen konzilianteren Ton an.¹⁶⁶ Intern aber warf er der Bundesregierung Verrat am Geist des deutsch-französischen Vertrags und an Europa vor.¹⁶⁷ Gewiss, auch er wollte sich à la longue nicht mit der wirtschaftlichen Integration zufrieden geben.¹⁶⁸ Doch die deutsche Europainitiative schien ihm als Diskussionsgrundlage nur bedingt brauchbar.¹⁶⁹ Gleichwohl nährte er des Kanzlers Hoffnungen, indem er ihn für den nächsten deutsch-französischen Gipfel nicht in den Elysée, sondern in die Abgeschiedenheit des königlichen Jagdschlusses von Rambouillet einlud.¹⁷⁰ In Erhards Umgebung dachte man – ohne Erfolg – darüber nach, gewissermaßen als Gegenleistung die Mitfahrt von Schröder zu verhindern oder Frankreich in der Frage der gemeinsamen Verteidigung entgegenzukommen.¹⁷¹ Auch ohne derartige Konzessionen endete das Treffen am 19./20. Januar 1965 mit einem gewissen Erfolg. De Gaulle billigte die deutsche Europainitiative mit Ausnahme des supranationalen Ausschusses und gab seine Bereitschaft zu erkennen, eine von Erhard geplante Außenministerkonferenz zu unterstützen. Für Anfang Juli fasste man eine Zusammenkunft der Regierungschef ins Auge.¹⁷²

165 L-E-S, NL Erhard, NE 559n, Sitzung des »Sonderkreises« vom 30. Jan. 1965.

166 Rede de Gaulles in Straßburg, 22. Nov. 1964, in: Ch. DE GAULLE, *Discours* (wie Anm. 39), Bd. 4, S. 312–316; BA, NL Carstens, Bd. 624, Klaiber an AA, 21. Nov. 1964; ebd., Abt. 2, Ref.7 im AA an Staatssekretär, 23. Nov. 1964.

167 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 18. Nov. 1964, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 270.

168 Maurice VAÏSSE, *La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969*, Paris 1998, S. 546.

169 Unterredung zwischen Couve de Murville und Schröder vom 9. Dez. 1964, in: AAPD 1964, S. 1470–1473.

170 *Der Spiegel*, 1965, Nr. 5, S. 15.

171 L-E-S, NL Erhard, NE 559n, Sitzung des »Sonderkreises« vom 7. Jan. 1965. Mitte Januar rieten französische Diplomaten von einer Diskussion über die Verteidigungspolitik ab, da die Haltung des Generals nach wie vor auf die »NATO-Auflösung« abziele (ebd., Sitzung des »Sonderkreises« vom 16. Jan. 1965).

172 Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 19. Jan. 1965, in: AAPD 1965, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, bearb. von Mechthild LINDEMANN und Ilse Dorothee PAUTSCH, München 1996, S. 101–120; Unterredung zwischen dens. vom 20. Jan. 1965, in: ebd., S. 140–151; Unterredung zwischen dens. vom 20. Jan. 1965, in: ebd., S. 151–158; Deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 19. Jan. 1965, in: ebd., S. 121–130; H. OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie Anm. 99), S. 138–143. M. VAÏSSE, *La grandeur* (wie Anm. 168), S. 546, behauptet irrtümlich, de Gaulle habe nur dem Gipfel zugestimmt.

»Erhard ist ein Träumer, der nichts von Außenpolitik versteht«

Anders als Erhard es glaubte, war der Fortsetzung der europäischen Einigung damit jedoch keine »Bresche« geschlagen.¹⁷³ Anfang Februar zerstörte de Gaulle die Harmonie auf einer Pressekonferenz mit der These, »le problème allemand est, par excellence, le problème européen«; folglich müsse dessen Lösung primär eine Aufgabe der Europäer sein.¹⁷⁴ Er antwortete damit auf das Bemühen Schröders, die Angelsachsen für eine aktivere Wiedervereinigungspolitik zu gewinnen,¹⁷⁵ ein Unterfangen, das seines Erachtens zum Scheitern verurteilt war, solange die Sowjetunion den osteuropäischen Satelliten die Freiheit vorenthielt.¹⁷⁶ Zunächst reagierte Bonn auf diesen Vorstoß mit Genugtuung,¹⁷⁷ zumal Paris die Viermächteverantwortung ausdrücklich nicht in Frage stellte.¹⁷⁸ Dann aber setzte sich bei Schröder und Erhard die Auffassung durch, de Gaulle wolle die Aufhebung der deutschen Teilung auf unbestimmte Zeit vertagen. Als der General versuchte, die europäische Dimension des Problems in einer Deutschland-Erklärung der Westmächte zu verankern,¹⁷⁹ stellte Erhard Anfang Mai klar: »Eine ›Europäisierung‹, die praktisch zur Folge haben könnte, dass die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit Garanten minderen Rechts und Ranges wären, lehnt die Bundesregierung als indiskutabel ab.«¹⁸⁰

Auch in der Sicherheitspolitik ging der Kanzler trotz des Siechtums der MLF¹⁸¹ jetzt auf einen Konfrontationskurs.¹⁸² Die Reaktion aus Paris folgte postwendend. Als Italien Mitte März zu der Außenministerkonferenz nach Venedig einlud,¹⁸³ machte de Gaulle seine Zustimmung von einem Erfolg der Veranstaltung abhängig. Im Grunde lehnte er ein solches Treffen ab, weil er

173 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1010/1, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 26. Jan. 1965.

174 Pressekonferenz de Gaulles, 4. Febr. 1965, in: Ch. DE GAULLE, *Discours* (wie Anm. 39), Bd. 4, S. 325–342, hier S. 338.

175 Siehe die Dokumente in: AAPD 1964, Nr. 353 u. 387.

176 Conseil des Ministres, 23. Dez. 1964, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 275.

177 Unterredung zwischen Erhard und McGhee vom 8. Febr. 1965, in: AAPD 1965, S. 265–267.

178 BA, NL Carstens, Bd. 625, Klaiber an AA, 5. Febr. 1965; ebd., ders. an dass., 5. Febr. 1965.

179 die Dokumente in: AAPD 1965, Nr. 130, 155, 186–188 u. 193.

180 Interview Erhards mit *Berliner Morgenpost*, 1. Mai 1965; s. a. Unterredung zwischen dems. und McGhee vom 5. Mai 1965, in: AAPD 1965, S. 793 f.

181 H. HAFENDORN, *Projekt* (wie Anm. 137), S. 430–445; Chr. HOPPE (wie Anm. 21), S. 214–250; B. SCHMITT (wie Anm. 137), S. 188–206.

182 L-E-S, NL Erhard, NE 335, Informationsgespräch zwischen Erhard und Sulzberger vom 9. Febr. 1965.

183 Schröder an Erhard, 9. März 1965, in: AAPD 1965, S. 480–482; Erhard an Schröder, 16. März 1965, in: ebd., S. 520; BA, B 136, Bd. 6408, Fanfani an Schröder, 11. März 1965; ebd., Schröder an Erhard, 18. März 1965; ebd., Erhard an Schröder, 19. März 1965.

die Sechsergemeinschaft noch nicht reif für die politische Kooperation hielt.¹⁸⁴ In Bonn läuteten erneut die Alarmglocken. Sondierungen der von Schröder angerufenen Regierung in Rom, inwieweit die Außenministerkonferenz von Sachverständigen vorbereitet werden könnte, gingen negativ aus.¹⁸⁵ Adenauer behauptete im Bundesvorstand der CDU, die Bemühungen des Kanzleramtes um die europäische Union würden vom Auswärtigen Amt »systematisch kaputtgemacht«. Schröder habe sowohl ihn als auch Erhard »beschwindelt«.¹⁸⁶ Der Kanzler nahm den Außenminister zwar in Schutz, beauftragte aber umgehend Staatssekretär Lahr, ihm in schriftlicher Form die Entwicklung der politischen Einigungsschritte in den letzten drei Monaten darzustellen.¹⁸⁷ Westrick veranlasste eine beschleunigte Überprüfung, wie stark die deutschen Bataillone bei den kommenden Agrarverhandlungen in Brüssel seien und welche Möglichkeiten es gebe, an der Außenministerkonferenz festzuhalten.¹⁸⁸

Obwohl Erhard und Adenauer sich in persönlichen Botschaften bei ihm für eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs eingesetzt hatten, lehnte de Gaulle den Vorschlag Mitte April ab.¹⁸⁹ Wenige Wochen später wies er jegliche Form der Integration öffentlich ab.¹⁹⁰ Für den schlechten Zustand der deutsch-französischen Beziehungen machte der Präsident allein die Bundesregierung verantwortlich, weil sie den Elysée-Vertrag durch die Präambel neutralisiert habe.¹⁹¹ Tief enttäuscht über das Abrücken des Generals von den Abmachungen von Rambouillet, beschloss der Kanzler, härter gegen ihn vorzugehen.¹⁹² Gereizt stellte er klar, eine Politik, die Deutschland zu einem »französisch-russischen Protektorat« degradiere, werde er nicht unterstützen.¹⁹³

Auch unter den Bonner »Gaullisten« wuchs ob der »sehr gefährlichen [...] Schritte«¹⁹⁴, die Frankreich im NATO-Bereich anbahnte, der Unmut. Die Bun-

184 BA, B 136, Bd. 6408, Unterredung zwischen de Gaulle und Klaiber vom 30. März 1965; Klaiber an AA, 30. März 1965, in: AAPD 1965, S. 636–638; ders. an dass., 30. März 1965, in: ebd., S. 639–642; M. VAÏSSE, *La grandeur* (wie Anm. 168), S. 546 f.

185 BA, B 136, Bd. 6408, Voigt an Schröder, 1. April 1965.

186 Erklärungen Adenauers im CDU-Bundesvorstand, 28. März 1965, in: *Adenauer: »Stetigkeit in der Führung«* (wie Anm. 36), S. 898 u. S. 904.

187 BA, B 136, Bd. 6408, Voigt an Schröder, 1. April 1965.

188 BA, B 136, Bd. 6408, Vermerk Mercker, 2. April 1965.

189 De Gaulle an Erhard, 13. April 1965, in: DE GAULLE, *Lettres*, Bd. 10, S. 147 f.; H. OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie Anm. 99), S. 184 f.; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 561.

190 Rundfunk- und Fernsehansprache de Gaulles, 27. April 1965, in: de Gaulle, *Discours* (wie Anm. 39), Bd. 4, S. 354–358.

191 Unterredung zwischen Couve de Murville und Schröder vom 24. Mai 1965, in: AAPD 1965, S. 864–878; M. VAÏSSE, *La grandeur* (wie Anm. 168), S. 578.

192 L-E-S, NL Erhard, I.2) 12, Erhard an Barzel, 23. April 1965; *General-Anzeiger*, 5. Mai 1965.

193 Unterredung zwischen Erhard und McGhee vom 5. Mai 1965, in: AAPD 1965, S. 792–795, hier S. 794.

194 BA, NL Carstens, Bd. 652, Aufzeichnung Carstens, 27. Mai 1965.

desregierung dürfe dem »Entweder-Oder de Gaulles« nicht folgen, hieß es.¹⁹⁵ Allein die Vorsitzenden der beiden Unionsparteien schienen beharrlich an der engen Bindung zu Frankreich festzuhalten. Adenauer sah sein Lebenswerk in Gefahr und empfahl, beim nächsten Regierungstreffen die kontroversen Themen auszuklammern.¹⁹⁶ Strauß warnte vor einer »außenpolitischen Isolierung« und proklamierte eine europäische nukleare Abschreckung als Voraussetzung für eine Entspannungspolitik, die die Teilung des Kontinents überwinde und ein befriedetes »Europa vom Atlantik bis zum Ural« schaffe.¹⁹⁷

Während Schröder nun mehr oder minder offen über eine Abkehr von Frankreich nachdachte,¹⁹⁸ hielt Erhard an der Politik der Verständigung fest,¹⁹⁹ ohne jedoch einen Deut von seinen europapolitischen Maximen abzurücken. Mitte Juni kam er mit dem General in Bonn überein, die Gipfelkonferenz der Sechs doch noch vor Jahresfrist einzuberufen, sobald die Verhandlungen über die europäische Agrarpolitik erledigt seien. Mit Blick auf jüngste Vorschläge der EWG-Kommission zur Übertragung eigener Mittel auf die Sechsergemeinschaft und zur Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat verständigten sie sich außerdem, dass der Rat die entscheidende Instanz bleiben müsse.²⁰⁰ Schröder machte die Vereinbarungen wieder zunichte, indem er mit einem Kompromissvorschlag zur Agrarfinanzierung aufwartete, der sogar dem Bundeskabinett suspekt erschien.²⁰¹ De Gaulle meldete zu allen Zusagen Vorbehalte an²⁰² und fühlte sich in seiner Auffassung bestätigt, dass Erhard die Regierungsgeschäfte nicht im Griff habe.²⁰³

Zwei Wochen später brach Frankreich in der EWG die »Politik des leeren Stuhls« vom Zaun. Schon Ende Mai hatte Außenminister Couve de Murville de Gaulle den Vorschlag unterbreitet, die europäischen Institutionen nach einem provozierten Eklat solange zu boykottieren, bis die Probleme sich im Sin-

195 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 5. Mai 1965; s. a. ebd., Tb. Krone, 4. Mai 1965; L-E-S, I.2) 17, zu Guttenberg an Erhard, 19. Mai 1965.

196 ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 28. April, 30. April–2. Mai 1965, 16. u. 18. Mai 1965; L-E-S, NL Erhard, I.1) 10+11, Adenauer an Erhard, 28. Mai 1965.

197 L-E-S, NL Erhard, I.2) 24, Strauß an Erhard, 25. Mai 1965; s. a. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 566.

198 BA, NL Carstens, Bd. 652, Vermerk Schröders, 7. Juni 1965; ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 8. Juni 1965.

199 L-E-S, NL Erhard, I.2) 17, de Gaulle an Erhard, 7. Mai 1965; ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 21. Mai 1965.

200 Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 11. Juni 1965, in: AAPD 1965, S. 1016–1025; Vorschläge der EWG-Kommission, 31. März 1965, in: *Europa-Archiv* 1965, D404–417.

201 Aufzeichnung Lahr, 12. Juni 1965, in: AAPD 1965, S. 1039 f.

202 Deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 12. Juni 1965, in: AAPD 1965, S. 1041–1044.

203 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 15. Juni 1965, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 287 f.

ne Frankreichs lösten. Jetzt setzte er diesen Schritt nach einem undurchsichtigen Verwirrspiel²⁰⁴ mit dessen Einwilligung um.²⁰⁵ De Gaulles Philippika kam für die Bundesregierung in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes natürlich zur Unzeit. Entgegen der allgemein vorherrschenden Stimmung, die Frankreich auf die Anklagebank setzte, brachten die deutschen »Gaullisten« dem Vorgehen des Generals Verständnis entgegen oder mahnten aus Furcht vor dessen ostpolitischen Avancen zumindest zur Rücksicht.²⁰⁶ In einer ressortübergreifenden Abstimmung sprachen sich die Bundesministerien Anfang Juli dafür aus, Frankreichs Interesse an der Agrarfinanzierung nutzbar zu machen, um den eigenen Wunsch nach einer gleichgewichtigen Entwicklung in anderen Bereichen der Europapolitik durchzusetzen.²⁰⁷ Potentielle Handlungsspielräume abtastend, unternahm die EWG-Kommission kurz darauf einen ersten Schritt zur Wiederannäherung und legte ein Memorandum zur Agrarfrage vor, das sich dem Standpunkt Frankreichs annäherte.²⁰⁸ Erhard missfiel das Papier, da es die deutschen Vorstellungen »völlig unberücksichtigt« gelassen hatte; daher hielt er auch eine vom Auswärtigen Amt angeregte deutsch-französische Tuchfühlung für abwegig.²⁰⁹ Auf Bitten von Carstens stimmte Westrick der Kontaktaufnahme dann doch zu.²¹⁰ Aus dem Anfang September stattfindenden Gespräch mit Premierminister Pompidou schlussfolgerte der deutsche Botschafter Klaiber, Frankreich wolle die EWG nicht zum Scheitern verurteilen, aber die supranationale Fortentwicklung verhindern.²¹¹

Zunächst einmal standen die Zeichen jedoch auf Sturm. In seiner Verbitterung verweigerte der General dem Kanzler sogar zunächst die obligatorischen Glückwünsche zu dessen Sieg bei den Bundestagswahlen Mitte September.²¹²

204 Vermerk Lahrs, 23. Juni 1965, im Auszug in: AAPD 1965, S. 1102, Anm. 6; *Die Welt*, 25. Juni 1965.

205 Conseil des Ministres, 1. Juli 1965, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 288–290; Aufzeichnung Lahr, 3. Juli 1965, in: AAPD 1965, S. 1101–1105; Unterredung zwischen Schröder und Seydoux vom 3. Juli 1965, in: ebd., S. 1105–1113; Aufzeichnung Lahr, 5. Juli 1965, Geheim, in: ebd., S. 1113–1118; Rolf LAHR, *Zeuge von Aufstieg und Fall. Private Briefe 1934–1974*, Hamburg 1984, S. 425–432; M. VAÏSSE, *La grandeur* (wie Anm. 168), S. 555 f.

206 BA NL zu Guttenberg, Bd. 47, Strauß an zu Guttenberg, 5. Febr. 1966; R. MARCOWITZ (wie Anm. 35), S. 211 f.

207 ACDP, NL Schwarz, I–211–001/1, »Aufzeichnung zum Verhandlungsstand in der EWG«, 5. Juli 1965.

208 Vorschläge der EWG-Kommission, 22. Juli 1965, in: AdG 1965, S. 11987–11989; ACDP, NL Schröder, Aufzeichnung Lahr, 23. Juli 1965; Unterredung zwischen Schröder und Spaak vom 26. Juli 1965, in: AAPD 1965, S. 1269–1278.

209 BA, B 136, Bd. 6408, Vermerk Westrick, 2. Aug. 1965.

210 BA, B 136, Bd. 6408, Westrick an Erhard, Vermerk, 19. Aug. 1965; ebd., ders. an Carstens, 26. Aug. 1965.

211 Klaiber an AA, 2. Sept. 1965, in: AAPD 1965, S. 1397–1400.

212 Conseil des Ministres vom 22. Sept. 1965, in: A. PEYREFITTE (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 302 f.

Für eine gemeinsame Politik mit der »bande Schröder, Erhard, etc.« fehlte vorerst jegliche Basis.²¹³ Aus dem ambitiösen Verhalten der Kommission – Präsident Hallstein und sein Vize Mansholt wurden in de Gaulles Umgebung mit Hitler verglichen²¹⁴ – sowie aus der Reaktion der EWG-Staaten auf sein Angebot zum Aufbau eines »europäischen Europa« hatte der General den Schluss gezogen, dass Frankreich seine Interessen nur im Alleingang werde durchsetzen können.²¹⁵ In einer in ihrem aggressiven Ton kaum zu überbietenden Pressekonferenz – gewiss auch Ausdruck der nahenden Präsidentschaftswahlen – stellte er dem Projekt einer europäischen Föderation, in der ein »aréopage technocratique, apatriote et irresponsable« regieren würde, den Plan einer organischen Zusammenarbeit der Staaten in einer Konföderation gegenüber. Die Mitarbeit in Brüssel werde Frankreich erst dann wieder aufnehmen, wenn die Forderung nach Einbeziehung der Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt akzeptiert sowie der Anspruch auf Supranationalität fallengelassen worden und die Möglichkeit gegeben sei, das vorgesehene Mehrheitsprinzip im Ministerrat durch ein Veto auszuschalten.²¹⁶

Nicht weniger scharf zogen die »Gaullisten« in Bonn über die Frankreichpolitik der Bundesregierung her. »Erhard ist ein Träumer, der von Außenpolitik nichts versteht«, wettete Adenauer.²¹⁷ In der Fraktion warnte er vor einem »stillschweigenden Abkommen« zwischen Washington und Moskau und unterstrich die Ohnmacht der Bundesrepublik gegenüber den drei nuklear gerüsteten »Nachbarn« Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion.²¹⁸ Strauß befürchtete eine Wendung Frankreichs nach Osten, wenn die Bundesrepublik den Elysée-Vertrag nicht durchführe, und forderte den Kanzler offen auf, die Wiederernennung Schröders zum Außenminister zu verhindern. Doch Erhard mochte davon nichts wissen. Eine Verständigung mit Frankreich auf Kosten der anderen EWG-Partner und der USA durfte es nicht geben. Dass französische Politiker auf die »russische Karte« setzten, ließ ihn ungerührt.²¹⁹ Wenn seine innerparteilichen Widersacher glaubten, Europa mit der Force de frappe verteidigen zu können, hingen sie seines Er-

213 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 13. Okt. 1965, in: ebd., S. 303 f., hier S. 304.

214 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 28. Juli 1965, in: ebd., S. 296 f.

215 Rede Couve de Murvilles in der Assemblée Nationale, 20. Okt. 1965, im Auszug in: AdG 1965, S. 12125 f.; BA, B 136, Bd. 6408, Klaiber an AA, FS Nr. 1559, 22. Okt. 1965, Cito, Verschlüsselt.

216 Pressekonferenz de Gaulles, 9. Sept. 1965, in: DERS., *Discours* (wie Anm. 39), Bd. 4, S. 372–392, hier S. 379.

217 Zitiert nach: H. OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie Anm. 99), S. 273, Tb. 23. Dez. 1965.

218 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII–001–1010/2, Erklärung Adenauers in der CDU/CSU-Fraktion, 20. Okt. 1965; s. a. R. MARCOWITZ (wie Anm. 35), S. 211.

219 L-E-S, NL Erhard, I.2) 24, Strauß an Erhard, 8. Okt. 1965 (mit Marginalie Erhards).

achtens einer Utopie an.²²⁰ »Kein Land, das über Atomwaffen verfügt, ist bereit, ein anderes Land, daran teilhaben zu lassen. Es kann sich immer nur um Beteiligung handeln.«²²¹

»Die Illusion vom integrierten Europa ist zerstoßen«

In Übereinstimmung mit den Partnern der EWG hielt der Kanzler es für unabdingbar, die EWG-Krise getreu den Römischen Verträgen und »im Rahmen der bestehenden Organe der Gemeinschaft« zu lösen.²²² Ende Januar 1966 endete der Konflikt nach diversen Beratungsrunden des EWG-Ministerrates und einem »Sieg zweiter Klasse«²²³ de Gaulles bei den Präsidentschaftswahlen mit einem beide Streitparteien gleichermaßen unbefriedigenden Kompromiss, dem Luxemburger Dissens.²²⁴

In der Union baten die »Gaullisten« den Kanzler inständig darum, sich mit dem General ins Benehmen zu setzen.²²⁵ Selbst im »Sonderkreis« sprach man sich dafür aus, den Franzosen nicht ständig Paroli zu bieten. Auch die Opferung Hallsteins wurde erwogen²²⁶. Der Kanzler blieb jedoch Gefangener seiner fixen Idee, der Präsident strebe die »franz[ösische] Hegemonie« an.²²⁷ Gleichwohl gelang es ihm Anfang Februar, mit de Gaulle das Thema der europäischen politischen Kooperation erneut aufs Tapet zu bringen.²²⁸ Obwohl die Niederlande umgehend verlautbarten, eine Europainitiative könne nur langfristig zum Erfolg führen, neigte man im Kanzleramt dazu, die Flinte nicht

220 L-E-S, NL Erhard, NE 316, Erhard an Strauß, Oktober 1965 (Entwurf); V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 583 f.

221 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1010/2, Erklärung Erhards in der CDU/CSU-Fraktion, 20. Okt. 1965; s. a. R. MARCOWITZ (wie Anm. 35), S. 211.

222 Sachs an AA, 28. Okt. 1965, in: AAPD 1965, S. 1689, Anm.2; s. a. ACDP, NL Schröder, I-483-087/2, Erhard an Schröder, 23. Okt. 1965.

223 *Der Spiegel*, 1965, Nr. 53, S. 38.

224 Runderlass Lahrs, 31. Jan. 1966, in: AAPD 1966, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, bearb. von Matthias PETER und Harald ROSENBACH, München 1997, S. 114–118; Ernst KOBBERT, *Eine stille ›Revision‹ der EWG. Hat der Luxemburger Kompromiss die Gemeinschaft verwandelt?* In: *Europa-Archiv* 1966, S. 119 f.

225 ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1010/2, Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 25. Jan. 1966; ACDP, NL Krone, I-028-076/1, Tb. Krone, 4. Febr. 1966.

226 L-E-S, NL Erhard, NE 559n, Sitzung des »Sonderkreises« vom 4. (?) Febr. [1966]. Zur Antipathie de Gaulles gegenüber Hallstein vgl. Wilfried LOTH, *Hallstein und de Gaulle: Die verhängnisvolle Konfrontation*, in: W. LOTH/W. WALLACE/W. WESSELS (Hg.), *Walter Hallstein* (wie Anm. 9) S. 171–188; VAISSE, *La grandeur* (wie Anm. 168), S. 548.

227 L-E-S, NL Erhard, I.2) 24, Strauß an Erhard, 5. Febr. 1966 (Marginalie Erhards); s. a. V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 595 f.

228 BA, NL Carstens, Bd. 555, Carstens an Schröder, 2. Febr. 1966, nebst Anlage; Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 7. Febr. 1966, in: AAPD 1966, S. 145–158; Unterredung zwischen dens. vom 8. Febr. 1966, in: ebd., S. 171–178; Gemeinsam vereinbarte Richtlinie der deutsch-französischen Arbeitsgespräche, 7./8. Febr. 1966, in: AdG 1966, S. 12326B.

ins Korn zu werfen.²²⁹ Wenig später verblüffte Erhard die Öffentlichkeit mit dem Bekenntnis, vielleicht habe man in der Europapolitik bisher »zu sehr in bestimmten Formen« gedacht, während jetzt mehr »praktische Schritte« gefragt seien. Er empfahl eine Revitalisierung der EWG und regte Beratungen auf der Ebene der Außenminister mit dem Ziel späterer Treffen der Regierungschefs an.²³⁰ Mochte er auch bald darauf vollmundig verkünden, man könne den Bau des »europäische[n] Haus[es]« mit dem nötigen politischen Willen sehr wohl vollenden,²³¹ so gerieten diese zaghaften Bemühungen doch umgehend in den Schatten der Moskareise de Gaulles vom Juni,²³² des französischen Austritts aus der militärischen Integration der NATO Anfang Juli²³³ und der Ende desselben Monats abgeschlossenen Agrarverhandlungen.²³⁴

Da das Fundament für eine Behandlung der deutschen Europainitiative anschließend vollends zerstört schien, vollzog Erhard eine gewisse Kehrtwende, legte die Frage der politischen Integration auf Eis und konzentrierte sich auf die ökonomische Annäherung der europäischen Wirtschaftsblöcke.²³⁵ Innerparteiliche Kritiker und Journalisten warfen ihm umgehend vor, er habe dem Dogma der politischen Einigung abgeschworen.²³⁶ Natürlich wehrte sich der Kanzler gegen den Tadel.²³⁷ Letztlich musste er sich aber eingestehen, dass er mit seinen Bemühungen nur »Undank« geerntet hatte.²³⁸ »Die Illusion vom integrierten Europa ist genau so zerstoßen wie die von der Wiedervereinigung Deutschlands durch die Politik der Stärke«, hieß es in der Presse.²³⁹

229 BA, B 136, Bd. 6408, Osterheld an Erhard, 23. Febr. 1966.

230 Pressekonferenz Erhards, 25. Febr. 1966, in: *Bulletin* 1966, S. 213–216.

231 Bundestagsrede dess., 25. Mai 1966, in: BT, Sten. Ber., Bd. 61, S. 2027–2029, hier S. 2028.

232 Jacques BARIÉTY, *Die französisch-sowjetische Annäherung. De Gaulles Reise nach Moskau im Jahre 1966 und die »Deutsche Frage«*, in: Peter WEILEMANN/Hanns Jürgen KÜSTERS/Günter BUCHSTAB (Hg.), *Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag*, Paderborn u.a. 1999, S. 243–254.

233 Frédéric BOZO, *Deux stratégies pour l'Europe. De Gaulle, les Etats-Unis et l'Alliance atlantique, 1958–1969*, Paris 1996, S. 133–151; DERS., *Chronique d'une décision annoncée: le retrait de l'organisation militaire (1965–1967)*, in: Maurice VAISSE/Pierre MÉLANDRI/Frédéric BOZO (Hg.), *La France et l'OTAN 1949–1996*, Brüssel 1996, S. 331–358; Helga HAF-TENDORN, *Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz: Die NATO-Krise von 1966/67. Nuclear History Program (NHP)*, Baden-Baden 1994.

234 Aufzeichnung Lahr, 25. Juli 1966, in: AAPD 1966, S. 992–994; AdG 1966, S. 12497B–12499.

235 Deutsch-norwegische Regierungsbesprechung vom 29./30. Aug. 1965, in: AAPD 1966, S. 1117–1123; Deutsch-schwedische Regierungsbesprechung vom 2. Sept. 1965, in: ebd., S. 1129 f. u. S. 1132–1139.

236 ACDP, NL Krone, I-028–076/1, Tb. Krone, 5. Sept. 1966; *Stuttgarter Zeitung*, 6. Sept. 1966.

237 L-E-S, NL Erhard, NE 270, Informationsgespräch Erhards mit Chefredakteuren, 6. Sept. 1966; BA, B 136, Bd. 6408, Lahr an ausländische Missionen, 13. Sept. 1966; ebd., Schröder an Erhard, 16. Sept. 1966.

238 *Neue Zürcher Zeitung*, 7. Sept. 1966.

Das Problem der Option zwischen den beiden wichtigsten Bündnispartnern, das Spannungsverhältnis zwischen der nationalen Renaissance in Europa und der Zementierung der deutschen Teilung, die Blockade der europäischen Bewegung – all das führte in der Bundesrepublik im Spätsommer zu einer gewissen »Orientierungslosigkeit«²⁴⁰. Das Verhältnis zu den USA und zu Frankreich war beschädigt, wenn nicht zerrüttet. Erhards wohlmeinende Formel vom »Europa der Freien und der Gleichen« hatte sich als Utopie erwiesen. Die Bundesrepublik stand in der Gefahr, »isoliert zu werden«²⁴¹.

Die Stagnation in der Europapolitik besaß mutatis mutandis zwei Ursachen, die beide das deutsch-französische Verhältnis berührten: Während Frankreich durch den Zerfall der Bipolarität beträchtlichen Spielraum gewann, büßte die Bundesrepublik vor dem Hintergrund einer veränderten Machtstruktur auf internationaler Ebene erheblich an Einfluss ein. Während de Gaulle darauf hinwirkte, eine die Nationalstaatlichkeit bewahrende »Europe européenne« als gleichberechtigten Partner der Weltmächte USA und Sowjetunion zu etablieren, strebte Erhard ein supranational integriertes »Europa der Freien und Gleichen« als gleichwertigen Bundesgenossen in der Atlantischen Gemeinschaft an. Trotz partieller Berührungspunkte waren die eher machtpolitische französische und die mehr wirtschaftlich ausgerichtete deutsche Konzeption unvereinbar. Sie wirkten wie zwei aneinander gesetzte Pyramiden, die sich trotz ihres gemeinsamen Fundamentes mit zunehmender Höhe immer weiter voneinander entfernten. In seinem ostensiblen Missionsbewusstsein²⁴² hatte Erhard geglaubt, die Gesetze der Machtpolitik ausschalten zu können. Er sollte sich täuschen. Obwohl von den Christdemokraten im März zum Vorsitzenden ernannt, trieb die Partei ihre einst so beliebte Wahlkampflokomotive Ende November aufs Abstellgleis.²⁴³ Erhards Versuch, »Europa aus der Lethargie herauszureißen«²⁴⁴, war gescheitert.

239 *Süddeutsche Zeitung*, 24. Okt. 1966.

240 K. HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition* (wie Anm. 31), S. 24.

241 H. OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie Anm. 99), S. 338; vgl. K. HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition* (wie Anm. 31), S. 179.

242 K. HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition* (wie Anm. 31), S. 231–240.

243 H. OSTERHELD, *Außenpolitik* (wie Anm. 99), S. 297–301 u. S. 363–381; V. HENTSCHEL (wie Anm. 1), S. 592–601 u. S. 613–649; K. HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition* (wie Anm. 31), S. 202–231.

244 L-E-S, NL Erhard, NE 274, Rede Erhards vor der Europa-Union Deutschlands, 13. April 1964.

Vom Mitarbeiter zum Miteigentümer. Der Burgbacher-Plan von 1969

Von Günter Buchstab

Auf der 50-Jahr-Feier der »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft« Anfang April 2000 stellte Bundeskanzler Schröder – ohne in Einzelheiten zu gehen – Grundzüge eines Konzepts zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital und Gewinn ihrer Unternehmen vor.¹ Gewerkschaften und Arbeitgeber sollten bei Tarifverhandlungen ihr besonderes Augenmerk auf Investiv-Lohnmodelle richten, bei denen Teile von Lohnerhöhungen nicht in bar ausgezahlt, sondern in Aktien, Investmentfonds, Genussscheinen oder in vergleichbare Unternehmensbeteiligungen investiert werden. Der Ausbau der Vermögensbildung und insbesondere die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer böten – so Schröders Einschätzung – gerade jetzt, da die Deutschen die Aktien entdeckt hätten, eine Reihe von Vorteilen: Bei den Beschäftigten steigere die Beteiligung am Unternehmenskapital und -erfolg die Motivation und Verantwortung, was nicht nur die Betriebsergebnisse, sondern auch das Verständnis für betriebswirtschaftliche Zusammenhänge verbessere. Die Beteiligung der Menschen in den Betrieben »am Haben und Sagen« sei eine der Säulen der Sozialen Marktwirtschaft, was gelegentlich vergessen werde. Auch könne der Export von Arbeitsplätzen ins Ausland durch bessere Einbindung und Beteiligung der Beschäftigten am eigenen Unternehmen vermieden und somit Arbeitslosigkeit abgebaut werden. Und nicht zuletzt sei in diesem Zusammenhang auch die Frage einer kapitalgedeckten zusätzlichen Altersversorgung zu klären, an der künftig kein Weg vorbeigehe.

Mit diesen Vorstellungen sah sich Schröder »im Zentrum entschiedener Modernisierungsbestrebungen«. Mehr noch: »Eine Vorreiterrolle in der Beteiligungswirklichkeit« weist er Sozialdemokraten wie Georg Leber und Philipp Rosenthal zu. Hier aber muss der Historiker Widerspruch anmelden. Bundeskanzler Schröder verkauft alten Wein in neuen Schläuchen.

Richtig ist, dass die IG Bau-Steine-Erden unter ihrem Vorsitzenden Leber Mitte der 60er Jahre neuen tarifpolitischen Ansätzen aufgeschlossen gegenüberstand und dass es ihr 1965 gelang, einen Tarifvertrag über vermögenspolitische Leistungen abzuschließen.² Von einer Vorreiterrolle der Sozialdemo-

1 *Bulletin der Bundesregierung* Nr. 18 vom 1. April 2000.

2 Vgl. Leber-Plan von 1964 und Tarifvertrag in: *Materialien zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Thesen, Pläne, Gesetze. 1946-1965*, Bonn 1965, S. 132 f., 158 f.

kraten in der Vermögenspolitik kann aber nur bedingt die Rede sein. Die SPD und die Gewerkschaften verhielten sich nämlich vermögenspolitischen Forderungen gegenüber anfangs distanziert bis ablehnend. Sie nahmen dann nur auf, was seit Anfang der 50er Jahre in den Reihen von CDU und CSU diskutiert und in Gang gesetzt worden war. Leber stützte sich auf die vermögenspolitischen Pläne, die der Arbeitnehmerflügel der CDA insbesondere seit 1957/58 verfolgte, namentlich auf den Gesetzentwurf eines Zweiten Vermögensbildungsgesetzes, den Arbeitsminister Theodor Blank (CDU) am 7. Dezember 1964 in den Bundestag eingebracht hatte.³ Die Forschung hat deshalb auch die CDU als die Partei der Vermögenspolitik bezeichnet.⁴

In historischer Perspektive kann die Initiative Schröders, der »den Gedanken der Teilhabe und der Beteiligung der Menschen im Mittelpunkt eines umfassenden, sozialdemokratischen Modernisierungskonzepts« versteht, nur einen geringen Neuigkeitswert beanspruchen. Es gab in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik intensive Diskussionen um die als ungerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Debatte in den späten 60er und frühen 70er Jahren. 1970 – genau dreißig Jahre vor Schröders Ankündigung eines »umfassenden, sozialdemokratischen Modernisierungskonzepts« – legte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem Gesetzentwurf auf den Investivlohn fest, während die damaligen Regierungsparteien, SPD und FDP, mehrheitlich die überbetriebliche Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer favorisierten. Der Unionsentwurf, der unter dem Namen »Burgbacher-Plan« in die Geschichte eingegangen ist, reihte sich in eine kontinuierliche vermögenspolitische Gesetzgebung ein, die mit Fug und Recht als eine Schöpfung der Union gewürdigt worden ist. Zwar verlor die vermögenspolitische Initiative der Union im Gefolge der Energie- und Wirtschaftskrise von 1974 und den daraus resultierenden Sparzwängen an Reiz und Schwung, doch knüpfte sie nach der Regierungsübernahme 1982 an ihre früheren Konzepte wieder an. Die Förderung der Vermögensbildung wurde auf den Erwerb von Unternehmensbeteiligungen konzentriert. Erfolge, auch bei der Privatisierung, blieben nicht aus. Doch stockten weitere Reformen im Gestrüpp der innerparteilichen Gegensätze, die auch schon in den 50er und 60er Jahren eine zielklare Politik durch den Zwang zum Kompromiss verwässert hatten. Zudem konnte die Schwäche einer Vermögenspolitik, die nicht mit der allgemeinen Steuer- und Sozialpolitik sinnvoll abzustimmen war, nicht beseitigt werden.

3 Bundestagsdrucksache IV/2814.

4 Vgl. auch zum Folgenden Yorck DIETRICH, *Eigentum für jeden. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950–1961* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte Bd. 29), Düsseldorf 1996.

Diese Widersprüche lassen sich historisch auf zwei Wurzeln zurückführen. Bereits die katholische Soziallehre des 19. Jahrhunderts und die sogenannte bürgerliche Sozialreform hatten großen Wert auf die Eigentumsbildung breiter Bevölkerungsschichten gelegt. Die katholische Soziallehre sah darin den Weg, die sozialen Spannungen und den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital zu überwinden. Die sozialreformerischen Bestrebungen bürgerlicher Herkunft waren weniger zielgerichtet, doch gingen ihre Überlegungen in das Denken der Ordoliberalen ein, die für die Wirtschaftspolitik der 50er Jahre prägend wurden.

Innerhalb der CDU waren es vor allem die Sozialausschüsse, die sich seit 1945 mit der Forderung nach einem »Miteigentum« profilierten und diese 1953 in das Hamburger Wahlprogramm einbringen konnten. Akuter Anlass war, dass die Entwicklung der Vermögenskonzentration nach der Währungsreform und die Verteilung der Vermögenszuwächse im Wiederaufbau als ein »Skandal« empfunden wurde, »der nach Abhilfe schreit«. Nach der Lösung der dringendsten sozialen Probleme schien die Zeit gekommen, diese ungleiche Verteilung des Vermögens zu korrigieren.

Die Vorstellungen der Sozialausschüsse gingen dahin, ohne Eingriffe in die bestehende Vermögens- und Eigentumsstruktur mit Hilfe der Gesetzgebung und der Tarifpolitik die Einkommens- und Vermögensverteilung zu ändern und die Arbeitnehmer am Kapital der Unternehmen zu beteiligen. Die Forderungen der Sozialausschüsse nach einem »Miteigentum«, d.h. einer einzelbetrieblichen Beteiligung der Arbeitnehmer, für die auch ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt wurde, trafen allerdings auf den heftigen Widerstand der Mittelständler und des Wirtschaftsflügels der Union sowie der Liberalen, an ihrer Spitze Ludwig Erhard. Die Unternehmervetreter bekämpften die Pläne als dirigistische Eingriffe in die Wirtschafts- und Sozialordnung und befürworteten stattdessen die Förderung freiwilliger Sparneigung und den Verzicht auf einen Ausbau der »kollektiven« Vorsorge. Trotz solcher Einwände gab es im Grundsatz durchaus Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Lagern. Die gegenseitige Blockade brach auf, als die Wirtschaftsvertreter in der CDU auf ihrem Frankfurter Wirtschaftstag 1957 ein vermögenspolitisches Programm verabschiedeten, das die Liberalisierung des Kapitalmarkts und die Beendigung der steuerlichen Diskriminierung der Aktie vorsah. 1958 wandte sich die CDA ihrerseits von der traditionellen Forderung nach »Miteigentum« ab und favorisierte die Konzeption des Investivlohns.

Die nun einsetzende Diskussion mündete in der dritten Legislaturperiode unter Finanzminister Franz Etzel in ein Gesetzgebungsprogramm zur Sparförderung, das zum Sparprämienengesetz und zur heute in §19a des Einkommensteuergesetzes enthaltenen Regelung zur Begünstigung von Belegschaftsaktien führte. Diese Regelung ging auf die Initiative des Arbeitnehmerflügels der CDU zurück. 1959 kam es zur ersten Ausgabe sogenannter Volksaktien bei der Privatisierung der Preussag und 1961 bei der Privatisierung des Volkswagenwerks.

Ein wichtiger Schritt folgte 1961 mit dem Vermögensbildungsgesetz, wiederum auf Initiative des Arbeitnehmerflügels der Union. Den Höhepunkt der Gesetzgebung bildete aber das Jahr 1965: Von nun an wurden vermögenswirksame Leistungen auch dann gefördert, wenn sie in Tarifverträgen vereinbart waren. Den entscheidenden Anteil an dieser vermögenspolitischen Gesetzgebung hatten die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und hier insbesondere die Ausschuss- und Arbeitskreisvorsitzenden.

Zu ihnen zählte an vorderster Stelle Fritz Burgbacher, seit 1957 Mitglied des Bundestages.⁵ Am 1. September 1900 geboren, wäre er jetzt hundert Jahre alt geworden. Er starb am 29. Juli 1978 in Köln. In Nachrufen wurde er »von seinen Idealen und von seinen Taten her« als ein großer Europäer und als bedeutender Energiepolitiker gewürdigt. Burgbacher war von 1929 bis 1970 Direktor der RHENAG in Köln und einer der führenden Repräsentanten der Energiewirtschaft. Vor allem ist er aber als »Pionier der Eigentums politik« und als »Anwalt der sozialen Partnerschaft« in Erinnerung geblieben. Mit seinem Namen verbindet sich der 1969 eingebrachte Vorschlag eines »Beteiligungslohns«, der als »Burgbacher-Plan« bekannt geworden ist.

Dieser Plan zur Förderung von Eigentumsbildung für alle Arbeitnehmer sah vor, die Unternehmer gesetzlich zu verpflichten, Beiträge zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu leisten. Die Arbeitnehmer sollten zum Sparen verpflichtet werden – in der Erkenntnis, dass nicht nur die Verbesserung des Einkommens, sondern die richtige Verwendung des Lohns wesentlich sei.

Für die CDU/CSU-Fraktion war Burgbacher, der die Wirtschafts- und Sozialpolitik immer im Zusammenhang einer umfassenden Gesellschaftspolitik begriff und so das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft gleichsam in seiner Person verkörperte, eine ungemaine Bereicherung. Bereits 1958 übernahm er als parlamentarischer Neuling in Nachfolge des verstorbenen früheren nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold, der dem linken Flügel der Union zugerechnet wurde, den Vorsitz der Arbeitsgruppe »Eigentum«, den er bis 1974 innehatte. Anfang der 70er Jahre war er außerdem Vorsitzender der gemeinsamen Kommission »Eigentum/Vermögensbildung« von Fraktion und Bundespartei. Der Unterausschuss »Eigentum«, der sich aus Abgeordneten des Wirtschafts- und des Arbeitnehmerflügels zusammensetzte, war zugleich Diskussionsforum, Beratungsorgan und Ausgangspunkt vermögenspolitischer Initiativen und im Kontext der Gesamtfraktion eher dem »linken« Spektrum zuzuordnen. Die Wirksamkeit dieses Gremiums beruhte vor allem auf dem persönlichen Engagement, mit dem viele seiner Mitglieder sich der Vermögenspolitik annahmen.

5 Vgl. Günter BUCHSTAB, *Fritz Burgbacher. Ein Lebensbild*, Sankt Augustin 2000.

Fritz Burgbacher wurde in der Öffentlichkeit mal als »einer der führenden Vertreter des linken Flügels« der Union, mal als »ein Mann der Industrie« bezeichnet. Er selbst pflegte solche Klassifizierungsversuche mit dem Einwand abzuwehren, diese Begriffe seien schon deshalb fragwürdig, weil die Zusammensetzung des sogenannten linken und rechten Flügels sich je nach Sachlage völlig ändern könne. In einer Erwiderung auf eine Kritik an seinen gesellschaftspolitischen Zielen, die er im Sommer 1958 unter dem Titel »Bildung von Eigentum in Personenhand« formuliert und in den folgenden Monaten weiterentwickelt hatte⁶, äußerte er im Oktober 1959: »Wenn sich die CDU/CSU-Fraktion jetzt in verstärktem Maße der Eigentumbildung in Personenhand zuwendet, so geschieht das aus der Erkenntnis heraus, dass der richtige Zeitpunkt zur Einleitung bzw. Intensivierung dieser Phase gegeben ist. Die CDU/CSU befürwortet aber nicht eine liberalistische, sondern die Soziale Marktwirtschaft. Das bedeutet, dass sie entschlossen ist, mit wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen Korrekturen anzubringen, und zwar einmal da, wo der Marktmechanismus gestört ist, und zum anderen dort, wo der Schutz und die Förderung dem wirtschaftlich Schwachen gilt. Nicht an die Umverteilung legal erworbenen Eigentums ist gedacht, sondern es soll die Möglichkeit geschaffen werden, aufgrund eigener Sparleistungen der Willigen und auf der Basis freier Vertragsabschlüsse zwischen den Sozialpartnern eine breitgestreute Vermögensbildung zu ermöglichen. Wir sind allerdings bereit, eine solche Entwicklung durch die Gewährung von Steuervorteilen und Prämien öffentlich zu fördern. Nach wie vor sehen wir in der eigenen Sparleistung die grundsätzliche Voraussetzung für jeden Vermögenserwerb.«⁷

In diesen Sätzen ist der Kern jenes Programms enthalten, das bis Mitte der 70er Jahre im Rahmen einer breiten Diskussion um die Vermögenspolitik in der Union debattiert wurde. Lange vor der Veröffentlichung des Gutachtens von Wilhelm Krelle, Johann Schunck und Jürgen Siebke 1968 war Burgbacher der Überzeugung, »dass die Vermögensbildung in der Bundesrepublik, und zwar insbesondere die an den Produktionsmitteln, absolut ungerecht ist«. Ende der 60er Jahre fand die Feststellung, 1,7 Prozent der Haushalte verfügten über 70 Prozent des »Produktivvermögens«, weite Verbreitung und wurde zum wohl am häufigsten zitierten Argument für eine Vermögenspolitik in der Bundesrepublik.⁸

Soziale Verantwortung aus christlicher Grundeinstellung wie auch nüchterne Kalkulation prägten Burgbachers originellen Beitrag zur vermögenspoliti-

6 Vgl. *Rheinischer Merkur* vom 12. Juni. 1959.

7 *Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung*, Stuttgart/Köln vom 30. Oktober 1959.

8 Wilhelm KRELLE/Johann SCHUNK/Jürgen SIEBKE, *Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer. Mit einer Untersuchung über die Vermögensstruktur der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1 und 2, Tübingen 1968.

schen Diskussion dieser Zeit. Perfektionismus lehnte er ab. Er war vielmehr der Auffassung, die bisherigen Ansätze seien vorsichtig weiterzuverfolgen, ohne sich übertriebenen Hoffnungen auf schnelle Erfolge hinzugeben. Sein Ziel war der Aufbau »bescheidener Vermögen«. Neue Wege in der Vermögensbildung, etwa den Investivlohn, schloss er dabei nicht aus. Weit über 1961 hinaus blieben seine Vorstellungen die einzig konsensfähige Linie in der Vermögenspolitik. Die zugrundeliegende Formel war: Die Arbeitnehmer erhalten zu ihrem Barlohn einen Sparlohn, der im Betrieb oder in anderen Unternehmen angelegt wird.

Für Burgbacher war es eine falsche Entwicklung, dass zuviel Vermögen in öffentlicher Hand stecke und vom allgemeinem Volkseinkommen zuviel dorthin abgezogen werde. Demgegenüber setzte er mit seinen Initiativen auf die Stärkung der spar- und vermögenswilligen Einzelnen. Die Stärkung des Staates, die er damit erreichen wollte, würde die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik, die maßgeblich auf dem Eigentum beruht, gegen sozialistische oder kommunistische Absichten verteidigen helfen. Er berief sich dabei ausdrücklich auf Art. 14 des Grundgesetzes und die Rechtsprechung von Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof.⁹ Vor dem Bund katholischer Unternehmer, in dem er eine führende Rolle spielte, warnte er, der Westen müsse sich rechtzeitig gegen eine sowjetische Wirtschaftsoffensive wappnen. Eine Umverteilung legal erworbener Vermögen und die Bildung anonymer Fonds, wie von SPD und den Gewerkschaften favorisiert, lehnte er aus rechtsstaatlichen Gründen ab, weil damit der Eigentumsbegriff ruiniert würde.

Seine vermögenspolitischen Vorstellungen zielten auf eine größere Effektivität des gesellschaftspolitischen Programms »Eigentum für alle«, nachdem festgestellt worden war, dass das 312-DM-Gesetz von 1965, zu dessen profiliertesten Verfechtern er zählte, kaum mehr als 20 Prozent der Arbeitnehmer zu Sparinitiativen ermuntert hatte. Sein Modell baute im wesentlichen auf folgenden Bedingungen auf: Das Eigentum muss personenbezogen und nach einer Sperrfrist, die mit Prämien honoriert werden sollte, frei verfügbar sein. Alle Erwerbstätigen müssen in eine generelle Regelung einbezogen werden, die in Anteilen am Produktivkapital bestehen soll.

Er begründete seine gesellschaftspolitischen Auffassungen, die nicht nur den ethischen Aspekt, sondern auch bildungs- und wirtschaftspolitische, fiskalische, finanz- und konjunkturpolitische Argumente berücksichtigten, mit den Grundwerten der Demokratie: »Für ein Volk, das sich zur Personenwürde, zur Freiheit im Möglichen und zur Ordnung im notwendigen Umfang bekennt und die demokratische Staatsform als die relativ günstigste für das menschliche Zusammenleben gewählt hat, ist es auch erforderlich, dass jeder Angehö-

⁹ Vgl. dazu Helmut RITTSTIEG, *Eigentum als Verfassungsproblem*, Darmstadt 1975, insbes. S. 291–426.

rige dieses Volkes die Möglichkeit und die Chance hat, Eigentum in seiner Hand zu bilden.«

Unter Burgbachers Einfluss entschied sich die CDU 1968 für einen gesetzlichen Investivlohn (Beteiligungslohn). Im August 1969 legte er dazu ein Schwerpunktprogramm vor (Burgbacher-Plan), das in einen Gesetzentwurf von 1970 einging,¹⁰ der die Unternehmer zur Zahlung vermögenswirksamer Leistungen verpflichtete, sofern diese nicht schon vereinbart waren. Die Arbeitgeber sollten für jeden ihrer Arbeitnehmer monatlich 20 Mark vermögenswirksam anlegen; Bund und Länder sollten darüber hinaus eine Prämie von monatlich sechs Mark leisten. Für alle Arbeitnehmer, auch für die Beamten, sollten die jährlichen Zuwendungen von insgesamt 312 Mark in Wertpapieren wie Aktien und Investmentzertifikaten angelegt werden.

Verglichen mit früheren CDU-Positionen bedeutete die Entscheidung für einen gesetzlichen Investivlohn einen »Linksruck«. Entsprechend waren die Reaktionen: Arbeitgeber und Industrie lehnten den Plan ab. Vom »Zwangsparen« war die Rede, ein Wort, das Burgbacher nicht hören wollte. Noch mehr befürchtete man einen schwerwiegenden Eingriff in die Tarifautonomie: Der »Nebenlohn« der Vermögensleistung, der nicht in die Verantwortung der Tarifparteien falle, schränke den tarifvertraglichen Spielraum der Tarifparteien ein. Eine Sparleistung ohne Sparbewusstsein und ohne gewollten Konsumverzicht sei zudem ordnungspolitisch abzulehnen. Auch kapitalpolitisch wurde der Plan in Frage gestellt, da bei über 21,5 Millionen begünstigter Arbeitnehmer jährlich rund 7 Milliarden Mark in entsprechenden Werten angelegt werden müssten. Die Sorge war, dass eine derartige Nachfrage am Kapitalmarkt zu einer Marktenge führen und so die Kurse in die Höhe treiben würde, so dass die Anlage in überhöhten Kursen erfolgen müsse. Das aber sei vermögenspolitisch unsinnig. Auch würden die anderen Spardisziplinen (Kontensparen, Versicherungssparen, Bausparen) diskriminiert. Der Kostenfaktor für die private Wirtschaft und die öffentliche Hand war ein Argument, das nur bedingt ins Feld geführt werden konnte, da auch die von der SPD/FDP-Regierung vorgesehene Ausweitung des tarifvertraglichen Beteiligungssparens von 312 Mark auf 624 Mark Geld kostete.¹¹ Schließlich wurde eingewandt, auch der selbständige Mittelstand habe Anspruch auf gleiche Leistungen, etwa durch Begünstigung des nichtentnommenen Gewinns oder eine Erhöhung des Unternehmenslohns bei der Gewerbesteuer.

10 Bundestagsdrucksache VI/616.

11 Zweites Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (2. Vermögensbildungsgesetz – 2. VermBG) vom 1. Juli 1965 – BGBl I S. 585. Drittes Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (Drittes Vermögensbildungsgesetz – 3. VermBG) vom 27. Juni 1970 – BGBl I S. 930–935.

Trotz vielfacher Kritik bemühte sich Burgbacher um breite Zustimmung und propagierte seinen Plan auf Hunderten von Veranstaltungen und in zahllosen Interviews. Dem Vorwurf, die Union wolle damit die SPD links überholen, begegnete er mit dem Argument, die Aussichten, wieder Regierungspartei zu werden, stehe und falle mit dem Gewinn der Arbeitnehmerstimmen. Die CDU/CSU, so warnte er, müsse sich davor hüten, Gruppendenken über das Gemeinschaftsdenken zu setzen, wie sie auch nicht zur Ausbreitung von Gleichheitsdenken und zur Einengung der Freiheitsräume beitragen dürfe. Er verlangte von der Politik, solchen Trends durch Beachtung der Chancengleichheit entgegenzusteuern. Die Union solle mit ihren vermögenspolitischen Vorstellungen gemäß ihrem Leitbild des christlichen Sittengesetzes in der Mitte stehen. Der oberste Maßstab bildete für ihn die innere wie äußere Freiheit für den einzelnen wie für das gesamte Volk.

Gleichwohl traf er innerhalb seiner Partei auf harten Widerstand. Die CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung machte wettbewerbs- und strukturpolitische Bedenken geltend. Das hatte zur Folge, dass seine Bemühungen von Parteiseite nur halbherzig unterstützt wurden, von der Ablehnungsfront der Wirtschaft, den Gewerkschaften und der SPD/FDP-Regierung ganz zu schweigen. So verlief Burgbachers – heute wieder aktuelle – Initiative im Sande. Unter den Mehrheitsverhältnissen nach der Bundestagswahl von 1969, die die Union in die Opposition verbannte, war es ohnehin unwahrscheinlich, derart ehrgeizige und weitreichende Reformvorhaben umzusetzen.

Burgbacher gab sich hinsichtlich der Durchsetzung seiner Pläne nie einer Illusion hin. Er wusste sehr wohl, wie sich Ziele in einem demokratischen Staat erreichen lassen: »Es genügt nicht, Recht zu haben; man muss die Mehrheit haben.« Für sein vermögenspolitisches Konzept erreichte er trotz all seiner Bemühungen keine Mehrheit. Die durch die Ölverteuerung hervorgerufene Wirtschaftskrise 1974 bereitete schließlich allen vermögenspolitischen Modellen ein vorläufiges Ende.

Im Bemühen um die Eigentumspolitik konnte Burgbacher nichtsdestoweniger auf große Erfolge zurückblicken: Er wirkte maßgeblich mit am Sparprämiengesetz von 1959, an den Teilprivatisierungen mit Volksaktien von Preussag (1959), VW (1961) und Veba (1965), sowie an den Vermögensbildungsgesetzen von 1961 (erstes 312-DM-Gesetz) und 1965 (zweites 312-DM-Gesetz). Hier hat er seinen Grundsatz »Politik ist der ewige Versuch, Freiheit mit Gerechtigkeit zu verbinden« einbringen können.

Doch die politischen Umstände waren seinen eigentumspolitischen Vorstellungen nicht günstig. Mitte der 60er Jahre war die Zeit der großen Sozialreformen mit Leistungsverbesserungen auf allen Gebieten vorbei. Die Sozialpolitik konnte nicht mehr aus dem Vollen schöpfen. In der deutschen Ordnungspolitik hat aber das, was Gerhard Schröder Anfang April 2000 als neue Initiative vortrug, einen historisch besetzten Platz, wie dieser Rückblick auf

Burgbachers Wirken in den 60er und 70er Jahren zeigt. Die Idee, Deutschlands Arbeitnehmer zu größerer Teilhabe an Kapital und Ertrag der Wirtschaft zu verhelfen, zu mehr »Haben und Sagen« in der Gesellschaft, ist also nicht originell. Ebenso wenig sind es die offenen Fragen, die damit aufgeworfen werden. Werden die Gewerkschaften in Richtung Risikoakzeptanz umschwenken? Und werden die Arbeitgeber ihre Ablehnung aufgeben? Skepsis ist angebracht, denn die Mehrheit der Gewerkschaften hat sich stets dagegen gesträubt, neben dem Lohn- und Arbeitsplatzrisiko auch noch ein Kapitalrisiko zu übernehmen. Bereits zu Burgbachers Zeiten wollten sie nur am Gewinn teilhaben, das Risiko hingegen ausschließlich zur Sache des Managements machen. Und die Arbeitgeber? In einer ersten Reaktion auf den Vorschlag Gerhard Schröders teilte der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Werner Stumpfe, mit, als Gegenstand von Tarifverhandlungen seien diese Vorstellungen nicht geeignet.¹²

An der Aufgabe, möglichst rasch viele Menschen am Produktivkapital teilhaben zu lassen, um ein Mindestmaß an Verteilungsgerechtigkeit als Grundlage einer humanen Gesellschaft zu erhalten, ändert das freilich nichts. Zu hoffen ist, dass Politiker und Tarifparteien die notwendigen Entscheidungen in der Steuer- und Sozialpolitik treffen und offensiv durchzusetzen. Der Burgbacher-Plan – neu überdacht – könnte dafür einen Lösungsansatz bieten.

Eigentumspolitisches Schwerpunktprogramm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die 6. Legislaturperiode

- I. Angestrebte Verbesserung der bisherigen Gesetze zur Förderung der Vermögensbildung
 1. Die bereits seit Jahren geforderte Harmonisierung der Sparförderung. Es geht um die Festlegung eines prämienbegünstigten Höchstbetrages; in dessen Rahmen soll der Sparer frei entscheiden können, ob er die Spargelder nach dem Sparprämien- oder/und Wohnungsbauprämien-gesetz anlegen will. Außerdem soll eine Überprüfung der Prämien-sätze erfolgen.
 2. Im Rahmen des 312-DM-Gesetzes wird erneut die bei der letzten Novelle zurückgestellte Verdoppelung der vermögenswirksamen Leistung für Verheiratete, deren Ehefrauen nicht berufstätig sind, beraten werden. Praktisch bedeutet das die Gleichstellung der häuslichen Arbeit der Ehefrau und Mutter mit der außerfamiliären Erwerbstätigkeit der Frau. Es soll versucht werden, im Rahmen dieses Gesetzes den Abschluss von Tarifverträgen zu fördern.

¹² *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. März 2000.

II. Die Zusammensetzung des Volksvermögens

Man schätzt das gesamte Volksvermögen der Bundesrepublik auf etwa DM 2.000 Mrd. Davon fallen auf die einzelnen Sektoren folgende Anteile:

Landwirtschaft	ca. 100 Mrd. DM
Industrie	ca. 350 Mrd. DM
Sonstige Wirtschaft	ca. 150 Mrd. DM
Wohnungswirtschaft	ca. 450 Mrd. DM
Hausrat	ca. 250 Mrd. DM
Verkehr	ca. 300 Mrd. DM
Energie und Wasserwirtschaft	ca. 100 Mrd. DM
Öffentliche Verwaltung	<u>ca. 300 Mrd. DM</u>
	<u>ca. 2.000 Mrd. DM</u>

Von dem gesamten Volksvermögen entfallen auf die Öffentliche Hand etwa DM 700 Mrd. und auf die privaten Haushalte einschließlich dem Wirtschaftsvermögen, das letztlich auch Privatpersonen gehört, DM 1.300 Mrd. Wenn man diesen Teil des Volksvermögens auf die 20 Mio. Haushalte in der Bundesrepublik aufteilt, würde sich ein rechnerischer Durchschnitt von DM 65.000,- pro Haushalt ergeben; die Erträge dieses Vermögens – mit 4 bis 5 % angesetzt – ergeben aber nur eine jährliche Rendite von DM 2.600,- bis DM 3.300,-. Das würde zwar als zusätzliches Einkommen angenehm empfunden werden, reicht aber keineswegs für die Zukunftssicherung aus.

Bei der hier durchgeführten Rechnung handelt es sich um eine theoretische Aufteilung des gesamten verfügbaren Volksvermögens. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass ein Teil der genannten Vermögensarten, wie das Hausratsvermögen, ein Teil des landwirtschaftlichen Vermögens und auch des Wohnungsvermögens nicht rentables Wirtschaftsvermögen darstellt, so dass hier keine Rendite zu erwarten ist.

– Gesetzlicher Beteiligungslohn –

III. Thesen

Die CDU hat gegen den Widerstand der anderen Parteien ihre eigentumspolitischen Grundsätze und Maßnahmen durchgesetzt. Durch die verschiedenen eigentumspolitischen Maßnahmen – das Wohnungsbauprämiengesetz von 1954, das Sparprämiengesetz von 1959, die Privatisierung von Bundesunternehmen 1959/60/61/65 und die Vermögensbildungsgesetze von 1961 und 1965 – sind breite Schichten an die Vermögensbildung herangeführt worden. Trotz dieser Erfolge ist die Vermögensstruktur immer

noch unbefriedigend. Die Vermögensbildung der unteren Einkommenschichten muss deshalb weiter gefördert werden. Insbesondere sind für Ihre Beteiligung am Produktivkapital der Wirtschaft neue Wege zu gehen.

Der gesetzliche Beteiligungslohn soll allen unselbständig Beschäftigten – Arbeitern, Angestellten und Beamten – zugute kommen. Dieser Personenkreis wird im folgenden, der Abgrenzung des 312-DM-Gesetzes entsprechend, als Arbeitnehmer bezeichnet.

Hierzu schlagen wir im einzelnen vor:

1. Möglichst schon vom Jahre 1970 ab ist ein gesetzlicher Beteiligungslohn einzuführen. Der Beteiligungslohn besteht in einer gesetzlich vorgeschriebenen Zulage außerhalb der Tarif- und Besoldungsordnungen für alle unselbständig Beschäftigten. Er soll im ersten Jahr 0,5 % des jeweiligen Bruttojahresentgelts, im zweiten Jahr 1 % und in den nächsten Jahren 1,5 % betragen. Der Beteiligungslohn soll steuerfrei sein und für sieben Jahre festgelegt werden.
2. Die Anlage des Beteiligungslohns bleibt grundsätzlich der freien Entscheidung des Arbeitnehmers überlassen; die Anlagemöglichkeiten sollen jedoch auf Formen des Beteiligungssparens, nämlich Aktien, Investmentzertifikate, Anteile an Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Wandelanleihen beschränkt werden.
3. Während der Festlegungsfrist soll der Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, von einer Form des Beteiligungssparens in eine andere überzuwechseln. Eine vorzeitige Freigabe der festgelegten Mittel ist bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, Eintritt ins Rentenalter und Tod möglich.
4. Bei Arbeitnehmern, die sich selbständig machen, ist zuzulassen, dass die angesammelten Beträge zum Aufbau des eigenen Unternehmens verwendet werden.
5. Tarifvertragliche Regelungen über Beteiligungslohn im Rahmen des 312-DM-Gesetzes sind, soweit sie 1,5 % des Bruttojahresentgelts übersteigen, auf den gesetzlichen Beteiligungslohn anrechenbar.
6. Um nicht-emissionsfähigen Mittel- und Kleinunternehmen die Aufnahme von Beteiligungskapital zu erleichtern, ist die Gründung von Kapitalbeteiligungsgesellschaften zu fördern. Ihre Tätigkeit ist durch Gewährung von Bürgschaften und Krediten aus dem ERP-Sondervermögen zu unterstützen, soweit sie sich aus Mitteln des Beteiligungslohnes finanzieren.
7. Die Doppelbesteuerung aller Beteiligungsformen sollte abgebaut werden.
8. Neben der gesetzlichen Regelung über den Beteiligungslohn sollte gesetzlich sichergestellt werden, dass Angehörigen des selbständigen Mittelstandes das Sparen im eigenen Betrieb oder der Erwerb von Beteiligungsanteilen (siehe Ziffer 2) mit gleich hohen Begünstigungen ermöglicht wird wie das Beteiligungssparen der Unselbständigen.

IV. Begründung

1. Gesellschaftspolitische Aspekte

Die gegenwärtige Diskussion über die Eigentumspolitik spitzt sich auf die Frage zu: »Wie können die breiten Schichten unseres Volkes einen größeren Anteil am Produktivkapital der Wirtschaft erhalten?« Die bisherigen Ergebnisse der Eigentumspolitik haben gezeigt, dass die Bürger positiv auf die Initiative des Staates zur Förderung der Eigentumbildung reagieren, dass sich aber ihre Spartätigkeit oft auf ganz bestimmte langlebige Konsumgüter gerichtet hat. Diese Sparprozesse haben sich zwar durchaus positiv ausgewirkt und auch zur Belebung des Kapitalmarktes beigetragen; sie haben aber nicht in zureichendem Maße zur Beteiligung der unselbständig Beschäftigten am Produktivkapital der Wirtschaft geführt.

Zur Lösung dieses Problems sind zahlreiche Vorschläge und Pläne entwickelt worden. Ein großer Teil der Vorschläge sieht eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn oder Ertrag der Unternehmen vor.

Eine genaue Analyse dieser Pläne hat jedoch gezeigt, dass die gesetzliche Gewinnbeteiligung nicht praktikabel ist. An ihrer Stelle wird die unmittelbare Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital der Wirtschaft über den Beteiligungslohn vorgeschlagen. Damit ist insbesondere garantiert, dass alle unselbständig Beschäftigten an der Bildung von Produktivkapital teilhaben.

Wenn die Vermögensbildung als ein wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel akzeptiert wird, dann müssen auch die Mittel dazu so wirksam sein, dass dieses Ziel tatsächlich erreicht wird. Fachleute, die sich mit diesem Problem befasst haben, sind deshalb der Meinung, dass es nicht ohne eine Pflicht zur Eigentumbildung geht. Der Beteiligungslohn muss also, wenn er wirksam sein soll, durch Gesetz vorgeschrieben werden, das heißt, es muss ein gewisser Zwang ausgeübt werden.

Die Bildung von Produktivkapital und die Beteiligung an diesem in breiten Schichten des Volkes ist eine schicksalhafte Frage für den Bestand unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Schutz des privaten Eigentums wird nur dann auf Dauer zu garantieren sein, wenn alle Bürger eines Volkes die Chance haben, Eigentum zu bilden. So wenig eine Umverteilung legal erworbenen Eigentums mit dem Eigentumsbegriff vereinbar ist, so sehr ist jedoch die Zusammenballung des volkswirtschaftlichen Produktivkapitals in Händen weniger eine Gefahr für das Eigentum und die gesamte Entwicklung unserer Gesellschaft.

2. Sozialpolitische Aspekte

Personenbezogenes und verfügbares Eigentum am wirtschaftlichen Vermögen liegt heute mehr denn je im persönlichen Interesse der Arbeitnehmer. Leistungswettbewerb und Strukturwandel stellen zunehmend Anforderungen an Arbeiter, Angestellte und Beamte. Das Eigentum am wirtschaftlichen Vermögen

- verbreitert die Möglichkeiten der persönlichen und verantwortlichen Lebensgestaltung,
- vermindert den wirtschaftlichen Zwang, unter dem vermögenslose Nur-Lohnempfänger stehen,
- erleichtert die Anpassungsfähigkeit an wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen,
- erlaubt, von den vielfältigen Möglichkeiten der Allgemeinbildung sowie Aus- und Fortbildung bis zur beruflichen Neuorientierung Gebrauch zu machen,
- erleichtert eine verantwortliche Planung des beruflichen und wirtschaftlichen Lebensweges,
- ergänzt in einer allumfassenden und dennoch individuellen Form die gesetzlichen Grundsicherungen im Alter, bei Invalidität, bei Krankheit und sonstigen Notfällen.

Somit wird die Vermögensbildung der Arbeitnehmer zu einem festen Bestandteil einer mobilen und leistungsbezogenen Lebens- und Berufshaltung, die vom Arbeitnehmer genauso zu erwarten ist, wie von jedem anderen Staatsbürger.

3. Wirtschaftspolitische Argumente

In einem entwickelten Industriestaat ist ein ständiger technischer Fortschritt notwendig. Er zwingt die Volkswirtschaften zu ständig steigenden Investitionen. Wenn es nicht zur inflationären Finanzierung dieser Investitionen über die Preise kommen soll, müssen auch die Arbeitnehmer mehr sparen. Sind sie zu freiwilligem Mehrsparen nicht bereit, so ist ein gewisser Sparzwang auch deswegen gerechtfertigt, weil sonst die inflationäre Finanzierung des Wachstums die Arbeitnehmer ebenfalls zum Sparen zwingen würde. Das Ungerechte an dieser Art des Zwangsparens über die Preise aber wäre, dass die auf diese Weise geschaffenen Werte nicht denen als Vermögen zufallen, die zum Sparen gezwungen worden sind. Deshalb ist der durch den Beteiligungslohn ausgeübte Zwang zum Sparen gerechter, weil er bei demjenigen, der zum Sparen gezwungen wird, auch zur Vermögensbildung führt.

Der Beteiligungslohn soll neben den Vermögen selbst auch die Vermögenserträge gleichmäßiger verteilen. Eben deshalb soll der Arbeitnehmer zur Bereitstellung von Eigenkapital verpflichtet werden. Hierdurch werden die Arbeitnehmer direkt am Wachstum der Wirtschaft beteiligt. Außerdem wird die Eigenkapitalbasis der Wirtschaft verbreitert.

4. Finanzwirtschaftliche Bedeutung

Die Einführung eines gesetzlichen Beteiligungslohnes für alle Arbeitnehmer und Beamten würde im ersten Jahr etwa DM 1,2 Mrd., im zweiten rund DM 2,4 Mrd. und vom dritten Jahr an über DM 3,6 Mrd. an längerfristigen Ersparnissen erbringen, die vornehmlich für Kapitalerhöhungen von privaten Unternehmen verwendet werden sollen. Ein solcher Strom an langfristig verfügbaren Mitteln würde zunächst zu einer stetigeren Entwicklung auf den Märkten für Beteiligungskapital beitragen.

Der Beteiligungslohn könnte so eine wichtige kapitalmarktpolitische Aufgabe erfüllen und damit auch die Anlage anderer privater Ersparnisse in Wertpapieren erleichtern. Der Zwang zu einer pfleglichen Behandlung des Kapitalmarktes dürfte sich im übrigen weiter verstärken, wenn die ersten Sparbeträge aus der gesetzlichen Bindung entlassen werden und die Arbeitnehmer ihre Vermögensanlagen über diesen Zweitpunkt hinaus festhalten sollen.

Im übrigen liegt der ausgleichende Einfluss des Beteiligungslohnes für die Unternehmensfinanzierung in der Tatsache, dass sich die Kapitalgesellschaften auf ein relativ stetiges Angebot an Beteiligungskapital einstellen und ihre Emissionstätigkeit längerfristig planen können. Schwankungen in der Bereitschaft der privaten Unternehmen, Eigenkapital aufzunehmen, müssten durch Privatisierung wirtschaftlichen Besitzes der öffentlichen Hände (Bund, Länder, Gemeinden) – auch auf dem Wege der Kapitalerhöhung – ausgeglichen werden.

Die Verbreiterung der Eigenkapitalbasis durch den Beteiligungslohn vermag die Investitionstätigkeit zu stärken und das Bruttosozialprodukt zu steigern. Hierdurch wird das Wirtschaftswachstum verstetigt. Die anfänglich einmalig auftretenden Steuerausfälle werden laufend mehr als ausgeglichen, und so wird der Beteiligungslohn auch fiskalisch gerechtfertigt.

5. Ablehnung der gesetzlichen Gewinnbeteiligungspläne

Die Einführung einer gesetzlichen Gewinnbeteiligung erscheint uns ungeeignet, weil

- das Aufkommen aus einer gesetzlichen Gewinnbeteiligung zu gering ist, um im von uns gewünschten Maße die gesamtwirtschaftliche Vermögensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer zu beeinflussen,
- besonders die expansiven Wirtschaftszweige belastet und damit das Wachstum der Wirtschaft ungünstig beeinflusst werden könnte,
- nur einem Teil der Unternehmer eine gesetzliche Gewinnbeteiligung zuzumuten ist,
- die Unternehmensgewinne sehr unterschiedlich sind,
- die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen über die Feststellung und Aufteilung des Gewinns sehr erhebliche Schwierigkeiten bereiten,
- die – wahrscheinlich unumgängliche – Einschaltung eines zentralen Fonds zu neuen wirtschaftlichen Machtpositionen führen könnte.

6. Kapitalbeteiligungsgesellschaften

Zweck der Kapitalbeteiligungsgesellschaften (KBG) soll es sein, einen Teil des von den Arbeitnehmern im Wege des gesetzlichen Investivlohnes gesparten Kapitals einer Verwendung zuzuführen, die es den nicht-emissionsfähigen Mittel- und Kleinunternehmen gestattet, ihre Kapitalbedürfnisse zu befriedigen.

Als Träger einer Beteiligungsgesellschaft kommen ein oder mehrere Kreditinstitute in Betracht, die entsprechende berufliche Erfahrung nachweisen. Zum Betrieb einer KBG ist eine Lizenz erforderlich, die der Bundesschatzminister als Verwalter des ERP-Sondervermögens nach Prüfung der Voraussetzungen erteilt (Vorbild: Small Business Administration). Das ERP-Sondervermögen soll mittels Gewährung von Bürgschaften und Krediten die Tätigkeit der KBG weitgehend unterstützen. Für die Gewährung dieser Hilfen soll der Bundesschatzminister Richtlinien herausgeben. Die KBG soll in Form einer AG betrieben werden.

7. Mittelstandspolitische Aspekte des Beteiligungslohnes

Um die Belange der Mittel- und Kleinunternehmer zu wahren, soll über die Kapitalbeteiligungsgesellschaften hinaus eine Gleichbehandlung mit den Arbeitnehmern in steuerlicher Hinsicht herbeigeführt werden. Analog der Steuerfreiheit des Beteiligungslohnes bei den Unselbständigen bleibt bei den Gewinnen der kleinen Selbständigen ein etwa gleich hoher Betrag steuerfrei. Dieser pauschale Freibetrag wird jährlich an Hand der durchschnittlichen Jahreslohnsumme des Arbeitnehmers festgelegt.

Auf diese Weise kann ein »Sparen im Betrieb« ermöglicht werden, das die Kapitalbildung erleichtert. Auf Festlegungsfristen kann man dabei verzichten, weil die Gelder dieses Personenkreises ohnehin meist länger im Betrieb bleiben als die der Arbeitnehmer. Eine ähnliche Lösung wie für die Betriebsinhaber ist für die mithelfenden Familienangehörigen zu erwägen, deren fiktives Arbeitnehmerentgelt ebenfalls steuermindernd in Ansatz zu bringen wäre.

8. Die Grenzen des Beteiligungslohnes

Die Belastbarkeit der Wirtschaft ist begrenzt. Wenn auch die zumutbare Belastung nicht in einer absoluten Größe angegeben werden kann, so kann der Lohnanteil auch für diesen Zweck nur bis zu einer gewissen Höhe angehoben werden.

Die jetzt vorgeschlagenen Prozentsätze sollten zunächst auch deshalb nicht höher liegen, weil das Wertpapierangebot begrenzt ist. Nach Auskunft namhafter Sachkenner des Kapitalmarktes sind die obengenannten zusätzlich bereitstehenden Kapitalmarktmittel ohne Schwierigkeiten unterzubringen; eine bedeutende Erhöhung der Beträge könnte zu einer Beunruhigung des Kapitalmarktes und sachlich nicht gerechtfertigten Kurssteigerungen führen.

V. Anhang

Auswirkungen des »Beteiligungslohnes«

a) für den einzelnen

bei DM 150,- (etwa 1,5 % des durchschnittlichen Jahreseinkommens), die jährlich um 5 % steigen (Einkommensentwicklung) und mit 5 % verzinst werden:

nach 10 Jahren	2.445,- DM
nach 20 Jahren	7.950,- DM
nach 30 Jahren	19.440,- DM
nach 40 Jahren	42.240,- DM

b) für die Volkswirtschaft

bei zur Zeit DM 240 Mrd. Lohn- und Gehaltssumme jährlich:

bei 0,5 %:	1,2 Mrd. DM
bei 1,0 %:	2,4 Mrd. DM
bei 1,5 %:	3,6 Mrd. DM

VI. Eigentumsbildung im System der Sozialen Marktwirtschaft

In zahlreichen Diskussionen und Veröffentlichungen der letzten Zeit wird auf die derzeitige Vermögensverteilung hingewiesen. Das kapitalistische System habe dazu geführt, dass sich der größte Teil des Vermögens in den Händen weniger Personen befinde. Das ist richtig; daraus jedoch den Schluss zu ziehen, das derzeitige Wirtschaftssystem zu ändern, wäre falsch. Unsere Wettbewerbswirtschaft, die die persönliche Initiative anspricht, hat eine Produktionskraft, die wesentlich höher als jedes andere gelenkte System ist. Jeder einzelne Bürger ist ein Motor in diesem System. Diese Millionen Motoren sind für die Steigerung des Lebensstandards und das soziale Standing der Bevölkerung mehr wert als eine gelenkte Wirtschaft, in der die Eigentumsunterschiede beseitigt wären, aber das gesamte Brutto-sozialprodukt sehr viel niedriger wäre.

Unsere Eigentumspolitik soll dazu beitragen, dass ohne Beeinträchtigung unseres Wirtschaftssystems die künftigen Vermögenszuwächse stärker den bisher vermögenslosen oder vermögensarmen Bevölkerungsschichten zukommen; das sind vorwiegend die unselbständig Tätigen unserer Volkswirtschaft.

Anlage

I. Die Reihen- und Rangfolge unserer Politik

Die CDU/CSU, die während der vergangenen 20 Jahre maßgeblich die Politik in der Bundesrepublik bestimmt hat, hat bewusst die Rangfolge der Bedürfnisbefriedigung den Notwendigkeiten und Wünschen der Bürger angepasst. Zunächst galt es, für alle eine ausreichende und zunehmend qualitativ bessere Nahrungsversorgung zu gewährleisten, gleichzeitig folgend die Kleidungsorgen zu beheben und die Wohnungsprobleme zu meistern. Nach diesen lebenswichtigen Bedürfnissen galt es, Reserven für die Not- und Wechselfälle des Lebens anzulegen, und zwar in Form von Bargeld und Versicherungen aller Art. Nachdem die meisten Bürger auf diese Weise ihre Hauptrisiken abgedeckt haben, werden sie zusätzliche Sicherungen durch den Erwerb von Wertpapieren vornehmen, entsprechend den individuellen Möglichkeiten und Vorstellungen. Wir stehen gesellschaftspolitisch heute vor der Tatsache, dass die individuelle freiwillige Vermögensbildung bisher nicht dazu geführt hat, allen in der Volkswirtschaft Beschäftigten zumindest einen nennenswerten Anteil am

produktiven Volksvermögen zu geben. Daher besteht als zentrale Aufgabe für unsere Eigentumspolitik in den kommenden Jahren die gesetzliche Beteiligung aller unselbständig Tätigen am Produktivkapital der Wirtschaft.

II. Bisherige Maßnahmen zugunsten der Vermögensbildung

1. Steuerpolitische Maßnahmen

Im Bereich der Steuerpolitik haben sich die durchgeführten Maßnahmen zur Förderung der privaten Vermögensbildung vornehmlich in folgenden Gesetzen niedergeschlagen: Einkommensteuerreform von 1958, Steueränderungsgesetze 1961, 1964 und 1968.

a) Einkommensteuer

Senkung des Einkommensteuertarifs

Erhöhte Sonderausgabenpauschale

Versicherungsprämien als Sonderausgaben

Auswirkungen:

Die verschiedenen einkommensteuerlichen Entlastungen haben das verfügbare Einkommen vergrößert und somit insbesondere die Sparfähigkeit der kleineren Einkommensbezieher gestärkt. Diese Tatsache beweist eindrucksvoll folgendes Beispiel:

Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern und einem Monatsgehalt von DM 1.000,- hatte 1949 DM 252,50 an Lohnsteuer zu zahlen. Heute, im Jahre 1969, sind es noch ganze DM 63,-, also genau ein Viertel des damaligen Betrages. Parallel dazu ist auch die Kirchensteuer von DM 25,25 auf DM 6,30 gesunken.

b) Vermögenssteuer

Bei der Vermögenssteuer wurden die Freibeträge für den Steuerpflichtigen und seinen Ehegatten von je DM 10.000,- auf DM 20.000,- verdoppelt und für jedes Kind unter 18 Jahren sogar vervierfacht, d.h. von DM 5.000,- auf DM 20.000,- angehoben.

2. Verabschiedete Gesetze zur Vermögensbildung

a) 1950: Wohnungsbauprämienengesetz:

25–35 % Prämie (höchstens DM 400,-/Jahr)

1969: Zusatzprämie für kleinere Einkommensempfänger 30 %;

dieses Gesetz war ein großer Erfolg und hat wesentlich zur regen Bautätigkeit während der letzten beiden Jahrzehnte, insbesondere zum Bau oder Erwerb eines Eigenheimes, beigetragen

- b) 1959: Sparprämienengesetz
1962: Novelle mit familienfreundlicher Staffelung der Prämienätze (20–30 %)
1969: Zusatzprämie für kleinere Einkommensempfänger 40 %
- c) Privatisierung industriellen Bundesvermögens
1958: Preussag
1960: Volkswagenwerk
1965: Veba

3. Das 312-DM-Gesetz

Das Vermögensbildungsgesetz, auch 312-DM-Gesetz genannt, das am 5. Mai 1965 vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde, enthält gegenüber dem I. Vermögensbildungsgesetz vom 12. Juli 1961 folgende Verbesserung:

Jeder Arbeitnehmer ist berechtigt, durch einseitige schriftliche Erklärung gegenüber dem Arbeitgeber Teile seines Arbeitslohnes bis zu DM 312,- im Jahr vermögenswirksam anzulegen. Für diese Lohnanteile sind keine Lohnsteuer und keine Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten. Selbstverständlich sind auch Betriebsvereinbarungen möglich.

Vermögenswirksame Leistungen können auch in Tarifverträgen vereinbart werden. Die Tariffähigkeit des 312-DM-Gesetzes hat in der öffentlichen Diskussion vor der Verabschiedung des Gesetzes eine große Rolle gespielt. Die Gegner dieser Regelung haben vor keiner noch so unsinnigen Argumentation zurückgeschreckt; doch ist es der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten gelungen, dieses Gesetz, das sicherlich von säkularer Bedeutung ist, zu verabschieden. Bedeutende politische Entscheidungen haben immer lebhaften Widerspruch ausgelöst. Wer die Sozialgeschichte kennt, wird lebhaft an die Ausführungen erinnert, die im alten Reichstag Ende vorigen Jahrhunderts bei der Einführung der Sozialversicherungsgesetze und Anfang dieses Jahrhunderts bei der Einführung des Rechtes der Tarifparteien gemacht wurden. Nachträglich darf wohl ohne Pathos festgestellt werden, dass die Einführung der Sozialversicherungspflicht und des Tarifrechtes der Sozialpartner alles andere als unglücklich gewesen ist. Es lässt sich die moderne Wirtschaft ohne diese wichtigen Einrichtungen gar nicht vorstellen. Ich bin überzeugt, dass die Zulassung von tarifvertraglichen Vereinbarungen zugunsten der Vermögensbildung der Arbeitnehmer in späteren Jahrzehnten als selbstverständlich angesehen wird und die heutige gesetzliche Regelung ein wichtiger Grundstein für die Beseitigung der Vermögenslosigkeit oder Eigentumsarmut der Arbeitnehmerschaft sein wird.

Mit der Novelle zum 312-DM-Gesetz, die der Bundestag kurz vor der Sommerpause verabschiedete, wurden einige Verbesserungen erzielt:

- a) Die vermögenswirksamen Leistungen nach dem 312-DM-Gesetz werden künftig nicht mehr auf die übrigen Sparleistungen nach den Prämienengesetzen, die ein Arbeitnehmer vorweg schon selbst erbracht hat, angerechnet.
- b) Die sozialversicherungsrechtlichen Härten, die sich bei einmaliger Festlegung des Gesamtbetrages von DM 312,- und anschließender Arbeitsunfähigkeit bzw. Arbeitslosigkeit durch Minderung des Krankengeld- bzw. Arbeitslosengeldanspruches ergeben konnten, wurden beseitigt.
- c) Der Mittelstandsanreiz für Arbeitgeber mit bis zu 50 Beschäftigten wurde von DM 800,- auf DM 3.000,- abzugsfähigen Betrag von der Einkommensteuerschuld jährlich erhöht.

Neue Literatur zur sowjetischen Deutschland-Politik während des Kalten Krieges

Gelesen und besprochen von Gerhard Wettig

- Heike AMOS, *Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. »Arbeit nach Westdeutschland« durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit*, Berlin: Akademie Verlag 1999, 400 S., 78,- DM.
- Hubertus KNABE, *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, Berlin: Propyläen Verlag 1999, 590 S., 49,90 DM.
- Hubertus KNABE (unter Mitarbeit von Bernd EISENFELD, Jochen HECHT, Hanna LABRENZ-WEISS, Andreas SCHMIDT, Birgit SÜNDHAM, Monika TANTZSCHER, Tobias WUNSCHIK und Herbert ZIEHM), *West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«*, Berlin: Ch. Links Verlag 1999, 598 S., 58,- DM.
- Thomas AUERBACH, *Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Ch. Links Verlag 1999, 188 S., 20,- DM.
- Michael PLOETZ, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall*, Berlin: Propyläen Verlag 2000, 465 S., 48,- DM.
- Christopher ANDREW/Vasili MITROKHIN, *The Mitrokhin Archive. The KGB in Europe and the West*, London: Penguin Press 1999, 996 S.; deutsch: *Das Schwarzbuch des KGB. Moskaus Kampf gegen den Westen*, Berlin: Propyläen Verlag 1999, 848 S., 58,- DM.

Mit der Gründung von Bundesrepublik und DDR im Herbst 1949 war das sowjetische Bemühen um einen gesamtdeutschen Staat gescheitert, dessen einheitsstiftendes Zentrum die kommunistische Partei sein sollte. In Stalins Sicht handelte es sich nur um einen zeitweiligen Rückschlag: Die »demokratische und friedliebende« DDR war für ihn der Grundstein eines künftigen »demokratischen und friedliebenden« Gesamtdeutschlands, das der »friedliebenden« UdSSR zur Seite trete und einen »Wendepunkt in der Geschichte Europas« herbeiführe.¹ Das war eine Erwartung, die noch durch die Wirklichkeit bestätigt werden musste. Nach amtlicher Lehre waren »gesetzmäßig« vorgezeichnete Entwicklungen durch intensive Anstrengungen zu unterstützen. Demgemäß hatte die Besatzungszentrale in Ost-Berlin zusammen mit dem Parteiapparat der SED schon im ersten Halbjahr 1949 organisatorische Voraus-

¹ Grußtelegramm Stalins anlässlich der Konstituierung der DDR, wiedergegeben in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion*, Bd. 1, [Ost-]Berlin 1957, S. 238 f.

setzungen für das Ausüben politischen Einflusses in der Bundesrepublik geschaffen. Als Leitstelle fungierte eine mit erheblichen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattete Westkommission. Sie hatte Vorlagen zur »Arbeit nach Westdeutschland« zu erarbeiten und folgte den Weisungen des SED-Politbüros, dessen auf den Westteil des Landes gerichtetes Vorgehen sich auch nach Konstituierung der DDR stets an den Vorstellungen des Kreml orientierte. Heike Amos untersucht diese Aktivitäten bis zur vollständigen Spaltung der Nation durch den Mauerbau.

In der ersten Phase, die bis zu Stalins Tod oder ein wenig darüber hinaus dauerte, ging es darum, das Ziel einer staatlichen Einheit in sowjetischem Sinne doch noch durchzusetzen und den durch die Existenz der Bundesrepublik vergrößerten Widerstand zu überwinden. Zwar war die Präsenz der Westmächte das entscheidende Hindernis, doch versprach man sich in Moskau und Ost-Berlin von einer Mobilisierung der westdeutschen »Massen« gegen Adenauer und einer gleichzeitigen Unterminierung seiner Machtstellung durch Spaltung der »bürgerlichen« Kräfte einen politischen Durchbruch, der auch die westlichen Positionen im Lande erschüttern würde. Die in rascher Folge initiierten Kampagnen dienten ebenso wie die 1950/51 zahlreich unterbreiteten Angebote des »Dialogs« und der »Verständigung« zwischen Vertretern beider deutscher Staaten allein diesem Zweck. Während diese Aktivitäten im vollen Licht der Öffentlichkeit standen (weil es der Kreml wesentlich auf Propaganda abgesehen hatte, um die »Adenauer-Politik« zu diskreditieren), blieb das Bemühen um Aufbau einer Oppositionsfront gegen den Bundeskanzler dem Publikum verborgen. Als entscheidendes Hindernis erwies sich die östliche Bedingung, die Gegner der Bonner Politik dürften es nicht bei der Anklage fehlender Wiedervereinigungsbereitschaft bewenden lassen, sondern müssten darüber hinaus dem Kurs der SED uneingeschränkt folgen. »Bürgerliche« Opponenten wie Heinemann oder Noack waren aber nicht willens, auf ihre demokratischen Forderungen gegenüber der DDR, namentlich auf das Verlangen nach freien gesamtdeutschen Wahlen, zu verzichten. Nur Außenseiter wie Joseph Wirth (der Ende 1951 in den Dienst der SED trat und danach unter ihrer Regie eine »bürgerliche« Oppositionsbewegung aufzuziehen suchte) waren dazu bereit. Personen solchen Zuschnitts entbehrten jedoch von allem Anfang an der Glaubwürdigkeit, die notwendig gewesen wäre, um die Gegner der Bonner Deutschland-Politik zu einer starken Gruppierung zu vereinen.

Ein weiteres ausschlaggebendes Hindernis für das östliche Vorgehen war, dass Bundeskanzler Adenauer und der Führer der sozialdemokratischen Oppositionspartei, Kurt Schumacher, ungeachtet aller sonst bestehenden Gegensätze, Kommunisten und Sowjetunion gleichermaßen als fremdbestimmende, dem nationalen Interesse widerstreitende Kräfte ablehnten. Der Plan Moskaus, die »beiden Arbeiterparteien« KPD und SPD zuerst zu einer gemeinsamen Front und dann zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen, ließ

sich in den Westzonen angesichts sozialdemokratischen Widerstandes nicht durchsetzen und scheiterte damit auf gesamtdeutscher Ebene; der Anschluss der SPD an die KPD kam nur in der Ostzone zustande, wo der UdSSR alle Mittel des Zwangs zu Gebote standen. Die SPD wurde zum schärfsten Widersacher der SED und trug wesentlich dazu bei, dass sich die »Arbeiterklasse«, die nach marxistisch-leninistischer Doktrin sowohl die entscheidende politische Kraft als auch die natürliche Stütze kommunistischer Macht bildete, in ihrer übergroßen Mehrheit dem östlichen Werben versagte. Die SPD war daher in sowjetischer Sicht eine bloße Scheinopposition, der von den »bürgerlichen« Machthabern die Funktion übertragen worden war, den Widerstand der »Arbeiterklasse« gegen die amtliche »imperialistische Politik« zu neutralisieren. Die praktische Schlussfolgerung lautete, es gelte, die SPD zu spalten und die »Schumacher-Leute« zu isolieren. Das Bemühen scheiterte jedoch schon in den ersten Anfängen.

Die Darstellung von Heike Amos stimmt mit anderen Forschungsergebnissen überein, die – ebenso wie ihre Studie – wesentlich auf Dokumenten aus dem früheren Zentralen Parteiarchiv der SED beruhen. Nur in einem Punkt ergibt sich eine Divergenz: Während beispielsweise Michael Lemke und Monika Kaiser nachweisen, dass die östlichen Bemühungen in der Bundesrepublik bereits im Winter 1949/50 intensiv einsetzten,² versichert Heike Amos, in den Monaten nach der DDR-Gründung habe sich die SED-Führung mit der Macht- und Herrschaftssicherung im Innern beschäftigt, so dass von Westarbeit »keine Rede« gewesen sei und das »gesamtdeutsche Engagement« weithin geruht habe.³ Nicht zuzustimmen ist auch der Auffassung der Autorin, der Gebrauch nationaler Parolen zeige eine politische »Kehrtwendung von 180 Grad« an, denn damit sei der proletarische Internationalismus – also das Bekenntnis zum Kommunismus – durch den deutschen Nationalismus ersetzt worden.⁴ Dabei wird die stets geltende Instruktion übersehen, nach welcher der nationale Kampf als besondere, den Umständen in Deutschland angepasste »Form des Klassenkampfes« anzusehen und zu praktizieren war. Das lief auf die Vorschrift hinaus, den Kampf um die staatliche Einheit zur Durchsetzung von Herrschaft und System des Kommunismus zu instrumentalisieren. Es war also kein Kurswechsel, sondern ein Manöver zur Täuschung eines Volkes, das in seiner großen Mehrheit sowjetische Verhältnisse ablehnte. Als irreführend

2 Michael LEMKE, *Die infiltrierte Sammlung. Ziele, Methoden und Instrumente der SED in der Bundesrepublik 1949–1957*, in: Tilman MAYER (Hrsg.), *»Macht das Tor auf.« Jakob-Kaiser-Studien*, Berlin 1996, S. 176–180; Monika KAISER, *Wechsel von sowjetischer Besatzungspolitik zu sowjetischer Kontrolle? Sowjetische Einflussnahme und ostdeutsche Handlungsspielräume im Übergangsjahr von der SBZ zur DDR*, in: Michael LEMKE (Hrsg.), *Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953)*, Berlin 1999, S. 198–204.

3 H. AMOS, S. 50.

4 EBD., S. 20.

muss auch die Feststellung von Heike Amos gelten, die UdSSR sei in ihrer zweiten Deutschland-Note von 1952 »positiv auf die Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen« eingegangen und habe lediglich deren Überwachung nicht der UNO, sondern einer Vier-Mächte-Kommission übertragen wollen:⁵ Die – nur unzureichend dargestellte – Auseinandersetzung über das Thema von Ende 1950 bis Anfang 1952 machen die innersowjetische Entstehungsgeschichte des »Angebots« vom 10. März 1952 und die Beratungen zwischen Stalin und der SED-Führung Anfang April unzweideutig klar, dass von irgendeiner Bereitschaft des Kreml zu Entgegenkommen keine Rede sein konnte.⁶

Schon im Sommer oder Herbst 1951 scheint die sowjetische Führung zu dem Schluss gekommen zu sein, dass die Kampagnen in der Bundesrepublik vorerst gescheitert waren. Die Einleitung des offenen und forcierten Übergangs zum Sozialismus in der DDR 1952 war – neben der Umgestaltung der militärischen »Bereitschaften« zur Koalitionsarmee und den Vorbereitungen zur Proklamierung »nationaler Streitkräfte« – die praktische Konsequenz der Einschätzung. Vor diesem Hintergrund mag es erstaunen, dass Moskau an der gesamtdeutschen Rhetorik und dem werbenden Bemühen um die westdeutsche Öffentlichkeit festhielt. Erklärlich wird das durch den Umstand, dass Stalin die Hoffnung auf einen politischen Durchbruch in Deutschland längerfristig nicht aufgegeben hatte. Er rechnete damit, dass es in der westlichen Welt zu einer tiefgreifenden Krise, insbesondere zu einem wechselseitig zerstörenden Krieg, kommen und dass diese Entwicklung dem Sowjetstaat die Oberhand verschaffen werde. Wenn bis dahin die Öffentlichkeit der Bundesrepublik davon überzeugt worden war, dass die UdSSR der Anwalt ihres Interesses an nationaler Einheit war, würde dies die Aussicht erhöhen, dass sich das Land gegen die USA wenden würde.⁷

Diese Annahme wurde erst nach dem Tod Stalins in Frage gestellt, als im Frühjahr 1953 die Lage in der DDR zunehmend kritisch wurde und schließlich in die Katastrophe des 17. Juni mündete. Nunmehr erhielt im Kreml die Konsolidierung des SED-Regimes oberste Priorität mit der Konsequenz einer Neigung zur Zwei-Staaten-Politik, die dann im Herbst 1955 zum vollen Durchbruch kam. Über diese Entwicklungen finden sich bei Heike Amos kaum Aufschlüsse und gelegentlich sogar irreführende Informationen. Das gilt etwa für die Angabe, mit dem Aufstand des 17. Juni habe »niemand gerechnet«:⁸ Zwar sah niemand in Ost und West voraus, zu welchen – spontan sich entwickelnden

5 EBD., S. 91 f.

6 Hierzu im einzelnen Gerhard WETTIG, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955*, München 1999, S. 200–222.

7 EBD., S. 222–234.

8 H. AMOS, S. 136.

– Geschehnissen es an diesem Tag kommen würde, doch war sich die sowjetische Führung seit spätestens Mai des Ernstes der Lage in der DDR bewusst und fürchtete, das dortige Regime könnte, wenn die Krise nicht abgefangen würde, in eine fatale Situation geraten. Ebendiese Sorge trieb sie dazu, der SED-Spitze einen – die Beschlüsse über eine Beschleunigung des »sozialistischen Aufbaus« vom Vorjahr revidierenden – »Neuen Kurs« aufzuzwingen und ihr die Ablösung Ulbrichts nahezulegen. Gerade das aber trug wesentlich dazu bei, dass die Krise offen ausbrach: Der allzu hastig durchgeführte Wechsel desorientierte die Kader und ließ zugleich die Bevölkerung auf eine völlige Wende hoffen.

Mit der Befestigung der Zweistaatlichkeit, die der Kreml 1955 durch Vereinbarungen mit beiden Staaten zum vorläufigen Abschluss brachte, vergrößerte sich der zuvor äußerst geringe Handlungsspielraum des SED-Regimes. Das scheint die Grundlage dafür gewesen zu sein, dass die DDR von da an ihrer Westarbeit den – 1954 noch wegen Moskauer Widerspruchs fallengelassenen⁹ – Gedanken einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten zugrunde legte. Die Propaganda suggerierte dabei, die staatliche Einheit sei unverändert das Ziel, doch diene die Vorstellung praktisch dem Zweck, den Anspruch auf internationale Anerkennung neben der Bundesrepublik zu begründen und die Zweistaatlichkeit bis auf weiteres zu befestigen. Zugleich wandelte sich das auf Westdeutschland zielende Vorgehen grundlegend. Hatten früher Massenmobilisierung und Fundamentalopposition im Zentrum des Bemühens gestanden, so lag der Schwerpunkt fortan auf subversiven Aktivitäten: Institutionen und Organisationen des »Operationsgebiets« wurden geheimdienstlich ausgespäht und unterwandert; wo immer man »besonders reaktionäre« Einrichtungen und/oder Personen am Werke sah, suchte man diese durch systematische Diffamierung und »Zersetzung« zu paralysieren, auszuschalten, einflusslos zu machen und/oder einzuschüchtern. In diesem Zusammenhang gehören zahlreiche Entführungen mit anschließenden drakonischen Maßnahmen gegen die Opfer. In großem Umfang wurden Stasi-Agenten eingeschleust und angeworben; verdeckte Einflussnahmen sollten westdeutsche Akteure auf proöstlichen Kurs bringen. Der Mauerbau 1961 bedeutete insofern eine Zäsur, als bestimmte Aktionen, insbesondere Entführungen, von da an größerer Mühe bedurften und daher weniger häufig wurden.

Insgesamt bietet die Studie von Heike Amos umfangreiche Informationen über verschiedene Varianten der Westarbeit der SED, fasst aus den ostdeutschen Archiven bekannt Gewordenes zusammen und fügt interessante Einzelheiten hinzu. Bestätigt wird etwa, dass sich der – scharf gegen Adenauers Deutschland-Politik Front machende – frühere CDU-Politiker Heinemann

⁹ Michael LEMKE, »Als Otto Grotewohl noch von der Einheit der deutschen Nation sprach« in: *Das Parlament*, 8/15. August 1997.

nicht von der SED politisch vereinnahmen ließ. Seine Gesamtdeutsche Volkspartei suchte aber um finanzielle Unterstützung durch die Ost-CDU nach – in der naiven Vorstellung, dass sie sich durch deren Hilfe aus materieller Abhängigkeit von der KPD (und damit von der SED) lösen könne. Zugleich gelang es dem MfS, Vertrauensleute in entscheidende Positionen der Partei zu platzieren und auf diese Weise unter anderem über jeden ihrer Schritte genau unterrichtet zu sein (was natürlich Einflussmöglichkeiten eröffnete).¹⁰ Aufschlüsse finden sich auch über den Fall Harich. Sehr detailliert ist die Darstellung des personellen und organisatorischen Aufbaus aller wichtigeren Apparate, die in die Westarbeit eingespannt waren. Verzeichnisse der verwendeten Werke, Archivquellen und Abkürzungen sowie ein Personenregister erleichtern die Benutzung des Buches.

Ein Mangel der Studie ist, dass, bedingt durch die alleinige Verwendung ostdeutscher Quellen, die – zumindest bis 1954/55 durchgängige – Steuerung der SED-Westpolitik durch die UdSSR unberücksichtigt bleibt. Dadurch wird das Bild vielfach verzerrt: Die östliche Besatzungsmacht sorgte nicht bloß für irgendeine vage »Leitorientierung«¹¹; die Bildung des MfS erfolgte nicht mit bloßer »Zustimmung der KPdSU-Führung«¹², sondern wurde auf Weisung des Kreml direkt von sowjetischen Experten durchgeführt.¹³ Noch mehr führt die Darstellung in die Irre, nach der Grotewohl am 15. September 1951 seinen Vorschlag einer »gesamtdeutschen Beratung« sogar selbst »initiiert« haben soll.¹⁴ Insgesamt entsteht beim Leser der völlig irrierte Eindruck, als handle es sich bei den verschiedenen Vorgängen der Westarbeit um Ergebnisse einer eigenständigen Politik, die nur locker in einen sowjetischen Rahmen eingefügt gewesen sei. In Wirklichkeit bestimmte, wie sich aus Moskauer Archivaldokumenten ergibt, die operative Anleitung der UdSSR, die bis Anfang 1954 oft bis in Formulierungsdetails ging.

Auf Grund umfassender Recherchen in den – freilich nur noch partiell verfügbaren – einschlägigen Gauck-Akten befasst sich Hubertus Knabe mit der »Unterwanderung« der Bundesrepublik durch MfS-Aktivitäten. Mit großer Eindringlichkeit stellt er dar, wie intensiv und konsequent die Stasi schon in der von Heike Amos betrachteten Frühphase von 1955/56 bis 1961 um die »Zersetzung« von Personen und Gruppen bemüht war, deren Wirken die SED-Führung für besonders gefährlich hielt, und zugleich den Einfluss jener Kräfte zu verstärken suchte, die bereit schienen, in der einen oder anderen Hinsicht

10 H. AMOS, S. 107–114.

11 EBD., AMOS, S. 107–114.

12 EBD., S. 37.

13 Monika TANTZSCHER, »In der Ostzone wird ein neuer Apparat aufgebaut«. *Die Gründung des DDR-Sicherheitsdienstes*, in: *Deutschland Archiv*, 1/1998, S. 48–51.

14 H. AMOS, S. 88.

gemeinsame Sache mit östlicher Politik zu machen.¹⁵ Das ostdeutsche Regime sah in der Bundesrepublik unwandelbar den Erzfeind, mit dem sie sich vorrangig auf konspirativ-subversive Weise auseinander setzte. Wie Hubertus Knabe und seine Mitautoren in einem der »West-Arbeit des MfS« gewidmeten Buch im einzelnen ausführen, folgte zunächst eine – bis Ende der fünfziger Jahre dauernde – Phase primärer Stasi-Ausrichtung auf den Kampf gegen diesen Widersacher (»Gesicht dem Westen zu«). In der anschließenden Periode ging es dem Staatssicherheitsdienst der DDR, der bis 1958 kaum etwas anderes als eine Filiale des sowjetischen KGB war und bis zum Ende eng an diesen gebunden blieb, um Vollendung der durch den Mauerbau eingeleiteten DDR-Politik der Abschirmung nach außen und um »Entlarvung des Bonner Staates«.

Als sich die Bundesrepublik in den siebziger Jahren zu einem Interessenausgleich mit der DDR bereit fand, sie als Partner im geteilten Deutschland akzeptierte, zu ihr ein auskömmliches wechselseitiges Verhältnis herzustellen suchte, die internationale Anerkennung freigab und auch geringe »menschliche Erleichterungen« mit finanziellen Leistungen honorierte, reagierte die SED-Führung keineswegs mit verringerter Feindseligkeit. Vielmehr verstärkte sie den Kampf, um den »Gefahren« – vor allem der Neigung zur Abschwächung von »Wachsamkeit« und Militanz im eigenen Lager – zu wehren, die sie generell mit der Entspannungssituation und speziell mit dem deutsch-deutschen Normalisierungsprozess heraufziehen sah. Das letzte DDR-Jahrzehnt stand im Zeichen des Bemühens, die politische Orientierung Bonns durch verdeckte Einwirkungen auf gesellschaftliche Kräfte grundlegend zu verändern: Zunächst war der »Friedenskampf« darauf ausgerichtet, der gegen die Rüstung des westlichen Bündnisses gerichteten Tendenz zum Siege zu verhelfen und damit der NATO eine entscheidende Niederlage zuzufügen. Nachdem dieser Versuch gescheitert war, suchte die SED-Führung durch Kollaboration mit dazu bereitenden Kräften in der SPD und durch deren Stärkung gegenüber der CDU/CSU-geführten Bundesregierung (die weiterhin an Westorientierung und Wiedervereinigungsgebot festhielt) im geteilten Deutschland die Oberhand zu gewinnen.¹⁶

Wie hervorzuheben ist, unterschieden sich die auswärtigen Stasi-Aktivitäten grundlegend von der Art Auslandsaufklärung, die in demokratischen Ländern üblich ist. Es handelt sich dabei nicht nur darum, dass das MfS auch die Funktion einer Geheimpolizei hatte. Es nahm – nach Anweisungen der SED-Füh-

15 H, KNABE, *Unterwanderte Republik*, S. 15–43.

16 Damit verband sich die Bereitschaft, zugleich die offiziellen Beziehungen zur Bundesregierung zu pflegen und sogar weiter auszubauen, um das dringliche Interesse an materieller Unterstützung zu befriedigen. Deswegen kam es ab 1983/84 zu einem heftigen Konflikt mit dem Kreml, der im Sinne seiner damaligen Anti-NATO-Politik bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre einen durchgängig ablehnenden Kurs gegenüber Bonn forderte.

rung – sehr vielfältige Aufgaben wahr. Neben Feindaufklärung nach außen und Herrschaftssicherung nach innen war das Bemühen um Einschüchterung, Kontrolle, Beeinflussung und Steuerung auch auswärtiger Kräfte wesentlich. Die unterschiedlichen Modalitäten einerseits und innen- wie außengerichteten Anstrengungen andererseits waren allesamt untrennbar miteinander verbunden: Die verschiedenen Vorgehensbestandteile waren weder unterschiedlichen Organen bzw. Abteilungen zugewiesen, noch bildeten sie den Inhalt separater Maßnahmepläne. Alles gehörte stets als Teil eines einheitlichen Ganzen zusammen und wurde im Zusammenwirken aller Stasi-Kräfte genau aufeinander abgestimmt. Auch wirkten das MfS und die verschiedenen Stellen von Partei, Staat und Gesellschaft (einschließlich der Instrumentarien der »Nationalen Front«) zusammen.

Auch die Methoden und Ziele waren völlig anderer Art als in einer Demokratie. Die »aktiven Maßnahmen«, die – so wie die gleichzeitige Ausspähung – so ziemlich alle Lebensbereiche (wie staatliche Ressorts und Ämter, die Parteien, Gewerkschaften und andere Verbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Einrichtungen der DDR- und Osteuropa-Forschung und – nicht zuletzt – zahllose Wirtschaftsbetriebe) betrafen, waren nicht bloß auf die Beeinflussung von Personen, Gruppen und Institutionen ausgerichtet. Es ging auch um »operative Bearbeitung« in dem Sinne, dass MfS-Mitarbeiter als Führungskader eingeschleust, Vertreter unerwünschter Ansichten auf alle mögliche Weise diffamiert, »ersetzt«, erpresst und/oder verdrängt, Einflussagenten systematisch aufgebaut und unterstützt, Zwietracht und Spaltung in »Feindorgane« getragen, Skandale mit Hilfe ahnungsloser westlicher Medien inszeniert, Tarnorganisationen geschaffen, durch verdeckt abhängige Verlage und Publikationen öffentliche Meinungen produziert, Vorfälle nazistischen und antisemitischen Charakters arrangiert und – natürlich – Individuen wie Kollektive mit finanziellen Instrumenten gesteuert wurden. Diesen Bemühungen dienten sehr häufig nicht nur die Ergebnisse von Recherchen und Ausspähungen, sondern auch die Verwendung bzw. das Zuspielen präparierter und/oder fabrizierter »Dokumente« aus der Fälscherwerkstatt des MfS. Das Ziel war, die »Bearbeitungsobjekte« so weit wie möglich zu »durchdringen« (d.h. in die Hand zu bekommen), um sie der SED-Führung dienstbar zu machen. Der – gelegentlich annäherungsweise erreichte – Idealfall war, ursprünglich außerhalb der Reichweite Ost-Berliner Macht befindliche Institutionen bzw. Organisationen uneingeschränkt abhängig und damit instrumentierbar zu machen.¹⁷ Raffinierte psychologische Strategien (von denen die »Romeo«-Masche zu Anwerbung alleinstehender Frauen am bekanntesten geworden ist) wurden ausgearbeitet und mit äußerster Gründlichkeit angewendet, um Men-

¹⁷ Siehe exemplarisch die Infiltration des SDS in den sechziger Jahren: H. KNABE, *Unterwanderte Republik*, S. 182–210.

schen dem jeweils vorgesehenen Zweck gefügig zu machen. Insgesamt galt es, den Kampf zwischen den jeweils gerade als »fortschrittlich« bewerteten Kräften gegen die Vertreter »reaktionärer« Ansichten voranzutreiben sowie besonders »gefährliche« Gegner zu »entlarven« und zu »isolieren«.

Es wäre jedoch verfehlt, in den Fällen, in denen sehr große Erfolge erzielt wurden, den Grund dafür allein in den Fähigkeiten der Stasi zu suchen. Während der sechziger Jahre vollzog sich im westlichen Deutschland eine Hinwendung zu marxistischen Doktrinen, die zwar meist nicht orthodox-kommunistisch geprägt waren, aber dem Denken in Klassenkategorien, dem Glauben an eine »antifaschistische« Gemeinsamkeit der Linken gegen rechte »Reaktionäre« und einer Wertschätzung jeglicher Art von »Sozialismus« Vorschub leisteten. Das zerstörte den bisherigen antitotalitären Konsens der Bundesrepublik und ließ in den siebziger und achtziger Jahren bei manchen linken Politikern die Neigung zu »Bündnissen« auch mit kommunistischen Kräften entstehen. Erfolgreiche Anknüpfungen setzten weithin eine bereits vorhandene Bereitschaft bei den Adressaten voraus. Die Aktualisierung latenter Dispositionen durch das MfS war aber nicht bedeutungslos: Beeinflussung, Manipulation und Auftrag gaben der vagen Neigung erst die operative Ausrichtung im Sinne der DDR-Führung.

Ein Beispiel dafür bietet die Arbeit mit Kollaborateuren und Agenten im protestantischen Umfeld. Die Kirchen waren für die »Organe« (wie man die Staatssicherheitsorganisationen im sowjetischen Imperium auch nannte) von Anfang an besonders interessant: Sie waren weltanschauliche Konkurrenten der Partei, boten als das einzige autonome Netzwerk in der DDR »inneren Feinden« potentiellen Rückhalt und stellten in der westdeutschen Gesellschaft ausnutzbare Machtfaktoren dar. Unter dem Einfluss von Martin Niemöller (dessen zunehmende Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der östlichen Seite dokumentiert wird¹⁸) und Karl Barth, die beide die Botschaft des Evangeliums dem Geltungsanspruch zwar des NS-Regimes, nicht aber der SED-Diktatur entgegenhielten, erschien die kommunistische Herausforderung manchen deutschen Protestanten in theologischer wie praktischer Hinsicht gering oder gar nicht-existent. Dazu kam das verbreitete Bewusstsein, die Kirche habe sowohl in der »Arbeiterfrage« als auch angesichts des Nationalsozialismus versagt und müsse diese Versäumnisse wiedergutmachen. Dem Marxismus wurde oft zugute gehalten, er habe sich, wenn auch in nicht ganz richtiger Weise, um eine Lösung der Probleme bemüht; seine Anhänger hätten sich zudem durch ein klares Bekenntnis zum »Antifaschismus« ausgezeichnet. Hubertus Knabe beurteilt das Resultat wie folgt: »Der Schock über die Naziverbrechen mündete in ein Schuldgefühl, das merkwürdig narzisstische Züge trug, weil

18 EBD., S. 255–257.

es die ›Singularität‹ der eigenen Verbrechen zum Maßstab aller Dinge machte und andere Formen totalitärer Herrschaft ignorierte.« Demgemäß stellte sich eine »direkte Kausalitätsbeziehung zwischen der zwölfjährigen Herrschaft der Nationalsozialisten und der staatlichen Zerstückelung Deutschlands her«. Das ließ die Teilung als eine »ebenso zwangsläufige wie gerechtfertigte Folge der Hitler-Diktatur« erscheinen, »die den Deutschen als irreversible Folge ihrer Untaten [von Gott] auferlegt sei.«¹⁹

Bei aller Fähigkeit, sich vorteilhafter Situationen zu bedienen, stand aber das MfS zuweilen auch dem eigenen Erfolg im Wege. Das war vor allem dann der Fall, wenn gegenüber westlichen Sympathisanten Argwohn bestand und folglich auf deren Seite ein besonders raffiniertes feindliches Kalkül vermutet wurde. Offerten von Kollaborationswilligen erschienen beispielsweise suspekt, wenn die Anbieter nach amtlicher Einschätzung »objektive Feinde« waren, denen keine positive Einstellung zugetraut werden konnte. Ob der Autor da von »Verfolgungswahn« sprechen sollte, erscheint fraglich – sofern man darunter nicht die Neigung verstehen will, überall jede nur vorstellbare Gefahr zu sehen und sich bietende politische Chancen weithin zu verkennen. Das Vorgehen des DDR-Staatssicherheitsdienstes wurde auch dadurch geprägt, dass er ein Produkt der Stalin-Zeit war und in dieser formativen Periode habituelles Misstrauen erlernt hatte. Das MfS neigte daher über das allgemeine geheimdienstliche Maß hinaus dazu, fremden Versicherungen nicht zu glauben. Es entsprach dieser gewohnheitsmäßigen Haltung, dass selbst zuverlässigste Agenten und Kollaboranten laufend ausgespäht wurden.

Hubertus Knabe gibt detaillierten Einblick sowohl in das Organisationsgefüge, die Arbeitsweise und die Aufgabengebiete des MfS²⁰ als auch in typische Operationen, bevorzugte Zielgruppen und enttarnte Agentenfälle.²¹ Interessant sind auch einige Informationen über Herbert Wehner. Der 1958 in die Bundesrepublik übergetretene, dort von dem SPD-Politiker aufgenommene und mit ihm in vertraulichem Gedankenaustausch stehende ostdeutsche Kommunist Kurt Vieweg bescheinigte nach der Rückkehr seinem westdeutschen Gastgeber eine weithin positive Einstellung gegenüber der DDR. Das stieß freilich beim MfS auf Unglauben. Später bereitete es eine Diffamierungskampagne vor, die jedoch abgeblasen wurde, nachdem sich Honecker und Wehner in Gesprächen persönlich nahe gekommen waren.²²

19 EBD., S. 295. Als Beispiel einer praktischen Konsequenz siehe die Vorgänge in der Evangelischen Akademie zu West-Berlin. EBD., S. 287–296.

20 Diese Untersuchungsbereiche bilden die Schwerpunkte des Buches *West-Arbeit des MfS*.

21 Darstellungen und Angaben hierzu (einschließlich zweier Personenregister mit Klarnamen bzw. Decknamen sowie einem – freilich fast ausschließlich auf deutsche Werktitel beschränkten – Literaturverzeichnis) finden sich überwiegend in dem Buch *Die unterwanderte Republik*.

22 H. AMOS, S. 216–226; H. KNABE, *Die unterwanderte Republik*, S. 153–181.

Generell liegt eine Schwierigkeit darin, dass die Stasi bei ihrer Auflösung 1990 systematisch alle Dokumente über ihre Westarbeit zu vernichten suchte. Auch wenn – in Beständen anderer Dienstseinheiten als Markus Wolfs HVA und in Akten anderen Themas (z.B. in Opferakten) – einschlägiges Material erhalten blieb, ist die bisher erschlossene Überlieferung äußerst lückenhaft. Wann und wo das MfS die Hand im Spiel hatte, ist nur zu einem kleineren Teil festzustellen. Nicht einmal über die Zahl der »Inoffiziellen Mitarbeiter« in den westlichen Gebieten Deutschlands besteht Klarheit; auf Grund von Hochrechnungen wird von der Existenz von 20.000 bis 30.000 derartiger Agenten ausgegangen. Wegen der Aktenvernichtung liegen viele Stasi-Aktionen völlig im Dunkeln, während andere nur aus Maßnahmeplänen, dem Output der Agenten (meist nur partiell) und/oder nur begrenzt zuverlässigen rückblickenden Aussagen Beteiligten bekannt sind. Das Vorgehen des MfS insgesamt lässt sich somit nur an Hand von Beispielen beurteilen, und soweit Einzelfälle belegt sind, erstreckt sich das Wissen in der Regel allein auf Abläufe, so dass die Wirkung auf den umgreifenden politischen Prozess kaum abzuschätzen ist. Nur in Ausnahmefällen geht die bisher aus Gauck-Akten gewonnene Kenntnis darüber hinaus: Das gilt für die Agententätigkeit in West-Berlin Ende der fünfziger Jahre, als der antikommunistische SPD-Spitzenpolitiker Schwenicke durch systematische Hetze und fabrizierte »Beweise« jedes Einflusses beraubt wurde,²³ oder für Guillaumes Aktivität in der südhessischen SPD, wo es ihm mit östlicher Unterstützung im Unterbezirk Frankfurt am Main 1964 gelang, den SED-feindlichen Geschäftsführer durch eine Serie diskreditierender Presseartikel aus dem Weg zu räumen, sich an dessen Stelle zu setzen und so eine politische Wende im gesamten seither konstant linkslastigen Parteibezirk Hessen-Süd einzuleiten.²⁴ Durch glückliche Umstände blieben auch Akten erhalten, die Aufschlüsse über die Kontakte zwischen Stasi und SED-Spitze einerseits und den Grünen andererseits in den achtziger Jahren und über die Wirkungen der damit verbundenen östlichen Einflußnahmen geben.²⁵ Relativ gut ist das Wirken des MfS auf dem politischen Schauplatz West-Berlin während der siebziger und achtziger Jahren dokumentiert.²⁶

Hubertus Knabe setzt sich mit der Frage auseinander, wie weit das MfS, auf's Ganze gesehen, mit seinen Ausforschungs-, Infiltrations- und Beeinflussungsbemühungen Erfolg gehabt hat. Wie er ausführt, könnte man daraus, dass nicht die DDR, sondern die Bundesrepublik schließlich die Oberhand in Deutschland gewonnen hat, rückblickend den Schluss ziehen, dass nur wenig Wirkung erzielt worden sei. Dem stellt er die Überlegung entgegen, dass sich das SED-Regime

23 EBD., S. 20–23.

24 EBD., S. 45.

25 EBD., S. 71–88.

26 EBD., S. 88–103.

angesichts seiner zahlreichen, vor allem auch inneren Schwächen (verbreitete Ablehnung durch die eigene Bevölkerung, wachsender wirtschaftlich-technischer Rückstand) doch recht lange gehalten habe. Dagegen lässt sich freilich einwenden, dass diese Tatsache entscheidend auf den Umstand zurückzuführen ist, dass die UdSSR bis Ende der achtziger Jahre mit der »Breshnew-Doktrin« (die der Sache nach bereits vorher existierte und in der DDR schon anlässlich des 17. Juni 1953 praktiziert wurde) die Aufrechterhaltung der kommunistischen Herrschaft gegen alle inneren und äußeren Herausforderungen gewährleistete: Als der Krenl in der inneren Krise vom Herbst 1989 nicht mehr zum rettenden Eingreifen bereit war, brach das Regime zusammen. Die bisher erarbeiteten Mosaiksteinchen des Wissens über die Stasi deuten darauf hin, dass deren Westarbeit insgesamt effizient gewesen sein muss: Sie nutzte nicht allein die Vorteile, die ein diktatorisches, sich gegen öffentliche Einflussnahme und öffentlichen Einblick abschirmendes Regime der konspirativen Tätigkeit ihr bot, sondern auch die Schwächen, die das »bearbeitete« demokratische Gemeinwesen wegen systembedingt fehlender Steuer- und Kontrollmöglichkeiten aufwies.

Die Führungen in Moskau und Ost-Berlin wurden durch die Anerkennung der DDR und die Spannungsbereitschaft des Westens seit Beginn der siebziger Jahre nicht dazu bewogen, ihre fundamentale Feindseligkeit und die daraus resultierenden subversiven Anstrengungen aufzugeben. Im Gegenteil: Es hieß nunmehr, die »friedliche Koexistenz« – das kommunistische Korrelat zur Entspannung – sei eine »besondere Form des [antiwestlichen] Klassenkampfes«, mit denen sich der westliche Antagonist dem zu seinen Ungunsten veränderten Kräfteverhältnis anzupassen suche und die wegen der damit verbundenen Täuschungsabsicht als ausgesprochen raffiniert und gefährlich zu gelten habe. Die »Kräfte des Fortschritts und des Friedens« müssten daher den Kampf mit verstärktem Nachdruck und erhöhter Intensität fortführen.

Nach leninistischer Auffassung war dabei auch kein prinzipieller Gewaltverzicht angebracht. Der Gebrauch von Gewalt wurde unter bestimmten Umständen und in künftigen Phasen der weltpolitischen Entwicklung als unerlässlich betrachtet, denn der »Klassenfeind« werde am Ende nicht kapitulieren, ohne vorher zu allen verfügbaren Mitteln der Gegenwehr gegriffen zu haben. Zwar war angesichts der nuklearen Abschreckung und des damit verbundenen Vernichtungsrisikos auch für die eigene Seite das – von Stalin lebenslang aufrechterhaltene – Postulat der kriegerischen Beendigung des Ost-West-Konflikts fragwürdig geworden. Doch da der Krenl am Ziel des »Sozialismus im Weltmaßstab« festhielt und dessen Preisgabe als Verrat am historischen Auftrag ansah, musste der Kampf mit allen denkbarenweise erforderlichen werden Mitteln – also gegebenenfalls auch mit bewaffneten Aktionen – fortgesetzt werden. Es galt aber, Wege zu finden, wie man die Abschreckung der NATO unterlaufen konnte, um, wenn es notwendig erscheinen würde, alle Mittel bis hin zu bewaffneter Gewalt einsetzen zu können.

Diesem Zweck dienten die »Prinzipien der friedlichen Koexistenz«, die in Moskau als *Maxime* formuliert wurden. Ihr Kern war, dass sie – also das Gebot friedlichen Konfliktaustrags – in den »Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung« gelten sollten. Damit wurde implizit die Gewalt für alle anderen Arten der internationalen Beziehungen freigegeben: Bei Konflikten zwischen Staaten des gleichen Systems und Lagers (etwa bei der Militärintervention in der Tschechoslowakei 1968 oder im hypothetischen Fall von Kämpfen zwischen westlichen Staaten) und bei innerstaatlichen Auseinandersetzungen (»nationalen Befreiungskriegen« innerhalb zerbrechender westlicher Kolonialreiche bzw. prowestlich regierter Drittwelt-Länder und »Bürgerbefreiungskriegen« nach »revolutionären« Entwicklungen in NATO-Ländern) sah sich der Kreml nicht zu friedlichem Verhalten verpflichtet. Stets handelte es sich dabei nicht um den Fall, auf den die Vorkehrungen der NATO abgestellt waren: den Angriff fremder Streitkräfte auf einen Bundesgenossen. Darum konnte die Abschreckung die westlichen Länder nicht vor den Formen der Gewalt schützen, die in Moskau für entspannungsverträglich erklärt wurden. Diese Einschränkungen des – vom Westen als allgemeingültig unterstellten – Kriegsverhinderungsgebots dienten somit dem Zweck, Optionen des kriegerischen Gewaltgebrauchs offen zu halten. Das sollte freilich vor dem Westen möglichst verborgen bleiben. Parolen der Entspannung, des Friedens und der Abrüstung sollten das Programm des innerwestlichen Kampfes verschleiern. Zugleich ging es darum, die Politik namentlich der USA und der NATO als gegen diese Grundsätze gerichtet zu »entlarven«.

Durch ihre vergleichsweise lockeren, liberalen Strukturen boten die demokratischen Staaten – wie für die geheimdienstliche Durchdringung durch Agenten der kommunistischen Diktatur – auch für Einwirkungen im gesellschaftlichen Raum geeignete Ansatzpunkte. In kritischen Zeiten konnten daraus akute Gefahren für den Westen erwachsen. Das bezeugen nicht nur die Resultate des Bemühens um verdeckte Einflussnahme und Ausspähung, wie sie nach dem Ende des Kalten Krieges an vielen nationalen und internationalen Schaltstellen aufgedeckt wurden. Deutlich wird dies auch in der Studie von Thomas Auerbach über die Vorbereitungen des MfS (in Zusammenwirken mit dem KGB) für Terror- und Sabotageakte, die eine erhoffte kritische Zuspitzung der Lage in Westdeutschland zur politischen und/oder militärischen Katastrophe steigern sollten: Nicht zufällig fallen die ersten Ansätze in das Jahr 1953, als der innere Zusammenbruch der DDR die sowjetische Hoffnung auf Gewinnung der Westdeutschen für die eigene Sache langfristig zweifelhaft machte. Soweit die verfügbaren Gauck-Akten erkennen lassen, ging das MfS nach weiterer Desillusionierung systematisch an die Arbeit, als im Zusammenhang mit dem Mauerbau der Glaube an die Wettbewerbsfähigkeit der DDR gegenüber der Bundesrepublik unter der Bedingung offener Grenzen abhanden gekommen war: 1963 wurden die ersten Beschlüsse und Planungen formuliert,

auf die westdeutschen Verhältnisse in großem Ausmaß durch gezielte Akte der Gewalt einzuwirken, wenn dies durch die Umstände möglich und geboten erschiene. Als Voraussetzung für ein derartiges Eingreifen sollte zumindest die »Vorstufe einer revolutionären Situation« vorliegen. Dazu konnte es nach östlicher Einschätzung schon bei »relativ friedlichen Verhältnissen«, im Falle einer tiefgreifenden »Krise im Operationsgebiet«, auf Grund einer »Spannungsperiode« vor einem Ost-West-Krieg und als Folge eines Kriegsausbruchs kommen.

Für den Einsatzfall sahen die Planungen des MfS den Gebrauch aller nur denkbaren Arten von Gewalt vor. Dazu gehörten nicht nur Sabotage und Terror, Entführung, Mord und Erpressung, die Ausschaltung – gegebenenfalls auch Inbesitznahme – von Schaltzentralen, Kommunikations- und Versorgungseinrichtungen. Auch Maßnahmen wie die Vergiftung von Lebensmitteln und Trinkwasser oder Anschläge auf Kernkraftwerke standen auf dem Programm. Es war von »konspirativem Hinterhalt« und »tödlichem Nahkampf« die Rede. Als Zentralbegriffe nennen die Quellen das »Vernichten« von Sachen und das »Ausschalten« oder »Liquidieren« von Personen (worunter die Herbeiführung von Handlungsunfähigkeit auf die eine oder andere Art bis hin zum Töten bzw. die unter allen Umständen vorzunehmende physische Vernichtung zu verstehen waren). Alles wurde – auf Grund von Ausspähergebnissen speziell eingesetzter MfS-Agenten – detailliert ausgearbeitet, wie überlieferte Objektlisten und Verfahrenspläne belegen; sorgfältig angelegte Ausbildungsgänge für jede spezielle Vorgehensweise und die seit 1967 in der DDR durchgeführten Übungen fügten praktische Erfahrung hinzu; die mit Hilfe ostdeutscher Instrukteure und Berater vorgenommenen Anwendungen in »Befreiungskämpfen« der Dritten Welt ermöglichte Wirkungskontrollen. Das in der Bundesrepublik angestrebte Ziel war, Angst und Schrecken, Verwirrung und Desorganisation, Verunsicherung und Demoralisation zu verbreiten, um so die Abwehrkräfte zu lähmen und allgemeine Gefügigkeit zu erzeugen.

Da die SED-Führung die Westgrenzen ihres Herrschaftsgebiets durch aufwendige Maßnahmen abgeriegelt hatte, wurde viel Scharfsinn auf die Lösung des Problems verwandt, wie Personal und Ausrüstung nach Westen zu bringen seien. Im Kriegsfall sah man die geringsten Schwierigkeiten: Dann erschienen vor allem Fallschirmabsprünge zweckmäßig. Da man aber insbesondere bei noch »relativ friedlichen Verhältnissen« und bei einer sich erst andeutenden Krise der Bundesrepublik Aufsehen vermeiden wollte, richtete sich die Aufmerksamkeit auch auf Methoden unbemerkter Grenzschleusung. Zudem hatte das MfS bereits Kader vor Ort: »Patrioten« aus dem Umfeld der einheimischen, aber vollständig von Ost-Berlin aus gelenkten kommunistischen Partei, der DKP, hatten in der DDR entsprechende Ausbildung, Instruktion und Ausrüstung erhalten. Insgesamt vermittelt das Buch von Thomas Auerbach, das neben einer zusammenfassenden Analyse auch Dokumente enthält, ein

klares und eindrückliches Bild des Vorgehens, das in der Bundesrepublik vor-gesehen war.

Besonders aufschlussreich ist, dass sich die dargestellten Eventualplanun-gen des MfS (das bis zum Ende der DDR entscheidend vom KGB und damit von der sowjetischen Politik beeinflusst wurde) auf den Fall nicht nur des Krie-ges gegen die NATO, sondern auch einer inneren Krise in der Bundesrepublik bezogen. Während der Kreml, wie bereits erwähnt, den militärischen Konflikt wegen des damit verbundenen nuklearen Risikos zu vermeiden suchte, war der Ausbruch einer innerstaatlichen Krise in Westdeutschland seit langem ein Wunschbild der Führungen in Moskau und Ost-Berlin. Das Konzept Stalins, der »Imperialismus« solle sich am besten selbst durch innere »Widersprüche« (d.h. in Gewalt übergehende Auseinandersetzungen) zu Grunde richten und so die Voraussetzungen für den Sieg der UdSSR schaffen, wurde in neuer Form wieder aufgelegt. Dafür war auch nach außen hin die neue Definition des »antiimperialistischen Bündnisses« ein untrügliches, freilich seinerzeit kaum beachtetes Indiz. Nachdem bis 1944/45 nur die internationale kommunistische Bewegung als »Verbündeter« des Kreml im Kampf gegen den »Im-perialismus«, d. h. gegen den Westen, gegolten hatte, waren nach dem Krieg die »Volksdemokratien« im Osten Europas und in der Chruschtschow-Zeit die »nationalen Befreiungsbewegungen« in der Dritten Welt hinzugekommen. Das Novum der siebziger Jahre war, dass nunmehr auch die »Kräfte des Fort-schritts« in den westlichen Ländern zu »Verbündeten« erklärt wurden. Sie soll-ten ebenso wie die bisherigen Kampfgenossen mithelfen, die Westmächte zu Fall zu bringen. Nachdem diese Kombination keine ausreichende Durch-schlagskraft entfaltet hatte, richteten sich die Hoffnungen auf fundamental-oppositionelle Gruppen in den »imperialistischen« Ländern, unter anderem auf die verschiedenen Strömungen der Friedensbewegung. Es wurde zu einem zentralen Bestreben der östlichen Seite, deren Widerstand gegen die Vertei-digungs- und Abschreckungspolitik der NATO zu verstärken und gleichzeitig gegen das Rüsten im Warschauer Pakt gerichtete Bestrebungen abzublocken.

In der Sicht des Kreml kam von vornherein nichts anderes in Betracht, als die Kräfte, die als politische Hilfsvölker dienen sollten, sowjetischer Regie zu unterstellen. Es war darum vorgesehen, dass die kommunistische Partei des Landes Anleitung und Kontrolle der »Verbündeten« übernahm. Das Vorgehen war im internen Verständnis integrierender Bestandteil des Programms der kommunistischen Bewegung, dessen Ausarbeitung auf dem Parteientreffen in Moskau 1969 beschlossen und anschließend durchgeführt worden war.²⁷ Als gegnerischer Frontstaat, der zudem für die Aufrechterhaltung der atlantischen Allianz, der amerikanischen Europa-Präsenz und damit zugleich der westli-

27 V.V. ZAGLADIN (glavnyj redaktor), *Meždunarodnoe kommunističeskoe dvičenie*, Moskau 1970.

chen Abschreckung unerlässlich war, spielte die Bundesrepublik von Anfang an eine entscheidende Rolle in den Überlegungen. In diesem Zusammenhang war es äußerst wichtig, dass dort 1968 die Basis für eine legale politische Tätigkeit wiedergewonnen worden war, den KPdSU und SED mit dem KPD-Verbot von 1956 verloren hatten. Nachdem die SPD durch eine Koalition mit der CDU/CSU an der Macht in Bonn beteiligt worden war, hatte sie über die italienischen Kommunisten sondiert, ob die sowjetische Führung grundsätzlich willens sei, die scharfen Spannungen zwischen beiden Staaten auszuräumen. Der Kreml hatte daraufhin seine Bereitschaft für den Fall erklärt, dass die westdeutsche Seite erstens das 1956 verfügte Verbot der kommunistischen Partei aufhebe, zweitens die Ausgrenzung der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften beende und drittens auf weiteren »ideologischen Kampf« verzichte. Mit der Drohung, andernfalls das Regierungsbündnis zu verlassen, hatten die Sozialdemokraten anschließend die Legalisierung der kommunistischen Tätigkeit durchgesetzt. Daraufhin war die DKP zugelassen worden.²⁸

Die sowjetischen Bemühungen um eine politische Offensive innerhalb der westeuropäischen Länder sind von Michael Ploetz untersucht worden. Der Kreml ließ sich bei den internen Überlegungen von der Vorstellung leiten, die Entspannung dürfe nicht in einen Gegensatz zu den »Interessen der revolutionären Bewegung« geraten. Sie wurde daher als »verschärfter Klassenkampf« definiert, der »auf verschiedenen Ebenen mit verschiedenen Mitteln geführt« werde. Dass man dem Ringen die Form der Entspannung gebe, diene dem Zweck, »bessere Kampfbedingungen« zu erlangen. Der Entspannungsprozess erschien als ein dazu geeignetes Mittel: Er erlaubte es den sozialistischen Staaten, sich den technischen Fortschritt des Westens zunutze zu machen, er verbesserte die Durchsetzungschancen für die »revolutionären Kräfte« des »antiimperialistischen Kampfes« in aller Welt und zwang die westlichen Politiker zum Eingehen auf sowjetische Vorstellungen. Erklärtermaßen ging es den östlichen Akteuren vor allem darum, dass das Erfordernis, der westlichen Seite keinen Anlass zum Nuklearkrieg zu bieten, deren Feinde nicht am Einsatz aller Kampfformen einschließlich bewaffneten Vorgehens zur Verän-

28 Vgl. Heinz TIMMERMANN, *Im Vorfeld der neuen Ostpolitik*, in: *Osteuropa*, 6/1971, S. 390–397. Die hier hinzugefügte Spezifizierung der Bedingungen geht auf eine Aussage von Konteradmiral a.D. Günter Poser vom 26. Juni 1997 zurück, der als Berichterstatter des MAD an der fraglichen Kabinettsitzung teilnahm und danach Einblick in die Hintergründe des Zulassungsbeschlusses erhielt. Auch in Kontakten, durch die Bundeskanzler Kiesinger die Möglichkeit einer Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR sondieren ließ, hatte die sowjetische Seite auf »Zulassung der KPD« als dringlichster Voraussetzung bestanden: Vgl. Günter BUCHSTAB, *Geheimdiplomatie zwischen zwei bequemen Lösungen. Zur Ost- und Deutschlandpolitik Kiesingers*, in: *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, Berlin 1992, S. 898 f. Weitere Aufschlüsse sind von einer Untersuchung des Dreiecksverhältnisses SED-PCI-SPD zu erwarten, an der Johannes Lill arbeitet.

derung bestehender Zustände, d.h. zur Zurückdrängung von Macht und System des Westens, hindern durfte, soweit dies jeweils richtig erscheinen würde. Es galt, eine derartige Asymmetrie der Kampfbedingungen dauerhaft durchzusetzen und unumkehrbar zu machen.²⁹

Dieses Konzept blieb freilich im Kreise der Kommunisten nicht unumstritten. Vor allem die – in ihrem Lande sehr starke – italienische Partei entschied sich zu Anfang der siebziger Jahre, nur die Option eines gewaltfreien Übergang zum Sozialismus – den Weg der Wahlen und des Parlamentarismus – gelten zu lassen. Das stieß in Moskau auf heftige Kritik, ebenso das Eintreten der IKP für ein militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West, das, wie es im Kreml tadelnd hieß, die politische Nutzung militärischer Potentiale von vornherein ausschloss. Dem wurde der – auch den französischen Kommunisten gemachte – Vorwurf hinzugefügt, auf die »Diktatur des Proletariats« verzichtet zu haben. Auf Wahlergebnisse aber, so hieß es in Moskau, könne man keine Hoffnung setzen. Die Option des Einsatzes von Gewalt war seitens des Kreml vor allem in zweierlei Hinsicht vorgesehen: Wenn sich günstige Aussichten boten, sollten innerstaatliche Auseinandersetzungen im Westen mit Gewalt entschieden werden können, und zugleich erschien es zweckmäßig, das Drohpotential der sowjetischen Militärmaschine nicht von vornherein zu paralysieren.³⁰ Diese Angaben von Ploetz aus ostdeutschen Parteidokumenten werden durch Notizen bestätigt und ergänzt, die Wassilij Mitrochin, ein mit der Ordnung des Zentralarchivs betrauter Mitarbeiter des KGB, zwölf Jahre lang systematisch angefertigt hat, um die Außen- und Nachwelt über dessen Machenschaften zu unterrichten.³¹

Die Durchführung des sowjetischen Programms wurde durch das Ausschereen maßgeblicher westeuropäischer Parteien ernstlich behindert: Gerade diejenigen Genossen wirkten nicht mit, die am meisten zum innerstaatlichen Kampf in Westeuropa beizutragen vermochten. Wie sich vor allem aus Mitrochins Informationen ergibt, hatten IKP und FKP je eigene Gründe für ihre Abweichungen. Die italienische Parteiführung hatte Anfang der siebziger Jahre die Sorge, dass ein von rechten Kräften inszenierter Putsch im Lande drohe,

29 Michael PLOETZ, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor*, S. 121–129.

30 Den Ausführungen liegen zugrunde: Michael PLOETZ, *Honeckers Siegeszuversicht. Die marxistisch-leninistische Strategie im Friedenskampf der frühen achtziger Jahre*, in: *Deutschland Archiv*, 6/1998, S. 947–961; ein Vortrag von Michael Ploetz Ende 1999 »NATO and the WTO at the Time of the Euromissile Crisis, 1975 to 1985«; Ausführungen desselben Autors vom 6. Nov. 1999 auf der Otzenhausener Jahrestagung der DDR-Forscher über den »Friedenskampf« der Jahre 1975–1984.

31 Christopher ANDREW/Vasili MITROKHIN, *The Mitrokhin Archive*, S. 383–399. Das Buch präsentiert wesentliche Angaben aus Aufzeichnungen (insgesamt 30.000 Akten), die Mitrochin als verantwortlicher Registrator im Zentralarchiv des KGB-Auslandsdienstes von 1972 bis 1984 unter großer persönlicher Gefahr systematisch angefertigt hat, um der Außen- und Nachwelt Kenntnis von dessen Operationen zu geben.

der die Mitgliedschaft der Verfolgung aussetze, die Kader in den Untergrund treibe und alle erreichten Erfolge zunichte mache. Um auf diese Eventualität vorbereitet zu sein, ließ sie sich zunächst von der UdSSR mit Sendekapazitäten und anderen Hilfsmitteln ausstatten, die den Kontakt unter den Kadern – und damit die Fortsetzung ihrer Tätigkeit – auch in der Illegalität erlauben würden. Die – durch den Sturz Allendes 1973 noch gesteigerten – Ängste führten aber nicht zu einer hart antiwestlichen Linie, sondern zum Gegenteil: Die IKP suchte Rückhalt bei den demokratischen Kräften und wollte diesen ihre Vertrauenswürdigkeit beweisen. Sie schwor nicht nur der Gewalt, sondern auch den außerparlamentarischen Methoden insgesamt ab.

Der Konflikt verschärfte sich, als die IKP die NATO ausdrücklich als Beschützerin ihrer Selbständigkeit gegenüber Moskau akzeptierte, und erreichte 1978 seinen Höhepunkt bei der Entführung und Ermordung von Staatspräsident Aldo Moro durch die Roten Brigaden, als die römische Parteispitze befürchtete, die – natürlich nicht ohne Willen und Wissen der UdSSR erfolgte – Unterstützung dieser Terrororganisation durch den tschechoslowakischen Geheimdienst werde entdeckt und dann auch ihr zur Last gelegt werden. Der zunehmende politische Gegensatz bewog die Sowjetunion erstaunlicherweise nicht dazu, die umfangreichen Zahlungen an die IKP einzustellen. Dem Sonderweg der französischen Kommunisten scheint primär zugrunde gelegen zu haben, dass die Partei ihre stets bewiesene Unterordnung schlecht belohnt sah, als der Kreml seine Gunst den Gaullisten zuwandte, die ihm als Störenfriede in der NATO nützlich schienen. Der Konflikt verlor Ende der siebziger Jahre an Schärfe; die FKP orientierte sich – anders als die italienischen und spanischen Genossen – wieder mehr an der sowjetischen Linie.

Der Kremführung bot sich eine unverhoffte Gelegenheit, ihr Ziele mittels »Friedenskampf« im Westen zu verfolgen, als die NATO-Staaten, durch den forcierten SS-20-Aufwuchs in der UdSSR aufgeschreckt, sie vor die Wahl zwischen Rüstungsverzicht Gegenstationierung zu stellen suchten. Sie konnte eine grundlegende Schwäche der westlichen Position nutzen: Die sozialdemokratischen Regierungschefs, die den Anstoß gegeben hatten, Helmut Schmidt und James Callaghan, waren – aus prinzipieller Überzeugung wie innerparteilicher Rücksicht – einer Ausführung der Drohung völlig abgeneigt. Das Konzept des NATO-»Doppelbeschlusses« vom 12. Dezember 1979 war ihnen durch Präsident Carter aufgenötigt worden, der nicht auf das Verlangen eingegangen war, das SS-20-Problem durch Einbeziehung in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über strategische Rüstungsbegrenzung (SALT) zu lösen, und auf einer separaten »eurostrategischen« Abmachung bestanden hatte, die durch Androhung einer »Nachrüstung« auf europäischem Boden erreicht werden sollte.

In linken Kreisen Westeuropas, vor allem des – für den Fortbestand der NATO entscheidenden – Frontstaates Bundesrepublik, argwöhnte man, den USA gehe es von vornherein nur um die Stationierung – ein Eindruck, der

sich nach dem Amtsantritt von Präsident Reagan im Januar 1981 noch verstärkte. Die Existenz dieses Misstrauens machte es doppelt fraglich, ob Schmidt die Stationierungsoption innenpolitisch durchsetzen konnte, wenn ein Nein aus Moskau dies erfordern würde. Auch gab es, wieder vor allem in Westdeutschland mit einem Schwerpunkt in der Hauptregierungspartei, der SPD, starke Kräfte, die jedes Rüsten für friedensgefährdend hielten, auch wenn es gegnerisches Vorgehen erwiderte und der Wiederherstellung des Gleichgewichts diene. Angesichts dessen konnte die sowjetische Führung sicher sein, dass die atlantische Allianz in ein Dilemma geraten würde, wenn ihre Rechnung nicht aufging, die SS-20 mittels Gegenandrohung »wegzuverhandeln«. Das Bemühen um Mobilisierung westlicher »Massen« gegen das Stationierungsvorhaben und gegen das atlantische Bündnis bot gute Aussicht auf Erfolg. Um die Wirkung solchen Vorgehens zu maximieren, war zweierlei erforderlich: Die Sowjetunion durfte zwar der NATO keine annehmbare Regelung anbieten, die sie aus dem Dilemma zu befreien geeignet war, musste aber zugleich in der Öffentlichkeit den Eindruck schaffen, als sei sie zu jedem zumutbaren Rüstungsverzicht bereit, damit sich der Vorwurf sinnlosen Rüstens gegen den Westen richtete. Dieses Drama wurde in den Jahren von 1980 bis 1983 wirkungsvoll inszeniert.

Aus der Sicht des Kreml ging es allem Anschein nach nicht nur um Wahrnehmung einer Chance, sondern auch um Abwehr einer Gefahr. Den Aufzeichnungen Mitrochins zufolge waren führende Moskauer Politiker in autosuggestiven Sorgen um die militärische Sicherheit befangen, KPdSU-Generalsekretär Breshnew und KGB-Vorsitzender Andropow äußerten auf einer Konferenz der Auslandsaufklärung im Mai 1981 die Überzeugung, die USA bereiteten einen nuklearen Erstschlag vor, um die UdSSR auszuschalten. Die im Westen tätigen Mitarbeiter erhielten Anweisung, den Text des vermuteten Planes zu beschaffen. Zwar zweifelten die KGB-Agenten ganz überwiegend an dessen Existenz, wagten aber nicht, das offen auszusprechen. Manche suchten sogar ihren Oberen durch konstruierte Indizien zu gefallen. Das hierarchische Milieu des sowjetischen Geheimdienstes setzte einen Teufelskreis von Verdächtigungen in Gang, die den Frieden gefährdeten, weil sie zu Akten vermeintlicher Prävention führen konnten. Erst Gorbatschow machte damit Schluss.³²

Die sowjetischen Akteure übten, vor allem über die Transmissionsstränge der DKP (deren Kader ihre politische Identität möglichst wenig zu erkennen gaben) und Stasi (die seit jeher verdeckt vorgehen gewohnt war), während der Auseinandersetzungen über den NATO-Doppelbeschluss Einfluss auf die verschiedenen Gruppen der Friedensbewegung in Westeuropa aus. Es ging vor allem darum, in den für die eventuelle Stationierung vorgesehenen Ländern –

32 Christopher ANDREW/Vasili MITROKHIN, *The Mitrokhin Archive*, S. 278 f., 565 f.

in der Bundesrepublik, in den Benelux-Ländern, in Großbritannien und in Italien – einen machtvollen Widerstand zu mobilisieren, der die angedrohte Aufstellung der Gegenraketen illusorisch machen würde. Entscheidende Wichtigkeit kam dabei Westdeutschland zu, denn es war klar, dass die NATO ohne dessen Beteiligung ihr Programm nicht verwirklichen konnte. Auch waren die Erfolgsaussichten dort und in den Niederlanden am günstigsten, während in der britischen Öffentlichkeit zwar auch mit deutlicher Opposition, nicht aber mit einem politischen Durchbruch zu rechnen war. Größere Ergebnisse in Italien waren nicht zu erwarten, weil dort die Kommunisten abseits standen, die in den anderen Ländern ausschlaggebende Unterstützung boten.

Es gelang der östlichen Seite niemals, die westdeutschen Friedensgruppen unter Kontrolle zu bringen. Durch den Einsatz zuverlässiger DKP-Kader (so des früheren Wehrmachtsobersten Weber) und »Inoffizieller [MfS-]Mitarbeiter« (etwa Dirk Schneider und Klaus Croissant) drückte sie jedoch wichtigen Vorgängen und Entscheidungen ihren Stempel auf, verschaffte nicht selten dem zu konfliktfreiem Zusammenwirken mit der DDR bereiten Teil der Grünen (um Antje Vollmer, Otto Schily und anderen) die Oberhand und neutralisierte auf weite Strecken das Wirken autonomer Kräfte (wie Petra Kelly, Milan Horáček oder Lukas Beckmann).³³ Zudem bestand bereits dadurch eine Asymmetrie zugunsten der UdSSR, dass die Massendemonstrationen gegen den »Rüstungswahnsinn« allein in westlichen Ländern stattfanden und die dortigen Regierungen unter Druck setzten, während es im sowjetischen Imperium ruhig blieb. Der in der DDR ansatzweise auftretende analoge Protest wurde unterdrückt oder, soweit stellenweise schon erreichte Publizität zunächst Rücksichten auf den Eindruck in westlichen Friedenskreisen angebracht erscheinen ließ, zumindest geduckt und auf engste Kreise beschränkt, bis die Zeit zur vollen Repression gekommen war. Zeitweilig sah es so aus, als würde die Bundesrepublik – und damit zugleich die NATO – die Herausforderung nicht überstehen. Die Regierung Schmidt zerbrach im Oktober 1982, als ihr die SPD mit großer Mehrheit die Gefolgschaft in der Stationierungsfrage aufkündigte, und es erschien fraglich, ob das an ihre Stelle tretende Kabinett Kohl–Genscher dem öffentlichen Druck standhalten würde, als Ende 1983 mit der Gegenstationierung Ernst gemacht werden sollte. Nur der Mut, mit dem

33 Michael PLOETZ, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor*, S. 139–146, 156–232; Michael PLOETZ, *Honeckers Siegeszuversicht. Die marxistisch-leninistische Strategie im Friedenskampf der frühen achtziger Jahre*, in: *Deutschland-Archiv*, 6/1998, S. 947–961; Udo BARON, *Die Deutschlandpolitik der Grünen und das MfS*, in: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 11 (1999), S. 47–78. Schon vor der Öffnung östlicher Archive waren wichtige Entwicklungslinien in Umrissen erkennbar geworden: Wolfgang RUDZIO, *Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1988; Gerhard WETTIG, *High Road, Low Road. Diplomacy and Public Action in Soviet Foreign Policy*, Washington/D.C. 1989.

die Bonner Verantwortlichen den NATO-Beschluss gegen den unwiderstehlich erscheinenden Anti-Raketen-Protest durchsetzten, rettete die Allianz vor einer Niederlage, die sie möglicherweise nicht überlebt hätte. Die sowjetische Führung hatte damit offensichtlich nicht gerechnet und reagierte mit Konfusion: Sie wusste mehrere Monate lang nicht, wie sie auf die unerwartete Situation reagieren sollte. Mit der Stationierung der Raketen trotz allen Widerstandes war auch die Kraft der Friedensbewegung erschöpft. Im Rückblick erscheint der »Friedenskampf« der frühen achtziger Jahre als letzter Versuch des Kreml, die politische Offensive gegen den Westen an sich zu ziehen und die atlantische Allianz auszuhebeln. Das Scheitern dieses Bemühens verhinderte, dass das sowjetische Imperium seine Existenz durch Erweiterung seiner äußeren Macht künstlich verlängern konnte. Wie Michael Ploetz in seinem Buch darlegt, setzten nunmehr Entwicklungen ein, die – wie etwa der sich verschärfende Konflikt zwischen der UdSSR und der DDR oder das wirtschaftlich motivierte Abrücken des Kreml von der »Breshnew-Doktrin« – den endgültigen Zusammenbruch einleiteten.

**Die Protokolle der Leitungsgremien der CDU
in der SBZ, 1945–1949.
Ein Editionsprojekt des Archivs für
Christlich-Demokratische Politik***

Von Manfred Agethen

1. Grundsätzliche Bemerkungen zu den Ost-CDU-Akten im Archiv für
Christlich-Demokratische Politik (ACDP)

Der Ost-CDU-Zentralbestand im ACDP umfasst alle wesentlichen archivalischen Quellen zur Gründung und Entwicklung der Partei und dokumentiert die Tätigkeit der zentralen CDU-Leitung vom Juni 1945 bis zur Vereinigung von West- und Ost-CDU Anfang Oktober 1990.¹ Insbesondere in der Phase ihrer ersten Vorsitzenden Andreas Hermes (Juni–Dezember 1945), Jakob Kaiser (Dez. 1945–Dez. 1947) und teilweise auch noch ihres Nachfolgers Otto Nuschke (Sept. 1948–Dez. 1957) sind diese Materialien der Union über den Bereich der SBZ hinaus für die Entwicklung der CDU in Gesamtdeutschland von grundlegender Bedeutung, weil das Schicksal Deutschlands nach dem verlorenen Weltkrieg, seine zukünftige politische Gestalt und die Frage einer möglichen Wiedervereinigung nach der Besatzungszeit in den ersten Nachkriegsjahren offen waren.

Seit Anfang der 50er Jahre wurde das Archiv beim Parteivorstand der Ost-CDU² in Berlin systematisch aufgebaut; erste Erschließungsarbeiten daran begannen allerdings erst 1972. Die Akten wurden Ende 1990/Anfang 1991 in mehreren Etappen aus der ehemaligen Parteizentrale der Ost-CDU in Berlin nach Sankt Augustin transferiert. Rechtliche Grundlage war ein Übergabevertrag der Ost-CDU mit der Konrad-Adenauer-Stiftung vom September 1990.

* Leicht erweiterte und (sparsam) mit Fußnoten versehene Fassung eines Vortrags, den der Verfasser bei der Sitzung des Arbeitskreises »Editionsprobleme des 20. Jahrhunderts« der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland (AHF) am 22. November 1999 in Berlin-Lichterfelde zum Rahmenthema »Editionen zur Geschichte der DDR« gehalten hat.

1 Manfred AGETHEN, *Die Akten der Ost-CDU und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands im Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Eine Bestandsbeschreibung*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 2 (1995), S. 309–311.

2 Der offizielle Parteiname war »Christlich-Demokratische Union Deutschland« (CDUD); als Abkürzung wurde aber seit den 50er Jahren fast ausschließlich »CDU« benutzt.

Der Bestand umfasst ca. 375 lfm., davon sind derzeit gut zwei Drittel durch EDV-erstellte Findbücher erschlossen.

Mit den Akten des Zentralen Parteivorstandes wurden auch die mehr oder weniger lückenhaften Bestände der CDU-Landesverbände 1945–1952 übernommen, in denen sich auch zahlreiche der hier in Frage stehenden Protokolle finden. Die Unterlagen der Landesverbände lassen das in den ersten Jahren durchaus nicht spannungsfreie Verhältnis der CDU-Landesgremien zur zentralen Ebene in Berlin und überhaupt die innerparteiliche Entwicklung erkennen. Auch die Akten der Bezirks- und Kreisverbände der Ost-CDU sind im ACDP vorhanden.

Die Akten des Zentralen Parteiarchivs der Ost-CDU sind Eigentum der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv« (SAPMO-BArch), die mit dem »Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes« vom 13. März 1992 eingerichtet wurde. Wie für die übrigen Bestände dieser Stiftung entfallen auch für die DDR-Parteiakten im ACDP die sonst üblichen Sperrfristen, außer bei unmittelbar personenbezogenen Akten. Das gesamte Archivmaterial der Ost-CDU ist also unmittelbar und für jedermann zugänglich.

Die Ost-CDU-Akten nehmen seit ihrem Transfer nach Sankt Augustin einen vorderen Platz – in manchen Jahren auch Spitzenplatz – in der Benutzungstatistik des ACDP ein. Schon zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten sind auf der Grundlage oder doch mit Hilfe dieser Materialien entstanden. Im Vordergrund des Interesses stehen dabei die Gründungs- und Anfangsphase der CDU in Berlin und in der SBZ und ihre sukzessive Gleichschaltung mit dem Willen der SED, sodann Kirchenfragen, die deshalb in den Quellen einen breiten Raum einnehmen, weil sich die CDU als »Partei von Christen für Christen« verstand und schließlich die Monate des Systemwandels in der DDR 1989/90, in denen die CDU zu ihren freiheitlich-demokratischen Traditionen und ihrem ursprünglichen Eigencharakter zurückfand.

2. Zeitgeschichtlicher Hintergrund des Editionsprojekts

Siegfried Suckut, einer der besten Kenner der DDR-CDU, hat vor wenigen Jahren anhand eindrucklicher Quellenbeispiele darauf hingewiesen, dass die kleineren Blockparteien neben der SED doch wohl mehr politischen Eigensinn entwickelten als bislang angenommen und dass sie nicht bloße Ausführungsorgane des SED-Willens waren, wie es das Bild von den »Transmissionsriemen« suggeriert.³ Für die CDU in ihren ersten Jahren in der SBZ gilt das in

³ Siegfried SUCKUT, *Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen*, in: Jürgen WEBER (Hrsg.), *Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur* (Akademiebeiträge zur politischen Bildung, Bd. 27), München 1994, S. 101.

besonderer Weise. Zwar erlaubte die »Sowjetische Militäradministration in Deutschland« (SMAD) schon Anfang Juni 1945 die Bildung von »antifaschistischen« Parteien und Gewerkschaften, doch machte sie zugleich klar, dass diese ihrer Kontrolle und ihren Weisungen unterstünden. Es war von Anfang an klar, dass die kommunistischen Besatzer den sogenannten bürgerlichen Parteien, also CDU und LDP, keine wirkliche Autonomie zugestehen wollten. Bei der SMAD lag die gesamte Regierungs- und Verwaltungskompetenz der SBZ bis in die kleinsten Gemeinden hinein. Sie wollte in einem »antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungsprozess« das stalinistische Grundmodell von Sozialismus auf einen Teil Deutschlands übertragen. Sie bediente sich dabei ihres natürlichen ideologischen Bundesgenossen in Deutschland, der SED, die im April 1946 durch die Vereinigung von KPD und SPD entstanden war und deren Führungsanspruch sie uneingeschränkt unterstützte. Die SMAD kontrollierte und zensierte die Wahlveranstaltungen, verzögerte die Registrierung neu entstandener Ortsgruppen und reduzierte drastisch die Papierkontingente für CDU und LDP, wodurch deren Presse- und Werbearbeit stark eingeschränkt war.⁴ Alles lief darauf hinaus, die bürgerlichen Parteien dem nach der Gründung der DDR auch verfassungsmäßig festgeschriebenen Führungsanspruch der SED zu unterwerfen. Der Zersplitterung und Schwächung des bürgerlichen Lagers sollte auch die Zulassung von zwei neuen, SED-hörigen Parteien im April und im Mai 1948 dienen, der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD).⁵

Gegen diese Bestrebungen versuchten die »bürgerlichen« Politiker – oft unter hohem persönlichen Risiko – zunächst den Weg der Selbstbehauptung und des Widerstandes, wie er etwa in den berühmten Worten des CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser beim 2. Parteitag der SBZ-CDU Anfang September 1947 in Berlin zum Ausdruck kam: »Wir müssen und wir wollen Wellenbrecher des dogma-

4 Zu den Behinderungen und Benachteiligungen der bürgerlichen Parteien im Vorfeld der Kommunalwahlen sowie der Kreistags- und Landtagswahlen 1946 in der SBZ vgl. neuerdings Karl-Heinz HAJNA, *Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ, eine Untersuchung der Begleitumstände der Wahl* (Empirische und methodologische Beiträge zur Sozialwissenschaft, Bd. 18), Frankfurt/M. (u.a.) 2000, v.a. S. 131–162.

5 Zu den Repressions- und Gleichschaltungsmechanismen gegenüber der CDU vgl. vor allem: Manfred WILDE, *Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und Kaltem Krieg*, München 1998; Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), 2. korrig. Aufl., Düsseldorf 1991; Manfred AGETHEN, *Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953*, in: »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR: Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953; hrsg. von Jürgen FRÖLICH, Köln 1994, S. 47–72; Brigitte KAFF (Hrsg.), »Gefährliche politische Gegner«. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR, Düsseldorf 1995; neuerdings auch: Ralf BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung, Programm, Politik*, phil. Diss. (masch.) Bonn 2000.

tischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen sein.«⁶ Kaisers primäres politisches Ziel war die möglichst rasche Wiedervereinigung. Ein wiedervereinigtes Deutschland sollte eine »Brückenfunktion« zwischen Ost und West erfüllen. Daneben fanden sich starke »sozialistische« Züge in seinem Programm – straffe Planung des Wirtschaftslebens, Verstaatlichung von Bodenschätzen und Industriezweigen.⁷ Doch betonte er dezidiert die völlige Wesensverschiedenheit vom atheistischen und klassenkämpferischen Marxismus, und er sperrte sich gegen die Anerkennung der Oder/Neiße-Linie und gegen die Teilnahme der SED-gesteuerten Massenorganisationen an den Blocksitzungen.⁸ Kaisers Vorgänger als Parteivorsitzender, der frühere Reichsminister Andreas Hermes, war – zusammen mit seinem Stellvertreter Walther Schreiber – bereits im Dezember 1945 von den Sowjets abgesetzt worden, weil er sich gegen eine Bodenreform nach ihrem Gutdünken zur Wehr gesetzt hatte. Kaiser selbst und sein Stellvertreter Ernst Lemmer wurden Ende Dezember 1947 auf Druck der Sowjets vom Vorsitz der CDU entfernt – hauptsächlich wegen ihres Widerstandes gegen die von der SED initiierte Volkskongressbewegung –, der legal gewählte Hauptvorstand der SBZ-CDU wurde damit praktisch aufgelöst. Unter Kaisers und Lemmers Leitung hatte die CDU bei den Gemeinde- und Landtagswahlen 1946 trotz massiver Behinderungen durch die SMAD beachtliche Erfolge erzielt. Bei den Gemeindewahlen vom September 1946 erreichte die CDU in allen Ländern zwischen 15 und 20 % der Stimmen. Bei den Landtags- und Kreistagswahlen vom 20. Oktober 1946 waren die Erfolge noch größer, weil hier die Registrierungspflicht der Wahlvorschläge durch die SMAD entfiel; insgesamt erhielt die CDU bei den Landtagswahlen etwa ein Viertel aller Stimmen.⁹ Sie wuchs von gut 65.000 Mitgliedern Ende 1945 auf über 218.000 Mitglieder Ende März 1947 und erreichte damit den höchsten Stand in ihrer Geschichte.¹⁰

6 Kaisers »Wellenbrecher-Rede« findet sich vollständig in: ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-011-2180. Ausführlich zum 2. CDU-Parteitag: Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945-1949*, Stuttgart (u.a.) 1969, S. 162-175.

7 In einer Rede bei einer Sitzung des Erweiterten Parteivorstands am 13. Febr. 1946 präsentierte Kaiser das Modell eines »Christlichen Sozialismus« bzw. eines »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« (ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-2179). Die »sozialistischen« Züge fanden sich schon im Berliner Gründungsaufruf der CDU vom 26. Juni 1945; Druck u.a. in: *Christliche Demokraten der ersten Stunde*; hrsg. von der KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG FÜR POLITISCHE BILDUNG UND STUDIENFÖRDERUNG, Bonn 1966, S. 1 f.

8 Vgl. Kaisers »Oppositionsrede« vor dem erweiterten CDU-Vorstand der SBZ und Berlins am 12. Juli 1947 (ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-489); vgl. auch die entspr. programmatischen Bekundungen der CDU vom Sommer 1946 in »Sondermaterial Nr. 5 (mit Nachtrag): »Unionspolitik in 130 Stichwörtern«, in: ACDP, Nachlass Karl Buchheim I-188-001/1.

9 Zu den Ergebnissen der einzelnen Parteien bei den SBZ-Wahlen des Jahres 1946 vgl. K.-H. HAJNA, (wie Anm. 4).

10 ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-011-3857: Jahresdaten 1945-1989.

Michael Richter hat 1990 in seiner vielbeachteten Arbeit gezeigt, dass die CDUD dem Anpassungsdruck von SMAD und SED massiven Widerstand entgegensetzte – mindestens bis zur Gründung der DDR, in Ausläufern noch bis zum Herbst 1952. Da erkannte sie bei ihrem 6. Parteitag im Oktober in Berlin »vorbehaltlos« die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei beim Aufbau des Sozialismus an.¹¹

Die »bürgerlichen« Parteien waren bis zu diesem Zeitpunkt mindestens in ihren Leitungsebenen auf SED-Kurs gebracht worden; widerstrebende Köpfe wurden durch psychischen und physischen Druck, durch Amtsenthebungen, Aberkennung von Parlamentsmandaten, Parteiausschlussverfahren, Verhaftungen, Schauprozesse und Einschüchterungen vielfältiger Art ausgeschaltet oder entzogen sich dem Terror durch Flucht in den Westen. Bis zum Oktober 1950 verlor die CDU in der DDR ca. 25 Prozent ihrer Mitglieder.¹²

Auch Kaisers Nachfolger Otto Nuschke versuchte zunächst hinhaltenden Widerstand gegen den Gleichschaltungsdruck von SMAD und SED, zeigte aber doch deutlich größere Loyalitäts- und Kompromissbereitschaft.¹³ Wegen dieser im Westen als sowjetfreundlich verstandenen Haltung trennte sich nach der Wahl Nuschkes zum Vorsitzenden der SBZ-CDU im September 1948 die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU¹⁴ von der CDU in der SBZ; eine gesamtdeutsche CDU gab es damit nicht mehr. Nuschke verband mit seiner um Ausgleich bemühten Haltung primär die Hoffnung auf freie Wahlen in der Zone, ebenso die Landesvorsitzenden. Freie Wahlen, so glaubte man, hätten den Sieg der bürgerlichen Parteien gebracht und damit auch eine gesamtdeutsche Politik ermöglicht. Seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Nuschke wird in den Protokollen sichtbar, dass die CDU im Konfliktfall stets auf die Linie der SMAD und der SED einschwenkte und insofern für diese ein berechenbarer Faktor wurde. So stimmte die CDU-Führung nach anfänglichem Widerstreben auch der Gründung der DDR zu. Doch danach verschärften Sowjets und SED ihren Repressionskurs. Schon im Mai 1949 hatte Walter Ulbricht zum »revolutionären Kampf« gegen die bürgerlichen Parteien aufgerufen.¹⁵ Die verspro-

11 Die entsprechende Parteitagsentschließung in: ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-011–1056. Anerkennung der SED-Führungsrolle auch schon bei der Hauptvorstandssitzung vom 22. Juli 1952: ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010–2051.

12 Wie Anm. 10.

13 Zu Nuschke vgl. neuerdings die Arbeit von Andreas SCHALÜCK, *Eine Agentur der Kirchen im Staatsapparat? Otto Nuschke und die Hauptabteilung »Verbindung zu den Kirchen« 1949–1953*, Berlin 1999; vgl. auch Hermann WENTKER, *Otto Nuschke (1883–1957)*, in: *Deutsche Politiker 1949–1969. 17 biographische Skizzen aus Ost und West*; hrsg. von Torsten OPPELLAND, 2 Bde., Darmstadt 1999, Bd. 1, S. 25–34.

14 Brigitte KAFF (Bearb.), *Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd. 17), Düsseldorf 1991.

15 Vgl. M. RICHTER (wie Anm. 5), S. 186.

chenen freien Wahlen fanden nicht statt, die in den Leitungsebenen der Partei noch verbliebenen demokratischen Kräfte wurden gegen sowjettreue Funktionäre ausgetauscht.

3. Das Editionsprojekt

3.1 Erkenntnisinteresse, zeitliche Erstreckung

Von diesen Prozessen, von der schwierigen Gratwanderung der Ost-CDU zwischen Widerstand und Anpassung zeugen im wesentlichen die zur Edition anstehenden Akten. Wir haben es also mit einer spannenden Zeit zu tun, in der der politische Gestaltungsraum für die bürgerlichen Parteien, damit auch die Deutsche Frage noch offen gehalten, zumindest der Versuch dazu gemacht wurde. Auffällig ist in den Quellen das intensive Drängen des Zonenvorstands auf die Einheit der CDU in Gesamtdeutschland sowie auf die nationale Einheit. Jakob Kaiser spricht in einer Vorstandssitzung vom 11. Januar 1947 geradezu von einer »Mission der Union, über die Zonengrenzen hinweg den Weg für eine Reichsverfassung zu ebnen.«¹⁶ Bei dieser Mission gingen die Berliner Gründer davon aus, dass die in allen Besatzungszonen entstehenden CDU-Zirkel von der alten Reichshauptstadt aus geführt werden müssten. Folgerichtig sprachen sie von ihrer CDU-Geschäftsstelle immer als der »Reichsgeschäftsstelle«. Ähnlich sahen es auch die CDU-Landesvorsitzenden in der SBZ: Bei einer Sitzung in Halle am 19./20. April 1947 forderten sie, die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU müsse durch eine CDU-Reichsleitung ersetzt werden. Deren Standort könne nur der Sitz der alliierten Kontrollbehörde und einer später zu installierenden Reichsregierung sein – eben Berlin.¹⁷ Und Heinrich Vockel, letzter Generalsekretär des Zentrums und Berliner Mitgründer der CDU, berichtete Ende November 1945 dem Gründungsausschuss, nachdem er Norddeutschland, Baden und Württemberg bereist hatte, um sich über die Fortschritte der Union zu informieren, dass man dort wie andernorts in der Einrichtung der Partei überwiegend dem Berliner Beispiel folge.¹⁸ Bezeichnenderweise wurde das erste überzonale Treffen der Partei Mitte Dezember 1945 in Bad Godesberg von Berlin aus organisiert. Bei den westlichen Schwesterverbänden – insbesondere bei Adenauer im Rheinland – stieß der offensichtliche Führungsanspruch der Berliner Gründer auf wenig Gegenliebe.

16 ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-2037.

17 ACDP, CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt III-032-002/3.

18 ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-708: Protokoll der Sitzung des Gründungsausschusses vom 29.11.1945.

Hatten anfangs der organisatorische Aufbau der Partei, die Finanzierung der Parteiarbeit, Personalfragen, Ernährungsprobleme, Bodenreform, Verwaltungsaufbau, Verhandlungen mit den übrigen Parteien, die Behandlung ehemaliger NSDAP-Mitglieder, das Flüchtlingsproblem, Pressefreiheit, Schul- und Bildungspolitik und der Aufbau der Landesverbände im Vordergrund der Parteiarbeit gestanden, kam es unter Jakob Kaiser zunehmend zu Auseinandersetzungen darüber, wie weit man sich in die Blockarbeit einbinden und dem Führungsanspruch der SED unterwerfen sollte. Man spürt die schrittweise Lähmung der Partei, ihre Umfunktionierung durch prokommunistische Kräfte, die sich als die »fortschrittlichen Kräfte« bezeichnen und behaupten, die eigentliche CDU zu repräsentieren.

Mit Beginn des Jahres 1948 wurde das Klima in den Entscheidungsgremien immer rauer. Die Eigenständigkeit in der Programmarbeit der Ausschüsse ging deutlich zurück, um so klarer zeigten sich die Zentralisierungstendenzen in der Entscheidungsfindung der Partei. Konnte der CDU-Hauptvorstand in seiner Sitzung vom 29. Juli 1948 dem Zweijahresplan der SED für 1949/50 noch eigene wirtschaftspolitische Vorschläge entgegensetzen,¹⁹ so musste die Partei im Sommer 1950 ihre vorbehaltlose Zustimmung zu dem Fünfjahresplan der SED für 1951 bis 1955 signalisieren.²⁰ Die anfangs weitgehend freien Landesverbände bekamen immer häufiger Anweisungen aus der Zentrale. Mit der Gründung der DDR und der faktisch vollzogenen Gleichschaltung der CDU wurden die Sitzungen ihrer Leitungsgremien uniform und uninteressant. Schon nach dem Beschluss des Hauptvorstandes vom 1. März 1949, »den Massenorganisationen beizutreten und in ihnen aktiv mitzuarbeiten«,²¹ liefen die Vorstandssitzungen und die des Politischen Ausschusses zunehmend nach dem gleichen Muster ab: Nuschke und Dertinger, also Parteivorsitzender und Generalsekretär hielten ein politisches Referat – meist mit außenpolitischem Akzent –, wobei mit Verschärfung des Kalten Krieges die Analysen immer einseitiger antiwestlich und sowjetfreundlich wurden.²² Der Einschüchterungs- und Säuberungskurs gegenüber bürgerlichen Politikern wurde noch verschärft, es begann die massive Umgestaltung der Partei in eine zentral gelenkte Kaderpartei. Diskussionen fanden in den Sitzungen der Leitungsgremien der SBZ-CDU nicht mehr statt.

19 ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-2178: Verabschiedung des Wirtschafts- und Sozialprogramms der Union im Anschluss an das Referat des mecklenburgischen Wirtschaftsministers Siegfried Witte.

20 Vgl. Frank DIETZE, *Entscheidungsstrukturen und -prozesse in der Ost-CDU 1945–1952*, in: Michael RICHTER /Martin RISSMANN (Hrsg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2) Weimar-Köln-Wien 1995, S. 47–62, 60.

21 ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-2037.

22 Vgl. F. DIETZE (wie Anm. 20), S. 58.

Mit diesem Farbloswerden ergibt sich gleichsam zwangsläufig der Abschluss des Editionsprojekts mit dem Jahr 1949 bzw. mit der DDR-Gründung. Anhand der Protokolle der CDU-Leitungsgremien und der Ausschüsse lässt sich sehr genau die letztlich erfolglose Auseinandersetzung der neu entstandenen bürgerlichen Partei mit dem kommunistischen Besatzungsregime und der SED rekonstruieren; dieser wissenschaftliche Erkenntnisgewinn war das Hauptmotiv beim Herangehen an das Editionsprojekt. Zugleich entsprach das dem offensichtlichen Interesse der Benutzer des Archivs für Christlich-Demokratische Politik: Bei der Nachfrage nach den SBZ- und DDR-Akten stand und steht die Formierungsphase zwischen 1945 und 1949 eindeutig im Vordergrund. Zehn Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 ist das Interesse an einer intensiven Aufarbeitung der DDR und ihrer Vorlaufphase keineswegs zurückgegangen. Vieles deutet darauf hin, dass eine vertiefte Auseinandersetzung mit der SBZ/DDR-Geschichte nicht nur von einer breiten Öffentlichkeit in den Neuen Ländern gewünscht wird, sondern einem gemeinsamen Bedürfnis der Deutschen in Ost und West entspricht.²³

3.2 Die Leitungsgremien und ihre Protokolle: Art und Menge; besondere Probleme; Editionsprinzipien

Ein besonderes Problem des Editionsprojekts liegt darin, dass es in den Jahren bis zur DDR-Gründung in der Leitungsstruktur der Partei zu häufigen Änderungen und damit zu starker Unübersichtlichkeit kam; die CDU brauchte einige Jahre, um eine leistungsfähige Führungsorganisation zu entwickeln.²⁴ Das dürfte vor allem damit zusammenhängen, dass die Besatzungsmacht zweimal im besagten Zeitraum die Parteispitze absetzte. Die Unübersichtlichkeit wird noch dadurch erhöht, dass die Provenienzbezeichnung für die Bestände der zentralen CDU-Leitung in Ostberlin seit 1945 mehrfach wechselte: Reichsgeschäftsstelle, Parteileitung, Sekretariat des Hauptvorstandes oder Parteivorstand. Die Protokolle befinden sich nicht geschlossen in einem Bestand, sondern außer im Zentralen Parteiarchiv der Ost-CDU auch auf Landesverbandsebene oder in einzelnen Nachlässen wie Andreas Hermes, Johann Baptist Gradl oder Jakob Kaiser; zumindest muss man aus solchen Beständen Lückenergänzungen vornehmen oder durch Vergleich die authentische bzw. zu-

²³ Diese Einschätzung des ehemaligen Präsidenten des Bundesarchivs aus dem Jahr 1994 gilt auch heute noch: Friedrich KAHLENBERG, *Anmerkungen zur Problematik der Quellen zur Geschichte der DDR*, in: Jürgen KOCKA/Martin SABROW (Hrsg.), *Die DDR als Geschichte. Fragen, Hypothesen, Perspektiven* (Zeithistorische Studien, Bd. 2), Berlin 1994, S. 67–73, 70.

²⁴ Vgl. Siegfried SUCKUT, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, CDU (D)*, in: *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*; hrsg. von Martin BROZAT und Hermann WEBER, 2. Aufl. München 1993, S. 515–543, 517.

treffendste Fassung finden, wenn – was öfter vorkommt – zwei oder mehrere Versionen von einem Protokoll vorliegen.²⁵ Nur selten ist durch einen Vermerk auf dem Protokoll wie z. B.: »Ausführliche Fassung«²⁶ der Hinweis auf unterschiedliche Fassungen schon gegeben.

Das erste Leitungsgremium der Partei war der *Gründungsausschuss*, dessen Sitzungen seit Mitte Juli 1945 dokumentiert sind. Die Protokolle seiner beiden ersten offiziellen Sitzungen – am 26. Juni und vor dem 19. Juli 1945 – sind nicht mehr auffindbar. Über die Beratungen der Gründer vor dem 26. Juni gibt es gar keine Protokolle. Es steht aber fest, dass sich am 17. Juni im Berliner Westend in der Wohnung von Andreas Hermes in der Platanenallee 11 ein Kreis von etwa 15 Männern und Frauen getroffen hat, um konkret über die Gründung einer überkonfessionellen, christlichen Sammlungsbewegung und über einen Namen zu beraten, nachdem die SMAD mit Befehl vom 10. Juni 1945 die Bildung antifaschistischer Parteien erlaubt hatte; dies war die eigentliche Geburtsstunde der CDU in der SBZ und in Berlin. Am Tag zuvor war bereits ein kleinerer Kreis in der Wohnung von Kaiser zusammengekommen.²⁷ Schon Mitte Mai hatte Hermes einzelne Persönlichkeiten oder kleine Gruppen zu Gesprächen über eine mögliche Parteibildung in seiner Wohnung empfangen.²⁸ Wie in den anderen Besatzungszonen auch kamen viele der Berliner Gründerpersönlichkeiten aus dem Umfeld des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus; hier sind vor allem die Namen von Andreas Hermes, Walther Schreiber, Theodor Steltzer, Otto Lenz, Ferdinand Friedensburg, Hans Lukaschek, Jakob Kaiser und Elfriede Nebgen zu nennen. Der Gründungsausschuss war personell nicht exakt abgegrenzt, in der Regel nahmen nach der Aufnahme regelmäßiger Treffen ab Ende Juni etwa 10 Personen an seinen Sitzungen teil. Anfang Januar 1946 wurde er durch einen mit Satzung vom 4. Januar 1946 konstituierten *Hauptvorstand* abgelöst. Dieser umfasste anfangs 17 Mitglieder, es kamen aber rasch weitere hinzu, und an den Sitzungen nahmen jeweils bis zu 25 Personen teil. Teilnehmerlisten sind übrigens nicht bei allen Protokollen vorhanden, bei denen des Gründungsausschusses nie. Der Hauptvorstand tagte ein- bis zweimal im Mo-

²⁵ So etwa bei dem längsten der zu edierenden Protokolle, der Sitzung des Erweiterten Parteivorstands vom 29. Juli 1948: ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-1789 und VII-010-2491.

²⁶ ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-1789: Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses vom 10. Oktober 1950.

²⁷ Die Bedeutung dieser beiden Tage geht aus der Tagebuchdarstellung Heinrich Krones, eines der Mitgründer klar hervor: Hans-Otto KLEINMANN (Bearb.), *Heinrich Krone. Tagebücher*. 1. Bd.: 1945–1961 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 28), Düsseldorf 1995, S. 15 ff. Vgl. dazu auch zwei Briefe Jakob Kaisers an Emil Dovifat – beide Mitglieder des Hermes-Kreises – vom 14. und 18. Juni 1945: ACDP, Bestand Emil Dovifat I-171-001/2.

²⁸ Vgl. W. CONZE (wie Anm. 6), S. 16.

nat. Etwa ein- bis dreimal im Jahr, bei besonders wichtigen Entscheidungen, kamen je neun Vertreter aus den Landesverbänden hinzu; das war dann der *Erweiterte Hauptvorstand*. Mit der Absetzung der Parteivorsitzenden Kaiser und Lemmer Ende 1947 war auch der Hauptvorstand faktisch aufgelöst. An seiner Stelle wurde die Partei interimistisch von den Landesvorsitzenden geführt, die dazu wiederum einen in Berlin agierenden *Koordinierungsausschuss* eingesetzt hatten. Er bestand nur aus drei Mitgliedern: Otto Nuschke, dem designierten neuen Parteivorsitzenden, Generalsekretär Georg Dertinger und dem brandenburgischen Landesvorsitzenden Wilhelm Wolf. Er tagte etwa einmal im Monat, zusammen mit den Landesvorsitzenden. Mit Vorstandsbeschluss vom 15. Oktober 1947 wurde ein *Politischer Ausschuss* als internes Gremium des Hauptvorstandes eingerichtet. Er sollte die enge und ständige Zusammenarbeit zwischen dem Hauptvorstand und den Landesverbänden sicherstellen und sollte deshalb aus den vier Hauptvorstandsvorsitzenden und den sechs Landesvorsitzenden bestehen und mindestens ein Mal im Monat tagen.²⁹ Der Politische Ausschuss trat allerdings vorerst kaum in Erscheinung. Das dürfte damit zusammenhängen, dass nach Ausschaltung des Hauptvorstandes um Kaiser und Lemmer Mitsprache und Einfluss der Landesvorsitzenden in Gestalt des Koordinierungsausschusses ohnehin sichergestellt waren. Erst als beim 3. Parteitag im September 1948 wieder ein neuer Hauptvorstand etabliert und der Koordinierungsausschuss damit aufgelöst wurde, wurde der Politische Ausschuss als neues oberstes Leitungsorgan bestätigt.³⁰ Er umfasste etwa 10 Personen, dabei auch die Landesvorsitzenden, und traf die wichtigsten Leitungsentscheidungen. Der Hauptvorstand, der laut Satzung für die »Beschlussfassung in grundsätzlichen politischen Fragen während der Zeit zwischen den Parteitagen« zuständig war, diente fast nur noch dem Zweck, die im Politischen Ausschuss getroffenen Entscheidungen zu bestätigen.

Die Protokolle dieser Gremien: Gründungsausschuss, Hauptvorstand, Erweiterter Hauptvorstand, Koordinierungsausschuss und Politischer Ausschuss kommen also für das hier vorgestellte Editionsprojekt in Betracht. Erst in den 50er Jahren wird auf Zentralebene das Sekretariat des Hauptvorstandes (SHV) wichtig. Zwar formal auch nur – wie der Politische Ausschuss – ein Organ des Hauptvorstandes, wurde es doch zur eigentlichen Machtinstantz, denn es bereitete die im Politischen Ausschuss zu erörternden Vorlagen vor und überwachte die Durchführung seiner Beschlüsse.

Dazu kommen noch die Protokolle der Ausschüsse. Diese wurden zwischen Ende Juli und Ende August 1945 gebildet, und sie waren für die politische

²⁹ ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-489.

³⁰ ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-2037: Protokoll der Hauptvorstandssitzung vom 1. Okt. 1948.

Arbeit der Partei von besonderer Bedeutung. Denn in ihnen wurde deren Haltung zu bestimmten politischen Sachthemen festgelegt. Es gab anfangs vier Ausschüsse – Recht, Wirtschaft, Finanzen und Organisation –, später kamen die für Personalpolitik, Presse, Sozialpolitik, Frauen und Kultur hinzu. Sie hatten je ca. 10 Mitglieder und kamen in sehr unterschiedlichem Rhythmus zusammen – einmal wöchentlich oder auch nur alle paar Monate. Berichte aus der Arbeit der Ausschüsse finden sich immer wieder auch in den Vorstandsprotokollen. Die Ausschussprotokolle sollen bei dem Editionsprojekt Berücksichtigung finden, aber sie müssten in einem gesonderten Band veröffentlicht werden.

Auch die Anlagen zu den Protokollen (meist: Entschließungen, Eingaben, Referate) sollen, soweit auffindbar, mit aufgenommen werden, jedenfalls die wichtigsten. Im Gegensatz zu den Protokolltexten selbst soll in den Anlagen gelegentlich gekürzt werden. Anlagen, die nicht aufgenommen werden, werden in einer Fußnote nachgewiesen und resümiert. Auf die Anlagen wird in den Protokollen in der Regel verwiesen, aber sie sind keineswegs immer dabei. Wenn man sie umgekehrt separat findet, sieht man ihnen nicht unbedingt an, dass sie ursprünglich als Anlagen zu einem Protokoll entstanden sind. Oft sind sie inhaltsschwer – etwa wenn es sich um eine Entschließung der Partei zum »Christlichen Sozialismus« handelt, während das Protokoll selbst dieses Thema nur in wenigen Worten abhandelt.³¹ Die Zusammenführung von Protokollen und Anlagen ist nicht immer einfach.

Die Art der Protokolle ist unterschiedlich. Überwiegend sind es Verlaufsprotokolle, gelegentlich Wort-, manchmal nur Ergebnisprotokolle. Entsprechend differiert der Umfang. Einige Protokolle sind schwer lesbar, weil nur der vierte oder fünfte Durchschlag eines maschinenschriftlichen Originals erhalten ist. Beim Großteil der Stücke ist das Schriftbild so schlecht, dass ein Einscannen zur Erstellung einer authentischen Druckvorlage nicht möglich ist. Alle Protokolle – insgesamt gut 120, ohne die der Ausschüsse – müssen also zunächst abgeschrieben werden. Das ist sehr zeitaufwendig und mit den personellen Möglichkeiten im Archiv für Christlich-Demokratische Politik kaum zu schaffen. Deshalb geht die Arbeit an den Protokollen langsam voran.

Die Texte der Protokolle werden stets ungekürzt abgedruckt. Offensichtliche orthographische Fehler oder sprachliche Unzulänglichkeiten werden stillschweigend korrigiert. Sprecher werden typographisch hervorgehoben, was die Suche nach ihnen erleichtert und vor allem längere Dokumente übersichtlich strukturiert. Sprecher wie überhaupt alle im Text vorkommenden Personen erhalten bei ihrer ersten Nennung eine biographische Anmerkung. Die

31 ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-2179: Sitzung des Erweiterten Hauptvorstandes vom 13. Febr. 1946.

Beschaffung biographischer Angaben oder das Erstellen biographischer Skizzen zu den vorkommenden Personen ist nicht immer einfach – insbesondere, wenn sie über ihr Wirken auf der CDU-Ebene hinaus kaum bekannt geworden sind. Unter anderem wird die Recherche dadurch erschwert, dass es in der DDR keine Staatshandbücher gab. Zahlreiche und in der Regel zuverlässige biographische Daten finden sich im SBZ-Handbuch.³² Das biographische Handbuch von Baumgartner/Hebig ist ebenfalls ein nützliches Hilfsmittel, doch leider wertet es nur gedruckte Quellen und Literatur aus.³³ Zu vielen Namen kann man nur über Spezialpublikationen etwas finden, die aber zum CDU-Umfeld dieser Jahre vorerst auch nur dünn gesät sind. Hier ist im wesentlichen an die schon erwähnten Arbeiten von Manfred Wilde und Michael Richter zu denken, wobei erstgenannter allerdings leider auf ein Personenregister verzichtet.³⁴ Dagegen verfügt die Dissertation von Ralf Baus über die SBZ-CDU in den Jahren 1945 bis 1948 über einen ausführlichen biographischen Anhang.³⁵ Was die der kommunistischen Repression unterworfenen CDU-Mitglieder betrifft, so hat das Archiv für Christlich-Demokratische Politik in jüngster Zeit eine höchst verdienstvolle Dokumentation zusammengestellt. Sie enthält biographische Abrisse zu mehr als 2000 Christlichen Demokraten, die in der Zeit von 1945 bis zum Mauerbau 1961 verfolgt und verhaftet wurden.³⁶

Insgesamt werden die Quellen eher sparsam kommentiert. Nicht allgemein bekannte Ereignisse oder Institutionen oder wenig gebräuchliche Begriffe werden natürlich erläutert. Auch soll versucht werden, in den Vorlagen angesprochene Vorgänge oder Texte zu verifizieren.

Von den zu edierenden Texten sind nur sehr wenige bereits an anderer Stelle gedruckt. Siegfried Suckut hat in einem 1982 erschienenen Beitrag zu den Anfangsjahren der CDU in der SBZ/DDR einige wichtige Quellenstücke abgedruckt, darunter auch Auszüge aus Protokollen und Beschlüssen der Vorstandsgremien.³⁷ Die DDR-CDU gab anlässlich ihres Zusammenschlusses mit der West-CDU Anfang Oktober 1990 ein Heftchen mit einer maschinenschrift-

32 *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 24), S. 858–1065.

33 Gabriele BAUMGARTNER/Dieter HEBIG (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der SBZ/DDR, 1945–1990*, 2 Bde., München 1995–1997.

34 Beide wie Anm. 5.

35 R. BAUS (wie Anm. 5); S. 585–599.

36 Günter BUCHSTAB (Hrsg.), *Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation*; bearb. von Brigitte KAFF und Franz-Josef KOS, Düsseldorf o.J. (1998).

37 Siegfried SUCKUT, *Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952)*, in: Hermann WEBER (Hrsg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950*, Köln 1982, S. 117–178.

lichen Abschrift der Protokolle des Gründerkreises heraus – ohne jede Kommentierung. Es wurde aber nur in sehr geringer Stückzahl aufgelegt und nur parteiintern verbreitet.³⁸

3.3 Bearbeitungsstand

Was den Bearbeitungsstand betrifft, so ist das Projekt etwa zu zwei Dritteln gediehen. Sämtliche Protokolle sind mit ihrem Fundort erfasst, die Anlagen gut zur Hälfte. Einige Protokolle und zahlreiche Anlagen müssen noch textlich erfasst werden, der Anmerkungsapparat steckt noch in den Anfängen. Voraussichtlich wird das Projekt bis zum Ende des Jahres 2001 abgeschlossen sein.

³⁸ »Echte Idee der Union«. *Protokolle des Berliner Gründerkreises der CDU 1945. Eine Gabe der DDR-CDU an den ersten gemeinsamen Parteitag der CDU in Hamburg*, o.O., o.J. (Berlin 1990).

Abstracts*

Winfried Becker: The Deutsche Zentrumspartei (German Centre Party) and its relationship to National Socialism and the State Concordat 1930–1933: Structures of motivation and situational constraints (pp. 1–37)

When considering the connection between the state concordat and the dissolution of the Zentrum (1933), the domestic political situation should be closely examined. Despite the commitment of the Zentrum to the values of the constitutional state, its chairman Ludwig Kaas came to an arrangement with the National Socialist coalition cabinet, in which the National-Conservative catholic Franz von Papen originally played an important role. For Papen as well as Hitler, the concordat was supposed to fulfil the purpose of strengthening the »national government« and discouraging and removing the political representation of the German catholics. Although it is not proven that the Zentrum was the subject of negotiations with the Holy See, Papen's offer of a separation of state and church may have furthered the surprising readiness of Eugenio Pacelli to accept the removal of clerics from party politics. In the 20s, the German national catholic Max Buchner had already tried to convince the then nuncio Pacelli that the withdrawal of the Zentrum from the political stage would be advantageous for the solidarity and unity of the catholics in Germany.

Herbert Hömig: Heinrich Brüning – Chancellor in the crisis of the Weimar republic. An appraisal after 70 years (pp. 39–51)

Brüning did not play with the economic crisis as his opponents and critics maintain. He had, however, calculated for the crisis and hoped that he could successfully withstand it by a determined policy of austerity. His aims and methods are still controversial, not least due to the fact that he was removed from office as Chancellor before he could prove that his political path was correct. His policies temporarily increased the severity of the economic crisis, as he had admitted himself, and drove the unemployment figures higher. Brüning's final goal had been to induce the entente powers to forgo reparations. Brüning was of the opinion that measures of the state could not, however, influence the course of the economic crisis to any extent. A comprehensive biography of Brüning by Herbert Hömig is to be published shortly.

Bernd Schäfer: A catholic priest in two German dictatorships. The anti-fascist legend of Karl Fischer (1900–1972) (pp. 53–78)

The Soviet occupied zone (SBZ) and later the GDR had few prominent anti-fascist persons who were not communists, who would give it political acclaim unperturbed through all changes of direction. This fact made a career such as that of the catholic priest Karl Fischer from Mecklenburg possible, despite his confusing biography. With fantastic legends about his alleged activities in the resistance during the NS period, the truthfulness of which was never checked in the DDR, he progressed in the fifties to a publicly known »catholic anti-fascist personality«. The fact that he was a homosexual, which as of 1943 had already affected his biography to a certain extent, meant that he finally became *persona non grata* in the mid-sixties.

* Aus dem Deutschen übersetzt von Julia Stübs.

Gerhard Wettig: Programmatic and pragmatic elements in Stalin's Deutschland-Politik from 1945 to 1953. An investigation based on Soviet and East German records (pp. 79–107)

In the accounts of Soviet Deutschland-Politik it is normally assumed that the leadership in Moscow proceeded pragmatically according to momentary considerations of practicality, exactly as did their western counterparts. This assumption does, though, contradict the political self-image of the Soviet protagonists – a dissonance which is suggested by an investigation of the facts based on the internal documents which are now available. Comparing the planned programmatic approach during the war with the politics put into operation in the occupied country after the war has established that the government in the Kremlin actually did orientate itself according to long-term concepts. The actions taken during the Stalin era would have been inexplicable without these concepts. This by no means excluded alterations in the fine detail, particularly in the chronological sequence, nor did it exclude pragmatic reactions to unexpected situations.

Stefan Donth: The Soviet Military Administration and the CDU in Saxony from 1945 to 1952. A centre-right party from the viewpoint of the occupying power (pp. 109–133)

The Soviet Military Administration in Germany (SMAD) made full use of its power to restrict the scope of the CDU in Saxony. Besides being tied in to the bloc politics, they enforced the political advancement of functionaries who supported »progressive« politics within the CDU. The distance of the Saxonian CDU from the politics of the occupying power (dispossession, land reform, creation of a new dictatorship, etc.) were only able to be reduced with difficulty. The attempts of the CDU and the LDP to agree on a common policy towards the SED were prevented. When Jakob Kaiser was removed from office at the end of 1947, the SMAD was able to use the »reactionary« chairman of the CDU in Saxony, Hugo Hickmann, as an instrument against the CDU leadership. At the beginning of the fifties, the forced conformity of the Saxonian CDU was achieved after massive repressions and interference in the structure of leadership.

Brigitte Kaff: The Arbeitsgemeinschaft (cooperation group) of the eastern sector Kreisverbände (district parties) of the CDU of Berlin (West) (pp. 135–150)

After the dismissal of the CDU chairmen Jakob Kaiser and Ernst Lemmer, the Soviet occupying power in 1948 impeded the activity of the »pro-Kaiser« CDU of Berlin (Landesverband Berlin) under Walther Schreiber by founding the »Arbeitskreis Groß-Berlin« (cooperation council of Greater Berlin) or Landesverband of the East-CDU. The majority of the eight Kreisverbände in the eastern sector, however, joined the Landesverband Berlin (West) and continued their work in West Berlin. In 1952 they formed the »Arbeitsgemeinschaft of the eastern sector district parties« under the chairmanship of Anton Weber with the aim of adequately representing the East Berlin CDU members in all bodies of the Landesverband and in the West German federal party of the CDU and giving them comprehensive information on political developments in the Federal Republic, so that, in case of re-unification, competent persons would be available for political posts and the administration. Until the wall was built, CDU members from the eastern sector participated regularly in the meetings of the Arbeitsgemeinschaft, monthly meetings of the members and large-scale events with CDU politicians in West Berlin.

Wolfgang Tischner: The role of the Church in the people's uprising of 17 June 1953 (pp. 151–181)

The essay analyses the events in church politics between the beginning of the church/state conflict in the GDR with the second party conference of the SED in July 1952 and the uprising of 17 June 1953 as well as the participation of the Church in the uprising itself. The SED first tried, using a considerable number of sanctions, to force the protestant regional church out of its role in society, but the party was forced by the Soviets to give up these politics at the beginning of June 1953. The negotiations which followed between the protestant church and the communist regime led to the acceptance of the Soviet instructions but also forced the protestant church to a certain loyalty towards the regime. During the uprising of 17 June, therefore, a discrepancy became noticeable between the behaviour of the very committed believers in some districts and the generally restrained church leaders. In the following weeks the tension in the church leadership became visible. The catholic church was also affected by the church/state conflict but was not the main goal of communist politics. Without being part of the church/state negotiations, the catholic church profited from the relief following Soviet pressure. The inner unity of East German catholicism did not suffer in an obvious manner through the church/state conflict.

Alexander Troche: »My only hope is that the cup will pass us by ...« The Cyprus conflict and the first German out-of-area decision (pp. 183–195)

In 1994 the Federal Constitutional Court stated that the federal army could be sent to out-of-area missions within the context of its treaty obligations. The dogma of constitutional restrictions seemed to have been broken for the first time. The federal government had already once before, in 1964, in agreement with all federal parliamentary groups decided on a mission of the army outside NATO. The cause of this was the Cyprus crisis. There was consent that in questions of treaty solidarity the political intention should determine the shape of the law. Serious legal reservations against an out-of-area mission did not exist. Only against the background of the Near East crisis of 1965 and accelerated by the effects of the Vietnam war was the doctrine created in the mid sixties which was, by means of a legal construct, to ward off unwanted military political demands addressed at Bonn and which was finally to hold until 1994.

Bruno Béthouart: France, Robert Schuman and Europe (pp. 197–217)

At 34 years of age, Robert Schuman was first voted into the National Assembly, to which he belonged for a total of 43 years. However it was only in 1950, when he was already 63, that he became well-known in Europe, following the publication of the »Schuman Plan«. From then on, his name was in the headlines of the European press, which was surprised at the boldness of this modest man and the depth of his Christian beliefs. France had learnt to value him three years previously when, following the failure of Blum's government, Schuman took over the leadership of a new cabinet under difficult conditions. His loyalty to his home in Lorraine, his strong ties to republican France and his systematic and analytical commitment to Europe made him a far-sighted European.

Alfredo Canavero: Alcide de Gasperi in literature. From political polemics to historiography (pp. 219–238)

Soon after his death in 1954 the first studies on Alcide de Gasperi appear. They are characterized by a party-conformist viewpoint and political polemics. With the appearance of memoirs and collections of documents in the 60s, a less emotional and more balanced account would have been possible. However, the ideologized historiography of the 70s allows the re-emergence of polemics. The 80s lead the way back to objectivity. Large areas in the life and works of De Gasperi remain in the dark. Without the use of records from his private archive and that of the Christian Democrats, which can only be replaced in part by material from public archives and other private archives, a scientifically substantiated account of the life and works of De Gasperi is hardly possible.

Ulrich Lappenküper: Completion of building the »European house«. The European politics of Ludwig Erhard (1963–1966) (pp. 239–267)

The foreign and European politics of Konrad Adenauer have been written about frequently. Those of his successor, Ludwig Erhard, have received considerably less attention until now. Based on widespread archive research, this essay looks into Erhard's fundamental beliefs concerning European politics, investigates motives and aims of his failed attempts to pull European integration »out of its lethargy« and analyses intensively the reasons for the failure, especially the resistance which Erhard met, not only in Europe – especially from France – but also in Bonn from the opposition and from within the coalition.

Günter Buchstab: From employee to shareholder. The Burgbacher plan of 1969 (pp. 269–288)

Early in April 2000, Chancellor Schröder presented the outline of employee-participation in the capital and the profits of the companies for which they work, which he tried to tie into the historical context of Social Democratic politics. In actual fact, up until the 70s, the SPD tended to distance themselves from demands of employee-participation. The party has now just picked up on what the CDU and the CSU had been discussing since the beginning of the 50s and had been implementing. The employee-participation plans of the CDU/CSU reached their peak in 1970 with the »Burgbacher plan«, a project concerning investment wage. This project is a continuing part of capital-political legislation, which can rightly be said to originate from the CDU/CSU.

New literature on the Soviet Deutschlandpolitik during the Cold War.
Read and reviewed by Gerhard Wettig (pp. 289–309)

Unconventional actions against the »class enemy«, which did not conform with western practice, have for a long time hardly attracted notice in scientific literature: diplomatic relations appeared to be the sole normality. Information on other variations was frequently dismissed as »mere propaganda«, »ideological justification« or similar. Internal records from the eastern side, above all from the former SED party archives and the East German Staatssicherheit (state security service), give an idea of the great importance which the leadership of the USSR and the GDR attached to unconventional methods. As the books by Heide Amos, Hubertus Knabe,

Thomas Auerbach, Michael Ploetz and Christopher Andrew/Vasili Mitrokhin demonstrate, it was by no means merely a case of »public diplomacy« or attempts at espionage and similar activities, with which we are also familiar in the West as well, alongside official foreign policy. On the contrary, no option was left untried in the actions against the »class enemy«, from clandestine influence on western politicians, the mobilisation of political forces against western governments using all means possible, to terrorism and murder on day X (the outbreak of war).

Manfred Agethen: Minutes of the governing committees of the CDU in the Soviet occupied zone (SBZ) 1945–1949. An editing project of the Archive for Christian Democratic Politics (pp. 311–323)

The minutes to be edited – these are from the founding committee, the executive committee of the board, the coordination committee and the policy committee of the SBZ-CDU – reflect the difficulties in setting up the organisation of the party and the compelling problems of that time, such as food supply, land reform, establishing the administration and dealing with the refugee question. As time progresses, they give evidence that the East CDU, particularly under its first chairmen, Hermes and Kaiser, presented massive opposition to the joint attempts of the Soviet occupying forces and the SED to render the bourgeois forces ineffective by physical and psychological pressure and to implement the Stalinist base model of socialism in one part of Germany. This attempt at opposition in the end proved futile.

Résumés*

Winfried Becker: Le Zentrum allemand face au national-socialisme et au Concordat du Reich, 1930–1933: motifs et contraintes (pp. 1–37)

Dans la situation politique intérieure, une attention particulière doit être accordée au rapport entre la conclusion d'un concordat par le Reich et la dissolution du Zentrum en 1933. Bien que le Zentrum ait été fondé sur les valeurs de l'État de droit, son président, Ludwig Kaas, conclut des arrangements avec le cabinet de coalition national-socialiste au sein duquel le catholique nationaliste-conservateur Franz von Papen a joué un rôle important au début. Pour von Papen comme pour Hitler, le concordat devait entre autre permettre de consolider le «gouvernement national» et décourager puis éliminer les catholiques allemands de l'actuelle représentation politique. Bien qu'il ne soit pas prouvé que le Zentrum fit l'objet de négociations avec le Saint-Siège, il semble que la séparation entre la religion et la politique proposée par von Papen, ait favorisé l'étonnante disposition d'Eugenio Pacelli de consentir à l'éloignement des ecclésiastiques de la politique des partis. Le catholique nationaliste allemand Max Buchner avait dès les années vingt, tenté de gagner le nonce apostolique d'alors, Pacelli, à ses vues selon lesquelles le retrait du Zentrum de la vie politique était nécessaire à la solidarité et l'unité des catholiques allemands.

Herbert Hömig: Heinrich Brüning – Chancelier dans la crise de la République de Weimar. Un bilan, après 70 ans (pp. 39–51)

Brüning ne joua pas avec la crise économique, comme l'ont prétendu ses opposants et détracteurs. Mais il avait pris en compte la crise et espérait pouvoir la surmonter par une politique d'épargne résolue. Ses objectifs et méthodes sont contestés jusqu'à ce jour, notamment en raison du fait qu'il fut déchu de la chancellerie avant même de pouvoir prouver que sa politique était la bonne. Comme il le reconnut lui-même, celle-ci aggrava à court terme la crise économique, et augmenta encore le taux de chômage. Le but de sa politique était d'amener les puissances de l'Entente à renoncer aux réparations. Mais, selon Brüning, le cours de la crise économique ne pouvait être concrètement influencé par des mesures étatiques. Une vaste biographie très complète écrite par Herbert Hömig paraîtra sous peu.

Bernd Schäfer: La légende anti-fasciste d'un prêtre catholique sous deux dictatures allemandes. Karl Fischer (1900–1972) (pp. 53–78)

Le secteur d'occupation soviétique (SBZ) et plus tard la DDR ne comptèrent que peu de personnalités antifascistes éminentes d'origine non-communiste, dont ils pouvaient être assurés du soutien politique constant à travers tous les changements de cours politiques. Cela fut entre autres rendu possible par une carrière comme celle du prêtre catholique du Mecklembourg Karl Fischer, mais sous réserve d'une biographie douteuse. Ainsi, grâce à de fantastiques légendes sur sa prétendue action de résistant sous le nazisme, dont le contenu ne fut jamais vérifié sous la DDR, il fut promu dans les années 50 «personnalité catholique antifasciste» notoire. Son homosexualité, qui avait fait l'objet depuis 1943 de quelques coupes dans sa bio-

* Aus dem Deutschen übersetzt von Johanna Touzel.

graphie, fut finalement la cause de sa chute au milieu des années 60 et il termina comme *persona non grata*.

Gerhard Wettig: Éléments programmatiques et pragmatiques de la politique allemande de Staline, 1943–1953. Enquête à partir de dossiers soviétiques et est-allemands (pp. 79–107)

Dans les descriptions qui ont été faites de la politique allemande de l'Union soviétique, on suppose généralement que la direction de Moscou, à l'instar de ses adversaires occidentaux, a agi de façon pragmatique, selon les réflexions rationnelles du moment. Cette hypothèse contredit à vrai-dire le caractère de la politique des acteurs soviétiques. Cette divergence est suggérée par un examen de l'état des faits sur la base de documents internes désormais accessibles. Une confrontation des réflexions programmatiques formulées pendant la Guerre avec la politique qui fut par la suite menée dans le pays occupé, met en évidence le fait que le Kremlin suivait effectivement des visées à long terme. Sans celles-ci, l'action durant l'ère stalinienne ne pourrait être expliquée. Cela n'excluait pas des modifications de détail, surtout au cours du temps, ainsi que des réactions pragmatiques face aux situations imprévues.

Stefan Donth: L'Administration Militaire Soviétique en Allemagne (SMAD) et la CDU en Saxe entre 1945 et 1952. Un Parti »bourgeois« vu par la force d'occupation (pp. 109–133)

L'administration militaire soviétique en Allemagne (SMAD) limita par tous les moyens qui étaient en son pouvoir la marge de manœuvre de la CDU de Saxe. À côté de l'intégration dans la politique des blocs, elle força l'ascension politique de fonctionnaires qui, dans la CDU, préconisaient une politique »progressiste«. Cependant, la distance qui séparait la CDU de Saxe de la politique de la force d'occupation (confiscations, réforme agraire, établissement d'une nouvelle dictature, etc. ne put que difficilement être surmontée. La tentative de la CDU et de la LDP d'harmoniser leur politique face à la SED fut entravée. Lors de la destitution de Jakob Kaiser fin 1947, la SMAD parvint à mettre sous contrôle Hugo Hickmann, le président réactionnaire de la CDU de Saxe contre la direction de la CDU. À l'issue de représailles et d'interventions massives dans la structure de direction, la mise au pas de la CDU de Saxe fut achevée au début des années 50.

Brigitte Kaff: Le »Arbeitskreis« des Unions locales du secteur Est auprès de l'Union Chrétien-Démocrate (CDU) du Land de Berlin Ouest (pp. 135–150)

Après la suspension des présidents de la CDU Jakob Kaiser et Ernst Lemmer, la force d'occupation soviétique entrava également l'action de l'Union du Land de Berlin, présidée par Walther Schreiber et favorable à Kaiser, par la fondation du »Arbeitskreis Groß-Berlin« (groupe de coopération du grand Berlin), ou plutôt d'une Union du Land de Berlin de la CDU de l'est. Cependant, les huit associations locales CDU dans le secteur Est rejoignirent majoritairement l'Union du Land de Berlin et poursuivirent leurs travaux dans le secteur ouest de la ville. En 1952, elles fondèrent sous la présidence d'Anton Weber le »Arbeitskreis des Unions locales du secteur Est«. Son but était de représenter de façon convenable les berlinois de l'Est membres de la CDU dans tous les organes de l'Union du Land ainsi qu'au niveau fédéral, d'informer globalement sur les développements politiques dans la République fédérale afin de

pouvoir engager des personnes compétentes à des postes politiques ou administratifs en cas de réunification. Jusqu'à la construction du mur, les membres de la CDU issus du secteur Est prirent régulièrement part aux réunions du groupe de travail, aux assemblées mensuelles des membres ou encore aux grandes manifestations avec des hommes politiques de la CDU à Berlin-Ouest.

Wolfgang Tischner: Les Églises dans le contexte du soulèvement populaire du 17 juin 1953 (pp. 151–181)

L'article analyse les événements de la politique des églises entre le début de la lutte anticléricale en RDA, avec la II^{ème} Conférence du Parti de la SED en juillet 1952, et le soulèvement du 17 juin 1953, ainsi que la participation de cercles confessionnels à l'insurrection elle-même. Alors que la SED tenta d'abord par une multitude de mesures coercitives d'évincer de la vie sociale avant tout les églises protestantes régionales, elle fut contrainte début juin 1953 par les soviétiques de rompre avec cette politique. Les négociations qui s'en suivirent entre Église protestante et régime communiste se firent à l'avantage des soviétiques mais contraignirent également l'Église protestante à une certaine loyauté vis à vis du régime. Durant le soulèvement du 17 juin, une divergence se fit remarquer entre le comportement de croyants très engagés de certains quartiers et la hiérarchie ecclésiastique, plutôt réservée dans son ensemble. Dans les semaines suivantes, les tensions au sein des hiérarchies des Églises devinrent visibles. L'Église catholique fut également touchée par les mesures de lutte anticléricale. Elle n'était cependant pas la cible prioritaire de la politique communiste. Sans avoir participé aux négociations Églises-État, elle bénéficia des allègements résultant de la pression soviétique. La lutte anticléricale ne porta pas de préjudice visible à la cohésion interne du catholicisme est-allemand.

Alexander Troche: »J'espère que cette coupe s'éloignera de nous...«. Le conflit chypriote et la première décision hors-frontières allemande (pp. 183–195)

En 1994, la Cour constitutionnelle fédérale a mis en évidence que la Bundeswehr pouvait, dans le cadre des engagements avec ses alliés, être envoyée en missions hors-frontières. Le dogme des restrictions constitutionnelles sembla ainsi rompu pour la première fois. Mais le gouvernement fédéral avait déjà fait un précédent lorsqu'en 1964, en accord avec tous les groupes parlementaires au Bundestag, il fut décidé de l'envoi de la Bundeswehr en dehors de la zone de l'OTAN. Le motif en était la crise chypriote. Le consensus dominait, selon lequel, en matière de solidarité entre alliés, c'était toujours la volonté politique qui devait définir la façon d'interpréter le droit. Il n'existait d'ailleurs pas de réserves juridiques sérieuses contre une mission hors-frontières. Ce n'est que dans le contexte de la crise au Proche-orient en 1965, accentué par les conséquences de la guerre du Vietnam, qu'apparut dans le milieu des années 60 la doctrine qui devait, grâce à une construction juridique, permettre à Bonn de rejeter des exigences d'une politique de sécurité indésirables qui lui seraient adressées. Cette doctrine perdura finalement jusqu'en 1994.

Bruno Béthouart: La France, Robert Schuman et l'Europe (pp. 197–217)

Élu député à l'âge de 32 ans, Robert Schuman fréquente le Palais Bourbon, siège de l'Assemblée Nationale, durant 43 années mais ne connaît la notoriété en Europe qu'à l'âge de 63 ans, en 1950, au moment où le «plan Schuman» est dévoilé. Son nom occupe dès lors la première

page des quotidiens européens surpris de l'audace de cet homme modeste, discret par nature dont la profondeur des convictions chrétiennes n'échappe à personne. Les français l'ont découvert trois ans auparavant alors qu'il accepte de prendre dans des conditions très délicates la direction d'un gouvernement après l'échec d'un gouvernement Blum dit de «troisième force». Par une fidélité à sa petite patrie, la Lorraine, où il est né, par son attachement patriotique à la France républicaine, et par son engagement européen raisonné, Robert Schuman a été amené à anticiper les grandes avancées du siècle.

Alfred Canavero: Alcide de Gasperi dans les sources historiques. De la polémique politique à l'historiographie (pp. 219–238)

C'est peu après sa mort en 1954 que sont publiées les premières études sur Alcide de Gasperi. Elles sont imprégnées de vues partisans et de polémique politicienne. Avec la parution de ses mémoires et de collections de documents dès les années 60, il aurait été possible de faire une interprétation moins passionnelle et plus mesurée. Mais l'historiographie idéologisée des années 70 fit revivre la polémique. Les années 80 ramenèrent le débat à un point de vue plus objectif. Pourtant de vastes pans de la vie et de l'action de De Gasperi demeurent dans l'ombre. Sans ses archives privées et celles de la Démocratie-chrétienne italienne, auxquelles ne peuvent d'ailleurs que partiellement se substituer des documents provenant des archives publiques et d'autres archives privées, c'est à peine si une présentation scientifiquement fondée de la vie et de l'œuvre de De Gasperi aura été possible.

Ulrich Lappenküper: Parfaire la construction de la »Maison européenne«. La politique européenne de Ludwig Erhard (1963–1966) (pp. 239–267)

La politique étrangère et européenne de Konrad Adenauer a fait l'objet d'innombrables interprétations. Par contre, on a jusqu'à présent accordé beaucoup moins d'attention à la politique étrangère et européenne de son successeur Ludwig Erhard. À partir de vastes recherches en archives, l'article éclaire les convictions fondamentales d'Erhard en matière de politique européenne, examine les motifs et les buts de ses efforts finalement demeurés vains, de tirer l'intégration européenne de sa »léthargie«. Il analyse minutieusement les causes de l'échec et surtout les vagues de résistance qui frappèrent Erhard. Celles-ci provenaient aussi bien du niveau européen – en particulier de France – que de la scène de Bonn, autant de l'opposition que des rangs de la coalition.

Günter Buchstab: Du collaborateur au copropriétaire: le plan Burgbacher de 1969 (pp. 269–288)

Le chancelier fédéral Schröder a présenté début avril 2000 les principes d'une participation des travailleurs au capital et aux bénéfices de leur entreprise, des principes qu'il tentait ainsi d'intégrer dans la continuité historique de la politique social-démocrate. Dans les faits, la SPD se comporta dans les années 70 de façon plutôt distancée par rapport aux exigences de la participation aux bénéfices. Elle ne fit que reprendre par la suite ce qui avait été discuté puis mis en place depuis le début des années 50 dans les rangs de la CDU et de la CSU. Les plans de la CDU pour la participation des travailleurs aux bénéfices atteignirent leur sommet en 1970 avec le plan Burgbacher, un projet de Loi concernant les revenus de l'investissement. Ce plan s'inscrit dans la continuité d'une législation de participation dans l'entreprise qui peut être saluée à bon droit comme une création de la CDU.

Sources de la politique allemande de l'Union soviétique pendant la Guerre froide. *Lu et commenté par Gerhard Wettig* (pp. 289–309)

Durant longtemps, les actions contre »l'ennemi de classe«, qui étaient non-conventionnelles et ne correspondaient pas aux usages occidentaux, n'ont pas retenu l'attention dans la littérature scientifique: seul le comportement diplomatique vis-à-vis de l'adversaire semblait appartenir à la normalité. Les informations sur des agissements divergents ont été rejetées au titre de pure propagande, de »justification idéologique« ou autres. Des preuves internes au bloc de l'Est, avant tout des anciennes archives du Parti de la SED et de la Stasi est-allemande, permettent au contraire de reconnaître la place primordiale que les directions de l'URSS et de la RDA accordaient aux méthodes non-conventionnelles. Comme le mettent en évidence les ouvrages de Heide Amos, Hubertus Knabe, Thomas Auerbach, Michael Ploetz et Christopher Andrew/Vassili Mitrokhin, il ne s'agissait pas uniquement de diplomatie officielle, de tentatives d'espionnage et d'activités semblables, comme nous les connaissons aussi, à côté de la politique extérieure officielle, dans les États occidentaux. Bien plus, aucune option pour agir contre »l'ennemi de classe« ne fut laissée de côté, de la prise d'influence secrète sur des hommes politiques occidentaux, en passant par la mobilisation des forces politiques obtenue par tous les moyens contre les gouvernements de l'Ouest, jusqu'à la terreur et les meurtres au jour J (début de la guerre).

Manfred Agethen: Les procès-verbaux des organes directeurs de la CDU dans le secteur soviétique. Un projet d'édition des Archives pour la Politique Démocrate-Chrétienne (pp. 311–323)

Destinés à être rendus publics, les procès-verbaux de la Commission fondatrice, du Comité exécutif, de la Commission de coordination et du Bureau politique de la CDU en secteur d'occupation soviétique, rendent compte de la difficile mise en place de l'organisation du Parti ainsi que de sujets aussi pressants et actuels que le ravitaillement, la réforme agraire, l'organisation de l'administration et le problème des réfugiés. Mais avec le temps, ces procès-verbaux témoignent surtout du fait que la CDU de l'Est, sous la direction de ses premiers présidents Hermes et Kaiser, opposa une résistance massive, bien que vaine, aux tentatives communes de la puissance occupante soviétique et de la SED, de court-circuiter les forces »bourgeoises« par une pression physique et psychique et de transposer le modèle de base stalinien du Socialisme sur une partie de l'Allemagne.

Zusammenfassungen

Winfried Becker: Die Deutsche Zentrumspartei gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930–1933: Motivationsstrukturen und Situationszwänge (S. 1–37)

Bei Betrachtung des Zusammenhanges zwischen Reichskonkordat und Auflösung des Zentrums (1933) verdient die innenpolitische Situation besondere Beachtung. Trotz der Festlegung des Zentrums auf die Werte des Rechtsstaats arrangierte sich Vorsitzender Ludwig Kaas mit dem nationalsozialistischen Koalitionskabinett, in dem der national-konservative Katholik Franz von Papen anfangs eine wichtige Rolle spielte. Für Papen wie Hitler sollte das Konkordat u.a. dem Zweck dienen, die »nationale Regierung« zu festigen und die bisherige politische Repräsentanz der deutschen Katholiken zu entmutigen und zu beseitigen. Obwohl nicht erwiesen ist, dass das Zentrum Gegenstand der Verhandlungen mit dem Hl. Stuhl war, mag Papens Angebot einer Trennung von Religion und Politik die erstaunliche Bereitschaft Eugenio Pacellis, der Entfernung der Geistlichen aus der Partei-Politik zuzustimmen, begünstigt haben. Der deutschnationale Katholik Max Buchner hatte schon in den 20er Jahren den damaligen Nuntius Pacelli für die Ansicht zu gewinnen versucht, dass der Rückzug der Zentrums aus dem politischen Leben der Solidarität und Einheit der Katholiken Deutschlands förderlich sei.

Herbert Hömig: Heinrich Brüning – Kanzler in der Krise der Weimarer Republik. Eine Bilanz nach sieben Jahren (S. 39–51)

Brüning trieb kein Spiel mit der Wirtschaftskrise, wie seine Gegner und Kritiker meinten. Aber er hatte die Krise einkalkuliert und hoffte, sie durch entschiedene Sparpolitik erfolgreich bestehen zu können. Seine Zielsetzung und Methoden sind bis heute umstritten, u. a. aufgrund der Tatsache, dass er als Kanzler gestürzt wurde, ehe er die Richtigkeit seines Weges unter Beweis stellen konnte. Seine Politik verschärfte kurzfristig die Wirtschaftskrise, wie er selbst eingestand, und trieb die Arbeitslosenzahlen weiter in die Höhe. Am Ende des Weges sollte der Verzicht der Ententemächte auf die Reparationen stehen. Durch staatliche Maßnahmen war der Verlauf der Wirtschaftskrise nach Brünings Ansicht aber nicht wesentlich zu beeinflussen. Eine umfangreiche Brüning-Biographie von Herbert Hömig erscheint in Kürze.

Bernd Schäfer: Priester in zwei deutschen Diktaturen. Die antifaschistische Legende des Karl Fischer (1900–1972) (S. 53–78)

Die SBZ/DDR verfügte nur über wenige prominente antifaschistische Persönlichkeiten nicht-kommunistischer Provenienz, die ihr durch alle Kurswechsel stets unverdrossen politisch akklamierten. Dies ermöglichte, unbeschadet einer wirren Biographie, eine Karriere wie diejenige des katholischen Mecklenburger Pastors Karl Fischer. Mit phantastischen Legenden über seine angebliche Widerstandstätigkeit in der NS-Zeit, die in der DDR nie auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft wurden, avancierte er in den fünfziger Jahren zu einer öffentlich präsenten »katholischen antifaschistischen Persönlichkeit«. Seine Homosexualität, die seit 1943 bereits einige biographische Einschnitte verursacht hatte, ließ ihn schließlich Mitte der sechziger Jahre in der DDR zur Unperson werden.

Gerhard Wettig: Programmatische und pragmatische Elemente in Stalins Deutschland-Politik 1945–53. Untersuchung aufgrund sowjetischer und ost-deutscher Akten (S. 79–107)

In den Darstellungen sowjetischer Deutschland-Politik wird meist vorausgesetzt, dass die Führung in Moskau genau so wie ihre westlichen Gegenspieler pragmatisch nach Zweckmäßigkeitserlegungen des Augenblicks vorging. Diese Annahme widerspricht freilich dem politischen Selbstverständnis der sowjetischen Akteure – eine Divergenz, die eine Untersuchung des Sachverhalts auf der Basis von nunmehr zugänglichen internen Dokumenten nahe legt. Eine Gegenüberstellung der während des Krieges formulierten programmatischen Überlegungen mit der danach im besetzten Land durchgeführten Politik macht deutlich, dass sich der Kreml tatsächlich an langfristigen Vorstellungen orientierte. Ohne sie wäre das Vorgehen in der Stalin-Zeit nicht zu erklären. Das schloss Änderungen im Detail, vor allem hinsichtlich der Zeitfolge, und pragmatisches Reagieren auf unerwartete Situationen keineswegs aus.

Stefan Donth: Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen 1945 bis 1952. Eine bürgerliche Partei aus dem Blickwinkel der Besatzungsmacht (S. 109–133)

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) schränkte den Spielraum der sächsischen Union mit allen Instrumentarien ihrer Macht ein. Neben der Einbindung in die Blockpolitik forcierte sie den politischen Aufstieg von Funktionären, die in der CDU für eine »fortschrittliche« Politik eintraten. Jedoch konnte die Distanz der sächsischen Union zur Politik der Besatzungsmacht (Enteignungen, Bodenreform, Errichtung einer neuen Diktatur etc.) nur schwer abgebaut werden. Der Versuch von CDU und LDP, ihre Politik gegenüber der SED abzustimmen, wurde unterbunden. Bei der Absetzung Jakob Kaisers Ende 1947 gelang es der SMAD, den »reaktionären« Landesvorsitzenden Hugo Hickmann gegen die CDU-Spitze zu instrumentalisieren. Anfang der fünfziger Jahre war die Gleichschaltung der sächsischen Union nach massiven Repressalien und Eingriffen in die Führungsstruktur abgeschlossen.

Brigitte Kaff: Die Arbeitsgemeinschaft der Ostsektor-Kreisverbände beim Landesverband Berlin (West) der CDU (S. 135–150)

Nach der Absetzung der CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer behinderte die sowjetische Besatzungsmacht 1948 auch die Tätigkeit des »Kaiser-freundlichen« Landesverband (LV) Berlin unter Walther Schreiber durch die Gründung des »Arbeitskreises Groß-Berlin« bzw. eines LV Berlin der Ost-CDU. Die acht CDU-Kreisverbände im Ostsektor schlossen sich jedoch überwiegend dem LV Berlin (West) an und setzten ihre Arbeit auf Westberliner Gebiet fort. 1952 gründeten sie unter Vorsitz von Anton Weber die »Arbeitsgemeinschaft der Ostsektor-Kreisverbände« mit dem Ziel, die Ostberliner CDU-Mitglieder in allen Gremien des LV und der CDU-Bundespartei angemessen zu vertreten und umfassend über die politische Entwicklung in der Bundesrepublik zu informieren, um im Fall der Wiedervereinigung kompetente Personen für politische Ämter und Verwaltung einsetzen zu können. Bis zum Mauerbau nahmen CDU-Mitglieder aus den Ostsektoren an den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft, monatlichen Mitgliederversammlungen oder Großveranstaltungen mit CDU-Politikern in Westberlin regelmäßig teil.

Wolfgang Tischner: Die Kirchen im Umfeld des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 (S. 151–181)

Der Beitrag analysiert die kirchenpolitischen Ereignisse zwischen dem Beginn des Kirchenkampfes in der DDR mit der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 und dem Aufstand vom 17. Juni 1953 sowie die Teilnahme kirchlicher Kreise an der Erhebung selbst. Während die SED zuerst mit einer Vielzahl von Zwangsmaßnahmen versuchte, vor allem die evangelischen Landeskirchen aus dem gesellschaftlichen Leben zu drängen, wurde sie Anfang Juni 1953 durch die Sowjets zum Abbruch dieser Politik gezwungen. Die folgenden Verhandlungen zwischen evangelischer Kirche und kommunistischem Regime vollzogen die sowjetischen Vorgaben nach, zwangen aber auch die evangelische Kirche zu einer gewissen Loyalität gegenüber dem Regime. Während des Aufstands vom 17. Juni machte sich deshalb eine Diskrepanz im Verhalten von den in einigen Bezirken stark engagierten Gläubigen und den im allgemeinen zurückhaltenden Kirchenleitungen bemerkbar. In den Folgewochen wurden in den Kirchenleitungen die Spannungen sichtbar. Die katholische Kirche wurde von den Kirchenkampfmaßnahmen mitbetroffen, war aber nicht das vorrangige Ziel kommunistischer Politik. Ohne an den Staat-Kirche-Verhandlungen beteiligt zu sein, profitierte sie von den auf sowjetischen Druck erfolgten Erleichterungen. Der innere Zusammenhalt des ostdeutschen Katholizismus wurde durch den Kirchenkampf nicht nachweisbar beeinträchtigt.

Alexander Troche: »Ich habe nur die Hoffnung, dass der Kelch an uns vorübergeht.« Der Zypernkonflikt und die erste deutsche Out-of-area-Entscheidung (S. 183–195)

1994 stellte das Bundesverfassungsgericht klar, dass die Bundeswehr im Rahmen ihrer Bündnisverpflichtungen zu Out-of-area-Einsätzen entsandt werden dürfe. Das Dogma verfassungsmäßiger Beschränkungen schien damit erstmals durchbrochen. Doch hatte eine Bundesregierung schon einmal –1964 –in Abstimmung mit allen Bundestagsfraktionen den Einsatz der Bundeswehr außerhalb der NATO beschlossen. Anlass war die Zypern-Krise. Es herrschte Konsens, dass in der Frage der Bündnissolidarität immer der politische Wille die Ausformung des Rechts bestimmen müsse. Ernstliche juristische Vorbehalte gegen eine Out-of-area-Mission bestanden nicht. Erst vor dem Hintergrund der Nahost-Krise 1965 und beschleunigt durch die Auswirkungen des Vietnam-Krieges entstand Mitte der 60er Jahre jene Doktrin, die mit einem rechtlichen Konstrukt ungewollte sicherheitspolitische Forderungen an die Adresse Bonns abwehren sollte und schließlich bis 1994 Bestand hatte.

Bruno Béthouart: Frankreich, Robert Schuman und Europa (S. 197–217)

Robert Schuman wurde mit 32 Jahren erstmals in die französische Nationalversammlung gewählt, der er insgesamt 43 Jahre angehörte. Doch erst 1950, mit der Veröffentlichung des »Schuman-Planes« wird der inzwischen 63-jährige in Europa bekannt. Von nun an steht sein Name in den Schlagzeilen der europäischen Presse, die überrascht ist von der Kühnheit dieses bescheidenen Mannes und seiner festen christlichen Überzeugung. Frankreich hatte seine Persönlichkeit schon drei Jahre zuvor schätzen gelernt, als er nach dem Versagen der Regierung Blum, der sogenannten »dritten Kraft«, unter schwierigen Bedingungen die Führung eines neuen Kabinetts übernahm. Seine Treue zur lothringischen Heimat, seine feste Bindung an das republikanische Frankreich und sein systematisch durchdachtes europäisches Engagement machten Robert Schuman zu einem weitsichtigen Europäer.

Alfredo Canavero: Alcide de Gasperi in der Literatur. Von der politischen Polemik zur Historiographie (S. 219–238)

Schon bald nach seinem Tod (1954) erscheinen die ersten Studien über Alcide De Gasperi. Sie sind geprägt von parteigebundener Sichtweise und politischer Polemik. Mit dem Erscheinen von Memoiren und Dokumentensammlungen in den 60er Jahren wäre eine leidenschaftslosere und ausgewogenere Darstellung möglich gewesen. Doch lässt die ideologisierte Geschichtsschreibung der siebziger Jahre die Polemik wieder aufleben. Die achtziger Jahre führen zurück zur Versachlichung. Weite Bereiche im Leben und Wirken De Gasperis bleiben indessen im Dunkel. Ohne sein Privatarchiv und das der DC, die nur zum Teil durch Materialien aus öffentlichen Archiven und anderen Privatarchiven ersetzt werden können, ist eine wissenschaftlich fundierte Darstellung von Leben und Werk De Gasperis kaum möglich.

Ulrich Lappenküper: Den Bau des »europäischen Hauses« vollenden. Die Europapolitik Ludwig Erhards (1963–1966) (S. 239–267)

Die Außen- und Europapolitik Konrad Adenauers ist Gegenstand zahlreicher Darstellungen. Der Außen- und Europapolitik seines Nachfolgers Ludwig Erhard hingegen wurde bisher weit weniger Aufmerksamkeit zuteil. Auf der Basis breiter Archivrecherchen beleuchtet der Aufsatz die europapolitischen Grundüberzeugungen Erhards, untersucht Motive und Ziele seiner letztlich fehlgeschlagenen Bemühungen, die europäische Integration »aus der Lethargie« herauszureißen, und analysiert eingehend die Ursachen des Scheiterns, vor allem die Widerstände, die Erhard sowohl auf der europäischen Ebene – insbesondere aus Frankreich – als auch auf dem Bonner Parkett von Seiten der Opposition wie aus den Reihen der Koalition entgegen-schlugen.

Günter Buchstab: Vom Mitarbeiter zum Miteigentümer. Der Burgbacher-Plan von 1969 (S. 269–288)

Anfang April 2000 stellte Bundeskanzler Schröder Grundzüge einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital und Gewinn ihrer Unternehmen vor, die er in die historische Kontinuität sozialdemokratischer Politik einzureihen versuchte. Tatsächlich verhielt sich die SPD bis in die 70er Jahre gegenüber vermögenspolitischen Forderungen eher distanziert. Sie nahm in der Folge nur auf, was seit Anfang der 50er Jahre in den Reihen von CDU und CSU diskutiert und in Gang gesetzt worden war. Ihren Höhepunkt erreichte die vermögenspolitischen Pläne der Union 1970 mit dem »Burgbacher-Plan«, einem Gesetzesentwurf zum Investivlohn. Er steht in der Kontinuität einer vermögenspolitischen Gesetzgebung, die mit Fug und Recht als Schöpfung der Union gewürdigt werden kann.

Neue Literatur zur sowjetischen Deutschlandpolitik während des Kalten Krieges. Gelesen und besprochen von Gerhard Wettig (S. 289–309)

Unkonventionelle, den westlichen Usancen nicht entsprechende Aktionen gegenüber dem »Klassenfeind« haben in der wissenschaftlichen Literatur lange Zeit kaum Aufmerksamkeit gefunden: Der diplomatische Umgang miteinander erschien alleinige Normalität. Informationen über andersartiges Vorgehen wurden oft als »bloße Propaganda«, »ideologische Rechtfertigung« oder sonst wie abgetan. Interne Zeugnisse der östlichen Seite, vor allem des früheren

SED-Parteiarchivs und der ostdeutschen Staatssicherheit, lassen dagegen die zentrale Bedeutung erkennen, die die Führung der UdSSR und der DDR unkonventionellen Methoden beimaß. Wie die hier besprochenen Bücher von Heide Amos, Hubertus Knabe, Thomas Auerbach, Michael Ploetz und Christopher Andrew/Vasili Mitrokhin deutlich machen, ging es dabei keineswegs nur um »öffentliche Diplomatie«, Ausspähungsbemühungen und ähnliche Aktivitäten, wie wir sie neben der amtlichen Außenpolitik auch bei westlichen Staaten kennen. Es blieb vielmehr von der verdeckten Beeinflussung westlicher Politiker über die mit allen Mitteln betriebene Mobilisierung politischer Kräfte gegen westliche Regierungen bis hin zu Terror und Mord am Tage X (dem Kriegsausbruch) keine Option des Vorgehens gegen den »Klassenfeind« unberücksichtigt.

Manfred Agethen: Die Protokolle der Leitungsgremien der CDU in der SBZ, 1945–1949. Ein Editionsprojekt des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (S. 311–323)

Die zu edierenden Protokolle – es sind die des Gründungsausschusses, des Hauptvorstandes, des Koordinierungsausschusses und des Politischen Ausschusses der SBZ-CDU – spiegeln den schwierigen organisatorischen Aufbau der Partei und drängende Zeitfragen wie Ernährung, Bodenreform, Verwaltungsaufbau und Flüchtlingsproblem. Mit zunehmender Zeitdauer zeugen sie aber vor allem davon, dass die Ost-CDU, insbesondere unter ihren ersten Vorsitzenden Hermes und Kaiser, den gemeinsamen Versuchen von sowjetischer Besatzungsmacht und SED, durch physischen und psychischen Druck die »bürgerlichen« Kräfte auszuschalten und das stalinistische Grundmodell von Sozialismus auf einen Teil Deutschlands zu übertragen, massiven Widerstand entgegengesetzte, der sich aber letztlich als vergeblich erwies.

Die Mitarbeiter dieses Bandes

Dr. Manfred Agethen, Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Ratshausallee 12, D-53757 St. Augustin bei Bonn

Prof. Dr. Winfried Becker, Universität Passau, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Innstraße 25, D-94032 Passau

Prof. Dr. Bruno Béthouart, Université du Littoral Côte d'Opale, 9, avenue du 11 novembre, F-62170 Montreuil-sur-Mer

Dr. Günter Buchstab, Konrad-Adenauer-Stiftung, Leiter Wissenschaftliche Dienste, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Ratshausallee 12, D-53757 St. Augustin bei Bonn

Alfredo Canavero, Università degli Studi di Milano, Dipartimento di Scienze della Storia e della Documentazione Storica, Via Grandi 10, I- 20121 Milano

Dr. Stefan Donth, Brunowstraße 30 e, D-13507 Berlin

Prof. Dr. Herbert Hömig, Grüner Brunnenweg 73, D-50827 Köln

Dr. Brigitte Kaff, Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Ratshausallee 12, D-53757 St. Augustin bei Bonn

Priv.-Doz. Dr. Ulrich Lappenküper, Historisches Seminar der Universität Bonn, Konviktstraße 11, D-53113 Bonn

Dr. Bernd Schäfer, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden, Mommsenstraße 13, D-01062 Dresden

Dr. Wolfgang Tischner, Historisches Seminar der Universität Leipzig, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Burgstraße 21, D-04109 Leipzig

Dr. Alexander Troche, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages WD1/Fachbereich XI, Platz der Republik 1, D-11011 Berlin

Dr. Gerhard Wettig, Vor Selms 92, D-54472 Kommen